

Artikel des Autors Dietrich Schulze 2010-2015 für die Neue Rheinische Zeitung, davon vier mit einem zweiten Autor. Die acht Artikel von Herausgeber Peter Kleinert sind Presse-Mitteilungen oder Offene Briefe, die vom Autor maßgeblich mitgestaltet worden sind. Eine ganze Reihe der NRhZ-Artikeln sind in Englisch oder Französisch übersetzt worden. Bitte in der WebDoku der Initiative gegen Militärforschung an Universitäten <http://www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf> nachschauen unter dem angegebenen Datum. Dort gibt es auch viele interessante Bezüge. Um Wiederholungen zu vermeiden, wurden Angaben zum Autor (Impressum) gelöscht. Hier die aktuelle Version:

Dr.-Ing. Dietrich Schulze (Jg. 1940) war nach 18-jähriger Forschungstätigkeit im Bereich der Hochenergie-Physik von 1984 bis 2005 Betriebsratsvorsitzender im Forschungszentrum Karlsruhe (jetzt KIT Campus Nord). 2008 gründete er mit anderen in Karlsruhe die Initiative gegen Militärforschung an Universitäten (WebDoku www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf). Er ist Beiratsmitglied der NaturwissenschaftlerInnen-Initiative für Frieden und Zukunftsfähigkeit sowie in der Initiative „Hochschulen für den Frieden – Ja zur Zivilklausel“ und publizistisch tätig. Für das Karlsruher Vorbereitungsteam der Whistleblower-Preisverleihung 2015 zeichnet er verantwortlich. Email dietrich.schulze@gmx.de

Die Legende zu den nachfolgenden 96 Artikel ist auf 7 Seiten zusammen gestellt und nach Thema / Autor, Folgenummer, Datum der Veröffentlichung und Seitenzahl sortiert:

Alter US-Atombomben-Wahn enthüllt, neudeutsches Atomwaffen-JA in der UNO Ramstein Airbase entsorgen JETZT Von Dietrich Schulze	1.	30.12.2015	8
KIT Karlsruhe distanziert sich vom Ehrensensatortitel des Atom-Nazis Greifeld Senat packt Vergangenheitsbewältigung an Von Dietrich Schulze	2.	16.12.2015	12
Halle: Zivilklausel-Vorlesungsreihe über Eigenes und die Zivilklausel-Bewegung Kamke 1946 versus Varwick und Co. Von Dietrich Schulze	3.	04.11.2015	14
Randvoller Bürgersaal im Rathaus Karlsruhe zum Mega-Ereignis für Zivilcourage Drei Whistleblower 2015 geehrt Von Dietrich Schulze	4.	21.10.2015	19
Whistleblower-Preisträger: Léon Gruenbaum, Brandon Bryant, Gilles-Eric Séralini Erster Karlsruher Whistleblower Von Dietrich Schulze	5.	07.10.2015	22
Ein unerhörter Verdacht: Verfolgung von Netzpolitik.org nur vordergründig Ritt gegen Osten mit Netzpolitik.org? Von Dietrich Schulze und Peter Kleinert	6.	19.08.2015	25
Friedenspolitische Zäsur: ökonomische statt militärische Expansionspolitik Weltfrieden und Ökonomie Chinas Von Dietrich Schulze	7.	12.08.2015	28
Befreiung 70 Jahre - Hippokrates 2445 Jahre - Eid für alle Wissenschaften "Niemals mehr für Zerstörungswerk"	8.	29.07.2015	30

Von Dietrich Schulze			
Nazi-Gründung Deutsch-Indische Gesellschaft und Nachkriegs-Überraschungen KIT-Atom-Transfer-Krimi mit Indien Von Dietrich Schulze und Wolfram Thiemann	9.	24.06.2015	34
Rüstungslobby Bremen: Zivilklausel im Hochschul-Gesetz behindere Forschung Bremer, hört die Signale! Von Dietrich Schulze	10.	10.06.2015	40
Sowjetischer Häftling trifft in Dachau auf Angehörigen eines Befehlsverweigerers SS-Befehl 1943 im KZ Dachau/Allach verweigert Von Dietrich Schulze	11.	27.05.2015	43
Späte Ehre für die Nazi-Jäger Klarsfeld – das hat auch mit KIT Karlsruhe tun Bundesverdienstkreuz für Ohrfeigen-Beate Von Dietrich Schulze	12.	20.05.2015	47
Solidarität mit Monty Schädel (DFG-VK) für Neustart der Friedensbewegung "Friedenswinter" am Ende Von Dietrich Schulze	13.	23.04.2015	51
KIT Karlsruhe im 6. Jahr „Kern- und Waffenforschung unter einem Dach“ Tabu-Bruch brechen jetzt Von Dietrich Schulze	14.	08.04.2015	55
Uni Freiburg wird trotz Zivilklausel mit Militär-Fraunhofer-Institut verflochten Universitäten unter ZMUIK-Beschuss Von Dietrich Schulze	15.	11.03.2015	59
Bremens Senat legt Hochschulgesetz mit Zivil- und Transparenzklausel vor Das Gespenst Zivilklausel-Gesetz geht um Von Dietrich Schulze	16.	18.02.2015	64
WuF-Zeitschrift mit akademischen Kriegspropheten für den Frieden unbrauchbar Wissenschaft und Frieden sehen anders aus Von Dietrich Schulze	17.	06.02.2015	68
US-Repräsentantenhaus ermächtigt Obama zum Atomschlag gegen Russland Wo bleibt der weltweite Aufschrei? Von Dietrich Schulze	18.	31.12.2014	70
Baden-Württemberg Spitze der Friedensbildungs-Bewegung für Schulen Vorbildlicher Kultusminister Von Dietrich Schulze	19.	10.12.2014	72
Zivil-militärische Atomforschung am KIT: KA der Grünen Bundestagsfraktion Gesetzesbruch mit „Kriegs“ansage Von Dietrich Schulze	20.	03.12.2014	74
Kündigung des Atomabkommens mit Brasilien nach , 40 Jahren durchsetzen Sagt dem Bombendeal adieu! Von Dietrich Schulze	21.	19.11.2014	77
Pazifismus und konkrete Mittel gegen Militarisierung der Außen- und Innenpolitik Rüstungskonversion und Zivilklausel Von Dietrich Schulze	22.	05.11.2014	81

Verpflichtende Friedensbindung an Hochschulen und bittere Wahrnehmungen Zivilklausel-Verstöße: Was tun? Von Dietrich Schulze	23.	15.10.2014	84
Ehrlose Ehrendoktor-Farce der Uni Rostock - YES: Right Livelihood Award Whistleblower Edward Snowden Von Dietrich Schulze	24.	01.10.2014	90
Alt-Nazi Greifeld als KIT-Ehrensensator und der Geschichtsentsorger Rusinek Erfüllungsgehilfe der atomaren Lobby Von Dietrich Schulze	25.	05.09.2014	94
100 Jahre Wissenschaft, Wirtschaft und Militär auf deutschem Boden Über eine Verlobung der besonderen Art Von Dietrich Schulze	26.	27.08.2014	96
Baden-Württemberg: Grün-Rot führt Kooperation Bundeswehr/Schulen fort Kultusminister Stoch im Selbstgespräch Von Dietrich Schulze	27.	06.08.2014	99
KIT Karlsruhe: Neue Beweise zu Ehrensensator Greifelds Nazi-Verbrechen Titel-Skandal endlich beenden! Von Dietrich Schulze	28.	02.07.2014	103
Karlsruhe: Nachtrag zum bewegenden Auftritt von Noam Chomsky im ZKM Regional-Presse verfälscht Chomsky-Aussage Von Dietrich Schulze	29.	11.06.2014	105
Karlsruhe: Sensationeller Auftritt des weltberühmten US-Intellektuellen Friedenstreffen mit Noam Chomsky Von Carl Routier	30.	04.06.2014	108
Karlsruhe gehört zum internationalen Friedens-Netzwerk Mayors for Peace! Peaceful KIT? Von Dietrich Schulze	31.	28.05.2014	111
KIT Karlsruhe: „Ethik des Wissenschaften und militärische Forschung“ Atomare Militärstiefel ausziehen Von Dietrich Schulze	32.	14.05.2014	115
Uni Köln: Summer School Support für Bundeswehr „Krieg im 21. Jh.“ Akademische Kriegsführungs-Gehilfen Von Dietrich Schulze	33.	07.05.2014	118
Zivil-Militärisch-Industrieller Bildungs- und Forschungs-komplex Hochschulen: 100 Jahre WK1, 75 Jahre WK2 Von Dietrich Schulze	34.	30.04.2014	120
TU Darmstadt – gelobte Zivilklausel, entsorgte Vergangenheit, schnöde Gegenwart Klartext zur Zivilklausel TUD Von Dietrich Schulze	35.	02.04.2014	122
Dieselmotor für die Kriegsflotte oder für eine solidarische Gesellschaft? Rüstungsgegner Rudolf Diesel Von Dietrich Schulze	36.	12.02.2014	126
Baden-Württembergs GRÜNE Ministerin Bauer will „Freiräume schaffen“ Freiräume sehen anders aus! Von Dietrich Schulze	37.	05.02.2014	130

KIT Karlsruhe: Militärfinanzierung raus! Zivilklausel rein! Die Fabel „Reine Grundlagenforschung“ Von Peter Kleinert	38.	29.01.2014	132
Hochschulen: Forschung für das Pentagon angeblich keine Militärforschung Die akademische Gilde der Vertuscher Von Dietrich Schulze	39.	15.01.2014	135
KIT-Ehrensensator Greifeld: Nazi, Antisemit, Atom-(waffen)technologie-Exporteur Der Spurensucher Rusinek Von Dietrich Schulze	40.	25.12.2013	139
Hochschulen: Freiheitskampf gegen Militarisierung durch Rüstungs-Drittmittel Rettungsfonds für Bildung JETZT! Von Dietrich Schulze	41.	11.12.2013	144
Militärforschung an Hochschulen: BMVg-, NSA-, Pentagon-Mittel. Egal, das Geld fließt Transparente Tötungswissenschaft Von Dietrich Schulze	42.	04.12.2013	146
Zivilklausel als Störfaktor bei der Neuvermessung deutscher Weltpolitik NEIN zu olivgrüner Wissenschaft Von Dietrich Schulze	43.	30.10.2013	151
Symposium „Der vergessene Whistleblower Léon Gruenbaum (1934-2004)“ Karlsruhe Geschichtswerkstatt gegen das Vergessen Von Peter Kleinert	44.	23.10.2013	156
Deutsche Banken finanzieren Atomwaffen-Herstellung – eine grundsätzliche Antwort Kriegsordnung überwinden! Von Dietrich Schulze	45.	16.10.2013	158
Der jüdische Wissenschaftler Léon Gruenbaum: Verfolgt - Verdient – Vergessen Ein verfolgter Nazi-Jäger Von Harald Denecken und Dietrich Schulze	46.	16.10.2013	161
Militärforschungsprojekte enthüllen, vordringlich an Unis mit Zivilklausel! Geheime Hochschul-Kriegsdienste Von Dietrich Schulze	47.	09.10.2013	166
KIT Karlsruhe - Offener Brief an den neuen Präsidenten Prof. Holger Hanselka Zivilklausel notwendig statt überflüssig Von Peter Kleinert	48.	25.09.2013	171
Rüstungsforschung und verschlüsselte Freiheit der Hochschulen Die Furcht vor der Zivilklausel Von Dietrich Schulze	49.	14.08.2013	173
Universität Münster beschließt Zivilklausel - einstimmig - die Vierzehnte "Ein Gespenst geht um ..." Von Dietrich Schulze	50.	24.07.2013	176
IMI (Informationsstelle Militarisierung) Tübingen und ein Karlsruher „Linksextremist“ Die Zivilklausel-„Rädelsführer“ Von Dietrich Schulze	51.	10.07.2013	185
KIT Karlsruhe: Aufarbeitung der NS-Verstrickungen der deutschen Atomforschung Atomare Geschichts-	52.	26.06.2013	190

entsorgung Von Dietrich Schulze			
Breite Mobilisierung beerdigt Nazi-Prestige-Marsch in der "Residenz des Rechts" Debakel für Nazis in Karlsruhe Von Dietrich Schulze	53.	29.05.2013	193
Karl Wagner – Mutmacher gegen Neofaschismus, Militarisierung und Krieg VVN-Befreiungsfeier würdigt KZ-Häftling Von Carl Routier	54.	15.05.2013	196
Hochschulen für den Frieden und Doppelstrategie gegen Zivilklausel-Bewegung Sternstunde an der HU Berlin Von Dietrich Schulze	55.	12.04.2013	199
Ehrensensatorwürde für Rudolf Greifeld wegen Nazi-Vergangenheit beenden! Dem KIT-Präsidium alles längst bekannt Von Dietrich Schulze	56.	27.03.2013	202
Zivilklausel für KIT! Keine Integration mit dem Fraunhofer-Institut IOSB! Zivilmilitärische Doppelberufung stoppen! Von Dietrich Schulze	57.	20.03.2013	203
Akademische Unfreiheit und Doppelstrategie gegen Zivilklausel-Bewegung „Klima der Selbstzensur“ Von Dietrich Schulze	58.	20.02.2013	208
Vermarktung der olivgrün ausgelegten Zivilklausel der Uni Tübingen „Militante Pazifisten“ Von Dietrich Schulze	59.	25.01.2013	217
Zivilcourage gegen skandalöse Ehrensensatorwürde von Dr. Greifeld gefragt KIT verschleppt Entscheidung Von Dietrich Schulze	60.	09.01.2013	218
Die Winfried-Kretsch-Maus-Wende in Baden-Württemberg Olivgrün gewendeter Landespatriarch Von Dietrich Schulze	61.	19.12.2012	221
Grüner Landesparteitag Baden-Württemberg und die Zivilklausel Auch Rückschläge können motivieren Von Dietrich Schulze	62.	05.12.2012	223
Wissenschaftsministerin Theresia Bauer und die leidige Zivilklausel Appell an Landesparteitag der Grünen Von Peter Kleinert	63.	28.11.2012	226
Rüstungsforschung am KIT (Uni Karlsruhe) - Transparenz und Zivilklausel? Breitbandiges Schweigen Von Peter Kleinert	64.	07.11.2012	229
Streitschrift gegen Kriegsforschung und Aktion Straßenumbenennung: "Jetzt entrüsten!" Von Dietrich Schulze	65.	30.09.2012	231
Zum Antikriegstag: Weiterentwicklung einer traditionellen Friedenskonzeption Atomwaffenfreie Zone 2.0 Von Dietrich Schulze	66.	30.08.2012	234

Zum Jahrestag Hiroshima und Nagasaki: Zivilklausel contra Waffen aller Art Kann D Atomwaffen? Von Dietrich Schulze	67.	04.08.2012	235
KIT-Präsident zur Zivilklausel: „Schnee von gestern“ und „Relikt des Kalten Krieges“ Universitäre Freiheitskämpfer neuen Typus Von Dietrich Schulze	68.	18.07.2012	238
Erfolgreiche Zivilklausel-Tagung zur Verantwortung der Wissenschaften Karlsruher Kongress gegen Kriegsforschung Von Dietrich Schulze	69.	27.06.2012	242
Warum die Atomlobby einen massiven Strompreisanstieg vorhersagt Atomausstieg und KIT Atomreaktorforschung Von Dietrich Schulze	70.	23.05.2012	246
Zivilklausel für KIT-Gesetz abgelehnt Die Ministerin und die 1980er Jahre Von Dietrich Schulze	71.	16.05.2012	247
Zivilklausel: KIT zivil statt militärisch weiter entwickeln! „Atom- und Waffenforschung“ unterbinden! Von Dietrich Schulze	72.	02.05.2012	250
Appell an die GRÜNEN und die SPD im Landtag Baden-Württemberg: "Wahlversprechen zur Zivilklausel einhalten!" Von Peter Kleinert	73.	04.04.2012	252
An der Uni Bremen wurde der Rollback der Friedensbindung gestoppt! Erfolg der Zivilklausel-Schützer! Von Dietrich Schulze	74.	01.02.2012	254
Zivilklausel, KIT und die Hochschulen von Baden-Württemberg Glaubwürdigkeits-Stresstest für Grün-Rot Von Dietrich Schulze	75.	04.01.2012	258
Ministerin Bauer (Grüne) lud KIT Karlsruhe-Mitarbeiter ins Audimax Distanzierung von Wahlversprechen Von Dr. Dietrich Schulze	76.	28.12.2011	265
Grün-Rot stellt Verzicht auf deutsche Atomwaffenforschung in Frage Landesregierung BaWü gegen Zivilklausel für KIT Von Dietrich Schulze	77.	14.12.2011	267
Kriegsforschung und Grünen-Ministerpräsident Kretschmann in Karlsruhe Winfried, der Wahlbetrüger Von Dietrich Schulze	78.	25.11.2011	269
Ischinger-Bauer-Connection: Hochschulen für das Militär verpflichten Bundeswehr-Klausel statt Zivilklausel Von Dietrich Schulze	79.	09.11.2011	271
Kriegsbefürworter Ischinger erteilt Marschbefehl für olivgrüne Zivilklausel Uni Tübingen: Orwell lässt grüßen Von Dietrich Schulze	80.	12.10.2011	273
Grüne BW-Ministerin Bauer bleibt Einlösung von Wahlversprechen schuldig Zivilklausel ins KIT- und Hochschulgesetz! Von Dietrich Schulze	81.	01.10.2011	276

Grün-Rot-Regierung in BaWü soll ihre Wahlversprechen einlösen: Friedenspolitische Kurskorrektur in den Hochschulen! Von Peter Kleinert	82.	31.08.2011	277
KIT Atomreaktorforschung von Grün auf Rot schalten Transmutation des Atomausstiegs Von Dietrich Schulze	83.	03.08.2011	279
Uni-Leitung Tübingen verstößt bewusst gegen Zivilklausel Neue Dimension der inneren Militarisierung Von Dietrich Schulze	84.	13.07.2011	281
Zivilklausel und Freiheit der Universität Bremen schützen! OHB Systems und Geopolitik Von Dietrich Schulze	85.	15.06.2011	283
Die Genese der Plutonium- Tritium-Diktatur - Teil 3 In Memoriam Leon Grünbaum (1934 - 2004) Von Dietrich Schulze	86.	25.05.2011	288
Die Schimären Transmutation und Kernfusion am KIT in Karlsruhe Zerbrecht die Plutonium-Tritium-Diktatur! - Teil 2 Von Dietrich Schulze	87.	18.05.2011	296
Warum Alt-Nazis unter Adenauer Kernforschung betreiben sollten - Teil 1 Zerbrecht die Plutonium-Tritium-Diktatur! Von Dietrich Schulze	88.	04.05.2011	299
Atomforschungsprogramm in Karlsruhe bleibt strittig Aber KIT öffnet sich Von Dietrich Schulze	89.	27.04.2011	304
KIT Karlsruhe: Atomenergieforschung nach Fukushima Zeitgewinn und Rettungsanker Kernfusion Von Dietrich Schulze	90.	13.04.2011	306
AUS für CDU-Herrschaft - BaWü-Bildungsreform und Uni-Zivilklausel JETZT Zweimal Wende eingeleitet Von Dietrich Schulze	91.	30.03.2011	308
KIT Karlsruhe lehnt Verantwortung für Frieden und Demokratie ab Gegen Zivilklausel in der Grundsatzung der Uni Von Peter Kleinert	92.	23.03.2011	309
Autonomie, Demokratie und Frieden auf die Agenda der Hochschulen! Freiheit statt Freiherr Von Dietrich Schulze und Peter Kleinert	93.	16.03.2011	310
Zarte Kampfansage in Bremen, Fragezeichen in Karlsruhe und Erfolg in Tübingen Uni-ProfessorInnen und Zivilklausel Von Dietrich Schulze	94.	09.02.2011	312
“Nie wieder Krieg“ hieß einmal “Nie wieder deutsches Militär“ Wußtest Du schon? Von Dietrich Schulze	95.	10.03.2010	314
Alternative Botschafter gegen Militärforschung an Universitäten Über Autonomie, Freiheit und mehr Von Dr. Dietrich Schulze	96.	20.01.2010	316

Alter US-Atombomben-Wahn enthüllt, neudeutsches Atomwaffen-JA in der UNO

Ramstein Airbase entsorgen JETZT

Von Dietrich Schulze

Am 22. Dezember gab es etwas historisch Denkwürdiges in den USA. Die im Kalten Krieg ausgearbeiteten US-Atombomben-Pläne von 1956 mit detaillierten Ziel-Orten im Osten sind nach Ablauf der Sperrfrist öffentlich gemacht worden. In der Presse wurde breit berichtet. Dieser Artikel setzt sich zum Ziel, Zusammenhänge zur Gegenwart aufzuzeigen und Schlussfolgerungen zu ziehen.



Vor 70 Jahren Hiroshima am 6. August. Die aufsteigende Wolke kurz nach der Atombomben-Explosion. Quelle: Wikipedia/Foto: Madsuda Hiromichi im Außenbezirk der Stadt der Stadt

US-Atombomben-Ziele 1956 im Osten veröffentlicht

Bei James Burr vom National Security Archive an der George-Washington-Universität [1] kann man nachlesen, dass die USA Atombomben gegen mehr als 2000 Ziele im Osten (Sowjetunion, China, Osteuropa incl. Ost-Berlin) plante. Allein in Ost-Berlin sollten 91 Atombomben abgeworfen werden. Das war der Plan des "Strategic Air Command" SAC im Jahre 1956. SAC hatte 1100 Flugplätze und 1200 Industriezentren als Ziele für eine systematische Zerstörung vorgesehen. Die Atombomben hatten eine Größe von 1,7 - 9 Megatonnen, die 120-fache bis über 600-fache Sprengkraft der Hiroshima-Bombe.

Warum hat die USA den Atomkrieg nicht ausgelöst?

Im Heise-telepolis-Magazin [2] werden die Pläne bis 1961 weiter verfolgt. Die US-Militärs waren bei den Atomkriegsplänen geblieben. 1961 kam John F. Kennedy

an die Regierung. Dieser hatte zwar die Kalte-Kriegs-Politik fortgesetzt, ohne aber einen Atomkrieg auszulösen zu wollen. Das hat ihm wohl zwei Jahre später das Leben gekostet. Was war denn aber 1956? Da war Dwight D. Eisenhower US-Präsident. Der wusste sehr gut, was Krieg ist. War er doch General und Oberkommandierender der US-Streitkräfte 1944 an der Westfront beim äußerst verlustreichen Endkampf gegen die Hitler-Wehrmacht. Es liegt die Erklärung nahe, dass er 1956 trotz riesiger atomarer Überlegenheit gegenüber der Sowjetunion mit dem Atomkrieg zögerte. Und im Jahr darauf wurde das US-Kriegsszenario durch den Sputnik-Schock durcheinander gewirbelt. Die Sowjetunion war plötzlich bei den Trägerraketen für beliebig weit reichende Atomwaffen an der Spitze.

Westdeutschland hatte entgegen der großen Bewegung gegen die Remilitarisierung die Bundeswehr geschaffen und war 1955 dem Kriegsbündnis NATO beigetreten. Im Jahr darauf waren die Atomzentren Karlsruhe, Jülich und Geesthacht gegründet worden. Adenauer und Strauß wollten die eigene Atombombe. Dazu später mehr.

René Heilig vom ND zur Rolle von Ramstein

Zurück zur Offenlegung der US-Atomwaffenpläne von 1956. Dazu hat der Inlandredakteur des Neuen Deutschland René Heilig am 24. Dezember [3] neben einer tiefeschürfenden Analyse als erster in diesem Kontext die Verbindung zu einem hochaktuellen Thema formuliert. Wörtlich: "Für die [Ziele] verantwortlich war General Curtis LeMay (1906-1990). Von seinen gegen Nazi-Deutschland fliegenden Bomberbesatzungen wurde er »Iron Ass« (Eisenarsch) genannt. Später verknüpfte man seinen Namen mit der Berliner Luftbrücke. Er schickte die sogenannten Rosinenbomber. Sie

versorgten die durch die sowjetische Blockade eingeschlossenen Bürger Westberlins mit Lebensmitteln, Kohle und Zuversicht. Wenige Jahre später war er bereit, dieselben Menschen, die er retten half, skrupellos in einem Atomkrieg zu opfern. LeMay baute nach dem Zweiten Weltkrieg das Strategic Air Command der USA auf. Das SAC mit Hauptquartier Offutt Air Force Base in Nebraska besaß fast 2000 Bomber verschiedenster Klassen und 800 Tankflugzeuge. Bis zu 200.000 Militärs und zivile Techniker gehörten zu LeMays Kommando. Ständig hielt er mit Nuklearwaffen bestückte Bomber an den Grenzen zur Sowjetunion sowie denen des Warschauer Vertrages in der Luft. Ein wichtiger Stützpunkt für das SAC war – wie heute – die deutsche Ramstein Airbase.“ Diese Airbase ist das hochaktuelle Thema.

Eugen Drewermann über die Ramstein-Kampagne

Lesen wir dazu die Gedanken von Eugen Drewermann, katholischer Theologe, suspendierter Priester und kirchenkritischer Publizist. In seinem Eröffnungsreferat am 13. Dezember bei der Planungskonferenz „Stopp Ramstein“ in Offenbach [4] unterstrich er die zentrale Rolle der Airbase Ramstein:

1. Für den weltweiten Drohneneinsatz
2. Für die US und NATO Interventionspolitik
3. Für die Konfrontationspolitik gegenüber Russland durch den sogenannten Raketenabwehrschirm
4. Für den Einsatz der Atomwaffen durch die dort befindliche Einsatzzentrale.

Krieg muss gestoppt und als Mittel der Politik beendet werden, so sein leidenschaftlicher Appell.

Die Teilnehmer*innen der Planungskonferenz rufen auf zu Aktionen in Ramstein vom 10.-12. Juni 2016 mit dem Ziel der Schließung von Ramstein als Bestandteil der kriegesischen NATO-Strategie.

Brandon Bryant Whistleblower über Ramstein und Drohnen

Es gibt einen einmaligen Zeitzeugen für Drewermanns Ziff. 1, d.h. für den über die Airbase gesteuerten weltweiten Drohneneinsatz, den ehemaligen US-Drohnenpiloten Brandon Bryant. Lesen sie dazu die ausführliche Begründung [5] für die Verleihung des Whistleblower-Preises. Darin wird auf seine Qualen über die massenhafte Tötung von Zivilisten mit von ihm über Ramstein gesteuerten Drohneneinsätzen eingegangen und auf seinen Selbstbefreiungsakt, diesem elektronischen Mordwerkzeug die Rote Karte zu zeigen und weltweit darüber aufzuklären. Der Autor war an der Organisation der Preisverleihung am 16. Oktober in Karlsruhe beteiligt und hat darüber in der NRhZ am 21. Oktober berichtet [6]. Brandon Bryant hat es sich nicht nehmen lassen, am 18. November zusammen mit drei ähnlich Betroffenen einen Offenen Brief [7] gegen die US-Drohneneinsätze an US-Präsident Obama zu richten. Diese seien die verheerendste Triebfeder des Terrorismus. Die massenhafte Tötung durch Drohnen sei eine Art Rekrutierungsprogramm für neue Terroristen.

Subrata Ghoshroy gegen Killerdrohnen und Atomwaffen

Wie es der Zufall will, war der Autor bei einem Video-Interview zur Zivilklausel [8] in der Uni Jena vor 4 1/2 Jahren gefragt worden, was ein Whistleblower ist. Wie man hören kann, habe ich den Naturwissenschaftler Subrata Ghoshroy angeführt, der Ende 2009 am KIT Karlsruhe über die verheerende Militarisierung der US-Universitäten und Forschungseinrichtungen gesprochen hatte. Analog Brandon Bryant in den Krieg war er in die Kriegsforschung eingebunden. Als Laserwaffenexperte hatte er die Leistungsfähigkeit der Industrieprodukte zu beurteilen. Nachdem er die Leistungen als gemogelt und damit die staatliche Finanzierung abgelehnt hatte und trotz Druck dabei geblieben war, wurde er in eine Gruppe am MIT abgeschoben. Ghoshroy entwickelte wie Bryant einen Selbstbefreiungsakt. Er konvertierte vom Waffenforscher zum Friedenswissenschaftler und praktiziert das mit großem Engagement. Nur zwei Beispiele dafür. Am National action day im Mai 2014 [9] las er zusammen mit anderen vor dem MIT, einem Zentrum der Kriegsdrohnenforschung, Namen von durch US-Killerdrohnen getötetem unschuldigen Menschen vor. Im August war er in Japan und nahm an einer Wissenschaftler-Konferenz im Blick auf Fukushima teil, in der die Abkehr von der „zivilen“ Nutzung der Atomenergie beraten wurde und die Hinwendung zur erneuerbaren Energie. Hier sein Bericht im renommierten Bulletin of Atomic Scientists [10]. Die Tragik: Japan

entwickelt unter Verleugnung seiner Geschichte einen neuen Militarismus. In Tokio hatten Mitte September 45.000 Menschen gegen die neuen Sicherheitsgesetze protestiert, die den japanischen Streitkräften Auslandseinsätze erlauben unter Bruch der aus guten Gründen pazifistischen Verfassung. Ein echt besorgniserregender Beitrag kurz nach dem 70. Jahrestag der Hiroshima/Nagasaki-Bomben.

Reiner Braun zum BRD-Atomwaffen-Ja in der UNO

Am 8. Dezember verabschiedete die UN-Generalversammlung mit großen Mehrheiten vier Resolutionen, die ein Verbot von Atomwaffen vorantreiben sollen. Mit zwei Enthaltungen und zwei Gegenstimmen stellte sich die Bundesregierung gegen den Fortschritt in der nuklearen Abrüstung wie ICAN berichtete [11] und solidarisierte sich mit den Atomwaffen-Besitzern. Und jetzt wird es merkwürdig. Statt eines großen Aufschreis der Friedensbewegung, hört man fast gar nichts. Ja, das „fast“ hat immerhin eine gewichtige Stimme: Reiner Braun, IALANA-Geschäftsführer und seit 2013 Co-Präsident des International Peace Bureau in Genf. Er gab der FREITAG bloggerin Lea Frings am 20. Dezember ein Interview [12]. Besonders interessant ist natürlich die Frage nach den Gründen für dieses empörende Abstimmungsverhalten. Darauf gab er zwei klare Antworten:

- Es ist ein Affront auch gegen das Parlament, ja selbst gegen die Regierungsprogrammatik, die die Abschaffung aller Atomwaffen als Ziel formuliert. Sie ist nur aus einer totalen Unterwürfigkeit unter die US- und NATO-Interessen zu verstehen und hat mit einer eigenständigen deutschen Politik, die sich dem Frieden verbunden fühlt, nichts zu tun. Sie passt aber zur aktuellen Außenpolitik der Konfrontation und der Hegemonie, dann will man auch bei den Atomwaffen dabei sein, sei es auch nur im Rahmen der nuklearen Teilhabe.
- Banken mit Krediten und Aktiengewinnen sowie Rüstungsfirmen verdienen sich dumm und dämlich an der Entwicklung neuer Atomwaffen. Die Kampagne "Nein zu Bankenfinanzierung für Atomwaffen" weist schon seit Jahren auf diese enge Verquickung hin. In diese sind auch die Deutsche Bank und die Commerzbank involviert.

FZK-Atomwaffen-Brüder: Einer geriet ins Abseits

Dass man aus Gründen der außenpolitischen Hegemonie bei den Atomwaffen dabei sein will, ist nichts Neues in der Nachkriegspolitik. Weil Adenauer und Strauß die eigene Atombombe wollten, wurde für die 1956 gegründeten Atomzentren zuverlässiges Führungspersonal eingesetzt. In Karlsruhe zwei Nazi-Juristen und zwei Wehrmacht-Rüstungsexperten. Die Geschichte ging aber anders. Am 12. April 1957 protestierten 18 renommierte Atomwissenschaftler im "Göttinger Manifest" gegen die Aufrüstung der Bundeswehr mit Kernwaffen [13] und die Adenauer-Regierung musste ihren sehnlichsten Wunsch begraben. Das war die Stunde der Nuklearkooperationen mit Diktaturen wie Südafrika, Pakistan, Argentinien usw. mit dem Ziel, diesen Ländern zur Atombombe zu verhelfen, auf die man dann selber einen Zugriff haben würde. Das alles ist ewig lange her.

Über einen dieser Experten hat es am 14. Dezember nach einer dreijährigen Auseinandersetzung eine Entscheidung des KIT-Senats gegeben. Vom Ehrensensatortitel, der Dr. Rudolf Greifeld 1969 von der Uni verliehen wurde, distanziert sich KIT wegen dessen NS-Vergangenheit. Der Autor hat darüber am 16. Dezember bei NRhZ einen resümierenden Artikel veröffentlicht [14]. Reiner Braun sagte, man will auch heute bei den Atomwaffen dabei sein, sei es auch nur im Rahmen der nuklearen Teilhabe. Ja, ist denn das überhaupt möglich?

Debatte 2012 über deutsche Atomwaffen-Option

Im Juli 2012 verbreitete der damalige KIT-Präsident Eberhard Umbach aufgrund der Zivilklausel-Debatte die folgende Meinung: „Das Forschungszentrum, 1956 zur Atomforschung gegründet, hatte eine Zivilklausel. ›Die Gesellschaft verfolgt nur friedliche Zwecke‹. Diese Einschränkung sei damals notwendig und verständlich gewesen. Aber heute denken wir nicht im Entferntesten an Bombenbau, und wir hätten auch gar nicht die technischen Möglichkeiten dazu.“ Der Autor hatte darauf sein Erstaunen geäußert, dass ein ausgebildeter Physiker die technischen Möglichkeiten Deutschlands bestreitet? Welchen Zweck verfolgt er mit der Verharmlosung der sowohl zivil als auch militärisch zu

nutzenden (Dual-Use) Atomtechnik? Ist diese nur in deutschen Händen völlig harmlos und beherrschbar, während wir doch rund um die Uhr hören, dass sie in iranischen Händen kreuzgefährlich ist?“

Im Beitrag in der jungen Welt [15] am 4. August 2012 „Nur für friedliche Zwecke“ zum Jahrestag der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki lautete die begründete Schlussfolgerung „Auch BRD kann Kernwaffen bauen.“

Dazu werfen wir noch einen Blick in die Streitschrift „Jetzt entrüsten“ [16] über die Karlsruher Tagung im Juni 2012 zu Verantwortung der Wissenschaft, Zivilklausel, Rüstungs- und Atomforschung. Dort war Harry Block ähnlich wie oben von einer technischen „Option Atomwaffenstaat“ ausgegangen, aber auch von der Notwendigkeit einer Wissenschaftskonversion, das bedeutet die Atomforscher zu motivieren, selbst die Forschung für regenerative Energien anzupacken. Man muss es nur wollen.

Zivil-militärische Atomforschung am KIT 2015

Wie sehen die Realitäten drei Jahre später aus? Bitte lesen Sie die Dokumentation [17] zur Diskussionsveranstaltung im KIT Redtenbacher-Hörsaal mit MdB Sylvia Kotting-Uhl am 29. April zum Thema "Zivil-militärische Atomforschung am KIT – Schluss damit!". Warum wird von zivil-militärischer Atomforschung gesprochen? Am KIT-Institut für Kern- und Energietechnik (IKET) wird Forschung für geräuschlose Flüssigmetallkühlungen für große Atomreaktoren betrieben. Diese ist vor allem für Atom-U-Boote interessant, da eine geräuschlose Kühlung das Aufspüren eines solchen sehr erschwert. Dabei geht um den Verstoß gegen die Teil-Zivilklausel für Großforschungsaufgaben im KIT-Gesetz, die nur friedlichen Zwecken dienen. In der Dokumentation wird die Antwort der Bundesregierung vom 22. Dezember 2014 auf die relevante Grüne Bundestagsanfrage mitgeteilt. Eine völlig inhaltsleere Reaktion auf den Teilzivilklausel-Verstoß.

Am 2. Dezember erschien im Netz von Antiatom Neckarwestheim [18] eine 14-seitige Analyse mit 49 Quellziten über die internationalen Atomverstrickungen des KIT unter dem Titel: KIT Karlsruhe - Atomforschung und das internationale Parkett Teil 1: Greenwashing durch Atom-Gurus? Teil 2: Willfähige Handlanger oder verantwortliche Akteure?

Es muss daran erinnert werden, dass das KIT das größte nationale Atomzentrum ist und der Atomausstieg hier mit Rückendeckung der Bundes- und Landesregierung zentral hintertrieben wird. Es gibt nach allem Dargelegten nur einen plausiblen Grund, die bewusste Offenhaltung der Atomwaffen-Option.

Schlussgedanke

Hier sollten eigentlich eine Reihe von Konsequenzen gezogen werden. Im Interesse der Kürze wird auf das Mitdenken der Leser*innen gesetzt. Gedanken an den Autor und andere sind hoch erwünscht. Im Impressum meine Verbindungsdaten. Nur ein allgemeiner Gedanken meinerseits sei abschließend erlaubt.

Der Widerstand der Demokrat*innen aller Couleur von Unten gegen Krieg, Umweltzerstörung und Ungerechtigkeiten war, ist und bleibt die positive Triebfeder der menschlichen Geschichte.

Tu ma was, sagen die Bayern. Auf Hochdeutsch: Zivilcourage und vernetzte Zusammenarbeit. (PK)

Zu Ehren des Whistleblowers Subrata Ghoshroy (MIT) hier die Übersetzung ins Englische
<http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20151231.pdf>

Quellen:

[1] <http://nsarchive.gwu.edu/nukevault/ebb538-Cold-War-Nuclear-Target-List-Declassified-First-Ever/>

[2] <http://www.heise.de/tp/news/Atombomben-auf-Ost-Berlin-3055232.html>

[3] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20151224.pdf>

[4] <http://lokale-friedensarbeit.de/aktuelles/pressemitteilung-der-friedenskooperative-eugen-drewermann-ramstein-ist-die-drehscheibe-der> [... Kriege der USA und der NATO]

[5] http://www.ialana.de/files/pdf/arbeitsfelder/whistleblowerpreis/whistleblowerpreis%202015/Jury_Begr_Br_Bryant_20_9_15.pdf

- [6] <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=22159>
- [7] <http://www.zeit.de/politik/ausland/2015-11/drohnen-piloten-offener-brief-obama>
- [8] http://www.youtube.com/watch?v=K_GffpqHAM
- [9] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20140506.pdf> [more entry WebDoku 06.05.14]
- [10] <http://thebulletin.org/fukushima-today-first-person-account-field-and-conference-table8683>
- [11] <http://www.icanw.de/pressemitteilungen/deutschland-stimmt-gegen-atomwaffenverbot/>
- [12] <https://www.freitag.de/autoren/lea-frings/bundesregierung-gegen-nukleare-abruestung>
- [13] <http://www.ag-friedensforschung.de/themen/Atomwaffen/50jahre-goettingen.html>
- [14] <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=22365>
- [15] <http://www.jungewelt.de/2012/08-04/049.php>
- [16] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20121230.pdf>
- [17] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20150630.pdf>
- [18] <http://neckarwestheim.antiatom.net/component/phocadownload/category/6-sonstiges?download=114:kit-karlsruhe-atomforschung-und-das-internationale-parkett>

Online-Flyer Nr. 541 vom 16.12.2015

<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=22365>

KIT Karlsruhe distanziert sich vom Ehrensenatortitel des Atom-Nazis Greifeld

Senat packt Vergangenheitsbewältigung an

Von Dietrich Schulze

Seit geschlagenen drei Jahren wird am Karlsruher Institut für Technologie KIT über eine Altlast gestritten, den von der Uni Karlsruhe geerbten Ehrensenatortitel für den NS-belasteten Antisemiten Dr. Rudolf Greifeld. Diese Auseinandersetzung um die Aberkennung bzw. Annullierung der Uni-Entscheidung hat der Autor zusammen mit zwei anderen ehemaligen Beschäftigten des Forschungszentrums Karlsruhe FZK im September 2012 mit einem Offenen Brief [1] an den damaligen KIT-Präsidenten Prof. Umbach in die Wege geleitet. Nach 3 Jahren und drei Monaten gibt es nun ein erstes greifbares Ergebnis. Der KIT-Senat distanziert sich von dieser Ehrung [2]. Zitat daraus:



Dr. Serge Klarsfeld am 28.09.15 in seinem Büro in Paris beim Vortragen seiner Botschaft für den Whistleblower-Preis in Karlsruhe.
Quelle: Bild aus dem Video nach Zitat [6]

„Nach dem heutigen Kenntnisstand und auf der Basis ethischer Bewertungen würde die Ehrung von Dr. Greifeld nicht mehr erfolgen. Der KIT-Senat bedauert die damalige Ehrung.“

In einer ersten Stellungnahme als Presse-Erklärung [3] sagt dazu die Initiative gegen Militärforschung an Universitäten, die die Auseinandersetzung unter dem Gesichtspunkt der Verantwortung der Wissenschaften mit vielfältigen Initiativen begleitet hat, folgendes: „Die Initiative gegen Militärforschung an Universitäten begrüßt die Entscheidung des KIT-Senats, sich von der Ehrung Dr. Rudolf Greifelds durch die Universität Karlsruhe 1969 zu distanzieren und diese aufgrund des heutigen Kenntnisstands und auf der Basis ethischer Bewertungen zu bedauern.“

Ebenso begrüßen wir die Bestimmungen, die Ehrensenatorenliste transparent zu machen durch Einfügung eines Vermerks über diese

Senatsentscheidung, die nationalsozialistische Vergangenheit von Rudolf Greifeld und den Prozess der Auseinandersetzung mit dessen Biographie. Ebenso wichtig erscheint uns die Senatsentscheidung, das Gutachten von Prof. Rusinek öffentlich zugänglich zu machen.

Nicht nachvollziehen können wir die Annahme des Senats, dass eine Aberkennungsentscheidung deswegen nicht getroffen werden könne, weil diese Ehrensenatorwürde mit dem Tod erloschen sei. Wieso wird dann seit drei Jahren über die Forderung nach Aberkennung gestritten? Wieso konnte die Ehrensenatorwürde aufgrund einer früheren KIT-Entscheidung vorerst ruhen? Das „Ruhen“ in einem Streit um die Aberkennung Ja/Nein kann doch nur bedeuten, dass die Ehrensenatorwürde nach KIT-Auffassung posthum existiert und später aufgrund der Recherchen endgültig entschieden werden soll.

Wir verweisen dazu auf einen aktuellen Artikel in der Stuttgarter Zeitung [4] wonach der Senat der Universität Konstanz 2012 [5] eine Ehrensenatorwürde der Uni posthum aberkannt hat. Das geschah nach einer öffentlichen Diskussion darüber, dass die Entscheidung angeblich gegenstandslos sei, weil diese Würde mit dem Tod erloschen ist.

Die Initiative zollt Dr. Serge Klarsfeld hohe Anerkennung für seine Unterstützung 1975 bei der Aufdeckung der Nazi-Vergangenheit Greifelds und für seine Video-Botschaft 2015 [6] zur Verleihung des Whistleblower-Preises an Dr. Léon Gruenbaum [7], in der er sich nachdrücklich für die Aberkennung des Greifeld-Titels ausgesprochen hat.“ Soweit diese erste Stellungnahme. Das positive Ergebnis nach so vielen Jahren ist sehr vielen Mitwirkenden zu verdanken, nicht zuletzt dem Historiker Prof. Bernd-A. Rusinek, der im Auftrag der KIT-Ethikkommission das Gutachten erstellt hat. Ohne es zu kennen, weil es noch nicht öffentlich zugänglich ist, sei eine persönliche Anmerkung erlaubt. Es gab erhebliche Kontroversen in der Sache. Wesensbestandteil einer Demokratie ist es, auch scharfe Kritik mit dem Ziel der Durchsetzung demokratischer Werte auszutragen. Auf das Ergebnis für die Werte kommt es an, wobei gewisse Differenzen durchaus fortwirken können.

Es sei mir gestattet, noch drei weitere Karlsruher Verantwortliche aus dem großen Kreis der Mitwirkenden ausdrücklich zu würdigen: Dr. Christof Müller-Wirth, Harald Denecken und Dr. Frank Mentrup, die alle wesentlich 2013 zum Gruenbaum-Symposium [8] beigetragen hatten, bei dem es um die Ehrung des von Greifeld verfolgten jüdischen Wissenschaftlers aus Frankreich, Dr. Léon Gruenbaum [9] ging, der in der Nähe von Karlsruhe seine letzte Ruhe gefunden hat. Dr. Christof Müller-Wirth hat sich als ehemaliger Verleger von Beginn an für das Lebenswerk von Gruenbaum, die geschichtswissenschaftliche Monographie „Genese der Plutoniumgesellschaft – Politische Konspirationen und Geschäfte“ interessiert, für deren Übersetzung aus dem Französischen und die Herausgabe. Aufgrund von neuen Kontakten während der Whistleblower-Preisverleihung am 16. Oktober in Karlsruhe sieht es jetzt nach einem zielführenden Weg aus. Harald Denecken, Vorsitzender des Forum | Ludwig Marum und Erster Bürgermeister i.R. hat das Gruenbaum-Symposium 2013 federführend mitgestaltet und begleitet die Thematik aus historisch-politischer Sicht mit entschiedener Vernetzungstätigkeit.

Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup („Mayor für Peace“) hatte aus großem Interesse sowohl das Gruenbaum-Symposium als auch die Whistleblower-Preisverleihung inhaltlich eröffnet. Ohne seine vielfältige Unterstützung wäre die attraktive Veranstaltung nicht möglich gewesen. Abschließend sei dem KIT-Präsidenten Prof. Holger Hanselka, dem Präsidium und dem Senat viel Glück und Erfolg bei der Fortsetzung der Vergangenheitsbewältigung gewünscht. Und noch etwas zum vertieften Studium der nicht ganz unkomplizierten Materie: Bitte durchforsten Sie die Web-Dokumentation der Initiative (s. Impressum). Sie enthält inzwischen zig Artikel zum Thema mit interessanten Zusammenhängen, nicht wenige davon in der Neuen Rheinischen Zeitung veröffentlicht.

Kurz vor Redaktionsschluss wurden Bericht und Kommentar in den Badischen Neuesten Nachrichten bekannt, die Sie hier [10] nachlesen können. (PK)

Nachtrag 20. Dezember 2015

Zum Video-Text [6] hier das Original-Video

<https://www.youtube.com/watch?v=rYUCF5cthGw>

Zu Ehren von Serge Klarsfeld, Léon Gruenbaum und Rolande Tordjman-Grunbaum ist dieser Artikel inzwischen ins Französische übersetzt worden:

<http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20151220fr.pdf>

[1] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20120910.pdf>

[2] http://www.kit.edu/kit/pi_2015_155_kit-senat-distanziert-sich-von-der-ehrung-rudolf-greifelds.php

[3] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20151214.pdf>

[4] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20151112stz.pdf>

[5] <http://www.aktuelles.uni-konstanz.de/presseinformationen/2012/78/>

[6] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20151016skp.pdf>

[7] <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=22159>

[8] <http://www.forum-ludwig-marum.de/site/assets/files/1012/broschuere.pdf>

[9] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20150818.pdf>

[10] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20151215bnn.pdf>

Online-Flyer Nr. 535 vom 04.11.2015

<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=22208>

Halle: Zivilklausel-Vorlesungsreihe über Eigenes und die Zivilklausel-Bewegung

Kamke 1946 versus Varwick und Co.

Von Dietrich Schulze

Am 22. Oktober fand in der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (MLU) die erste Vortrags- und Diskussionsveranstaltung einer Zivilklausel-Vorlesungsreihe statt. Der AK Zivilklausel beim Studierendenrat hatte mich eingeladen, über allgemeine Aspekte der Zivilklausel vorzutragen. Die 20 TeilnehmerInnen überraschten mit einer ausgiebigen, streitbaren und außerordentlich engagierten Diskussion. Eine wirkliche Premiere aus meiner Sicht bei solchen Uni-Veranstaltungen war die Teilnahme des MLU-Kanzlers Markus Leber, der kräftig mitdiskutierte.



MLU-Halle-Kanzler Markus Leber
Quelle: MLU-Pressestelle

Zur Vorbereitung wurde als dokumentarische Grundlage meines Vortrags ein 40-seitiger Reader [1] erstellt. Zur Vereinfachung der folgenden Darstellung sind an passenden Stellen die entsprechenden Seitenzahlen angegeben. Der Vortrag war inhaltlich in acht Themen gegliedert, zu denen hier noch die eine oder andere Erläuterung hinzugefügt wird.

A. Akademische Uni-Krieger heute und Kamke-Appell nach der Befreiung

Der just am Vortrag der Veranstaltung bei IMI e.V. erschienene Artikel (Reader S. 2-5) über den MLU-Prof



Mathematik-Professor Erich Kamke
Quelle: Landesarchiv BaWü
www.leo-bw.de

Johannes Varwick passte so gut in mein Konzept, dass ich damit beginnen musste. Zitat: „Anstatt vergangene Erfahrungen mit Interventionen im Ausland zu diskutieren und die Legitimität von Gewalt als politisches Mittel in Frage zu stellen, betreibt Varwick eine Militarisierung der Lehre, indem er um die Zustimmung hierfür in der Bevölkerung wirbt, die einer militärisch (noch) aktiveren Rolle Deutschlands in der Welt gegenwärtig im Wege steht.“ Solche „Verantwortungsmilitaristen“ gehören inzwischen eher zur Uni-Normalität. Um nur drei aus Baden-Württemberg zu benennen: Wolfgang Ischinger Uni Tübingen [2a] Stefan Hiermaier Uni Freiburg [2b] und Philipp Fraund Uni Konstanz [2c]. Zu allem Überfluss drei Zivilklausel-Unis, d.h. es wird bewusst gegen die Zivilklausel-Vorschrift verstoßen. Die Gegenbewegung an den Unis ist in allen drei Fällen incl. des politischen Umfelds inzwischen so schwach, dass die Verstöße noch nicht einmal öffentlich moniert werden.

Hier ist ein heftiger Blick in die Geschichte angesagt. An eben jener Uni Tübingen trug 1946 der Mathe-Prof. Erich Kamke in einem Mathematik-Kongress einen Hippokratischen Eid für alle Wissenschaften vor (Reader S. 8-10). Der Text kann nicht oft genug ins Bewusstsein geholt werden, um zu verstehen, was heute aus der damals allgemeinen Überzeugung „Nie wieder Krieg“ gemacht worden ist:



Clemens Wagner und Anne Geschonneck
Bildquelle: MZ 27.01.2014 Foto: Thomas Meinicke

»Wie zum Arzt neben der medizinisch-technischen Ausbildung auch eine charakterliche Erziehung gehört, die ihn selbst die gefährlichsten Hilfsmittel - Messer, Narkotika, Gifte - nur zum Wohle des Kranken verwenden lässt, so ist es unerlässlich, dafür zu sorgen, dass auch die Wissenschaftler ihre ungeheure Macht, die sie zum Herrn über Leben und Tod ganzer Völker, ja der ganzen Menschheit machen kann, nur zu deren Wohle verwenden. Während früher die Eignung für

die eigentliche wissenschaftliche Forschung das hervorstechendste Merkmal des Forschers bildete, wird in Zukunft noch etwas anderes hinzukommen müssen, ein besonders hohes Berufsethos, ein auf das Feinste ausgeprägtes Verantwortungsbewusstsein gegenüber den Folgen der Forschung für die Menschheit. Es wird zu erwägen sein, ob zu diesen auf moralischem Gebiet liegenden Ansprüchen an die Forscherpersönlichkeit noch organisatorische Maßnahmen hinzukommen müssen, etwa als mildeste Maßnahme die Einrichtung eines internationalen Informationsbüros, bei dem ohne Beschränkung der Freiheit des Forschens, alle Forschungen bestimmter Wissenschaftsgebiete anzumelden sind. Diese Probleme sind von solcher Bedeutung, dass sie überall, wo Wissenschaftler zusammentreffen, diskutiert werden sollten. Wir alle müssen uns mit aller unserer Kraft, mit unserer ganzen Person dafür einsetzen, dass die Wissenschaft niemals mehr einem Werk der Zerstörung, sondern nur dem Wohl der Menschheit dient.«

B. Zivilklausel als Mittel gegen Militarisierung

Hierzu habe ich mich mal zur Abwechslung selbst zitiert mit 7 aufeinander abgestimmten Forderungen (Reader S. 9-10 und S. 25).

1. Rüstungs- und Kriegsforschung an den Hochschulen in jeder Form und Verpackung aufreißen, öffentlich skandalisieren, zurückdrängen und verhindern.
2. Dafür sind Zivilklauseln mit Transparenzklauseln ein überzeugendes Mittel der Hochschulgemeinschaft im Interesse des Gemeinwohls und des Friedens und der Freiheit.

3. Selbstbestimmung und Qualität erfordern die öffentliche Vollfinanzierung der alma mater.
4. Der Charme der Zivilklausel für eine Wissenschaft der Aufklärung, der Humanisierung der Lebensverhältnisse und der weltweiten Solidarität muss noch konkreter entwickelt werden.
5. Unten vor Ort in den Hochschulgruppen und ASten sollten mit dem sympathischen Umfeld reale mess- und vermittelbare Fortschritte gegen Militärisches erkämpft werden.
6. Nichts ist überzeugender als ein selbst erstrittener Erfolg. Das ist aufgrund der Kriegspolitik des „Trio infernale“ nicht leichter geworden. Auch früher war das nicht „leichter“.
7. Das Verständnis der politischen Entwicklungen ist wichtig. Es bleibt aber nutzlos, wenn nicht persönlich der Versuch einer solidarischen Umsetzung der Erkenntnisse gemacht wird.

Dazu gab es kurze Erläuterungen. Auf einige wird noch zurück zu kommen sein, u.a. zu Ziff. 2 und Ziff. 4 in der Diskussion.

Eine Übersicht über das Wachstum der existierenden Zivilklauseln, Stand Mai 2015, hier (Reader S. 11-14) sowie über die Debatte an 60 Hochschulen, Stand März 2015, hier (Reader S. 15-22). Daraus das Zitat zu Halle-Wittenberg: »2011 gab eine Veranstaltungsreihe der GEW und des SDS der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg über „Militarismus und antimilitaristische Perspektiven“ mit den Themen „Krieg und Ökonomie – Ursachen gesellschaftlicher Militarisierung“ und „Rüstungsforschung und Zivilklausel“. Nach einer Pause haben sich die Studierenden wieder aufgerufen. Auf Einladung des AK Zivilklausel beim StuRa der MLU gab es im November 2014 eine Infoveranstaltung mit MdB Nicole Gohlke zur Unterstützung für die Forderung nach Einführung einer Zivilklausel.« Siehe dazu (Reader S. 23).

C. Drei rechtliche Ebenen der Zivilklausel

Die Ebene 1 bedeutet „ohne Zivilklausel“ bzw. eine allgemeine Leitlinie wie im MLU (Reader S. 5) oder aber eine Ethikkommission. Das schäbigste Beispiel für eine Ethikkommission als Zivilklausel-Ersatz ist KIT Karlsruhe [3].

Die Ebene 2 bedeutet einen Senatsbeschluss der Hochschule.

Die Ebene 3 bedeutet eine landesgesetzliche Regelung.

Eine solche gab es in Niedersachsen (1993-2002) und seit Sept. 2014 in Nordrhein-Westfalen. In Thüringen und Bremen ist sie in der Diskussion (Reader S. 12). Und in Sachsen-Anhalt hat DIE LINKE. am 7. Oktober 2015 einen Antrag eingebracht (Reader S. 6-7).

Die Furcht der Obrigkeit vor der gesetzlichen Regelung hat einen ganz einfachen Grund: Bei einem Verstoß gegen eine gesetzliche Regelung werden andere Sanktionen erwartet als bei einem Verstoß gegen einen Senatsbeschluss.

D. Bestes Durchsetzungsmittel Urabstimmung

Der Autor kann aus ureigener Erfahrung und Mitwirkung an der Mobilisierung für die erste und gleich erfolgreiche Urabstimmung 2009 an der Uni Karlsruhe sagen, welche enorme Bedeutung ein solches studentisches Votum hat. Es bindet alle nachfolgenden Studierendenvertretungen (AStA, StuPa, StuRa) bei der Umsetzung der Forderung an die zuständigen Gremien und trägt zur Ermunterung in anderen Hochschulen bei. Siehe auch (Reader S. 11). Nach dem eingangs beschriebenen IMI-Artikel wird die Urabstimmung auch an der MLU geplant (Reader S. 5). Der Vortragende und Autor wünscht für einen Erfolg ggf. schon im Sommersemester 2016 Beherrschung, Solidarität und Ausdauer.

E. Größter Hemmschuh Unterfinanzierung

Das allgemeine Sparen in der Bildung hat für die Hochschulen dramatische Konsequenzen. Es ist vor allem den beiden Aktiven Clemens Wagner und Anne Geschonneck an der MLU zu verdanken, dass im April 2013 gegen die Sparpläne eine Großdemo mit 7000 Menschen auf die Beine gestellt werden konnte. Zitat MZ: »Denn den beiden Studenten geht es nicht allein um die drohenden Kürzungen an den Hochschulen. Vielmehr kämpfen sie für gesellschaftliche

Veränderungen, für eine gerechtere Politik, für mehr und bessere Bildung für alle Gesellschaftsschichten. Und auch darum, das hat ihnen die Großdemo in Halle gezeigt, dass man etwas erreichen kann, wenn man aktiv wird. „Politik machen nicht nur Politiker, sondern alle Bürger“ [4].

Bezogen auf die Zivilklausel hat die Unterfinanzierung noch eine ganz andere Seite, die zunehmende Drittmittelfinanzierung mit zwei Konsequenzen: A) Immer mehr Zeitverträge mit der Folge „Klappe halten, sonst hast Du gar keine Chance auf Verlängerung oder Entfristung“. B) Ermutigung für Profs, notfalls auch militärische oder dubiose Geldmittel in Anspruch zu nehmen für die sog. „Reine Grundlagenforschung“. Dafür nur das Beispiel KIT-Forschung mit Pentagon-Finanzierung [5].

F. Zivilklausel muss gelebt werden!

Zivilklausel leben bedeutet eine Kombination von Wachsamkeit, Fachwissen und Zivilcourage. Verstöße fachlich begründen und mit Mut unter Mobilisierung der Interessenvertretungen, allen voran der Studierenden, die zuständigen Gremien zur Entscheidung auffordern und ggf. auch die außeruniversitäre Öffentlichkeit suchen. Das gilt im Sinne von Absatz B) Ziff. 1 auch für die Uni ohne Zivilklausel. Zusätzlich zu den vielen benannten Beispielen (Reader S. 11-22) gibt es ein schönes Beispiel für einen Erfolg an der Uni Marburg. 2008-2011 zahlte dort die US-Luftwaffe an das Biologen-Team Prof. Homberg für das „reine“ Grundlagenforschungsprojekt „Nächtliche Orientierung von Wüstenheuschrecken“ 143.000 €. Uni-Fachleute deckten auf, dass dieses Biologie-Projekt der Verbesserung der Kampfdrohnen-Steuerung dient und erreichten einen Stadtratsbeschluss [6]. Natürlich spielt bei jeglicher Militärfinanzierung eine große Rolle, wie die demokratische Politik reagiert. Im Juli deckte das Info-Team NDR und Süddeutsche Zeitung eine starke Zunahme von BMVG-finanzierter Rüstungsforschung an zivile Hochschulen und Forschungsinstituten auf. Die Bundestagsfraktion DIE LINKE. erhielt in der Regierungsantwort auf einen kleinen Anfrage die Auskunft, dass die konkreten Aufträge vom Verteidigungsministerium als „Verschlussache“ eingestuft werden (Reader S. 32-35). Dieser Skandal, in öffentlich finanzierten Hochschulen Geheimforschung zu betreiben, darf nicht geduldet werden und verdient einen öffentlichen Aufschrei ähnlich wie gegen die Waffenexporte. Bereits seit 2010 besteht dieses Problem [7]. Es ist endlich an der Zeit, diese BMVG-Geheimschutzverordnung als Verfassungsbruch zu beseitigen.

G. Verstöße gegen die Zivilklausel

Wenn Verstöße gegen die Zivilklausel nicht bekämpft werden, hat das eine schlimme Auswirkung. Die gemeinschaftliche Selbstverpflichtung gegen Militärisches wird entwertet. Vor einem Jahr hatte ich 4 typische Fälle an großen Universitäten untersucht (Reader S. 24-28). Das betrifft die Universitäten Bremen, Tübingen, Rostock und Kassel und möge bitte im Detail nachgelesen werden. Als Schlussfolgerung aus alledem wurde formuliert: »Die Zivilklausel ist und bleibt trotz aller geschilderten Probleme ein Pfahl im Fleische der Militarisierer aller Couleur. Sie hat bereits zwei Landesgrenzen überschritten, nämlich die nach Österreich und die nach der Schweiz. Alles nachlesbar in der einzigen umfassenden Zivilklausel-Dokumentation der „Initiative gegen Militärforschung an Universitäten“« [8].

Das KIT Karlsruhe (ohne Zivilklausel) wurde aus aktuellen Gründen als 5. Fall hinzugefügt, weil ein skandalöses „ziviles“ Forschungsprojekt aufgedeckt wurde, das für Atom-U-Boote nützlich ist. Im April wurde dazu eine Veranstaltung mit der atompolitischen Sprecherin der Grünen Bundestagsfraktion MdB Sylvia Kotting-Uhl am KIT organisiert [9].

H. Dialektik: Mut und Organisiertheit

Nicht zufällig ist am Ende des Readers ein hochaktueller Beitrag über die Whistleblower-Preisverleihung am 16. Oktober in Karlsruhe angefügt (Reader S. 37-40). Der triviale Grund: Der NRhZ-Artikel stammt von mir und ich habe auch kräftig selber mit organisiert. Der hier wichtige Grund ist aber die gemeinsame Thematik herausragende Zivilcourage (Whistleblower) und

Zivilcourage im Kontext der Zivilklausel (Reader S. 31). Neben der eingangs zitierten Lehre nach der Befreiung „Nie wieder Faschismus. Nie wieder Krieg“ gibt es eine Lehre aus dem antifaschistischen Widerstand, den dialektischen Zusammenhang zwischen Mut und Organisiertheit. Am eindringlichsten kann das am Widerstand in faschistischen Konzentrationslagern nachempfunden werden. Als Adoptivsohn des Dachau-Häftlings Karl Wagner habe ich das verstehen gelernt. Die illegale Lagerleitung der Häftlinge war Voraussetzung und Bindeglied für kluge und mutige Handlungen einzelner Häftlinge gegen den SS-Terror. Eine wunderbare Begebenheit dazu ist mir im Juni in der Gedenkstätte des KZ Dachau widerfahren [10]. Auch die Zivilklausel-Bewegung kann aus dem antifaschistischen Widerstand lernen, die Aktionen gegen die Militarisierung voranzubringen.

Einiges aus der Diskussion

Frage: Was ist die beste Zivilklausel-Formulierung? Antwort: In der Kasseler Urabstimmung wurde gefordert: „Forschung, Lehre und Studium an der Universität Kassel dienen ausschließlich zivilen und friedlichen Zwecken. Unter Berücksichtigung der Frage, ob zivile Zwecke verfolgt werden, sind alle Drittmittel in Bezug auf Drittmittelgeber, Zeitraum, Projektverantwortliche, Finanzvolumen, Zielsetzung und Fragestellung vor Beginn des Projekts öffentlich bekannt zu geben.“ (Satz 1 ist die Zivilklausel, Satz 2 ist die Transparenzklausel). Bitte den abgemagerten Senatsbeschluss nachlesen (Reader S. 29).

Frage: Was nützt die Zivilklausel ohne Sanktionen? Antwort: Die Zivilklausel muss gelebt werden. Eine Debatte über Sanktionen könnte den Freiheitsaposteln in die Hände spielen. Siehe auch gesetzliche Zivilklausel.

Frage: Gründe gegen die Zivilklausel? Antwort: Hauptargument „verfassungsrechtliche Freiheit der Wissenschaft“ wurde bereits 2009 von Verfassungsrechtler Erhard Denninger widerlegt. Bis heute kein qualifiziertes Gegengutachten.

Frage: Ist nicht alles Dual Use? Antwort: Grundlagenforschung darf auf keinen Fall wegen potentieller Militäranwendungen eingeschränkt werden. Bei genauerem Hinschauen über Auftraggeber und Zielsetzungen kann bei Einzelprojekten immer Transparenz geschaffen werden, siehe Marburger Wüstenheuschrecken.

Darstellung: Biologe verheimlichte Arzneimittel-Formel, die für Sprengstoffe geeignet war. Antwort: Vorbildlich, aber kein Ersatz für die Zivilklausel. Anderes gutes Beispiel: Der Japaner Yoshiyuki Sankai lehnt es öffentlich ab, seine Exoskelett-Entwicklungen für medizinische Zwecke für Kriegszwecke zur Verfügung zu stellen.

Frage: Zivilklausel als Aufforderung zu konkreter Friedenswissenschaft? Antwort: Ja, das ist ein noch sehr unterentwickeltes Arbeitsfeld. An der Uni Bremen wurde früher ein Lehrstuhl für Rüstungskonversion gefordert. Idee einer Zusammenarbeit mit IG Metall. Solches und Ähnliches sollte als Alternative in den Gedanken von verantwortungsbewusster Wissenschaft weiter entwickelt werden.

Abschlussbemerkung: „Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts.“ Weil heutige Studierende morgen verantwortliche Positionen in Wirtschaft, Gesellschaft, Politik, Medien und Kultur einnehmen werden, ist ein „Krieg um die Köpfe“ entbrannt. Ein klarer Grund für antimilitaristischen Mut und Organisiertheit.(PK)

Quellen:

[1] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20151021.pdf>

[2a] <http://www.tueinfo.org/cms/node/21725>

[2b] <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=21409>

[2c] <http://german-foreign-policy.com/de/fulltext/59235>

[3] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20110320.pdf>

[4] <http://www.mz-web.de/halle-saalekreis/engagement-7000-hallenser-mobilisiert,20640778,26012662.html>

[5] <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=19968>

[6] http://www.die-linke-marburg.de/03/2014-02-03_PM_Stadt_forschung.pdf

- [7] <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=19541>
 [8] <http://www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf>
 [9] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20150423.pdf>
 [10] <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=21657>

Online-Flyer Nr. 533 vom 21.10.2015

<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=22159>

Randvoller Bürgersaal im Rathaus Karlsruhe zum Mega-Ereignis für Zivilcourage

Drei Whistleblower 2015 geehrt

Von Dietrich Schulze

Am 16. Oktober fand in Karlsruhe die Whistleblower-Preisverleihung 2015 statt. Dieser Preis für herausragende Zivilcourage wird alle zwei Jahre von IALANA und VDW vergeben. Erstmals in der Geschichte des Preises seit 1999 wird ein Posthum-Preisträger geehrt, der französische Physiker und Geschichtswissenschaftler Dr. Léon Gruenbaum (1934-2004). Die beiden anderen Preisträger sind Brandon Bryant, ein US-amerikanischer Ex-Drohnen-Pilot und Prof. Gilles-Eric Séralini, ein französischer Molekularbiologe, der die Wirkungen des Unkrautvernichters und wahrscheinlichen Krebserregers Glyphosat von Monsanto erforscht und gegen starke Widerstände „Alarm bläst“ [1]. Besonders sei auf die Langfassungen der Jury-Begründungen zu allen Preisträgern verwiesen. In diesem frühen Stadium nach dem medialen Mega-Ereignis können nur erste skizzenhafte Eindrücke vermittelt werden.



Die drei Preisträger Gilles-Eric Séralini, Léon Gruenbaum (Portrait Liane Holl) und Brandon Bryant im Bild vereint. Quelle: Zitat (9)

Über 250 Teilnehmer*innen

Die Preisvergabe war eine selten schöne Einheit von Qualität und Quantität in der Tagungsstätte der Bürgervertretung in Karlsruhe, der „Residenz des Rechts“. Damit hatten selbst die Veranstalter in kühnen Träumen nicht gerechnet. Zweifellos waren dafür die internationale Bekanntheit von Brandon Bryant und Gilles-Eric Séralini und die Brisanz ihrer Enthüllungen ausschlaggebend. Bryant war tags zuvor als Zeuge im NSA-Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages in Berlin gehört worden. Der prominente Journalist John Goetz vom ARD-Hauptstadtstudio (vom Recherche-Verbund NDR, WDR und Südd. Zeitung), der die Laudatio auf Bryant in Karlsruhe hielt, berichtete,

er habe es noch nicht erlebt, dass ein Zeuge im Untersuchungsausschuss Beifall der Versammelten für seine Ausführungen erhalten habe. Aber auch die geschichtliche Bedeutung und die jahrelange Arbeit zur Ehrung von Léon Gruenbaum spielten für die Publikumsresonanz eine Rolle.

Schlüssel Aufruf & Unterstützung

Mitursächlich für das starke Publikumsinteresse dürfte auch der lokale Unterstützer-Aufruf [2] gewesen sein, der von 10 Persönlichkeiten und 18 Gruppen unterstützt wurde: AStA KIT, attac,

Grüner Gemeinderat, DFG-VK, DGB, DIE LINKE., Evangelische Luthergemeinde, Forum | Ludwig Marum, Friedensbündnis, Gegen Vergessen Für Demokratie e.V., GEW, Initiative gegen Militärforschung an Universitäten, Lernort Zivilcourage & Widerstand e. V., PNOES, ver.di, VVN-BdA und Zeichen setzen – Jüdisches Leben in Bad Schönborn. Die vielfältige Weitergabe an die jeweiligen Netzwerke zeigte ihre Wirkung.

Entstehung des Posthum-Preises

In Ergänzung meines Artikels in der Neuen Rheinischen Zeitung [3] sei es gestattet, ein paar Worte über die interessante Vorgeschichte des Posthum-Preises zu sagen. Nach dem Gruenbaum-Symposium [4] vor zwei Jahren mit dem vielsagenden Titel »Der vergessene Whistleblower (1934–2004)« war es vor allem Christof Müller-Wirth, der die Ehrung von Léon Gruenbaum voranzubringen versuchte, u.a. dadurch, dass die geschichtswissenschaftliche Monographie »Genese der Plutonium-Gesellschaft – Politische Konspirationen und Geschäfte« als Buch veröffentlicht wird. Dazu ist eine aufwändige Übersetzung vonnöten, die bisher nicht gelungen ist. Müller-Wirths Partner Peter Becker griff dieses Projekt auf. Auf diesem Wege gelangte der „vergessene Whistleblower“ in den Kreis der Jury für die Preisvergabe. Dr. Dieter Deiseroth aus der Jury hatte schließlich die geniale Idee, Léon Gruenbaum zusätzlich zu den aktuellen Preisträgern im Sinne eines Posthum-Ehrenpreises einzubauen. Daraus wiederum entstand der Plan, den Veranstaltungsort Karlsruhe zu wählen.

Um ein entscheidendes Ergebnis vorweg zu nehmen. Durch Gespräche von Zuständigen, sicherlich begünstigt durch die unterstützenden Worte des Oberbürgermeisters in seiner Eröffnungsrede und die motivierende Atmosphäre der Veranstaltung, konnte erreicht werden, dass das Buch für die Monographie nunmehr finanziell gesichert ist. Léon's dreizehnter Todestag am 22. April 2016 wäre ein guter Termin für die Fertigstellung der Übersetzung.

Programm von 2 ½ Stunden

Nun aber endlich zum Ablauf der Preisverleihung für gleich drei gewichtige Preisträger, ein hartes Brot für die Veranstalter. Wie kann es erreicht werden, die Aufmerksamkeit über einen so langen Zeitraum für keineswegs unkomplizierte Sachverhalte zu fesseln? Mit einer absolut gelungenen Kombination von Vortragenden mit zwei Video-Beiträgen zu Beginn und einem wundervollen Kulturprogramm. Die drei Kulturbeiträge der Mezzo-Sopranistin Malika Reyad und ihrer Klavier-Virtuosin You Kyong Kim haben für die wertvollen und notwendigen Nachdenk-Phasen gesorgt.

Video-Botschaft Klarsfeld

Das erste highlight der Preisverleihung war die Video-Botschaft von Serge Klarsfeld (FFDJF) Paris für den Posthum-Preisträger. Er begrüßte die Preisverleihung an Léon Gruenbaum und forderte die Aberkennung des KIT-Ehrensamtstitels für Rudolf Greifeld. Die Aufzeichnung des Videos in Paris besorgte die Filmemacherin Efstratia Dawood (PNOES), die das Video auch mit übersetzten Untertiteln versehen ließ. Tatsächlich hatte die Botschaft von Serge Klarsfeld einen ersten Teil, der aus Zeitgründen nicht vorgeführt werden konnte. In einer Handreichung für die Teilnehmer*innen-Mappe [5] konnten beide Teile in vollständiger Übersetzung nachgelesen werden. Die Video-Botschaft und der Trailer über Leons Leben sollen in Bälde verfügbar gemacht werden. Das gilt auch für die ermutigende Laudatio von Philipp Sonntag, der nicht nur auf den aufgedeckten Atomwaffen-Proliferationsaspekt des KIT-Vorläufers Kernforschungszentrum Karlsruhe, sondern auch auf den Aspekt „Child Survivor“ (überlebende Kinder der Shoa) einging, zu dem er ganz persönliche Beziehungen hat.

Gedenkminute für Léon

Der emotionale Höhepunkt der Veranstaltung war für mich persönlich die Gedenkminute für Léon Gruenbaum, von Otto Jäckel vor Beginn der Preisübergabe an Brandon Bryant und Prof. Gilles-Eric Seralini erbeten. Dieser Punkt war nicht in der Regieplanung vorgesehen. Otto Jäckel erklärte

mir später, dass das eine spontane Entscheidung der Jury zu Beginn der Veranstaltung gewesen sei, eine direkte Auswirkung die Publikumsresonanz. Die Dankesworte der Preisträger Brandon Bryant und Gilles-Eric Séralini waren in vielerlei Hinsicht außerordentlich lehrreich, weil beide mit bewegenden Worten auf die persönlichen Folgen und das Klima in ihrem jeweiligen Umfeld eingegangen sind. Die spannenden Berichte darüber möchte ich nicht vorweg nehmen. Das gilt ebenso für die sehr durchdachten Berichte aller Vortragenden, die bald dokumentiert sein werden. Eine allgemeine Bemerkung sei mir erlaubt zur Laudatio von Christine von Weizsäcker auf Prof. Dr. Gilles-Eric Séralini. Zu diesem Zeitpunkt waren bereits 1 ½ anstrengende Stunden vorüber gegangen. Frau von Weizsäcker hat es verstanden, den Zuhörer*innen erneute Aufmerksamkeit abzuverlangen mit einfachen, gut verständlichen Worten und tiefeschürfenden Gedanken zugleich.

WebDoku Medienberichte

Die bis dato bekannten Medienreaktionen und die Karlsruher Vorbereitungsarbeiten sind in einem Auszug [6] aus der von mir betriebenen WebDokumentation gegen die Militarisierung der Universitäten aufgelistet. Daraus möchte ich vor allem die Tatsache erwähnen, dass ein unmittelbarer Beitrag im ARD Nachtmagazin gesendet wurde. Das nebenstehende Schlussbild der Sendung zeigt wiederum die beiden Preisträger mit den Moderatoren Bartosch und Jäckel mit dem Portrait von Léon Gruenbaum. Nur noch ein Beispiel für die interessante Medienpräsenz. Albrecht Müller von den NachDenkSeiten ließ es sich nicht nehmen, nach Karlsruhe zu kommen, um wie angekündigt Brandon Bryant zu interviewen.



Dr. Léon Gruenbaum, Prof. Bartosch, Prof. Gilles-Eric Séralini, Brandon Bryant und Otto Jäckel. Quelle: ARD-Nachtmagazin. 17.10.2015

Bitte studieren Sie die Medienberichte, darunter auch Abwegiges und Abwertendes.

Falschbehauptung BNN

Ein schlimmes Beispiel für die Abwertung gleich aller drei Preisträger haben die lokalen Badischen Neuesten Nachrichten (BNN) mit ihrem Bericht vom 16. Oktober [7a] geliefert. Zitat: »KIT hat sich auch mit Blick auf den posthumen Persönlichkeitsschutz für die Beibehaltung des

Ehrensensortitels entschieden. Man mag dies kritisieren. Aber die Aufwertung Grünbaums zum „whistleblower“ wirft die längst beantwortete Frage nun erneut auf und gibt eine moralisch heikle Antwort ohne handfesten historischen Beleg.« Das war selbst der KIT-Leitung nicht geheuerlich. Tags darauf mussten die BNN ihre Falschbehauptung korrigieren [7b]. Zitat: »Das KIT legt Wert auf die Feststellung, dass über die Aberkennung der ruhenden Ehrensensortwürde für den einstigen Kernforschungszentrums-Manager Rudolf Greifeld noch nicht entschieden wurde. Die Ethikkommission habe sich mehrfach mit dem Fall befasst und werde nach den derzeitigen Planungen noch in diesem Jahr den Gremien einen Vorschlag für die Entscheidung unterbreiten.« Dazu sei noch erwähnt, dass die Langfassung der Jury-Begründung [8] über die historischen Belege dem von der Ethikkommission bestellten Gutachter Prof. Rusinek zur Kenntnis gegeben worden sind. Im Schluss-Gedanken der Jury heißt es: »Wenig Verständnis hätte Dr. Gruenbaum, wenn er davon erführe, dafür, dass bis heute Dr. Rudolf Greifeld, der langjährige administrative Geschäftsführer des KfK in Karlsruhe, das vor wenigen Jahren im „Karlsruher Institut für Technologie (KIT)“ aufgegangen ist, nach wie vor Ehrensensort eben dieses KIT ist. Es ist zu hoffen, dass sich das KIT nun endlich auf der Grundlage des in Kürze zu erwartenden Fachgutachtens des Historikers Prof. Rusinek von der Universität Düsseldorf, der zugleich Leiter

des Archivs des Forschungszentrums Jülich ist, dazu entschließt, Dr. Greifeld vor allem aufgrund seiner NS-Belastung die Ehrung als Ehrensensator zu entziehen.«

Besonderer Dank an OB Dr. Mentrup

Zur gezielten BNN-Taktik gegen die Preisverleihung noch ein gewissermaßen tröstlicher Gedanke. Hätte die BNN rechtzeitig und sachlich über die Preisverleihung wie etwa z.B. das Online-Magazin ka-news berichtet, wäre der Andrang im Rathaus nur schwer zu bewältigen gewesen.

Die Veranstalter und der Hausherr Dr. Mentrup wären mangels Übertragungskapazitäten nach draußen in arge Nöte versetzt worden.

Mir bleibt am Schluss nur noch, neben den Preisträgern besonders dem Oberbürgermeister für die Bereitstellung des Bürgersaals und seine überzeugenden Eröffnungsworte zu danken. Ein großer Dank geht auch an den Haupt-Organisator der Veranstalter Reiner Braun und sein Team, die mit ihrer umsichtigen Arbeit zum Erfolg beigetragen haben. Das gilt ebenso für das emsige Karlsruher Vorbereitungsteam.

Diese Preisverleihung wird viele positive Folgen haben. Das oben benannte Übersetzungsprojekt ist nur ein Beispiel dafür. Und noch etwas Gutes zu allerletzst, die Bilderserie der Veranstalter [9]. Bilder sagen mehr als tausend Worte. (PK)

- [1] <http://www.ialana.de/arbeitsfelder/whistleblowing/whistleblower-preis/whistleblowerpreis-2015>
<http://neu.vdw-ev.de/veranstaltungen/whistleblower-preisverleihung-2015/>
- [2] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20150929.pdf>
- [3] <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=22109>
- [4] <http://www.forum-ludwig-marum.de/site/assets/files/1012/broschuere.pdf>
- [5] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20151017sk.pdf>
- [6] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20151017wd.pdf>
- [7a] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20151016bnn.pdf>
- [7b] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20151017bnn.pdf>
- [8] http://www.ialana.de/files/pdf/arbeitsfelder/whistleblowerpreis/whistleblowerpreis%202015Jury_Lang__Begrndung_Gruenbaum_21_9_2015_Dei_Schulze.pdf
- [9] <https://www.flickr.com/photos/lucaswirl/albums/72157659597357228>

Online-Flyer Nr. 531 vom 07.10.2015

<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=22109>

Whistleblower-Preisträger: Léon Gruenbaum, Brandon Bryant, Gilles-Eric Séralini

Erster Karlsruher Whistleblower

Von Dietrich Schulze

Am 16. Oktober findet in Karlsruhe die Whistleblower-Preisverleihung 2015 statt. Dieser Preis für herausragende Zivilcourage wird alle zwei Jahre von IALANA und VDW vergeben. Erstmals in der Geschichte des Preises seit 1999 wird ein Posthum-Preisträger geehrt, der französische Physiker und Geschichtswissenschaftler Léon Gruenbaum (1934-2004). Die beiden anderen Preisträger sind Brandon Bryant, ein US-amerikanischer Ex-Drohnen-Pilot und Prof. Gilles-Eric Séralini, ein französischer Molekularbiologe, der den Unkrautvernichter und Krebserreger Glyphosat von Monsanto erforscht und gegen starke Widerstände bekämpft [1].



Léon Gruenbaum Zeichnung Liane Holl

Whistleblower-Preisverleihung 2015

Um auf direktem Weg auf die Veranstaltung zu kommen, die im Bürgersaal des Rathauses in Karlsruhe stattfinden wird, hier der vorgesehene Ablauf [2]: • Eröffnung: Oberbürgermeister von Karlsruhe Dr. Frank Mentrup

- Begrüßung für die Veranstalter: Otto Jäckel, Vorsitzender der IALANA • Trailer zum entstehenden Film über Léon Gruenbaum: Efstratia Dawood (PNOES)
- Laudatio auf den Empfänger des Posthum-Whistleblower-Ehrenpreises Dr. Léon Gruenbaum: Video-Botschaft von Serge Klarsfeld (Paris) sowie Dr. Philipp Sonntag (Physiker, Berlin)
- Laudatio auf den Whistleblower-Preisträger Brandon Bryant (Missoula/USA): John Goetz (ARD-Hauptstadtstudio; Rechercheverbund NDR/WDR/SZ)
- Laudatio auf den Whistleblower-Preisträger

Prof. Dr. Gilles-Eric Séralini (Caen/Frankreich): Christine von Weizsäcker

- Preisübergabe: Prof. Dr. Ulrich Bartosch, Vorsitzender der VDW
- Dankesworte der Preisträger Brandon Bryant und Prof. Dr. Gilles-Eric Séralini

Dazwischen Musikalisches von Malika Reyad aus Karlsruhe.

Geschichtliches zu Léon Gruenbaum

Gestatten Sie bitte, dass ich diesen Beitrag auf Léon Gruenbaum konzentriere und zwar aus zwei Gründen. Erstens beschäftigt sich die Initiative gegen Militärforschung (WebDoku [3]) schon seit vielen Jahren damit, für die Anerkennung seiner Lebensleistung Sorge zu tragen. Und zweitens ist allein die Tatsache, dass der Veranstaltungsort der Preisverleihung auf Karlsruhe gelegt wurde, wo Léon gewirkt hat und gestorben ist, eine große Ehrung. Die Veranstalter sind OB Dr. Mentrup sehr dankbar dafür, dass er den öffentlich attraktivsten Ort in Karlsruhe zur Verfügung gestellt hat, die Tagungsstätte des Gemeinderats.

Eine kurze Lebensgeschichte von Léon und Schlüsseldaten im Kontext sind von mir vor vier Wochen zusammen gestellt worden [4]. Die wichtigste Erkenntnis: Er wurde von Nazis in doppelter Weise verfolgt. Seine jüdische Familie musste vor dem deutschen Faschismus nach Frankreich fliehen, wo er 1934 geboren wurde. Von dem hochrangigen Karlsruher Atommanager Greifeld (1911-1984, NSDAP-Mitglied seit 1937) wurde er Anfang der 1970 Jahre ein zweites Mal verfolgt. Es ist sehr viel veröffentlicht worden, vieles von mir auch in der Neuen Rheinischen Zeitung.

Gruenbaum-Symposium 2013 in Karlsruhe

Eine gute Zusammenfassung aller wichtigen benannten Aspekte sind in einem Symposium des Forum | Ludwig Marum am 19. Oktober 2013 dargestellt worden. Hier finden Sie die komplette Broschüre über das Symposium [5] sowie einen Reader mit vorbereitenden Dokumenten [6]. Im Hinblick auf die Preisverleihung seien aus der Fülle von Material vier Aspekte hervorgehoben:

- Die Bedeutung von Beate und Serge Klarsfeld aus Paris bei der Aufdeckung der Wehrmacht-Verbrechen von Greifeld, der Léon später verfolgt hatte.
- Die seit drei Jahren erfolglos geforderte Annullierung der Ehrensensatorwürde der Universität Karlsruhe von 1969 (heute KIT) für diesen AtomNazi.
- Neue für den AtomNazi belastende Dokumente aus Mitschriften eines Vichy-Beamten, der dessen Wehrmachtbefehle für die Resistance aufzeichnete.
- Unerledigte Ehrungen für Léons geschichtswissenschaftliche Bedeutung.

Nun zu diesen vier Aspekten im Detail:

Die Nazi-Jäger Klarsfeld helfen Léon

Bereits in seiner schriftlichen Botschaft für das Symposium [7] hatte Serge Klarsfeld die Entdeckung der von Léon vermuteten Nazi-Vergangenheit Greifelds geschildert. Die Karlsruher Vorbereitungsgruppe für die Preisverleihung konnte ihn erneut gewinnen, dieses Mal zu einer aussagekräftigen Video-Botschaft, aufgezeichnet von Efstratia Dawood am 28. September in Klarsfelds Pariser Büro. Dazu eine Collage aus drei Bildern im Kontext.



Collage von Dietrich Schulze

Wie schwächlich in der Recherche die hiesige Widerstandsbewegung ist, kann allein an der Tatsache abgelesen werden, dass das einzige Foto von Léon zusammen mit Beate und Serge Klarsfeld bei der bekannten Pressekonferenz 1975 in Strasbourg - s. Reader [6] Seite 16 - immer noch nicht in besserer Auflösung ermittelt wurde.

Die unwürdige Ehrensensatorwürde

Serge Klarsfeld erinnert in seiner Video-Botschaft daran, dass der Ehrensensortitel von Greifeld, dessen Annullierung von der KIT-Ethikkommission seit nunmehr drei Jahren systematisch verschoben wird, endlich beendet werden muss. Bitte lassen Sie sich dieses erste expressive high light der Preisverleihung nicht entgehen. Möge auch das Folgende die Ethikkommission des KIT endlich von der Unwürdigkeit Greifelds

überzeugen und dessen KIT-Würde noch in diesem Jahr - dem 70. Jahr der Befreiung von Faschismus und Krieg - zu beenden.

Auch Bonnefoy überführte Greifeld

Erst 1999 konnte aufgrund einer Thesis an der Universität Lyon weiteres enorm belastendes Material über die Greifeld-Verbrechen im besetzten Paris veröffentlicht werden. Es handelt sich um Mitschriften eines Beamten der Vichy-Kollaborationsregierung über die Greifeld-Befehle der Nazi-Wehrmacht. Der Clou war, dass Edouard Bonnefoy heimlich mit der Resistance zusammen arbeitete. Die Beweissicherung dieser Mitschriften ist uns aufgrund eines Besuchs bei Bonnefoys Schwiegertochter erst vor einem Jahr gelungen [8].

Die Bombe „Genese der Plutonium-Gesellschaft“

Ja, das war Léons Bombe gegen die fortgesetzten nazistischen Demütigungen. Er erarbeitet Ende der 1970er Jahre ein geschichtswissenschaftliches Dokument allererster Güte, die 460-seitige Monographie „Genese der Plutonium-Gesellschaft - Politische Konspirationen und Geschäfte“, in die er seine gesamte verbliebene Schaffenskraft investierte – s. Reader [6] Seiten 30-44. Leider ist es bis heute nicht gelungen, diese Monographie zu veröffentlichen, die er an der Sorbonne für eine Promotion in Geschichte eingereicht haben soll. Vielleicht kann der Impuls des Whistleblower-Ehrenpreises für Léon zu einer Unterstützung für die Abschrift des nicht mehr gut lesbaren französischen Textes und dessen qualifizierte Übersetzung beitragen. Der gesamte von Léon beackerte Atomwaffen-Komplex ist in einem breit gefächerten aktuellen Artikel bei „umwelt FAIR ändern“ [9] erschienen.

Mobilisierung - breite lokale Unterstützung

Die gesamte Preisverleihung wird bereits im Vorfeld in Karlsruhe breit unterstützt. Das kann an einem Unterstützer-Aufruf abgelesen werden, der von 10 Persönlichkeiten und 18 Gruppen unterstützt wird, allen voran vom AStA und dem Studierenden-Parlament des KIT [10]. Mehr Mobilisierendes finden Sie hoffentlich bald in der lokalen und überregionalen Presse. (PK)

Quellen:

- [1] <http://www.ialana.de/arbeitsfelder/whistleblowing/whistleblower-preis/whistleblowerpreis-2015>
<http://neu.vdw-ev.de/veranstaltungen/whistleblower-preisverleihung-2015/>
- [2] http://neu.vdw-ev.de/wp-content/uploads/2015/10/whistleblower-preis-_web.pdf
- [3] <http://www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf>
- [4] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20150818.pdf>
- [5] <http://www.forum-ludwig-marum.de/site/assets/files/1012/broschuere.pdf>
- [6] <http://www.forum-ludwig-marum.de/site/assets/files/1012/reader.pdf>
- [7] <http://www.forum-ludwig-marum.de/site/assets/files/1012/beilage-zum-reader.pdf>
- [8] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20140626.pdf> und [20140627.pdf](http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20140627.pdf)
- [9] <http://umweltfairaendern.de/2015/10/spurensuche-auferstanden-aus-verbrechen-deutsche-atomschmiede-in-karlsruhe-und-ein-whistleblower/>
- [10] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20150929.pdf>

Online-Flyer Nr. 524 vom 19.08.2015

<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=21938>

Ein unerhörter Verdacht: Verfolgung von Netzpolitik.org nur vordergründig

Ritt gegen Osten mit Netzpolitik.org?

Von Dietrich Schulze und Peter Kleinert

In der Informationsflut über den angeblichen Landesverrat von Netzpolitik.org ist häufig die Rede davon, dass die Anklage vom Verfassungsschutz-Chef Maaßen inszeniert worden sei, um ein unliebsames Netzorgan abzustrafen. Es gibt inzwischen noch eine völlig andere Vermutung über die Inszenierung. Albrecht Müller, einer der anerkanntesten unabhängigen Kritiker der herrschenden Politik und Herausgeber der NachDenkSeiten, hat am 13. August eine solche zu enormem Nachdenken anstiftende Vermutung veröffentlicht (1), einen unerhörten Verdacht.



Quelle: Netzpolitik.org

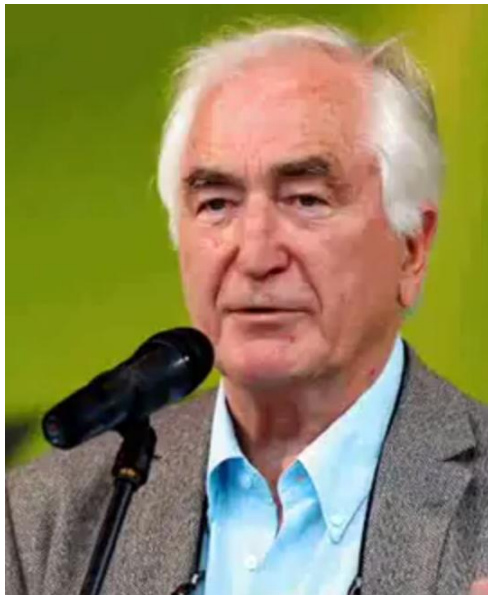
Hier die Schlusspassage seines Beitrags unter dem Titel „Pressefreiheit ist die Freiheit von zweihundert reichen Leuten, ihre Meinung zu verbreiten.“ unter der Zwischenüberschrift „P.S.: Verfolgung wegen Landesverrats – eine Inszenierung?“

„Im Netz wird kommuniziert, der Angriff auf Netzpolitik.org wegen Landesverrats sei inszeniert worden. Das kann ich weder widerlegen noch belegen. Aber einiges spricht dafür: davon profitiert das Medium außerordentlich, es hat Glaubwürdigkeit, Bekanntheit und finanzielle Mittel gewonnen. Davon profitierte Frau Merkel, weil sie sich als Verteidigerin der Netzfreiheit profilieren konnte, und sie wird davon profitieren, dass sie mit Netzpolitik.org ein glaubwürdiges Organ notfalls an ihrer Seite hat, wenn es gegen den Osten zu reiten gilt. Es profitierten die deutschen Medien, weil sie sich für ihre Kolleginnen und Kollegen tapfer geschlagen haben. Und auch

sonst haben sie reihenweise von diesem Vorgang gewonnen: Vor allem der Generalbundesanwalt, der in den verdienten Vorruhestand entgleiten kann.“

Das würde bedeuten, die Hinweisgeber (Whistleblower) aus dem Bundesverfassungsschutz, die die inkriminierten Passagen an Netzpolitik.org lanciert haben, sind keine Whistleblower, wie allgemein angenommen, sondern anonyme Erfüllungsgehilfen ihrer Vorgesetzten. Ein fast unglaublicher Verdacht, der wenn er zutreffen sollte, praktisch nicht beweisbar ist. Die beiden Erfüllungsgehilfen werden wegen zugesagter Vorteile die Klappe halten. Netzpolitik.org kann die angeblichen Whistleblower um keinen Preis benennen. Hans-Georg Maaßen, Chef des Bundesamts für Verfassungsschutz, wird trotz vorliegender Beweise nicht gemäßregelt werden, weil er zu viel weiß. Das Bauernopfer, Generalbundesanwalt Harald Range, hat seinen Abgang geschickt in Szene gesetzt. Die Schwarz-Rote Bundesregierung hat sich als Verteidiger der Pressefreiheit profiliert. Wie soll dieses fein eingefädelte Geflecht, falls der Verdacht stichhaltig ist, aufliegen können?

Wie konnte Albrecht Müller auf eine solche Vermutung kommen? Er hat sich eines ganz einfachen Mittels bedient, nach Gemeinsamkeiten der Streitenden gesucht und eine wesentliche Übereinstimmung zwischen Regierung und Netzpolitik.org gefunden, nämlich das böse Russland. Nach intensiven Ausführungen über die reale Pressefreiheit heißt es in Müllers Artikel:



Albrecht Müller Quelle: Nachdenkseiten

„In anderen westlichen Ländern steht es nicht besser als bei uns. Eine wirklich demokratische Willensbildung muss man mit der Lupe suchen. Berlusconi hat sein Finanz- und Medienimperium benutzt, um die politische Macht zu ergattern und Italien in seinem Sinne zu verändern. In Frankreich bestimmen Wirtschaftskonzerne die Medien, in den USA und Großbritannien über weite Strecken der australische Medienkonzern Murdoch. Die Washington Post gehört dem Amazon-Gründer Jeff Bezos. Die New York Times lässt sich auf die Interessen der US-amerikanischen Regierung ein. – Und dennoch wird hierzulande von der westlichen Pressefreiheit geschwärmt, und es wird diese in Kontrast gesetzt zu den Verhältnissen zum Beispiel in Russland. In Bezug auf Russland ist das Feindbild nach wie vor voll intakt. Das gilt auch für den Umgang mit den russischen Medien. Die hier in Deutschland tätigen

russischen Medien werden in der Regel geschnitten. Am Beispiel von Netzpolitik.org kann man den Umgang beispielhaft studieren. »Warum wir keine Interviews für Russia Today (RTdeutsch) geben« erklärte Netzpolitik schon 2014.“ (2).

In einem Interview mit Funkhaus Europa des WDR findet sich eine Erklärung für den Rauswurf russischer Journalisten:

• **Funkhaus Europa:** »Vor dem Gespräch würde ich gerne auf einen Tweet eingehen, den Sie gerade gepostet haben. ‚Gerade russisches Fernsehen rausgeschmissen‘, heißt es, die ungefragt im Büro standen mit Verweis auf Pressefreiheit in Russland. Was ist denn da im Moment bei Ihnen los?«

• **Markus Beckedahl:** »Hier stehen viele Journalisten Schlange, um über diesen Angriff auf die Pressefreiheit zu berichten. Zwischendurch stand auf einmal ungefragt ein russisches Fernsighteam, das auch darüber berichten wollte; wir haben sie mit Verweis auf die Situation und der nicht vorhandenen Pressefreiheit in Russland sofort wieder rausgeschmissen.« Den Macher von Netzpolitik.org Markus Beckedahl muss man wegen seines intakten Feindbildes füglich bewundern. Ja, wir sind die Guten, und dort sind die Bösen, das funktioniert auch bei der Berichterstattung zum Ukraine-Konflikt. – Mich erinnern solche Einlassungen an die Auseinandersetzungen, die wir Ende der Fünfzigerjahre des letzten Jahrhunderts an der FU Berlin mit Herrn Wohlrabe vom RCDS (Ring christlich-demokratischer Studenten) hatten. Auch damals gab

es bei Wohlrabe und seinen Freunden ein festgefügtes Welt- und Feindbild.

Es stört auch, dass die in Deutschland und der sonstigen westlichen Welt tätigen russischen Medien von der russischen Regierung bezahlt werden. Netzpolitik.org widmet dieser Frage einen eigenen Beitrag (3) von Markus Beckedahl am 05. Oktober 2014:

»Russland baut seine Propaganda-Aktivitäten aus und Deutschland ist einer der Zielmärkte. Darüber berichtet das Wall Street Journal und ich gehe mal davon aus, dass die für russische Propaganda empfängliche Zielgruppe das Medium wiederum als USA-Propaganda entlarven wird: Russland startet seine Propaganda-Offensive in Berlin.«

Dass Russland einige Medien im Westen finanziert und dass die russische Regierung meint, ein Gegengewicht gegen westliche Informationsarbeit zu bilden, ist kein Geheimnis. Jeder kann sich seinen Reim darauf machen. Viele von uns können sich aber keinen Reim darauf machen, warum die Bild-Zeitung Kampagnen gegen Griechenland fährt und warum das ZDF wochenlang Propaganda für die Privatvorsorge im Alter macht und was der Hintergrund dessen ist, dass der Spiegel von einem einigermaßen kritischen Organ zu einem Propagandaorgan geworden ist. Die meisten kennen die Eigentumsverhältnisse bei der Washington Post und bei Le Monde nicht. Und die meisten wissen auch nichts von der Verfilzung der New York Times mit der US-amerikanischen Regierung zur Einleitung von Kriegen.

Welches russische Medium hat in den letzten 15 Jahren, also nach der Wende von 1989, Kriege mit vorbereitet, wie dies die New York Times gemacht hat? Diese Frage sollten sich deutsche Journalisten/innen mal stellen.

Auch wir, die NachDenkSeiten, verweisen ständig auf Artikel zum Beispiel der New York Times, und wir arrangieren sogar die Übersetzung von Kolumnen aus der New York Times.

Kontaktsperre gibt es nicht. Wie ist das mit den russischen Medien?

Hier einschlägige Hinweise auf die Freiheit des Mediums New York Times:

Die New York Times (NYT) arbeitet auf das Engste mit der US-Regierung zusammen. So unterstützte die Zeitung laut Ray McGovern (4) den illegalen Angriffskrieg gegen den Irak, indem sie z.B. im Auftrag der Regierung gefälschte Hinweise auf ein Atomwaffenprogramm veröffentlichte. Dieser Krieg kostete Hunderttausenden Menschen das Leben. Das hält den damals verantwortlichen Reporter, Michael R. Gordon, nicht davon ab, heute desinformierende und bewusst irreführende Artikel zur Ukraine zu schreiben, die Russen und Präsident Putin zu dämonisieren und damit erneut Propaganda zu verbreiten, die einen Krieg mindestens billigend in Kauf nimmt. Seine Kollegen in der Redaktion stehen ihm in nichts nach, Robert Parry schreibt regelmäßig darüber (5).

Nach einer ersten Enthüllung über das nicht genehmigte Abhörprogramm der NSA im Oktober 2004 wurde auf Druck der Regierung – das beinhaltete mehrere Treffen hochrangiger Regierungsvertreter mit Redakteuren der Zeitung – jede weitere Berichterstattung über ein Jahr lang verhindert. So schildert es der investigative Journalist der NYT James Risen [6]. Erst nach einer Besprechung des Herausgebers der NYT, Arthur Sulzberger Jr., mit Präsident Bush im Oval Office sei im Dezember 2005 die Fortsetzung gedruckt worden.

Fast täglich veröffentliche die NYT Falschmeldungen im Auftrag anonymer Regierungsquellen, wie Glenn Greenwald kürzlich beklagte (7). Besonders schwer wiege die Tatsache, dass diese Meldungen von „Journalisten“ auf der ganzen Welt als Wahrheiten verkündet würden.“

Soweit Albrecht Müllers Artikel in den NachDenkSeiten, der mit der eingangs zitierten Passage endet. Die Gemeinsamkeit ist also die Partnerschaft beim gemeinsamen neudeutschen Ritt gegen den Osten, völlig gedeckt durch die Pressefreiheit, aber nicht durch die deutsche Geschichte. Am 70. Jahrestag der Befreiung – nichts gelernt. Der Osten, d.h. die Sowjetunion, hat die größten Opfer unter den Alliierten erbracht. Ohne den Opfermut der russischen Menschen hätte der Faschismus gesiegt.

Die Neue Rheinische Zeitung bedankt sich bei Albrecht Müller für die Genehmigung zur Übernahme von Teilen seines hochinteressanten Beitrags. (PK)

Quellen:

(1) <http://www.nachdenkseiten.de/?p=27208#more-27208>

- (2) <https://netzipolitik.org/2014/warum-wir-keine-interviews-fuer-rtdeutsch-geben/>
- (3) <https://netzipolitik.org/2014/russland-baut-propaganda-in-berlin-aus/>
- (4) <http://www.hintergrund.de/201409093233/globales/kriege/qwir-haben-keine-freie-presse-mehr.html>
- (5) <https://consortiumnews.com/2015/06/22/nyts-orwellian-view-of-ukraine/>
- (6) <http://www.westendverlag.de/buecher-themen/programm/krieg-um-jeden-preis-james-risen.html#.Vc9l2pcgSSp>
- (7) <https://firstlook.org/theintercept/2015/07/21/spirit-judy-miller-alive-well-nyt-great-damage/>

Online-Flyer Nr. 523 vom 12.08.2015

<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=21912>

Friedenspolitische Zäsur: ökonomische statt militärische Expansionspolitik

Weltfrieden und Ökonomie Chinas

Von Dietrich Schulze

In der Tageszeitung Neues Deutschland erschien der hochinteressante Beitrag „Ein gigantischer Plan“ [1] über das enorme Wachstum der chinesischen Welthandelsflotte und den systematischen Aufbau der ökonomischen Herrschaft über die Seewege, über die 90 Prozent des Welthandels abgewickelt werden. Der Autor ist in keiner Weise Experte für diese Thematik, möchte aber so unbescheiden sein, einige grundsätzliche friedenspolitische Gedanken dazu zu äußern, die ihn schon lange bewegen.



Yantian Container-Terminal in China Quelle: <http://www.aecom.com>

Nachdem die Wahnvorstellung der „einzigen Supermacht USA“ immer offensichtlicher danebengeht und sich als zweiter Machtblock die BRICS-Staaten hörbar machen, muss über die weltweite Friedenspolitik neu nachgedacht werden.

Ja, die gut begründete Imperialismustheorie, wonach die Kapitaloffensive der mächtigsten Blöcke gegeneinander letztlich mit dem Mittel des Krieges ausgetragen wird, ist nicht vom Tisch.

Denn auch alle BRICS-Staaten sind kapitalistische Länder. Sie

verfügen ähnlich wie die USA und Großbritannien und Frankreich über enorme Mengen an Atomwaffen. Einzige Ausnahmen sind Südafrika und Brasilien. Dazu später noch mehr.

Der Realsozialismus Chinas ist einer Öffnung für kapitalistische Praktiken gewichen. Die Staatsführung behält sich aber die ökonomische Kontrolle vor. Chinesische Theoretiker bezeichnen die Öffnung als einen nachholenden Frühkapitalismus. Über militärische Expansions-schritte oder die Drohung damit ist vonseiten Chinas seit langem nichts bekannt.

Ganz im Gegensatz zum militärisch immer aggressiver auftretenden Machtblock USA-NATO-EU. In letzter Zeit wurde in Ergänzung dazu am Beispiel Griechenland demonstriert, wie die Kapitulation eines unabhängigen Landes ohne einen Schuss Pulver durchgesetzt wird.

Läuft die ökonomische Expansion Chinas auf das Gleiche hinaus? Ich glaube NEIN.

Soweit mir bekannt ist, laufen alle Expansionen Chinas auf einen weitgehend ausgeglichenen wirtschaftlichen Deal hinaus und nicht auf die politische Unterwerfung der betroffenen Partner oder Länder.

Was bedeutet das für die weltweite Friedenspolitik?

Dazu eine traditionelle links-fundamentalistische Antwort: Wirtschaftskrieg und Krieg laufen auf dasselbe hinaus. Beide sind Auswüchse der kapitalistischen Produktionsweise und deshalb in gleicher Weise abzulehnen. Stimmt das?

Ich denke NEIN. Jede militärische Auseinandersetzung erzeugt Tote und den Gedanken nach Rache. Dieser Kreislauf muss beendet werden nach zwei furchtbaren Weltkriegen, die von deutschem Boden ausgingen, und nicht von russischem, amerikanischem oder chinesischem. Damit soll nicht der US-Atombombenabwurf auf Hiroshima und Nagasaki verharmlost werden und auch nicht der Vietnamkrieg und auch nicht alle jetzigen Kriegshandlungen.



Chinas Ministerpräsident Li Keqiang Quelle: wikipedia/Foto: Sebastian Derungs

Wenn sich alle Länder jedoch dem chinesischen Weg anschließen würden, gäbe es zwar eine heftige ökonomische Konkurrenz, aber keine Kriegstoten mehr.

Dann brauchte man keine Waffen mehr für den Selbstschutz und es könnte endlich mit der Vernichtung aller Atomwaffen begonnen werden. Dann wäre das Kriegsbündnis NATO endlich überflüssig.

Ja, das ist immer noch eine blanke Vision. Die neue Einkreisungspolitik der NATO gegenüber Russland mit dem Schwerpunkt Ukraine, die Ermutigung gewisser Kreise für die Erdogan-Kriegspolitik und vieles mehr spricht eine ganz andere Sprache.

Wenn es keine Kriegstoten mehr gäbe, gibt es dann gar keine Tötungen mehr?

Dazu braucht man sich nur die Flut der im Mittelmeer sterbenden Flüchtlinge in Erinnerung zu rufen. Diese sind auch die Folge deutscher Waffenlieferungen.

Weiter braucht man sich nur die Millionen Verhungerten ins Gedächtnis zu rufen, infolge von Unterernährung in armen Ländern, die der neokolonialen Ausbeutung unterliegen. Es gibt noch jede Menge anderer Ursachen in dieser unfriedlichen Welt.

Die Abschaffung des Krieges als Mittel der Politik wäre ein unendlich großer Sieg für die ganze Menschheit. Die Nachahmung der rein ökonomischen Expansionspolitik Chinas - so widersprüchlich das klingen mag - kann ein praktikabler Weg aus dem drohenden atomaren Untergang sein.

Das BRICS-Bündnis kann diesen Weg unterstützen, hat aber selbst in der Frage Krieg und Frieden keine klare Orientierung.

Dazu sei auf das Beispiel Brasilien verwiesen.



Antiatom-Grafik Brasilien Quelle: <http://kotting-uhl.de/>

Mit deutschen Hermes-Krediten werden dort lange still liegende Atomreaktoren aufgerüstet. Die Regierung Brasiliens hält sich die Verwendung der nuklearen Spaltstoffe für militärische Zwecke ausdrücklich offen. Der Antrag der Grünen Bundestagsfraktion gegen die Fortsetzung des deutsch-brasilianischen Atomabkommens [2] war nicht erfolgreich.

In Südafrika ist es gelungen, das Apartheid-Regime aus eigenen Kräften zu zerstören. Es sei daran erinnert, dass die Bundesrepublik einen erheblichen Anteil an Wissens- und Technologietransfer zur still gelegten Bombe beigetragen hatte. Das gleiche gilt für die real existierende indische Bombe.

Das hat mit der Geschichte der Karlsruher Atomforschung sehr viel zu tun. Dazu wurde anlässlich des Hiroshima-Tages von einem Karlsruher Bündnis ein Offener Brief an die Stadt unter dem Titel „Mayors for Peace - Karlsruhe gegen Atomwaffen“ [3] gerichtet.

Dennoch: Das BRICS-Bündnis könnte von der chinesischen Lösung profitieren und das Bündnis selber weiter als grundsätzliche Alternative voranbringen.

„Das Denken und die Methoden der Vergangenheit konnten die Weltkriege nicht verhindern, aber das Denken der Zukunft muss Kriege unmöglich machen.“ Albert Einstein (1879-1955)
(PK)

[1] ND-Ausgabe 8./9. August 2015, Seiten 17-19

[2] <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=21003>

[3] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20150805.pdf>

Online-Flyer Nr. 521 vom 29.07.2015

<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=21865>

Befreiung 70 Jahre - Hippokrates 2445 Jahre - Eid für alle Wissenschaften

"Niemals mehr für Zerstörungswerk"

Von Dietrich Schulze

Der friedensengagierte Göttinger Geologe Jürgen Schneider (1938-2015) zitierte in seinem Beitrag "Verantwortung aus Erkenntnis und Gewissen" [1] auf der VDW-Tagung 2009 aus „Galileo Galilei“ von Bert Brecht: »Hätte ich widerstanden, hätten die Naturwissenschaftler etwas wie den hippokratischen Eid der Ärzte entwickeln können, das Gelöbnis, ihr Wissen einzig zum Wohle der Menschen anzuwenden... Wie es nun steht, ist das Höchste, was man erhoffen kann, ein Geschlecht erfinderischer Zwerge, die für alles gemietet werden können.«

„Geschlecht erfinderischer Zwerge“

Nur ganz nebenbei: Zu dem folgenden geschichtspolitischen Zivilklausel-Beitrag ist der Autor aufgrund eines Kurztrips auf die Insel Kos in Griechenland motiviert worden. Kos ist der Geburtsort von Hippokrates.

Nach der Befreiung hatte der Mathematiker Erich Kamke (1890-1961) im Jahre 1946 ein sehr konkretes und optimistisches Bild des angesprochenen Eids entwickelt. Dieses ist für ein Land, von dem zwei verbrecherische Weltkriege ausgegangen sind und das erneut das kriegerische Haupt erhebt, von grundlegender Bedeutung für die Hochschulen und für die Öffentlichkeit. Die bedeutsame Nachkriegsanalyse von Erich Kamke, vorgetragen bei der Mathematiker-Tagung am 23.-27.09.1946 an der Universität Tübingen, ist praktisch die Erst-Konzeption der Zivilklausel. Kamke hatte aus der Selbstverpflichtung der einzelnen Wissenschaftler ein System für die wissenschaftliche Verantwortung und deren Überprüfung entworfen.

„Herrn über Leben und Tod ganzer Völker“

Nachfolgend der volle Wortlaut
des Kamke-Appels:

»Wie zum Arzt neben der medizinisch-technischen Ausbildung auch eine charakterliche Erziehung gehört, die ihn selbst die gefährlichsten Hilfsmittel - Messer, Narkotika, Gifte - nur zum Wohle des Kranken verwenden lässt, so ist es unerlässlich, dafür zu sorgen, dass auch die Wissenschaftler ihre ungeheure Macht, die sie zum Herrn über Leben und Tod ganzer Völker, ja der ganzen Menschheit machen kann, nur zu deren Wohle verwenden. Während früher die Eignung für die eigentliche wissenschaftliche Forschung das hervorstechendste Merkmal des Forschers bildete, wird in Zukunft noch etwas anderes hinzukommen müssen, ein besonders hohes Berufsethos, ein

auf das feinste ausgeprägte Verantwortungsbewusstsein gegenüber den Folgen der Forschung für die Menschheit. Es wird zu erwägen sein, ob zu diesen auf moralischem Gebiet liegenden Ansprüchen an die Forscherpersönlichkeit noch organisatorische Maßnahmen hinzukommen müssen, etwa als mildeste Maßnahme die Einrichtung eines internationalen Informationsbüros, bei dem ohne Beschränkung der Freiheit des Forschens, alle Forschungen bestimmter Wissenschaftsgebiete anzumelden sind. Diese Probleme sind von solcher Bedeutung, dass sie überall, wo Wissenschaftler zusammentreffen, diskutiert werden sollten. Wir alle müssen uns mit

aller unserer Kraft, mit unserer ganzen Person dafür einsetzen, dass die Wissenschaft niemals mehr einem Werk der Zerstörung, sondern nur dem Wohl der Menschheit dient.«

Diese einprägsame Einschätzung der furchtbaren möglichen Folgen von wissenschaftlicher Forschung wird derzeit 70 Jahre nach Hiroshima und Nagasaki weltweit in öffentlichen Aktionen beschworen.

In einer Klausurtagung der Initiative „Hochschulen für den Frieden – Ja zur Zivilklausel“ am 5.-7.10.2012 in Mühlhausen/Thüringen hatte der Autor einen Reader [1] zum Thema „Freiheit der Wissenschaft“ erstellt, in dem unter Bezug auf den Kamke-Appell der hippokratische Eid für alle Wissenschaften gefordert wurde.



Bild-Rekonstruktion der späteren Heilstätte Asklepieion des Arztes Hippokrates 430 v.Chr. auf der griechischen Insel Kos. Quelle: <http://www.ostia-antica.org/kos/asklep-p/asklep-p.htm>



Erich Kamke Quelle: wikipedia

Darmstädter Verweigerungsformel

Damals hatte die Linksfraction mit MdB Nicole Gohlke eine Postkarten-Aktion gestartet, in der die Darmstädter Verweigerungsformel 1984 aufgrund der Proteste gegen das SDI-Programm [2] übernommen wurde:

»Ich erkläre hiermit, dass ich mich im Rahmen meiner Tätigkeit als Wissenschaftler oder Techniker an der Entwicklung militärischer Rüstung nicht beteiligen will. Ich werde mich vielmehr um eine Aufklärung des Beitrages meines Fachgebietes zur Rüstungsentwicklung bemühen und der militärischen Verwendung wissenschaftlichen und technischen Wissen entgegenwirken.« Das ist von der Intention her die persönlich verpflichtende Erklärung einer WissenschaftlerIn. Es ist nicht bekannt, was aus dieser Aktion geworden ist. Man darf annehmen, nichts Berichtenswertes. Das hat viele Gründe, nicht zuletzt die wachsende Zahl an prekären Beschäftigungsverhältnissen in den Hochschulen.

In einem Arbeitstreffen "6 Jahre aktuelle Zivilklausel: Erfolge, Niederlagen, Probleme" am 24./25. Januar 2015 in Berlin [3] wurde in der AG2 „Wie die Zivilklausel gegen Verstöße verteidigen?“ auf die Verweigerung anhand von Einzelbeispielen eingegangen. Im Bericht heißt es:

»Es gibt bereits Wissenschaftler, die ihre Forschungsarbeiten mit dem Zusatz versehen, ihre Erkenntnisse sollten nur zivil genutzt werden. Solche Beispiele wurden insgesamt als positiv ermunternd bewertet. Dietrich berichtet über den japanischen Wissenschaftler Yoshiyuki Sankai, der es entschieden ablehnt, dass seine Forschungen und Entwicklungen für Exoskelette für Kriegszwecke verwendet werden, sondern ausschließlich für zivile medizinische Zwecke. Damit verbunden ist jedoch eine Frage: Wie weit reichen die Einflussmöglichkeiten der Forschenden bezogen auf die Nutzung der Forschungsergebnisse? Faktisch hat der Wissenschaftler die Verwertung seiner Ergebnisse ab einem bestimmten Punkt nicht mehr in der Hand. Daraus lässt sich schlussfolgern, dass Wissenschaftler die Verantwortung zur Aufklärung haben: Naturwissenschaftler verfügen über ein Expertenwissen über Potentiale und Gefährdungen technischer Neuerungen, die in den 80er Jahren den Kampf der Friedensbewegung gegen Aufrüstung bereichert haben. Streitet man für eine Zivilklausel, die eingehalten statt gebrochen wird, bedeutet dies, dass es zu einer Renaissance aufklärerischer, friedensbewegter Wissenschaft kommen kann.«

Kriegsforschung öffentlich skandalisieren

In einer Handreichung zum Arbeitstreffen unter dem Titel „Zivilklausel - Schlüsselwerkzeug gegen die Militarisierung der Hochschulen“ [4] habe ich Verstöße gegen Zivilklausel in 5 Fällen analysiert. Es bleibt im Positiven festzuhalten, dass sich seit der zitierten Klausurtagung 2012 die Anzahl an Zivilklauseln mehr als verdoppelt hat. Und erneut dürfen dazu sieben Forderungen formuliert werden:

1. Rüstungs- und Kriegsforschung an den Hochschulen in jeder Form und Verpackung aufreißen, öffentlich skandalisieren, zurückdrängen und verhindern.
2. Dafür sind Zivilklauseln mit Transparenzklauseln ein überzeugendes Mittel der Hochschulgemeinschaft im Interesse des Gemeinwohls und des Friedens und der Freiheit.
3. Selbstbestimmung und Qualität erfordern die öffentliche Vollfinanzierung der alma mater.
4. Der Charme der Zivilklausel für eine Wissenschaft der Aufklärung, der Humanisierung der Lebensverhältnisse und der weltweiten Solidarität muss noch konkreter entwickelt werden.
5. Unten vor Ort in den Hochschulgruppen und ASten sollten mit dem sympathischen Umfeld reale mess- und vermittelbare Fortschritte gegen Militärisches erkämpft werden.
6. Nichts ist überzeugender als ein selbst erstrittener Erfolg. Das ist aufgrund der Kriegspolitik des „Trio infernale“ nicht leichter geworden. Auch früher war das nicht „leichter“.
7. Das Verständnis der politischen Entwicklungen ist wichtig. Es bleibt aber nutzlos, wenn nicht persönlich der Versuch einer solidarischen Umsetzung der Erkenntnisse gemacht wird.

Credo für verantwortungsbewusste Wissenschaft



Fotomontage: Einstein als Hopi-Indianer.
Quelle: <http://app-in-die-geschichte.de/document/79024>

Das Folgende ebenfalls aus der Handreichung mag deftig klingen, bildet jedoch die Summe meiner persönlichen Erfahrungen mit Menschen im Wissenschaftsbereich:
»Im Jahr 70 nach der Befreiung habe ich ein Credo.
Mögen sich in unserem Land mehr

- kreative statt nacheifernde
- tiefeschürfende statt oberflächliche
- selbstbewusste statt angepasste
- solidarische statt eigensüchtige

Menschen - Wissenschaftler und Studierende - entwickeln, die für Freiheit, Frieden und Demokratie, für weltweite Gerechtigkeit und Verständigung, gegen Ausbeutung, Umweltzerstörung und Krieg aufstehen. Einer davon ist im nebenstehenden Bild dargestellt.«
Entgegen den benannten Problemen ist nicht auszuschließen, dass sich zusätzlich zu den Zivilklauseln persönliche Verweigerungserklärungen durchsetzen werden. Der polnisch-britische Nuklearphysiker Sir Joseph Rotblat (1908-2005) hat in „Science“ 1999 [5] gute Argumente gebracht. Rotblat war anfänglich an der Entwicklung der Atombombe beteiligt, verließ aber wegen

ethischer Bedenken 1944 das Manhattan-Projekt.

Er kämpfte ein Leben lang für die Abschaffung aller Atomwaffen.

Zwischen Campus, Industrie und Militär

Zu guter Letzt der Hinweis auf einen Vortrag unter dem Titel „Forschung, Lehre und Studium zwischen Campus, Industrie und Militär“ [6] von Claudia Holzner und Julian Firges von der Uni Kassel. Er wurde im Oktober 2014 im Rahmen des Antikriegskongresses in Berlin gehalten und ist eine treffende aktuelle Übersicht zur Zivilklausel-Thematik. Der Vortrag ist im Buch "Kriege im 21. Jahrhundert. Neue Herausforderungen der Friedensbewegung", Sonnenberg Verlag 2015 (Friedenspolitische Reihe: Bd. 01) erschienen. Die AutorInnen waren freundlicherweise mit der Online-Stellung des Beitrags in der Zivilklausel-WebDoku einverstanden.(PK)

Quellen:

[1] <http://www.offene-akademie.org/?p=177>

[2] http://www.microenergy-foundation.com/natwiss/fileadmin/user_upload/Reader_Klausur_Freiheit_der_Wissenschaft.pdf

[3] http://www.natwiss.de/fileadmin/user_upload/Dokumentation_Zivilklausel_vorlaeufige_Version_web.pdf

[4] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20150112cc.pdf>

[5] <http://www.sciencemag.org/content/286/5444/1475.full>

[6] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20150726hf.pdf>

KIT-Atom-Transfer-Krimi mit Indien

Von Dietrich Schulze und Wolfram Thiemann

In der Neuen Rheinischen Zeitung wurde in einem Artikel von Dietrich Schulze [1] über das Bundesverdienstkreuz für Beate und Serge Klarsfeld erstmals kritisch die Rolle des Atommanagers und Nazis Rudolf Greifeld (NSdAP seit 1937) im Kontext mit der Deutsch-Indischen Gesellschaft (DIG) beleuchtet. Dieses Feld soll hier weiter bearbeitet werden unter zwei Gesichtspunkten: Aufklärung über den Atom-Transfer an Indien als Hilfe zum Bombenbau und Aufklärung über die fällige Aberkennung des KIT-Ehrenszenator-Titels für Greifeld als Zusatz-Material.



**ParisNazi-Greifeld
Atom-Greifeld**

**IndoKriegs-Bose
Schwerwasser-Schindewolf**

IndoNazi-Alsdorf

„Karlsruhe meets India“

2010 erschien in einem Karlsruher Verlag das Buch „Karlsruhe meets India“ [2]. Darin wird Rudolf Greifelds Verdienst der Gründung der Karlsruher Zweigstelle der „Deutsch-Indischen Gesellschaft“ (DIG) im Jahre 1960 mit großem Lob geschildert. Die DIG wird als eine der deutsch-indischen Freundschaft verpflichtete Gruppe dargestellt. Das ist aber nur die Oberfläche. Darunter verbirgt sich knallharte Atom- und Kriegspolitik. Darin war der Jurist Greifeld sehr erfahren. Erst Mitte der 1970er Jahre konnte die Nazi-Vergangenheit des von Franz-Josef Strauß 1956 eingesetzten Geschäftsführers der Kernreaktor-Bau- und Betriebsgesellschaft (später Gesellschaft für Kernforschung GfK, jetzt KIT,

Bomben-Quartett Greifeld, Bose, Alsdorf, Schindewolf
Collage Dietrich Schulze

Karlsruhe Institute of Technology, Campus Nord) aufgedeckt werden. Kurz danach wurde alles erneut zugedeckt. Vor mehr als vier Jahren ist diese unselige Atom- und Nazi-Erbschaft erneut ausgegraben worden. Sie wird seither unablässig öffentlich diskutiert.

DIG-Gründung 1942

Die DIG ist bereits im Jahre 1942 gegründet worden. Wörtlich in obigem Buch: „Rabindranath Tagore wurde als erstem Asiaten in Anerkennung seines literarischen Werks, vor allem der Gedichtsammlung Gitanjali, 1913 der Nobelpreis für Literatur zuerkannt. Mit seiner Weltsicht des Friedens und der Toleranz stieß er nach der Katastrophe des Ersten Weltkriegs insbesondere in Deutschland auf positive Resonanz. Bei einer deutsch-indischen Veranstaltung im Jahre 1942 in Hamburg wurde die von Rabindranath Tagore 1915 gedichtete und komponierte spätere Nationalhymne Indiens erstmals in der Öffentlichkeit gespielt.“ Das geschah am 11. September 1942 im Hamburger Hotel Atlantic. Im selben Monat beginnt die deutsche Vernichtungsschlacht gegen Stalingrad. Ausgerechnet eine weltweit bekannte Friedenspersönlichkeit wird im Nazi-Deutschland zum Gründungspaten der DIG gemacht. Wie bitte kann das begriffen werden?

Bose kontra Gandhi und Nehru

In der bundesdeutschen Öffentlichkeit ist weitgehend unbekannt, dass es zur gewaltfreien Abschüttelung der britischen Kolonialherrschaft, wie sie endlich erfolgreich von Mahatma Gandhi und Jawaharlal Nehru [3] praktiziert wurde, in Indien von Beginn an eine diametral dazu alternative militärische Variante gab. Deren Repräsentant war der charismatische Führer Subhas Chandra Bose. Lesen wir dazu Genaueres in der Festschrift zum 50-(eigentlich ja schon 61-)jährigen Bestehen der Deutsch-Indischen Gesellschaft 1953–2003 [4].

„Nehru verurteilte das nationalsozialistische Regime in Deutschland. Hingegen suchte Subhas Chandra Bose, der frühere Oberbürgermeister von Kolkata (Kalkutta) und ehemalige Präsident des Indischen Nationalkongresses, aber eher der militante Freiheitskämpfer für die indische Unabhängigkeit, den Kontakt mit dem NS-Regime. Dieses stand einer militärischen Kooperation, wie sie Bose andachte, ablehnend gegenüber. Doch wurde in Berlin mit diplomatischem Status eine Zentrale Freies Indien errichtet, und in Hamburg kam es in Anwesenheit von Subhas Chandra Bose am 11. September 1942 zur Gründung der ersten Deutsch-Indischen Gesellschaft in Deutschland.“ (Seite 29)

„An der Gründungsfeier im Hamburger Atlantic-Hotel nahm als herausragende Persönlichkeit der Führer des auf den militärischen Freiheitskampf ausgerichteten Flügels der indischen Unabhängigkeitsbewegung, Subhas Chandra Bose, teil. In seiner Festansprache verlieh er der Überzeugung Ausdruck, dass Indien aus dem Zweiten Weltkrieg als unabhängiger Staat hervorgehen werde. Subhas Chandra Bose war während des Krieges nach Deutschland gekommen, um die Möglichkeiten einer politischen und militärischen Zusammenarbeit mit Deutschland bei den Unabhängigkeitsbestrebungen Indiens auszuloten. Ergebnislos reiste er später in einem deutschen U-Boot nach Asien zurück.“ (Seite 62)

Laut Wiki-Eintrag zu Bose [5] schließt sich der Kreis: „Bose wollte mit militärischen Mitteln die Unabhängigkeit Indiens erreichen und floh 1941 schlussendlich aus Indien, um im Ausland militärische Hilfe zu erbitten. Nach mehreren erfolglosen Verhandlungen wurde er 1944 (zur Zeit des Zweiten Weltkriegs) Mitbegründer und Anführer der sogenannten Indischen Legion, einem der deutschen Waffen-SS unterstellten, aus indischen Freiwilligen gebildeten Kampfverband, sowie später der Indian National Army, einer Hilfstruppe der japanischen Armee.“

Was lernen wir daraus? Die DIG hat eine indogermanisch-faschistoide Gründungsgeschichte. Bose warb seit 1941 um militärische Zusammenarbeit mit dem deutschen Faschismus. Der wollte aber keine zweite Front gegen England aufbauen, nachdem die Zerschlagung der Sowjetunion ab 1942 immer größere Probleme bereitete. Bose wurde also vertröstet und 1944 als praktizierender Faschist und Anführer der Indischen Legion innerhalb der Waffen-SS an den japanischen Kriegsgesellen für den Endsieg in Asien abgeschoben. Kaum zu glauben, dass Bose noch heute von sehr vielen Indern als großer Held enthusiastisch verehrt wird und u.a. der Internationale Flughafen von Kalkutta (Kolkata) gerade nach ihm benannt ist. Warum wird eigentlich dieser Shubash Chandra Bose aus deutschen Geschichtsbüchern und Curricula total verbannt? Schämt man sich der mit ihm verbündeten deutschen Geschichte?

Faschistoide Nachkriegs-DIG

Lesen wir dazu weiter in der Festschrift [4]: „Mit dem Ausgang des Krieges erlosch die personelle Zusammensetzung der Organe der Deutsch-Indischen Gesellschaft. Sie konstituierte sich neu nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1949 und der Bildung eines Deutsch-Indischen Dachverbandes in Stuttgart im Juni 1953 unter dem Vorsitz von Dr. Seifriz. Bei der Neubildung in Hamburg im November 1953 wurde der Indologe Professor Dr. Alsdorf, der zu den Beratern von Subhas Chandra Bose in Deutschland gehört hatte, zum Vorsitzenden der Hamburgischen Zweiggeseellschaft gewählt. Die im Laufe des Krieges geschmiedeten Verbindungen zwischen Deutschen und Indern haben 1953 an der Wiege der Gründung der

Deutsch-Indischen Gesellschaft in Stuttgart und der Zweiggeseellschaft in Hamburg gestanden.“ (Seite 63) Dazu im Wiki-Eintrag zu Ludwig Alsdorf [6]: „1941 wurde er nach der Flucht Subhas Chandra Bose nach Deutschland ins Auswärtige Amt berufen und dem *Sonderreferat Indien* zugeteilt.“



Hitler, Speer, Giesler, Breker und Greinfeld (x) am 30. Juni 1940 in Paris
Quelle: Bundesarchiv Az 146-2004-0017

Nach alledem mögen sich geneigte LeserInnen über gar nichts mehr wundern. Der indologische Nazi-Professor Alsdorf aus dem Nazi-Sonderreferat Indien steht an der Wiege der Nachkriegs-DIG. Was werden sich die durch Faschismus und Krieg geprägten Gestalten wohl gedacht haben? Nach der historischen Niederlage 1945 wagen wir einen Neuanlauf mit anderen Mitteln. Das genau war das Konzept seines akademischen Nazi-Bruders Greinfeld, als er 1960 die Karlsruher DIG-Zweigstelle

gründete. Unter dem Segel der Freundschaft mit Indien begann ein reger Wissens- und Technologie-Transfer. Und dazu gab es eine ganz grundsätzliche Strategie.

Nazi-Täter und KIT-Atom-Transfer

In allen ab Mitte der 1950er Jahre gebildeten Großforschungs-Atomanlagen sind für die Führungsfunktionen im Nazi-Krieg erfahrene Juristen oder Technikwissenschaftler eingesetzt worden. Warum wohl nur? Strauß und Adenauer strebten ganz offenbar den Besitz einer deutschen Atombombe an. Aber auch für den Fall, dass daraus nichts werden würde, ist zuverlässiges Personal für alternative Wege erforderlich. Es gibt eine Unmenge an Literatur darüber.

Stellvertretend seien hier nur zwei aus Karlsruhe (GfK) und einer aus Jülich (KFA, jetzt FZJ) benannt [7]:

- Walther Schnurr: 1960-70 wiss. Geschäftsführer GfK, Chemiker. Vor 1945 bei IG Farben u.a. an Herstellung von Zyklon B für Auschwitz beteiligt. Hitlers Top-Sprengstoffexperte. 1945 über die "nukleare Rattenlinie" nach Argentinien und daran beteiligt, Peron zur Atombombe zu verhelfen. In den 1960er Jahren verdeckte Atomkooperation fortgesetzt.
- Rudolf Greinfeld: 1956-75 Geschäftsführer GfK, Jurist. 1940-42, Hitlers oberster SS-Führer beim Militärbefehlshaber Frankreich in der Kommandantur Groß-Paris, für Judenverfolgungen verantwortlich. Unbelehrbarer Antisemit. Deswegen aufgefliegen und nach Aufdeckung der NS-Täterschaft abberufen.
- Alfred Boettcher: 1960-66 wissenschaftlicher Leiter KFA. Vor 1945 Direktor der DEGUSSA, mit der Entwicklung von Geheimwaffen beauftragt. SS-Hauptsturmführer in Leiden/Holland. Wegen Kriegsverbrechen zu Gefängnisstrafe verurteilt. Deswegen abberufen. Organisierte in den 1970er Jahren die wissenschaftliche Atomkooperation ausgerechnet mit der Militärdiktatur Brasilien und dem Apartheid-Regime Südafrika.

Der alternative Weg kann verkürzt so beschrieben werden: Mittels Lieferung von deutschen Nuklear-Anlagen aus Forschung und Industrie sowie mit der Ausbildung von Atomwissenschaftlern aus Ländern wie Südafrika, Argentinien, Brasilien, Pakistan, Iran u.a. wird eine Atombomben-Herstellung auf fremdem Boden ermöglicht. Daraus ergeben sich ein deutscher

Machtzuwachs und eine ggf. erforderliche exklusive Zugriffsmöglichkeit. Während zu den aufgezählten Ländern zahlreiche kritische Artikel erschienen sind, wurde der gleiche Transfer an Indien bislang weitgehend unter der Decke gehalten.

Schwerwasser-Bomben-Technologie

Den fachlichen Kontakten Wolfram Thiemanns ist es zu verdanken, dass dazu Interessantes aufgedeckt werden konnte. In einem Artikel „100 Jahre Institut für Physikalische Chemie an der Universität Karlsruhe“ im Bunsen-Magazin 6/2000 [8] schreibt der Autor Ulrich Schindewolf über sich selbst:

„Am physikalisch-chemischen Institut setzte Schindewolf seine im Kernforschungszentrum mit S.Walter begonnenen Arbeiten über die Isotopentrennung, insbesondere über die Anreicherung von schwerem Wasser fort, die auf dem katalysierten Isotopenaustausch zwischen technisch erzeugtem Wasserstoff und flüssigem Ammoniak beruht. Die Untersuchungen führten zum Bau einer großtechnischen Schwerwasser-Produktionsanlage durch die Friedrich Uhde GmbH in Indien, die das schwere Wasserstoffisotop aus dem Wasserstoffstrom einer Ammoniaksyntheseanlage nach Haber-Bosch extrahiert. Schindewolf hat so ungewollt an der Entwicklung der indischen Atombombe mitgewirkt.“

Ulrich Schindewolf tut so, als ob er nicht gewusst habe, dass die Schwerwasser-Anlagen der Bomben-Herstellung dienen. Das weiß mittlerweile jedes Kind, das sich etwas in die Thematik einliest. Seine Atombomben-Zuarbeit war nicht „ungewollt“, sondern absichtsvoll und rücksichtslos. Eine ziemlich faustdicke akademische Zwecklüge also, die wohl keinen Menschen mit gesundem Verstand überzeugen kann.

Wie im Netz nachgelesen [9] werden kann, gibt es in Indien sieben Schwerwasser-Produktions-Standorte für Atomkraft und Atombomben. Aufgrund seiner Selbstdarstellung war der Kerntechnik-Chemiker Schindewolf an der Entwicklung der indischen Schwerwasser-Großtechnik („dual use“) maßgeblich beteiligt. Die bereits angesprochene atomare Kooperation zwischen Jülich und Karlsruhe war noch in ganz anderer Hinsicht „dual-use“. Jülich hatte einen Kooperationsvertrag zur Entwicklung von Atomtechnik mit Indien unterschrieben und Karlsruhe das gleiche mit Pakistan, zynischerweise an getrennten Standpunkten in Deutschland, wo sich die untereinander innig verfeindeten pakistanischen und indischen Wissenschaftler tunlichst nie begegnen sollten. An beidem hat zuständigkeits- und interessehalber Greifeld persönlich mitgewirkt. Verantwortungslose Forschungsadministration, Wissenschaft und Wirtschaft haben den beiden verfeindeten Atommächten Indien und Pakistan demnach zu ihrem tödlichen Rüstzeug verholfen. Werfen wir kurz einen Blick auf die Ursachen derartiger Perversität.

Politik, Geschäfte und Militärisch-Industrieller Komplex

Diese im Kalten Krieg entwickelte enge Verflechtung von Militär, Industrie und Politik heißt Militärisch-Industrieller Komplex. Ausgerechnet General Dwight D. Eisenhower („Atoms for Peace“) hatte bei seiner Abschiedsrede 1961 als US-Präsident davor gewarnt, dass dieser Komplex eine Gefahr für Demokratie und Frieden werden könnte, wenn die Politik als verlängerter Arm der Rüstungsindustrie Konflikte eher militärisch als politisch löse.

Das genau ist zum Standard-Programm dieser Republik geworden. Die Politik ist zum verlängerten Arm der Rüstungsindustrie geworden, die für ihre auf Zuwachs programmierten Profite, damals wie heute, über Leichen geht. Der militärisch-industrielle Komplex durchdringt alle Bereiche der Gesellschaft. Er sorgt für eine zivil-militärische Entwicklungspolitik und für einen „Krieg um die Köpfe“ in Schulen und Hochschulen. In der Neuen Rheinischen Zeitung wurde im März über sechs Beispiele von Zivil-Militärisch-Universitär-Industriellen Komplexen an Hochschulen berichtet [10]. Eine schwarz-rot-grün-gelbe Einheitsfront ist drauf und dran, im Falle der Ukraine einen Atomtod-gefährlichen Kriegsherd gerade gegen diejenigen aufzubauen, die mit 27 Millionen Toten das größte Opfer für die Befreiung der Menschheit vom deutschen Faschismus

gebracht haben. Und der Steuerzahler blutet täglich für die Rüstung. Einen Batzen von 4 Milliarden € für das kriegstreibende Flugabwehrsystem MEADS hat die Kriegsministerin mit charmantem Lächeln der Rüstungsindustrie gerade soeben bewilligt hingeworfen.

Die Friedensbewegung, die Antiatombewegung und die antifaschistische Geschichtsaufklärung bekommen immer mehr zu tun. Erfolge rücken in die Ferne und doch sind sie noch möglich.

KIT-Ehrensensator-Titel Greifeld

Zurück zum AtomNazi und Karlsruher DIG-Gründer Greifeld, der 1969 ohne Kenntnis seiner Nazi-Vergangenheit von der Universität Karlsruhe zum Ehrensensator ernannt wurde. Seit September 2012 ist zigfach anhand schlüssiger Dokumente die Forderung nach Annullierung dieses Ehrensensator-Titels erhoben worden. Dazu kommt nun noch die mit Fakten belegte und seit 1942 vorbereitete Bombenstory mit Indien dazu. Wir dürfen weiter gespannt sein, wann für die KIT-Ethikkommission das Maß voll sein wird.

Bekanntlich schreibt Prof. Rusinek seit Jahren an einer Beurteilung der Annullierungsforderung für die KIT-Ethikkommission. Es sei erlaubt, hier den Schlusssatz des Artikels [1] zu wiederholen: „Könnte es nicht sein, dass Prof. Rusinek in einem ähnlichen Sinne [wie Bundespräsident Gauck] von seiner Unabhängigkeit als Historiker Gebrauch macht und der KIT-Ethik-Kommission die Aberkennung des Greifeld-Titels empfiehlt - in Würdigung der dargestellten Fakten - und damit Beate und Serge Klarsfeld auf seine Weise ehrt für die Aufdeckung der Fakten?“

Nachlass Léon Gruenbaum

Der Wissenschaftler, der unter großen persönlichen Opfern zusammen mit den Klarsfelds die Nazi-Vergangenheit Greifelds aufgedeckt hatte, wurde im Oktober 2013 in einem Symposium des Forum Ludwig Marum geehrt [11]. Seine bedeutendste und zugleich zutiefst wissenschaftliche Antwort auf seine Ausgrenzung durch Greifeld (s. Kurzdarstellung [12] in Klarsfelds im März erschienenen Buch „Mémoires“) war ein beruflicher Wechsel vom Physiker zum Geschichtswissenschaftler. Er hatte Ende der 1970er Jahre die Monographie „Genese der Plutonium-Gesellschaft – Politische Konspirationen und Geschäfte“ erarbeitet. Eine grundlegende Analyse der geschichtlichen Entwicklung zu jenem besonderen Stoff Plutonium, der schon vor dem Nagasaki-Einsatz die Machtgelüste in aller Welt inspiriert hatte. Leider konnte die in französischer Sprache vorgelegte Arbeit immer noch nicht in deutsche Sprache veröffentlicht werden.

Wissenschaft in Verantwortung

Ja, diese Monographie von Léon Gruenbaum ist ein wunderbares Beispiel von „Wissenschaft in Verantwortung“. Seit der erfolgreichen Urabstimmung der Studierenden über eine Zivilklausel am KIT ist die Zivilklausel zu einem bundesweiten Symbol für „Wissenschaft in Verantwortung“ geworden.



Broschüren-Umschlag der Doku über die Veranstaltung [13]
Collage: Dietrich Schulze

Die realen Tatsachen weisen leider in eine ganz andere Richtung. Dazu nur zwei aktuelle Beispiele. Zuerst am KIT: Am 29. April gab es im Redtenbacher-Hörsaal von AStA, Hochschul- und Friedensgruppen veranstaltete Vorträge zum Thema „Zivil-militärische Atomforschung am KIT - Schluss damit“ [13] mit MdB Sylvia Kottling-Uhl, Dr. Wolff Geisler und Georg Rammer.

Solche Forschung muss vor dem Hintergrund der historisch dargestellten Fakten als äußerst makaber erscheinen. Gezeigt wurden auch Ausschnitte [14] aus dem Film „Bombenwahn“ (attac Karlsruhe 1989) mit sehr vielen direkten Bezügen zu der hier behandelten Thematik.

Das zweite Beispiel: Eine Artikel-Serie in der aktuellen ZEIT mit Protest von sieben ProfessorInnen über Unzumutbares an den Hochschulen, darunter Andreas Fischer-Lescano mit dem Beitrag „Wir verkaufen unsere Seele“ [15] mit Kritik an politischer und ökonomischer Beschränkung der Hochschulfreiheit unter rechtswissenschaftlichen Gesichtspunkten.

Wir dürfen uns nicht entmutigen lassen. Das gilt für die Friedensbewegung, für die Gewerkschaften und selbstverständlich auch für eine Wissenschaft, die zum Frieden beitragen will. (PK)

- [1] <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=21625>
- [2] „Karlsruhe meets India“ Info Verlag GmbH Karlsruhe 2010 ISBN 978-3-88190-574-9
- [3] <https://de.wikipedia.org/wiki/Nehru-Gandhi-Familie>
- [4] http://archiv.ub.uni-heidelberg.de/savifadok/40/1/DIG_Festschrift.pdf
- [5] http://de.wikipedia.org/wiki/Subhash_Chandra_Bose
- [6] http://de.wikipedia.org/wiki/Ludwig_Alsdorf
- [7] https://www.zeitung-gegen-den-krieg.de/index.php/archiv.html?file=files/PDF/zgk32_netz-1.pdf
- [8] https://www.ipc.kit.edu/download/PC_Karlsruhe_USchindewolf.pdf
- [9] <http://www.hwb.gov.in/htmldocs/general/HistoryBG.asp>
- [10] <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=21409>
- [11] <http://www.forum-ludwig-marum.de/veranstaltungen/symposium-gruenbaum/>
- [12] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20150610rj.pdf>
- [13] http://www.attac-netzwerk.de/fileadmin/user_upload/Gruppen/Karlsruhe/flyer/AG_Frieden/Doku_Veranstaltung_Zivilklausel.pdf
- [14] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20150318.pdf>
- [15] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20150611afl.pdf>

Übersetzung ins Englische am 27.06.2015 von Lothar Letsche und Wolfram Thiemann
<http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20150627.pdf>

Dr.-Ing. Dietrich Schulze (Jg. 1940) war nach 18-jähriger Forschungstätigkeit im Bereich der Hochenergie-Physik von 1984 bis 2005 Betriebsratsvorsitzender im Forschungszentrum Karlsruhe (jetzt KIT Campus Nord). 2008 gründete er mit anderen in Karlsruhe die Initiative gegen Militärforschung an Universitäten (WebDoku www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf). Er ist Beiratsmitglied der NaturwissenschaftlerInnen-Initiative für Frieden und Zukunftsfähigkeit sowie in der Initiative „Hochschulen für den Frieden – Ja zur Zivilklausel“ und publizistisch tätig.

Prof. Wolfram Thiemann (Jg. 1938) emeritierter Hochschullehrer für Physikalische Chemie an der Uni Bremen, der sich u.a. auch besonders mit Umweltchemie befasst. Der Öffentlichkeit ist er durch Publikationen über den Chemiker, Nobelpreisträger und Giftgaserfinder Fritz Haber bekannt geworden. Zur Atomthematik hat er sehr persönliche Beziehungen: Aufgrund seiner Kritik wurde versucht (allerdings ohne Erfolg!), ihn nach 9jähriger Tätigkeit zwischen 1968 bis 1976 aus der KFA Jülich zu mobben. Seit 1976 in Bremen hat er auch ganz intensive Beziehungen zur indischen Partner-Universität Pune, wo er regelmäßig im Austausch von Lehre und Forschung tätig war. (PK)

Rüstungslobby Bremen: Zivilklausel im Hochschul-Gesetz behindere Forschung

Bremer, hört die Signale!

Von Dietrich Schulze

In Bremen mit der seit 1986 praktizierten Zivilklausel-Tradition rumort es erneut. Im März war nach ausgiebiger Vorarbeit der Friedensbewegung von Rot-Grün das Landeshochschulgesetz mit der Zivilklausel: „Die Hochschulen verfolgen in Forschung, Lehre und Studium ausschließlich friedliche Zwecke.“ beschlossen worden. Anfang Mai trat der langjährige Bürgermeister Böhrnsen nach der SPD-Wahlschlappe von seinem Amt zurück. Das nutzt die Wirtschafts- und Rüstungslobby zu einer neuen Kampagne. Sie stuft Bremen als Sanierungsfall ein und macht die Zivilklausel für die Behinderung der Forschung verantwortlich. Der Autor hat die wechselvolle Zivilklausel-Debatte in Bremen seit mehr als fünf Jahren begleitet und möchte nach einem Rückblick eine Initiative vorschlagen.

Bremer, hört die Signale



Appell Juni 2015 an die Bremer Zivilklausel-Bewegung
Collage: Dietrich Schulze

Bremer Handelskammer klagt

Im Weserkurier am 26. Mai antwortet Handelskammer-Präses Christoph Weiss auf die Frage zur fehlenden Dynamik wörtlich:

„Bremen ist stark in der Luft- und Raumfahrttechnologie, doch diese Branche wird behindert durch das neue Hochschulreformgesetz. Wegen der Zivilklausel müssen Universitäten Forschungsmittel ablehnen, die Rüstungszwecken dienen: Das ist für Investoren von Nachteil. Zivile und militärische Forschung lassen sich kaum trennen. Eine Firma wie OHB schafft eine Stiftungsprofessur dann eben woanders. Man erschwert die Verbindung zur Hochschule, das ist ein Riesenfehler.“ Damit werden die historischen Fakten absichtsvoll verdreht. Tatsächlich war die für die Bundeswehr tätige Firma OHB mit

der Erpressung gescheitert, ihre Stiftungsprofessur nur einzurichten, wenn die Universität Bremen ihre 1986er Zivilklausel streicht:

"Der Akademische Senat lehnt jede Beteiligung an Wissenschaft und Forschung mit militärischer Nutzung bzw. Zielsetzung ab und fordert die Mitglieder der Universität auf, Forschungsthemen und -mittel abzulehnen, die Rüstungszwecken dienen können."

Diese Zivilklausel wurde von der Uni stattdessen 2012 bekräftigt und in die Leitlinien eingetragen.

OHB erpresst und hintergeht

Und was tat OHB nun? Diese gegen die Zivilklausel verstoßende Stiftungsprofessur wurde nicht woanders, sondern klammheimlich an eben jener Uni Bremen eingerichtet. Das Lügenmärchen wurde noch dadurch getoppt, dass der für diesen Lehrstuhl von OHB mit Zustimmung der Uni eingesetzte Prof. Claus Braxmaier aus Konstanz sich öffentlich für die Zivilklausel aussprach,

obwohl er in Konstanz für den Rüstungskonzern EADS und nun für den Rüstungskonzern OHB forschte.

Leider auch ein trauriges Kapitel für die Bremer Zivilklausel-Bewegung. Obwohl der Verstoß offensichtlich war und im August 2012 so festgestellt worden war, blieb der Protest gegen die Stiftungsprofessur aus. Die Aktivitäten wurden s t a t t d e s s e n anstelle z u s ä t z l i c h auf die Forderung nach einer gesetzlichen Zivilklausel konzentriert. So zielführend und erfolgreich die Aktivitäten für eine Novellierung des Landeshochschulgesetzes waren, so folgenreich war das Schweigen zur Braxmaier-Professur.

ZARM gegen Freiheit

Diese Rüstungsforschung wurde inzwischen ausgeweitet in einem Zentrum für Angewandte Raumforschung und Mikrogravitation (ZARM) auf dem Gelände und In Zusammenarbeit mit der Uni Bremen. Niemand wird sich noch darüber wundern, dass Stiftungsprofessor Braxmaier ZARM-Geschäftsführer wurde.

Doch eher erstaunlich hingegen die 180-Grad-Wende von Uni-Rektor Bernd Scholz-Reiter, der an der Wiege der im Januar 2012 bekräftigten Zivilklausel stand. Im Weserkurier am 27. Februar lamentierte er unisono mit dem Geschäftsbereichsleiter Innovation der Handelskammer Bremen gegen die Zivilklausel im Hochschulgesetz. Es wird angenommen werden dürfen, dass hier eine konzertierte Aktion von Hochschul-Obrigkeit, CDU-Opposition, Wirtschaft und Rüstungsindustrie gegen die Freiheit der Universität vorliegt.

Konzertierte Aktion

Darüber hatte sich der Autor bereits am 18. Februar in einem NRhZ-Artikel Gedanken gemacht (1) und einen Appell an Landesregierung und Landesparlament gerichtet, dem Trommelfeuer gegen den innovativen Senatsentwurf zum Landeshochschulgesetz mit Zivil- und Transparenzklausel standzuhalten.

Nun, wir haben es erleben dürfen. Das Gesetz wurde beschlossen. Wie aber mit der konzertierten Aktion umgehen? Dazu gibt es in Bremen eine großartige Tradition, die lediglich wieder ausgegraben werden muss. Gegen die OHB-Erpressung veröffentlichte im Februar 2011 eine Gruppe von 66 Hochschullehrern und Wissenschaftlern eine Erklärung, in der sie unter Berufung auf die Unabhängigkeit die steigende Zahl von Stiftungsprofessuren kritisierte.

Dazu muss auch der Rüstungshintergrund in Betracht gezogen werden. Das Bremer Friedensforum hatte 2011 eine ausführliche Information über die Bremer Rüstungsindustrie im Buch "Rüstungsstandort an der Weser" herausgebracht, darin der Beitrag des Autors "Die Zivilklausel - Bewegung für eine Demilitarisierung der Hochschulen".

Mit der Erklärung der Hochschullehrer und Wissenschaftler wurde eine lebhafte Diskussion über die Freiheit der Wissenschaft in Bremen und bundesweit initiiert. Alle Friedensbewegten konnten sich auf diese Initiative direkt aus der Wissenschaft berufen.

Neue ProfessorInnen-Initiative

Warum sollte es nicht gelingen, heute erneut eine solche ProfessorInnen-Initiative zu einer aktualisierten Erklärung zu gewinnen?

Es geht um einen akademisch-friedenspolitischen Kontrapunkt, welche Verantwortung heute den Hochschulen zukommt. Damals wie heute geht es um „Rüstungskonversion und Zivilklausel“ (Siehe NRhZ-Artikel des Autors vom 4. Nov. 2014.) und darüber hinaus um Beiträge der Wissenschaft gegen die Umweltzerstörung und für eine friedliche Entwicklungspolitik.



Appell vom Februar 2015 an Landesregierung und Landesparlament Bremen

Collage: Dietrich Schulze, Quelle: NRhZ

Ja, ein solcher Neuanlauf erfordert Zivilcourage. Die nachfolgend benannten Bremer Persönlichkeiten mögen mir bitte verzeihen, wenn ich sie beispielhaft und stellvertretend für andere darstelle:

- Prof. Andreas Fischer-Lescano, Rechtswissenschaftler an der Uni Bremen mit den Forschungsschwerpunkten Öffentliches Recht, Europarecht, Völkerrecht, Rechtstheorie und Rechtspolitik. Er ist damaliger Unterzeichner und für seine mutige Aufdeckung des Doktor-Plagiats eines ehemaligen Bundesverteidigungsministers bekannt geworden.
- Prof. Wolfram Thiemann, emeritierter Hochschullehrer für Physikalische Chemie an der Uni Bremen, der sich auch mit Umweltchemie befasst. Der Öffentlichkeit ist er durch Publikationen über den Chemiker Fritz Haber bekannt geworden, dessen Wissenschaft anerkannt wird, aber dessen Erforschung und Anwendung eines Massenvernichtungsmittels im 1. Weltkrieg gerne

verdrängt wird.

- Prof. Sönke Hundt, emeritierter Hochschullehrer an der Hochschule Bremen, Fakultät für Wirtschaftswissenschaften. Er ist ebenfalls damaliger Unterzeichner, Mitglied im Bremer Friedensforum und durch vielfältige Aktivitäten und Publikationen zur Zivilklausel-Thematik bekannt.

In den Studierendenvertretungen und im Bremer Friedensforum haben die ProfessorInnen erfahrene und kongeniale Partner für eine neue ProfessorInnen-Erklärung.

Das Friedensforum hatte am gleichen Tag auf das oben benannte Handelskammer-Statement geantwortet mit einer Stellungnahme unter dem Titel „Friedenskomponente in der Bremer Politik verstärken - Gegen Bestrebungen der Bremer Rüstungsindustrie und Handelskammer“.

Unter einer Friedenskomponente im Senatsprogramm wird neben der Beibehaltung der gesetzlich verankerten Zivilklausel für die Hochschulen verstanden, eine Strategie zur Förderung der Konversion in der Rüstung und eine Verstärkung der Friedenserziehung im Bildungsbereich zu verankern.

Amtshilfe von ganz Oben

Alle diese konkreten Friedensbemühungen sind auch belastend und mühselig, besonders für die Studierenden mit sozialen Problemen und für Hochschulmitarbeiter mit prekärem Beschäftigungsverhältnis. Es gibt aber auch weltweite Zeichen der Hoffnung. Um dies mit den Worten des Friedensforums anschaulich zu machen:

„Der Handelskammer-Präses machte damit deutlich, dass bestimmte Wirtschaftskreise keine Skrupel haben, »die Industrie des Todes« - so hat Papst Franziskus kürzlich die Rüstungsindustrie bezeichnet - um des Mehrwerts willen energisch zu betreiben und die Hochschulen dafür in Anspruch zu nehmen. Solche Tendenzen werden stärker. Sie bedrohen den Frieden und fördern Kriege.“

Wenn ich mir das abschließend zu erklären erlauben darf. Der Antikriegstag im 70. Jahr der Befreiung von Faschismus und Krieg wäre für die ProfessorInnen-Erklärung ein ausgezeichnete Termin. (PK)

(1) <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=21324>

Anstelle einer umfangreichen Zitatenliste wird auf die WebDoku www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf verwiesen.

Online-Flyer Nr. 512 vom 27.05.2015

<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=21657>

Sowjetischer Häftling trifft in Dachau auf Angehörigen eines Befehlsverweigerers

SS-Befehl 1943 im KZ Dachau/Allach verweigert

Von Dietrich Schulze

Dieser Bericht handelt von einem unfassbar intensiven Moment, einem meiner schönsten Erlebnisse im politischen Leben, das 1968 mit der Teilnahme an einer Demo gegen den Vietnamkrieg einen ersten Meilenstein verzeichnet hatte. Das Folgende beschreibt einen glücklichen und zugleich notwendigen Zufall im Zusammenhang mit dem KZ Dachau.



Nick Hope (links) und Dietrich Schulze
Foto: George Hope

Während eines Gesprächs im Archiv der Gedenkstätte Dachau mit Archivar Andre Scharf, bei dem ich das Buch „Der Kapo der Kretiner“ dabei hatte, kommt eine Besuchergruppe mit Nick und George Hope aus Kalifornien herein. George sieht das Foto auf dem Titelblatt und ruft „Karl Wagner“. Ich war wie vom Donner gerührt. Woher kannte er meinen Ziehvater Karl, den mutigen und unsterblichen kommunistischen Widerstandskämpfer, der jedoch international nicht sehr bekannt ist?

Das stellte sich in der äußerst bewegenden Unterhaltung sehr schnell heraus. Der 91-jährige Nick Hope (Geburtsname Nikolaj Choprenko) war als sowjetischer Zwangsarbeiter in das Außenlager Allach des KZ Dachau verlegt worden, um für die BMW-Rüstungsproduktion durch Arbeit vernichtet zu werden. Karl war dort aus noch zu berichtenden

Gründen von der SS als Häftlings-Lagerältester eingesetzt worden und sollte Nikolaj im Juli 1943 vor den vollzählig angetretenen Häftlingen schlagen. Karl verweigerte den Befehl des SS-Lagerführers Jarolin. Eine unerhörte Widerstandshandlung, über deren Voraussetzungen und Folgen Sie gleich noch mehr lesen können.

Nikolaj und Karl überlebten das Grauen des Faschismus. Nikolaj wanderte in die USA aus, besuchte 2002 erstmals die Gedenkstätte Dachau und gab Archivleiter Albert Knoll ein Interview. Später hat er mit Hilfe seines Sohns George damit begonnen, nach demjenigen zu suchen, der ihn 1943 nicht geschlagen hatte. Beide waren dabei offenbar auf Karls Foto von 1979 gestoßen. 72 Jahre später begann sich der Kreis zu schließen.

In vielen Veranstaltungen, zuletzt am Tag der Befreiung 2013 in Karlsruhe (1) hatte ich über Karls Widerstand und seine Befehlsverweigerung berichtet. Anna Andlauer hatte mich kurz danach gebeten, als Karls „Adoptivsohn“ Mitglied der Lagergemeinschaft Dachau zu werden, was ich gerne getan habe. Anna kannte ich schon lange aufgrund früherer Besuche in Dachau mit Karl und seiner Frau Hilde, der Buch-Autorin. Karl war im Oktober 1983 und Hilde im April 2002

verstorben. Die tiefgreifende und nachhaltige Veränderung meines Lebensweges aufgrund des Zusammenlebens mit Karl von 1972 bis 1983 ist hier kurz geschildert worden. (2).

Wegen der Jahreshauptversammlung der Lagergemeinschaft am 5. Mai 2015 war ich wieder nach Dachau gekommen. Der Kreis war geschlossen. Aufgrund meines Kurzberichts in der Jahreshauptversammlung in Gegenwart von Max Mannheimer war darum gebeten worden, diesen intensiven Moment schriftlich festzuhalten und öffentlich zugänglich zu machen.

KZ Dachau - Außenlager Allach

Das Folgende ist eine knappe Darstellung aus „Kapo der Kretiner“ (S. 167-176). Welche Funktion hatte Allach? Nachdem der Wehrmacht-Vormarsch in den Rückwärtsgang geraten war, entschied das Führerhauptquartier im März 1942, dass die KZ-Häftlinge in der Rüstungsproduktion einzusetzen seien. Die KZ-Lager wurden umorganisiert, um die politischen Gegner und Zwangsarbeiter durch totale Ausbeutung in der Rüstung statt mit willkürlichem Sadismus zu vernichten. Allach war für die BMW-Rüstungsproduktion eingerichtet worden.

Schutzhaftlagerführer war der SS-Henker Jarolin, der die alten Methoden fortsetzte. Um Häftlinge der »Sabotage«, der »Faulheit« oder des »Diebstahls« bezichtigen zu können, umgab er sich neben gleichgesinnten SS-Leuten mit willfährigen Häftlingsfunktionären, die ihm solche Meldungen lieferten.

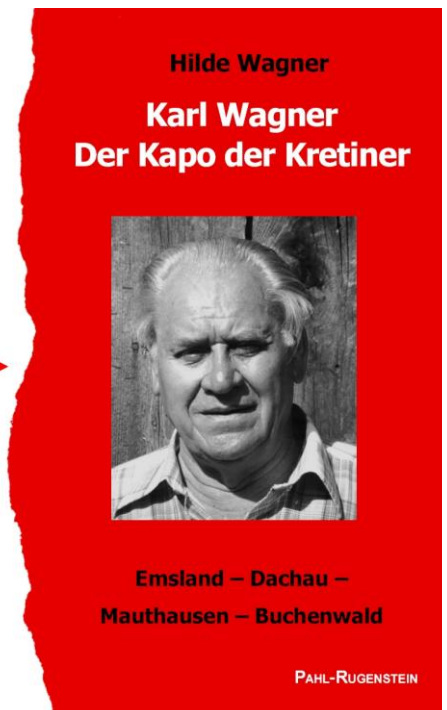
Lagerkommandant Weiß in Dachau, der die neue Taktik begriffen hatte, entschloss sich, Jarolins blind ergebenen Lagerältesten durch einen anderen Häftling zu ersetzen. Hilde Wagner schildert eine Kette von Überlegungen der illegalen Lagerleitung der Häftlinge, verbunden mit Karls klugen Handlungen gegenüber der SS-Bürokratie. Am Ende fiel die Wahl auf ihn. Vor Karl stand eine äußerst gefährliche und komplizierte Aufgabe, die Geschick und Wachsamkeit verlangte. Er wollte die Häftlinge schützen und die Rüstung sabotieren und die SS wollte, dass er in Allach „für Ordnung sorgt“, d.h. für eine reibungslose BMW-Rüstungsproduktion für den „Endsieg“.

Karl begann als erstes das Problem der Meldungen zu lösen. Himmler hatte 1942 befohlen, Häftlinge zum Schlagen ihrer Kameraden heranzuziehen, ein brillantes Mittel, Häftlinge gegen Häftlingsfunktionäre aufzubringen. Häufig waren diejenigen, die Meldung machten, und diejenigen, die dafür schlagen mussten, nicht dieselben. Anstelle der Aufspaltung musste die Einheit aller Häftlinge hergestellt werden. In Allach gab es einen zuverlässigen deutschen Kameraden, Ludwig Herr aus Kornwestheim: Sie kamen überein, dass sie auch mit jenen Häftlingsfunktionären freundschaftlich reden wollten, die Jarolins Befehle über die Solidarität stellten. Sie wollten sie dafür gewinnen, die Angelegenheit besser unter sich zu regeln und dafür Sorge zu tragen, dass das beanstandete »Delikt« in Zukunft nicht mehr vorkam. Auf diese Art und Weise gelang es ihnen tatsächlich, positiven Einfluss zu nehmen. Die Meldungen gingen zurück.

/

Grund für zahlreiche Strafmeldungen war der große quälende Hunger. Die Normalzuteilungen, oft genug von der SS noch geschmälert und verschoben, reichten kaum, um am Leben zu bleiben, geschweige denn zu schwerer körperlicher Fronarbeit. Karl hatte sich eine Losung ausgedacht. Immer, wenn die SS, die Kapos oder Meister einen Häftling zu schnellerer oder besserer Arbeit antreiben wollten, sollte dieser antworten: »Ich viel arbeiten, aber nix Kraft!«. Es dauerte nicht lange, da wurden die Meister und die SS-Bewacher immer und überall mit der Losung konfrontiert,

Bibliothek des Widerstandes



Titelblatt „Kapo der Kretiner“

Quelle: Pahl-Rugenstein-Verlag

die nicht ihre Wirkung verfehlte beim Anblick der abgemagerten Gestalten. Schließlich reagierte BMW, so verfehlte dieses Argument auch seine Wirkung nicht. Karls Vorschlag an Jarolin, einen Essenszuschlag von BMW zu verlangen, hatte Erfolg. Die Losung »Ich viel arbeiten, aber nix Kraft« war zu einer Zauberformel für einen Teller Kartoffelsuppe geworden. Nur wer den Hunger kennt, weiß, was das hieß.

Befehlsverweigerung: „Ich schlage nicht“

Schritt für Schritt hatten sich in Allach die katastrophalen Verhältnisse geändert. Viele Kameraden führten das auf den Wechsel des Lagerältesten zurück, und sie hatten Furcht, dass sich Jarolin und seine Schergen das auf die Dauer nicht gefallen lassen würden. Was die Kameraden sagten, wusste Karl selbst. Es gab keinen Zweifel, dass Jarolin über kurz oder lang losschlagen würde. Jarolin wusste aber auch, dass Karl von Weiß eingesetzt worden war. Er beschloss, Karl den Befehl zum Schlagen zu erteilen, ein diabolischer Plan, der eigentlich nicht schief gehen konnte. Wenn Karl diesen Befehl verweigerte, konnte Weiß eine solche »Ungeheuerlichkeit« unmöglich durchgehen lassen. Sollte Karl wider Erwarten schlagen, hätte er ihn in die Knie gezwungen und seinen Willen gebrochen.

Es war an einem Julitag des Jahres 1943, nach Feierabend. Die Kommandos rückten ins Lager ein. Aber anders als sonst lieferten die Postenführer die Häftlinge nicht am Lagertor ab. Heute marschierten sie allesamt mit Hunden ins Lager ein und stellten sich am Appellplatz auf. Karl fühlte, dass seine Stunde geschlagen hatte. Plötzlich schrie Jarolin: »Lagerältester!«, und sämtliche Lagerinsassen mussten seinen Ruf wiederholen. Jarolin hatte den gefürchteten Bock herbeischaffen lassen. Ein sowjetischer Häftling wurde aufgeschnallt. Heute wissen wir, dass es Nikolaj Choprenko war.

Jarolin gab Karl den Befehl: »Schlagen!« Karl antwortete: »Ich schlage nicht!« Jarolin: »Warum schlägst du nicht?« Karls Antwort: »Ich kann nicht schlagen!« Nun probierte es Jarolin mit dem Zuckerbrot: »Versuch's«, befahl er. Karls erneute Antwort: »Ich schlage nicht!« Jetzt spielte Jarolin den wilden Mann. Er zog die Pistole und brüllte: »Du verweigerst den Befehl, du Kommunistenschwein, das habe ich doch gewusst!« In diesem Moment rechnete Karl damit, abgeknallt zu werden. Er riss seine Lagerältestenbinde vom Arm und warf sie auf den Bock. Jarolin aber drückte nicht ab. Er gab lediglich den Befehl, Karl in den Arrestbau abzuführen.



Der Bock (Häftlingszeichnung von Albert Kerner)
Quelle: „Kapo der Kretiner“

Meine Interpretation aufgrund von vielen Gesprächen mit Karl über diese damals einmalige Befehlsverweigerung, warum Jarolin nicht abgedrückt hatte: Der SS-Scherge war von dem Dialog und besonders von der demonstrativen Rückgabe der Lagerältestenbinde psychologisch derart verblüfft und irritiert, dass er nicht schoss. Ein einmaliger, für das SS-Gehirn völlig unvorstellbarer Vorgang: Ein Häftlingsfunktionär degradiert sich selbst und gibt eine von der SS verliehene Funktion zurück. Natürlich spielte in Jarolins Hinterkopf eine Rolle, dass Karl von Weiß eingesetzt worden war. Nikolaj hatte diesen historischen Dialog 72 Jahre später in Erinnerung als wir am 5. Mai darüber sprachen.

Zurück nach Allach. Nach fünf Tagen wurde Karl ins Stammlager Dachau gebracht, in ein stockdunkles Loch. Was würde jetzt mit ihm geschehen? Karl war nicht bereit, sich bei einer Nacht- und Nebelaktion abknallen zu lassen wie einen rüddigen Hund. Wie könnte er sich

wehren? Er könnte versuchen, auf das Dach des Bunkers zu gelangen. Karl wusste, wie man aufs Dach kam. Damals als »Zweitmaliger« hatte er ja den Bunker mitbauen müssen. Er könnte vom Dach aus mit lauter Stimme den Kameraden im Lager Abschiedsworte zurufen, ehe sie ihn abknallen würden. Karl erhielt jedoch wieder einmal fünfundzwanzig Stockhiebe und sechs Wochen Bunkerhaft.

In Allach hatte sich unter den Häftlingen die Nachricht von Karls Befehlsverweigerung wie ein Lauffeuer verbreitete. Das machte Mut. Andere Kameraden folgten seinem Beispiel. Der Kapo Hans Biederer aus Straubing stellte sich dem Befehl des berüchtigten SS-Henkers Trenkle entgegen und weigerte sich ebenfalls, einen Kameraden zu schlagen. Der Beschluss der illegalen Leitung in Dachau, nicht zu schlagen, so schwer seine Ausführung auch war, hatte sich als richtig erwiesen. Sie gab den Kampf gegen Jarolin und seine Schergen nicht auf. Es gelang ihnen, anstelle des bisherigen Kapos im Revier, der mit Jarolin auf du und du gestanden hatte, den mutigen und humanistisch eingestellten Kameraden Michel Rauch im Allacher Revier einzusetzen. Auch Michel kämpfte dort gegen die fürchterlichen Zustände an, unter denen die kranken Häftlinge dahinsiechten und starben.

Nach sechs Wochen Dunkelhaft öffneten sich für Karl die Tore des Bunkers. Er hatte es überstanden. Die anschließende »normale« Arbeit in einem Baukommando des Stammlagers war für Karl nach den Wochen der Ungewissheit eine Erleichterung, war er doch jetzt wieder eingebettet in die Solidarität und in die Gemeinschaft seiner Kameraden, und waren doch jetzt wieder Kontakte zu den Genossen der Leitung möglich.

Soviel zu einem historischen Ereignis, das am 70. Jahrestag der Befreiung auf ganz neue Weise beleuchtet werden konnte.

Befreiung

Karl selbst wurde im KZ Buchenwald befreit. Nach Abschiebung 1944 von Dachau nach Buchenwald mit dem Ziel der Vernichtung dort, verdankte er der dort tätigen illegalen Häftlingsorganisation das Leben. Hier das Bild von Karl mit seinen Kameraden unmittelbar nach der Befreiung.



Eine Gruppe schwäbischer Häftlinge nach der Befreiung in Buchenwald. Letzte Reihe, dritter von rechts: Karl Wagner

Quelle: „Kapo der Kretiner“

Eine Kurzbiografie über Karls Stationen im Widerstand, in der auch die Entstehung von Hildes Buch behandelt wird, finden Sie zweisprachig hier [3].

Nikolaj musste aufgrund der Haftfolgen in Allach drei Jahre lang im Krankenhaus in München verbringen. Ende der 1950er Jahre wanderte er nach Kalifornien aus. Aufgrund des „Zufallstreffens“ konnte die schicksalhaft verbundene Geschichte zweier Menschen nun das Licht der Öffentlichkeit erblicken.

Dieser Bericht ist eine erste ausführliche Hintergrund-Information. George hat mir weitere Informationen über den Lebensweg seines Vaters zugesagt.

Die spätere Veröffentlichung einer Kurzfassung unter Einschluss weiterer Fakten ist für die Zeitung der Lagergemeinschaft beabsichtigt, die gegenwärtig geplant wird.
Die zweisprachige Version dieses NRhZ-Beitrags mit einer Top-Übersetzung von Lothar Letsche finden Sie hier (4).

Schließen möchte ich mit der diesjährigen Befreiungsfeier in Karlsruhe am 10. Mai, in der über das Ereignis am 5. Mai kurz berichtet wurde. In der Webseite der VVN-BdA Karlsruhe finden Sie die interessanten Vorträge (5). Darunter von Silvia Gingold über ihren Vater, den kommunistischen Widerstandskämpfer Peter Gingold, eine ebenso unsterbliche Persönlichkeit wie Karl Wagner. (PK)

Quellen:

- (1) <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=19043>
- (2) <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20141003.pdf>
- (3) <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20150509.pdf>
- (4) <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20150524.pdf>
- (5) <http://karlsruhe.vvn-bda.de/2015/05/11/befreiungsfeier-2015/>

Online-Flyer Nr. 511 vom 20.05.2015

<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=21625>

Späte Ehre für die Nazi-Jäger Klarsfeld – das hat auch mit KIT Karlsruhe tun

Bundesverdienstkreuz für Ohrfeigen-Beate

Von Dietrich Schulze

Es geschehen noch Zeichen und Wunder 70 Jahre nach der Befreiung. Vor drei Jahren hatte die Nazi-Jägerin Beate Klarsfeld aus Paris als Kandidatin der Linken bei der Präsidentenwahl gegen Joachim Gauck kandidiert. Sie wurde mit Verleumdungen bedacht wie „Ohrfeigen-Beate Stasi-gesteuert?“ (FAZ u.a.) und jetzt hat Gauck für Beate und Serge Klarsfeld die Urkunde für das Bundesverdienstkreuz unterzeichnet, s. Presseschau 15. Mai [1].



Collage Dietrich Schulze

Nazi-Größen aller Art wie Globke, Kiesinger, Filbinger sind in der Bundesrepublik von Beginn an vorsätzlich hinein gehievt worden in wichtigen Regierungsstellen wie das Bundeskanzleramt, in wichtige Verwaltungsposten aller Art, als Nazi-Generäle für den Bundeswehraufbau und für die Vorbereitung der NATO-Mitgliedschaft, in die staatliche Forschung und so weiter. Das war dem Kalten Krieg gegen den „Ostblock“ (Sowjetunion, DDR, usw.) geschuldet. Adenauer träumte vom Einmarsch der Bundeswehr in die DDR

durch das Brandenburger Tor.

Alle Erkenntnisse der überwiegenden Bevölkerungsmehrheit unmittelbar nach der Befreiung wurden nach wenigen Jahren über den Haufen gerannt. „Nie wieder Krieg von deutschem Boden“ bedeutete damals als Selbstverständlichkeit „Nie wieder deutsches Militär“. Das wurde mit der angeblichen Bedrohung aus dem Osten mittels der Remilitarisierungskampagne niedergetrampelt. Die allgemeine Stimmung nach einer gerechten Wirtschaftsordnung gab es in allen Besatzungszonen.



Beate Klarsfeld wird abgeführt NRhZ-Archiv

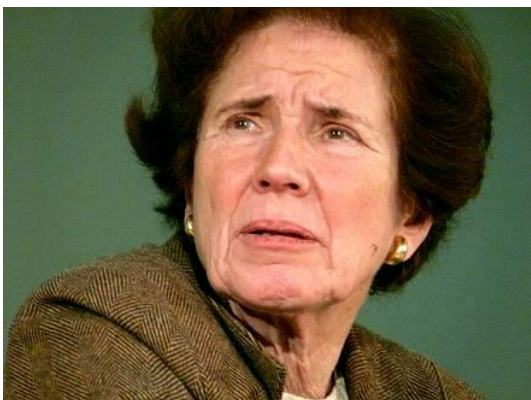
Wer von den Jüngeren weiß heute, wer damals - durchaus populistisch - gesagt hatte „Wer noch einmal ein Gewehr in die Hand nehmen will, dem soll die Hand abfallen“. Es war derjenige, der etwas später zusammen mit Adenauer die deutsche Atombombe wollte: Franz Josef Strauß. Wer von den Jüngeren weiß heute, in welchem Parteiprogramm analysiert und gefordert wurde: „Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur

eine Neuordnung von Grund aus erfolgen. Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein.“ Es war das Ahlener Programm der CDU von 1947.

Emil Carlebach, Jude, Kommunist und KZ Buchenwald-Häftling, danach aktiv als Journalist, Buchautor, dju-Gewerkschafter und hessischer Landtagsabgeordneter, hatte diese absichtsvoll verschüttete, spannendste Periode der deutschen Geschichte in der Artikelserie "Das bestgehütete Geheimnis der Bundesrepublik" in der früheren VVN-Wochenzeitung "Die Tat" aufgedeckt. Die Neuherausgabe dieser Serie, wie vom Autor zum 65. Jahrestag der Befreiung vorgeschlagen, harrt weiter der Realisierung [2a] [2b].



Emil Carlebach NRhZ-Archiv



Beate Klarsfeld in einer Veranstaltung in Essen NRhZ-Archiv

Beate Klarsfeld hatte beim Bundesparteitag der CDU am

7. November 1968 in Berlin Bundeskanzler Kurt-Georg Kiesinger eine schallende Ohrfeige mit dem Ausruf „Nazi“ verpasst. Sie brachte den Nazi-Mörder und ehemaligen Pariser Gestapo-Chef Kurt Lischka vor Gericht. Serge und Beate Klarsfeld jagten unter Lebensgefahr Klaus Barbie, den „Schlächter von Lyon“. In dem Film "Die Hetzjagd" ("La Traque") wird die dramatische Barbie-Spurensuche nachgezeichnet. Und hier ergibt sich die Brücke nach Karlsruhe. Am

18. Oktober 2013, am Vorabend des Symposiums „Der vergessene Whistleblower Léon Gruenbaum (1934 – 2004)“ zeigte der Arbeitskreis Kultur und Kommunikation des AStA der Universität Karlsruhe (KIT) in der Uni eben jenen Film "La Traque".

Das Symposium des „Forum - Ludwig Marum“ am 19. Oktober [3] im ver.di-Haus Karlsruhe hatte den Charakter einer inspirierenden Geschichtswerkstatt mit fünf konzentrierten Lernstunden über die Zivilcourage eines französischen Wissenschaftlers aus einer von den Nazis verfolgten jüdischen Familie und dessen zweite Verfolgung durch den Atom-Manager



Bundesarchiv, Bild 146-2004-0017
Foto: Southard / 30. Juni 1940

Hitler, Speer, Giesler, Breker und Rudolf Greifeld (x) am 30. Juni 1940 in Paris Quelle: Bundesarchiv Az 146-2004-0017

Rudolf Greifeld am Kernforschungszentrum, einem der KIT-Vorläufer. Gruenbaum hatte mit Unterstützung der Klarsfelds nachgewiesen, dass Greifeld im besetzten Paris eine ranghohe Wehrmachtfunktion inne hatte und an der Verfolgung der Juden beteiligt war. Umfangreiche Dokumente für das Symposium sind in [3] nachlesbar. Greifeld war Sprecher der deutschen Besatzer im Großraum Paris (unter Einschluss des Durchgangslagers Drancy zur Hölle Auschwitz) gegenüber der französischen Vichy-Regierung. Sein Vichy-Gegenpart Edouard Bonnefoy war aber kein Kollaborateur, sondern arbeitete mit der Resistance zusammen. Dessen Mitschriften über die Greifeld-Anweisungen konnten gerettet und veröffentlicht werden. Daraus ergaben sich neue Beweise für Greifelds Antisemitismus, die in einer Dokumentensammlung zusammen gestellt wurden [4].

An Léon Gruenbaums wissenschaftlichem Nachlass wird energisch gearbeitet. Nur ein einziges typisches Zitat über dessen Breite und Tiefe an Erkenntnissen. Auf Robert Jungks Frage bei einem Besuch 1975 in Paris während Gruenbaums Ausarbeitung seiner Monographie „Genese der Plutoniumgesellschaft“, ob der Nazi-Einsatz in der deutschen Kernforschung für die Gegenwart von Bedeutung sei, antwortete er: „Gewiß. Ich meine, es ist doch wohl kein Zufall, dass diese Männer sich gerade so sehr für die Atomindustrie interessiert haben. Sie müssen sich schon zu einem frühen Zeitpunkt gesagt haben, dass hier eine Schlüsselindustrie entsteht, die einmal alle anderen an Machtfülle und Einfluss überflügeln würde. Doch dann kommt vielleicht noch ein anderes Motiv dazu: der Wunsch der Deutschen, auch einmal Atombomben zu haben – oder zumindest die Verfügung über industrielle Kapazitäten, die eine Herstellung der ihnen verbotenen Waffengattung bei Bedarf ermöglichen.“ Zitat aus Jungks „Atomstaat“.

Das genau war das Strauß-Motiv für den Einsatz des bewährten Nazis Greifeld (seit 1937 NSdAP-Mitglied) 1956 als administrativen Geschäftsführer der Kernreaktor Bau- und Betriebsgesellschaft, dem späteren Kernforschungszentrum und heutigen KIT Campus Nord. Mit Ritter und Brandl kamen zwei weitere hinzu und 1960 Walter Schnurr (Hitlers Sprengstoff-Papst) als wissenschaftlicher Geschäftsführer. Greifelds Nazi-Vergangenheit war bis zur Aufdeckung durch Gruenbaum/Klarsfeld in der Pressekonferenz am 23.10.1975 in Strasbourg absichtsvoll verschwiegen worden.

Mitte 2012 hatte sich herausgestellt, dass Greifeld 1969 von der Universität Karlsruhe die Ehrensenatorenwürde verliehen worden war, offenbar in Unkenntnis von dessen Nazi-Vergangenheit. Der seither unablässig von vielen Organisationen und Personen erhobenen Annullierungsforderung ist bis heute nicht Rechnung getragen worden. Das KIT-Präsidium und die Ethik-Kommission hatten den Historiker Prof. Bernd A. Rusinek vom Forschungszentrum Jülich beauftragt, ein Gutachten zu erstellen. Die Fertigstellung ist auch nach Vorlage der o.g. neuen Beweise gegen Greifeld immer wieder mit unterschiedlichen Begründungen verschoben worden. Der Autor hatte Rusinek der Abhängigkeit von der Atomlobby geziehen [5].

Dazu zwei widersprüchliche Schlussbemerkungen. Die Karlsruher Atomlobby hatte 2010 - garniert mit Prominenten - das Buch „Karlsruhe meets India“ herausgebracht [6]. Darin wird Greifelds Verdienst bei der Gründung der Karlsruher „Deutsch-Indischen Gesellschaft“ (DIG) mit großem Lob geschildert. Die DIG war 1942 gegründet worden. Wörtlich im Buch: „Rabindranath Tagore wurde als erstem Asiaten in Anerkennung seines literarischen Werks, vor allem der Gedichtsammlung Gitanjali, 1913 der Nobelpreis für Literatur zuerkannt. Mit seiner Weltsicht des Friedens und der Toleranz stieß er nach der Katastrophe des Ersten Weltkriegs insbesondere in Deutschland auf positive Resonanz. Bei einer deutsch-indischen Veranstaltung im Jahre 1942 in Hamburg wurde die von Rabindranath Tagore 1915 gedichtete und komponierte spätere Nationalhymne Indiens erstmals in der Öffentlichkeit gespielt.“ Wann im Jahre 1942 war das denn? Zitat in [7]: "Nur wenige wissen, dass die spätere indische Nationalhymne „Jana Gana Mana“ im September 1942 im Hamburger Hotel Atlantic uraufgeführt wurde. Und zwar anlässlich der Gründung der Deutsch-Indischen Gesellschaft (DIG) zu einer Zeit, als Indien noch britische Kronkolonie war." Das ist kaum zu fassen. Im selben Monat beginnt die deutsche Vernichtungsschlacht gegen Stalingrad. Ausgerechnet ein Friedensmann wird zum

Gründungspaten einer indogermanisch-faschistoiden DIG gemacht. Weniger erstaunlich, dass der AltNazi Greifeld begierig diese DIG und die Wirtschafts- und Atombeziehungen zu Indien zu seinem Herzensanliegen machte. Die Atomlobby wird angesichts solcher Huldigungen unbedingt verhindern wollen, dass ihr Ehrensponsor durch die Aberkennung der KIT-Würde beschmutzt wird.

Den Autor bewegt nach dem Gauck-Schwenk bezüglich der Ehrung der Klarsfelds ein selbstkritischer Gedanke. Er war mit deftigen Worten von der Abhängigkeit Rusineks von eben jener real existierenden Atomlobby ausgegangen. Der Bundespräsident hat von seiner Unabhängigkeit Gebrauch gemacht und der Geschichtsaufarbeitung wie der deutsch-französischen Freundschaft einen Dienst erwiesen. Könnte es nicht sein, dass Prof. Rusinek in einem ähnlichen Sinne von seiner Unabhängigkeit als Historiker Gebrauch macht und der KIT-Ethik-Kommission die Aberkennung des Greifeld-Titels empfiehlt - in Würdigung der dargestellten Fakten - und damit Beate und Serge Klarsfeld auf seine Weise ehrt für die Aufdeckung der Fakten? (PK)

Nachtrag des Autors vom 19.05.15 zur DIG

aufgrund der F E S T S C H R I F T zum 50-jährigen Bestehen der Deutsch-Indischen Gesellschaft 1953–2003. http://archiv.ub.uni-heidelberg.de/savifadok/40/1/DIG_Festschrift.pdf
Die LeserInnen werden gebeten, sich die folgenden Passagen daraus zu Gemüte zu führen:

Seite 29

„Nehru verurteilte das nationalsozialistische Regime in Deutschland. Hingegen suchte Subhas Chandra Bose, der frühere Oberbürgermeister von Kolkata und ehemalige Präsident des Indischen Nationalkongresses, aber eher der militante Freiheitskämpfer für die indische Unabhängigkeit, den Kontakt mit dem NS-Regime. Dieses stand einer militärischen Kooperation, wie sie Bose andachte, ablehnend gegenüber. Doch wurde in Berlin mit diplomatischem Status eine Zentrale Freies Indien errichtet, und in Hamburg kam es in Anwesenheit von Subhas Chandra Bose am 11. September 1942 zur Gründung der ersten Deutsch-Indischen Gesellschaft in Deutschland.“

Seite 62

„An der Gründungsfeier im Hamburger Atlantic-Hotel nahm als herausragende Persönlichkeit der Führer des auf den militärischen Freiheitskampf ausgerichteten Flügels der indischen Unabhängigkeitsbewegung, Subhas Chandra Bose, teil. In seiner Festansprache verlieh er der Überzeugung Ausdruck, dass Indien aus dem Zweiten Weltkrieg als unabhängiger Staat hervorgehen werde. Subhas Chandra Bose war während des Krieges nach Deutschland gekommen, um die Möglichkeiten einer politischen und militärischen Zusammenarbeit mit Deutschland bei den Unabhängigkeitsbestrebungen Indiens auszuloten. Ergebnislos reiste er später in einem deutschen U-Boot nach Asien zurück.“

Seite 63

„Mit dem Ausgang des Krieges erlosch die personelle Zusammensetzung der Organe der Deutsch-Indischen Gesellschaft. Sie konstituierte sich neu nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1949 und der Bildung eines Deutsch-Indischen Dachverbandes in Stuttgart im Juni 1953 in Stuttgart unter dem Vorsitz von Dr. Seifriz. Bei der Neubildung in Hamburg im November 1953 wurde der Indologe Professor Dr. Alsdorf, der zu den Beratern von Subhas Chandra Bose in Deutschland gehört hatte, zum Vorsitzenden der Hamburgischen Zweiggesellschaft gewählt. Die im Laufe des Krieges geschmiedeten Verbindungen zwischen Deutschen und Indern haben 1953 an der Wiege der Gründung der Deutsch-Indischen Gesellschaft in Stuttgart und der Zweiggesellschaft in Hamburg gestanden.“

Bitte studieren Sie dazu den Wiki-Eintrag zu Ludwig Alsdorf

http://de.wikipedia.org/wiki/Ludwig_Alsdorf

Interessant im Kontext die Passage: „1941 wurde er nach der Flucht Subhas Chandra Bose nach Deutschland ins Auswärtige Amt berufen und dem *Sonderreferat Indien* zugeteilt.“

Mit dem Wiki-Eintrag von Bose http://de.wikipedia.org/wiki/Subhash_Chandra_Bose schließt sich der Kreis mit folgender Passage: „Bose wollte mit militärischen Mitteln die Unabhängigkeit Indiens erreichen und floh 1941 schlussendlich aus Indien, um im Ausland militärische Hilfe zu erbitten. Nach mehreren erfolglosen Verhandlungen wurde er 1944 (zur Zeit des Zweiten Weltkriegs) Mitbegründer und Anführer der sogenannten Indischen Legion, einem der deutschen Waffen-SS unterstellten, aus indischen Freiwilligen gebildeten Kampfverband, sowie später der Indian National Army, einer Hilfstruppe der japanischen Armee.“

Mehr Informationen: http://archiv.ub.uni-heidelberg.de/savifadok/40/1/DIG_Festschrift.pdf (PK)

[1] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20150515.pdf>

[2a] http://www.nrw.vvn-bda.de/texte/0608_befreiung.htm

[2b] <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=14876>

[3] <http://www.forum-ludwig-marum.de/veranstaltungen/symposium-gruenbaum/>

[4] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20140627.pdf>

[5] <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=20753>

[6] „Karlsruhe meets India“ Info Verlag GmbH Karlsruhe 2010 ISBN 978-3-88190-574-9

[7] <http://www.hamburg.de/indien/>

Online-Flyer Nr. 507 vom 23.04.2015

<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=21545>

Solidarität mit Monty Schädel (DFG-VK) für Neustart der Friedensbewegung

"Friedenswinter" am Ende

Von Dietrich Schulze

Zum Jahre 70 der Befreiung von Faschismus und Krieg hat der Geschäftsführer der DFG-VK, Monty Schädel, einen bedeutenden Beitrag geleistet. Er hat sich klar für die Beendigung eines nach rechts offenen Antimilitarismus in Gestalt des „Friedenswinter“ ausgesprochen. In einem taz-Interview [1] kurz vor einer bezeichnenden Aktionskonferenz „Friedenswinter“ in Frankfurt a.M. und danach in einem jW-Interview [2] hat er als erster bundesweit bekannter Streiter gegen die Kriegsgefahren die Zusammenarbeit der Friedensbewegung mit den von Neonazis durchsetzten Mahnwachen unmissverständlich zurückgewiesen. Dafür hat er in Erinnerung an den Widerstand gegen den deutschen Faschismus und Militarismus eine kräftige Solidarität statt Diffamierung, Herabsetzung und Krittellei verdient. Für den von Monty unterstützten bundesweiten Neustart gibt es zwei unmittelbar bevorstehende Ereignisse, die Ostermärsche und die Aktionen zum Jahrestag der Befreiung am 8. Mai 1945.

Es gab Organisationen, die von Beginn an vor diesem abschüssigen Weg gewarnt haben. Wohl kein Zufall, dass dies gerade die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der AntifaschistInnen (VVN-BdA) war, die als Organisation der Opfer und der WiderstandskämpferInnen immer den engen Zusammenhang zwischen Antimilitarismus und Antifaschismus im Blick hatte. Dazu kann man die VVN-BdA-Erklärung [3] nachlesen. Einer der „Friedenswinter“-Organisatoren, Reiner Braun, hatte in einem ND-Streitgespräch mit Otmar Steinbicker dazu kurz darauf von einem unseriösen Papier gesprochen. „Es ist teilweise direkt falsch und in der Zusammenstellung diffamierend.“ Das ist seinerseits eine haltlose



Diffamierung einer bundesweit tätigen und international geachteten Organisation, deren Warnungen wie nachfolgend geschildert, bestätigt worden sind.



Monty Schädel

Zu diesem Zeitpunkt (Anfang Dezember 2014) war Monty noch optimistisch, dass die Abgrenzungserklärungen gegen rechts ernst genommen würden. Im März war er aus guten Gründen vom Gegenteil überzeugt, wie sein erstes Interview [1] mit dem treffenden Titel „Ein Versuch, der gescheitert ist“. In der gleichen taz-Ausgabe schildert der Redakteur Martin Kaul als Teilnehmer die Schlüssel-Entscheidung der o.g. Aktionskonferenz [5]. Dazu muss vorausgeschickt werden, dass Monty seine Konferenz-Teilnahme zu Recht davon abhängig gemacht hatte, dass der geplante Workshop mit einer Hamburger Mitstreiterin,

die auf einer Demo zusammen mit Querfront-Chef Elsässer aufgetreten war, gestrichen wird. Dem hatten die Einlader entsprochen. In der Konferenz jedoch wurde das zu revidieren versucht. Kaul wörtlich: "Ein Mann stellt den Antrag, dass der Workshop stattfinden müsse. Im Saal herrscht Patt. Nur Sekunden bevor die Stimmen ausgezählt sind, zieht der Mann seinen Antrag zurück."

Monty schildert den gleichen Vorgang im jW-Interview [2] etwas detaillierter: „Auf der Konferenz in Frankfurt ist dann der Antrag gestellt worden, diese Arbeitsgruppe doch wieder einzurichten. Da ist massiv Druck ausgeübt worden. Eine Mehrheit hat schließlich dafür gestimmt. Die Moderation hat es sich dann leicht gemacht und behauptet, es sei gar keine Mehrheit zustande gekommen. Schließlich wurde eine zweite Abstimmung organisiert; nach meiner Beobachtung haben dann noch mehr Teilnehmer dafür gestimmt. Das war ein organisiertes Auftreten. Die Moderation hatte daraufhin wieder behauptet, keine Mehrheit erkennen zu können. Schließlich wurde darauf bestanden, die Stimmen auszuzählen. Dazu kam es nicht; denn derjenige, der den Antrag gestellt hat, zog ihn selbst zurück. ... Es hätte für den Eklat gesorgt, wenn die Aktionskonferenz den Namen einer Frau auf die Tagesordnung setzt, die vorher wegen Auftreten mit Elsässer gestrichen worden war. Das hätte zum Bruch geführt. Es hätte auch diejenigen, die den „Friedenswinter“ organisiert haben, in Erklärungsnot gebracht. Für mich bestand der Eklat allerdings bereits darin, dass dieser Antrag überhaupt gestellt wurde, und das, nach meiner Sicht, eine Mehrheit dafür gestimmt hat. Das ist für mich der letzte Beleg, dass bestimmte Kräfte die Friedensbewegung für sich nutzen wollen, um dort Politik in ihrem Sinne zu machen. Dabei störe ich mit meiner verkündeten Ablehnung des „Friedenswinters“ wohl. Anders kann ich mir die Angriffe gegen mich in den letzten Tagen nicht erklären."

Wer nach diesem nach rechts offenen und undemokratischen Sittenbild des „Friedenswinter“ noch nach irgendwelchen Kompromissen sucht, der trägt gewollt oder ungewollt zur Spaltung der Friedensbewegung bei.

Was die zitierten Angriffe angeht, war Ken Jebesen auf der Montagsmahnwache in Berlin am 16. März [6] besonders eindeutig: „Und wo ist der Feind in diesem Land? Ich möchte es euch sagen: Unser Feind ist die sogenannte linke Presse. Das ist der Feind. Das ist die Querfront. Die Querfront heißt heute taz. Das ist die Querfront. Die Querfront heißt heute Jutta Ditfurth oder Monty Schädel. ... Ich bin in dieser Stadt drei- oder viermal in den letzten zwanzig Jahren angegriffen worden, von verkleideten Linken, die sich für Antifa ausgeben, aber die NATO-Schergen sind. Schützt eure Journalisten auf der Straße. (...) Denn der Faschismus kommt natürlich, indem der sagt: Das ist der Antifaschismus." Das ist an hetzerischer Selbstentlarvung schwer zu überbieten.

Dass Reiner Braun, der Sprecher des Bündnisses „Kooperation für den Frieden“, in seinem jW-Interview am 18. März [7] Jebesen verharmlost und Monty herabsetzt, rundet dieses Negativbild nur noch ab.

Nach Monty persönlich gibt es weitere Zeichen der Hoffnung. Der BundessprecherInnenkreises der DFG-VK hat am 19. März beschlossen "Die DFG-VK zieht ihre Unterstützung des 'Friedenswinters' zurück." Und die Kooperation für den Frieden hat sich am 20. März [8] anders als ihr Sprecher mit Monty solidarisch erklärt und die Diffamierung des Repräsentanten einer ihrer Mitgliederorganisationen durch Ken Jebesen auf das Schärfste zurück gewiesen.

Montys Lageeinschätzung im jW-Interview [2] mögen wir uns alle ins Stammbuch schreiben: „Ich denke nicht, dass wir wirklich Leute dazugewonnen haben. ... Ich gehe auch nicht davon aus, dass wir beim Ostermarsch in diesem Jahr deutlich mehr Teilnehmer haben werden, obwohl doch die Bedrohung durch Krieg nicht viel größer sein könnte. Aber ich erlebe, dass bei den Vorbereitungen viele Diskussionen stattfinden, die uns blockieren, weil wir uns mit irgendwelchen anderen Sachen beschäftigen müssen. Wir müssen uns ständig gegen alles Mögliche, gegen Pegida und Endgame, gegen Elsässer und andere Rechte abgrenzen, das blockiert uns in unserer Arbeit.“



Die Rote Armee befreit die Überlebenden von Auschwitz.
Quelle: VVN-BdA

Es gibt regional kraftvolle Ostermärsche wie den Rhein-Ruhr-Ostermarsch, aber generell stimmt Montys Einschätzung. Wir müssen diese Blockade aufheben und wir werden das schaffen. Bitte lesen Sie zur Ermutigung bei der VVN-BdA [9] den Aufruf „70 Jahre nach der Befreiung von Faschismus und Krieg: Für eine neue Entspannungspolitik, nein zur Vorbereitung auf den Krieg!“ (PK)

Vorspann des Autors vom 24. März

Werte Leserinnen und Leser,

der nachfolgende Beitrag hat in NRhZ-Kreisen zu heftiger Kritik geführt. Ich möchte darauf wie folgt reagieren:

1. Diese meine Meinung zu einer bedeutenden Entwicklung innerhalb der Friedensbewegung, die ich seit über 4 Jahrzehnten aktiv mitgestalte, habe ich nach bestem Wissen und Gewissen aufgeschrieben. Dabei habe ich auf eine Nachvollziehbarkeit anhand von Zitaten geachtet, erhebe jedoch nicht den Anspruch, dass das der Weisheit letzter Schluss sei.
2. Jeder weiß, dass sich die Rüstungs- und Kriegspolitiker die Hände reiben, wenn es Kritik innerhalb der Friedensbewegung gibt. Daraus könnte die Schlussfolgerung gezogen werden, solche Kritik an die eigene Adresse zu unterlassen, weil das nur der anderen Seite dient.

3. Wenn Monty Schädel von der DFG-VK oder Ulli Sander von der VVN-Bund der Antifaschisten oder ich und andere ihre Kritik deswegen unter den Teppich kehren würden, wird der Friedensbewegung von innen der größte Schaden zugefügt, weil undemokratische und obrigkeitliche Strömungen die absolut gefährliche und unausweichliche Folge wären.
4. Die Demokratie lebt vom öffentlichen Meinungsstreit, um den besten Weg einer Problemlösung finden zu können. Deswegen ist dieser der Rüstungs-Bürokratie auf allen Ebenen und den davon abhängigen Medien schon immer ein Graus gewesen. Eine selbstbewusste Friedensbewegung scheut nicht die öffentliche Debatte, sondern sucht sie, auch mit eigenen Medien wie der NRhZ, um mehr Menschen gegen die Kriegspolitik zu gewinnen.
5. Bei aller Bescheidenheit darf ich darauf hinweisen, dass ich mich in den letzten Jahren verstärkt gegen die Militarisierung der Bildung und für eine Zivilklausel an den Hochschulen engagiert habe. Dem NRhZ-Herausgeber Peter Kleinert bin ich dankbar dafür, dass ich in diesem wichtigen Online-Medium viele Artikel zu dieser Thematik unterbringen konnte.
6. Mein Fazit: Ich bitte meine Kritiker höflich, mich öffentlich zu kritisieren, am besten in der NRhZ. Niemand kann vorhersagen, welche interessanten, bisher nicht vorstellbaren Konsequenzen dieser Disput für alle Friedensbewegten erbringen wird.

Mein Fazit: Ich bitte meine Kritiker höflich, mich öffentlich zu kritisieren, am besten in der NRhZ. Niemand kann vorhersagen, welche interessanten, bisher nicht vorstellbaren Konsequenzen dieser Disput für alle Friedensbewegten erbringen wird.

Diesen Vorspann hatte ich als Redakteur abgelehnt, weil er den folgenden Artikel inhaltlich nicht ankündigt, was man von einem Vorspann erwartet, und deshalb vorgeschlagen, ihn unter dessen Text zu stellen. Hier konnten Sie ihn nun lesen.

Peter Kleinert

- [1] <http://www.taz.de/!156414/>
- [2] <https://www.jungewelt.de/2015/03-21/005.php>
- [3] <http://vvn-bda.de/keine-zusammenarbeit-mit-den-mahnwachen/>
- [4] <http://www.neues-deutschland.de/artikel/954762.entzweit-ueber-ein-buendnis.html>
- [5] <http://www.taz.de/1/archiv/print-archiv/printressorts/digi-artikel/?ressort=in&dig=2015%2F03%2F16%2Fa0060&cHash=61303b7d2d8e23caa6bc387f781e21e9>
- [6] <https://youtu.be/iqUWueDKwiY?t=2m20s> und <https://www.jungewelt.de/2015/03-18/059.php>
- [7] <https://www.jungewelt.de/2015/03-18/062.php>
- [8] http://www.koop-frieden.de/fileadmin/Pressemitteilungen/20.03.2015_Erklaerung_der_Kooperation_fuer_den_Frieden.pdf
- [9] <http://vvn-bda.de/70-jahre-nach-der-befreiung-von-faschismus-und-krieg-fuer-eine-neue-entspannungspolitik-nein-zur-vorbereitung-auf-den-krieg/>

Hinweis:

Der vorstehende Artikel von Dietrich Schulze ist in der Leserschaft und bei Autoren der NRhZ auf scharfen Protest gestoßen – darunter die Auffassung, dass Artikel wie der von Dietrich Schulze desorientierend und diffamierend seien und deshalb nicht in die NRhZ gehören. Wir weisen daher auf einen Artikel hin, in dem diese Kritik vorgetragen wird:

"Zum Artikel von Dietrich Schulze – Das Geschäft der anderen Seite" von Anneliese Fikentscher und Andreas Neumann <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=21561>

Tabu-Bruch brechen jetzt

Von Dietrich Schulze

In einem Internationalen Appell (1a) (1b) forderten im Mai 2009 weltweit bekannte Persönlichkeiten, darunter der Bürgermeister von Hiroshima („Mayors for Peace“), von Bundesregierung, Landesregierung Baden-Württemberg und Uni-Administration den Verzicht des in Bildung befindlichen Karlsruher Instituts der Technologie (KIT) auf jegliche Militärforschung mittels Übernahme der Zivilklausel des Forschungszentrums Karlsruhe im Sinne einer einheitlichen Bestimmung für das gesamte KIT.



Quelle: Zeitung gegen den Krieg 2011 [4]
Beschriftung: Dietrich Schulze

Zugrunde lag die internationale Besorgnis eines Tabu-Bruchs, dass in Deutschland Kern- und Waffenforschung unter einem Dach betrieben werden könnte. Aufgrund völkerrechtlicher Bestimmungen galt für alle 1956 gegründeten Kernforschungs-Gesellschaften des Bundes die verbindliche Satzungsbestimmung „Die Gesellschaft verfolgt nur friedliche Zwecke.“ Diese für die gesamte Forschungspalette der früheren Gesellschaft für Kernforschung Karlsruhe, später Forschungszentrum Karlsruhe (jetzt KIT Campus Nord) gültige Zivilklausel musste auf die Universität übertragen werden, um einen Tabu-Bruch zu verhindern. Die Universität hat traditionell Militärforschung betrieben und setzt diese unter dem neuen Dach fort.

Der Internationale Appell wurde ignoriert. Ein entsprechender Offener Brief [2] zum Antikriegstag 2009 ebenso. An diesen Tabu-Bruch hat sich die Obrigkeit inzwischen als Normalität gewöhnt, auch die neue Grün-Rote Landesregierung in Baden-Württemberg. Dieser wurde in einem Offenen Brief [3] zum Antikriegstag 2011 der Bruch des Zivilklausel-Wahlversprechens vorgehalten. In der Zeitung gegen den Krieg 2011 [4] wird der Tabu-Bruch dargestellt und mit dem Hinweis auf die Kernforschungs-Altnazis Walther Schnurr, Rudolf Greifeld und Alfred Boettcher verbunden. In einem Artikel in NRhZ Ende 2011 [5] mit dem Titel „Grün-Rot stellt Verzicht auf deutsche Atomwaffenforschung in Frage - Landesregierung BaWü gegen Zivilklausel für KIT“ wird der unerträgliche Sachverhalt erneut auf den Punkt gebracht.

Nun wird selbst gegen den Kompromiss im KIT-Gesetz von 2009 [6] verstoßen: Dort heißt es nämlich "Zur Wahrnehmung der Großforschungsaufgabe betreibt das KIT im Interesse der Allgemeinheit Forschung und Entwicklung zu friedlichen Zwecken vorwiegend auf dem Gebiet der Technik und ihrer Grundlagen." In einer öffentlichen Veranstaltung am 29. April 2015 in der Universität (KIT Campus Süd) sollen die Verstöße vorgetragen und Konsequenzen erörtert werden.

Nachfolgend sieben Belege für den fortgesetzten und immer unverschämter werdenden Gewohnheits-Tabu-Bruch. Es muss das Ziel sein, diesen unerträglichen Normalzustand mit der anstehenden Novellierung des KIT-Gesetzes durch Einführung der einheitlichen Zivilklausel zu überwinden.

I. MoU SDR „Software Defined Radio“

Wie schon im Zusammenhang mit dem überzeugenden Urabstimmungs-Votum der Studierenden für eine einheitliche KIT-Zivilklausel als begründendes Beispiel für die Uni-Militärforschung kam der Leiter des Instituts für Nachrichtentechnik (INT) Friedrich Jondral in einem Interview mit dem Tagesspiegel [7] auf den Punkt. Bei dem aus der US-Militärforschung übernommenen Forschungsprojekt „Software Defined Radio“ geht es um Signalverarbeitung in Kommunikationsnetzen, die besonders für Soldaten in multinationalen Truppen geeignet sind und dem effizienteren Töten dienen. Nach Jondral gehört die Uni-Forschung für das Militär zu einem autarken Deutschland, das sich selbst verteidigt. „Das Massachusetts Institute of Technology (MIT) in den USA zum Beispiel werde zu einem nicht unerheblichen Teil vom Pentagon finanziert. Daran störe sich keiner.“ erklärte Jondral der Presse. Spätestens nach einer solchen Offenbarung, das vollständig militarisierte MIT als KIT-Vorbild darzustellen, war der beabsichtigte Tabu-Bruch „Kern- und Waffenforschung unter einem Dach“ und damit die Verhöhnung des Internationalen Appells nicht mehr zu übersehen. Diese Forschung im INT (jetzt Zusatz CEL) geht bis heute weiter und wird auf internationalen Militärkonferenzen berichtet.

II. Kooperation Uni mit FGAN-FOM

In dieser Pressemeldung wurde eine weitere Militärforschungsk Kooperation der Uni mit der Forschungsgesellschaft für Angewandte Naturwissenschaften (FGAN) Forschungsinstitut für Optronik und Mustererkennung (FOM) in Ettlingen nahe Karlsruhe benannt. Das vom BMVg finanzierte Rüstungsforschungsinstitut FGAN-FOM ging aus einer Ausgründung aus obigem INT im Jahr 1964 hervor und die enge Verbindung ist geblieben. Der Chef des FGAN-FOM, Maurus Tacke, wurde zugleich INT-Lehrbeauftragter. Die taz zitierte in ihrem Bericht „Karlsruher Superuni auf Kriegspfad“ [8] dazu den Autor mit den Worten: „Karlsruhe ist auf dem Weg zu einem zivilmilitärischen Forschungskomplex.“

III. Uni-Kerntechnik-Institute IFRT und IKR außerhalb Zivilklausel

Ab Ende 2008 war mit der Einrichtung des „Instituts für Fusionstechnologie und Reaktortechnik“ (IFRT) in der Maschinenbau-Fakultät der Uni begonnen worden. Dort gab es bereits das „Institut für Kerntechnik und Reaktorsicherheit“ (IKR) unter Leitung von Prof. Dan Gabriel Cacuci, der in mehreren reinen US-Kernwaffenlabors (später zivil-militärische Forschung) Erfahrungen gesammelt hatte. In der Antwort der Bundesregierung [9] Drs 16/13773 vom Juli 2009 auf die Bundestagsanfrage DIE LINKE hieß es: „Aus Sicht der Bundesregierung ist die Trennung von Nuklearforschung und Rüstungsforschung am KIT beizubehalten.“ Da die „Kerntechnik“ von Beginn an zu den Großforschungsaufgaben gehörte, wäre es unerlässlich gewesen, zumindest diese beiden Uni-Institute in den Geltungsbereich der Zivilklausel-Bestimmung einzubeziehen. Der Tabu-Bruch wurde hiermit völlig eindeutig vollzogen von beiden damals regierenden CDU-geführten Bundes- und Landesregierungen. Die internationalen Befürchtungen, dass hier auf leisen Sohlen ein Weg zu deutscher Kernwaffenforschung beschritten werden kann, waren und sind berechtigt [10].

IV. Fusion FGAN-FOM zum FhG-IOSB und „kognitive Automobile“

Es dauerte nicht lange bis die in Ziff. II beschriebene Kooperation weiter vertieft wurde. Das militärische FGAN-FOM wurde zum 01.01.2010 mit dem weitgehend für zivile Zwecke tätigen Fraunhofer-Institut für Informations- und Datenverarbeitung (IITB) zum Fraunhofer-Institut für Optronik, Systemtechnik und Bildauswertung (IOSB) verschmolzen. Das Besondere: Der langjährige IITB-Chef Prof. Jürgen Beyerer ist in Personalunion Inhaber des KIT-Lehrstuhls für Interaktive Echtzeitsysteme. Eine für die Rüstungslobby gelungene Kombination [11]. Diese hat ihn inzwischen aus Dankbarkeit für die Militarisierung an allen Fronten zum Sprecher des militärischen Fraunhofer-Verbundes für Verteidigungs- und Sicherheitsforschung (VVS) befördert. Nur ein KIT-Projekt unter Leitung von Prof. Beyerer und Prof. Wünsche (Bunderwehr-Uni

München) sei herausgegriffen, die „unbemannten kognitiven Landfahrzeuge“, Kampfmaschinen für Hunter-Killer-Missionen, wie diese zu Recht von german-foreign-policy charakterisiert worden sind [12a] [12b]. Auf parlamentarische Anfragen wurde vertuschend reagiert. Schließlich konnte der militärische Forschungszweck, für den eigens auf dem Gelände einer Ex-Kaserne ein Instituts-Komplex [13] errichtet worden war, bewiesen werden. In einem Schreiben [14] an die Landtagsabgeordneten Dr. Gisela Splett (Grüne) und Johannes Stober (SPD) wurde das im Oktober 2011 anhand der Quellen aufgezeigt, der Verstoß gegen die Großforschungsklausel [6] festgestellt und an den Tabu-Bruch „Kern- und Waffenforschung unter einem Dach“ erinnert. Immerhin konnte später eine erneute Doppelberufung KIT/IOSB mit zivilmilitärischem KIT-Lehrstuhl à la Beyerer [15] gestoppt werden.

V. KIT-Forschung für „NSA“ und Geheimdienste

#Im September 2013 wurde aufgrund des ARD-Magazin „Fakt“ bekannt, dass der KIT-Sprachforscher Prof. Alex Waibel für die „NSA“ forscht, ein eigenes Militärforschungs-Institut in den USA betreibt und im KIT-Schwerpunkt Anthropomatik und Robotik – raten Sie mal mit wem – Prof. Beyerer zusammen arbeitet. Die billigen Rechtfertigungsversuche sind von Christoph Marischka in der IMI-Analyse 2013/028 [16] gut zusammen gefasst worden.

VI. KIT-Forschung für das Pentagon

Dieselbe Methode der Falsch-Information und Vertuschung herrschte bei den Pentagon-finanzierten Projekten an 22 Hochschulen vor, die zur gleichen Zeit vom NDR veröffentlicht wurden. Und das KIT ist natürlich dabei. Nach dem KIT-Präsidenten nur in einem Projekt. Aufgrund der Antworten auf eine Bundestagsanfrage der LINKEN waren es aber fünf. Alles „reine Grundlagenforschung“ wie beteuert wurde. Zum Verfahren der Artikel „Die akademische Gilde der Vertuscher“ [17] und zur Sache die Antwort der Initiative gegen Militärforschung Universitäten an den KIT-Präsidenten [18]. Über ein Projekt mit Finanzierung durch die US-Kriegsmarine-Behörde (ONR) Unverblühtes aus dem Munde eines britischen Rüstungsforschers: Die ONR-finanzierte Informatik-Forschung dient der Modernisierung der Kriegführung.

VII. Uni-Kerntechnik-Institut IKET friedlich für militärische Zwecke

#Im Mai 2014 wurde bekannt, dass am Uni-Institut für Kern- und Energietechnik (IKET) Forschung für eine neuartige geräuschlose Flüssigmetallkühlung für große Atomreaktoren betrieben wird. Diese ist besonders für Atom-U-Boote geeignet, weil damit eine Erkennung durch den „Feind“ erschwert wird. Die „Initiative gegen Militärforschung an Universitäten“ hatte dazu im Vorfeld des KIT-Podiums „Ethik der Wissenschaften und militärische Forschung“ am 18. Mai in eine Pressemitteilung [19] herausgegeben. Unter Bezug auf den Bruch des KIT-Gesetzes [6] wird die unverzügliche Beendigung solcher Forschung gefordert. Aufgrund Untätigkeit des KIT griff die Grüne Bundestagsfraktion das in einer Kleinen Anfrage auf mit erneut nichts sagenden Antworten. Im NRhZ-Artikel unter dem Titel „Zivil-militärische Atomforschung am KIT - Gesetzesbruch mit »Kriegs«ansage“ [20] können die Zusammenhänge studiert werden.

Novellierung des KIT-Gesetzes in Arbeit

Wann wird endlich etwas getan? Die Initiative hatte sich bereits zu dessen Amtsantritt an den neuen KIT-Präsidenten Prof. Holger Hanselka [21] gewandt, der als Vize-Präsident der TU Darmstadt die Einführung der dortigen Zivilklausel begleitet hatte, aber jetzt als KIT-Präsident nichts mehr davon wissen will. Die Studierenden und der AStA, die von Beginn an aufgrund des Votums im Januar 2009 hinter der Forderung nach der einheitlichen KIT-Zivilklausel stehen, hatten noch Ende August 2014 [22] die Forderung nach der Zivilklausel mit überzeugenden Argumenten bekräftigt. Es gibt einen neuen Ansatz, den fortgesetzten Tabu-Bruch zu brechen, nämlich die anstehende Novellierung des KIT-Gesetzes. Dazu befragte der AStA den KIT-

Präsidenten mit dem lapidaren Ergebnis: „Wir bleiben bei dem, was wir haben.“ [23] im Magazin Ventil Seite 7.

Zumindest Uni-Institute IKET und IFRT ins Zivilklausel-Regime

Das ist nach allem Dargelegten völlig unakzeptabel. Wie mehrfach begründet, ist KIT ein Zivil-Militärisch-Universität-Industrieller Komplex [24] geworden, verbunden mit dem unerträglichen Aspekt „Kern- und Waffenforschung unter einem Dach“. Die nicht unterschreitbare Mindestforderung besteht darin, wie unter Ziff. III gefordert, die beiden Uni-Kerntechnik-Institute in den Geltungsbereich der Teil-Zivilklausel-Bestimmung einzubeziehen. Entsprechende Initiativen seien hiermit angestoßen.

Schlussbemerkungen

Die der Aufklärung Verpflichteten dürfen sich nicht dadurch entmutigen lassen, dass durch ständige Ignoranz oder durch Wiederholung das Unwahre zum Wahren gemacht wird. Einzelheiten der eingangs erwähnten Veranstaltung am 29. April im Redtenbacher-Hörsaal (Ehrenhof Nähe Uni Haupteingang) um 18-20 Uhr werden in Kürze mitgeteilt. (PK)

Zur Abrundung noch zwei im Gesamtkontext relevante Quellen:

- Streitschrift „Jetzt entrüsten“ [25] über Tagung am KIT Karlsruhe im Juni 2012 über Verantwortung der Wissenschaft, Zivilklausel, Rüstungs- und Atomforschung
- Broschüre zum Gruenbaum-Symposium [26] des Forum | Ludwig Marum

[1a] <http://www.inesglobal.com/abandonment-of-military-research.phtml>

[1b] <http://www.stattweb.de/files/civil/aband-090505.pdf>

[2] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20090901.pdf>

[3] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20110827.pdf>

[4] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20110901.pdf>

[5] <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=17278>

[6] http://www.rechtliches.de/BaWue/info_KITG.html

[7] <http://www.tagesspiegel.de/wissen/forschung-kriegsspiele-auf-dem-campus/1490242.html>

[8] <http://www.taz.de/!35273/>

[9] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20090703.pdf>

[10] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20090802.pdf>

[11] http://www.frieden-mannheim.de/index.php?option=com_content&view=article&id=109:ausspaehen-aufspueren-ausschalten

[12a] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20091120.pdf>

[12b] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20110927.pdf>

[13] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20131214.pdf>

[14] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20111024.pdf>

[15] <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=18886>

[16] <http://www.imi-online.de/2013/10/08/und-irgendwann-fahren-panzer-drueber/>

[17] <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=19902>

[18] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20140126.pdf>

[19] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20140511.pdf>

[20] <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=21053>

[21] <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=19480>

[22] <http://www.asta-kit.de/archiv/news/2014-08-29-kriege-und-um-europa-zivilklausel-am-kit-einf-hren>

[23] http://www.asta-kit.de/sites/www.asta-kit.de/files/umag/ventil_130_web_klein.pdf

[24] <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=21409>

[25] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20121230.pdf>

[26] <http://www.forum-ludwig-marum.de/site/assets/files/1012/broschuere.pdf>

Universitäten unter ZMUIK-Beschuss

Von Dietrich Schulze

Die neueste Errungenschaft in der fortschreitenden Militarisierung des Bildungswesens betrifft die Uni Freiburg. Hier wurde ein Prof. der Bundeswehr-Uni München gleichzeitig an die Uni und als Chef des militärischen Fraunhofer-Instituts EMI berufen mit dem Auftrag, ein sog. „Leistungszentrum“ aus Fraunhofer-Instituten und Uni aufzubauen. Solche Zivil-Militärisch-Universitär-Industriellen Komplexe (ZMUIK) gibt es schon lange. Nach der Uni Bremen ist dies jedoch die zweite Zivilklausel-Uni, in einen ZMUIK umgebaut zu werden droht. Solche Wege müssen im Interesse des Friedens und der Zivilklausel-Bewegung verbaut werden. Die Unis dürfen nicht zu Kadettenanstalten der Rüstungsindustrie verkommen.



Bildquelle: Uni Freiburg und Fraunhofer EMI
Beschriftung: Dietrich Schulze

Zunächst zu den Primär-Quellen des Beitrags: Am 7. März erschien in der Badischen Zeitung unter dem Titel "Die Chemie war entscheidend" [1] ein Interview mit Stefan Hiermaier, dem oben erwähnten Professor. Bereits am 11. November 2014 war in "Forschung und Lehre" [1a] mitgeteilt worden, dass Hiermaier einen Ruf an die Uni Freiburg auf eine Professur für Nachhaltige Ingenieursysteme erhalten habe. Am 6. März hatte die Uni [1b] mitgeteilt: „Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Albert-Ludwigs-Universität und der fünf Freiburger Fraunhofer-Institute werden künftig gemeinsam mit der Industrie an Lösungen für große Herausforderungen wie Klimawandel und Ressourcenknappheit arbeiten.“ Dass diese beiden Themen aus der Sicht der Herrschenden dieses Landes eng mit dem Einsatz von militärischer Gewalt verbunden

werden bzw. werden sollen, ist hinlänglich bekannt.

Bevor wir zu den Details der 6 im zweiten Bild bezeichneten Fälle kommen, seien zum besseren Verständnis der faktischen und geschichtlichen Zusammenhänge das Fraunhofer-Geschäftsmodell der Uni-Kooperationen und die Warnung General Eisenhowers vor dem Militärisch-Industriellen Komplex in Erinnerung gerufen.

Fraunhofer-Geschäftsmodell

Im Kontext mit dem KIT [2], auf den später zurück zu kommen ist, wurde das Fraunhofer-Uni-Kooperationsmodell mittels Doppelberufungen beschrieben. Mit der Berufung eines FhG-Leiters bei gleichzeitiger Professur an der Universität werden folgende Ziele angestrebt: Für die FhG: Zugang zu Grundlagenforschung, Anziehungskraft für Nachwuchsforscher und Studierende, Möglichkeit der wissenschaftlichen Qualifikation (z.B. Promotion). Für die Universitäten: Kooperation in industrieorientierten Projekten, frühe praxisrelevante Industrieerfahrung, Zugang zu umfangreicher Laborausstattung und zum Fraunhofer-Netzwerk.

Übersetzt auf die militärischen FhG-Projekte bedeutet das für die Studierenden des Uni-Instituts: frühe praxisrelevante Erfahrung mit Geheimhaltung und Militärprojekten, Durchlauf zur



7 Beispiele für Zivil-Militär-Universität-Industrielle Komplexe (ZMUIK).
Grafik: Dietrich Schulze

Beschäftigung in Rüstungsforschung, Rüstungswirtschaft und einschlägige Behörden. Alle 10 FhG-Institute mit militärischer Orientierung sind im Fraunhofer-Verbund Verteidigungs- und Sicherheitsforschung (VVS). Hier der Vorsitzende Beyerer (KIT & IOSB) und die Mitglieder [2a], darunter EMI Freiburg, IOSB Karlsruhe und INT Euskirchen (s. Bild).

Das vor allem für die FhG vorteilhafte Geschäft ist langjährige Praxis. In einem Buch über die Geschichte der Fraunhofer-Gesellschaft [2b] heißt es dazu: „Bereits 1984 kooperieren mehr als zwei Drittel der Institute im Bereich der Vertragsforschung mit Universitätsinstituten, große Fraunhofer-Zentren wie

Stuttgart oder Aachen entstanden in unmittelbarer Nähe zum Hochschulcampus. In der Folge explodierte die Zahl der studentischen und wissenschaftlichen Hilfskräfte in der Fraunhofer-Gesellschaft. Die Zusammenarbeit zwischen Fraunhofer-Institut und Universität ordnet in der Regel ein Kooperationsvertrag. Oft leitet ein Lehrstuhlinhaber in Personalunion auch das zugehörige Fraunhofer-Institut. Seine gemeinsame Berufung ist die wichtigste Voraussetzung für eine enge Zusammenarbeit zwischen Universität und Fraunhofer-Gesellschaft.“

Eisenhower-Warnung

Manchmal verschafft ein Blick in die Vergangenheit überraschende Einsichten. Kein Geringerer als US-Präsident Dwight D. Eisenhower warnte 1961 in seiner Abschiedsrede wörtlich [3]: "Wir müssen auf der Hut sein vor unberechtigten Einflüssen des militärisch-industriellen Komplexes, ob diese gewollt oder ungewollt sind. Die Gefahr für ein katastrophales Anwachsen unbefugter Macht besteht und wird weiter bestehen. Wir dürfen niemals zulassen, dass das Gewicht dieser Kombination unsere Freiheiten oder unseren demokratischen Prozess bedroht. Nur eine aufmerksame und kenntnisreiche Bürgerschaft kann eine angemessene Verbindung der riesigen industriellen und militärischen Maschinerie der Verteidigung mit unseren friedlichen Zielen und Methoden sicherstellen, so dass Sicherheit und Freiheit zusammen gedeihen können."

Der frühere Oberkommandierende der westalliierten Befreiungsstreitkräfte 1944/45 wusste aus eigener Anschauung, was Krieg und Nazi-Tyrannie auch für die US-Militärs bedeutet hat. Seine bedeutsame Warnung ging in den USA spätestens mit dem Vietnam-Krieg unter. Wovor er gewarnt hatte, wurde im Kalten Krieg in den USA zur ultima ratio und später hier importiert. Als ob es die Befreiung vor 70 Jahren und die allgemeine Schlussfolgerung „Nie wieder Krieg von deutschem Boden“ nie gegeben hätte, wird der militärisch-industrielle Komplex auch hier immer unverschämter auf die Hochschulen ausgebreitet, verbrämt mit lügenhaften Aushängeschildern wie „Sicherheit“, „Umweltschonung“, „freundliche Drohnen für allerlei zivile Zwecke“ usw.

Freiburg

Das Fraunhofer EMI betreibt traditionell Militärforschung und befindet sich deswegen auch in der VVS-Liste. Für aufmerksame Uni-Beschäftigte müssen die Vorbereitungen zu dieser Doppelberufung bereits im 2. Halbjahr 2014 sichtbar geworden sein, weil die Hiermaier-Berufung auf die Uni-Professur für Nachhaltige Ingenieursysteme Anfang November veröffentlicht worden war. Auf Initiative der Studierenden hatte sich die Uni im Januar 2014 in Ergänzung der Grundordnung eine Zivilklausel gegeben, wonach „Forschung, Lehre, Studium und Weiterbildung auf friedliche Ziele ausgerichtet“ sind. Die bemerkenswerte Schlusspassage im BZ-Interview [1] lautet wörtlich:

„BZ: Trotz der neuen Aufgaben für das Ernst-Mach-Institut: Bleibt es dort bei der Militärforschung? Hiermaier: Die bleibt vom Leistungszentrum unberührt. Wir werden diesen Bereich weiter pflegen, dafür stehe ich auch persönlich schon aufgrund meiner Vita. Trotz der künftig engen Zusammenarbeit hat darauf die Zivilklausel der Universität keine Auswirkungen – und ich werde an der Universität auch keine militärische Forschung machen.“

Das ist die verdummende Standard-Lüge der akademischen Militarisierten. Wenn man das ernst nimmt, müsste es sich bei Herrn Hiermaier um eine gesplante Persönlichkeit handeln. Bei EMI macht er Militärforschung und in der Uni weiß er gar nichts mehr davon und forscht und lehrt für friedliche Ziele. Das darf man Studierenden erzählen, die sich Hose oder Rock mit der Beißzange anziehen. Der BZ-Redakteur hat diesen himmelschreienden Widerspruch nicht hinterfragt.

Aufgrund der ausdrücklich betonten Chemie kann davon ausgegangen werden, dass die Uni-Leitung die Zivilklausel bewusst zu einer Farce machen will. Was sagt der Senat zu dieser gegen die Zivilklausel gerichteten Berufung. Was sagt der Senat zur Anbahnung des Zivil-Militärisch-Universität-Industriellen Komplexes, genannt „Leistungszentrum für Nachhaltigkeit“. Was sagen AStA, Hochschulgruppen und die Freiburger Friedensbewegung dazu?

Karlsruhe

Wie vor zwei Jahren unter dem Titel „Zivilmilitärische Doppelberufung stoppen! Zivilklausel für KIT! Keine Integration mit dem Fraunhofer-Institut IOSB!“ [2] berichtet, gab es am KIT eine sehr ähnlich gelagerte Situation. Beim Fraunhofer IOSB sollte ein gleichberechtigter Chef für eine zuvor integrierte rein militärisch forschende und finanzierte Arbeitsgruppe berufen werden, für den gleichzeitig eine Uni-Professur vorgesehen war. Diese offensichtliche Militarisierung stieß auf den einhelligen Protest bei Studierenden, Uni-Beschäftigten, Gewerkschaften und Friedensgruppen. Zum Hintergrund muss noch gesagt werden, dass es bereits lange vorher beim IOSB-Vorgänger, dem Fraunhofer IITP mit einem eher geringen Militärforschungsanteil eine Doppelberufung gegeben hatte, nämlich den bereits erwähnten Prof. Beyerer.

Der Protest war insofern erfolgreich als diese zweite Doppelberufung fallen gelassen wurde. Dafür wurde das Militärische bei Uni-Prof. Beyerer aufgewertet. Wie zitiert [2a] ist Herr Beyerer jetzt Vorsitzender des gesamten militärischen Fraunhofer-Verbunds Verteidigungs- und Sicherheitsforschung (VVS). Auch Herrn Beyerer sollte nicht unterstellt werden, dass er eine gesplante Persönlichkeit hat oder gar dem Fraunhofer-Geschäftsmodell entgegen handelt. Vielmehr wird er fleißig den Zivil-Militärisch-Universität-Industriellen Komplex KIT Karlsruhe pflegen.

Auf solche konkreten Zusammenhänge wurde vom Autor schon früher aufmerksam gemacht, zum Beispiel 2009 [4a-c]. Später haben sich auch andere damit befasst [4d]. Was ist der aktuelle Stand der Proteste gegen ZMUIK am KIT? Es gibt gar keine. Leider gibt es andere ebenso gravierende Fehlentwicklungen, hier sei nur eine aktuelle erwähnt [5].

Aachen

An der RWTH Aachen und den Fraunhofer INT war eine ähnliche zivilmilitärische Doppelberufung Gegenstand einer Podiumsdiskussion im Oktober 2012 zum Thema „Hochschule zivilisieren“ [6], veranstaltet vom Aachener Friedenspreis e.V. und der Grünen Hochschulgruppe Aachen. Einen Monat davor war Prof. Lauster auf den neu eingerichteten RWTH-Lehrstuhl für „Technologieanalysen und -vorausschau auf dem Gebiet der Sicherheitsforschung“ an der Fakultät für Maschinenwesen berufen worden. Und Lauster ist zugleich Leiter des Fraunhofer-Instituts für Naturwissenschaftlich-Technische Trendanalysen (INT) in Euskirchen, das schwerpunktmäßig im Auftrag des BMVg, d.h. militärisch forscht. Der gut begründet vorgetragene Protest wurde von Rektor und TU9-Präsident Prof. Schmachtenberg herunter gespielt. Inzwischen ist der Protest auch hier eingeschlafen.

München

Wie german-foreign-policy.com unter dem Titel „Kampfmaschinen“ [7a] im November 2009 berichtete, sind in das "Exzellenzclusters CoTeSys" ("Cognition for Technical Systems") neben den Münchner Hochschulen das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) und das Max-Planck-Institut für Neurobiologie integriert. Eine wesentliche Entwicklung für die deutschen Streitkräfte sind Kriegeroboter mit kognitiven Fähigkeiten. Federführend bei der Entwicklung dieser UGVs ist Hans Joachim Wünsche, Leiter des Bereichs "Technik Autonomer Systeme" an der Münchener Bundeswehr-Universität. Im Rahmen seiner Forschungen gehört Wünsche zu den Leitern des "Sonderforschungsbereichs Kognitive Automobile", der mit DFG-Mitteln am KIT eingerichtet wurde. Das ist nicht der einzige Zivil-Militärisch-Universität-Industrielle Komplex in München.

Renate Bayer berichtete auf der Gewerkschaftstagung „Widerstand in Bayern bündeln!“ [7b] im Juni 2013 über die Einrichtung einer neuen Forschungsinstitution von Bundeswehr, Rüstungsindustrie und zivilen Hochschulen auf dem Gelände der ehemaligen militärischen NS-Versuchsanstalt in Ottobrunn, in der Häftlinge des KZ Dachau gequält und durch Arbeit vernichtet wurden. Der „Bavarian International Campus Aerospace und Security“ (BICAS - jetzt Ludwig-Bölkow-Campus) soll der Entwicklung sowohl autonom agierender Kampfdrohnen als auch ziviler Sicherheitstechnik dienen. Die Bundeswehr habe betont, dass eine enge Zusammenarbeit mit der Rüstungswirtschaft auf dem Gebiet der Kampfdrohnen für die Transformation der Bundeswehr zur weltweit agierenden Interventions- und Besatzungsarmee unabdingbar sei. Daneben geht es den beteiligten Waffenschmieden, EADS, IABG, Siemens sowie DLR, TU München, FH München, Bauhaus Luftfahrt (MTU) und der Münchner Bundeswehruniversität insbesondere um die Rekrutierung wissenschaftlichen Nachwuchses und um die „Weiterbildung von einschlägigen Fachkräften“.

Augsburg

Im Mai 2010 erschien von Peter Feininger aus dem Forum Augsburg unter dem Titel „Man sage besser Rüstungspark“ [8] ein Bericht über die Pläne für einen Campus-nahen Innovationspark für Forschung und Entwicklung auf den Gebieten Mechatronik und Faserverbundstoffe „Schwarzes Gold“. Die Faserverbundstoffe würden ein nahezu unerschöpfliches Potenzial für Leichtbauteile in Luftfahrt und Automobilindustrie bieten. Es gehe um eine noch engere Zusammenführung von Wissenschaft und Wirtschaft auf kurzem Weg. Als Firmen wurden genannt Premium Aerotec, MT Aerospace, SGL Carbon, Kuka, Renk, manroland, die alle im internationalen Markt mitmischen. Über diese Pläne gibt es seither eine unermüdliche, breit gefächerte Auseinandersetzung, in deren Folge die „Initiative Friedliche Uni Augsburg“ und eine innovative Zivilklausel-Bewegung vor Ort entstanden sind. Der vorbildliche Studierendenvorschlag von 2012 für eine Zivil- und Transparenzklausel als Mittel gegen den Rüstungspark genießt vielfältige Unterstützung. Im Januar 2015 haben 83 Prozent in einer Studierenden-Vollversammlung für ausschließlich

friedliche Forschung votiert, sowie für die Offenlegung der eingeworbenen Drittmittel von Firmen und deren Verwendung.

Bremen

Im Oktober 2014 waren vom Autor im Kontext mit anderen Zivilklausel-Verstößen [9] die Bremer Verhältnisse analysiert worden. Die Erpressungstaktik des für die Bundeswehr tätigen Weltraum-Konzerns OHB (SAR-Lupe Satelliten) für seine Stiftungsprofessur die seit 1986 existierende Zivilklausel der Uni zu streichen, ging aufgrund eines breiten Widerstands daneben. Die OHB-Stiftungsprofessur wurde dennoch eingerichtet und mit Prof. Claus Braxmaier aus Konstanz besetzt. Unter dessen Beteiligung ist inzwischen ein Uni-Zentrum für Angewandte Weltraumforschung und Mikrogravitation (ZARM) errichtet worden. Hier schließt sich der Kreis in Richtung Freiburg. Eben jener Herr Braxmaier, der in Konstanz Erfahrungen in der militärischen Kooperation mit EADS sammeln konnte, hatte anlässlich seiner Berufung auf die Uni-Stiftungsprofessur in einer offensichtlichen akademischen Zweckklüge erklärt, dass er gegen Rüstungsforschung und für die Zivilklausel sei. Neben anfänglichen Warnungen ist seit geschlagenen zwei Jahren nichts gegen diesen fortgesetzten Zivilklausel-Verstoß gegen die Braxmaier-Kooperation für den OHB-Kriegssatelliten SAR-Lupe getan worden. Zitat OHB in einem Bundeswehr-Papier über die internationale Spionage-Satelliten-Konkurrenz: "Indirekt wissen wir, dass wir hier wohl unschlagbar sind" [9b]. Fakt ist, dass es OHB mit ZARM gelungen ist, an der Uni Bremen einen Zivil-Militärisch-Universitär-Industriellen Komplex einzurichten.

Was folgt aus alledem?

Es ist dringend erforderlich, in einem geeigneten Rahmen bundesweit diese sich ausbreitende ZMUIK-Strategie zu analysieren, auch im Zusammenhang mit der drohenden Zerstörung der Hochschulen durch TTIP, und daraus Schlussfolgerungen zu ziehen. Der teilweise vorhandene örtliche Widerstand gegen ZMUIK sollte in einem Erfahrungsaustausch verbreitet werden. In den Fällen Bremen und Freiburg geht es um den effektiven Schutz der Zivilklausel, in Augsburg und bei allen anderen genannten um deren Durchsetzung. Die Unis dürfen nicht zu Kadettenanstalten der Rüstungsindustrie verkommen. „Wir haben keine Chance. Nutzen wir sie!“ (PK)

- [1] <http://www.badische-zeitung.de/suedwest-1/die-chemie-war-entscheidend--101469042.html>
- [1a] <http://www.forschung-und-lehre.de/wordpress/?p=17408>
- [1b] <http://www.pr.uni-freiburg.de/pm/2015/pm.2015-03-06.29>
- [2] <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=18886>
- [2a] <http://www.fraunhofer.de/de/institute-einrichtungen/verbuende-allianzen/VVS.html#tabpanel-3>
- [2b] Helmut Trischler und Rüdiger vom Bruch „Forschung für den Markt – Geschichte der Fraunhofer-Gesellschaft“ Verlag C.H. Beck München 1999 (ISBN 3-406-44531-4) S. 311-313
- [3] http://www.nzz.ch/nachrichten/politik/international/eisenhowers_warnung_vor_einem_staat_im_staat_1.9130929.html
- [4a] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20090130.pdf>
- [4b] <http://www.wissenschaft-und-frieden.de/seite.php?artikelID=1553>
- [4c] <http://www.stattweb.de/baseportal/ArchivDetail&db=Archiv&merker=nfwd&Id=1258>
- [4d] <https://www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2012/mai/der-militaerisch-universitaere-komplex>
- [5] <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=21053>
- [6] <http://fiff.de/publikationen/fiff-kommunikation/fk-2012/fk-4-2012/fk-4-2012-s56>
- [7a] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20091120.pdf>
- [7b] http://www.gew-muenchen.de/fileadmin/dateien/Aktuelle_Homepage/Aktivengruppen/AG_Friedliche_Schule/Dokumentation_Tagung_2013-06-29.pdf
- [8] http://www.forumaugsburg.de/s_6kultur/Wissenschaft/100420_sciencepark2/artikel.pdf
- [9a] <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=20882>
- [9b] <http://www.neues-deutschland.de/artikel/944602.kosmische-draufsicht-auf-kriege-und-krisen.html?sstr=Kosmische|Draufsicht|auf|Kriege|und|Krisen>

Das Gespenst Zivilklausel-Gesetz geht um

Von Dietrich Schulze

Es geschehen noch Zeichen und Wunder in dieser militarisierten Welt, in der die Bundesrepublik die Bronze-Medaille im Waffenexport verteidigt und die Bundeswehr zusammen mit anderen Berufskriegern an zahlreichen Konflikten, Bürgerkriegen und Kriegen beteiligt ist. Der Krieg um die Köpfe nimmt immer eindeutiger Formen an. Just in diesen Zeiten hat der Bremer Senat am 10. Januar den innovativen Entwurf für eine Novellierung des Bremer Hochschulgesetzes [1] vorgelegt.

Krieg um die Köpfe

Im Gesetzesentwurf ist die folgende Zivilklausel enthalten: „Die Hochschulen verfolgen in Forschung, Lehre und Studium ausschließlich friedliche Zwecke. Die den Hochschulen vom Land und von Dritten zur Verfügung gestellten Mittel sollen ausschließlich für Vorhaben verwendet werden, die diesen Zwecken dienen.“

Um gleich mit der Tür ins Haus zu fallen. Sehr ähnliche Formulierungen sind seit Jahrzehnten bekannt.

- Für die Kernforschungszentren galt in den öffentlich-rechtlichen Gesellschaftsverträgen seit 1956 die völkerrechtlich geschuldete Vertragsbestimmung: „Die Gesellschaft verfolgt nur friedliche Zwecke.“
- Im Hochschulgesetz von Niedersachsen galt von 1993-2002 die Bestimmung: „Die den Hochschulen vom Land zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel sollen ausschließlich für Vorhaben verwendet werden, die friedlichen Zwecken dienen.“

Zur Umsetzung der Zivilklausel schreibt der Gesetzentwurf vor, dass ein Verfahren zur Einhaltung der Zivilklausel festzulegen ist, und die folgende Transparenzklausel Gültigkeit erlangen soll: „Die Hochschule führt eine öffentlich zugängliche Forschungsdatenbank für Drittmittelprojekte, die alle Projekttitel, Inhalte und Zielsetzungen von Drittmittelprojekten, die Identität der Drittmittelgeber, die Fördersumme und die Laufzeit der Projekte umfasst. Die Datenbank enthält nur Daten, deren Veröffentlichung nicht gegen gesetzliche Schutzrechte verstößt.“

Bremische Innovation

Diese Kombination von Zivil- und Transparenzklausel ist eine echte Innovation. In der Tat setzt die Kontrollmöglichkeit, ob eine Zivilklausel eingehalten wird, den öffentlichen Zugang zu den Drittmitteldaten voraus. Die Alternative heißt Wahrnehmung der Selbstverantwortung der WissenschaftlerInnen, gegen Verstöße aufzustehen und die Hochschulöffentlichkeit anzurufen. Das läuft heutzutage bei dem enormen Anteil an Zeitverträgen auf den Mut zum Whistleblower hinaus. Nur ein Beispiel aus der Praxis: Über viele Jahre wurde an 22 Hochschulen für das Pentagon geforscht. Das wurde erst durch die Presse öffentlich. Das bedeutet, tausende von WissenschaftlerInnen haben über viele Jahre die Klappe gehalten.



Appell an die Bremer Räte (Grün-Rote Landesregierung und Landesparlament) Grafik: Dietrich Schulze

Hochschul-Obrigkeiten läuten Alarmglocken und zwar unisono mit der CDU-Opposition mit scheinheiligen, obendrein widersprüchlichen Argumenten sowohl gegen die gesetzliche Zivilklausel als auch gegen die Drittmittel-Veröffentlichungsvorschrift:

- Eine gesetzliche Verankerung der Zivilklausel verstoße gegen das Grundgesetz und die Freiheit der Lehre in Wissenschaft und Forschung.
- Die Transparenz allein für die Hochschulen und nicht auch für die außeruniversitären Forschungseinrichtungen werde einen Schaden für den wissenschaftlichen Standort Bremen verursachen, weil die privaten Geldgeber von den Hochschulen abwandern.

Das wollen leitende Wissenschaftler sein, die noch nicht einmal die einfachsten Gesetze der Logik beherrschen. Gegen die angemahnte Freiheit wird doch offenbar gerade mit einer überdimensionalen Hochschul-Fremdfinanzierung und mit Stiftungsprofessuren verstoßen. Wer bezahlt, bestimmt die Richtung der Forschung. Wo bleibt denn da die Freiheit? Die Freiheit wird gerade mit der gesetzlichen Zivilklausel und der Drittmittel-Kontrolle in die Hochschulen zurück gebracht.

Die Furcht vor Sanktionen

Was ist denn der wirkliche Grund? Der darf natürlich nicht genannt werden, weil damit die Scheinheiligkeit allen BürgerInnen ins Gesicht springen würde.

In der Universität Bremen wurde trotz der seit 1986 gültigen selbstverpflichtenden Zivilklausel: „Der Akademische Senat lehnt jede Beteiligung an Wissenschaft und Forschung mit militärischer Nutzung bzw. Zielsetzung ab und fordert die Mitglieder der Universität auf, Forschungsthemen und -mittel abzulehnen, die Rüstungszwecken dienen können.“ mehrfach durch Zuarbeit für Rüstungsforschungsprojekte verstoßen. Was geschah nach der Aufdeckung? Gar nichts, die Uni-Rektoren vertuschten die Verstöße und schützten die betroffenen Wissenschaftler.

Das würde bei einer gesetzlichen Zivilklausel nicht mehr funktionieren. Jetzt läge ein Gesetzesverstoß vor. Es müsste mit Sanktionen gerechnet werden. Diesen Braten hatten die Hochschulen Bremens schon früher gerochen. Im Zivilklausel-Beschluss [2] vom Juni 2012 heißt es wörtlich: „Rückblickend stellen wir fest, dass sich das Prinzip der Akademischen Selbstverwaltung bewährt hat und eine übergeordnete rechtliche Regelung nicht erforderlich ist.“

Vergangenheit: Negativbeispiel Bremen

Das geschah vor dem Hintergrund der Debatte an der Uni Bremen über die Forderung des Bremer Bundeswehr-geförderten Satellitenunternehmens OHB-Systems, das die Abschaffung der Zivilklausel als Voraussetzung für dessen Stiftungsprofessur verlangt hatte. Die Riesendebatte endete in einer scheinbaren Niederlage für die Rüstungsfirma, die Zivilklausel wurde bekräftigt und ins Leitbild der Uni eingetragen.

Wieso scheinbar? OHB-Systems richtete trotzdem seine Stiftungsprofessur mit dem EADS-erfahrenen Professor Claus Braxmaier aus Konstanz ein und rundete das ab mit der Gründung von ZARM [3], dem Zentrum für angewandte Raumfahrttechnologie und Mikrogravitation auf dem Campus mit der Leitungsfunktion Braxmaiers. OHB betreibt die Kriegssatelliten SAR-Lupe. Hat alles selbstredend nichts mit militärischer Nutzung und Rüstungszwecken und damit einem Verstoß gegen die Zivilklausel zu tun. Wenn die aber nun gesetzlich wird, Auweia. Deswegen wird vorsorglich ein neues Gespenst ins Leben gerufen.

Freiheit und Denninger-Gutachten

Die Platte mit der angeblichen Verfassungswidrigkeit und einem Freiheits-Verstoß einer gesetzlichen Zivilklausel wurde in Niedersachsen neun Jahre lang de facto widerlegt, niemand

kam auf die Idee zu einer Verfassungsklage, sie ist aber von einem Verfassungsexperten auch juristisch widerlegt worden. Im Frühjahr 2009 legte Professor Erhard Denninger ein Gutachten [4] für die Hans-Böckler-Stiftung vor, wonach die Zivilklausel „Das KIT verfolgt nur friedliche Zwecke.“ als zulässig begründet wurde. Dieses war ausdrücklich eine gesetzliche Zivilklausel, weil der Zusammenschluss von Kernforschungszentrum und Universität Karlsruhe zum KIT in einem Landesgesetz zu regeln war. Damit wurde die damalige Schwarz-Gelbe Landesregierung, die ebenso wie oben zitiert glaubte, die Verfassungsfreiheit verteidigen zu müssen, glatt widerlegt. Bis heute gibt es trotz ständig wiederholtem Freiheits-Gejammer kein qualifiziertes verfassungsrechtliches Gegen-Gutachten. Warum wohl? Weil es keine stichhaltigen Argumente gibt. Es geht schlicht um Machtpolitik für die „neue deutsche Verantwortung“ und weltweite Militäreinsätze. Da ist die Zivilklausel-Bewegung einfach lästig, noch dazu in den Bildungsstätten für die künftigen Verantwortungsträger. Die damalige Grün-Rote Opposition hatte die Zivilklausel für das KIT-Gesetz beantragt und wollte nach der Regierungsübernahme nichts mehr davon wissen. Bitte lesen Sie die noch heute unverändert gültigen Zusammenhänge in meinem Artikel „Glaubwürdigkeits-Stresstest für Grün-Rot“ [5] nach.

KIT-Gesetz aktuell

Die damalige Bundesregierung hatte es bei der KIT-Fusion nicht gewagt, die oben zitierte Kernforschungs-Zivilklausel vollständig zu streichen. Deswegen steht im KIT-Gesetz die Teil-Zivilklausel: "Zur Wahrnehmung der Großforschungsaufgabe betreibt das KIT im Interesse der Allgemeinheit Forschung und Entwicklung zu friedlichen Zwecken vorwiegend auf dem Gebiet der Technik und ihrer Grundlagen."

Die Kernforschung gehört traditionell zu eben jenen Großforschungsaufgaben. Wie in einer Kleinen Anfrage der GRÜNEN Bundestagsfraktion „Zivil-militärische Atomforschung am KIT“ aufgezeigt, wird neuerdings selbst gegen dieses Tabu verstoßen. Am Institut IKET des KIT wird an einer neuartigen Flüssigmetallkühlung für atomare Leistungsreaktoren gearbeitet, die wegen ihrer Geräuschlosigkeit besonders für Atom-U-Boote geeignet ist. Lesen sie dazu meinen NRhZ-Artikel „Gesetzesbruch mit „Kriegs“ansage“ [6] sowie einen kurzen taz-Beitrag.

Transparenz-Leitlinie Niedersachsen

Die Bewegung in Bremen für eine gesetzliche Zivilklausel hatte Ausstrahlung auch in andere Bundesländer. Davor hatte die LINKE in Niedersachsen im August 2009 [7] genau die früher gültige oben zitierte Zivilklausel beantragt - ohne Erfolg. Die Zivilklausel war 2002 aus Gründen der politischen Opportunität und nicht aus verfassungsrechtlichen Gründen abgeschafft worden. Brenzlich wurde die Angelegenheit für Wissenschaftsministerin Gabriele Heinen-Kljajic (Grüne) als vor einem Jahr vom NDR das potentielle Ausmaß an Kriegsforschung in Niedersachsen mit 148 militärisch relevanten Projekten veröffentlicht wurde. Hintergrund war die Aufdeckung der Pentagon-Forschung und der einhellige Presse-Tenor „Transparenz muss her“. Ich schrieb damals im NRhZ-Artikel „Transparente Tötungswissenschaft“ [8]: „Das erscheint als verständliche Forderung, ist aber losgelöst von einer Friedensbindung ein großangelegtes Täuschungsmanöver.“ Genau das wurde in Niedersachsen zelebriert. Am 12. Februar legte die Ministerin mit großem Getöse eine fast inhaltsleere gesetzliche Transparenz-Leitlinie vor. Die taz berichtete [9] mit meinem Kommentar.

Zur Abrundung: In NRW war im September 2014 ein Hochschulzukunftsgesetz [10] verabschiedet worden, das neben einer schwachen Transparenz-Bestimmung immerhin eine Art Zivilklausel enthält: "Die Hochschulen entwickeln ihren Beitrag zu einer nachhaltigen, friedlichen und demokratischen Welt. Sie sind friedlichen Zielen verpflichtet und kommen ihrer besonderen Verantwortung für eine nachhaltige Entwicklung nach innen und außen nach. Das Nähere zur Umsetzung dieses Auftrags regelt die Grundordnung."

Die friedlichen Zwecke

Zurück zum Bremischen Gesetz-Entwurf. Dass die Zivilklausel ins Gesetz kommt, haben die Bremer Jusos als Erfolg für den Frieden bezeichnet [11]. Sören Böhrnsen wörtlich: "Wir Jusos haben die gesetzliche Verankerung der Zivilklausel auf die Tagesordnung gebracht und über Jahre hinweg immer wieder dafür gekämpft. Es ist ein großartiger Erfolg für die gesamte Zivilklauselbewegung und natürlich auch für uns, dass die Initiative nun Wirklichkeit wird." Sorge äußern die Jusos über die Formulierung „friedliche Zwecke“, die nicht für sogenannte „Friedensmissionen“, die Tarnung für militärische Interventionen, und damit für die Legitimierung von Rüstungsforschung missbraucht werden darf: „Frieden bedeutet die Abwesenheit von Krieg. Jegliches Militärisches befindet sich im Widerspruch dazu.“ Da können wir als Initiative gegen Militärforschung nur zustimmen. Die Zivilklausel muss genau in diesem Sinne gelebt werden. Das hat von Beginn an, d.h. von der erfolgreichen Urabstimmung der Studierenden an der Uni Karlsruhe im Januar 2009, unsere Debatte bestimmt.

Bei den drei Bremer Hochschulen kommt hinzu, dass es in den Texten zur Selbstverpflichtung, die durch das Gesetz nicht gegenstandslos werden, präzisierend heißt: „Der Akademische Senat lehnt die Beteiligung von Wissenschaft und Forschung an Projekten mit militärischer Nutzung bzw. Zielsetzung ab.“ Damit existiert eine verbindliche weiter gehende Interpretation, was der friedliche Zweck bedeutet. Auch dieser Aspekt ist bundesweit von grundsätzlicher Bedeutung.

Die abschließende Beratung des Gesetzes im Bremer Landesparlament wird voraussichtlich am 18./19. März bzw. am 22./23. April erfolgen. Der Bürgerschaft, den Studierenden und allen Friedensbewegten wünschen wir allen Erfolg. Dazu verbleibt mir am Schluss, den Appell im oben stehenden Grafik-Text zu entziffern.

Appell an die Bremer Räte

„Werte Bremer Räte, bitte die gesetzliche Zivil- und Transparenzklausel gegen das als listige Musikanten verkleidete Grüppchen aus Uni-Obrigkeit und CDU schützen - um der Freiheit und des Friedens willen. Die Geschichte wird es Ihnen danken.“ (PK)

Quellen:

- [1] http://www.bremische-buergerschaft.de/drs_abo/2015-02-11_Drs-18-1736_6b401.pdf
- [2] <http://www.pressebox.de/pressemitteilung/hochschule-bremen/Einstimmiger-Beschluss-des-Akademischen-Senats-Hochschule-Bremen-mit-eigener-Zivilklausel/boxid/515732>
- [3] <https://www.zarm.uni-bremen.de>
- [4] http://www.boeckler.de/pdf/mbf_gutachten_denninger_2009.pdf
- [5] <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=17347>
- [6] <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=21053> und <http://www.taz.de/!153507/>
- [7] http://www.landtag-niedersachsen.de/drucksachen/drucksachen_16_2500/1001-1500/16-1485.pdf
- [8] <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=19743>
- [9] <http://www.taz.de/!154641/> und <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20150212.pdf>
- [10] http://www.wissenschaft.nrw.de/fileadmin/Medien/Dokumente/Hochschule/Gesetze/Text_des_HZG-Endfassung.pdf
- [11] <http://www.jusos-bremen.de/2015/02/erfolg-fur-den-frieden-zivilklausel-wird-in-bremen-gesetz/>

Wissenschaft und Frieden sehen anders aus

Von Dietrich Schulze

Der Autor hat sich gezwungen gesehen, sein langjähriges Abonnement der Vierteljahreszeitschrift „Wissenschaft und Frieden“ (WuF) zu kündigen, das er im Zusammenhang mit seiner Mitgliedschaft in der NaturwissenschaftlerInnen-Friedensinitiative eingegangen war. Seine Begründung und die Vorgeschichte dazu hat er uns als Artikel zukommen lassen.

Der scharfsinnige Publizist Otto Köhler charakterisierte in seiner fulminant-historischen Darstellung der Kriegspropaganda in der Rosa-Luxemburg-Konferenz 2015 zwei professorale Kriegsunterstützer mit folgenden Worten:

„Und da ist noch ein besonderes Früchtchen. Der Professor Joachim Krause vom Kieler »Institut für Sicherheitspolitik« setzt sich fanatisch für eine Zusammenarbeit von Universität und Bundeswehr ein. Die Zivilklausel, die an einigen Hochschulen Rüstungsforschung verbietet, soll fallen. Wie erfolgreich sein Kampf ist, wie sehr selbst die verschiedenen Friedensinstitute an den Universitäten von der Bundeswehr gleichgeschaltet werden, lässt sich auf der »Thema«-Seite der jungen Welt vom 8. Januar 2015 [1] nachlesen. An solchem Treiben beteiligt sich auch Professor Michael Daxner, der gerade erst eine Propagandabroschüre »Deutschland in Afghanistan« herausgab, und das im »BIS-Verlag der Carl-von-Ossietsky-Universität« in Oldenburg. Dort gebietet die Ehrlichkeit, sie schleunigst in Oberst-Klein-Universität umzubenennen. Ich wundere mich über die Ruhe, die unter den Studenten herrscht.“ [2]

Eben jener Michael Daxner erhielt in der WuF-Dezember-Ausgabe 2014 „Soldat sein“ unter dem Titel „Veteranen“ die Möglichkeit, seine Kriegspropaganda auszubreiten. Er verlangte, die Erfahrungen der Bundeswehr-"Einsatzrückkehrer" bei künftigen friedensschaffenden Kriegooperationen der deutschen Streitkräfte zu Rate zu ziehen.

Dazu hatte ich nach Postzugang Mitte Oktober einen Offenen Brief [3] an den WuF-Vorstand geschrieben - unter Berufung auf Veröffentlichungen von german-foreign-policy.com, wonach Daxner in Orwell'scher Manier westliche Militärinterventionen wie etwa die in Afghanistan als groß angelegte "Sozialreformprojekte" beschreibt. Daxner habe demzufolge nichts mit Wissenschaft & Frieden, sondern mit Pseudowissenschaft & Besatzungspolitik zu tun. Von einer befriedigenden Antwort innerhalb von drei Wochen darauf, warum ein Kriegsunterstützer WuF-Autor sein kann, und wie der Wiederholung solcher Fälle vorgebeugt werden soll, habe ich die Kündigung meines Abonnements abhängig gemacht.

Nach anfänglich inhaltsleeren Äußerungen des WuF-Vorstands, verbunden mit herabsetzenden Bemerkungen des stellv. WuF-Vorstandsvorsitzenden Andreas Seifert (Informationsstelle Militarisierung Tübingen), kam es in der Dreiwochenfrist zu einer Vereinbarung [4]. Die Redaktion hatte demnach eine Telefonkonferenz abgehalten und das Programm des gemeinsamen WuF-Jahrestreffens für Ende Januar geändert, um über Zeit für die Diskussion der Beschwerde zu verfügen. Nach der Zusicherung einer zeitnahen schriftlichen Antwort über das Beratungsergebnis hatte ich die beabsichtigte Abo-Kündigung aufgeschoben.

Inzwischen hatte sich Herr Professor Daxner herabgelassen, der Redaktion german-foreign-policy.com einen Leserbrief [5] zu der ihn betreffenden Veröffentlichung von Peer Heinelt zu schreiben, in dem es u.a. heißt: „Weshalb ich zu den »harschen Protesten« nur sagen kann, dass W&F, sowie die friedensorientierte Wissenschaft, die mich seit vielen Jahrzehnten kennen, vielleicht besser beraten waren als das Beiratsmitglied Schulze, das sich erst einmal informieren sollte, bevor er mich einen akademischen Kriegsunterstützer nennt. Der Herr Schulze befindet

sich offenbar im Krieg mit der Wirklichkeit, auch was meine Verabschiedung im Februar 2011 betrifft.“

Am 5. Februar ging das WuF-Beratungsergebnis ein. Hier eine Kurzfassung: „W&F ist eine Zeitschrift, die sowohl in ihrer Redaktion als auch in den veröffentlichten Beiträgen ein große Bandbreite an Meinungen und Positionen aus Friedensforschung und Friedensbewegung integriert. Gemeinsame Grundlage für die Redaktionsarbeit bilden die Leitlinien (siehe »Wir über uns« auf der W&F-Website) und vor allem die gemeinsame Diskussion aller Beiträge in der Redaktion. Zu unserem Anspruch an produktive Diversität gehört, dass auch in der Redaktion nicht immer Einigkeit über einzelne Beiträge bestehen muss, solange sie den Rahmen unserer Leitlinien nicht verlassen. Unsere Zeitschrift wird nun in zwei Leserbriefen einmal als zu wenig friedensorientiert, ein anderes Mal als zu militärkritisch kritisiert; dies spricht aus unserer Sicht dafür, dass wir unserem pluralistischen Anspruch durchaus nachkommen. Vor diesem Hintergrund können wir keinen Widerspruch zwischen dem Veteranen-Artikel und den W&F-Leitlinien erkennen. Aus Sicht der Redaktion bedeutet friedenspolitischer und militärkritischer Wissenschaftsjournalismus, sich mit wissenschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen innerhalb der Friedens- und Konfliktforschung zu befassen und dogmatische Verengungen nicht zuzulassen.“

Klarer kann der neue wissenschaftlich verbrämte, unfriedliche WuF-Kurs nicht dargestellt werden. Die Forderung nach Absage an kriegsunterstützende Autoren wird schlicht als eine dogmatische Verengung interpretiert.

Zum besseren Verständnis des „undogmatischen“ professoralen Fröchtchens Daxner ein Zitat aus „Interventionskultur II“ [6]. Er bekennt sich in dem oben zitierten Buch "Deutschland in Afghanistan" zum Paradigma der Aufstandsbekämpfung ("Counterinsurgency"):

"Wir Deutschen kämpfen nicht gegen einen Feind, sondern helfen militärisch einer legitimen Regierung, um ihr Gewaltmonopol und ihre Staatsaufgaben sicher zu erfüllen, und die Aufständischen, die dies verhindern wollen, zu bekämpfen, sie zurückzudrängen und zu entmachten." Dabei kommt nach Daxner das Prinzip "Clear, Hold, Build" zur Anwendung. Die Strategie sieht vor, zunächst ein bestimmtes Gebiet von Insurgenten zu "säubern" ("Clear"), dieses danach durch Kontrollpunkte und Truppenstationierungen militärisch zu sichern ("Hold") und zuletzt die ansässige Bevölkerung bei Wohlverhalten mit "Entwicklungsprojekten" zu belohnen ("Build").

Diese besatzungspolitische Fibel ist perverserweise im Verlag der Universität Oldenburg erschienen, die den Namen des Aufklärers und Kriegsgegners Carl von Ossietzky trägt, der 1936 den Friedensnobelpreis erhielt, in Abwesenheit. Der Antimilitarist lag nach mehrjährigem Aufenthalt in NS-Konzentrationslagern in einem Berliner Gefängnis Krankenhaus. Am 4. Mai 1938 starb er aufgrund der erlittenen Misshandlungen durch die Faschisten.

Nicht minder pervers ist, dass die „Oberst-Klein-Universität“ (sorry Carl-von-Ossietzky-Universität) seit 2007 eine Zivilklausel in der Grundordnung hat. Über den widerlichen Verstoß mit einem „Interventionskultur“-Ex-Präsidenten Daxner haben nicht nur die Studenten, sondern auch der umweltpolitisch agile Uni-Professor Niko Paech bis heute geschwiegen.

Derzeit befasst sich Daxner mit Maßnahmen zur Optimierung der westlichen Militärintervention in Afghanistan als Projektleiter des berüchtigten "Sonderforschungsbereichs 700" (SFB 700) der FU Berlin über eine "effektive und legitime" Regierungsführung ("Good Governance").

Folgerichtig sind für Daxner "Kontroversen zwischen Pazifisten und Bellizisten" nicht nur "simplistisch", sondern gehen "völlig an der Sache vorbei". Das erinnert irgendwie an die gemäß der WuF-Antwort „unzulässigen dogmatischen Verengungen.“ Da braucht man wohl nicht mehr lange warten, bis WuF-Autor Daxner in den WuF-Vorstand eintritt, um den

kriegsfriedenspolitischen Kurs selber mit zu gestalten. Und der 70. Jahrestag der Befreiung wäre doch ein sinnfälliger Zeitpunkt, ODER?

Über die vielen respektablen WuF-Beiratsmitglieder und einige WuF-Herausgeber, die diesen Kurs der Doppelmoral »ein bißchen Frieden, ein bißchen Krieg« einer ehemals renommierten Zeitschrift widerspruchslos hinnehmen, wundere und schäme ich mich.

„Ja, ich bin es, Thersites – Schmäher aller Kriege, ihrer Feldherren, ihrer Propagandisten und ihrer Professoren.“ begann Otto Köhler seine Rede. Im Sinne des mutigen Griechen bitte ich alle WuF-Abonnenten zu prüfen, ob sie eine Doppelmoral-Postille mit akademischen Kriegspropheten weiter finanzieren wollen. Es gibt Alternativen.

Aufstehen gegen die neue Kriegsgefahr, das ist das unabweisbare Gebot, um das es jetzt wirklich geht [7]. W I R S I N D T H E R S I T E S ! (PK)

Quellen:

[1] <https://www.jungewelt.de/2015/01-08/002.php>

[2] <https://www.jungewelt.de/beilage/art/3772>

[3] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20141115.pdf>

[4] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20141208wuf.pdf>

[5] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20141127.pdf>

[6] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20141125.pdf>

[7] <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=21261> und =21220 =21120 =21149 =21108

Online-Flyer Nr. 491 vom 31.12.2014

<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=21149>

US-Repräsentantenhaus ermächtigt Obama zum Atomschlag gegen Russland

Wo bleibt der weltweite Aufschrei?

Von Dietrich Schulze

Der kanadische Friedenswissenschaftler Michel Evgenij Chossudovsky hatte am 5. Dezember 2014 veröffentlicht, dass das US-Repräsentantenhaus einen Tag davor Präsident Obama auf



Prof. Michel Evgenij Chossudovsky
Quelle www.consulvenemontreal.org

operativer Ebene für einen Krieg gegen Russland ermächtigte.

[1] Dass die Warnung von Chossudovsky in den US-Medien unterdrückt wird, muss nicht verwundern. Dass aber diese der Atomkriegsgefahr von 1983 vergleichbare dramatische neue Lage hier bisher fast keine Resonanz gefunden hat, ist furchtbar.

Hier Titel und Aufmacher-Text der Chossudovsky-Warnung: "Amerika auf einem »Heißen Kriegspfad«: Repräsentanten-Haus ebnet per Gesetzgebung den Weg für den Krieg mit Russland? Zwar befindet sich ein Weltkrieg-Drei-Szenario auf dem Reißbrett des Pentagon seit mehr als zehn Jahren, jetzt ist ein militärisches Vorgehen gegen Russland auf einer »operativen Ebene« in Erwägung gezogen worden. In ähnlicher Weise haben sowohl der Senat als auch das Repräsentantenhaus eine Gesetzgebung beschlossen, die die Legitimation für die Durchführung eines möglichen Krieges gegen Russland liefert." Im Artikel selbst ist der komplette Wortlaut des Beschlusses H. Res. 758 nachlesbar. Dieser bedeutet grünes Licht für den US-Präsidenten und den

Oberbefehlshaber, ohne Kongress-Genehmigung eine militärische Konfrontation mit Russland zu beginnen.

Dass diese fundamentale Neuigkeit im Kasseler Friedensratschlag am 6./7. Dezember keine Rolle gespielt hat, mag mit dem Zeitfaktor und der Übersetzung erklärt werden. Diese fand sich jedoch bereits am 6. Dezember in der Webseite des Kopp-Verlages unter dem Titel "Amerika auf dem »Kriegspfad« Repräsentantenhaus ebnet Krieg mit Russland den Weg". Dass das übersehen wurde, könnte damit erklärt werden, dass der Verlag zu Recht als nach Rechts offen eingestuft wird. Die linkezeitung.de hatte den Text am 11. Dezember übernommen. In beiden Online-Publikationen fehlt jeder Hinweis auf die Originalquelle. Stichwort: Publizistische Seriosität.

Warum drei Wochen nach den Veröffentlichungen immer noch weitgehendes Schweigen in den umfangreichen Medien der Friedensbewegung herrscht, ist nicht erklärbar. Immerhin hatte Dietrich Antelmann in seinem NRhZ-Artikel über Atomforschung am 17. Dezember unter dem Titel "Hinweise auf Vorbereitung für einen Atomkrieg" die Publikation des Bündnisses für Soziale Gerechtigkeit und Menschenwürde e.V. Nr.14.147 vom 16. Dezember mit der zuvor benannten Überschrift zitiert.

Ich möchte vermeiden, den Artikel mit den bekannten Tatsachen der gezielten Umzingelung Russlands durch Integration von angrenzenden Ländern in die NATO zu verlängern, womit die Aggressions-Chancen für eine Zerlegung Russlands nach jugoslawischem Modell [3] verbessert werden sollen.

In diesem Kontext darf nicht vergessen werden, dass die USA erst kürzlich eine milliardenschwere Modernisierung des Atomwaffenarsenals [4] angekündigt haben. Nukleare Abschreckung sei nach wie vor unerlässlich für die USA. Ebenso werde die gesamte Militärtechnik modernisiert, um die militärische Überlegenheit zu erhalten und auszubauen. Das Land mit dem Friedensnobelpreisträger an der Spitze unmittelbar vor einem Großen Dritten Weltkrieg?

Das muss schier fassungslos machen. Und dennoch ist es die nackte Wahrheit. Um das klarzustellen: NATO/EU incl. Bundesrepublik machen in der Aufrüstung und Militarisierung fleißig mit, wenn auch manche offizielle Tonlage bezüglich Russlands anders klingt.

Mir bleiben nach dieser kurzen Lageschilderung nur drei Schlussfolgerungen:

1. Der komplette Wortlaut von H. Res. 758 sollte umgehend übersetzt und online gestellt werden.
 2. Es möge gelingen, eine neue "Aktion Aufschrei" gegen die Atomkriegsgefahr zu starten.
 3. Die Rosa-Luxemburg-Konferenz am 10. Januar [5] wäre ein idealer Auftakt dazu.
- Die Friedensbewegung ist so stark, wie wir alle sie mit heißem Herzen und kühlem Verstand voranbringen. Niemand kann uns daran hindern.



Collage: Dietrich Schulze

Eine Ergänzung noch zu meiner Spezial-Kompetenz "Militarisierung der Hochschulen": Das US-Modernisierungsprogramm für Waffen und Atomwaffen ist mit immensen Mitteln für die Forschung verknüpft. Dieser Militarisierungsschub wird von EU und Bundesrepublik übernommen werden. Das ist im Eingangsgedanken zum NRhZ-Artikel „Rüstungskonversion und Zivilklausel“ [6] aus Anlass des Vortrags von Jürgen Grässlin dargelegt worden. Das großartige Grässlin-Projekt "Aktion Aufschrei" hat mich hier angestiftet. Vor dem beschriebenen Hintergrund sollte auch der Protest gegen die atomare Militärforschung am KIT neu durchdacht werden, wie im NRhZ-Artikel am 3.

Dezember unter dem Titel "Gesetzesbruch mit »Kriegs«ansage" [7] ausgeführt wurde. So schwach die Zivilklauselbewegung auch sein möge, sie ist und bleibt das Gegenprojekt im "Kampf um die Köpfe" der Studierenden. Sie hat eine objektiv wachsende Bedeutung.

Nachtrag des Autors am 29.12.14: Die „Luftpost“ - Friedenspolitische Mitteilungen aus der US-Militärregion Kaiserslautern - haben meinen Wunsch Nr. 1, den kompletten Wortlaut von H. Res. 758 zu übersetzen und online zu stellen, bereits am 14.12.14 erfüllt [8]. Das geht aus dem Artikel vom 26.12.14 „Bereiten sich die USA und die NATO auf einen Krieg gegen Russland vor?“ [9] hervor. Großen Dank an die „Luftpost“. (PK)

Quellen:

- [1] <http://www.informationclearinghouse.info/article40384.htm>
- [2] <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=21108>
- [3] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20141205.pdf> (Original-Titel aus jW 05.12.14)
- [4] <http://www.handelsblatt.com/politik/international/robotertechnik-usa-wollen-militaertechnik-modernisieren/10988074.html>
- [5] <http://www.rosa-luxemburg-konferenz.de/de/>
- [6] <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=20946>
- [7] <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=21053>
- [8] http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP19814_141214.pdf
- [9] <http://principiis-obsta.blogspot.se/2014/12/bereiten-sich-die-usa-und-die-nato-auf.html>

Online-Flyer Nr. 488 vom 10.12.2014

<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=21071>

Baden-Württemberg Spitze der Friedensbildungs-Bewegung für Schulen

Vorbildlicher Kultusminister

Von Dietrich Schulze

Weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit ist am 30. Oktober 2014 zwischen Kultusminister Andreas Stoch und 14 überwiegend kirchlichen Gruppen der Friedensbewegung eine wegweisende „Gemeinsame Erklärung zur Stärkung der Friedensbildung in den baden-württembergischen Schulen“ [1] abgeschlossen worden.



Die glücklichen Unterzeichner der Friedensbildungs-Erklärung
Quelle: km-bw.de

Ärgerlicherweise wollten sich die Mitglieder der Deutschen Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) Baden-Württemberg der Erklärung laut einer Befragung nicht anschließen. Wie ihr Geschäftsführer Roland Blach erklärte, will die DFG-VK sogar an der Kündigungsforderung zur Kooperationsvereinbarung Schule/Bundeswehr festhalten. Haben diese Pazifisten denn immer noch nicht begriffen, wo die Reise hingeht? Wieso folgen sie

nicht den kirchlichen Kreisen, die sich endlich bewegt haben?

Inzwischen äußert sich die Presse über die Erklärung, beginnend mit einem Artikel im Staatsanzeiger [2] Mitte November und fortgesetzt in der bundesweit bekannten Samstags-taz-Beilage

KONTEXT [3] am Nikolaustag unter dem beispielhaften Titel „Krieg und Frieden in der Schule“. Schlüssel-Zitat: „Die gemeinsame Erklärung beruht auf einem umfassenden Verständnis einer „Erziehung zur Friedensliebe“. Die daraus abgeleiteten Handlungsfelder der Friedensbildung an Schulen umfassen ein breites Spektrum: Es reicht von Maßnahmen der Gewaltprävention über die Beschäftigung mit friedens- und gewaltfördernden Strukturelementen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft bis hin zur Auseinandersetzung mit friedens- und sicherheitspolitischen Fragestellungen in einer globalisierten Welt.“



Kultusminister Andreas Stoch

Quelle: <http://www.km-bw.de>

Der Minister hatte natürlich nach der ebenso wegweisenden Fortsetzung der Kooperationsvereinbarung Schulen/Bundeswehr darauf geachtet, dass hier keine Widersprüche entstehen. Jedes Kind weiß heute aufgrund der jahrelangen verantwortungsbewussten Tätigkeit der Jugendoffiziere in den Schulen, dass zu den „sicherheitspolitischen Fragestellungen“ die weltweit Frieden schaffenden Bundeswehreinsätze zählen.

Und in KONTEXT hatte einer der Jugendoffiziere die NATO mit den Drei Musketieren verglichen. „Einer für alle, alle für einen.“ Welch treffendes und schönes Bild von unserem Schutz- und Trutz-Bündnis, das sich immer mehr ausdehnt und weltweit für Frieden sorgt. Gegen die ewigen Nörgler „Bundeswehr und NATO - Töten und Sterben“ zitiert die KONTEXT-Autorin sehr eindrucksvoll die Befürworter „verfassungsrechtlich legitimiertes Organ, das den Frieden für Deutschland und seine Partner sichert, zur Not am Hindukusch.“

Ganz untergegangen ist in der öffentlichen Debatte die monatelange Vorarbeit der Kampagne „Schulfrei für die Bundeswehr – am Wochenende“. Man wird von der Kampagne bald noch weitere einschlägige Ideen hören, eventuell zum 70. Jahrestag der Befreiung die Losung „Nie wieder totaler Krieg! Total zivilisierter Krieg für den Frieden jetzt!“

Und Baden-Württemberg hat auch an den Hochschulen ähnliches auf dem Gebiet der Friedensbildung vorzuweisen, zum Beispiel Honorarprofessor Wolfgang Ischinger an der Universität Tübingen. Er hält dort seit Jahren Vorlesungen zur internationalen Krisendiplomatie, wenn alle Stricke reißen natürlich mit der Bundeswehr. Er ist Leiter der jährlichen NATO-Friedenskonferenz (sorry „Sicherheitskonferenz“) Anfang Februar in München, gegen die unverbesserliche Pazifisten jährlich demonstrieren [4].

Ischinger ist auch ein TOP-Experte für den zitierten Hindukusch. Er war es nämlich, der 2001 als Botschafter in Washington Bundeskanzler Schröder mit der Forderung nach „uneingeschränkter Solidarität“ mit den USA für die Bundeswehrebeteiligung am Friedenseinsatz in Afghanistan mobilisiert hatte. Seinen Kritikern, die seine Unterstützung der Auslandseinsätze der Bundeswehr monierten und seine Abberufung wegen der Tübinger Zivilklausel forderten, hatte er es 2011 im Tübinger Tagblatt [5] tüchtig eingeschenkt:

„Es ist doch gerade das Ziel solcher Missionen, der Bevölkerung in Krisengebieten eine friedlichere Zukunft zu ermöglichen. Entspricht das denn nicht dem Gedanken der Zivilklausel? Die Anwendung militärischer Gewalt ist nie unproblematisch und darf immer nur Ultima Ratio sein – aber die Welt, in der wir leben, ist leider kein friedliches Paradies. Es ist eine Welt mit Diktatoren, nuklearer und konventioneller Aufrüstung, mit schrecklichen Bürgerkriegen, Piraten und Terroristen. Da erscheint die Anwendung militärischer Macht manchmal – leider – unumgänglich, um Frieden wiederherzustellen.“

Besser konnte niemand, auch nicht der Kultusminister, die deutsche Friedens- und Sicherheitspolitik auf den Punkt bringen.

Baden-Württemberg, vollgepackt mit Friedensbildungskompetenz. Von Baden-Württemberg lernen, heißt siegen lernen.

Das alles sei eine Satire, könnte man meinen. Um Gottes willen, das ist der Ernst des Lebens. Wer das nicht glauben will, möge bitte hier [6] nachschauen. (PK)

Quellen:

[1] [http://www.km-bw.de/site/pbs-bw-new/get/params_Dattachment/2089259/2014 10 30 Erklärung zur Stärkung der Friedensbildung.pdf](http://www.km-bw.de/site/pbs-bw-new/get/params_Dattachment/2089259/2014_10_30%20Erkl%C3%A4rung%20zur%20St%C3%A4rkung%20der%20Friedensbildung.pdf)

[2] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20141202st.pdf>

[3] <http://www.kontextwochenzeitung.de/gesellschaft/192/krieg-und-frieden-in-der-schule-2587.html>

[4] <http://sicherheitskonferenz.de/de/Aufruf-SiKo-Proteste-2015>

[5] http://www.tagblatt.de/Home/nachrichten/tuebingen_artikel,-Wolfgang-Ischinger-will-die-Diskussion-mit-seinen-Kritikern-_arid,148705.html

[6] <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=20631>

Online-Flyer Nr. 487 vom 03.12.2014

<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=21053>

Zivil-militärische Atomforschung am KIT: KA der Grünen Bundestagsfraktion

Gesetzesbruch mit „Kriegs“ansage

Von Dietrich Schulze

Die Bundestagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen hat am 28. November auf Initiative der atompolitischen Sprecherin MdB Sylvia Kotting-Uhl eine Kleine Anfrage (KA) an die Bundesregierung unter dem Titel „Zivil-militärische Atomforschung am Karlsruher Institut für Technologie“ [1] gestellt.

Heißes Antiatom-Info

Zugrunde liegt der Anfrage eine Information der Antiatom-Bewegung von Anfang Mai 2014 [2], wonach das KIT an Atomreaktoren arbeite, die bestens für Atom-U-Boote geeignet und schon auf Interesse bei Atomwaffen-Mächten gestoßen seien. Kurz darauf hatte die „Initiative gegen Militärforschung an Universitäten“ eine Presse-Mitteilung [3] herausgegeben, in der unter Bezug auf das Antiatom-Info im Vorfeld des KIT-Podiums „Ethik der Wissenschaften und militärische Forschung“ am 18. Mai wegen des Bruchs des KIT-Gesetzes die unverzügliche Beendigung solcher Forschung gefordert wird. Ähnlich der Autor in der Neuen Rheinischen Zeitung „Atomare Militärstiefel ausziehen“ [4].



Holger Hanselka (Karlsruher Institut für Technologie, KIT), Johanna Wanka (Bundesministerium für Bildung und Forschung) und Winfried Kretschmann (Ministerpräsident Baden-Württemberg)
Collage: Dietrich Schulze. Fotos: wiki und KIT

Das KIT-Gesetz enthält nämlich folgende Bestimmung: "Zur Wahrnehmung der Großforschungsaufgabe betreibt das KIT im Interesse der Allgemeinheit Forschung und Entwicklung zu friedlichen Zwecken vorwiegend auf dem Gebiet der Technik und ihrer Grundlagen."

„Atoms for Peace“

In der PM der Initiative vom 20. Mai in Auswertung des Podiums [5] wird eine Publikumsfrage zu „Atoms for Peace“ (US-Präsident Eisenhower am 8. Dezember 1953 vor der UN-Vollversammlung) zitiert. Dazu hatte der Autor als Podiumsteilnehmer erklärt, dass für KIT-Großforschungsaufgaben wie die Atomforschung der „friedliche Zweck“ satzungsgemäß sei und weiter, „dass das KIT entgegen Atomausstieg nicht nur an der Forschung für neue Atomreaktoren festhalte, sondern an einem neuen Kühlsystem für Großreaktoren forsche, das wegen der Geräusch-Armut besonders für militärische Zwecke (Atom-U-Boote) geeignet sei. Ein glatter Verstoß gegen die o.g. KIT-Bestimmung. Unter Beifall forderte er, die KIT-Atomreaktorforschung unverzüglich einzustellen. Die KIT-Vizepräsidentin behauptete hingegen, dass die KIT-Atomforschung ausschließlich der Stilllegung diene.“

Atomforschung nur für Stilllegung?

KIT-Präsident Prof. Dr. Holger Hanselka weiß als Maschinenbauingenieur natürlich besser, dass diese Aussage der KIT-Vizepräsidentin (als KIT-Juristin für Personal und Recht zuständig) barer Unsinn war. Er kann auch nicht behaupten, dass er davon nichts mitbekommen hätte. Anlässlich einer Protestaktion am 21. Mai im KIT-Ehrenhof über zu geringe Hochschulförderung war die PM der Initiative [5] als Flyer verteilt und Holger Hanselka persönlich überreicht worden.

KIT innig mit Schwarz-Grün-Rot

Die baden-württembergische Landesregierung, die für die Einhaltung des KIT-Gesetzes als Landesgesetz zuständig ist, kann ebenfalls nicht sagen, dass sie von nichts weiß. Man muss unterstellen, dass wenigstens die Stuttgarter Zeitung gelesen wird, die das Thema aufgegriffen hatte [6]. Da gleich mehrere Ministerien von der benannten KIT-Atomforschung betroffen sind, muss sich Ministerpräsident Winfried Kretschmann verantwortlich fühlen. Für Großforschungsangelegenheiten („Helmholtz-Gemeinschaft“) ist die Bundesregierung zuständig. Prof. Dr. Johanna Wanka, die Bundesministerin für Bildung und Forschung, muss also Bescheid wissen.

Das bedeutet, seit einem halben Jahr wissen Holger Hanselka, Johanna Wanka und Winfried Kretschmann Bescheid und schweigen gemeinsam über einen Gesetzesbruch. Das ist in dreifacher Hinsicht eine „Kriegs“ansage, nämlich gegen Recht und Gesetz, gegen den Atomausstieg und gegen den vorgeschriebenen friedlichen Zweck.

Ist es angesichts dieser dramatische Sachlage unangemessen, diese Dreieinigkeit von KIT, Land und Bund als „trio disastroso“ zu charakterisieren?

Kleine Anfragen sind von der Bundesregierung in einer Zweiwochenfrist zu beantworten. Sie kann jedoch eine Fristverlängerung beanspruchen, falls sie zur detaillierten Beantwortung von Einzelfragen mehr Zeit benötigt. Man darf gespannt sein.

Facts zur Atom- und Kriegspolitik

Auf einschlägige Zusammenhänge mit dem KIT Karlsruhe sei verwiesen:

- die Vorträge von Harry Block, Energie- und atompolitischer Sprecher des BUND Mittlerer Oberrhein, z.B. Ende Juni in Ludwigsburg über „Karlsruhe – Das Spinnennetz der Atomforschung“ [7]
- den NRhZ-Beitrag des Autors „Rüstungskonversion und Zivilklausel“ [8] im Ergebnis der Veranstaltung mit Jürgen Grässlin mit Hinweis auf die militärische KIT-Atomforschung und
- den NRhZ-Beitrag des Autors „Sagt dem Bombendeal adieu“ [9] über die brasilianische Atomwaffen-Option im Kontext mit der Fortsetzung des deutsch-brasilianischen Atomvertrags zur „friedlichen Nutzung der Kernenergie“.

Gesetzverstöße gegen Zivilklauseln

Im NRhZ-Beitrag des Autors „Zivilklausel-Verstöße: Was tun?“ [10] vom 15. Oktober war die verpflichtende Friedensbindung durch Zivilklauseln mit der bitteren Realität am Beispiel der Hochschulorte Bremen, Tübingen, Rostock, Kassel und Karlsruhe in Beziehung gesetzt worden. Für Karlsruhe war auch der Gesetzesverstoß mit der militärischen KIT-Atomforschung behandelt und ein Gesprächstermin mit MdB Sylvia Kotting-Uhl angedeutet worden, der nunmehr in eine praktische Handlung umgesetzt wurde.

Dieser KIT-Gesetzesverstoß ist die Spitze des Eisbergs, der abgeschmolzen gehört. Die dort zitierte Schlussfolgerung: „Die Zivilklausel ist und bleibt trotz aller geschilderten Probleme ein Pfahl im Fleische der Militarisierer aller Couleur“ steht weiter zur praktischen Umsetzung an. Am 29. August hatte der KIT AStA an die erste 2009 von Studierenden per Urabstimmung geforderte Zivilklausel unter dem Titel „Kriege in und um Europa: Zivilklausel am KIT einführen!“ erinnert [11].

Zivilklausel-Arbeitstreffen in Berlin

Genau dem dient das Zivilklausel-Arbeitstreffen „6 Jahre aktuelle Zivilklausel: Erfolge, Niederlagen, Probleme“ am 24./25. Januar 2015 in Berlin [12]. Die obige Thematik wird im AK „Wie die Zivilklausel gegen Verstöße verteidigen?“ unter Moderation des Autors behandelt. Der „freie Zusammenschluss von studentInnenschaften“ (fzs) konnte als Mitveranstalter gewonnen werden. Es wirken mit der Verfassungsrechtler Erhard Denninger, der im oben besprochenen KIT-Podium eine bedeutende Rolle gespielt hatte, der Erziehungswissenschaftler Gregor Lang-Wojtasik, der für seine PH eine Zivilklausel fordert, und die GEW-Vorsitzende Marlis Tepe, eine bekannte und bewährte Unterstützerin der Zivilklausel-Bewegung.

Es wäre sehr nett, wenn die LeserInnen diese Einladung [12] an befreundete ASten, Hochschul- und Friedensgruppen mit der Bitte um Teilnahme weiter leiten könnten.

5 Jahre Bildungsstreik

Zu diesem geschichtlich hochinteressanten Thema will AStA KIT im Dezember eine Zwischenbilanz ziehen [13]. Er erinnert an die Slogans "KIT brennt" und "Liebes Bildung wir retten Dir!" zur Hörsaalbesetzung 2009 im Daimler, Benz und Redtenbacher im Rahmen des bundesweiten Bildungsstreiks. Der AStA bittet in Anknüpfung an den Bildungsstreik um Vorschläge. Diese Erinnerung ist von Bedeutung allein deswegen, weil über eine entsprechende bundesweite Wiederholung, die nach wie vor voll berechtigt wäre, heutzutage noch nicht einmal diskutiert wird.

Beim Karlsruher Bildungsstreik gab es eine hochpolitische Friedenskomponente. In Zusammenarbeit mit der Gewerkschaftlichen Studierendengruppe (GSKa) und dem damaligen ver.di-Bezirksleiter Jürgen Ziegler war etwas Einmaliges gelungen, der bewegende Auftritt des US-amerikanischen Friedenswissenschaftlers Subrata Ghoshroy aus dem Massachusetts Institute of Technology (MIT) unter dem Titel „KIT meets MIT“ im voll besetzten Streikhörsaal Redtenbacher. Ghoshroy warnte vor einer Nachahmung der vollständig militarisierten US-Universitäten, belegte das am Beispiel des MIT und unterstützte die Zivilklausel (Civil Clause). Hier eine Zusammenstellung [14] zur Vor- und Nachbereitung dieses Meilensteins der Zivilklausel-Bewegung. Auch am MIT beginnt sich etwas gegen die Militarisierung zu regen [15]. (PK)

Quellen:

[1] <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/18/033/1803399.pdf>

[2] <http://neckarwestheim.antiatom.net/blog/1106-atomforschung-in-karlsruhe>

[3] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20140511.pdf>

[4] <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=20335>

[5] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20140520.pdf>

- [6] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20140522.pdf>
- [7] <http://www.die-anstifter.de/veranstaltungen/neue-atomreaktoren-aus-baden-wuerttemberg-karlsruhe-das-spinnennetz-der-atomforschung/>
- [8] <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=20946>
- [9] <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=21003>
- [10] <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=20882>
- [11] <http://www.asta-kit.de/archiv/news/2014-08-29-kriege-und-um-europa-zivilklausel-am-kit-einf-hren>
- [12] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20141118.pdf>
- [13] <http://www.asta-kit.de/archiv/news/2014-11-17-5-jahre-bildungsstreik-zwischenbilanz-im-dezember>
- [14] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20141201.pdf>
- [15] <http://radius.mit.edu/programs/militarization-university>

Online-Flyer Nr. 485 vom 19.11.2014

<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=21003>

Kündigung des Atomabkommens mit Brasilien nach 40 Jahren durchsetzen

Sagt dem Bombendeal adieu!

Von Dietrich Schulze

Diese Veröffentlichung möge als Aufruf an die Abgeordneten des Bundestags verstanden werden, die fristgerechte Kündigung des „Abkommens zwischen der Föderativen Republik Brasilien und der Bundesrepublik Deutschland auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie“ vom 27. Juni 1975 ab dem 18. Oktober 2014 zu unterstützen. Der Vertrag war von Beginn an auf die Schließung des atomaren Brennstoffkreislaufs als Voraussetzung für die brasilianische Atombombe ausgerichtet.



Unterzeichnung des deutsch-brasilianischen Atomvertrages*: Nur ein Meiler?

Vertragsunterzeichnung 1975 mit Außenminister Genscher

Quelle: Lateinamerika-Nachrichten 1980

Die Regierung Helmut Schmidt feierte den Vertrag als größtes deutsches Technologie-Exportgeschäft gegen die mächtige Konkurrenz der USA. Nach einer Pause aufgrund der Überwindung der Diktatur wird die Bombe erneut gefordert. 2009 begründete Vizepräsident José Alencar die Bombe als Instrument der "Abschreckung" aufgrund der reichen Offshore-Ölvorkommen vor der 15.000 Kilometer langen Küste. Damit werde auch die internationale Bedeutung Brasiliens erhöht, zitiert ihn der Experte Hans Rühle, ehemals Leiter des Planungsstabs im Bundesverteidigungsministerium im SPIEGEL 2010 [1].

Wie der SPIEGEL Ende März [2] berichtete, habe es bereits 2004 unter Rot-Grün gemeinsame Ausstiegspläne gegeben, die an Minister Clement (SPD) gescheitert seien. In der Opposition habe es erneut Einigkeit gegeben, den Ausstieg zu fordern. Nun unter Schwarz-Rot übernimmt Minister Gabriel (SPD) die CDU-Argumentation, mit der Fortsetzung des Vertrags "einen Beitrag zur Verbesserung der Sicherheit von kerntechnischen Anlagen in Brasilien" leisten zu wollen. So die

Antwort auf eine Kleine Anfrage der GRÜNEN. Ein schmutziges, friedenspolitisch höchst gefährliches Spiel, ganz zu schweigen vom Widerspruch zum Atomausstieg und der Notwendigkeit der Förderung der erneuerbaren Energien.

Dankenswerterweise bleibt die GRÜNE Bundestagsfraktion Ihrer Position treu. Auf Initiative der atompolitischen Sprecherin MdB Sylvia Kotting-Uhl wurde im September trotz erheblicher Aussichtslosigkeit bei den gegenwärtigen Mehrheitsverhältnissen ein förmlicher Antrag an den Bundestag gestellt [3] und am 6. November in ihrer Bundestagsrede mündlich begründet. Die brasilianische Antiatom-Bewegung hatte im Oktober ihre Zustimmung mitgeteilt [4].

Die Bomben-Ankündigung des brasilianischen Vizepräsidenten ist keine leere Drohung. Die Vorbereitung läuft über die Ausrüstung mit Atom-U-Booten. Obwohl, wie in [1] genauer ausgeführt wird, Brasilien per Verfassung die nuklearen Aktivitäten auf "friedliche Zwecke" beschränkt und den Atomwaffensperrvertrag unterzeichnet hat, wird dieser unterlaufen. Der IAEA wurde die uneingeschränkte Kontrolle der Urananreicherungsanlage verweigert und die Atom-U-Boot-Entwicklung ist zum militärischen Sperrgebiet erklärt worden, zu dem IAEA-Inspektoren keinen Zutritt haben. Dieser offene Verstoß gegen den Atomwaffensperrvertrag wird als Verhandlungssache deklariert.

Es lohnt sich, einen Blick in die Vorgeschichte zu werfen, die sehr viel mit den Kernforschungszentren Jülich und Karlsruhe zu tun hat und mit der Aufklärungsarbeit der in Karlsruhe ansässigen „Initiative gegen Militärforschung an Universitäten“. Das können angesichts einer 70-jährigen Vorgeschichte nur ungeordnete Gedankensplitter sein, verbunden mit der Anregung, die zitierten links zu studieren.

Zuerst seien die Lateinamerika-Nachrichten genannt, die die Zusammenhänge 1980 mit der Broschüre "Das deutsch/brasilianische Bombengeschäft" auf den Punkt gebracht haben [5]. In tazblogs wurde das anlässlich des bevorstehenden 40. Jahrestags in einem Hintergrundbeitrag im Kontext der „Nunca Mais“-Brasilientage 2014 aufgegriffen [6].

Welche Pläne die Bundesrepublik mit den Atomexporten in Diktaturen verfolgte, war in der Zivilklausel-Tagung im Juni 2012 am Karlsruher Institut für Technologie KIT von Harry Block (langjähriger Antiatom-Experte aus Karlsruhe) in dessen Beitrag „Option Atomwaffenstaat?“ [7] untersucht worden.



Unterzeichnung deutsch-brasilianischer Zusatz-Vertrag 1978
Quelle: Film „Bombenwahn“ 1989

In ähnlichem Sinne war 1989 von Karlsruher attac-Aktiven um Georg Rammer und Sigg Mutschler-Firl ein einzigartiger Dokumentarfilm mit dem Titel „Bombenwahn“ [8] über 33 Jahre Kernforschungszentrum geschaffen worden, mit Dokumenten und Interviews über die Atom-Nazis Greifeld und Schnurr und deren Atomtechnologie-Exportpolitik an Diktaturen zwecks Atomwaffenherstellung auf fremden Boden. Unter den Interview-Partnern Harry Block und Wolff Geisler aus Köln aus der Anti-Apartheid-Bewegung. Dort wird über eine weitere

Vertragsunterzeichnung mit Brasilien im Jahre 1978 im Kernforschungszentrum Karlsruhe

berichtet. Im Bild brasilianische Diplomaten und Militärs mit dem Vorstandsvorsitzenden Rudolf Harde (links) bei der Unterzeichnung eines Vertrags über die Technologie-Unterstützung bei der Urananreicherung, unerlässlich für den inzwischen geschlossenen atomaren Brennstoffkreislauf.

In Karlsruhe gab es in den 80er Jahren ein gesellschaftskritisches Magazin namens KiK. Dort erschien im Juni/Juli 1982 eine absolut lesenswerte Zusammenfassung der Vorgänge bis in die Nazi-Atomwaffenforschung zurück unter dem Titel "Das deutsche Atom-Kartell" - Von Hitlers Atombombenprojekt zum „Schnellen Brüter“, gerettet dank stattweb.de [9], Darin ist übrigens das obige Bild aus „Bombenwahn“ als Bildmontage vor dem Hintergrund der Trenndüsen-Anlage zur Urananreicherung enthalten.

Aus einem bewegenden Grund hatte der Autor im Mai 2011 eine dreiteilige Artikelserie unter dem Titel „Zerbrecht die Plutonium-Tritium-Diktatur“ geschrieben, die in die Neue Rheinische Zeitung online gestellt wurde [10]. Hier nur die Schlagzeilen: • Warum Alt-Nazis unter Adenauer Kernforschung betreiben sollten • Die Schimären Transmutation und Kernfusion am KIT in Karlsruhe • Die Genese der Plutonium-Gesellschaft - In Memoriam Léon Gruenbaum (1934 – 2004).

Ja, die Erinnerung an den von dem Atom-Nazi Greifeld verfolgten jüdischen Physiker Léon Gruenbaum aus Frankreich, dessen Eltern dorthin fliehen konnten und dessen größter Familienteil in den faschistischen Vernichtungslagern umkam, war der bewegende Hintergrund der Serie.



Gruenbaum-Symposium 2013: Harald Denecken, Rolande Tordjman-Grunbaum, Joachim Radkau, Manja Altenburg, Wolff Geisler, Dietrich Schulze, Christof Müller-Wirth, Andrea Hoffend, Nadja Brachmann (v.l.n.r) Foto: Sandra Jacques, Quelle: Broschüre Zitat [11]

Das Forum | Ludwig Marum, das sich der Mahnung an den von den Nazis im KZ Kislau umgebrachten sozialdemokratischen Politiker und Rechtsanwalt verschrieben hat, veranstaltete im Oktober 2013 zu Ehren Léon Gruenbaums ein beachtetes Symposium mit Léons Witwe Rolande Tordjman-Grunbaum aus Paris und interessanten Referaten. Dabei kam auch die Atom(waffen)politik zur Sprache, über die Léon eine wichtige Monographie geschrieben hatte. Es war ein glücklicher Zufall, dass eben jener zuvor erwähnte Wolff Geissler, der persönlich mit Léon zusammen gearbeitet hatte, teilnehmen konnte

und auch über die schändliche Brasilien-Politik zu sprechen kam. Die Broschüre über das Symposium ist gerade anlässlich der Pogromnacht online gestellt worden [11]. Nicht unerwähnt sollte bleiben, dass auch die seit einiger Zeit gegen die Hermes-Kredite für die brasilianische Atom-Aufrüstung laufende Kampagne „Don't bank the bomb“ angesprochen worden ist. Aufschlussreiche Hintergrundberichte sind bei german-foreign-policy.com erschienen: 2010 „Die brasilianische Bombe“ [12] und 2012 „Mehrzweckforschungsreaktor“ und „Ein Versailles kosmischen Ausmaßes“ [13].

Abschließen möchte ich diese dokumentarische Revue mit einem Beitrag im ZDF-Online-Flyer Nr. 365 zum Hiroshima- und Nagasaki-Gedenken 2012 „Kann D Atomwaffen?“ [14]. Allen Ernstes hatte der damalige KIT-Präsident Eberhard Umbach behauptet, dass Deutschland keine Atomwaffen bauen könne. Gnadenlos geschmeidig, könnte man meinen. Umbach ist jedoch Physiker. Das bedeutet angesichts der Fakten eine vorsätzliche Verdummung der Öffentlichkeit. Die wirklichen Motive hat Otto Meyer im August in „Ossietzky“ unter dem Titel „Was die Atom-Lobby vertuscht“ [15] dargelegt.

Und noch das Allerneueste vom großen Bruder. Laut dpa [16] kündigten die USA eine umfassende Modernisierung ihres gesamten Waffenprogramms einschließlich Atomwaffen an, um die strategische US-Überlegenheit und die nukleare Abschreckung gewährleisten zu können. Die Modernisierung des Atomwaffenarsenals betrifft Atombomber, Atom-U-Boote und Raketensilos. Erinnern Sie sich noch, was der Friedensnobelpreisträger verkündet hatte? Präsident Obama verspielt damit die letzten Hoffnungen und stößt ein aggressives neues Wettrüsten an. Im Jahre 100 des Beginns des Ersten Weltkriegs und im Jahre 75 des Beginns des Zweiten Weltkriegs bedeutet das nichts anderes als die materielle und gedankliche Vorbereitung eines atomaren Dritten finalen Weltkriegs. Alle anderen Atomwaffen-Besitzer werden zu ähnlichen Modernisierungen angestiftet. Atomare Schwellenländer und viele andere mehr werden sich darin bestärkt fühlen, die sogenannte „friedliche Nutzung“ auszubauen und eigene Atomwaffen-Programme zu forcieren.

Nachtrag des Autors vom 19. November 2014

Aufgrund einer ärgerlichen Kommunikationslücke, die ich auf meine Rechnung nehmen muss, ist mir erst gestern, am Tage nach der Einreichung der Endfassung des Artikels, der Fakt bekannt geworden, dass eine Bundestagsmehrheit von CDU/CSU und SPD der Verlängerung des Atomabkommens mit Brasilien zugestimmt hat:

<https://www.jungewelt.de/inland/atomabkommen-mit-brasilien-verlaengert>

Meine heutige Recherche hat ergeben, dass die Ablehnung des GRÜNEN Bundestagantrags bereits am 6. November beschlossen wurde:

http://www.bundestag-kalender.de/2014_November_Kalenderdetailformat.pdf

Der Tenor des Artikels und die detaillierten Hintergrund-Informationen über die Geschichte des Abkommens bleiben davon unberührt. (PK)

Quellen:

- [1] <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-70327170.html>
- [2] <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/atomenergie-gruene-kritisieren-verlaengerung-von-vertrag-mit-brasilien-a-961421.html>
- [3] <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/026/1802610.pdf>
- [4] http://kotting-uhl.de/site/wp-content/uploads/2014/11/20141029_Brief-Kündigung-Atomabkommen_ALEM.pdf
- [5] <http://fdcl-berlin.de/publikationen/fdcl-veroeffentlichungen/In-fdcl-1980-das-deutsch-brasilianische-bombengeschaeft/In-und-fdcl-das-deutschbrasilianische-bombengeschaeft-berlin-west-1980/#c1336>
- [6] <http://blogs.taz.de/latinorama/2014/03/06/der-atomdeal-und-die-ungehorsamen/>
- [7] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20121230.pdf>
- [8] <https://vimeo.com/89016996> <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20140316.pdf>
- [9] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20110509.pdf>
- [10] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20110525.pdf>
- [11] <http://www.forum-ludwig-marum.de/site/assets/files/1012/broschuere.pdf>
- [12] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20110510.pdf>
- [13] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20120628.pdf>
- [14] <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=18082>
- [15] <http://www.sopos.org/aufsaeetze/4d99d77bebb89/1.phtml>
- [16] <http://www.handelsblatt.com/politik/international/robotertechnik-usa-wollen-militaertechnik-modernisieren/10988074.html>

Rüstungskonversion und Zivilklausel

Von Dietrich Schulze

Anfang Oktober wurde aus einem Bericht von Sabine Lösing (Koordinatorin der linken GUE/NGL-Fraktion im EU-Parlament) bekannt [1], dass die neue EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini die Militarisierung der Europäischen Union kräftig vorantreiben will. Sie will die Unterwerfung der EU-Außen- und Entwicklungspolitik unter militärische Imperative, die Verstärkung der zivil-militärischen Zusammenarbeit und immer mehr Geld für Militärforschung.



Neue EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini
Quelle: <http://www.euractiv.de/>

Bekanntlich haben die Deutschen seit geraumer Zeit betreffend EU-Politik und EU-Spitzenpersonal die Hosen an. Das ist exakt die hierzulande verfolgte Aufrüstung auf allen Gebieten. Die kritischen Berichte und Konferenzen darüber sind kaum noch zu überblicken. Der allgemeine Tenor zur Militarisierung im Blick auf die deutsche Geschichte: Ablehnung, Ablehnung, Ablehnung. Die vorherrschende Politik hingegen verteuft den Pazifismus [2] und hat inzwischen aus dem „NIE WIEDER!“ nach der Befreiung ein „NIE WIEDER KRIEG OHNE DEUTSCHLAND!“ gemacht.

Genügt es, die neudeutsche Kriegspolitik anzuprangern? Das Anprangern ist wichtig, aber es genügt nicht. Es muss gelingen, konkrete materielle und ideelle Erfolge zusammen mit engagierten und couragierten Menschen zu erzielen. Das soll an zwei Schlüsselprojekten „Rüstungskonversion in der Industrie“ und „Zivilklausel in der Bildung“ etwas genauer dargestellt werden.

Beides spielte vor kurzem eine Rolle bei einer Veranstaltung in Karlsruhe mit Jürgen Grässlin über sein »Schwarzbuch Waffenhandel« und den "unrühmlichen" dritten Platz Deutschlands in der Welt als Waffenexporteur.

Das war verbunden mit einer Presseerklärung der Aktion „Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ über den Rüstungsexportbericht 2014, der den Charakter eines Offenbarungseids hat. [3] In der Presseerklärung ist u.a. „ein sofortiges Förderungsprogramm zur Rüstungskonversion“ und die „Umstellung auf eine nachhaltige, ethisch verantwortbare Zivildfertigung“ gefordert worden. Grässlin erwähnte dazu eine aktuelle Resolution der Delegiertenversammlung der IG Metall Stuttgart [4], in der es heißt: „Rüstungsproduktion ist menschenverachtend sowie eine ungeheure unnütze Verschwendung von Ressourcen aller Art. ... Arbeitsplatzverluste in der Rüstungsindustrie sind durch Wandlung in Arbeitsplätze zur Herstellung ziviler, gesellschaftlich notwendiger Produkte zu kompensieren. Rüstungsarbeitsplätze erfordern Investitionen in teure Technologie. Für dieses Geld können in anderen Bereichen (Bildung, Gesundheit...) mehr und gesellschaftlich sinnvolle Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Konversionsdebatte muss in den Rüstungsbetrieben nachhaltig geführt werden. Hier übernimmt die IG Metall eine aktive und steuernde Rolle.“ Das ist ein gutes Signal gegen die IG Metall-Betriebsratsfürsten, die High-Tech-Rüstung wegen der Arbeitsplätze im O-Ton ihrer Arbeitgeber propagieren. Was das zum Beispiel konkret für Daimler heißt, wird man noch erfahren. In der Diskussion hat sich der Autor auf die

Presseerklärung und die Resolution bezogen und in Erinnerung gerufen, welche mobilisierende Rolle ein einziges konkretes Beispiel von Rüstungskonversion entwickeln würde. Letztlich setzt nur das von Unten real Er kämpfte Zeichen der Hoffnung. Das ist den Älteren in der IG Metall noch im Gedächtnis aufgrund der Proteste gegen die U-Boot-Lieferung an die Diktatur in Chile.



Jürgen Grässlin bat den Autor in der Versammlung explizit etwas zu einer ähnlichen Thematik an den Hochschulen, zur Zivilklausel zu sagen. Hierbei geht es darum, Forschung und Lehre ausschließlich zivilen Zwecken zu widmen und Rüstungsforschung zu unterbinden. Eine auch nur ansatzweise Gesamtschau hätte den Veranstaltungsrahmen komplett gesprengt. Deswegen konnte nur ein einziges virulentes Problem am Karlsruher Institut für Technologie (KIT) herausgegriffen werden. Erst im Mai wurde bekannt [5], dass KIT in militärische Atomforschung verwickelt ist. Ein unerhörter Vorgang, der selbst gegen das insofern dürftige KIT-Gesetz verstößt. Dazu war eine kleine Druckschrift der Initiative

Jürgen Grässlin Quelle: Augsburger Friedens-Ini

gegen Militärforschung an Universitäten unter dem Titel „Militärische KIT-Atomforschung“ [6] verteilt worden. Dabei geht es um eine geräuschlose Flüssigmetall-Kühlung für atomare Leistungsreaktoren, die besonders für Atom-U-Boote geeignet sind. Fraglos viele Länder incl. Russland, die Atom-U-Boote einsetzen, haben ein gesteigertes Interesse daran. Mit dieser Forschung muss unverzüglich Schluss gemacht werden. Entsprechende Gegenmaßnahmen sind in Arbeit.

Gibt es denn Hochschulorte, an denen Zivilklausel und Rüstungskonversion eine verbindende Rolle spielen oder gespielt haben. Ja, und zwar ein sehr schönes in der Rüstungshochburg an der Weser [7]. An der Uni Bremen gibt es seit 1986 infolge der Ablehnung von Reagan's Star War Programm eine Zivilklausel. Die sollte Mitte 2011 nach dem Willen des Chefs der Weltraumrüstungsschmiede OHB Systems, die eng mit der Bundeswehr zusammenarbeitet (SAR-Lupe), gestrichen werden, weil er sonst keinen Stiftungslehrstuhl für Weltraumforschung an der Uni finanzieren würde. Dagegen bildete sich ein breites Bündnis, das dem entgegentrat und als Alternative die Einrichtung eines Lehrstuhls für Rüstungskonversion forderte. Der hätte genug zu tun gehabt, den Beschäftigten der Bremer Rüstungsbetriebe dabei zu helfen, ein Konversionsbeispiel zu schaffen.

Und das besonders Wichtige daran. Die Zivilklausel ist nicht nur ein Gegenmittel zur Rüstungsforschung, sondern vor allem auch ein Fördermittel für zivile Forschung und Lehre. Die Schaffung eines Rüstungskonversions-Lehrstuhls wäre ein Meilenstein geworden. Nun gut, die Zivilklausel wurde gerettet und sogar in die Uni-Leitlinien eingetragen, der Lehrstuhl geriet in Vergessenheit. Wohl nicht zuletzt deshalb, weil es damals in der Bremer IG Metall keine Initiative gegeben hat, wie jetzt in Stuttgart. Könnte sich das ändern?

Leider ist das noch nicht das Schlimmste. Der OHB-Chef blieb hartnäckig, lernte die Zivilklausel lieben und diese zu unterlaufen. Dabei half ihm der Uni-Rektor und es wurde eben doch die besagte Stiftungsprofessur eingerichtet mit einem Prof. Claus Braxmaier aus Konstanz, der dort eng mit dem Rüstungsgiganten EADS zusammengearbeitet hatte. Selbstredend war er für die Zivilklausel. Diese Professur, ein glatter Verstoß gegen die Zivilklausel. Das ehemalige Bremer Protestbündnis ließ sich täuschen und hat jeglichen Protest gegen den fortgesetzten Zivilklausel-Verstoß eingestellt. Der Autor hat das im Kontext mit ähnlichen Negativ-Entwicklungen in der NRhZ unter dem Titel „Zivilklausel-Verstöße: Was tun?“ [8] zusammen gestellt.

Dem objektiv negativen Tenor sei aus dem Artikel das optimistische Zitat beiseite gestellt: „Nichts ist überzeugender als ein selbst erstrittener Erfolg. Das ist aufgrund der Kriegspolitik des „Trio infernale“ nicht leichter geworden. Auch früher war das nicht leicht. Das Verständnis der politischen Entwicklungen ist wichtig. Es bleibt aber nutzlos, wenn nicht persönlich der Versuch einer solidarischen Umsetzung der Erkenntnisse gemacht wird.“

Die duale Thematik Rüstungskonversion / Zivilklausel ist hochinteressant auch für die Bodensee-Region, Kiel, Jena, Augsburg und München, um nur fünf weitere Standorte zu benennen. Mehr in der WebDoku der Initiative <http://www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf>

Die gemeinsame gedankliche Grundlage für Rüstungskonversion und Zivilklausel ist, alle Konflikte und Krisen überall in der Welt gewaltfrei mit ausschließlich zivilen Mitteln zu lösen. Das nennt man Pazifismus. Arbeiter und Studierende, die das sinngemäß denken, können nicht gebraucht und toleriert werden, um die neue Kriegspolitik mit zu tragen und voran zu bringen. Also wird der Pazifismus verteufelt [2].

Hiergegen gibt es einen deutlichen Nachholbedarf. In der Webseite der AG Friedensforschung des Kasseler Friedensratschlags, eines der bedeutendsten Friedensnetzwerke, endete die Pazifismus-Debatte vor mehr als einem Jahr [9]. Das ist ganz gewiss der furchtbaren Menge an Aktivitäten gegen Militarisierung und Kriegspolitik geschuldet, wie sie in der Tagesordnung des Friedensratschlags am 6./7. Dezember [10] mit vielfältigen internationalen Aspekten zum Ausdruck kommt. Das ist selbst bei derjenigen Organisation, deren Gründungsgedanke der Pazifismus in Form der Kriegsdienstverweigerung ist, nicht selbstverständlich. Die Kampagne „Schulfrei für die Bundeswehr – Lernen für den Frieden“ will in ihrer Sitzung am 6. November einen Pazifismus-Kongress [11] erwägen. Der IMI-Kongress [12] am 16./15. November wird sich mit der materiellen und ideellen Seite der neudeutschen Großmachtpolitik befassen. Das Zivilklausel-Arbeitstreffen [13] am 24./25. Januar könnte den einen oder anderen Pazifismus-Aspekt beleuchten. Es bleibt viel zu tun.

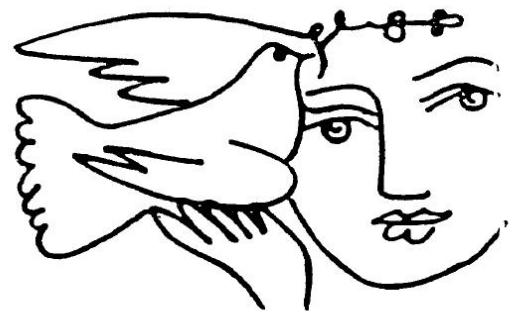
Noch etwas Originelles zum Schluss mit Bezug auf die eingangs zitierte EU-Außen- und Entwicklungspolitik. Die entwicklungspolitische Sprecherin der LINKEN Bundestagsfraktion Heike Hänsel teilte im März zum erneut mickrigen Etat des Entwicklungsministeriums mit, dass die LINKE die Beendigung der zivil-militärischen Zusammenarbeit fordert und für alle Instrumente der deutschen Entwicklungszusammenarbeit eine Zivilklausel beantragt [14a]. Im April forderte sie im Bundestag, "dass der Europäische Entwicklungsfonds für rein zivile Zwecke verwendet wird! Wir wollen eine Zivilklausel für die Ausgaben auf europäischer Ebene." [14b] Diese innovative Zivilklausel schließt selbstverständlich die Rüstungskonversion ein. (PK)

Politik für den Frieden statt permanenten Krieg

21. bundesweiter und internationaler
Friedensratschlag 2014

in Kassel, Universität

Sa/So, 6. und 7. Dezember



**Nach Militärinterventionen:
Chaos und Gewalt
Deutscher Imperialismus reloaded?
Kriege um Ressourcen**

Quelle: AG Friedensforschung Kassel

- [1] <https://www.jungewelt.de/abgeschrieben/federica-mogherini-und-die-militarisierung-der-eu-außenpolitik>
- [2] <http://www.taz.de/NULL/!148293/>
<http://www.zeit.de/2014/43/pazifismus-auslandseinsaetze-bundeswehr>
<https://www.jungewelt.de/ansichten/stahlharte-selbsterweichung>
- [3] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20141015.pdf>
<http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20141017bnn.pdf>
- [4] <http://www.stuttgart.igm.de/news/meldung.html?id=66816>
- [5] <http://neckarwestheim.antiatom.net/blog/1106-atomforschung-in-karlsruhe>
- [6] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20141017kit.pdf>
- [7] http://www.bremerfriedensforum.de/pdf/Broschuere_gesamt.pdf
- [8] <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=20882>
- [9] <http://www.ag-friedensforschung.de/themen/Pazifismus/Welcome.html>
- [10] <http://www.ag-friedensforschung.de/rat/2014/programm.html>
- [11] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20140923.pdf>
- [12] <http://www.imi-online.de/2014/10/10/imi-kongress-2014-deutschland-wieder-die-grossmacht/>
- [13] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20141023.pdf>
- [14a] <http://www.linksfraktion.de/pressemitteilungen/abgeordnete/grosse-koalition-setzt-schwarz-gelbe-knickrigkeit-entwicklungsfinanzierung-fort>
- [14b] <http://www.linksfraktion.de/reden/gerechte-politik-bedeutet-umverteilung-hier-weltweit/>

Online-Flyer Nr. 480 vom 15.10.2014

<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=20882>

Verpflichtende Friedensbindung an Hochschulen und bittere Wahrnehmungen

Zivilklausel-Verstöße: Was tun?

Von Dietrich Schulze

Zu Beginn des Jahres wurde von der Presse veröffentlicht, dass 22 hiesige Hochschulen seit 2010 Forschungsprogramme vom Pentagon finanziert bekommen. Das bedeutet, hunderte von beteiligten WissenschaftlerInnen hatten über Jahre eisern geschwiegen. Denn für die vor 6 Jahren in Karlsruhe entstandene und inzwischen erwachsen gewordene Zivilklausel-Bewegung wäre das ein direkter Beweis für die Militarisierung von Bildung und Forschung gewesen. Also wird der

urdeutsche Charakter „Klappe halten“ praktiziert.



Zivilklausel-Logo NRhZ-Archiv

Die Chefstrategen der Uni-Militarisierung hatten sofort zwecks Abwehr der Proteste flächendeckend das „Argument“ verbreitet „Reine Grundlagenforschung“. Seit wann gibt die US-Kriegsführungs-Zentrale einen einzigen Dollar für Zwecke aus, die nicht der Modernisierung ihrer Waffen dienen? Dazu gehören selbstverständlich grundlegende neue

Erkenntnisse aus allen Forschungsgebieten.

Aus der Liste der betroffenen 22 Hochschulen sind besonders diejenigen interessant, die eine Zivilklausel besitzen. NDR und SZ verbreiteten, dass die TU Darmstadt, die TU Ilmenau, die Uni Bremen und die Uni Frankfurt a.M. im glatten Verstoß gegen deren Zivilklausel Pentagonmittel angenommen hatten.

Michael Schulze von Glaßer kam in einem FREITAG-Artikel im Juni auf mindestens 7 Hochschulen, die trotz Zivilklausel an Rüstungsprojekten forschen, nämlich zusätzlich die Unis Göttingen, Kassel, Konstanz, Rostock und Tübingen, macht zusammen 9.

Der Autor hatte bei einer Tagung in der Uni Potsdam im Mai zum Thema "Militarisierung in Deutschland" einen Lagebericht vorgetragen und unter der Schlagzeile „Klartext zur Praxis mit Zivilklauseln“ zu den Zivilklausel-Verstößen vorgetragen:

TU Berlin (trotz bestmöglicher Umsetzung – Unterlaufung passiert), Bremen, Konstanz und Tübingen (klare Verstöße), Dortmund und Oldenburg (Zivilklausel wird verschwiegen, warum wohl?), TU Darmstadt (pfiffige Auslegung & Pentagon-Mittel), Rostock und Ilmenau (Verstöße moniert), Göttingen (frühere Militärforschung verheimlicht), Kassel („Papiertiger“ laut AStA), Freiburg (Aufklärung Rüstungsmittel ignoriert). Macht zusammen mit den vorher genannten Verstößen mindestens 13. Eine düstere Bilanz, der nachgegangen werden muss.

In einem SWR-Beitrag im Kontext mit der Pentagon-Affäre wurde zusätzlich das KIT Karlsruhe als Empfänger genannt (Kombination aus Uni und Großforschungszentrum) sowie ein Zivilklausel-Verstoß aufgrund der EADS-Cassidian-Kooperation mit der Uni Konstanz konstatiert. Auch unter Hinweis auf die Tübinger Zivilklausel wurde daraus geschlossen, dass der Nutzen einer Zivilklausel umstritten ist. Die Unis könnten schlicht argumentieren, dass ihre Forschung der Friedensverteidigung diene. Ein weiteres Problem sei, dass Unis ihre Drittmittelprojekte nicht offenlegen. So würden nicht einmal Uni-Gremien wissen, ob bei ihnen Rüstungsforschung betrieben wird. Die Forscher seien ständig auf der Suche nach neuen Geldgebern. Diese Problemanalyse ist nicht unplausibel. Seit geraumer Zeit sagt dazu die Zivilklausel-Bewegung:

Die Zivilklausel muss gelebt werden

Das bedeutet Offenlegung aller Drittmittelprojekte fordern durch eine Transparenzklausel und Vermutungen über Rüstungshintergründe von Forschungsprojekten auch persönlich nachgehen. Die Verteidigung der Zivilklausel ist mit Nachhaltigkeit in der Arbeit und mit Zivilcourage verbunden.

In der genannten Potsdam-Tagung hatte der Autor folgende Überlegungen zu einer Zivilklausel vorgetragen:

- Rüstungs- und Kriegsforschung an den Hochschulen in jeder Form und Verpackung aufreißen, öffentlich skandalisieren, zurückdrängen und verhindern!
- Dafür sind Zivilklauseln mit Transparenzklauseln ein überzeugendes Mittel der Hochschulgemeinschaft im Interesse des Gemeinwohls und des Friedens und der Freiheit.
- Selbstbestimmung und Qualität erfordern die öffentliche Vollfinanzierung der alma mater.
- Der Charme der Zivilklausel für eine Wissenschaft der Aufklärung, der Humanisierung der Lebensverhältnisse und der weltweiten Solidarität muss noch konkreter entwickelt werden.
- Unten vor Ort in den Hochschulgruppen und ASten sollten mit dem sympathischen Umfeld reale mess- und vermittelbare Fortschritte gegen Militärisches erkämpft werden.
- Nichts ist überzeugender als ein selbst erstrittener Erfolg. Das ist aufgrund der Kriegspolitik des „Trio infernale“ nicht leichter geworden. Auch früher war das nicht „leichter“.
- Das Verständnis der politischen Entwicklungen ist wichtig. Es bleibt aber nutzlos, wenn nicht persönlich der Versuch einer solidarischen Umsetzung der Erkenntnisse gemacht wird.

Aus aktuellen Gründen, u.a. bevorstehenden Zivilklausel-Konferenzen, sei es gestattet aus den 13 benannten Hochschulen einige etwas genauer zu beschreiben und die obigen Empfehlungen zur Praxis zu präzisieren.

Nach der TU Berlin, die das alliierte Rüstungsforschungsverbot 1989 mit einem Zivilklausel-Senatsbeschluss fortführte, hat die Uni Bremen seit 1986 die älteste Zivilklausel, entstanden aus dem bundesweiten Protest gegen das Reagan'sche Laser-Raketenabwehr-Programm. Aufgrund der jahrelangen engen Zusammenarbeit mit OHB-Technology und deren Gründern Fuchs für die Entwicklung von militärisch nutzbaren Satelliten wurde lange Zeit wie selbstverständlich gegen die Zivilklausel verstoßen, und das Ehepaar Fuchs gar mit der Ehrenbürgerwürde der Uni ausgezeichnet. Ins Rollen kam die Problematik mit der geplanten Einrichtung einer 10-jährigen OHB-Stiftungsprofessur für die Weltraum-Zusammenarbeit mit der Uni. Im März 2011 wurden kurz hintereinander diese Professur und ein Rüstungsforschungsprojekt in Zusammenarbeit von Uni Bremen und Uni Karlsruhe bekannt. Nach einer AStA-Kritik an der Stiftungsprofessur ging OHB-Fuchs im Juni 2011 in die Offensive und verlangte die Streichung der Zivilklausel. Nun folgte eine längere harte und ermutigende Auseinandersetzung um die Einhaltung der Zivilklausel und die Verantwortung der Wissenschaft für den Frieden. Daran sind neben den Studierenden eine Prof-Initiative, das Bremer Friedensforum und die Linkspartei beteiligt. Der Erfolg blieb nicht aus. Im Januar 2012 wird die Zivilklausel vom Senat bestätigt und eine entsprechende Formulierung für die Uni-Leitlinien beschlossen. Kurz davor war bei der Rektorwahl der Kandidat mit der harten Anti-Zivilklausel-Linie durchgefallen und eine „weiche“ Variante gewählt worden - Bernd Scholz-Reiter, der angeblich nichts gegen die Zivilklausel hatte. Das war kein Zufall, denn auch OHB-Fuchs hatte inzwischen Kreide gefressen und konnte nun mit dem neuen Uni-Siegel seine OHB-Stiftungsprofessur in geänderter Fassade durchsetzen. Im August 2012 wurde mit vertraglicher Uni-Zustimmung Claus Braxmaier aus Konstanz auf die Professur gesetzt. Er hatte sich ausdrücklich gegen Rüstungsforschung ausgesprochen, obwohl er in Konstanz nachweislich mit EADS zusammen gearbeitet hatte. Eine offensichtliche akademische Zweckklüge, von OHB-Fuchs und Scholz-Schreiter wider besseren Wissens gebilligt und begrüßt. Und was taten die erfolgreichen Verteidiger der Wissenschaftsfreiheit dagegen? Neben ein paar anfänglichen Warnungen seit geschlagenen zwei Jahren gar nichts. Der fortgesetzte Verstoß gegen die Zivilklausel durch die Braxmaier-Kooperation für den OHB-Kriegssatelliten SAR-Lupe wird ignoriert und damit gebilligt. Es geht sogar soweit, dass ein Kritiker, der kürzlich auf diesen unhaltbaren Zustand hinwies, mit einer unflätigen Antwort abgespeist wurde. Mehr darüber in der WebDoku (s. Impressum) unter Eintragsdatum 24.09.14.

Eine-Welt-Haus 3.7.2009 München Protest gegen SiKo-Chef Ischinger



Kriegstrommler Wolfgang Ischinger bei attac München
Collage: Dietrich Schulze/NRhZ-Archiv

Was tun? Es gibt keine Alternative zum Wiederaufleben des anfangs genannten Bündnisses aus Studierenden, Professoren, Friedensbewegung und Abgeordneten. Die älteren Erfahrenen stehen in der Pflicht, auf die Studierenden zuzugehen. Der Verweis auf eine Landes-Zivilklausel kann keine Lösung sein, wenn zu Verstößen geschwiegen wird. Es gibt genügend aktuelle Ansatzpunkte. Zitat OHB-Fuchs in einen Bundeswehr-Papier über die internationale Spionage-Satelliten-Konkurrenz: "Indirekt wissen wir, dass wir hier wohl unschlagbar sind" (ND 04.09.14). Woher kommt diese widerwärtige Qualität? Auch aus akademischen Köpfen.

Zivilklausel Uni Tübingen

Aufgrund der bundesweiten Studierenden-Streiks im Herbst 2009 setzte der AStA der Uni Tübingen die Zivilklausel ganz nach vorn in seinem Forderungskatalog. Bereits im Januar 2010 beschloss der Senat eine entsprechende Präambel zur Grundordnung. Das war äußerst überraschend für eine traditionell konservative Uni, die 1991 eine ähnliche Zivilklausel-Forderung aufgrund aufgedeckter Rüstungsforschung noch brüsk abgelehnt hatte, während diese vom Großen Senat der Uni Konstanz beschlossen worden war. Das war auch deswegen äußerst überraschend, weil der damalige CDU-Wissenschaftsminister definitiv gegen Zivilklauseln war und mit der Konstanzer leben konnte, weil diese unter den Teppich geraten war. Und tatsächlich machte dieser die Tübinger Zivilklausel Mitte 2010 durch Zustimmung rechtskräftig und begründete das mit dem wurmstichigen Argument, dass eine Präambel nicht verbindlich sei.

Bereits im Oktober 2010 begann das Institut für Politikwissenschaften damit, den Kriegstrommler Wolfgang Ischinger (Münchener „Sicherheits“-konferenz) als Honorarprofessor für die Uni Tübingen anzubaggern. Es kann nachgewiesen werden, dass die mit der Vorbereitung dieses offensichtlichen Verstoßes gegen die Zivilklausel Betrauten, darunter ein GEW-Kollege, den Vorgang absolut geheim hielten bis zum Paukenschlag der Ischinger-Eröffnungsvorlesung in seiner neuen „honorigen“ Rolle. Den ersten öffentlichen Aufschlag dagegen veröffentlichte der Autor unter dem Titel „NATO nimmt Universität im Handstreich“ (ND 15.07.11). Daraufhin folgten viele Proteste. Bereits vorher hatten Studierende gegen absichtsvolle Ischinger-Vorlesungen protestiert. Die Strategen des Instituts für Politikwissenschaften und besagter GEW-Kollege gingen weiter und organisierten unter Täuschung von friedensbewegten Referenten im Wintersemester 2011/2012 eine ganze Vorlesungsreihe mit dem Zweck, die Zivilklausel als eine Friedensklausel auszulegen, die mit Forschung für militärische Zwecke vereinbar ist (Stichwort „Friedenseinsätze“ der Bundeswehr).



Zivilklausel-Demonstration vor der Uni Tübingen
Quelle: AK Zivilklausel Uni Tübingen 2011

Merken Sie etwas, liebe LeserIn? Eine „weiche“ Zivilklausel-Variante, gesteuert von Ischinger-Fans, die obendrein dem Rektor vorwerfen, dass er nichts für eine Registrierung der Drittmittelforschung tut, als Bedingung für die Überprüfbarkeit der Zivilklausel. Dabei wird Drohnenforschung schon lange öffentlich thematisiert. Ein Doppelspiel von „besorgten“ Wissenschaftlern mit einem Rektor, der die Ablehnungsrolle spielt, alles fein fleißig von der grün-schwarzen Wissenschaftsministerin Baden-Württembergs abgedeckt. Die Zivilklausel als friedliches Aushängeschild für die gegenteilige Uni-Politik.

Und nun kommt das Schlimmste. Seit zwei Jahren ist die Tübinger Zivilklausel-, Gewerkschafts- und Friedensbewegung bezüglich des fortgesetzten Verstoßes gegen die Zivilklausel aufgrund der Ischinger-Honorarprofessur immer leiser geworden, zur Genugtuung des Kriegstrommlers. Eine einzige Gruppe, die Tierschützer, die Antispeziesistische Aktion Tübingen, wandte sich vor der 50. NATO-

„Sicherheits“-konferenz mit einem gelungenen Ischinger-Portrait an das ehemalige Bündnis mit den Worten: „Insgesamt sollte mehr darüber nachgedacht werden, wie die Tübinger Gruppen wieder besser zusammenarbeiten sich in einem breiten Bündnis gemeinsam engagieren, schließlich konzentrieren sich hier einige Merkmale, welche von Tübinger Gruppen in der Vergangenheit schon thematisiert worden sind, wie beispielsweise Elitarismus, Militärforschung, Tierversuche, mangelhafte Aufarbeitung der NS-Vergangenheit oder das Hofieren reaktionärer

Burschenschaften." Reaktion der Angesprochenen: Null. Zu dem geforderten Neustart der Tübinger Friedensbewegung gibt es keine Alternative. Ich bleibe optimistisch, dass der Neustart gelingen möge und die Ischinger-Sommervorlesung 2015 ordentlich verhagelt wird.

Zivilklausel Uni Rostock

Am 29. Juni 2011 beschloss das Konzil der Uni Rostock, eine Zivilklausel in die Grundordnung aufzunehmen. Größere Studierendenaktionen davor sind nicht bekannt geworden. Überraschung. Und erst der Text, fast wortgleich mit der Tübinger Zivilklausel. 8 Monate davor hatte in Tübingen die Unterlaufung der Zivilklausel begonnen. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt, zum Beispiel, dass diese nach dem Tübinger Modell als friedliches Aushängeschild auch in Rostock gedacht war. Schauen wir uns die Fakten an: • Okt. 2013 Offener Protestbrief des Rostocker Friedensbündnisses gegen die enge Uni-Zusammenarbeit mit dem Jahreskongress der Deutschen Gesellschaft für Wehrmedizin und Wehrpharmazie (DGWMP), die als unvereinbar mit der Zivilklausel gesehen wird. • Jan. 2014 NDR-Bericht über Minensuch-Projekt mit Bundeswehr-Finanzierung. Die Uni sieht in diesem Projekt wegen des „humanitären Charakters“ keinen Widerspruch zur Zivilklausel. • Juni 2014 Parlamentarische Anfrage MdL Saalfeld (GRÜNE): Grüne im Landtag fordern Aufklärung über wehrtechnisches Forschungsprojekt „Aufspüren von Wassermienen“ und Zulässigkeit wegen Zivilklausel. • Aug. 2014 Kritische Uni Rostock analysiert Uni-Kooperation mit BND und Bundeswehr bei Internet-Überwachung im Widerspruch zum geplanten Snowden-Ehrendoktor. Das muss ebenfalls als nicht vereinbar mit der Zivilklausel angesehen werden. Wird prompt von der Prorektorin für Forschung in einem taz-Leserbrief zurück gewiesen. Ein merkwürdiger Zufall. Erinnern Sie sich an den Satz zu Tübingen: „Ein Doppelspiel von „besorgten“ Wissenschaftlern mit einem Rektor, der die Ablehnungsrolle spielt, alles fein fleißig von der grün-schwarzen Wissenschaftsministerin Baden-Württembergs abgedeckt.“ Der Satz lässt sich hier komplett übernehmen; „Ein Doppelspiel von „besorgten“ Wissenschaftlern (Ehrendoktor-Befürwortern) mit einem Rektor, der die Ablehnungsrolle spielt, alles fein fleißig vom SPD-Wissenschaftsminister Mecklenburg-Vorpommerns abgedeckt.“ Der Autor hat dieses Spiel genauer unter die Lupe genommen und unter dem Titel „Whistleblower Edward Snowden - Ehrlose Ehrendoktor-Farce der Uni Rostock YES: Right Livelihood Award (Alternativer Nobelpreis)“ veröffentlicht (NRhZ 01.10.14).

Zivilklausel Uni Kassel

Ganz im Gegensatz zu Rostock haben die Studierenden, Hochschulgruppen und der AStA der Uni Kassel seit 2010 eine großartige und breit angelegte Mobilisierung für die Zivilklausel geleistet. Diese kann hier im Einzelnen nicht nachgezeichnet werden, doch diese harte dreijährige Arbeit führte im Januar 2013 zu einem messbaren und eindeutigen Erfolg. In einer Urabstimmung votierten die Studierenden mit 72,4 Prozent für eine Zivilklausel, d.h. für ausschließlich nichtmilitärische Forschung an der Uni Kassel. Im Juli 2012 war der Senat für die „Orientierung für Professorinnen und Professoren“ dem Studi-Antrag auf Einführung der Zivilklausel: „Forschung, Lehre und Studium an der Universität Kassel sollen ausschließlich zivilen und friedlichen Zwecken dienen.“ gefolgt. Der AStA sah das als einen ersten Schritt in die richtige Richtung an, plante aber zügig die Urabstimmung für die Zivilklausel in der Grundordnung. Was Wunder, dass der Senat das Urabstimmungsergebnis damit abtat, dass die Orientierung für die Profs ausreichend sei. Es folgte eine weitere harte Arbeit der Studis, die die Zivilklausel mit einer Transparenzklausel verbanden. Das war auch die Schlussfolgerung aus den bekannten Verstößen. Wie soll denn die Einhaltung der Zivilklausel ohne Offenlegung der Forschung, insbesondere der Drittmittelforschung, systematisch überprüft werden können? Im Dezember stimmte der Senat der Zivilklausel zu, lehnte aber die Transparenz-Klausel ab. Der AStA bezeichnete die Senatsentscheidung am 4.12.13 als „Schwarzen Tag für den Frieden“ und verlieh Rektor Postlep den Satire-Preis „Goldener Panzer 2013“.

Das Interessante an diesem vorbildlichen Aufklärungsprozess: Das was anderenorts als prima Zivilklausel angesehen wird, ist in den Augen der Kasseler Zivilklausel-AktivistInnen ein

„Papiertiger“. Eine wunderbare Folge: Julian Firges und Claudia Holzner sind bei allen größeren und kleineren Zivilklausel-Tagungen dabei und berichten über diese mit Abstand fortschrittlichsten Bemühungen um eine verbindliche Friedensbindung. Es ist völlig eindeutig, dass die Uni im Geheimen mit der Rüstungsschmiede Kraus-Maffei-Wegmann kooperiert. In den genialen Uni-Leaks-Briefkasten ist allerdings noch keine Post eingegangen. Stichwort: »Urdeutscher Charakter „Klappe halten“«. Man kann aber nie wissen, ob nicht doch.... Anfang September wurde bekannt, dass die Rüstungsschmiede nicht mit Rheinmetall, sondern mit dem französischen Pendant Nexter fusionieren will. Einer Pressemeldung zufolge soll der Vizekanzler beschleunigt 700 Dual-Use-Güter-Anträge (schwere Dieselmotoren, elektronische Steuerteile, Zentrifugen für Labor und Atomforschung) abwickeln. Wird es demnächst eine deutsch-französische Uni-Rüstungsforschungs-Kooperation geben oder wird die Zivilklausel die Grenze nach Frankreich überschreiten?

Uni Karlsruhe / KIT

Passt das KIT (Karlsruher Institut für Technologie) als Zusammenschluss von Uni Karlsruhe und der Helmholtz- bzw. Großforschungseinrichtung „Forschungszentrum Karlsruhe“ überhaupt in diese Liste? Das KIT hat keine Zivilklausel, also kann auch nicht dagegen verstoßen werden, z.B. betreffend der fünf Pentagon-finanzierten Forschungsprojekte oder der Drohnenforschungs Kooperation mit dem militärischen Fraunhofer-Institut IOSB. Es gibt jedoch im KIT-Gesetz, für das die Studierenden 2009 in der ersten Urabstimmung dieser Art eine Zivilklausel verlangt hatten, folgende Bestimmung: „Zur Wahrnehmung der Großforschungsaufgabe betreibt das KIT im Interesse der Allgemeinheit Forschung und Entwicklung zu friedlichen Zwecken vorwiegend auf dem Gebiet der Technik und ihrer Grundlagen.“ Unter Großforschungsaufgabe ist eindeutig die Atomforschung zu verstehen. Die müsste wegen des Atomausstiegs zwar erledigt sein. Von wegen. Das KIT betreibt Forschung für Atomreaktoren der IV. Generation. Das ist aber noch längst nicht das Schlimmste. Das Aktionsbündnis CASTOR-Widerstand veröffentlichte Fakten über die Entwicklung einer neuartigen Flüssigmetallkühlung für Leistungsreaktoren auf der Basis der Naturkonvektion, mit denen die Pumpen überflüssig werden. Der Atomreaktor arbeitet damit praktisch geräuschlos. Nun raten Sie mal, wer daran ein großes Interesse hat! Antwort: Alle Atom-U-Boote für militärische Zwecke betreiben Länder. Das U-Boot kann getaucht schlecht von Oben und im Stillstand mit dieser Naturkonvektionsvariante auch nicht mit Schallortung aufgespürt werden. Ein Projekt von großem militärischem Interesse, dass der Bestimmung „zu friedlichen Zwecken“ im KIT-Gesetz eindeutig widerspricht und unverzüglich eingestellt werden müsste.

Auf der Grundlage einer Presse-Erklärung der „Initiative gegen Militärforschung an Universitäten“ gab es einen Bericht des Autors unter dem Titel „Atomare Militärstiefel ausziehen“ (NRhZ 14.06.14). Die Presse hatte das aufgegriffen und berichtet: ka-news am 14.05.14 und Stuttgarter Zeitung am 22.05.14. Keinerlei Reaktionen von KIT oder der Landesregierung. Die atompolitische Sprecherin der GRÜNEN Bundestagsfraktion, MdB Sylvia Kotting-Uhl, wurde angesprochen. Ein Gesprächstermin mit der Initiative ist in Arbeit.

Noch ein Wort zur KIT-Zivilklausel. Sie wurde von allen KIT-Leitungen seit 2009 zurückgewiesen. Der neue KIT-Präsident Holger Hanselka, kam von der TH Darmstadt und unter seiner Vize-Präsidenschaft wurde dort eine Zivilklausel beschlossen. Beim KIT wollte er nichts mehr davon wissen. Das hatte selbst die FAZ in einem Beitrag moniert. Die Studierenden bleiben dran. Am 29. August brachte der KIT-AStA eine Stellungnahme unter dem Titel „Kriege in und um Europa: Zivilklausel am KIT einführen!“ heraus. Eine wunderbare Botschaft zum Antikriegstag.

Schlussfolgerungen

Die Zivilklausel ist und bleibt trotz aller geschilderten Probleme ein Pfahl im Fleische der Militarisierte aller Couleure. Sie hat bereits zwei Landesgrenzen überschritten, nämlich die nach

Österreich und die nach der Schweiz. Alles nachlesbar in der einzigen umfassenden Zivilklausel-Dokumentation der „Initiative gegen Militärforschung an Universitäten“ (s. logo und Impressum)

23.000 Unterschriften „Lernen für den Frieden“

Eine interessante Methode der Öffentlichkeitsarbeit für die Zivilklausel darf in diesem Artikel nicht unerwähnt bleiben. Seit einem reichlichen Jahr werden persönliche Unterschriften für eine militärfreie Bildung, insbesondere für Zivilklauseln und gegen die Kooperationsabkommen Schule/Bundeswehr gesammelt. Am 8. Oktober konnte der Kultusministerkonferenz (KMK) in Essen ein Berg von 23.000 Unterschriften mit diesen Forderungen übergeben werden. Die AktivistInnen konnten mit Vergnügen registrieren, dass die GEW-Vorsitzende Marlis Tepe dabei war und diese Forderungen bekräftigte. Die stellv. DGB-Vorsitzende Elke Hannack hatte zur Unterstützung der Aktion einen Brief mit diesen Forderungen an die KMK gerichtet. Das alles verbessert unsere Lage. Es bleibt dabei: Breite Bündnisse schmieden und Zivilcourage entfalten. (PK)

Online-Flyer Nr. 478 vom 01.10.2014

<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=20832>

Ehrlose Ehrendoktor-Farce der Uni Rostock - YES: Right Livelihood Award

Whistleblower Edward Snowden

Von Dietrich Schulze

Nicht jede Ehrung stellt sich in der Praxis als das heraus, wie das dem Titel nach den Anschein haben sollte. Den Friedensnobelpreis 2009 zum Beispiel hat der US-Kriegsfürst Barack Obama erhalten. Nach einem massenweisen völkerrechtswidrigen Mord an unschuldigen Zivilisten mittels ferngesteuerter Kampfdrohnen-Einsätze ist er gerade dabei, Syrien mit Kampfbombern zu „befrieden“. Die US-Bomben regnen allerdings auf syrische Infrastruktur und nicht wie öffentlich deklariert auf die IS-Mörder, die bekanntlich zuvor als „Freiheitskämpfer“ aufgebaut worden waren und die gerade dabei sind, in Kobanê einen Massenmord an zehntausenden syrischen Kurden, Muslimen, Juden, Christen und Jesiden in der autonomen Region Rojava zu begehen.



Edward Snowden Quelle: crashonline.de

Es gibt Grund zur Solidarität aber nicht zum Verzweifeln. Auch in der großen Politik gibt es positive Erscheinungen. Vor einer Woche hat Edward Snowden, das beherzte und mutige Symbol gegen staatlichen Überwachungswahn, den Alternativen Nobelpreis (Right Livelihood Award) erhalten. Diese weltweit höchste alternative Würde steht ihm voll zu. Davor schon hatte er hierzulande den Whistleblower-Preis, den Stuttgarter Friedenspreis und den "Fritz-Bauer-Preis" der Humanistischen Union erhalten. Und die Universität Rostock war monatelang positiv in den

Schlagzeilen wegen der Absicht, ihm die Ehrendoktorwürde zu verleihen. Eine einzige Gruppierung - die „Kritische Uni Rostock“ - macht schon seit geraumer Zeit darauf aufmerksam, dass diese Würde von der Uni-Obrigkeit als PR-Gag organisiert worden ist. Um das Ergebnis vorweg zu nehmen: Edward Snowden kann sich glücklich schätzen, dass ihm der „Ehrendoktor“ dieser verdächtigen Universität erspart geblieben ist.

Der Alternative Nobelpreis war die beste Antwort auf diese ehrlose Ehrendoktor-Farce. Bitte hören und sehen Sie das Guardian-Video [1a], in dem Edward Snowden mitteilt, dass er die Auszeichnung im Namen all derer annimmt, die ihr Leben gegen rechtswidrige und unverhältnismäßige Massenüberwachung riskiert haben. Er betrachtet diese Auszeichnung als

Rechtfertigung für derartige Bemühungen auch in der Zukunft. Snowden ist außerdem für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen worden. Das wäre für den von den USA als Hochverräter Verfolgten ein wesentlicher Sicherheitsgewinn und eine indirekte Selbstkorrektur des Nobelpreis-Komitees für die Entscheidung, Barack Obama den Friedensnobelpreis verliehen zu haben, einen Friedenspreis nicht für erwiesene Taten, sondern für die (vergebliche) Hoffnung auf eine Änderung der US-Kriegspolitik.

Werden in Rostock „Snowden-Inhalte“ gelebt?

Eine starke Behauptung, Rostock als „verdächtige“ Universität zu bezeichnen. Schauen wir uns die Fakten an. Die „Kritische Uni Rostock“ [1] hatte die obige Frage untersucht und auf eine Podiumsdiskussion im Januar 2014 mit dem Gießener Politikwissenschaftler Claus Leggewie und dem Bundestagsabgeordneten Christian Ströbele verwiesen, beides Unterstützer des Ehrendoktor-Ansinnens. Sie gaben der Uni mahnende Worte mit auf den Weg: „Wer Snowden ehrt, muss auch Snowden-Inhalte leben“, sagte Leggewie damals. Auch Ströbele war der Ansicht, dass die Universität mit der Initiative für eine Snowden-Ehrung hohe Ansprüche an sich selbst formuliere. „Eine kritische Befragung von wissenschaftlichen Inhalten (...) muss an Universitäten immer möglich und willkommen sein“ [2]. Inwiefern wird diese Mahnung befolgt? Lesen sie selbst.

Uni Rostock an Geheimdienst-Software-Kooperation beteiligt

Mitte August wird in der taz [3] der Vorwurf veröffentlicht, die Universität Rostock sei an der Entwicklung deutscher Spionagesoftware beteiligt. Einer der Lieferanten sei laut Bundesinnenministerium auf eine Linken-Anfrage das „Institut für grafische Wissensorganisation (Grawis) an der Universität Rostock“. Die Uni-Sprecherin bestreite eine Mitwirkung an den Ausspähplänen. Die Darstellung des Innenministeriums sei „nicht korrekt“. Zwar sei Grawis 2011 von Studenten gegründet worden. Heute agiere das Institut aber „völlig eigenständig“.

Laut einem Offenen Brief der „Kritischen Uni Rostock“ [1] habe jedoch Grawis-Mitbetreiber Stefan Pforte gemeinsame Förderanträge für Forschungsvorhaben mit der Universität eingeräumt, ebenso wie Verhandlungen mit der Bundeswehr über eine Zusammenarbeit. Eine „institutionelle Bindung“ gebe es aber nicht, meint Pforte, und eine Überwachungsfunktion seines Programms weist er von sich. Es gehe nur um die Visualisierung von Daten. taz verweist darauf, dass die Autoren des Offenen Briefes das anders sehen. „Es geht hier nicht um einen Deal mit der Heilsarmee. Das Programm soll genutzt werden, um nachrichtendienstliche Erkenntnisse zu gewinnen.“

Die „Kritische Uni Rostock“ drückt den Kern des Problems so aus: „Laut der Süddeutschen Zeitung vom Mai »BND will soziale Netzwerke live ausforschen« [4] verweist der deutsche Auslandsgeheimdienst darauf, dass befreundete Nachrichtendienste aus dem Ausland methodisch viel weiter seien als der BND Diese freche Verdrehung der Lehren aus den Snowden-Enthüllungen zeigt deutlich, dass Geheimdienste strukturell permanent die Freiheitsrechte bedrohen.“

In der Kleinen Anfrage der LINKEN im Bundestag zum Thema „Neue digitale Überwachungsmethoden“ Drs 18/2613 vom 18. September 2014 [5] lautet Frage 21 b, c: „Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus einer Darstellung der Universität Rostock, die dem Schreiben des BMI vom 22.07.14 hinsichtlich einer Kooperation mit dem Institut für grafische Wissensorganisation (Grawis) widerspricht (taz 15.08.14)? Welche gemeinsamen Förderanträge der Universität Rostock mit dem Grawis sind der Bundesregierung bekannt?“. Da braucht man wenig Phantasie, wie die Antworten der Bundesregierung ausfallen werden.

MV-Minister Brodkorb lehnt Snowden-„Ehrendoktor“ ab

Seit Anfang September steht fest, dass sich der Rektor der Uni Rostock Wolfgang Schareck mit seinem Veto durchgesetzt hat. Snowden habe keine originär wissenschaftliche Leistung erbracht. Die Befürworter hatten für die Ehrung von Snowden und gegen diese unhaltbare Ablehnungsbegründung eine Reihe von bedeutenden Gutachten erstellen lassen. Das mit Abstand wichtigste wurde von dem weltweit bekanntesten unabhängigen Intellektuellen und Friedenswissenschaftler Noam Chomsky erstellt, der bereits gegen den von den USA angezettelten Vietnamkrieg aufgetreten war. In den konservativen Medien der USA wird Chomsky in der Kategorie „most wanted man“ in einer Reihe mit Snowden und Manning genannt.

Der Autor hatte das Glück, Noam Chomsky bei seinem Vortrag am 30. Mai 2014 in Karlsruhe erleben zu können: ZKM-Video on speech [7a] and discussion [7b]. Dazu erstellte der Autor einen Bericht unter dem Titel "Friedenstreffen mit Noam Chomsky", der in der Neuen Rheinischen Zeitung veröffentlicht wurde [8].

Seither gibt es über einen engen Vertrauten und Freund von Mr. Chomsky eine diskursive Verbindung zur Thematik Rostock-„Ehrendoktor“, der damals bereits aufgrund von Hintergrund-Informationen als gescheitert angesehen wurde.

Am 21. August gab es einen taz-Leserbrief [7] der medienwirksam bekanntesten Initiatorin der „Ehrendoktor“-Verleihung Gesa Mackenthun zur Kritik an der Geheimdienst-Kooperation, die sie mit den Worten abtat; „Die Geisteswissenschaften sind jedoch kein Reparaturservice für die Verfehlungen wildgewordener Geheimdienste.“

Am 19. September habe ich mir unter Bezug auf diesen taz-Leserbrief erlaubt, einen mit zahlreichen Zitaten versehenen Offenen Brief [8] an Frau Mackenthun mit zwei Alternativ-Vorschlägen zu richten:



Noam Chomsky Quelle: BNN DER SONNTAG, 25. Mai



Gesa Mackenthun
Quelle: Uni Rostock

- A. Beenden Sie die Snowden-Ehrungs-Farce, weil auch die Klage gegen den vom Minister bestätigten unsinnigen Rektorwiderspruch eine Farce ist. Sorgen Sie möglichst zusammen mit dem Rektor und dem Minister für eine angemessene Entschuldigung bei den von Ihnen bemühten Experten, insbesondere bei Prof. Noam Chomsky.
- B. Korrigieren Sie Ihre Position und setzen sich dafür ein, dass die Geheimdienst-Kooperation der Universität beendet wird, ebenso wie die Bespitzelung von Studierenden und auch die anderen Verstöße gegen die Zivilklausel beendet werden.

Wohlgemerkt, die Angeschriebene ist Prodekanin für Forschung. In der wenig überraschenden Antwort wiederholt sie die Position im taz-Leserbrief und hat mich zu einem Kurzkommentar darüber veranlasst, was das um Himmels willen alles zu bedeuten hat. Hier mein Text [9]:

Die Ehrendoktor-Farce der Uni Rostock

Wenn ich mir die gesamte Story betrachte, beginnend mit der gemeinsamen Öffentlichkeitsarbeit von Rektor und Prodekanin für den Snowden-Ehrendoktor, dann der windige Rektorwiderspruch und schließlich die eilfertige Ministerbestätigung und jetzt noch die nervöse, überhebliche, die Zivilklausel ignorierende GM-Antwort, dann kann ich die Vermutung eines PR-Gags wie der „Kritischen Uni“ jetzt erst voll verstehen. Das Ganze ist scheinbar ein abgekartetes Spiel mit verteilten Rollen von Beginn an. Die Prodekanin ist das Vorgezeigesymbol der Freiheit, der Rektor der scholastisch argumentierende Pragmatiker und der Minister richtet sich nach dem Uni-Obersten, dem Rektor. Aus der Sache wird zwar schließlich nichts, aber es bleibt doch ein gewisses positives Image haften. Von dem was Hans-Christian Ströbele in einer öffentlichen Podiumsdiskussion am 20. Januar vor 1000 Studierenden zur Bedeutung von Snowdens Veröffentlichungen für Wissenschaft, Demokratie und den Grundrechten der Bürger sagte, will niemand von der Uni-Obrigkeit etwas in der eigenen Praxis wissen. Die Zivilklausel, die nicht zufällig den Text der Tübinger Zivilklausel hat, wird in Rostock ebenso wie in Tübingen als zu ignorierendes Aushängeschild gesehen, gegen das umstandslos verstoßen wird, wie Beispiele in Rostock und aktuelle in Tübingen beweisen. Die Rostocker Friedensbewegung, die Gewerkschaften und der AStA sollten sich überlegen, wie sie die „Kritische Uni“ unterstützen und ehren können, ohne deren Wirken der ganze Schmutz überhaupt nicht verstanden werden konnte.

AStA der Uni Rostock zur „Causa Snowden“

Seit 6 Jahren arbeite ich bundesweit eng mit Studierendenvertretungen und ASten der Hochschulen gegen die Militarisierung der Bildung zusammen (siehe Impressum), insbesondere natürlich mit der Uni Karlsruhe (heute KIT), wo ich wohne und studiert habe. Deswegen war für mich von Interesse, was der AStA der Uni Rostock zu den Problemen sagt. Hier das traurige Ergebnis [12]:

„Als Allgemeiner Studierendenausschuss der Uni Rostock (AStA) bekommen wir häufig Anfragen, mit der Forderung Stellung zur Causa Snowden zu nehmen. Als ein Organ der gesamten Studierendenschaft, ist es schwierig bei einem so großen Thema, wie es der Fall Snowden ist, für eine einheitliche Meinung zu stehen. Die Philosophische Fakultät hat im Vorfeld des Verfahrens eine Umfrage unter den Studierenden der Fakultät durchgeführt, mit der sie die Frage, ob Snowden die Ehrendoktorwürde bekommen sollte oder nicht, beantworten lassen hat. Das Ergebnis fiel sehr knapp aus, sodass nur 51 Prozent der Studierenden der Philosophischen Fakultät für eine Verleihung der Ehrendoktorwürde stimmten. Das sehr knappe Ergebnis zeigt unseren Interpretationen nach, dass die Einstellungen zu der Snowden-Frage unter den Fakultätsangehörigen sehr divergieren. Auch aus diesem Grund behält sich der AStA der Universität Rostock vor, keine konkreteren Stellungen zur Causa Snowden zu nehmen. Wir vertreten die gesamte Studierendenschaft, und die Haltungen der Studierenden reichen von totaler Zustimmung bis zu totaler Ablehnung, daher würden wir nach unserer Auffassung unserer Aufgabe nicht gerecht werden, wenn wir nur eine Haltung öffentlich vertreten würden.“

Die Idee, bei allen Studierenden eine Umfrage zu machen, hätte womöglich eine für die Obrigkeit unangenehme überwiegende Zustimmung zur Folge gehabt. Und zu der gegen die Zivilklausel verstoßenden Geheimdienst-Kooperation konnte ich kein Sterbenswort finden.

Kurze Reaktion von Noam Chomsky

Dank der raschen und kompetenten Übersetzung von Lothar Letsche konnte ich den Offenen Brief in englischer Fassung [8] direkt an Noam Chomsky richten. Sein trockener Kurzkommentar [11]: „Sorry to hear this. Had hoped for better.“ Ja, lieber Prof. Chomsky, Ihre Enttäuschung ist verständlich. Ihr Gutachten für die Uni Rostock hat dennoch einen bleibenden Wert für die Weltöffentlichkeit. Ich bleibe dabei: Edward Snowden kann sich glücklich schätzen, dass ihm der

„Ehrendoktor“ dieser verdächtigen Universität erspart geblieben ist. Er hat Besseres verdient und bekommen. (PK)

[1a] <http://www.theguardian.com/world/video/2014/sep/25/edward-snowden-sweden-alternativenobel-prize-video>

[1] <http://kritischeunihro.blogspot.de/2014/08/14/trotz-snowden-uni-rostock-kooperiert-mit-bundeswehr-und-bnd-bei-internet-ueberwachung/>

[2] <http://www.presseportal.de/pm/59019/2645176/neues-deutschland-snowden-ehrung-leggewie-und-stroebele-mahnen-uni-rostock-zu-mehr-offenheit>

[3] <http://www.taz.de/!144255/>

[4] <http://www.sueddeutsche.de/digital/auslandsgeheimdienst-bnd-will-soziale-netzwerke-live-ausforschen-1.1979677>

[5] <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/026/1802613.pdf>

[6] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20140601.pdf>

[7a] https://www.youtube.com/watch?v=K_Z9bslsANw

[7b] <https://www.youtube.com/watch?v=Av8uFvDTvw4>

[7] <http://kritischeunihro.blogspot.de/2014/08/21/nach-taz-artikel-prof-mackenthum-schreibt-leserinnenbrief/>

[8] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20140919.pdf>

english <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20140919en.pdf>

[9] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20140919gm.pdf>

[10] <http://www.asta.uni-rostock.de/presse/pressemitteilungen/>

[11] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20140920.pdf>

Online-Flyer Nr. 474 vom 05.09.2014

<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=20753>

Alt-Nazi Greifeld als KIT-Ehrenszenator und der Geschichtsentsorger Rusinek

Erfüllungsgehilfe der atomaren Lobby

Von Dietrich Schulze

Manchmal gefällt es der Geschichte, genau das Gegenteil davon zu erbringen, was die Herrschenden sorgfältig geplant hatten. Die Beauftragung des Düsseldorfer Historikers Bernd-A. Rusinek, für das Präsidium und die Ethik-Kommission des Karlsruher Instituts für Technologie KIT, die Berechtigung für den Ehrenszenatortitel eines belasteten Alt-Nazis und langjährigen Atommanagers zu begutachten, könnte genau zu einer solchen Ironie der Geschichte werden. Dafür gibt es hochinteressante neue Anhaltspunkte, die hier beleuchtet werden sollen.



Historiker Prof. Bernd-A. Rusinek
Quelle: <http://www.rusinek.eu/>

Am 19. August fand auf Wunsch von Prof. Rusinek ein Gespräch mit den Absendern eines Briefs vom 6. August [1] an KIT und eine Reihe von Verantwortlichen statt. Darin wurden neue Dokumente zu Greifelds verantwortlicher Rolle in der Wehrmachtverwaltung des besetzten Paris aufgrund von Mitschriften von Edouard Bonnefoy [2], die von mir und einem Übersetzer bei Bonnefoys Schwiegertochter in Lyon ausgegraben wurden, zur Einsichtnahme angeboten. Bei den Absendern handelt es sich um die gleichen drei ehemaligen Beschäftigten des Kernforschungszentrums (jetzt KIT Campus Nord), die Greifeld und dessen Wirken persönlich gekannt haben. Die drei gleichen Absender hatten mit einem Brief am 10. September 2012 an die gleichen Verantwortlichen die gesamte Debatte um diese

schändliche Ehrensensatorwürde ins Rollen gebracht. Über das Gespräch am 19. August wurde am Folgetag eine Notiz verfasst [3]. Beide Dokumente werden jetzt veröffentlicht, weil sonst die nachfolgenden Beurteilungen nicht verstanden werden können. Im Interesse der geschichtlichen Aufklärung ist dieser Schritt notwendig geworden.

Das auslösende Element zu dieser Veröffentlichung war eine Email von Prof. Rusinek vom 24. August, in dem er ein Gruenbaum-Zitat aus dessen Monographie „Die Genese der Plutoniumgesellschaft“ folgendermaßen kommentierte: „...Glauben Sie wirklich, dass Greifeld im Karlsruher Forschungszentrum eine Art »Arierparagraph« eingeführt hatte und nur blonde Wissenschaftler einstellen wollte, wie Gruenbaum hervorhebt?“. Dazu haben wir Prof. Rusinek am gleichen Tag folgendermaßen geantwortet: „Die Gruenbaum-Behauptungen sind nachweisbar und seine Bewertung einer Nazi-Atmosphäre ist angesichts des von ihm Erlittenen nachvollziehbar.“

Tags darauf wurde ihm eine detaillierte Quellenanalyse [4] zur Email nachgereicht, verbunden mit dem Ausdruck der Empörung darüber, dass er im Gespräch die Kriegstaten von Greifeld relativiert, dessen ungebrochen antisemitische und rassistische Handlungsweise in der Nachkriegszeit nicht zur Kenntnis nehmen wollte und nun auch noch den von Greifeld antisemitisch diskriminierten jüdischen Wissenschaftler Léon Gruenbaum als unglaublich erscheinen lässt. Wir haben ihn als Historiker aufgefordert, die benannte Quellenanalyse zu studieren und uns bis zum 4. September eine Antwort zukommen zu lassen. Auch haben wir uns ausdrücklich vorbehalten, die Öffentlichkeit über diese Sachverhalte zu informieren. Es kam keine Antwort von Prof. Rusinek. Deswegen hier die angekündigte Information der Öffentlichkeit.

Die Unabhängigkeit und daher die Eignung von Prof. Rusinek für die Begutachtung aufgrund seiner Funktion als Archivleiter des Forschungszentrums Jülich ist schon früher bestritten worden. Bereits im Juni 2013 wurde die Kritik an der Verzögerungstaktik zur Annullierung der Greifeld-Ehrensensatorwürde unter dem Titel „Atomare Geschichtsentsorgung“ [5] begründet und das Gruenbaum-Symposium des Forums | Ludwig Marum im Oktober 2013 angekündigt.

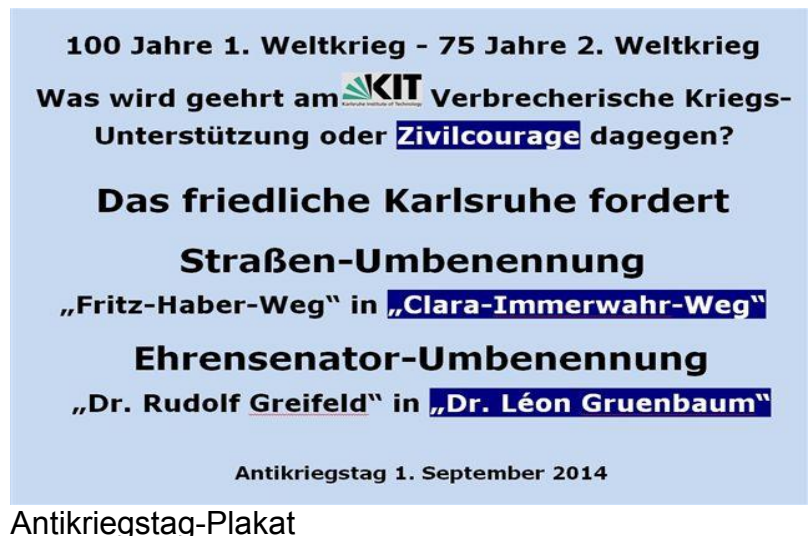
Im Dezember 2013 kurz nach dem Symposium, an dem weder Prof. Rusinek noch andere KIT-Verantwortliche teilgenommen hatten, ist etwas völlig Ungewöhnliches geschehen. Über die Lokalpresse ließ Rusinek verbreiten „Keine Spuren von Greifeld“ [6]. Vor Abschluss eines Gutachtens zu veröffentlichen, dass dabei nichts heraus kommen wird, ist völlig unwissenschaftlich und hat den Verdacht voll bestätigt, dass Rusinek der Erfüllungsgehilfe seiner Auftraggeber ist, die ihm offenbar aufgetragen haben, dass nichts heraus kommen soll. Eine Woche darauf wurde dieser Gedanke ausführlich unter dem Titel „Der Spurensucher Rusinek“ [7] analysiert. Aus der Ankündigung, dass an einem Alt-Nazi, lebenslang praktizierenden Antisemiten und Atom(waffen)technologie-Exporteur nichts Wesentliches auszusetzen sei, wurde die Schlussfolgerung gezogen „KIT möge eine unabhängige Persönlichkeit gewinnen.“

Die vielfältigen Proteste wurden von der KIT-Leitung allesamt ignoriert. Auch der neue KIT-Präsident hat daran nichts geändert. Die Vorgabe der atomaren Lobby, die dafür sorgt, dass ihrem hochverehrten Atommanager nichts am Zeuge geflickt wird, hat nach wie vor den Charakter eines Gesetzes.

Aus der großen Fülle des für Greifeld belastenden Materials sei nur der Brief des Direktors an der Universität Paris VII Prof. G. Amsel vom 27. Februar 1976 an Forschungsminister Matthöfer [8] heraus gegriffen. Der Direktor beruft sich auf den Appell von 400 WissenschaftlerInnen, darunter bedeutenden Physikern am Institut Laue-Langevin in Grenoble für die Ablösung von Greifeld. Der Direktor bittet den Minister, einem daraus konstruierten Komplott zulasten der deutsch-französischen Freundschaft entgegen zu wirken. Dieser auch international unerträgliche Ehrensensatortitel muss endlich beendet werden.

Wie eingangs erwähnt, könnte es anders kommen als von der KIT-Leitung und allen Einflussreichen geplant. Die Initiative gegen Militärforschung an Universitäten und andere werden im Interesse der Geschichtsaufklärung an der Annullierungsforderung dran bleiben und ebenso im Interesse einer friedlichen Entwicklung des KIT an der Zivilklausel.

Dazu etwas Erfreuliches am Schluss. Der AStA des KIT hat am 29. August unter dem Titel „Kriege in und um Europa: Zivilklausel am KIT einführen!“ [9] eine Stellungnahme beschlossen, eine wunderbare Botschaft zum Antikriegstag und ein klares Signal an KIT-Präsident Prof. Hanselka. Am Antikriegstag selbst gab es eine erneute Straßenumbenennung am KIT „Fritz-Haber-Weg“ in „Clara-Immerwahr-Weg“. Infos über die Rede mit Schild [10] und eine Bildreportage [11]. Mehr in der WebDoku <http://www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf>



Der Autor veröffentlicht diesen Beitrag und die Quellen namens der beiden MitunterzeichnerInnen des Schreibens im Zitat [1].(PK)

Quellen:

- [1] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20140905bri.pdf>
- [2] <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=20510>
- [3] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20140905not.pdf>
- [4] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20140905que.pdf>
- [5] <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=19181>
- [6] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20131218.pdf>
- [7] <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=19841>
- [8] <http://www.forum-ludwig-marum.de/site/assets/files/1012/reader.pdf> (S. 17-18)
- [9] <http://www.asta-kit.de/archiv/news/2014-08-29-kriege-und-um-europa-zivilklausel-am-kit-einf-hren>
- [10] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20140901ric.pdf>
- [11] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20140902.pdf>

Online-Flyer Nr. 473 vom 27.08.2014

<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=20710>

100 Jahre Wissenschaft, Wirtschaft und Militär auf deutschem Boden

Über eine Verlobung der besonderen Art

Von Dietrich Schulze

Unter dem furchtbaren Titel „Die Verlobung von moderner Wissenschaft, Industrie und Militär“ schwadroniert ein Prof. Dr. Götz Neuneck, Leiter der Interdisziplinären Forschungsgruppe Abrüstung, Rüstungskontrolle und Risikotechnologien am „Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik“ der Universität Hamburg, über Physiker im Ersten Weltkrieg in der renommierten Zeitschrift „Wissenschaft & Frieden“ 3/2014 - und das im Jahre 100 des 1. Weltkriegs und im Jahre 75 des 2. Weltkriegs. Nach zwei Vernichtungskriegen, die von deutschem Boden ausgegangen sind und in denen die Wissenschaft eine verbrecherische Rolle gespielt hat.

Nur eine Leseprobe sei gestattet über den Giftgas-Massenmörder Fritz Haber unter der Abschnittsüberschrift „»Soldaten der Wissenschaft« und »kriegsphysikalische Arbeiten«“:



Prof. Dr. Götz Neuneck
Quelle: Uni Hamburg

„Das kaiserliche Deutschland setzte nach Kriegsbeginn zunächst auf seine industrielle Stärke und gab der Kriegsproduktion den Vorrang. In der Folge wurden zunehmend Ingenieure und Chemiker in die industrielle Kriegsproduktion einbezogen. Aber auch zahlreiche Physiker beteiligten sich aktiv an konkreten Projekten. Insbesondere der erstarrte Stellungskrieg veranlasste manche berühmte Köpfe, dem Militär neue Ideen und Technologien zu präsentieren. Ein bekanntes Beispiel ist F. Haber, der zunächst mit dem Haber-Bosch-Verfahren die Herstellung von Ammoniak für Kunstdünger und Sprengstoff ermöglichte und schließlich mit der Herstellung und dem Einsatz der tödlichen Kampfgase Phosgen und Chlor im Jahre 1915 den Gaskrieg etablierte. Haber (privat ein enger Freund des Pazifisten Einstein) machte aus seiner patriotischen Gesinnung keinen Hehl: „Der Gelehrte gehört im

Kriege wie jedermann dem Vaterland, im Frieden aber gehört er der Menschheit.“ Fritz Habers Gruppe war direkt am Kaiser-Wilhelm-Institut für Physikalische Chemie in Berlin angesiedelt, das zu einer „Gaskampfforschungsanstalt“ umfunktioniert wurde. Dort wurden u.a. Giftgas und Gasmasken entwickelt und getestet. Beim Chlorgaseinsatz in Ypern waren neben Haber auch die jungen Wissenschaftler O. Hahn und J. Franck beteiligt. Zu den Berliner Wissenschaftlern gehörten auch G. Hertz, H. Geiger und W. Westphal. Lise Meitner war als Röntgenschwester im Kriegseinsatz.“



Deutscher Giftgaskrieg in Ypern Quelle: Uni Bayreuth

Kein Sterbenswort in dieser Faktenbeschreibung über die 5000 Giftgastoten in Ypern. Kein Sterbenswort, dass Haber den modernen Massenmord persönlich überwacht hatte. Kein Sterbenswort, dass er diesen ultimativen Massenmord als Beitrag zur Verkürzung des Krieges verkaufte. Kein Sterbenswort darüber, dass seine Frau Clara Immerwahr, Chemikerin und Frauenrechtlerin, kurz nach diesem unerträglichen Ereignis keinen anderen Ausweg mehr als den Selbstmord mit Habers Dienstwaffe sah. Aber, wie Neuneck ausführlich beschreibt, viele bekannte Namen umgaben den

Massenmörder, also kann er doch nicht so schlimm gewesen sein.

Wenn der Erste Weltkrieg „Die Verlobung von moderner Wissenschaft, Industrie und Militär“ war, so war der Zweite Weltkrieg „Die Hochzeit von moderner Wissenschaft, Industrie und Militär“, die in der fabrikmäßigen Judenvernichtung mit dem „modernen“ Giftgas Zyklon B und in kriegswichtigen Menschenversuchen in den Konzentrationslagern gipfelte und die vom Einsatz von Zwangsarbeitern geprägt war, wie z.B. im KZ Buchenwald für Wernher von Brauns V2-Rakete. Dann gab es, um im Neuneck-Bild zu bleiben, nach der Befreiung von Faschismus und Krieg eine gewisse Entfremdung in der Ehe von Wissenschaft, Industrie und Militär. Alle drei Säulen der Ehe waren mächtig in die Kritik geraten. Aber dann wurde zum Glück der Kalte Krieg organisiert, mit dem die Ehebande neu gekittet werden konnten. Mit einer gewissen Umbruchs-Periode in der 1968-Zeit „Unter den Talaren Muff von tausend Jahren“ (Anspielung auf das „tausendjährige“ Hitler-Reich) wurde die etwas kriselnde Ehe aber bald fertig und heute erblüht sie in alter Schönheit.

An fast allen Hochschulen gibt es im naturwissenschaftlich-technischen wie geistes- und sozialwissenschaftlichen Bereich Forschung für die modernen Auslandseinsätze der Bundeswehr. Die Listen werden regelmäßig aufgrund von Anfrage der Linkspartei im Bundestag und in

Landtagen veröffentlichen. Selbstverständlich haben diese Forschungen überhaupt nichts mit Krieg zu tun, sie dienen einer notwendigen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik, die u.a. im gleichnamigen Fraunhofer-Netzwerk erforscht wird. Und wenn Hochschulen mit Pentagon-Finanzierung forschen, so ist das reine Grundlagenforschung. Dass mit dem wachsenden Drittmittelanteil, der teilweise die 50-Prozentmarke überschreitet, die für die Uni unerlässliche Freiheit mittels Rüstungs- und Wirtschaftsfinanzierung zerstört wird, ist ein Märchen der „militanten“ Friedensbewegung. In Wirklichkeit ist die Höhe der Drittmittelinwerbungen ein Exzellenzmerkmal, also das Merkmal einer exzellenten Ehegemeinschaft. Das hat Ex-Forschungsministerin Frau Schavan jahrelang mit großem Elan praktiziert. Unglücklicherweise musste sie das Amt nach dem Verlust des Dokortitels abgeben, aber die Uni Lübeck hat sie mit einem Ehrendoktor entschädigt und Frau Prof. Dr. Wanka führt die Arbeit ihrer Vorgängerin im engen Zusammenwirken mit der Verteidigungsministerin exzellent fort.



Menschenversuche im KZ Dachau
Quelle: Heisenberg-Gymnasium Karlsruhe

Ja nun gibt es diese leidige Zivilklausel-Bewegung, die diese erneut gefestigte „Ehe von moderner Wissenschaft, Industrie und Militär“ an vielen Unis attackiert, militärische Forschung ausschließen will und konkrete Friedensprojekte fordert. Und es kommt eine gewisse Unlust bei der Jugend hinzu, in den weltweiten deutschen bewaffneten Friedensdiensten gemäß der zitierten Haber-Weisheit für das Vaterland ins Gras zu beißen. Wen wundert es, wenn nun die Bundeswehr wegen der daraus resultierenden Nachwuchssorgen an Schulen und Hochschulen an der Heimatfront in die Offensive geht. In Baden-Württemberg ist dem SPD-Kultusminister mit einer pfiifigen Kombination von Bundeswehr-Kooperation für die Schulen und Friedensbildungs-Kooperation mit Teilen der Friedensbewegung ein geschickter PR-Gag eingefallen. Dass einige ewig Gestrige diese Methode als Mitmachfalle und Feigenblatt für die „friedensbewegten“ Jugendoffiziere an den Schulen einstufen, das ist der Lauf der Welt.

Clara-Immerwahr-Weg

Dr. Clara Immerwahr * 21. Juni 1870 † 2. Mai 1915. Chemikerin. Frauenrechtlerin. Bezeichnete die Giftgasforschung ihres Ehemannes Fritz Haber als „Perversion der Wissenschaft“. Suizid nach „erfolgreichem“ Giftgaseinsatz in Ypern 1915. Haber setzte seine Kriegsverbrechen unbeeindruckt fort.

Geplantes Straßenschild

Dass allerdings ein leibhafter Professor der Uni Bremen in einer öffentlichen Veranstaltung in Karlsruhe die Umbenennung des „Fritz-Haber-Instituts“ (Nachfolger des o.g. Kaiser-Wilhelm-Instituts für Physikalische Chemie) verlangte, das ist schon ein starkes Stück. Und dass die

Studierendenvertretung des Karlsruher Instituts für Technologie KIT unter Berufung auf Prof. Dr. Wolfram Thiemann allen Ernstes die Umbenennung des „Fritz-Haber-Wegs“ an der Uni (KIT Campus Süd) in „Clara-Immerwahr-Weg“ fordert, das passt der KIT-Obrigkeit überhaupt nicht. Denn schließlich pflegt sie die benannte Ehegemeinschaft in der konventionellen wie der atomaren Forschung mit zielstrebigen Kooperationen unter Einschluss von solchen für „Friedens“-drohnen und Atom-U-Booten. Das alles würde mit einer solchen Umbenennung öffentlich in Frage gestellt.

Die schon benannten Ewiggestrigen erinnern jedenfalls im Rahmen des Karlsruher Antikriegstags, der vom Friedensbündnis und dem DGB gestaltet wird, mit einer erneuten symbolischen Straßenumbenennung an den Studi-Beschluss (s. Straßenschild) und begründen das auch (s. Plakat).

Zwei Schlussbemerkungen:

- Aus Gründen der Eigenwerbung ist auf sämtliche Zitate verzichtet worden incl. einer Erklärung zum unteren Teil des Plakat-Textes. Alles kann in der informativen und knackigen Zivilklausel-Web-Dokumentation

<http://www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf> nachgelesen werden.

- Wer den Eindruck hatte, dass dieser Text mit Satire-Elementen durchsetzt ist, den darf ich beruhigen. Der „Friedensforscher“ Neuneck hat mich dazu mit seiner „Verlobung“ angestiftet. (PK)

100 Jahre 1. Weltkrieg - 75 Jahre 2. Weltkrieg

Was wird geehrt am  Verbrecherische Kriegs-Unterstützung oder **Zivilcourage** dagegen?

Das friedliche Karlsruhe fordert

Straßen-Umbenennung

„Fritz-Haber-Weg“ in „Clara-Immerwahr-Weg“

Ehrensator-Umbenennung

„Dr. Rudolf Greifeld“ in „Dr. Léon Gruenbaum“

Antikriegstag 1. September 2014

Online-Flyer Nr. 470 vom 06.08.2014

<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=20631>

Baden-Württemberg: Grün-Rot führt Kooperation Bundeswehr/Schulen fort

Kultusminister Stoch im Selbstgespräch

Von Dietrich Schulze

Der folgende Bericht erscheint angesichts der Schreckensmeldungen aus Gaza und der Ukraine als kleinkarierte Friedenstüftelei. Der Krieg um die Köpfe beginnt aber in den Schulen und Hochschulen. Deswegen sind die Bestrebungen für militärfreie Bildungseinrichtungen nach wie vor von grundsätzlicher Bedeutung. Es hatte den Anschein, als ob in Baden-Württemberg ein Pilotprojekt zur Friedenserziehung in den Schulen des Landes durchgesetzt werden kann. Dieser Anschein trügt.



Andreas Stoch (Kultusminister, l.) im Selbstgespräch mit Uli Jäger (Friedenspädagoge, r.)

Bildquellen: wikipedia und Berghoff Foundation

Der baden-württembergische Kultusminister Andreas Stoch (SPD) hat die CDU-Politik von Ministerpräsident Winfried Kretschmann (GRÜNE) und Wissenschaftsministerin Theresia Bauer (GRÜNE) für den Bereich der Schulen gerade auf ein neues fürchterliches Niveau gehoben, mittels Inkraftsetzung der CDU-Kooperationsvereinbarung Bundeswehr/Schulen von 2009 unter neuem Etikett.

Die anerkannte Kampagne „Schulfrei für die Bundeswehr - Lernen für den Frieden“, die von Beginn an die ersatzlose Kündigung der CDU-Vereinbarung fordert, hat sich vom Minister auf einem piffigen Pfad ins Abseits führen lassen. Bei den Verhandlungen über eine „Gemeinsame Erklärung zur

Friedensbildung“ sitzt dem Minister für die Kampagne ausgerechnet ein „Bildungsexperte“ gegenüber, der eine ähnliche Sorte von „Friedens- und Sicherheitspolitik“ vertritt, wie der Minister sie praktiziert. Dieser seit Monaten vor sich hin schleichende Prozess ist in der letzten Woche aufgrund von Dokumenten öffentlich sichtbar geworden.

Diese Verhandlungsfarce mit Friedensetikett muss unverzüglich beendet werden, damit die Kampagne zu ihren mehr als berechtigten Grundsätzen zurück kehren und einen kraftvollen Beitrag zum Antikriegstag 2014 leisten kann.

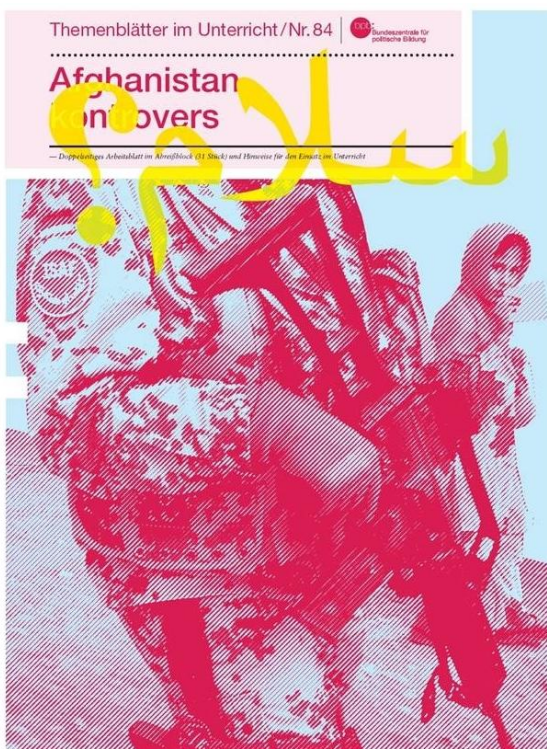
Kurzer Rückblick

Dabei hatte alles im letzten Herbst hoffnungsvoll mit einer beachteten Tagung „Lernen für den Frieden“ am 9. November im Dietrich-Bonhoeffer-Haus der Evangelischen Studentengemeinde in Karlsruhe begonnen. Daraufhin hatte die DFG-VK eine PM herausgebracht und der Autor hatte berichtet [1]. Am 22. Januar gab es dann eine inhaltlich wertvolle Aktionskonferenz. Der vom Autor vorgelegte Reader enthielt einen ausführlich begründeten Antrag für eine Demo Anfang 2014 nach dem Vorbild vom 20. Oktober 2012. Dazu konnte sich die Konferenz nicht durchringen, orientierte aber auf eine Aktion „Friedensbildung statt Militärwerbung“ bei der Bildungsmesse didacta am 25. März in Stuttgart. Von den vielen TeilnehmerInnen bei den Konferenzen blieben sechs Wackere übrig, die am Messe-Eingang Flugblätter verteilten, verbunden mit kurzen Megaphon-Durchsagen [3]. Die GEW machte auf ihrem didacta-Stand auf die Aktion aufmerksam. Danach hatten sich diejenigen in der Kampagne durchgesetzt, die ausschließlich reden wollten, ohne das jemals mit Aktionen zu verbinden.

"Bundeswehr und Pazifisten an Schulen auf Augenhöhe"

Aktionen sind naturgemäß mit Informationen an die Öffentlichkeit verbunden. Eine Kette von Reden mit Ministern und Ministerialbeamten über solche Grundsatzthemen wie Friedenserziehung an Schulen zieht sich in die Länge und hat im Falle Baden-Württemberg diejenigen in der Kampagne in die Vorhand gebracht, die dem Minister doch bitte nicht mit einer Veröffentlichung der Streitpunkte in die Parade fahren wollten. Der Minister registrierte diese Zurückhaltung

wohlwollend, dachte aber nicht daran, seinerseits gegenüber der Presse Zurückhaltung zu üben. Und genau so kam es. Am 11. Juni lancierte Minister Andreas Stoch in den baden-württembergischen Zeitungen die Botschaft "Bundeswehr und Pazifisten an Schulen auf Augenhöhe". Perfiderweise war das kurz nach der dritten Gesprächsrunde Minister/Kampagne. Nichts ahnend hatte der Geschäftsführer der DFG-VK Baden-Württemberg der Presse auf Anfrage erklärt, dass die Gespräche auf gutem Wege seien. Nachdem der Schock verdaut war, gab die Kampagne eine Presse-Mitteilung heraus. Sie halte an der Forderung nach ersatzloser Kündigung der „Kooperationsvereinbarung Bundeswehr/Schulen“ fest. Die Presse dachte nicht daran, das zu berichten. Und der Minister ließ sich nicht lumpen. Am 10. Juli übermittelte er der Kampagne seinen furchtbaren Entwurf einer „Gemeinsamen Erklärung zur Stärkung der Friedensbildung in den baden-württembergischen Schulen“. Das Rauschen im Kampagnen-Wald verstärkte sich. Ungerührt von alledem übermittelte der Minister der Kampagne am 27. Juli die Ausführungsbestimmungen zur



Titelseite des Arbeitsblatts für die
Schulen von Uli Jäger aus 2010

Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung

„Kooperationsvereinbarung Schule/Bundeswehr“, dem privilegierten Zugang von Jugendoffizieren zu den Schulen.

Dissidenz in der Kampagne wird öffentlich

Nun platzte einem zweiten Kampagnen-Mitstreiter der Kragen. Die Kooperationsvereinbarung stelle eine Verschärfung dar. Die Jugendoffiziere werden als Vermittler von Friedenspolitik gepriesen. Die Gespräche über die Friedensbildung seien vor diesem Hintergrund nichts anderes als ein Alibi, den Zugang der Jugendoffiziere zu den Schulen zu rechtfertigen. Deswegen der Vorschlag, die Gespräche platzen zu lassen. Und noch ein Dritter aus der Kampagne unterstützte die Forderung, den nächsten Gesprächstermin am 1. August platzen zu lassen. Nachdem dazu außer Vorwürfen vom Kampagnenrat keine Reaktion erfolgte, hielt es der Autor am 31. Juli für erforderlich, die Öffentlichkeit zu informieren. Der blog Trueten, der schon zu den beiden benannten Tagungen Material veröffentlicht hatte, stellt meine Kritik verbunden mit einer Handreichung zu den zitierten Dokumenten am gleichen Tag unter dem Titel „Ausstieg aus Mitmachfalle Friedensbildung Schulen“ ins Netz [4].

Bildungsexperte und Friedenspädagoge Uli Jäger

Ein weiterer kompetenter Kritiker hatte kurz darauf einen hochinteressanten Hinweis übermittelt, der den kontinuierlichen Abstiegsprozess der Kampagne seit März auf ganz neue Weise zu erklären vermag. Uli Jäger (Foto siehe oben) ist von Beginn an Mitglied im Verhandlungsteam der Kampagne. Seine Profession: Director Peace Education, Berghof Foundation / Friedenspädagogik Tübingen. Niemand in der Kampagne hat ihm offenbar genauer auf die Finger geschaut.

In einem von der Bundeszentrale für politische Bildung 2010 herausgegebenem Arbeitsblatt für Schulen zum Thema "Afghanistan kontrovers" [5] fragt er als Autor eingangs: „Warum engagiert sich Deutschland überhaupt in einem fremden Land und warum militärisch und nicht nur mit zivilen Mitteln?“ und „Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr wirft nicht nur zentrale friedens- und sicherheitspolitische Fragen auf Bundeswehr beteiligt sich an den internationalen Truppen, die Terror bekämpfen und für stabile Verhältnisse sorgen sollen.“ Nach langem Hin und Her kommt er zu der außerordentlich überzeugenden Antwort auf seine Eingangsfrage: "Eine Bewertung des Afghanistaneinsatzes ist angesichts der Komplexität des Konfliktes, der vielfältigen Interessen unterschiedlicher Akteure und der differenzierten Handlungsoptionen sehr schwierig." Der Friedens- und Konfliktforscher ist also ratlos, weil alles zu komplex ist. Raus aus dem Interventionskrieg, das ist einfach zu platt und zu plump. Die Komplexitätsbehauptung, eine äußerst pfiffige Interpretation von militärischer Außenpolitik.

Dieser „Friedenspädagoge“ sitzt also dem Minister gegenüber, einem Minister, der ebenfalls die Gleichsetzung von Friedens- und Sicherheitspolitik auf seiner Agenda hat. Andreas Stoch kann nur nicht so intelligent palavern wie Uli Jäger. Der Minister sitzt demnach seinem wortgewandten alter ego gegenüber. Vereinfacht ausgedrückt: Der Minister privilegiert die Bundeswehr an Schulen und führt Selbstgespräche über die Friedensbildung. Schluss mit der Farce!

Das war nur ein Papier, könnte eingewandt werden. Vielleicht ist es etwas verunglückt. Studieren Sie doch bitte selber das ganze Jäger-Latein im Internet.

Offener Brief zum Antikriegstag 2011

Das eine sind wie gesagt die Reden, das andere die Handlungen. Nur eine weitere Rückbesinnung dazu, ein vom Autor mit initiiertem Offener Brief [6] zum Antikriegstag 2011 an die Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg Theresia Bauer, an die Präsidenten der Uni Tübingen und des KIT Karlsruhe zu den Themen • Verzicht auf Militärforschung an Hochschulen • Zivilklausel in das Landeshochschulgesetz und in das KIT-

Gesetz • Studierendenvotum und Verfassungsauftrag respektieren • Keine Kern- und Waffenforschung unter einem Dach • Zivilklausel der Uni Tübingen schützen. Unterzeichnet ist der Offene Brief von 20 Gruppen und 60 Personen. Schauen wir einmal, wer an der Uni Tübingen unterzeichnet hat: Dr. Hartmut Blum, Akademischer Oberrat und Dr. Volker Harms, Akademischer Oberrat a.D. - keine Spur vom Friedensforscher Uli Jäger. Interessant hingegen, wer von den jetzt aktiven Kampagnen-Mitstreitern unterzeichnet hatte: Hagen Battran, GEW Baden-Württemberg, Roland Blach, DFG-VK Baden-Württemberg und Paul Russmann, Ohne Rüstung Leben.

Halt, hier ging es doch um die Hochschulen und nicht um die Schulen. Das stimmt, aber der Zusammenhang ist seit langer Zeit offensichtlich und in beiden zuvor genannten Tagungen am 9. November 2013 und am 22. Januar 2014 waren beide Bereiche bewusst thematisch vertreten.

Friedenspädagoge Gregor Lang-Wojtasik als Vorbild



Foto: privat

Gibt es denn überhaupt Friedenspädagogen, die praktisch handeln, die sich die SchülerInnen und LehrerInnen zum Vorbild nehmen können? Ja, die gibt es. Nur ein prominentes Beispiel: Prof. Dr. Gregor Lang-Wojtasik an der Pädagogischen Hochschule Weingarten. Er fordert eine Zivilklausel für die PH, weil er die künftigen PädagogInnen auf einen verantwortungs-vollen Weg bringen möchte. Lesen Sie bitte sein Grußwort zur Aktionskonferenz (Reader im Zitat [2] Seiten 2-4 bzw. Handreichung im Zitat [4] Seite 16).

Seine Eingangsworte mögen mein

Schlusswort sein: „»Es gibt keinen Weg zum Frieden – Frieden ist der Weg!«. Dieses Zitat, das Mohandas K. Gandhi (bekannter als Mahatma Gandhi) zugeschrieben wird, verdeutlicht klar, was unsere Reise sein kann. Wir müssen klar machen, wofür wir stehen und damit einschließen, wogegen wir votieren! Denn Frieden ist mehr als die Abwesenheit von Krieg oder eine wie auch immer geartete Sicherheit. Vor dem Hintergrund der mahnenden deutschen Geschichte geht es darum, konstruktive Alternativen der Konfliktlösung jenseits (militärischer) Gewalt als pragmatische Visionen lebbar zu machen.“ (PK)

Quellen:

- [1] <http://lernenfuerdenfrieden.de/tagung.htm>
http://www.trueten.de/uploads/PM_101113.pdf
<http://www.trueten.de/permalink/Schulfrei-fuer-die-Bundeswehr-und-Semesterferien-im-ganzen-Jahr!-Rettungsfond-fuer-die-Bildung-statt-Ruestungsmilliarden-fuer-den-Krieg!.html>
- [2] http://bawue.dfg-vk.de/fileadmin/user_upload/Aktionskonferenz_22.1._kurz_01.pdf
http://www.trueten.de/uploads/Reader_CC20140122.pdf
- [3] http://bawue.dfg-vk.de/fileadmin/user_upload/SWK-0114-WEB-V02.pdf
<http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20140325.pdf>
- [4] <http://www.trueten.de/permalink/Ausstieg-aus-Mitmachfalle-Friedensbildung-Schulen.html>
<http://www.trueten.de/uploads/Doku20140730.pdf>
- [5] http://friedenspaedagogik.de/blog/wp-content/uploads/2010/10/4124_tb84_afgha.pdf
- [6] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20110827.pdf>

Titel-Skandal endlich beenden!

Von Dietrich Schulze

In dieser Zeitung wird seit Jahren über den Nazi-Täter und Atom(waffen)-Manager Rudolf Greifeld (1929-1984) berichtet, zuletzt am 25. Dez. 2013 unter dem Titel „Der Spurensucher Rusinek“ [1]. Prof. Rusinek wurde als Archivleiter des Atomforschungszentrums Jülich vom Karlsruher Institut für Technologie KIT mit seinem Campus Nord, dem früheren Atomforschungszentrum Karlsruhe, zur Beurteilung der seit September 2012 geforderten Annullierung des Ehrensenatortitels eingesetzt. Im Interesse der Atomlobby ist dessen offensichtliches Ziel, die Annullierungsforderung als nicht begründet erscheinen zu lassen.



Ehrensenator Rudolf Greifeld
Quelle: <http://www.nrhz.de/flyer/media/19181/Rudolf%20Greifeld>

Ein Gespräch mit seinen Kritikern, das über den Leiter einer bekannten KIT-Institution zu vermitteln versucht wurde, ist von Prof. Rusinek mit Aussitzen abgewiesen worden. Das gleiche geschieht mit den neuen Dokumenten aus Frankreich, über die in der oben erwähnten Veröffentlichung berichtet wurde. Prof. Rusinek ebenso wie die Lokalpresse denken nicht daran, sich mit diesen Akten auseinander zu setzen. Unisono wird eine „atomare Geschichtsentsorgung“ betrieben, so auch der Titel eines in dieser Zeitung am 26. Juni 2013 erschienen Beitrags [2].

Zur Bekräftigung der Annullierungsforderung in Sinne der notwendigen alternativen Geschichtsvermittlung ist es am 18. Juni bei einem Besuch in Lyon gelungen, die Original-Akten einzusehen und abzulichten, mit denen Greifelds Nazi-

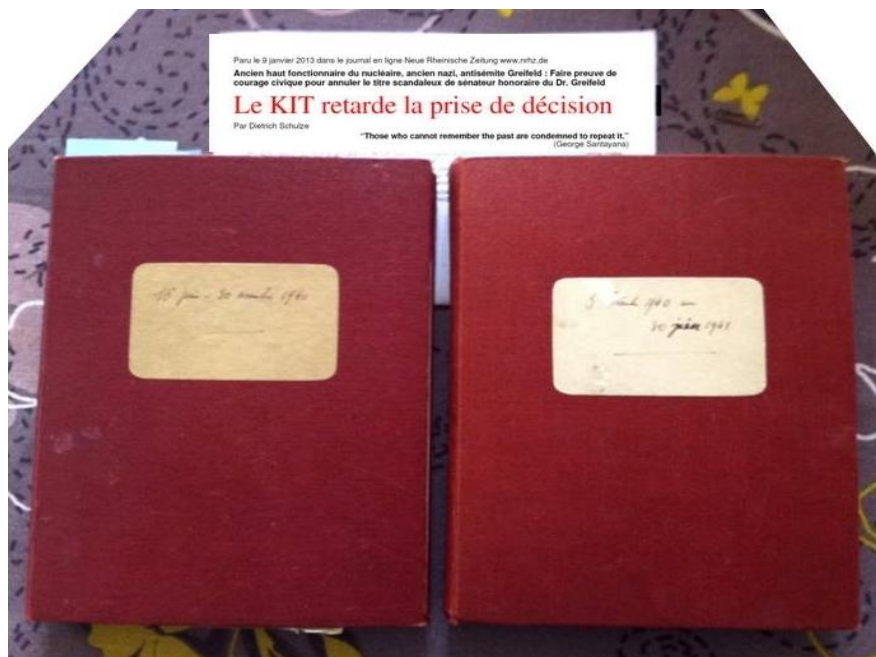
Verbrechen in der Zeit 1940/41 im besetzten Paris bewiesen werden können.

Am 27. Juni haben folgende Gruppen (Verantwortliche) die nachfolgende Presse-Erklärung [3] abgegeben: Forum Ludwig Marum e.V. (Harald Denecken, Vorsitzender), Initiative gegen Militärforschung an Universitäten (Nadja Brachmann, Dagmar Hamdi, Dr. Ullrich Lochmann, Dr. Dietrich Schulze, SprecherInnenkreis), VVN-Bund der AntifaschistInnen e.V. (Dr. Ulrich Schneider, Bundessprecher und Generalsekretär der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer FIR) mit dem Titel: „Neue Beweise zu Greifeld-Verbrechen - KIT-Ehrensenatortitel endlich annullieren“. Kurz nach dem 70. Jahrestag des D-Day konnten weitere hochinteressante Originalakten aus den Jahren 1940/41 über die Maschinerie der deutschen Kriegsverbrechen im besetzten Frankreich ausgegraben werden.

Die Beweise über die antisemitische Mittäterschaft von SS-Kriegsverwaltungsrat Rudolf Greifeld in führender Position im deutschen Besatzungsregime in Paris sind seit langer Zeit erdrückend. Gleichwohl verschleppt das Karlsruher Institut für Technologie KIT seit zwei Jahren systematisch die Forderung nach Annullierung der Ehrensenatorwürde für Greifeld, die ihm 1969 von der Universität Karlsruhe verliehen wurde.

Ich selbst habe als Mitgründer der Initiative gegen Militärforschung an Universitäten in Lyon Zugang zu den persönlichen Tagebuch-Aufzeichnungen des Kabinettsmitglieds der Seine-Präфекtur der Vichy-Regierung Edouard Bonnefoy erhalten, der die Anweisungen des Sprechers der Nazi-WehrmachtKommandantur von Groß-Paris, Rudolf Greifeld, umzusetzen hatte.

Zur behaupteten Verschleppung:
Die Badischen Neuesten
Nachrichten titelten Ende 2013
über die Zwischenergebnisse
des vom KIT eingesetzten
Historikers Bernd-A. Rusinek
„Keine Spuren von Greifeld“. In
einer ausführlichen Gegen-
Analyse in der Neuen
Rheinischen Zeitung unter dem
Titel „Der Spurensucher
Rusinek“ wurden hingegen
zusätzliche Fakten aufgrund
einer 1999 an der Universität
Lyon vorgelegten Diplomarbeit
veröffentlicht, die auf den
genannten Tagebuch-
Aufzeichnungen aus der Zeit
1940/41 beruhen.



Original-Tagebücher von Edouard Bonnefoy „16 juin – 30 novembre 1940“ „3 décembre 1940 – 30 juin 1941“ Foto: Dietrich Schulze



Antifaschist Edouard Bonnefoy
Quelle: <http://doc.sciencespo-lyon.fr>

Bonnefoy war 1944 wegen Zusammenarbeit mit der Resistance verhaftet und nach Neuengamme deportiert worden. Er ging mit der „Cap Arcona“ unter. Seine Aufzeichnungen gelangten nach dem Tod von Bonnefoys Frau 1989 in den Besitz seiner Schwiegertochter Solange Bonnefoy. Diese hatte bei einem Auschwitz-Besuch 1996 den Lyoner Geschichtswissenschaftler Prof. Bruno Benoit über die Existenz der Aufzeichnungen informiert, der die Diplomarbeit von Elodie Prost in die Wege leitete. Die Zusammenarbeit Bonnefoys mit der französischen Widerstandsbewegung ist in mehreren Zeugnissen und Ehrungen bestätigt worden, z.B. im Juni 1948 von einem Verantwortlichen der Rhone-Präfektur und Träger der Medaille des Widerstands.

Solange Bonnefoy gebührt großer Dank für die Ermöglichung des Zugangs zu den Aufzeichnungen. Mit dieser Originalquelle kann nunmehr zweifelsfrei bewiesen werden:

- Greifeld forderte Listen von jüdischen Beschäftigten der Pariser Stadtverwaltung an. Solche Listen waren bekanntlich der erste administrative Schritt für die Deportation in die Vernichtungslager.
- Greifeld bereitete mit organisatorischen Anweisungen den Hitler-Besuch in Paris vor, an dem er angeblich nicht beteiligt war.
- Greifelds lebenslang praktizierter Antisemitismus kann mit neuen Zitaten belegt werden: "Bei der Herstellung einer neuen Ordnung in Europa gibt es drei Gruppen von Gegnern, die weggefegt werden [...] das sind die Juden, die Freimaurer und die Plutokraten, diejenigen, die bereit sind, in den Krieg zu treiben, um Geld zu verdienen." [...] „Greifeld ist verwundert, dass die französische Regierung gegen die Juden keine energischeren Maßnahmen unternimmt [...] erklärt, dass die jüdischen Frechheiten kein Ende nähmen und dass es wünschenswert sei, dass eine gute Ordnung hergestellt wird gegen diese jüdische Bewegung, die für den Krieg verantwortlich ist und fortfährt, unschuldige Bevölkerungen in den Krieg zu treiben.“
- Der bekannte französische Physiker Paul Langevin war von der deutschen Besatzungsbehörde wegen seiner antifaschistischen Haltung verhaftet worden. Bonnefoy verweist Greifeld auf die Bedeutung von Langevins Tätigkeit als Direktor des Pariser Instituts für Physik und

Verfahrens-Chemie. Greifeld bleibt untätig. Langevin gelang aber später mit Hilfe der Resistance die Flucht. Greifeld besaß in den 1970er Jahren als Atom-Manager die Unverfrorenheit, sich für die deutsche Seite in das Führungsgremium der Internationalen Forschungseinrichtung „Institut Laue-Langevin“ in Grenoble delegieren zu lassen.

In mehreren Appellen, zuletzt auf einem Symposium des Forum Ludwig Marum am 19. Oktober 2013 unter Teilnahme von Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup vorgetragen, wurde die Annullierungsforderung immer wieder unterstützt und bekräftigt, ohne dass vom KIT-Präsidium und der damit befassten Ethik-Kommission Konsequenzen gezogen worden wären.

Die unterzeichnenden Gremien-VertreterInnen fordern aufgrund dieser neuen Beweise nunmehr KIT-Präsident Prof. Holger Hanselka und KIT-Vizepräsidentin Dr. Elke Barnstedt als Vorsitzende der Ethik-Kommission auf, unverzüglich eine Entscheidung des KIT-Senats über die Annullierung dieses schändlichen Ehrensensatortitels einzuleiten.

Das ist auch als längst überfälliger und begrüßenswerter Beitrag zur deutsch-französischen Freundschaft zu verstehen.

Soweit die Presse-Erklärung. In einer 84-seitigen Dokumentensammlung [4] kann die Vorgeschichte nachgelesen werden.

Der mit der Vertuschung und Verschleppung des Nazi-Ehrensensatortitels zusammenhängende, aber viel tiefer gehende Skandal „Kern- und Waffenforschung unter einem Dach“ muss demnächst weiter mit Protesten vertieft werden. Bereits am 18. Mai 2011 [5] wurde in der Neuen Rheinischen Zeitung über diesen Tabubruch berichtet. Das KIT betreibt mit Rückendeckung der Bundesregierung und der Grün-Roten Landesregierung Forschung für militärische Zwecke und Atomforschung, neuerdings wie berichtet [6] in direktem Verstoß gegen das KIT-Gesetz an „innovativen“ Kernreaktorkonzepten, die für Atom-U-Boote verwendbar sind. (PK)

[1] <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=19841>

[2] <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=19181>

[3] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20140626.pdf>

[4] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20140627.pdf>

[5] <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=16511>

[6] <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=20335>

Online-Flyer Nr. 462 vom 11.06.2014

<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=20438>

Karlsruhe: Nachtrag zum bewegenden Auftritt von Noam Chomsky im ZKM

Regional-Presse verfälscht Chomsky-Aussage

Von Dietrich Schulze

Die regionale Politik in Baden-Württemberg versucht, den US-Friedens-Wissenschaftler im Universalformat Noam Chomsky für ihre Militarisierungspolitik zu missbrauchen. Ein unerhörter und skandalöser Vorgang von internationaler Dimension. Wie in der Neuen Rheinischen Zeitung berichtet [1], hatte sich das ZKM (Zentrum für Kunst und Medientechnologie für Kultur und Medienwissenschaften) in Karlsruhe auf Initiative seines Direktors Peter Weibel einen Traum erfüllen können und eine Rede des berühmten US-Linguisten und Friedens-Wissenschaftlers Noam Chomsky in der Residenz des Rechts erlebbar gemacht. So unvoreingenommen die Presse davor und kurz danach in einem Interview [2] über seine Rede am 30. Mai berichtete, einigen Kreisen passte wohl dessen entschiedener und tief begründeter Antimilitarismus nicht.



FULL HOUSE – DER ANDRANG IM ZKM KARLSRUHE WAR RIESIG. Besucher aus ganz Europa kamen zum Vortrag des 85-jährige Wissenschaftlers Noam Chomsky, der über drängende politische Themen sprach und anschließend Fragen beantwortete. Fotos (2): Artis

BNN-Foto und Bildunterschrift zum Bericht über Noam Chomsky vom 2.6.14, Nr.125 Quelle: Badische Neueste Nachrichten

Den Badischen Neuesten Nachrichten BNN blieb es vorbehalten, diesem Unmut in einem Bericht am 2. Juni unter der Schlagzeile „Über Obama und schwammige Aussagen“ [3] Ausdruck zu verleihen. In der engagierten Diskussion zur Chomsky-Rede, die länger als der Vortrag selbst geriet, wurde Noam Chomsky vom Autor zur Militärforschung an Hochschulen mit Bezug auf das Karlsruher Institut für Technologie KIT gefragt.

Darüber schreibt die BNN:
„Auffällig waren die analytische

Gelassenheit, mit der Chomsky argumentiert, und die präzise Klarheit, mit der er auf verdeckte Widersprüche aufmerksam macht. Als er etwa auf die „Zivilklausel“ angesprochen wird, die es Universitäten oder Einrichtungen wie dem Karlsruher Institut für Technologie (KIT) verbietet, militärische Forschung zu betreiben, ergeht sich Chomsky nicht etwa in einer wohlfeilen Solidaritätsadresse, sondern weist auf einen wenig bekannten Zusammenhang hin: Dass es gerade Aufträge des Militärs gewesen seien, dank derer die Entwicklung der Informationstechnologie vorangetrieben wurde, von der heute Unternehmen wie Microsoft oder Google profitieren. Will sagen: Es waren öffentliche Gelder, die es einem Privatmann wie Bill Gates ermöglichten, zum Multimilliardär zu werden.“

Für den Leser wird der Eindruck erweckt, dass Chomsky in seiner Antwort die Nützlichkeit von Militärforschung für die Menschheit herausgestellt hätte.

Am 5. Juni hatte das ZKM aber dankenswerter Weise die Rede [4] und die komplette Diskussion [5] per Video-Mitschnitt ins Netz gestellt. Lothar Letsche konnte die Passage aus der Diskussion mit der Frage des Autors und der Antwort von Noam Chomsky kurz darauf transkribieren und übersetzen [6]. Hier zum Nachlesen die Frage und zwei Passagen aus der längeren Antwort: Frage des Autors: „Herr Chomsky, das war eine große Rede, und ich habe nur eine kleine Frage, über einen internationalen Aufruf [7], den Sie vor drei Jahren unterzeichneten, wonach alle Universitäten weltweit militärische Forschung ablehnen sollten. Eine große Vision - aber wenn Visionen wiederholt vorgetragen werden, können sie wahr werden. In dieser Stadt gibt es eine



Der Autor beim Abgang nach seiner Frage an Prof. Noam Chomsky. Stehend: ZKM-Chef Prof. Peter Weibel. Quelle: ZKM-Video

Forschungseinrichtung KIT - klingt ähnlich wie MIT, von wo Sie kommen - und Sie wissen, was Militarisierung dort bedeutet. Das KIT macht militärische Forschung, und wenn Sie Ihren Appell an die KIT-Administration wiederholen würden, könnte das ein guter Punkt für uns alle und für friedliche Wissenschaft sein.“

Aus der Antwort von Noam Chomsky: „.... Militärforschung ist ein Instrument, mit dem die Bevölkerung gezwungen wird,

Profite der High-Tech-Industrie zu subventionieren. Das ist eine ihrer wesentlichen Funktionen. Schauen wir uns beispielsweise die Computer, das Internet, Laser, Mikroelektronik, Satelliten an – man kann es alles durchgehen – wo kommen die alle her? Sie kommen, überwiegend vom Pentagon finanziert, von Einrichtungen wie dem MIT, und die Steuerzahler bezahlen dafür. Weil „die Russen kommen“, müssen Sie das bezahlen, und als Endergebnis, wissen Sie, ist Bill Gates der reichste Mann der Welt und Steve Jobs konnte Apple gründen. So funktioniert die Wirtschaft. Wenn Sie die Zeitungen lesen, die Financial Times oder die deutschen Wirtschaftsblätter, wie sie ständig über »freies Unternehmertum« und Märkte reden, muss man sich doch einfach ein paar grundlegende Tatsachen über Märkte vor Augen halten. Egal ob man sie mag oder nicht, haben sie doch einige grundlegende Eigenschaften. Eine solche Eigenschaft ist, wenn Sie in eine riskante Unternehmung investieren, investieren Sie jahrzehntelang mit viel Risiko und Einsatz, und wenn sich dann irgendwann ein Profit einstellt, soll er auch an Sie zurückfließen. So funktioniert die Wirtschaft. Doch der Steuerzahler wird im Grund ausgequetscht, um die riskanten und kostspieligen Entwicklungen zu finanzieren, buchstäblich über Jahrzehnte, und bekommt nichts dafür zurück außer Profiten, die an die privaten Unternehmer fließen. Aber so funktioniert unsere Wirtschaft des freien Unternehmertums. Und das Pentagon war ein Schlot Trichter. Aber Sie haben recht mit der Militärforschung. Das sollte es an der Universität nicht geben. Ich denke, auch das andere sollte es aus anderen Gründen dort auch nicht geben. Es ist ein Angriff auf Demokratie und Freiheit.“

Jeder unvoreingenommene Leser kann daraus entnehmen, dass die BNN exakt das Gegenteil von Chomskys Aussagen zu vermitteln versucht.

Chomsky hatte hingegen tatsächlich die Ablehnung von Militärforschung an Hochschulen und damit am KIT unterstützt, wie das vom Autor für die „Initiative gegen Militärforschung an Universitäten“ auf der Grundlage des vor Beginn der Veranstaltung verteilten Flugblattes [8] vorgetragen wurde. Chomsky hatte am Beispiel der USA und des Massachusetts Institute of Technology MIT das verheerende „Funktionieren der Wirtschaft“ auf Kosten und zulasten der Steuerzahler zugunsten des Profits mächtiger Privat- und Rüstungsformen erklärt.

Die KIT-Administration hatte ihre Haltung gegen eine friedliche Selbstbindung (Zivilklausel) unter Verzicht auf Militärforschung schon auf einem Podium am 18. Mai [9] (Video [10]) zur Genüge demonstriert. Das KIT betreibt definitiv Militärforschung, wie im Flugblatt (8) anhand dreier Beispiele belegt:

- Sogenannte „Reine Grundlagenforschung“ im Informatikbereich für das Pentagon.
- Geheimdienstforschung von KIT-Professor Alex Waibel für die NSA.
- Atomreaktorforschung für das Militär unter Verstoß gegen das gültige KIT-Gesetz.

Genau diese Ausrichtung wird von der BNN unterstützt mittels Verschweigen von begründeter Kritik und - wie hier dargestellt - daraus folgender Verfälschung von Gegenpositionen. Das ist verantwortungsloser Journalismus zugunsten der KIT-Obrigkeit, der Grün-Roten Landesregierung und der Rüstungslobby. (PK)

Quellen:

- [1] <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=20412>
- [2] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20140531.pdf>
- [3] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20140603.pdf>
- [4] https://www.youtube.com/watch?v=K_Z9bslsANw
- [5] <https://www.youtube.com/watch?v=Av8uFvDTvw4>
- [6] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20140607.pdf>
- [7] <http://www.inesglobal.com/commit-universities-to-peace.phtml>
- [8] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20140530.pdf>
- [9] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20140520.pdf>
- [10] <http://www.youtube.com/watch?v=wRXJ42zj5JM>

Karlsruhe: Sensationeller Auftritt des weltberühmten US-Intellektuellen

Friedenstreffen mit Noam Chomsky

Von Carl Routier

Erst eine Woche vor Prof. Noam Chomskys Rede am 30. Mai zum Thema „Driving forces in US policy“ auf Einladung des Zentrums für Kunst und Medientechnologie (ZKM) war der Veranstaltungstermin bekannt geworden und mehr als 2.000 Menschen fanden den Weg ins ZKM, darunter sehr viele Studierende aus dem KIT und anderen Karlsruher Bildungseinrichtungen.

Es war eine der größten Veranstaltungen, die das ZKM je erlebt hat, wie Prof. Peter Weibel in seiner Eröffnungsrede erklärte, in der er die Gäste und Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup begrüßte und Leben und Wirken von Noam Chomsky kurz skizzierte. Allein die große Teilnahme war eine Demonstration des friedensbewussten Karlsruhe für den 85-jährigen US-Friedensaktivisten, dessen politische Proteste bis in die Zeit des Vietnam-Krieges zurück reichen. Eine schöne Referenz an Noam Chomsky und ein ermutigendes Zeichen für den Friedenswillen der BürgerInnen zugleich.

Auf den Inhalt der hochinteressanten Rede kann hier nicht eingegangen werden. Eine automatische Simultanübersetzung in Form von projiziertem Text, die zwar nicht gut funktionierte, spricht jedenfalls dafür, dass die komplette Rede bald zweisprachig veröffentlicht werden kann.

Dieser Beitrag soll sich auf die mit dem Karlsruher Institut für Technologie KIT zusammenhängende Thematik der Militärforschung konzentrieren, die in einem Flyer und einem Diskussionsbeitrag zum Ausdruck kam.



Quelle: BNN DER SONNTAG, 25. Mai

Wortwechsel zur Militärforschung von MIT und KIT

Dietrich Schulze von der Initiative gegen Militärforschung an Universitäten bat Noam Chomsky unter Verweis auf dessen Signierung des Internationalen Appells „Commit Universities to Peace. Reject Research for the Military. It is time to act“ aus dem Jahre 2011 [1], diesen Appell an die Adresse der KIT-Leitung zu wiederholen. Das KIT (Karlsruhe Institute of Technology) betreibe Militärforschung, und er wisse als Professor am MIT (Massachusetts Institute of Technology) sehr gut, wie Militarisation von Wissenschaft aussieht. Schulze begründete seine Bitte zu dieser zugegeben großen Vision von militärfreien Hochschulen weltweit den Realitäten zum Trotz als erreichbar, wenn diese unermüdlich aufgegriffen werde. Chomsky ging in seiner längeren Antwort auf das Prinzipielle der Militarisation der Hochschulen ein und bezeichnete diese als Gefahr für Demokratie und Freiheit. Der Beifall der Zuhörer für Schulzes Beitrag und für Chomskys Antwort wird die KIT-Leitung hoffentlich zum Nachdenken anregen.



Collage: Dietrich Schulze

Für die Zustimmung der Zuhörer spielte möglicherweise auch der im folgenden wieder gegebene Flyer der Initiative gegen Militärforschung an Universitäten eine Rolle. Davon wurden 300 Exemplare [2] vor dem ZKM verteilt, darunter einige Exemplare in englischer Übersetzung. Hier der Text des Flyers.

Peaceful Karlsruhe welcomes Noam Chomsky:

"Für die Stadt Karlsruhe ist es eine Ehre und Herausforderung zugleich, einen der wichtigsten US-amerikanischen Intellektuellen und bekanntesten Kritiker der US-Außen-, Wirtschafts- und Kriegspolitik hören zu dürfen.

Noam Chomsky hat mehr mit Karlsruhe zu tun, als manchem hier lieb sein dürfte. Er gehört zu den Unterzeichnern eines Internationalen Appells, der sich gegen die Indienstrafe der Universitäten für Rüstungsforschung und Kriegszwecke wendet.

Ja, Sie haben es erraten, der Appell hat etwas mit dem intellektuellen Prunkstück der Stadt und der Region, der Bildungs- und Forschungsstätte KIT, dem Karlsruher Institut für Technologie, zu tun.

Internationaler Appell

Unter dem Titel „Universitäten dem Frieden verpflichtet. Forschung für das Militär ablehnen. Es ist Zeit zu handeln.“ appellieren international bekannte Persönlichkeiten wie Noam Chomsky, der Hiroshima-Bürgermeister Tadatoshi Akiba und vier Nobelpreisträger unter Verweis auf die wachsende Militarisierung an alle Hochschulen weltweit, all ihre Bemühungen auf die Förderung des Friedens und der Verständigung zwischen den Völkern zu richten. Von den Universitätsleitungen und den zuständigen akademischen Gremien wird die Abkehr von jeglicher Forschung und Lehre für militärische Zwecke und die Übernahme von verbindlichen Verpflichtungen für die Universitätssatzungen entsprechend den Zivilklauseln gefordert.

Der Appell vom Januar 2011 ist dem KIT-Präsidium bekannt. Es lehnte bereits die Forderung der Studierenden vom Januar 2009 für die Zivilklausel für das KIT-Gesetz „Das KIT verfolgt nur friedliche Zwecke.“ rundweg ab, ebenso wie die grüne Wissenschaftsministerin, die sie in der Opposition noch gefordert hatte. Die KIT-Vizepräsidentin demonstrierte die gleiche ablehnende Haltung gerade in einem Zivilklausel-Podium am 18. Mai im Rahmen des Symposiums „Immer noch: KRIEG! Vom Giftgas zur Drohne“. Das KIT hält sich die Option auf Militärforschung offen und betreibt diese auch wirklich. Dafür drei Beispiele.

KIT-Militärforschung

- Grundlagenforschung für Pentagon: Im letzten Oktober ist aufgrund einer NDR-Veröffentlichung aufgedeckt worden, dass 22 hiesige Hochschulen seit 2003 für Forschungsprojekte Finanzmittel aus dem Pentagon erhalten. KIT war mit fünf Projekten beteiligt. Über das jüngste aus dem Informatikbereich mit Mitteln der US-Marine wurde in einer internationalen Wissenschaftskonferenz unter Teilnahme von KIT-Wissenschaftlern von einem britischen Rüstungsforscher unter dem Titel „Agile militärische Fähigkeiten“ erklärt: Wie uns globale Ereignisse ständig vor Augen führen, leben wir in einer gefährlichen und unberechenbaren Welt. ... Innovativen Strategien, Taktiken und Doktrinen können radikale Veränderungen des Charakters von Kriegen oder der Art der Kriegführung herbeiführen.... Da heute die Fähigkeit fortgeschrittener Systeme weitgehend von Algorithmen bestimmt wird, spielt es eine wichtige Rolle, flexible, anpassungsfähige Systeme für unsere militärischen Erfordernisse zu erhalten.“

- Geheimdienstforschung für NSA: Im letzten September wurde aufgrund der NSA-Enthüllungen bekannt, dass Prof. Alex Waibel seit Jahren US-Geheimdienstgelder für seine Spracherkennungsforschung am KIT und an einem US-Institut bezieht. Nach dessen Einlassung „reine

Grundlagenforschung“ verbunden mit heftiger Gegenwehr „Rufmord“ ist inzwischen der Mantel des Schweigens über die Affäre gebreitet worden. Ein bemerkenswertes Verteidigungsargument von Prof. Waibel: »In Deutschland gebe es jede Menge wissenschaftliche Institute, die geheime Militärforschung betreiben.«

- Atomreaktorforschung für Militärs: Wie erst kürzlich bekannt wurde, forciert das KIT im Interesse der alten Atomlobby neue Forschung an Atomreaktoren, z.B. an einer neuartigen geräuscharmen Flüssigmetallkühlung für große Atomreaktoren, die besonders für Atom-U-Boote geeignet ist. Damit kann die Erkennung durch den „Feind“ erschwert werden. Kaum verwunderlich, dass militärische Großmächte schon Interesse gezeigt haben. Ganz abgesehen von der Zuwiderhandlung gegen den Atomausstieg ist diese Forschung ein eindeutiger Verstoß gegen das gültige KIT-Gesetz, in dem es heißt: "Zur Wahrnehmung der Großforschungsaufgabe [das ist die Atomforschung definitiv] betreibt das KIT im Interesse der Allgemeinheit Forschung und Entwicklung zu friedlichen Zwecken vorwiegend auf dem Gebiet der Technik und ihrer Grundlagen." All das ist von der Initiative mehrfach angeprangert worden, ohne jegliche Reaktionen. Die Arroganz der Macht im akademischen Gewand.

Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts.

Möge es Noam Chomsky vorbehalten bleiben, die Verantwortlichen des KIT auf einen anderen Weg zu bringen. Als Institutsprofessor am MIT, dem Massachusetts Institute of Technology, weiß er aus eigener unmittelbarer Anschauung, was Militarisierung bedeutet.

Auf diesem Weg kann das KIT auch auf die Unterstützung des Karlsruher Gemeinderats und von Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup zählen. Am 20. Mai hatte der Gemeinderat mit großer Mehrheit beschlossen, dem 1983 von Hiroshima-Bürgermeister Tadatoshi Akiba ins Leben gerufenen Friedens-Netzwerk „Mayors for Peace“ („Bürgermeister für den Frieden“) beizutreten. Soweit der Text des Flyers.

Aus aktuellen Gründen war dem Flyer noch eine kleine Beilage [3] mit einem taz-Beitrag und Zusatz-Informationen beigelegt worden. Mehr Berichte über die Veranstaltung und die Hintergründe im Internet-Wiki der Initiative gegen Militärforschung an Universitäten [4]. Der Auftritt von Noam Chomsky in Karlsruhe war übrigens am Schluss eines Beitrags von Dietrich Schulze in der Neuen Rheinischen Zeitung am 28. Mai [5] angekündigt worden. (PK)

Quellen:

[1] <http://www.inesglobal.com/commit-universities-to-peace.phtml>

[2] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20140530.pdf>

[3] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20140529.pdf>

[4] <http://www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf>

[5] <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=20384>

Karlsruhe gehört zum internationalen Friedens-Netzwerk

Mayors for Peace! Peaceful KIT?

Von Dietrich Schulze

Seit dem 20. Mai 2014 gehört die Stadt Karlsruhe zum internationalen Friedens-Netzwerk der Bürgermeister „Mayors für Peace“, gegründet 1983 von Hiroshima-Bürgermeister Akiba. Weltweit sind knapp 6000 Kommunen beigetreten, in der Bundesrepublik inzwischen mehr als 400.



OB Dr. Frank Mentrup, Mayor for Peace (links) und KIT-Präsident Prof. Holger Hanselka bei der Akademischen Jahresfeier des KIT am 9.11.2013.
Foto: KIT

„Vater der Wasserstoffbombe“ bekannt, die am 9. August in Nagasaki „getestet“ wurde, an der TH Karlsruhe studiert hatte. Nach dem Giftgas-Professor Fritz Haber an eben jener Technischen Hochschule ein weiterer furchtbarer Wissenschaftler, den die Menschheit und das Karlsruher Institut für Technologie KIT um des Lernens willen für verantwortungsbewusste Wissenschaft nicht vergessen darf.

Der Letztgenannte wurde zwei Tage vor dieser historischen Entscheidung in einem Referat des Bremer Chemie-Professors Wolfram Thiemann im Rahmen eines dreitägigen Symposiums „Immer noch: KRIEG! Vom Giftgas zur Drohne“ in den Europäischen Kulturtagen „2014 - 1914. Frieden + Krieg“ ausführlich beleuchtet. Kurz davor wiederum gab ein Zivilklausel-Podium „Ethik der Wissenschaften und militärische Forschung“.

KIT: „Atomare Militärstiefel ausziehen“

Im Vorfeld hatte der Autor unter diesem Titel in der NRhZ [2] über die skandalöse KIT-Atomreaktorforschung, u.a. auch für militärische Zwecke berichtet. Das und vieles mehr hatte im Podium am 18. Mai eine bedeutende Rolle gespielt.

Im Foto die Podiumsrunde und nachfolgend die Presse-Erklärung der Initiative gegen Militärforschung an Universitäten vom 20. Mai [3]. Diese wurde notwendig, weil die Lokalpresse das Ereignis trotz interessanter Zusammenhänge verschwieg.

Sonnhild Thiel vom Karlsruher Friedensbündnis hat die neun Jahre lange, unermüdliche ehrenamtliche Arbeit gegen die Herrschaft des CDU-Vorgängers aufgeschrieben, die mit der letztjährigen Wahl von OB Dr. Frank Mentrup (SPD) nun von Erfolg gekrönt wurde [1].

Edward Teller: Student der TH Karlsruhe

Doris Baitinger hatte in ihrer Begründungsrede für die SPD-Gemeinderatsfraktion daran erinnert, dass Edward Teller, als



Podium am 18. Mai (v.l.n.r.) • Prof. Dr. Gunnar Berg (Beauftragter des Präsidiums des Deutschen Hochschulverbands, Uni Halle/Wittenberg) • Dr. Elke Barnstedt (KIT-Vizepräsidentin für Personal und Recht) • Dr. Ulrich Pohlmann (Referatsleiter "Bundeswehr und Gesellschaft" Abteilung Politik im Bundesministerium der Verteidigung) • Prof. Dr. Caroline Y. Robertson-von Trotha (ZAK im KIT, Moderation) • Prof. Dr. Erhard Denninger (Staatsrechtler, Uni Frankfurt/M) • Dr. Jürgen Geisler (Geschäftsfeldkoordinator Verteidigung, Fraunhofer-Institut für Optronik, Systemtechnik und Bildauswertung IOSB Karlsruhe) • Dr. Dietrich Schulze (Initiative gegen Militärforschung an Universitäten). Foto: KIT ZAK

STZ: Kritiker wollen KIT »befrieden«

Eine Ausnahme bildet die Stuttgarter Zeitung. Sie hatte am 22. Mai unter obigem Titel [4] über die Forderungen für die Zivilklausel und gegen die Atomforschung berichtet. Mit einem interessanten historischen Rückblick: Einer der früheren KIT-Präsidenten, Prof. Horst Hippler, hatte sich per Unterschrift im August 2010 in einer Zeitungsanzeige gegen den Atomausstieg gewandt. Dessen Linie wird offenbar mit Rückendeckung der Grün-Roten Landesregierung eher noch verschärft fortgeführt. Kaum zu fassen. Nun aber zur Presse-Erklärung mit dem Titel

„Friedliche Minderheit punktet“ KIT/ZAK-Podium über Ethik, Militärforschung und Zivilklausel

Auf das mit sieben AkademikerInnen besetzte Podium (incl. Moderatorin Caroline Y. Robertson-von Trotha) am 18. Mai in der Industrie- und Handelskammer hatte die Initiative mit kritischen Flyern aufmerksam gemacht. Die Badischen Neuesten Nachrichten (BNN) berichteten über das dreitägige Symposium, erwähnten das Podium aber mit keiner Silbe. Dabei ist gerade in diesem Podium im Kontext der Vergangenheit über die Gegenwart des Militärischen unter dem Titel „Ethik der Wissenschaften und militärische Forschung“ diskutiert worden. Die Veranstalter kündigten an, in 2-3 Wochen eine Video-Aufzeichnung der Podiumsdiskussion ins Netz zu stellen. Damit der Nachwelt auch eine publizistische Erinnerung über das gut besuchte Podium erhalten bleibt, hier ein zusammenfassender Bericht der Initiative:

"Was sich die Veranstalter dabei gedacht hatten, das Podium derart einseitig zusammen zu setzen, ist nicht schwer zu erraten. Neben der KIT-Vizepräsidentin Elke Barnstedt (KIT lehnt Zivilklausel ab!) gab es drei weitere Vertreter mit eindeutig negativer Haltung zum satzungsmäßigen Militärforschungsverzicht der Hochschulen sowie mit eindeutig positiver Haltung zu Rüstung, Bundeswehr und NATO und lediglich zwei Freunde der Zivilklausel.



Collage: Dietrich Schulze

Gunnar Berg vom Hochschulverband, Ulrich Pohlmann von der Bundeswehr und Jürgen Geisler vom überwiegend militärisch forschenden Karlsruher Fraunhofer-Institut IOSB versuchten, Militärforschung der Hochschulen als notwendig und die Zivilklausel als Behinderung der Freiheitshindernis oder gar als verfassungswidrig zu beurteilen. Da hatten sie aber ziemlich schlechte Karten bei Erhard Denninger, dem em. Prof. der Uni Frankfurt. Als Verfassungsrechtler hatte er in einem bis dato nicht widerlegten Rechtsgutachten die Zulässigkeit der Zivilklausel begründet, u.a. mit

der „Friedensfinalität“ des Grundgesetzes. Die in viele Varianten vorgetragenen Bedenken konnte er überzeugend entkräften.

„Der Beruf des Soldaten ist das Töten“

Dem Zivilklausel-Aktivisten Dietrich Schulze blieb es vorbehalten, Fragen aus dem Podium zu beantworten, die auf eine Herabsetzung des gegenwärtig lebhaft öffentlich diskutierten pazifistischen Friedensvisionen hinausliefen. „Der Beruf des Soldaten ist das Töten“ erklärte er. Was in einem Verteidigungskrieg als geboten erscheint, kann für die vergangenen und gegenwärtigen „out-of-area“-Kriegseinsätze der Bundeswehr nicht geltend gemacht werden. Er beschrieb die Vision als realistisch, künftig alle Konflikte ohne militärische Mittel einer gerechten Lösung zuzuführen. Das wurde aus dem Publikum mit Verweis auf die Diskussionen in der Evangelischen Kirche unterstützt. In einem ersten Redebeitrag war die Behauptung von Gunnar Berg zurückgewiesen worden, dass die Existenz der NATO für den deutschen Vereinigungsprozess maßgeblich gewesen sei. Tatsächlich sei dafür die friedliche Bewegung von DDR-BürgerInnen verantwortlich.

Die von der KIT-Vizepräsidentin gelobte KIT-Ethik-Leitlinie, wonach alle Wissenschaftlerinnen verpflichtet seien, ihre Forschung und Lehre auf friedliche Zwecke auszurichten, wurde von Dietrich Schulze mit dem Text der im Studierenden-Votum von 2009 verlangten Zivilklausel „Das KIT verfolgt nur friedliche Zwecke.“ verglichen. Warum werde eine praktisch textgleiche Bestimmung für die KIT-Satzung von der KIT-Leitung abgelehnt? Es könne vermutet werden, dass das KIT die Zivilklausel wegen deren größerer Verbindlichkeit fürchtet (Sanktionen im Falle eines Verstoßes?). Erschwerend komme hinzu, dass für Großforschungsaufgaben wie etwa der Atomforschung der „friedliche Zweck“ satzungsgemäß sei.

Eisenhowers „Atoms for Peace“ today

Dazu gab es eine Publikumsfrage mit Bezug auf „Atoms for Peace“ (Rede US-Präsident Eisenhower 8. Dezember 1953 vor UN-Vollversammlung). Schulze erklärte, dass das KIT entgegen Atomausstieg nicht nur an der Forschung für neue Atomreaktoren festhalte, sondern an einem neuen Kühlsystem für Großreaktoren forsche, das wegen der Geräusch-Armut besonders für militärische Zwecke (Atom-U-Boote) geeignet sei. Ein glatter Verstoß gegen die o.g. KIT-Bestimmung. Unter Beifall forderte er, die KIT-Atomreaktorforschung unverzüglich einzustellen. Die KIT-Vizepräsidentin behauptete hingegen, dass die KIT-Atomforschung ausschließlich der Stilllegung diene.

Aus der Fülle weiterer Publikumsbeiträge seien nur zwei von Studierenden heraus gegriffen. Niklas Horstmann berichtete über eine Reihe von existierenden Zivilklauseln als faktische Gegenbeweise zur behaupteten „Verfassungswidrigkeit“. Nadja Brachmann als StuPa-Präsidentin des KIT berichtete über die reale Abhängigkeit der WissenschaftlerInnen mit Zeitverträgen und

Drittmittel-Finanzierung, die durch die ungenügende öffentliche Grundfinanzierung der Hochschulen noch verschärft werde. Dietrich Schulze bat das Publikum um solidarische Teilnahme am KIT-Aktionstag 21. Mai um 11.30 Uhr im Ehrenhof der Uni für eine Erhöhung der Grundfinanzierung u.a. mit KIT-Präsident Holger Hanselka und der stellvertretenden AStA-Vorsitzenden Alexa Schnur [5]

Hippokratischer Eid der Wissenschaften

Im unmittelbaren Anschluss an das Podium referierte Wolfram H.-P. Thiemann von der Uni Bremen über Fritz Haber, worüber die BNN berichtete. Den von ihm angeregten Hippokratischen Eid aller Wissenschaftler, nur zum Wohle der Menschheit tätig zu sein, hatte Erich Kamke in einem Appell bereits im September 1946 bei der ersten Mathematiker-Konferenz nach der Befreiung an der Uni Tübingen vorgetragen.

„Clara-Immerwahr-Institut“

Zu Thiemanns Bericht über die diskutierte Umbenennung „Fritz-Haber-Institut“ in „Haber-Immerwahr-Institut“ gab es interessante Wortmeldungen. Einerseits wurde hinterfragt, ob es akzeptiert werden kann, bei einer Namensgebung einen Kriegsforscher mit einer Pazifistin zu vereinen. Zum anderen wurde auf die mehrfachen Umbenennungs-Aktionen am KIT von „Fritz-Haber-Weg“ in „Clara-Immerwahr-Weg“ hingewiesen [6].

Nach Auffassung der Initiative sind die im Juni 2013 im Zivilklausel-Kongress am KIT im damaligen Abschlusspodium [7] vereinbarten Forderungen hochaktuell:

- (1) Die Zivilklausel mittels Senatsbeschluss und durch gesetzliche Verankerung im Landeshochschulgesetz regeln.
- (2) Dem Transparenzgebot (s. auch Koalitionsvertrag BaWü) Geltung verschaffen. Die unerträgliche Geheimhaltung von militärrelevanten Forschungsprojekten muss beendet werden.
- (3) Als Konsequenz aus der Energiewende ist die Atomreaktorforschung (IV. Generation, Transmutation) am KIT zu beenden.

Dazu kommt aus guten Gründen eine weitere praktische Konsequenz:

- (4) Der „Fritz-Haber-Weg“ am KIT sollte offiziell in „Clara-Immerwahr-Weg“ umbenannt werden."

Soweit die Presse-Erklärung. Mehr in der Web-Dokumentation der Initiative [8]. Auf die überzeugenden Ergebnisse der Konferenz „Wissenschaft zwischen Krieg und Frieden“ vom 16.-18. Mai in der Uni Potsdam [9] und insbesondere auf den Vortrag von Subrata Ghoshroy (MIT, USA) „Krieg Heute: Interventionen, Drohnen, Cyberwar“ [10] sei ausdrücklich hingewiesen.

Zurück zur Titelfrage: Wird die Bewegung für eine friedensbewusste Kommunalpolitik in Karlsruhe in Verbindung mit den bundesweiten Bestrebungen der Zivilklausel-Bewegung und der Antiatom-Bewegung kreativ und energisch genug sein, das KIT auf den Weg zur friedenspolitischen Umgestaltung zu bringen?

Noam Chomsky in Karlsruhe

Erst am 26. Mai wurde aus einem Pressebericht [11] bekannt, dass der seit Jahrzehnten profilierteste Kritiker der USA zu deren Außen-, Sicherheits- und Kriegspolitik am 30. Mai in Karlsruhe über das Thema „Treibende Kräfte hinter der US-Politik“ sprechen wird. Das ist für sich genommen eine große Ehre für die Stadt, hat aber noch einen ganz besonderen Reiz. Chomsky gehört neben dem Bürgermeister von Hiroshima und vier Nobelpreisträgern zu den Unterzeichnern eines Internationalen Appells an alle Hochschulen weltweit vom Januar 2011 mit dem Titel „Universitäten dem Frieden verpflichtet. Forschung für das Militär ablehnen. Es ist Zeit zu handeln.“[12]. Darin wird unter Verweis auf die wachsende Militarisierung gefordert, dass die Universitäten all ihre Bemühungen auf die Förderung des Friedens und der Verständigung zwischen den Völkern richten sollen. Von den Universitätsleitungen und den zuständigen

akademischen Gremien wird die Abkehr von jeglicher Forschung und Lehre für militärische Zwecke gefordert und die Übernahme von verbindlichen Verpflichtungen in die Universitätssatzungen entsprechend den Zivilklauseln.

Wie berichtet, lehnt das KIT genau das seit 2009 ab. Die Erinnerung an diesen Internationalen Appell in Gestalt eines derart hoch angesehenen Gastes könnte ein Baustein für die geforderte friedenspolitische Umgestaltung des KIT werden.

(PK)

Quellen:

[1] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20140521.pdf>

[2] <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=20335>

[3] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20140520.pdf>

[4] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20140522.pdf>

[5] <http://www.ka-news.de/region/karlsruhe/KIT-braucht-mehr-Geld-Streichung-von-Studienplaetzen-droht;art6066,1397757>

[6] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20140430.pdf>

[7] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20121230.pdf>

[8] <http://www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf>

[9]

http://www.natwiss.de/fileadmin/user_upload/Konferenz_Potsdam_Flyer_Stand_140116_web.pdf

[10] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20140516.pdf>

[11] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20140526.pdf>

[12] <http://www.inesglobal.com/commit-universities-to-peace.phtml>

Online-Flyer Nr. 458 vom 14.05.2014

<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=20335>

KIT Karlsruhe: „Ethik des Wissenschaften und militärische Forschung“

Atomare Militärstiefel ausziehen

Von Dietrich Schulze

Während der 22. Europäischen Kulturtage (EKT) „2014 - 1914. Frieden + Krieg“ in Karlsruhe gibt es ein Symposium „Immer noch: KRIEG! Vom Giftgas zur Drohne“ vom 16.–18. Mai 2014 und in

diesem Rahmen ein Podium zur Thematik der Zivilklausel „Ethik der Wissenschaften und militärische Forschung“ am 18. Mai.



Aufgrund der Ankündigungen dazu mit den Stichworten Rüstungsforschung und Zivilklausel kommen vermutlich nur wenige auf die Idee, dass das etwas mit der KIT-Atomreaktorforschung zu tun haben könnte. Hinzu kommt, dass die kritische Auseinandersetzung damit medial stark vernachlässigt ist. Die Atomforschung sollte friedlichen Zwecken dienen und mit dem Atomausstieg eigentlich erledigt sein. Das ist leider nicht der Fall. Diese Forschung wird mit Bundes- und EU-Förderung unter Rückendeckung der Grün-Roten Landesregierung fleißig fortgeführt.

Wie erst am 7. Mai bekannt wurde [1], forciert das Karlsruher Institut für Technologie, kurz KIT, im Interesse der alten Atomlobby die neue Forschung für vielseitig einsetzbare „Kleine Modulare Reaktoren“ (SMR) sowie eine

neuartige geräuschlose Flüssigmetallkühlung für große Atomreaktoren. Die letztere ist besonders für Atom-U-Boote geeignet, weil damit eine Erkennung durch den „Feind“ erschwert würde. So ist es nicht verwunderlich, dass militärische Großmächte schon Interesse gezeigt haben.

Wie die Initiative gegen Militärforschung an Universitäten erklärt, ist die benannte Forschung ein eindeutiger Verstoß gegen das KIT-Gesetz [2]. In Absatz 2 „Aufgaben“ heißt es wörtlich: "Zur Wahrnehmung der Großforschungsaufgabe betreibt das KIT im Interesse der Allgemeinheit Forschung und Entwicklung zu friedlichen Zwecken vorwiegend auf dem Gebiet der Technik und ihrer Grundlagen."

Die Initiative fordert, die KIT-Atomreaktorforschung unverzüglich zu beenden. Das KIT-Präsidium, die grün-rote Landesregierung und die schwarz-rote Bundesregierung sind in Umsetzung des Atomausstiegs gefordert, endlich einen Schlusstrich unter die KIT-Atomreaktorforschung zu ziehen und die betroffenen Beschäftigten für zukunfts-fähige Forschungsprojekte zu gewinnen.

Die Studierendenvertretung, der Personalrat, die Gewerkschaften, die Stadtratsfraktionen, OB Dr. Frank Mentrup und die zuständigen Bürgerinitiativen werden gebeten, die Forderung nach dieser längst überfälligen KIT-Umstrukturierung zu unterstützen.



„Zeitung gegen den Krieg“ 1. September 2011

In die Begriffswelt des obigen Titelbilds der Europäischen Kulturtage übertragen, heißt das: „Atomare Militärstiefel ausziehen. Solare Turnschuhe fester anziehen.“ Diese Forderung ist mehrfach ohne Erfolg öffentlich erhoben worden, z.B. am Antikriegstag 2011 [3]. Die Initiative verspricht, dass sie im Interesse der Umwelt und des Friedens nicht locker lassen wird. Und die Initiative erinnert erneut daran: Die Studierenden der Uni Karlsruhe (KIT) hatten Anfang 2009 für die Zivilklausel „Das KIT verfolgt nur friedliche Zwecke.“ votiert. Die KIT-Leitung hat sich von Beginn an gegen die Übertragung der Zivilklausel auf die Universität ausgesprochen. Sie wurde lediglich für die sogenannten Großforschungsaufgaben übernommen. Selbst dagegen wird jetzt verstoßen. Die einheitliche KIT-Zivilklausel bleibt auf der Tagesordnung. Das gilt auch für das obige Podium [4]. Soweit die Presse-Erklärung der Initiative vom 11. Mai.

Hier ergibt sich eine gute Gelegenheit, die Presse-Erklärung der Initiative vom 5. Mai [4] unter der Schlagzeile „Kulturvolle Militär-Ethik? Lernen aus der Geschichte?“ zu kommunizieren. In dieser von der Lokalpresse nicht veröffentlichten Erklärung wird die einseitige Zusammensetzung des eingangs erwähnten Podiums am 18. Mai „Ethik der Wissenschaften und militärische Forschung“ kritisiert.

In diesem Podium geht es nach Angaben der Veranstalter „um den Streit über die »Zivilklausel« an deutschen Hochschulen, die sich zur Forschung ohne militärischen Nutzen verpflichten können, sowie allgemein um die Verantwortung der Wissenschaft für ihre Forschung und deren Konsequenzen.“

Die Initiative gegen Militärforschung an Universitäten hatte dazu erklärt, dass die Zusammensetzung des Podiums weiter in Richtung einer Militärlobby-Veranstaltung verschlimmbessert worden sei. „War schon bisher für eine satte Mehrheit gegen die bundesweit geforderte Selbstverpflichtung der Hochschulen für eine Zivilklausel gesorgt, wird nun das Bundesministerium der Verteidigung direkt im Podium vertreten sein.“



"Der elende Krieg" Zeichnung in junge Welt 7. Mai

Dann geht die Initiative auf den geschichtlichen Kontext des Podiums ein: „Offenbar wollen die Vorwärtsverteidiger nichts anbrennen lassen im Jahre 100 bzw. 75 der beiden letzten von deutschem Boden ausgegangenen verbrecherischen Weltkriege. Die nach der Befreiung vor 69 Jahren verbreitete Erkenntnis, dass Kriege in den Köpfen und in den Universitäten geistig und durch Rüstungsforschung vorbereitet worden sind, ist weitgehend verdrängt worden. Die Bundeswehr wird entgegen den Fakten als weltweite Friedensstifterin dargestellt: der Soldat »Kämpfer, Helfer, Brunnenbohrer«. Die frühere Landtags-Opposition hatte die KIT-Zivilklausel unterstützt, aber als Regierung glatt »vergessen«.

Die KIT-Leitung hat sich von Beginn an gegen die im Forschungszentrum bewährte Zivilklausel gesträubt und betrachtet militärische Finanzierung als Unterstützung der Grundlagenforschung, wie das im Falle der Ende 2013 aufgedeckte Pentagon-Finanzierung praktiziert wurde. Ebenso wie das in Kooperation mit dem überwiegend für Militärforschung tätigen Karlsruher Fraunhofer-Institut IOSB abgewickelt wird. Aus eben jenem IOSB kommt einer der Podiumsteilnehmer.“

Hier das Podium unter Moderation von Prof. Dr. Caroline Y. Robertson-von Trotha:

- Dr. Elke Barnstedt, Vizepräsidentin für Personal und Recht, Karlsruher Institut für Technologie
- Prof. Dr. Gunnar Berg, Beauftragter des Präsidiums des Deutschen Hochschulverbands, Universität Halle/Wittenberg
- Prof. Dr. Erhard Denninger, Staatsrechtler, Universität Frankfurt/M.
- Dr. Jürgen Geisler, Geschäftsfeldkoordinator Verteidigung, Fraunhofer-Institut für Optronik, Systemtechnik und Bildauswertung (IOSB), Karlsruhe
- Dr. Ulrich Pohlmann, Referatsleiter "Bundeswehr und Gesellschaft" Abteilung Politik im Bundesministerium der Verteidigung, Berlin
- Dr. Dietrich Schulze, Initiative gegen Militärforschung an Universitäten, Karlsruhe.

Abschließend appelliert die Initiative an die Öffentlichkeit: „Lassen Sie bitte nicht zu, dass das Podium mit dem anspruchsvollen Ethik-Titel in eine Propaganda-Veranstaltung von Verfechtern der militärischen Forschung an Hochschulen umgewandelt wird. Nehmen Sie bitte teil und bekunden Ihre Überzeugung, dass von deutschem Boden Frieden ausgehen soll und dies durch Forschung und Lehre an den Hochschulen und am KIT ausgedrückt wird.“

Mehr in der Web-Dokumentation der Initiative [5], darunter eine Materialsammlung vom Mai 2012 über KIT und Atomforschung [6]. Und noch ein interessanter Nachtrag sei gestattet. Am 10. Juni demonstrierten in Berlin 12.000 Menschen gegen das Kentern der Energiewende [7]. (PK)

Quellen:

- [1a] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20140511.pdf>
- [1] <http://neckarwestheim.antiatom.net/blog/1106-atomforschung-in-karlsruhe>
- [2] http://www.rechtliches.de/BaWue/info_KITG.html
- [3] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20110901.pdf>
- [4] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20140505.pdf>
- [5] <http://www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf>
- [6] <http://www.trueten.de/uploads/BeitraegeKITundAtomforschung.pdf>
- [7] [http://energiewende-demo.de/start/news/?&tx_ttnews\[tt_news\]=48](http://energiewende-demo.de/start/news/?&tx_ttnews[tt_news]=48)

und der Artikel "12.000 fordern: Energiewende darf nicht kentern" in dieser NRhZ-Ausgabe.

Akademische Kriegsführungs-Gehilfen

Von Dietrich Schulze

Völlig ungerührt von den vielfältigen Erinnerungen an die von deutschem Boden ausgegangenen verbrecherischen Weltkriege vor 100 und vor 75 Jahren veranstaltet die Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation (AIK) in Strausberg bei Berlin gemeinsam mit der Universität Köln in der Zeit vom 1.-12. September 2014 ein Seminar „Krieg im 21. Jahrhundert“ [1].



Uni Köln-Referentin Verena Diersch
Quelle: Dietrich Schulze

Kaum zu fassen: Beginnend am Antikriegstag und gerichtet an Studierende und Promovierende der Geistes- und Sozialwissenschaften, denen von der Universität Köln mit der Ausstellung von regulären Leistungsnachweisen gewunken wird. Die Referenten des Seminars sind Bundeswehr-Offiziere und an Hochschulen tätige „Friedensforscher“. Im Focus stehen der Soldat als Vorbild („Kämpfer, Helfer, Brunnenbohrer“) sowie die Mittel und Techniken der Kriegsführung („Cyberwar“). Vorgesehen sind Besuche im Bundesministerium der Verteidigung, im Einsatzführungskommando der Bundeswehr, in der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg, im Dezernat "Vernetzte Operationsführung" des Planungsamts der Bundeswehr und im Institut für Informatik der FU Berlin.

Die mitveranstaltende Universität Köln ist selbstverständlich mit einer Referentin vertreten. Verena Diersch verfügt als Doktorandin am Forschungsinstitut für Politische Wissenschaft und Europäische Fragen - Lehrstuhl für Internationale Politik und Außenpolitik - Prof. Dr. Thomas Jäger - über die von den Militärs favorisierten Fähigkeiten. Nach einschlägigen Praktika an der Hanns-Seidel-Stiftung München und bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) nahm sie an der gleichen AIK Summer School 2013 „Methoden der sicherheitspolitischen Analyse“ teil und - wie es der Zufall wollte - begann sie kurz darauf ihre Promotion in Köln zum Thema „Cyber Intelligence und Cybersicherheitspolitik“. Das ist auch ihr Vortragsthema. Sie spricht über die Kriegsführung im virtuellen Raum. Eine reizende Doktorandin, die den teilnehmenden Studis ad personam demonstrieren kann, wie man mit Hilfe der Bundeswehr Karriere macht.

Weniger reizend ist die bisher fast unbekannte Rolle der Universität Köln bei der Militarisierung der Bildung. In die Schlagzeilen geriet die Uni im Juli letzten Jahres [2]. Der Senat hatte überraschend die beantragte Zivilklausel abgelehnt, weil damit angeblich die "Freiheit der Wissenschaft" gefährdet wäre. Der Pressesprecher hatte damals betont, dass von der Universität Kooperationen mit Rüstungsfirmen ohnehin nicht geplant seien. Jetzt verstehen wir besser, was der tatsächliche Grund war. Die benannte AIK-Kooperation der Universität zum „Krieg im 21. Jahrhundert“ hätte der vom AK Zivilklausel beantragten Selbstverpflichtung „Die Universität trägt als zivile Einrichtung zu einer friedlichen und zivilen Entwicklung der Gesellschaft bei, zu Völkerverständigung und zur Humanisierung der Lebensverhältnisse weltweit.....“ glatt widersprochen.

Vor einer Woche hatte der Autor in der Neuen Rheinischen Zeitung [3] im Nachgang zu einer BdWi-Versammlung in Heidelberg vor der systematischen Organisation der Hochschulen als „Zivil-Militärisch-Industrielle Bildungs- und Forschungskomplexe“ gewarnt. Dafür werden seit langem auch die Geistes- und Sozialwissenschaften eingespannt. Bundesweit bekannt ist der Protest gegen „Military Studies“ an der Uni Potsdam und gegen soziologisch verbrämte

Besatzungs- und Kriegswissenschaften an einer Reihe von Hochschulen wie der FU Berlin und der Universität Kiel.

Offensichtlich ist die Uni Köln unter dem Motto „Freiheit der Wissenschaft“ dabei, sich als eine weitere Hochschule als akademischer Kriegsführungs-Gehilfe zu etablieren. Dem sollten kräftige Steine in den Weg gelegt werden. Gegen eine solche Entwicklung der Uni Köln muss die Landesregierung NRW mobilisiert werden, die gerade dabei ist, ein Hochschulzukunftsgesetz zu schaffen. In Köln läuft das ganze Gegenteil von Zukunft.

Der AK Zivilklausel der Uni Köln hatte angesichts der zitierten Ablehnung durch den Senat im Juli 2013 erklärt, dass damit der Anspruch, die intellektuelle Arbeit aller auf eine Lösung gesellschaftlicher Probleme und auf eine friedliche Entwicklung der Welt zu richten, nicht zurückgedrängt worden ist. Der AK hatte sich auch auf mehrere SenatorInnen berufen, die für eine Weiterführung der Diskussion waren.

Es gibt einen direkten Beweis dafür, dass das demokratisch verfasste Organ der Universität, eben jener Senat, betreffend Teilnahme der Universität Köln an dem geplanten Bundeswehr-AIK-Seminar nicht befragt worden ist. Anfang April - wenige Tage vor dem AIK-Aufruf, sich für das Seminar anzumelden - gab es auf Einladung des AK Zivilklausel an der Uni Köln ein bundesweites Zivilklausel-Vernetzungstreffen. Niemand wusste etwas von der skandalösen Rolle der Uni. Das hätte dem Treffen einen vollständig anderen Verlauf gegeben. Glück im Unglück. Am 16. Mai wird es ein weiteres bundesweites Zivilklausel-Vernetzungstreffen an der Uni Potsdam geben, im engen Zusammenhang mit der Konferenz „100 Jahre Erster Weltkrieg: Wissenschaft zwischen Krieg und Frieden. Militarismus und Militarisierung von Wissenschaft und Forschung damals und heute“ vom 16. bis 18. Mai [4].

Übrigens: Einer der Konferenzbeiträge lautet „Krieg heute: Interventionen, Drohnen, Cyberwar“. Das vorweg genommene Kontrastprogramm zu Verena Diersch, vorgetragen von dem bekannten US-Friedenswissenschaftler Subrata Ghoshroy aus dem Massachusetts Institute of Technology MIT. Ghoshroy ist hierzulande aufgrund seines bewegenden Auftritts im Dezember 2009 am Karlsruhe Institute of Technology KIT [5] bekannt geworden. Was spricht eigentlich dagegen, dass der AK Zivilklausel der Uni Köln die Uni-Doktorandin Verena Diersch zum Ghoshroy-Vortrag am 16. Mai, 19 Uhr ins Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte einlädt? Immerhin könnte sie dort hautnah das Neueste über die US-amerikanische Rüstung einschließlich der dort unter der Ägide eines Friedensnobelpreisträgers betriebenen Kriegspolitik lernen. Dazu gab es in der taz am 2. Mai ein bemerkenswertes Interview unter dem Titel „Wir schlittern in einen Krieg“, mit Stephen F. Cohen, einem der bekanntesten Russlandforscher der USA [6]. Dem Kampf gegen die Militarisierung der Hochschulen kommt eine friedenspolitische Schlüsselstellung zu. Potsdam ist die nächste wichtige Etappe. (PK)

Quellen:

[1] <http://www.kommando.streitkraeftebasis.de/portal/a/kdoskb>

[1a] <http://german-foreign-policy.com/de/fulltext/58858>

[2] <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=19252>

[3] <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=20280>

[4]

http://www.natwiss.de/fileadmin/user_upload/Konferenz_Potsdam_Flyer_Stand_140116_web.pdf

[5] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20091204.pdf>

[6] <http://www.taz.de/Russland-Forscher-ueber-die-Ukrainekrise/!137733/>

Hochschulen: 100 Jahre WK1, 75 Jahre WK2

Von Dietrich Schulze

In der Mitgliederversammlung des Bundes demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi) am 26. April 2014 in Heidelberg gab es eine spannende Diskussion zum Referat von Alex Demirović von der Goethe-Universität Frankfurt a.M. über das Thema „Autonomie der Hochschulen“. Das Thema ist allein wegen neuer Landeshochschulgesetze in einer Reihe von Bundesländern von erheblicher Bedeutung.



Prof. Dr. Alex Demirović
Quelle: gsw.tu-berlin.de ©Alex Demirovic

Das soll hier aber nicht beleuchtet werden, sondern das Voranschreiten der autoritären Formierung der Hochschulen. Wie in der Diskussion vielfach analysiert wurde, werden dadurch Bildung und Forschung an den Hochschulen degradiert. Dass die Qualität der Wissenschaft unter dieser Formierung leidet, wird selbst von konservativen Zeitungen wie der FAZ beklagt. Warum wird dieser Kurs unbeirrt fortgeführt? Er ist doch offensichtlich selbst für die internationale Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaftsgroßmacht Bundesrepublik völlig kontraproduktiv.

Ich habe dazu eine radikale These vorgetragen: „Die herrschenden Kreise nehmen die Degradierung von Bildung und Wissenschaft bewusst in Kauf. Der Zivil-Militärisch-Industrielle Bildungs- und Forschungskomplex Hochschule wird gezielt vorangetrieben. Für die Kriegspolitik nach außen werden keine Durchblicker, sondern jede Menge gehorsame Köpfe gebraucht und nur wenige TOP-Spezialisten.“

Der Krieg beginnt in den Universitäten, in den Köpfen der Lehrenden und Studierenden, wie vor 100 Jahren und wie vor 75 Jahren. Bundespräsident Gauck hatte bekanntlich in der Münchener „Sicherheitskonferenz“ in der Tonlage der alten deutschen Weltkrieger die neue deutsche Kriegspolitik mit der Forderung auf den Punkt gebracht, dass Deutschland mehr internationale Verantwortung übernehmen müsse. Selbstredend geht es um mehr humanitäre militärische Interventionen.



US-Präsident Dwight D. Eisenhower
1956 Quelle: White House

Zu meiner obigen These habe ich die anwesenden BdWi-KollegInnen ausdrücklich zum Widerspruch aufgefordert. Es gab keinen. Ich kann nicht sagen, dass ich darüber unglücklich bin, habe aber diese meine kürzeste Veröffentlichung in der Neuen Rheinische Zeitung genau mit der Absicht geschrieben, Widerspruch zu meiner These zu erhalten.

Über die diesbezügliche Formierung des KIT Karlsruhe und des BICAS München finden sich Einträge in der bekannten Online-Dokumentation [1] unter den Daten 30.01.2009, 24.04.2009, 27.07.2009, 08.01.2010, 01.03.2012 und 22.04.2013.

An den Ursprung des fetzigen Begriffs „Militärisch-Industrieller Komplex“ sei noch kurz erinnert. Ausgerechnet US-Präsident Dwight D. Eisenhower warnte in seiner Abschiedsrede 1961 vor dem Militärisch-Industriellen Komplex der USA als einer Gefahr für Demokratie und Frieden, wenn die Politik als verlängerter Arm der Rüstungsindustrie Konflikte eher militärisch als politisch lösen würde.

Die heutigen Realitäten in den USA hätte sich Eisenhower in seinen schlimmsten Alpträumen nicht vorstellen können. Die Bundesrepublik eifert der real existierenden US-Perversität immer stärker nach.

Der US-Friedenswissenschaftler Subrata Ghoshroy vom MIT hatte im Dezember 2009 im vollbesetzten Streikhörsaal der Uni Karlsruhe (KIT) in einer bewegenden Ansprache die Zivilklausel-Bewegung unterstützt und davor gewarnt, die umfassende Militarisierung der US-Universitäten übernehmen zu wollen [2]. Just in diesen Tagen hat die Zivilklausel mit Unterstützung von Subrata Ghoshroy eine US-Webseite geentert. In einem Bostoner Bewegungsmagazin namens „encuentro5“ [3] erschien mein Beitrag „Ein Gespenst geht um“ [4] über die Zivilklausel-Bewegung vom Stand Juni 2013. Und weiter schreitet die Internationalisierung fort. Subrata Ghoshroy wird in der Potsdamer Konferenz „100 Jahre Erster Weltkrieg: Wissenschaft zwischen Krieg und Frieden. Militarismus und Militarisierung von Wissenschaft und Forschung damals und heute“ am 16.-18. Mai [5] über das Thema „Krieg heute: Interventionen, Drohnen, Cyberwar“ vortragen.

Nochmal zurück zur These. Wenn sie stimmt, bedeutet das: Dem Kampf gegen die Militarisierung der Hochschulen und Schulen kommt eine friedenspolitische Schlüsselstellung zu.

Nichts ist für Jugendliche lehrreicher als das Studium von Menschen, die ihr Leben gegen Rüstung und Krieg und für Frieden und Demokratie eingesetzt haben. Den Rüstungsgegner Rudolf Diesel aus dem Vorfeld des 1. Weltkriegs habe ich kürzlich portraitiert [6]. Ein anderes Vorbild für die Studierenden wird im Laufe des Jahres vom BdWi mit einer Veranstaltung gewürdigt werden: der kürzlich verstorbene Marburger Historiker Reinhard Kühnl.

Dem manchmal schier aussichtslos erscheinenden Kampf gegen die neue Kriegspolitik möchte ich mit dem Schlussgedanken meines aktuellen Artikels „Ursprung der Sozialität“ in „Ossietzky“ [7] etwas Kraft einflößen: „Es gibt offenbar in der Natur des Menschen liegende Gründe für den Optimismus, den Krieg als Mittel der Politik mitsamt dem kapitalistischen Profitprinzip weltweit und dauerhaft zu überwinden.“ (PK)

Quellen:

[1] <http://www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf>

[2] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20100113.pdf>

[3] <http://encuentro5.org/home/civilclause>

[4] <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=19275>

[5]

http://www.natwiss.de/fileadmin/user_upload/Konferenz_Potsdam_Flyer_Stand_140116_web.pdf

[6] <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=20021>

[7] <http://www.sopos.org/aufsaetze/534d5d59d8811/1.phtml>

Klartext zur Zivilklausel TUD

Von Dietrich Schulze

In der Zivilklausel-Bewegung hat die vom Senat der TU Darmstadt im Oktober 2012 einmütig beschlossene Zivilklausel eine große Bedeutung. Sie wird als vorbildlich angesehen. Aufgrund der im November 2013 bekannt gewordenen Tatsache, dass dieselbe TU mit Mitteln des US-Militärs forscht, ist ein Blick auf das universitäre Geschehen angebracht. Der Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit ist unübersehbar. Nachfolgend einige Gedanken über die Ursachen.



Zeitung der TU Darmstadt hoch3, Ausgabe 1. April 2014
Quelle: <http://www.tu-darmstadt.de/>

Die breite öffentliche Diskussion in den Hochschulen seit der studentischen Urabstimmung an der Universität Karlsruhe (TH) im Januar 2009 über die Selbstverpflichtung, nicht für militärische, sondern ausschließlich für friedliche und zivile Zwecke zu forschen und zu lehren, hatte 2011 auch die TU Darmstadt erreicht.

TU Konventsbeschluss 1973

Die TU-Leitung hatte ein objektives Problem, nämlich einen Beschluss des TU-Konvents aus dem Jahre 1973, der klar und eindeutig Forschung für militärische Zwecke ablehnt.

Der war längst vergessen und gegen den war verstoßen worden. Niemand von den jüngeren WissenschaftlerInnen und Studierenden wusste davon, aber nun war er „wiederentdeckt“ worden. Da fiel der findigen TU-Leitung etwas ein, was zum Beispiel in Tübingen schon praktiziert wurde: Wenn Du eine Zivilklausel nicht verhindern kannst oder gar eine vergessene Zivilklausel als offiziell gültige Beschlusslage hast, dann organisiere eine solche pfiffige Zivilklausel, die Freiheitsgrade für Militärkooperationen offen lässt. Und am überzeugendsten ist es, wenn eine breite Debatte über Ziele, Zwecke und Prozesse der Forschung aktiv vom Zaun gebrochen wird. Da muss man als kritische WissenschaftlerIn oder kritischer Studierender schon über sehr viel Erfahrung verfügen, um den Kern der Absichten von OBEN zu durchschauen.

Aufhebung Konventsbeschluss

Mitte 2012 war der Einigungsprozess weit genug fortgeschritten. Hier der Beschlusstext für die Universitätsversammlung am 12.09.2012:

1. In die Präambel der Grundordnung Abs. 4 wird als Buchstabe k aufgenommen:
„Forschung, Lehre und Studium an der Technischen Universität Darmstadt sind ausschließlich friedlichen Zielen verpflichtet und sollen zivile Zwecke erfüllen; die Forschung, insbesondere die Entwicklung und Optimierung technischer Systeme, sowie Studium und Lehre sind auf eine zivile Verwendung ausgerichtet.“
2. Der Konventsbeschluss vom 14.02.1973 zu TOP 4 wird damit aufgehoben.

3. Die Universitätsversammlung nimmt die folgenden Grundlagen, Leitlinien und Interpretationen aus dem Diskussionsprozess in den Jahren 2011 und 2012 zustimmend zur Kenntnis...." Es folgt ein sechsseitiger Text.

Merken Sie etwas: Ganz nebenbei wird in Ziff. 2 der missliebige Konventsbeschluss entsorgt als Bedingung für die neue Zivilklausel. Es hätte ja eine Aktualisierung beschlossen werden können. Aber NEIN, dafür gab es genügend Eingeweihte, die das wortreich abgelehnt haben.

Senatsbeschluss Oktober 2012

Was wunder, dass der Senat kurz darauf einmütig den UV-Beschluss gemäß Ziff. 1 umsetzte. Was allerdings von dem großen Getöse über die neue Offenheit als Maßgabe übrig blieb, findet sich in der TU-Webseite mit folgendem Wortlaut: "Der Senat beschließt nach Abwägung der Möglichkeiten einvernehmlich, eine Arbeitsgruppe des Senats einzusetzen, die ein breites Spektrum an Umgangsmöglichkeiten ausarbeiten und dem Senat vorlegen soll. Die Arbeitsgruppe soll aus vier Professor/innen, zwei Studierenden, einer wissenschaftlichen Mitarbeiterin/einem wissenschaftlichen Mitarbeiter und einer administrativ-technischen Mitarbeiterin/einem administrativ-technischen Mitarbeiter und Gästen aus dem Präsidium bestehen; die Listen benennen jeweils die Mitglieder. Der Senat formuliert den Auftrag an die Arbeitsgruppe, die Arbeitsgruppe legt ihre Arbeitsweise fest. Bis der Senat sich entschieden hat, wie die Zivilklausel umgesetzt wird, werden alle Forschungsanträge vom Dezernat VI auf eventuell kritische Fälle untersucht. Das Präsidium wird in dieser Zwischenzeit jeweils zeitnah die Entscheidung treffen und im Einzelfall dem Senat im Nachhinein berichten."

TU-Forschung für US-Militär

Sie mögen einwenden, das braucht doch alles seine Zeit: Wie kommen Sie zu so einem solchen harten Urteil? Das möchte ich direkt beantworten: weil ich ganz aktuell den Umgang mit US-finanzierter TU-Forschung und die Reaktionen darauf studiert habe. Und es gibt weitere merkwürdige Zusammenhänge, auf die ich kurz eingehen werde.

Im November 2013 wurde aufgrund einer NDR-Veröffentlichung bekannt, dass viele Hochschulen seit vielen Jahren unter vollständiger Geheimhaltung für die amerikanische Rüstungsindustrie geforscht haben, darunter auch die TU Darmstadt.

Dazu ein Auszug aus dem Tagesspiegel vom 25.11.2013: „Nicht immer liegt der militärische Nutzen so eindeutig auf der Hand. Die meisten Institutionen berufen sich darauf, bei den geförderten Projekten handle es sich allein um Grundlagenforschung. Der TU Darmstadt etwa zahlte das Pentagon im Jahr 2011 gut 200 000 Dollar für einen Bereich, der sich mit der Optimierung von Flugzeugtragflächen beschäftigt. TU-Sprecher Jörg Feuck sagt, es gehe im Grundsatz um „öko-effizientes Fliegen“, von Militärforschung könne keine Rede sein. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft unterstütze den Bereich mit vielen Millionen Euro. Überhaupt würde nur das Flugverhalten großer Zivilflugzeuge untersucht, nicht aber kleiner Kampffjets. Dass auch die Air Force große Flugzeuge hat, lässt Feuck als Argument nicht gelten.“

2011 gab es die neue Zivilklausel noch nicht, allerdings war die alte von 1973 gültig. Möglicherweise wurde diese Forschung nach 2011 fortgesetzt. Folgende Fragen sind naheliegend:

- Wer hat die Pentagon-Mittel beantragt? Wusste die TU-Leitung bzw. der Senat von der Beantragung und Bewilligung der Pentagon-Mittel?
- Warum wurden die Mittel für „öko-effizientes Fliegen“ nicht beim sachlich zuständigen Bundesforschungsministerium beantragt?
- Falls die TU-Forschung auf diesem Gebiet 2012/2013 fortgesetzt wurde, ist sie gemäß neuer Richtlinie vom Dezernat VI kritisch untersucht worden und sind ggf. Präsidium, Senat und

Arbeitsgruppe Zivilklausel damit befasst worden. Welche internen Prozesse sind der Erklärung des TU-Sprechers vorangegangen?

TU Darmstadt "hoch3"

Und nun wird es echt interessant. Wie spiegelt sich zu diesen berechtigten Fragen die neue Offenheit im TU-Leben wider? Dazu genügt ein Blick in drei aufschlussreiche Artikel in der aktuellen Ausgabe der Hochschulzeitung "hoch3".

Unter der Überschrift „Es war wichtig und richtig“ erklärt der Maschinenbau-Wissenschaftler Sven Grundmann, dass er es war, der die oben zitierten Forschungsmittel beim US-Department of the Airforce beantragt hat. Und er erklärt, dass er es wieder tun würde. Die Begründung kennen wir schon: Grundlagenforschung. Herr Grundmann setzt aber noch einen drauf mit der Begründung, in den USA sei die Finanzierung aus dem Pentagon genau dasselbe wie hierzulande eine DFG-Finanzierung. Er sollte sich schämen als Wissenschaftler, der einer Zivilklausel unterliegt. Warum erkundigt er sich nicht bei US-Friedenswissenschaftlern? Zum Beispiel bei Dr. Subrata Ghoshroy, der im Dezember 2009 im vollbesetzten Streikhörsaal der Uni Karlsruhe davor warnte, dem Beispiel der völlig militarisierten US-Hochschulen zu folgen. Er wird übrigens am 16. Mai in der Uni Potsdam auf dem Kongress „Wissenschaft zwischen Krieg und Frieden“ über das Thema „Krieg heute: Interventionen, Drohnen, Cyberwar“ sprechen.

Und jetzt wird es ganz schlimm. Keiner der drei anderen Hochschulangehörigen in zwei weiteren hoch3-Berichten sagt ein Sterbenswort dagegen.

Moritz Kütt und Martin Ziegler stellen unter der Schlagzeile „Keinen Illusionen hingeben“ fest: „Erfahrungsgemäß steht der überwiegende Teil der Forschung an der TU Darmstadt in Einklang mit der Zivilklausel. Die große Herausforderung besteht darin, von den übrigen Projekten zu erkennen, dass sie in einer Grauzone liegen und näherer Erörterung bedürfen. Hier müssen alle Alarmglocken läuten bei finanzieller Unterstützung von militärischer Seite!“ Da die beiden wie der Rest der TU seit November 2013 über die bis dahin geheim gehaltene Pentagon-Finanzierung informiert sind und die Argumentationsmuster des TU-Pressesprechers und des Maschinenbau-Wissenschaftlers kennen, bedeutet das: Nach dem Schrillen der Alarmglocken werden die Argumente für die konkrete Pentagon-Finanzierung durch Schweigen gebilligt.

Der Dritte im Bunde der Schweigenden ist der Philosoph Prof. Christoph Hubig. Seinen Beitrag unter dem Titel „Pro und Contra militärfinanzierte Forschung“ schließt er mit einer Reihe von Fragen: „Im Rahmen einer zivilen Forschungskultur sind also die Einzelfälle zu prüfen: Wie ist die Grundlagenforschung kontextuell eingebettet? Welche Optionen militärischer Nutzung werden verfolgt? Wie hoch sind die moralischen »Opportunitätskosten« angesichts verdrängter Alternativen bzw. Entwicklungsoptionen? Inwieweit werden Ergebnisse vom Auftraggeber einseitig für nichtfriedliche Ziele und problematische militärische Zwecke funktionalisiert? Wie immer steckt der Teufel im Detail - Auslegungen einer Zivilklausel, die sich aufs Allgemeine spezialisieren, verfehlen deren Zweck.“ Da sind wir aber alle Baff. Wieso beantwortet er seine Fragen nicht selber zu dem Pentagon-Projekt? Könnte es sein, dass das als Philosoph nicht so sein Ding ist, konkret zu werden? Das widerlegt er jedoch selber mit einer sehr konkreten Auslegung des Zivilklausel-Textes: "Darüber hinaus wird als Sollensregel (im begründeten Fall ausnahmefähig) die Ausrichtung auf zivile Zwecke gesetzt. Dies schließt militärische Zwecke (wie z. B. Schutz, Aufklärung, Versorgung und elementare Verteidigung) nicht grundsätzlich aus."

Na, also besser kann die eingangs begründete offizielle Intention der Zivilklausel nicht bestätigt werden. Die gesamte friedensbewegte universitäre und außeruniversitäre Szene ist mit der neuen Zivilklausel von der TU-Leitung clever über den Tisch gezogen worden.

Ex-TU-Vize jetzt KIT-Präsident

Da muss selbst die FAZ etwas dazu lernen. Autor Rüdiger Soldt hatte Prof. Holger Hanselka anlässlich des bevorstehenden Amtsantritts als KIT-Präsident an die Zeit erinnert, da er in seiner Eigenschaft als Vize-Präsident der TU Darmstadt an der Zivilklausel-Entscheidung mitgewirkt

hatte. Wörtlich in der FAZ: „Eine »Zivilklausel« - das Verbot, militärisch zu forschen - will der KIT-Präsident in Karlsruhe nicht einführen, obwohl er sie als Vizepräsident der TU Darmstadt durchgesetzt hat. ... Wir haben ethische Leitlinien. Diese respektieren die Freiheit der Wissenschaft und appellieren gleichzeitig an die Verantwortung jedes Einzelnen.“ In der Online-Vorab-Meldung der Nachrichtenagentur dts heißt es kurz und bündig über Prof. Hanselkas Antwort an die FAZ: "Ich halte eine Zivilklausel derzeit für das KIT für überflüssig." Alle KIT-Leitungen hatten sich mit wurmstichigen Argumenten bei voller Unterstützung der schwarz-gelben und später der grün-roten Landesregierung Baden-Württemberg gegen die eingangs erwähnte Zivilklausel-Forderung der Studierenden gewandt. Die begründete FAZ-Annahme war, dass die Darmstädter Zivilklausel etwas Verpflichtendes für die Mitgestalter haben müsste. Im November 2013 wurde auch am KIT ein Pentagon-finanziertes Forschungsprojekt bekannt und kurz darauf als Folge einer Bundestagsanfrage der LINKEN vier weitere dieser Art. Und jetzt bitte festhalten: Prof. Hanselkas Antwort: „Kein Problem, reine Grundlagenforschung.“

Könnte es sein, dass er als TU-Vize schon 2011 über die US-Air-force-Finanzierung informiert war und keine Einwände gegen die TU-Zivilklausel erhoben hat, weil das Argument „Grundlagenforschung“ bereits ausgetüftelt war?

TU-Rüstungsforschung für Atlas Elektronik?

Apropos Bundestaganfrage der LINKEN: Mitte März ging die Antwort der Bundesregierung (BT-Drs. 18/514) auf eine weitere Anfrage zu militärfinanzierter Hochschulforschung ein. Die Frage Nr. 23 lautete: „Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über Forschungsk Kooperationen zwischen Atlas Elektronik, einer gemeinsamen Firma von Thyssen Krupp und EADS, die auf U-Boote und Unterwasserwaffensysteme spezialisiert ist, und der TU Darmstadt? Antwort der Bundesregierung: „Hierzu liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor. Hochschulen fallen in den Zuständigkeitsbereich der Länder.“

Daraus ergeben sich interessante Fragen an den TU-Arbeitskreis Zivilklausel:

- Welche Institute der TU waren an der bezeichneten Forschungsk Kooperation beteiligt?
- Wann hat diese Kooperation begonnen, die mit Sicherheit gegen den Konventsbeschluss von 1973 verstoßen hat. Wie hoch waren die Zuwendungen der Firma?
- War die TU-Leitung darüber informiert? Wenn ja, warum wurde der Senat nicht informiert?
- Sind Ergebnisse der diesbezüglichen TU-Forschung in andere aktuelle Programme eingeflossen?
- Welche Sanktionen werden gegen die Betroffenen ins Auge gefasst?

Na, da kann man viel Erfolg wünschen. Auf jeden Fall wird daraus viel für den Zivilklausel-Prozess gelernt werden können.

Nun ist aber genug mit Kritik und kritischen Fragen? Was folgt denn daraus?

Vorläufige Schlussfolgerungen

Dazu eine Vorbemerkung: Das alles ist leider nicht atypisch, sondern eher prototypisch für die Zivilklausel-Lage. Der Autor könnte ähnliches für Tübingen, Kassel, Bremen, Göttingen, Rostock, Konstanz, Oldenburg, Dortmund und selbst für die TU Berlin mit der ältesten und weitestgehenden Zivilklausel berichten. Was bedeutet das für die Verstöße? Was bedeutet das für die Getäuschten und über den Tisch Gezogenen?

Für die NatWiss-Beiratssitzung am 1. März hatte ich meinen Zivilklausel-Statusbericht so zusammengefasst:

(1) Rüstungs- und Kriegsforschung an Hochschulen in jeder Form und Verpackung aufreißen, öffentlich skandalisieren, zurückdrängen und verhindern.

(2) Dafür sind Zivilklauseln mit Transparenzklauseln ein überzeugendes Mittel der Hochschulgemeinschaft im Interesse des Gemeinwohls und des Friedens.

(3) Freiheit, Selbstbestimmung und Qualität erfordern die öffentliche Vollfinanzierung der alma mater.

(4) Der Charme der Zivilklausel für eine Wissenschaft der Aufklärung, der Humanisierung der Lebensverhältnisse und der weltweiten Solidarität muss noch konkreter entwickelt werden.

Was bedeutet das für die TU Darmstadt? Die friedensbewegte universitäre und außeruniversitäre Szene möge aus ihrem Zivilklausel-Traum aufwachen und sich aufrappeln. Dazu wurden einige Anregungen gegeben. Das Aufrappeln ist nach Überzeugung des Autors notwendig und möglich. Die Zivilklausel wird in der einen oder anderen Form an weiteren dreißig Hochschulen diskutiert. Meiner Ansicht nach kommt es jetzt darauf an, die Zivilklausel weder schönzureden noch abzuwerten. Dazu habe ich eine knappe These entwickelt, mit der ich den Beitrag abschließen möchte.

These zur Zivilklausel

Die Zivilklausel muss gelebt werden. Das bedeutet universitäre Wachsamkeit und Öffentlichkeitsarbeit, damit Forschung und Lehre für militärische Zwecke unterbleibt und für solche zivile Zwecke gefördert wird, die der Allgemeinheit dienen. Das bedeutet, unermüdlich Aufklärung über vertuschte oder als Grundlagenforschung getarnte Militärforschung betreiben und bei Verstößen gegen die Bestimmung Konsequenzen einfordern. Dafür ist es hilfreich, wenn die Zivilklausel

- im Text möglichst wenig anders als im vorgenannten Sinne interpretierbar ist, also "gegen militärische Zwecke", "für nichtmilitärische Zwecke", "für zivile Zwecke", "für friedliche Zwecke" (letzteres problematisch, aber bei Praktizierung des Leitsatzes möglich).
- mit einer Vereinbarung zur Transparenz und Offenlegung der Forschungsprojekte (Titel, Auftraggeber, Finanzierungsquelle, Anwender) vor Beginn des Projekts und über die Praktizierung der Zusammenarbeit der zuständigen Gremien im Sinne des Leitsatzes verbunden ist.
- in einer landesgesetzlichen Regelung verankert wird, weil damit für jeden Uni-Angehörigen, der gegen die Zivilklausel zu verstoßen beabsichtigt, offensichtlicher ist, dass wegen eines Gesetzesverstößes mit empfindlicheren Sanktionen zu rechnen ist. (PK)

Anmerkung:

Es wurde bewusst auf Quellenangaben verzichtet. Alles Zitierte kann nachgelesen werden in der TU-Homepage und in der WebDoku der Initiative gegen Militärforschung an Universitäten unter <http://www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf>

Online-Flyer Nr. 445 vom 12.02.2014

<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=20021>

Dieselmotor für die Kriegsflotte oder für eine solidarische Gesellschaft?

Rüstungsgegner Rudolf Diesel

Von Dietrich Schulze

Rudolf Diesel, geboren am 18. März 1858 in Paris, gestorben am 29. September 1913, ist weltweit als genialer Ingenieur und Erfinder eines bahnbrechenden neuen Motors bekannt, der auch einem Kraftstoff den Namen gegeben hat. Seine persönliche Haltung zu Rüstung, Krieg und Allgemeinwohl ist aber weitgehend unbekannt. Damit hat dankenswerter Weise der TV-Sender Phoenix am 6./7. Februar 2014 mit dem Film von Christian Heynen „Auf den Spuren genialer Forscher und Erfinder - Das Diesel-Rätsel“ aufgeräumt.



Briefmarke zum 100. Geburtstag von Rudolf Diesel Quelle: wikipedia

Im Internet-Antext [1] zum Film heißt es: »"Das Diesel-Rätsel" gibt Einblick in die Erfindung des Dieselmotors Ende des 19. Jahrhunderts und lässt das bewegende Schicksal von Rudolf Diesel lebendig werden. Nach seinem Aufstieg aus unteren gesellschaftlichen Verhältnissen und seinen ersten Erfolgen feindeten Konkurrenten und Wissenschaftler Diesel und seine Erfindung an.«

Als friedensbewegter Ingenieur muss ich gestehen, dass dies einer der beeindruckendsten Dokumentar-Filme ist, die ich gesehen habe. Seit dem Beginn meiner wissenschaftlichen Tätigkeit vor

fast fünfzig Jahren haben mich Persönlichkeiten in den Bann gezogen, die die Ergebnisse ihrer Arbeit für vernünftige Zwecke eingesetzt wissen wollten, d.h. nicht für Rüstung und Krieg. Es ist mir bisher völlig unbekannt gewesen, dass Rudolf Diesel genau eine solche großartige Persönlichkeit gewesen ist. Am einfachsten ist es, sich den Film im Podcast [2] anzuschauen.

Nachfolgend wichtige Gedanken des Filmautors - möglichst wortgetreu zusammengefasst - und einige Überlegungen dazu im Jahre 100 nach Beginn des 1. Weltkriegs. Kaiser Wilhelm II., seine Generalität und die Wirtschaftsgrößen planten in dieser Zeit ein gigantisches Flottenprogramm mit dem Ziel, die deutschen Großmachtpläne zur See umzusetzen. Die Marine versprach sich von dem bahnbrechenden neuen Motor vor allem eine größere Reichweite der Kriegsschiffe.

Und jetzt kommt das total Überraschende. Diesel ließ die Marine wissen, dass sein Motor nicht für kriegerische Zwecke zur Verfügung steht. Seine gesellschaftspolitischen Vorstellungen hatte er in einem Buch mit dem Titel "Solidarismus" niedergelegt. Der Filmautor kommentiert dazu, dass sich Diesel damit für eine antikapitalistische Gesellschaft ausgesprochen habe. Diese Charakterisierung ist aller Ehren wert und entspricht den heutigen Erkenntnissen, war jedoch nicht Diesels Intention. Er wollte nicht den Kapitalismus überwinden, sondern mittels billiger und leistungsfähiger Technik so umgestalten, dass die Welt von Armut befreit wird. Er wollte eine genossenschaftliche Gesellschaftsordnung mit innovativer Technik, in heutiger Sprechweise einen „friedlichen Kapitalismus“. Darin hatten Großmachtpläne und Krieg keinen Platz.

Bei der Überfahrt am 29.9.1913 nach England, wo er zum Missfallen des deutschen Militärs eine Motorenfabrik einweihen wollte und sich Hoffnung auf neue geschäftliche Beziehungen machte, starb er. Gegen die Selbstmord-These hat Viktor Glass in seinem biografischen Roman über Diesel „Technik ist mir in die Wiege gelegt“ (Rotbuch-Verlag, 2008) [3] wichtige Argumente zusammengetragen. Kriegswichtiges Wissen sollte unter keinen Umständen ins Ausland gelangen. Rudolf Diesel, ein genialer Ingenieur und selbstloser Erfinder, der die neue Technik nicht für den Krieg, sondern für das Wohl aller eingesetzt wissen wollte.

Zum 100. Todestag von Rudolf Diesel veröffentlichte die Rhein-Neckar-Zeitung unter dem Titel „Der Tag, an dem Rudolf Diesel verschwand. Vor 100 Jahren - Rätselhafter Tod eines Motorenpioniers“ [4] einen interessanten Beitrag, aus dem ich die nachfolgenden Passagen zitieren möchte: »Jeder kennt ihn als Erfinder unverwüstlicher Motoren und als Namensgeber einer eigenen Kraftstoffsorte: Rudolf Diesel. Doch so bekannt sein Leben und Werk auch sind, sein Tod bleibt bis heute rätselhaft. Vor 100 Jahren, in der Nacht des 29. September 1913, verschwand er unter mysteriösen Umständen von einer Fähre über den Ärmelkanal. Auch Viktor Glass, Autor des 2008 erschienenen biographischen Romans "Diesel", glaubt, dass der Erfinder wegen des Verkaufs der Dieselmotorentechnik an das Ausland beseitigt wurde. Zudem betont Glass das soziale Engagement des Ingenieurs, das er 1903 in seinem Buch "Solidarismus, eine natürliche wirtschaftliche Erlösung der Menschen" zeigte. Er propagierte seine Vorstellungen einer genossenschaftlichen Gesellschaftsordnung, seine Motoren habe er nicht an kriegslüsterne

Militärs ausliefern wollen. Als Auftraggeber für den Mord vermutet Glass den deutschen Kaiser Wilhelm II., der sich durch die Dieseltechnik für den sich bereits abzeichnenden Ersten Weltkrieg einen technischen Vorsprung gegenüber den Kontrahenten versprach und keinen Verkauf der Patente an andere Nationen wünschte.«

Wir leben in Zeiten, in denen erneut eine weltmachtpolitische Größe Deutschlands angestrebt wird. Die Hochschulen und Forschungseinrichtungen sollen die dafür notwendige moderne Kriegstechnik für Bundeswehr-, EU- und NATO-Truppen erforschen und erfinden. Als ob nichts gelernt wurde aus der Geschichte, hält Bundespräsident Gauck in der sogenannten „Sicherheits“-Konferenz in München eine kriegspolitische Brandrede. Wissenschaftler halten ihren Beitrag dazu für die selbstverständlichste Sache der Welt, was zum Beispiel in der Bayern-Staatszeitung unter dem Titel „Lukrative Aufträge vom Verteidigungsministerium. Rüstungsforschung an Hochschulen: Warum die Unis kein Problem damit haben.“ nachgelesen werden kann [5].

Eine Antwort an Gauck hat die Kooperation für den Frieden verfasst [6]. Die Hoffnung, dass es trotz alledem gelingen möge, das Zivile gegen das Militärische durchzusetzen, dürfen wir uns nicht aus dem Kopf nehmen lassen. Es kann und muss gelingen, alle Strömungen gegen die



Physiker und Friedenswissenschaftler
Werner Buckel NRhZ-Archiv

Militarisierung zu vielfältigen Formen der Kooperation für konkrete Vorhaben zu bringen, mit unternehmerischen Geistern wie Rudolf Diesel, Gewerkschaftlern, Studierenden und im Bildungsbereich Tätigen, Friedensbewegten, Pazifisten und Antimilitaristen.

Vom Karlsruher Institut für Technologie KIT, in dessen Vorläufer-Forschungszentrum ich ein Leben lang als Wissenschaftler, Gewerkschaftler und Betriebsrat gewirkt habe, würde ich mir wünschen, dass dort eine ähnlich erfinderische Persönlichkeit mit sozialer Verantwortung wie Rudolf Diesel heranwächst und an die Öffentlichkeit tritt. Das braucht eine große innere Kraft. Ein einziges Beispiel jedoch eines begnadeten Wissenschaftlers oder Ingenieurs genügt, um sichtbar zu machen, dass es möglich ist, dem von Rüstungsindustrie, Gauck, Steinmeier, von der Leyen usw. geprägten neukriegerischen Zeitgeist zu widerstehen. Eine solche Persönlichkeit gab es am KIT-Vorläufer Universität Karlsruhe, den Physiker Werner Buckel (* 18.05.1920 in Nördlingen; † 03.02.2003 in Karlsruhe).

In der Tagung am 15./16. Juni 2012 „Verantwortung der Wissenschaften für Frieden und Zukunftsfähigkeit“ [7] hatte Reiner Braun in seiner Laudatio den begnadeten Grundlagenforscher und praktizierenden Friedenswissenschaftler gewürdigt und dessen Botschaft so zusammengefasst: »Was hat uns Werner Buckel heute zu sagen? Das klare NEIN zur Rüstungsforschung. Militärische Forschung gehört nicht an die Hochschulen. Verzicht auf Forschungsaufträge militärischer Stellen. Keine Zustände wie in den USA, wo in den Hochschulen für reine Grundlagenforschung Geld von Agencies der Army oder der Navy genommen wird. Offenlegung der Mittel von dritter Seite für Forschungsaufgaben der Hochschulen. Keine Arbeiten an den Hochschulen, die geheim gehalten werden müssen. Diese gehören entweder in die Labors der Industrie oder im Fall von militärischer Geheimhaltung jedenfalls nicht in die Hochschulen. Werner Buckel ist ein Vorbild für alle Studierenden und WissenschaftlerInnen. Er kann als einer der Väter der Zivilklausel angesehen werden. Der von ihm hier an der Universität Karlsruhe vor 25 Jahren am 27./28. Juni 1987 organisierte Kongress gegen Rüstungsforschung war übrigens das Motiv für Ort- und Terminwahl dieser Tagung. Gesellschaftlich engagiert und gute WissenschaftlerInnen zu sein, Werner Buckel hat es vorgemacht. Beides bedingt sich: Verantwortung des Wissenschaftlers und Wissenschaft in Verantwortung.«

Einschub aus Gründen der Aktualität zum Zitat: „Keine Zustände wie in den USA, wo in den Hochschulen für reine Grundlagenforschung Geld von Agencies der Army oder der Navy genommen wird.“ Es hat sich gerade herausgestellt, dass jede Menge deutsche Hochschulen von US-Militärs für sogenannte Grundlagenforschung Geld genommen haben [8]. Für ein am KIT noch laufendes derartiges Projekt hat die Initiative gegen Militärforschung an Universitäten die unverzügliche Beendigung verlangt [9]. Die LINKE Bundestagsfraktion hat diese Forderung sowie die Einführung der Zivilklausel in einem Offenen Brief an das KIT-Präsidium unterstützt [10].

Rudolf Diesel kann ein neu entdecktes Vorbild für die Jugend und für alle Friedensbewegten weltweit werden. Gemeinwohlorientierung und Antikriegshaltung gehören zusammen wie das auch von Werner Buckel vorgelebt wurde. Wenn dieser als einer der Väter der Zivilklausel angesehen wird, so gilt das auch für Rudolf Diesel. Möge die Friedensbewegung den Motorenpionier in ihr Herz schließen. (PK)

Termine:

Am 21./22. Februar 2014 findet in Köln die 11. Strategiekonferenz der Kooperation für den Frieden "1914-2014: 100 Jahre Krieg - 100 Jahre Pazifismus und Friedensbewegung" statt mit Grässlin, Braun, Buro, Butterwegge und Schädel [11].

Am 16.-18. Mai 2014 findet in der Uni Potsdam die Konferenz „100 Jahre 1. Weltkrieg. Wissenschaft zwischen Krieg und Frieden. Militarismus und Militarisierung von Wissenschaft und Forschung damals und heute“ statt mit Altvater, Ghoshroy, v. Weizsäcker, Scheffran, Tepe und Wette. Veranstalter: NatWiss mit den ASten UP, FU und TU [12].

Quellen:

[1] <http://www.phoenix.de/content/801166?datum=2014-02-06&rssuid=790811>

[2] <http://www.zdf.de/ZDFmediathek/beitrag/video/1214258/Das-Diesel-Raetsel#/beitrag/video/1214258/Das-Diesel-Raetsel>

[3] <http://www.lyrikwelt.de/rezensionen/diesel-r.htm>

[4] http://www.rnz.de/rnzmagazin/00_20130929215723_107419371-Der_Tag_an_dem_Rudolf_Diesel_verschwand.html

[5] <http://www.bayerische-staatszeitung.de/staatszeitung/politik/detailansicht-politik/artikel/lukrative-auftraege-vom-verteidigungsministerium.html>

[6] http://www.koop-frieden.de/fileadmin/Pressemitteilungen/PM_Koop-Frieden_FB_antwortet_Gauck__04.02.2014_.pdf

[7] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20121230.pdf>

[8] http://www.ndr.de/geheimer_krieg/geheimerkrieg251.pdf

[9] <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=19968>

[10] <http://www.nicole-gohlke.de/index.php/bundestag/fraktion/618-brief-an-kit-praesidium-zivilklausel-jetzt>

[11] <http://www.koop-frieden.de/sub/strategiekonferenz-2014-in-koeln.html>

[12] http://www.natwiss.de/fileadmin/user_upload/Konferenz_Potsdam_Flyer_Stand_140116_web.pdf

Baden-Württembergs GRÜNE Ministerin Bauer will „Freiräume schaffen“

Freiräume sehen anders aus!

Von Dietrich Schulze

Am 30. Januar sprach die Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst in Baden-Württemberg auf Einladung der GRÜNEN zum Thema „Wissenschaft und Kunst im Fokus“. Die Badischen Neuesten Nachrichten (BNN) berichteten darüber im Kulturteil der Zeitung unter der Schlagzeile „Freiräume schaffen Ministerin Bauer im PMP“.

Um es vorweg zu sagen, der Auftritt der amtierenden Wissenschaftsministerin des Landes in Karlsruhe war nicht der große Aufreger. Mitsamt der Kulturprominenz und den GRÜNEN PflichtteilnehmerInnen hatten gerade mal drei Dutzend Personen den Weg in das Prinz-Max-Palais (PMP) gefunden, obwohl in der Stadt und der Uni kräftig plakatiert worden war.



Theresa Bauer - GRÜNE Ministerin, die sich offenbar nicht an ihre Wahlversprechen erinnert, dafür aber von KIT-Präsident Horst Hippler empfangen wird.

Quelle: BNN, Foto: Breig



Keine besondere Motivation für weitere Schreibe. Der BNN-Bericht der Autorin Sybille Orgeldinger lässt nämlich jegliches Gefühl dafür vermissen, der Öffentlichkeit die kontroverse Debatte in der Versammlung über die Zivilklausel („Verzicht auf Forschung und Lehre für militärische Zwecke an Hochschulen“) zu vermitteln. Es wurden lediglich die Grün-Roten Regierungspositionen im sattem bekannten Duktus der Ministerin wiedergegeben.

Hier ein Auszug aus dem BNN-Bericht: „Wissenschaft und Kunst haben einen Eigensinn“, erklärte Bauer. Grüne Politik setze darauf, Freiräume zu schaffen, zu schützen und zu vergrößern. So werde das neue Landeshochschulgesetz die Hochschulen ermächtigen, ihre Verantwortung wahrzunehmen. Ziele seien mehr Entscheidungsstärke und eine klare Rollenverteilung zwischen Rektorat, Hochschulrat und Senat, eine bessere Zusammenarbeit der Gremien und mehr Transparenz. Allerdings müssten auch Transparenzregeln die Freiheit der Forschung beachten. Zur Debatte über die Einführung einer Zivilklausel sagte die Ministerin, eine Zweckbindung der Wissenschaft gehöre nicht ins Gesetz. „Ob etwas

ethisch vertretbar ist oder nicht, ist im einzelnen Fall konkret politisch zu diskutieren.“ Von vornherein zwischen „zivilen“ und „militärischen“ Inhalten zu unterscheiden, sei kaum möglich,

erläuterte Bauer. Bestes Beispiel sei das Internet, das aus einem militärischen Konzept entwickelt wurde."

Abgestandene Floskeln, längst widerlegte Verfassungsinterpretationen, verdrehter Freiheitsbegriff und verplauderte Allgemeinplätze. Kein Wort der BNN-Autorin über die aus dem Publikum vorgetragenen qualifizierten Meinungen.

Tatsächlich hatte in der Diskussion der Landeskoordinator der Juso-Hochschulgruppen Baden-Württemberg, Niklas Horstmann, unter Verweis auf ein am Karlsruher Institut für Technologie KIT noch laufendes Forschungsprojekt mit Finanzierung durch die US-Marine die Forderung nach einer einheitlichen KIT-Zivilklausel erneuert. Selbst der Kompromissvorschlag, im Gesetzentwurf zur Novellierung des Landeshochschulgesetzes die "Vertrauenskommission" an der Entscheidung über die Annahme von Drittmitteln zu beteiligen und damit ein Stück weit echte Transparenz zu schaffen, wurde von der Ministerin mit Verweis auf den völlig unzureichenden Novellierungsentwurf abgebügelt. Damit weist sie den Gedanken grundsätzlich zurück, dass fragwürdige Drittmittelprojekte bereits vor der Annahme aufgedeckt werden könnten. Hinzu komme, so Horstmann weiter, dass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler häufig gar nicht wissen, im Rahmen welches Drittmittelprojektes sie angestellt sind und arbeiten. Daher müsse es einen Prozess geben, ethisch fragwürdige Projekte auch nach der Annahme identifizieren und diese nach einer Debatte ggf. vorzeitig beenden zu können. Auch dieses Argument ließ die Ministerin nicht gelten mit dem Verweis darauf, dass die Wissenschaft zweckfrei sei.

Von weiteren Zuhörern wurde die Enttäuschung von Grünen-Wählern geäußert, dass die in Oppositionszeiten verlangte Zivilklausel nunmehr in Regierungsverantwortung weggeschoben werde.

Die oben geschilderte Transparenz-Forderung hielt die Ministerin für hochsensibles Neuland. Damit würden Wettbewerbsfragen berührt und außerdem sei Forschung für die Bundeswehr als Verfassungsorgan zulässig. Dann könne man doch nachvollziehen, dass Geheimhaltung nötig sei. Dem wurde aus dem Publikum entgegen gehalten, dass Forschung, die der Geheimhaltung bedarf, an entsprechender anderer Stelle in der Wirtschaft oder in Rüstungsforschungs-Institutionen stattfinden solle, aber nicht an öffentlich geförderten Hochschulen!

Zum besseren Verständnis für Theresia Bauers friedenspolitische Kehrtwende nach Übernahme des Regierungspostens nachfolgend einige relevante Publikationen des Autors in der Neuen Rheinische Zeitung der letzten drei Jahre:

30.10.2013 <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=19613>
Zivilklausel als Störfaktor bei der Neuvermessung deutscher Weltpolitik
NEIN zu olivgrüner Wissenschaft

19.12.2012 <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=18537>
Die Winfried-Kretsch-Maus-Wende in Baden-Württemberg
Olivgrün gewendeter Landespatriarch

16.05.2012 <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=17786>
Zivilklausel für KIT-Gesetz abgelehnt
Die Ministerin und die 1980er Jahre

04.04.2012 <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=17643>
Appell an die GRÜNEN und die SPD im Landtag Baden-Württemberg:
"Wahlversprechen zur Zivilklausel einhalten!"

04.01.2012 <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=17347>
Zivilklausel, KIT und die Hochschulen von Baden-Württemberg

Glaubwürdigkeits-Stresstest für Grün-Rot

28.12.2011 <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=17323>
Ministerin Bauer (Grüne) lud KIT Karlsruhe-Mitarbeiter ins Audimax
Distanzierung von Wahlversprechen

14.12.2011 <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=17278>
Grün-Rot stellt Verzicht auf deutsche Atomwaffenforschung in Frage
Landesregierung BaWü gegen Zivilklausel für KIT

25.11.2011 <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=17214>
Kriegsforschung und Grünen-Ministerpräsident Kretschmann in Karlsruhe
Winfried, der Wahlbetrüger

09.11.2011 <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=17132>
Ischinger-Bauer-Connection: Hochschulen für das Militär verpflichten
Bundeswehr-Klausel statt Zivilklausel

01.10.2011 <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=17002>
Grüne BW-Ministerin Bauer bleibt Einlösung von Wahlversprechen schuldig
Zivilklausel ins KIT-und Hochschulgesetz!

31.08.2011 <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=17002>
Grün-Rot-Regierung in BaWü soll ihre Wahlversprechen einlösen:
Friedenspolitische Kurskorrektur in den Hochschulen!

30.03.2011 <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=16350>
AUS für CDU-Herrschaft -BaWü-Bildungsreform und Uni-Zivilklausel JETZT
Zweimal Wende eingeleitet
(PK)

Online-Flyer Nr. 443 vom 29.01.2014
<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=19968>

KIT Karlsruhe: Militärfinanzierung raus! Zivilklausel rein!

Die Fabel „Reine Grundlagenforschung“

Von Peter Kleinert

Hier eine Pressemitteilung der Initiative gegen Militärforschung an Universitäten vom 26. Januar zur Pentagon-Finanzierung von Forschungs-Projekten des Karlsruher Instituts für Technologie KIT unter dem Titel „Friedliches KIT gefordert II“. Dies ist eine Antwort auf die Entgegnung des KIT-Präsidenten Prof. Hanselka am 24. Januar bei ka-news auf die Pressemitteilung der Initiative vom 19. Januar (unten angefügt) unter dem Titel „Friedliches KIT gefordert“.

Die Initiative gegen Militärforschung an Universitäten hatte in einer Presse-Erklärung am 19. Januar ihre Bestürzung über das Ausmaß an militärischer Finanzierung für Forschungsprojekte des Karlsruher Instituts für Technologie KIT erklärt und die unverzügliche Beendigung eines laufenden vom Office of Naval Research (US-Marine) finanzierten Projekts sowie erneut die Zivilklausel für das KIT gefordert. Das Online-Magazin ka-news [1] hatte die Presse-Erklärung der Initiative veröffentlicht. KIT-Präsident Prof. Holger Hanselka sagte dem Magazin dazu in einem Interview [2], bei allen Projekten handele es sich um „reine Grundlagenforschung ohne militärischen Charakter“ und die Zivilklausel sei ein „Totschläger-Argument“.

Dazu erklärt die Initiative:

1. Die in der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion DIE LINKE veröffentlichte Tabelle [3] enthält das am KIT vom Office of Naval Research (ONR) finanzierte Informatik-Projekt "Dynamic Data to Decisions" mit einer Laufzeit 2013/14, dessen Einstellung wir verlangen. Im Internet wimmelt es von einschlägigen Konferenz-Beiträgen über den Charakter dieser Forschung für militärische Zwecke, so in den jährlichen internationalen »Information Fusion«-Konferenzen mit Dutzenden von vortragenden Wissenschaftlern aus dem KIT, Fraunhofer-Instituten und der Weltraum-Rüstungsschmiede EADS, mit Sponsoring von ONR, THALES und BAE, mit Vorträgen von hunderten Referenten aus Militärforschungs-Institutionen aus Großbritannien, Australien, Singapur, Kanada, China, Schweden, Polen und der Türkei. Die zivil-militärische Informatik-Forschung wie die anderen in der Tabelle [3] angeführten KIT-Projekte mit US-Militärfinanzierung seit 2003 wurden absichtsvoll verschwiegen. Im Gegensatz zur Behauptung von Prof. Hanselka gibt es einen eindeutig militärischen Hintergrund und genau deswegen die ONR-Finanzierung. Andere machen nicht den geringsten Hehl aus den militärischen Zwecken. Als Kostprobe hängen wir den Eröffnungsbeitrag der »Information Fusion«-Konferenz 2013, vorgetragen von einem Referenten aus dem britischen Verteidigungsministerium an (*). Co-Chair der Konferenz war ein KIT-Wissenschaftler.

2. Die Frankfurter Allgemeine [4] hatte am 21. Sept. 2013 festgestellt: „Eine »Zivilklausel« - das Verbot, militärisch zu forschen - will der KIT-Präsident in Karlsruhe nicht einführen, obwohl er sie als Vizepräsident der TU Darmstadt durchgesetzt hat.“ Das bedeutet, Prof. Hanselka hat sich, wenn man seine Einlassungen ernst nimmt, an der TU Darmstadt, zuletzt als deren Vize-Präsident, an der Einführung einer Zivilklausel beteiligt, die er heute als „Totschläger-Argument“ bezeichnet. Aufgrund von demokratischen Senatsbeschlüssen gibt es inzwischen an 14 Hochschulen [5] Zivilklauseln. Nach dem Willen des SPD-Landesparteitags 2013 in Baden-Württemberg [6] soll die Zivilklausel Bestandteil des Hochschulgesetzes und des KIT-Gesetzes werden. Der AstA [7] hatte unter Verweis auf die Erfahrungen Prof. Hanselkas an der TU Darmstadt erwartet, dass er zur Belebung der am KIT festgefahrenen Zivilklausel-Debatte beiträgt.

3. Nur ein ermutigendes Beispiel aus dem Ländle für verantwortungsbewusste Wissenschaft: Prof. Gregor Lang-Wojtasik, Erziehungswissenschaftler an der PH Weingarten, der sich für eine Zivilklausel [8] einsetzt, erklärte kürzlich in einer bewegenden Grußbotschaft [9] zu einer Konferenz [10] für militärfreie Schulen und Hochschulen (s. Reader u.a. mit Ini-PM 19. Januar): „Wir arbeiten an der Schärfung des Bewusstseins der Hochschulmitglieder, dass Kriegspolitik nicht an den Werkbänken der Unternehmen in der Region beginnt, sondern in den Köpfen derer, die eine solche Produktion hinnehmen und sich einer Politik anvertrauen, die Frieden mit Sicherheit gleichsetzt. Unsere Studierenden sind mit Heranwachsenden konfrontiert, die konstruktive Konfliktlösungen kennen lernen sollen, um demokratisch zu handeln.“ Sein Mitstreiter, der katholische Theologe und Dekan der PH, Prof. Lothar Kuld, brachte laut Schwäbischer Zeitung [11] vom 22. Januar diese Position so zum Ausdruck: »Eine Zivilklausel würde der PH gut tun. Sie würde das Bewusstsein für die Ausrichtung und Zwecke der Hochschule schärfen. Und die können in einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft nur zivil sein. Dazu sollten wir unsere Jugend erziehen.« Und selbst wenn er mit der Klausel scheitern sollte: »Wichtig ist bereits der Weg dorthin, und dass wir darüber diskutieren.«

Die Initiative bittet Prof. Hanselka erneut, für einen fairen Dialog über die Zivilklausel und die Kritik an der Militärforschung des KIT zu sorgen.

Mit freundlichen Grüßen

für die Initiative

gez.

Nadja Brachmann

gez.

Dagmar Hamdi

gez.

Ullrich Lochmann

gez.

Dietrich Schulze

(*) 16. »Information Fusion«-Konferenz im Juli 2013 in Ankara: Eröffnungsbeitrag von Jack Lemon vom britischen Verteidigungsministerium zum Thema „Agile militärische Fähigkeiten: Wie uns die »Information Fusion«-Gemeinschaft helfen kann“ (Kurzfassung):

„Wie uns globale Ereignisse ständig vor Augen führen, leben wir in einer gefährlichen und unberechenbaren Welt. Nur wenig spricht überzeugend dafür, dass die Welt bis 2040 friedlicher wird. Der Druck aufgrund von Ressourcen, Klimawandel, Bevölkerungswachstum und einer sich verändernden Machtverteilung wird voraussichtlich die Instabilität und Wahrscheinlichkeit bewaffneter Konflikte vergrößern.

Die globale Verfügbarkeit von Technologien bei zunehmendem Tempo des technischen Wandels bedeutet, dass unser Militär bei der Bereitstellung von Verteidigung und Sicherheit vor wachsenden Herausforderungen und vielfältigen Bedrohungen steht. Dazu gehören voraussichtlich nicht nur anspruchsvolle militärische Waffen, sondern auch innovative, einfallsreiche Anwendungen leicht verfügbarer ziviler Technologien. Kommt menschliches Streben und Einfallsreichtum hinzu, der sich in innovativen Strategien, Taktiken und Doktrinen ausdrückt, kann dies radikale Veränderungen des Charakters von Kriegen oder der Art der Kriegführung herbeiführen.

Zukünftige Militäroperationen werden vermutlich einen Schwerpunkt auf kulturelles Verständnis, auf ein Verstehen des Gegners und komplexer Situationen legen, damit es möglich wird, von kinetischen zu einflussnehmenden Aktivitäten überzugehen.

In einer solchen komplexen und unsicheren Zukunft sind Fähigkeiten erforderlich, die sehr viel schneller angepasst werden können als mit früheren Generationen der Ausrüstung. Da heute die Fähigkeit fortgeschrittener Systeme weitgehend von Algorithmen bestimmt wird, spielt die »Information Fusion«-Gemeinschaft eine wichtige Rolle, um flexible, anpassungsfähige Systeme für unsere militärischen Erfordernisse zu erhalten.“

Engl. Fassung [12] Power-Point-Vortrag [13] KIT-Prof als Co-Chair [14] Konferenz-Broschüre [15]

Quellen:

- [1] <http://www.ka-news.de/region/karlsruhe/studieren-in-karlsruhe./5-US-Projekte-am-KIT-Initiative-fordert-Einstellung-von-Militaerforschung;art6066,1309433>
- [2] <http://www.ka-news.de/region/karlsruhe/studieren-in-karlsruhe./KIT-Praesident-Belastung-der-Studenten-ist-nicht-hoeher-als-frueher;art6066,131215>
- [3] http://www.nicole-gohlke.de/images/KA_Antwort_18_119_Tabelle1.pdf
- [4] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20130921.pdf>
- [5] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20130717.pdf>
- [6] http://beschluss.spd-bw.de/index.php?title=Zivilklausel_in_das_Landeshochschulgesetz_%28Reutlingen%29
- [7] http://www.usta.de/sites/www.usta.de/files/pm/20131003_pm_neuer_kit_praesident_hanselka.pdf
- [8] http://www.schwaebische.de/region/oberschwaben/weingarten/stadtnachrichten-weingarten_artikel,-Professor-will-Forschung-fuer-Militaer-ausschliessen-_arid,5519145.html
- [9] http://www.trueten.de/uploads/Reader_CC20140122.pdf
- [10] http://bawue.dfg-vk.de/fileadmin/user_upload/Aktionskonferenz_22.1._kurz_01.pdf
- [11] http://www.schwaebische.de/region/oberschwaben/weingarten/stadtnachrichten-weingarten_artikel,-Die-Zivilklausel-bleibt-umstritten-_arid,5573509.html
- [12] <http://www.fusion2013.org/plenary.php>
- [13] http://www.fusion2013.org/images/20130701-ISIF_presentation_ver4c-U.ppt
- [14] <http://www.fusion2013.org/committee.php>
- [15] <http://isif.org/fusion/proceedings/fusion2013/html/programBook.pdf>

Pressemitteilung der Initiative gegen Militärforschung an Universitäten 19. Januar 2014
Friedliches KIT gefordert

Militärfinanzierung raus! Zivilklausel rein!

Die Initiative gegen Militärforschung an Universitäten erklärt ihre Bestürzung über das Ausmaß an militärischer Finanzierung für Forschungsprojekte des Karlsruher Instituts für Technologie KIT und fordert Konsequenzen. Wie erst kürzlich aufgrund der Antwort der Bundesregierung auf eine Bundestagsanfrage der Fraktion DIE LINKE. bekannt wurde, sind seit 2003 fünf Forschungsprojekte mit US-Militärfinanzierung in einer Gesamthöhe von etwa 1 Mio. Dollar bearbeitet worden.

Ein Geothermie-Projekt war bereits im November 2013 Gegenstand der öffentlichen Kontroverse. Nach Angabe der Bundesregierung hat das KIT an weiteren drei derartigen Projekten bis August 2013 geforscht. Für ein fünftes Forschungsprojekt aus dem Bereich der Informatik mit einem Volumen von knapp 100.000 Dollar wird der Bearbeitungszeitraum 2013-2014 angegeben.

Die Initiative fordert das KIT-Präsidium auf, dieses Projekt unverzüglich zu beenden und nicht verbrauchte Mittel an das Office of Naval Research (US-Marine) zurück zu geben.

Die Initiative hat einen Brief an KIT-Präsident Prof. Hanselka geschrieben, in dem ausführlich begründet gegen jegliche Militärfinanzierung des KIT (neben weiteren suspekten Problemfeldern) argumentiert und um ein Gespräch im Sinne eines Dialogs gebeten wird, zu dem sich Prof. Hanselka in einem VDI-Interview bekannt hat.

Für die öffentliche Bildungs- und Forschungseinrichtung wird seit einem Studierendenvotum von 2009 eine Zivilklausel gefordert, die den Verzicht auf Forschung und Lehre für militärische Zwecke vorsieht. Diese Forderung wurde zuletzt durch einen Beschluss des SPD-Landesparteitags 2013 Baden-Württemberg bekräftigt.

Die Initiative teilt bei dieser Gelegenheit mit, dass sie einen SprecherInnenkreis gebildet hat, dem Nadja Brachmann, Dagmar Hamdi, Dr. Ullrich Lochmann und Dr. Dietrich Schulze angehören.

Mit freundlichen Grüßen

für die Initiative

Nadja Brachmann Dagmar Hamdi Ullrich Lochmann Dietrich Schulze

Kontakt: Initiative & SprecherInnenkreis Dr. Dietrich Schulze dietrich.schulze@gmx.de

Initiative gegen Militärforschung an Universitäten WebDoku www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf (PK)

Online-Flyer Nr. 441 vom 15.01.2014

<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=19902>

Hochschulen: Forschung für das Pentagon angeblich keine Militärforschung

Die akademische Gilde der Vertuscher

Von Dietrich Schulze

Die von den Medien aufgedeckte Pentagon-Finanzierung hat bei allen furchtbaren Rechtfertigungsversuchen, z.B. LMU München „Entwicklung von umweltfreundlichen Sprengstoffen“, vor allem eines bewirkt. Die seit 1989 zur Selbstverständlichkeit gewordene Rüstungsforschung an Hochschulen, über die man nicht spricht, wird jetzt öffentlich breit diskutiert. Dazu hat die nunmehr fünf Jahre alt gewordene Zivilklausel-Bewegung einen gedanklichen Anker geworfen.

Zum Leidwesen der herrschenden Politik hat sich die Zivilklausel zu einem von Studierenden, Gewerkschaften und RüstungsgegnerInnen anerkannten und praktizierten Gestaltungsmittel für die Friedensbindung der Hochschulen gemausert.



KIT-Präsident Dr. Holger Hanselka
NRhZ-Archiv

Gerade weil diese Bewegung mit einer erfolgreichen Urabstimmung der Studierenden im Januar 2009 an der Universität Karlsruhe für das damals im Entstehen begriffene Karlsruher Institut für Technologie KIT gestartet war, ist es nicht uninteressant, einen Blick auf die aktuelle Lage am KIT zu werfen.

Die Stuttgarter Zeitung hatte am 25. November 2013 neben dem KIT drei weitere Unis in Baden-Württemberg mit Pentagon-Finanzierung benannt. Aus den Hochschul-Leitungen kam die übereinstimmende Antwort: „Reine Grundlagenforschung“. Dazu schrieb der Leser Joerg Rupp: „Zieh mir die Hose nicht mit dem Schuhlöffel an. »Bei Grundlagenforschung sei es nicht vorhersehbar, ob Ergebnisse auch militärisch genutzt werden könnten oder nicht, so das KIT.« Ja, kaum anzunehmen, dass das US-Militär Forschungen finanziert, ohne sie nutzen zu wollen. Für wie blöd halten die uns

eigentlich?“ [1] Eine rundweg verständliche Frage.

Beim KIT ging es um ein einziges Projekt aus dem Bereich der Geothermie. Sechs Wochen später erfährt die erstaunte Öffentlichkeit aus einer dpa-Meldung vom 9. Januar 2014 [2], dass das KIT seit 2003 fünf Pentagon-Projektaufträge im Umfang von nahezu einer Million Euro erhalten hat. "Wir machen keine Rüstungsforschung", sagte KIT-Präsident Holger Hanselka der Nachrichtenagentur. Warum hat er die vier anderen KIT-Projekte verschwiegen? Haben die Vize-Präsidenten den im Oktober 2012 angetretenen neuen KIT-Präsidenten nicht informiert? Könnte da etwas anderes schief gelaufen sein?

Die dpa-Meldung kam nämlich zustande aufgrund der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Bundestags-Anfrage der LINKEN [3]. Die Antwort bestand im Wesentlichen aus drei Punkten: A) Für die Hochschulen sind die Länder zuständig, also keine Antwort. B) Für die Forschungseinrichtungen wurde eine Tabelle beigefügt mit den erbetenen Angaben Institution, US-Militärquelle, Höhe der Mittel, Laufzeit. C) Aus der Tabelle der Forschungseinrichtungen geht hervor, dass Militär-Finanzierung aus weiteren fünf Staaten kommt – Australien, Großbritannien, Schweiz, Singapur und Süd-Korea. Beim KIT könnten die Fachleute im Bundesforschungs-(Verteidigungs)Ministerium etwas unvorsichtig gewesen sein. Das KIT wurde nämlich als Forschungseinrichtung behandelt, obwohl alle fünf Pentagon-Projektaufträge in der Universität Karlsruhe bearbeitet wurden und in einem Fall sogar noch werden.



Protest gegen Militärforschung im KIT
Foto: Nadja Brachmann

Dass die zuständigen Wissenschaftsministerien der Länder gerne so tun, als ob sie nichts wüssten und bei Auskünften auf die Hochschulen verweisen, ist wohl bekannt. Dass die Hochschul-Senate über solche dubiosen Quellen absichtsvoll nicht informiert werden, ist ebenso bekannt. Und diese wie geschmiert laufende Auskunfts- und Verantwortungs-Abschiebekette hat dafür gesorgt, dass über ein Jahrzehnt nichts von der Pentagon-Finanzierung an das Licht der Öffentlichkeit gelangt ist. Zig-Hunderte von akademischen Mitwissern haben eisern

geschwiegen bzw. bei der Vertuschung mitgeholfen.

Die Tageszeitung taz hatte dieses Bild in einem Artikel am 9. Januar treffend als "Eine Blackbox" [4] charakterisiert. Unter Bezug auf die zitierte Tabelle sind seit 1998 aus Militärquellen der genannten fünf Staaten 21,5 Millionen Dollar nach Deutschland geflossen. Zu den Mitteln, die in Hochschule geflossen sind, gibt es keine Angaben. Der Autor wird dort für die „Initiative gegen Militärforschung an Universitäten“ zitiert: „Ich bin erschüttert, über das Ausmaß der militärischen Projekte.“ Dazu möchte ich noch anmerken, dass ich nicht gerade dafür bekannt bin, an einem Mangel an Phantasie über das Ausmaß der Militarisierung zu leiden. Dass nun mit noch mehr Berechtigung die in Sonntagsreden lauthals verkündete Transparenz, d.h. die Offenlegung der Forschungsprojekte und Finanzierungsquellen der Hochschulen, zu fordern ist, versteht sich von selbst. In der Urabstimmung in Kassel [5] ist diese wie von den Studierenden in Augsburg zuvor auf die griffige Forderung nach einer Zivil- und Transparenzklausel gebracht worden.

Um das Blackbox-Bild betreffend Baden-Württemberg noch abzurunden: Mitte Dezember war der Autor über Dritte auf eine Auskunft des Staatsministeriums aufmerksam geworden. Danach habe es in Baden-Württemberg neben dem KIT-Geothermie-Projekt noch zwei weitere Projekte mit Pentagon-Finanzierung gegeben, eines davon hätte nicht identifiziert werden können. Daraus geht hervor, dass die Ministerin noch nicht mal die Zeitungen und die vom NDR veröffentlichte Liste [6] gelesen hat. Denn dort wurden neben dem KIT-Projekt weitere Projekte an den Unis Ulm, Freiburg und Heidelberg aufgeführt. Nach Adam Riese sind das 4. Sie kennt aber nur 2 ½. Und am KIT allein gibt es, wie wir jetzt wissen, 5 derartige Projekte.

Im Deutschlandfunk PISApus gab es am 11. Januar eine 50-minütige Gesprächsrunde mit dem Titel „Vermintes Wissenschaftsterrain“ [7] mit Ulrich Bartosch (VDW), Joachim Krause (ISPK Uni Kiel), Arne Meyer (NDR) und Judith Dauwalter zu einer Umfrage in der Uni Würzburg und Anrufern aus Hochschulen. Auch hier stand die Transparenz im Mittelpunkt. Wer den Rüstungsforscher Krause mit seinen Tiraden gegen die Zivilklausel, gegen Friedensorganisationen wie IMI Tübingen und Personen wie den Autor [8] kennt, wird nicht darüber staunen, dass es zwei völlig konträre Transparenz-Begriffe ebenso wie zwei völlig konträre Friedens-Begriffe gibt.



Präsidentin der Uni Augsburg Prof. Sabine Doering-Manteuffel
Quelle: Universität Augsburg

Dazu noch ein kurzer Ausflug nach Augsburg. Die von der studentisch geprägten „Initiative friedliche Uni Augsburg“ geforderte Zivil- und Transparenzklausel wurde bereits erwähnt. Dafür gibt es einen handfesten Grund, nämlich einen in unmittelbarer Nachbarschaft der Uni entstehende Innovationspark, der besser Rüstungspark genannt werden sollte. Dazu ein aktueller Artikel in der Augsburger Zeitung unter dem Titel „Maulkorb für Friedens-Studenten?“ [9]. Ein Dekan, der im Dezember zugesichert hatte, dass er einen Passus für den Entwicklungsplan der Fakultät befürwortet, wonach „Forschung, Lehre und Studium ausschließlich zivilen und friedlichen Zwecken dienen“, zieht plötzlich zurück. Und er greift einzelne Studenten aufs Schärfste an, weil sie mit der Kontroverse an die Öffentlichkeit gegangen waren. Der Dekan habe ihnen nicht nur rechtliche Schritte angedroht, sondern auch die Einschränkung der studentischen Mitbestimmung. Nach des Dekans Ansicht ist der Weg an die Öffentlichkeit in dieser Friedensfrage an einer öffentlichen

Universität ein „Vertrauensbruch“.

Und wie verhält sich die Präsidentin? Sie schweigt. Die Initiative beklagt in einem Offenen Brief, dass die Präsidentin seit über einem Jahr nicht auf Gesprächsanfragen zu einer Zivilklausel für die Grundordnung reagiert habe [10] Das waren nur zwei keineswegs untypische Beispiele. Wenn Orwell das erleben könnte, er würde blass vor Neid werden mit seiner Vision "Krieg ist Frieden, Freiheit ist Sklaverei, Unwissenheit ist Stärke." Dazu kommt im neuesten Neusprech: „Sicherheit

ist Militär. Transparenz ist Verdummung. Kritik ist Verrat.“ Aber Demokratie lebt nicht nur von der Diskussion über Ungerechtigkeiten, sondern auch von der Aktion dagegen. Die Bremer Studierenden haben öffentlich protestiert [11]. Die Freiburger Studierenden haben demonstriert [12].

Schließen möchte ich diese Überlegungen frei nach einem berühmten Zitat. Es zielt in Buchstaben gegossen [13] den Eingang der Humboldt-Universität: "Die ProfessorInnen haben das Militärische nur verschieden interpretiert. Es kommt aber darauf an, es zu überwinden."

Was die nächsten demonstrativen Pläne betrifft, nur zwei Hinweise: Am 22. Januar findet in Stuttgart eine Aktionskonferenz unter dem Arbeitstitel „Aufstehen für militärfreie Schulen und Hochschulen“ statt [14]. Und am 1. Februar gibt es die jährliche Demonstration gegen die „Sicherheits“-Konferenz in München mit dem Tübinger Honorarprofessor als Moderator.

Apropos Tübingen: Die Universität beherbergte früher auch schon mal ganz andere akademische Größen. Vom 23.-27. September 1946 veranstaltete das Mathematische Institut eine Wissenschaftliche Tagung, die erste nach Kriegsende in Deutschland. Sie wurde eingeleitet mit einer Ansprache von Erich Kamke, in der dieser u.a. ausführte: »Wie zum Arzt neben der medizinisch-technischen Ausbildung auch eine charakterliche Erziehung gehört, die ihn selbst die gefährlichsten Hilfsmittel - Messer, Narkotika, Gifte - nur zum Wohle des Kranken verwenden lässt, so ist es unerlässlich, dafür zu sorgen, dass auch die Wissenschaftler ihre ungeheure Macht, die sie zum Herrn über Leben und Tod ganzer Völker, ja der ganzen Menschheit machen kann, nur zu deren Wohle verwenden. Während früher die Eignung für die eigentliche wissenschaftliche Forschung das hervorstechendste Merkmal des Forschers bildete, wird in Zukunft noch etwas anderes hinzukommen müssen, ein besonders hohes Berufsethos, ein auf das feinste ausgeprägtes Verantwortungsbewusstsein gegenüber den Folgen der Forschung für die Menschheit. Es wird zu erwägen sein, ob zu diesen auf moralischem Gebiet liegenden Ansprüchen an die Forscherpersönlichkeit noch organisatorische Maßnahmen hinzukommen müssen, etwa als mildeste Maßnahme die Einrichtung eines internationalen Informationsbüros, bei dem ohne Beschränkung der Freiheit des Forschens, alle Forschungen bestimmter Wissenschaftsgebiete anzumelden sind. Diese Probleme sind von solcher Bedeutung, dass sie überall, wo Wissenschaftler zusammentreffen, diskutiert werden sollten. Wir alle müssen uns mit aller unserer Kraft, mit unserer ganzen Person dafür einzusetzen, dass die Wissenschaft niemals mehr einem Werk der Zerstörung, sondern nur dem Wohl der Menschheit dient.«

Die Besinnung auf diesen Kamke-Appell [15], auf den hippokratischen Eid für die Wissenschaften, ist heute bitter notwendig, mehr denn je. (PK)

[1] <http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.unis-in-baden-wuerttemberg-hochschulen-forschen-im-auftragdes-us-militaers.494e0c2a-7c3b-4885-8d5e-792d02ed460a.html>

[2] <http://ipadapp.hz-online.de/ulm/nachrichten/suedwestumschau/KIT-zu-Pentagon-Projekten-Reine-Grundlagenforschung;art1157835,2390586>

[3] <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/002/1800241.pdf>

[4] <http://www.taz.de/Forschen-im-Auftrag-des-Militaers/!130722/>

[5] <http://zivilklauselkassel.blogspot.de/2013/01/27/72-prozent-der-studierenden-fuer-zivilklausel/>

[6] http://www.ndr.de/geheimer_krieg/geheimerkrieg251.pdf

[7] http://www.deutschlandfunk.de/militaerforschung-verminteswissenschaftsterrain.1180.de.html?dram:article_id=274200

[8] <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=19224>

[9] <http://www.augsburger-allgemeine.de/augsburg/Maulkorb-fuer-Friedens-Studenten-id28385822.html>

[10] <http://www.augsburger-allgemeine.de/augsburg/Gegen-Ruestungsforschung-Offener-Brief-an-Uni-Praesidentin-id28343852.html>

[11] <http://www.jungewelt.de/2013/11-27/020.php>

[12] <http://www.antifaschistische-linke.de/?p=2406>

[13] <http://www.ossietzky.net/12-2012&textfile=1903>

[14] http://bawue.dfg-vk.de/fileadmin/user_upload/Aktionskonferenz_22.1._kurz.pdf

[15] http://www.microenergyfoundation.com/natwiss/fileadmin/user_upload/Reader_Klausur_Freihait_der_Wissenschaft.pdf

Online-Flyer Nr. 438 vom 25.12.2013

<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=19841>

KIT-Ehrenszenator Greifeld: Nazi, Antisemit, Atom(waffen)technologie-Exporteur

Der Spurensucher Rusinek

Von Dietrich Schulze

Seit September 2012 wird vom Karlsruher Institut für Technologie KIT die geforderte Annullierung der Ehrenszenatorwürde des Dr. Rudolf Greifeld (1911-1984) verschleppt [1]. Greifeld hatte eine Führungsrolle als Kriegsverwaltungsrat 1940/41 im besetzten Paris inne und praktizierte seinen Antisemitismus auch später als langjähriger Atommanager des Kernforschungszentrums weiter.



Spurensucher Historiker Prof. Bernd-A. Rusinek
Quelle: <http://www.rusinek.eu/>

In den Badischen Neuesten Nachrichten (BNN) erschien am 18. Dezember unter dem Titel „Keine Spuren von Greifeld“ [2] ein Artikel über Nachforschungsergebnisse des vom KIT beauftragten Düsseldorfer Professors Bernd-A. Rusinek. Nach BNN-Angaben schließt dieser aus, dass Greifeld „zum führenden Personal des Besatzungsregimes in Paris“ zählte. Den Besuch von Adolf Hitler habe er „unmöglich maßgeblich vorbereiten können“. Auf einem Foto, das Hitler vor dem Eiffelturm zeigt, sei Greifeld nicht abgebildet. „Das ist eine andere Person“, sagte Rusinek gegenüber den BNN. Da darf man wirklich staunen, wie viele Augen der akademische Spurensucher da zugedrückt haben muss. Hier zur Erinnerung einige Fakten, die seit einundeinhalb Jahren unablässig besprochen und publiziert wurden. Beginnen wir mit der bestrittenen Führungsrolle.

Antisemit Greifeld sorgt für Kriegsordnung in Groß-Paris

Greifelds wichtigste Aufgabe in der Kommandantur von Groß-Paris bestand darin, die Anordnungen der deutschen Militärverwaltung beim Kabinettsdirektor des Präfekten der Vichy-Regierung, Edouard Bonnefoy, durchzusetzen. Die überlieferten Aufzeichnungen von Bonnefoy, der ab November 1941 mit der Résistance zusammen arbeitete, sind 1999 von Elodie Prost als Diplomarbeit an der Universität Lyon [3] vorgelegt worden. Aus dieser Arbeit können Führungsfunktion von SS-Kriegsverwaltungsrat Greifeld, sein bis nach Drancy, der Vorhölle von Auschwitz, reichender Verantwortungsbereich und seine Denk- und Handlungsweise sehr gut rekonstruiert werden. Nur fünf Episoden mit Zitaten:

- Am 30. September 1940 vertraute Greifeld Bonnefoy anlässlich einer Besprechung zur Vorbereitung der Propaganda-Ausstellung über die französischen Freimaurer im Kleinen Palais an: „Bei der Herstellung der Ordnung in Europa ist mit drei Gruppen von Gegnern zu rechnen, die nicht sofort, aber mit Sicherheit überwunden werden: Die Juden, die Freimaurer und die Plutokraten, die im Krieg aufblühen, um Geld zu verdienen.“
- Am 30. Oktober 1940 war Paul Langevin, ein international bekannter damals 68-jähriger Kernphysiker, wegen vermuteter Sympathien für die Résistance verhaftet worden.

WissenschaftlerInnen setzten sich sofort für ihn ein. Laboratorien streikten. Bereits zwei Tage später bat Bonnefoy Greifeld unter Hinweis auf die Funktionsfähigkeit des von Langevin geleiteten Instituts für Physik und Technische Chemie, wenigstens den Grund für die Verhaftung mitzuteilen. Greifeld hat keinen Finger gerührt. Langevin wurde nach einem Monat Haft aufgrund der Proteste in Troyes unter Polizeiaufsicht gestellt und konnte mit gefälschten Papieren in die Schweiz fliehen.

- Ende Dezember 1940 verlangte Greifeld von Bonnefoy eine Liste aller jüdischen Beschäftigten im öffentlichen Dienst, die ihren Dienst quittiert hatten und kurz darauf aller derjenigen, die noch beschäftigt waren. Deportation und Vernichtung wurden mit der Vorstufe begonnen, den jüdischen Einfluss in staatlichen Funktionen zurückzudrängen. Bonnefoy versuchte, so gut es ihm möglich war, die Anordnungen zu verzögern oder deren Folgen abzumildern, sah sich aber dem ständig wachsenden Antisemitismus der Militärverwaltung und speziell Greifelds ausgesetzt.

- Täglich musste Bonnefoy auf neue Gesuche antworten, zum Beispiel Wäschelieferungen und Betten für das Gefangenenlager Drancy. Im Januar 1941 beschwerte sich Greifeld bei Bonnefoy über den Zustand der Straßen nach den Schneefällen und forderte den Einsatz von mehr Arbeitslosen zum Fegen und Sandstreuen. Greifeld drohte: „Wenige Dinge sind gemacht worden. Wenn sich kein schneller Wechsel vollzieht, werde ich mich gezwungen sehen, den Präfekten persönlich dafür verantwortlich zu machen.“ Mit den Monaten wurden die deutschen Forderungen immer herrischer.

- Am 5. Mai 1941 erklärte Greifeld gegenüber Bonnefoy: „Ich wundere mich, dass die französische Regierung gegenüber den Juden keine energischeren Maßnahmen ergreift. Die jüdische Frechheit hört nicht auf und es muss endlich Ordnung in die jüdische Bewegung gebracht werden. Die Juden sind für den Krieg verantwortlich und drängen fortgesetzt zum Krieg gegen die unschuldige Bevölkerung.“

Damit wird über Aufzeichnungen von glaubwürdigen Zeitzeugen belegt, dass Greifeld eine Führungsrolle in der Militärverwaltung von Groß-Paris hatte und als nazistischer Antisemit an der Verfolgung der Juden beteiligt war.

Monde

Le très zélé Dr. Rudolf Greifeld

Le "patron" de la Recherche nucléaire d'Allemagne Fédérale ne s'est guère repenti des activités nazies qu'il exerçait pendant la guerre. A Paris.

L'hebdomadaire "Der Stern" et "le pègre" ont révélé dernièrement le scandale de la collusion entre l'Allemagne Fédérale et l'Afrique du Sud de l'Apartheid dans le domaine nucléaire. En réponse aux très vives attaques dont il fut l'objet, le gouvernement de l'Allemagne Fédérale (voir notre article sur l'"Aigle Impérial du Bon") prétend qu'il s'agissait là de contrats de Centres d'études nucléaires qui sont des affaires privées...

Assez curieusement on a peu parlé de ces centres de recherches. En vérité, il n'en existe qu'un seul. Il se trouve à Karlsruhe. Son "patron" est le Dr. Rudolf Greifeld, qui n'a jamais caché les excellents rapports qu'il

entretenait avec l'Afrique du Sud et qui, pour autant qu'on le sache, est également responsable de la vente de réacteurs atomiques à un autre pays dont le régime n'est pas particulièrement pointilleux sur le plan de la morale: le Brésil.

Apparemment, le Dr. Rudolf Greifeld, qui a toute la confiance du gouvernement allemand, est un homme discret. L'ennui est que sa discrétion connaît des éclipses. Surtout quand il a bu...

C'est ainsi qu'un groupe de savants du Centre de Recherches nucléaires de Karlsruhe a été amené à écrire le 15 janvier 1973, au Dr Volker Hauff, secrétaire d'Etat fédéral à la Recherche Scientifique. Dans cette lettre, les savants faisaient état de confidences de cocktail par l'honorable Dr Rudolf Greifeld quelque peu éméché. "C'est moi - avait dit en substance le directeur général - qui ait organisé la visite du Führer, à Paris en 1940. Le Führer

est d'ailleurs un type très sérieux. Les Juifs recommencent les mêmes erreurs que jadis..."

Y a-t-il vraiment compatibilité entre les fonctions scientifiques du Dr. Greifeld, son sombre passé, les certitudes qui sont restées les siennes, celles du Führer et sur les Juifs et ses énormes responsabilités dans le domaine nucléaire, et les rapports entretenus par le Dr Greifeld avec des Etats aussi peu respectueux du droit des gens que l'Afrique du Sud et le Brésil? A cette question, le secrétaire d'Etat de Bonn n'a pas jugé utile de répondre.

Le Dr. Léon Grunbaum, un jeune savant français s'intéressa alors de près aux années de guerre du Dr Greifeld. Le Dr Grunbaum prétend, entre autres, que si son contrat n'a pas été renouvelé en 1973 par son employeur, le Centre d'études nucléaires de Karlsruhe, c'est en raison des sentiments antisémites du PDG, le Dr Rudolf Greifeld.

L'ami de M. Greifeld

Sur ces entrefaits, le hasard voulut que le directeur des Acieries de Badewürttemberg, le Dr. Waldemar Ernst rencontre un chercheur du Centre de

A gauche, un portrait du Dr. Greifeld à l'occasion des cérémonies marquant son 60^e anniversaire. Ci-dessous, le Dr. Greifeld en compagnie du Dr. Alberts, Vice-Président de la Commission à l'Energie Atomique d'Afrique du Sud. - (Documents du Kernforschungszentrum, Karlsruhe).



Greifelds Nazi-Gesinnung („Jüdische Frechheit“) im Krieg und danach

Am 15. Januar 1973 hatten verantwortungsbewusste WissenschaftlerInnen des Kernforschungszentrums über die dortigen autoritären Zustände einen Beschwerdebrief [4] an den zuständigen Staatssekretär Dr. Volker Hauff im Bundesforschungsministerium gerichtet. Darin wurde über eine besondere Führungsgruppe aus ehemaligen Wehrmacht- und Waffen-SS-Angehörigen berichtet, die Geschäftsführer Greifeld um sich geschart hatte. Wörtlich: „Welcher besonderen Art diese

Kriegskameradschaft ist, wurde deutlich, als Greifeld sich einmal gewählten Delegierten gegenüber zu vorgerückter Stunde eines Cocktailempfangs dahingehend offenbarte, daß er es gewesen sei, der den Besuch Hitlers in Paris organisiert habe (laut Speer-Memoiren gab es nur einen einzigen 1940) und was für ein bedeutender Mann Hitler gewesen sei, und daß die Juden heute schon wieder dieselben Fehler machten wie früher. Tatsächlich besitzen wir inzwischen ein Dokument darüber, daß Greifeld während des Krieges Mitglied der Militärregierung in Paris gewesen ist. Entsprechender Art sind seine Anordnungen bei Ausländern möglichst Blonde aus Schweden und keine vom Balkan einzustellen.“

Dieser Beschwerdeteil stand im Zusammenhang mit Greifelds antisemitisch motivierter Diskriminierung des mit einem Zeitvertrag am Kernforschungszentrum beschäftigten Wissenschaftlers Dr. Léon Gruenbaum, der dessen NS-Vergangenheit unter Mithilfe von Serge und Beate Klarsfeld aufgedeckt hatte. Die Zeitschrift Le Monde zitierte damals die Passage aus obigem Brief unter der Schlagzeile „Der äußerst dienstefrige Dr. Rudolf Greifeld“ [4]. Aus dem Beitrag:



„Der »Patron« der Atomforschung der Bundesrepublik Deutschland empfindet wenig Reue über seine Nazi-Aktivitäten, die er während des Krieges verübte - in Paris. Die Wochenblätter „Der Stern“ und „Der Spiegel“ haben kürzlich den Skandal über die geheime atomare Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Apartheid-Regime in Südafrika aufgedeckt. ... »Patron« [des Karlsruher Forschungszentrums] ist Dr. Rudolf Greifeld, der aus seinen ausgezeichneten Beziehungen zu Südafrika niemals einen Hehl gemacht hat und für den Verkauf von Atomreaktoren an ein Land verantwortlich ist, das in moralischer Hinsicht nicht besonders empfindlich ist: Brasilien. ... Sind die wissenschaftlichen Funktionen von Dr. Greifeld tatsächlich vereinbar mit seiner dunklen Vergangenheit, mit seinen unverändert gebliebenen Ansichten über den Führer und über die Juden? ... Ein junger französischer Wissenschaftler, Dr. Léon Grünbaum, interessierte sich nun näher für die Kriegsjahre von Dr. Greifeld. ... In dieser Situation führten die Nachforschungen von Serge und Beate Klarsfeld in den deutschen Archiven am Anfang der Woche zur Entdeckung eines ersten Dokuments, das Dr. Rudolf Greifeld völlig fragwürdig erscheinen lässt. Am 2. Januar 1941, das heißt zu Beginn der deutschen Besatzung, war von einem gewissen Greifeld eine antijüdische Anweisung unterschrieben worden. ... Greifeld, im Januar 1941 Besitzer von Paris, „regt an“ (was die Autorität beweist, die seiner Person oder Funktion zukam) „eine Verlängerung der Verdunkelung“ in Paris und „verpflichtet“ die Eigentümer von „Kabarett“, „an ihrer Eingangstür ein Hinweisschild aufzuhängen, dass Juden der Zutritt zum Lokal untersagt ist“. ... Wegen dieser Vergangen-

heit leidet Herr Dr. Greifeld, wie wir gesehen haben, unter keinem einzigen Gewissensbiß. Die Nachforschungen in den von der Besatzungsmacht hinterlassenen Archiven werden weitergeführt. Welche Ergebnisse diese in der Zukunft auch immer haben werden, so erscheint es bereits jetzt als unzulässig, dass Dr. Greifeld auch nur die geringste verantwortliche Position auf atomarem Gebiet bekleidet, noch dazu in einem Deutschland, das an genau festgelegte Vorschriften hinsichtlich seiner Wiederbewaffnung gebunden ist.“

Greifeld als Organisator des Hitlerbesuchs 1940 in Paris

Die beschriebene Führungsrolle steht sehr wohl im Einklang damit, dass Greifeld den Hitler-Besuch maßgeblich organisiert hat. Daraus folgt aber nicht zwangsläufig, dass er zu der Führungsriege gehörte, die auf den beiden Bildern im Bundesarchiv als Foto erhalten ist. Das wurde von den kritischen Wissenschaftlern seit Aufdeckung der Besatzer-Rolle Greifelds Anfang der 1970er Jahre wegen der frappierenden Ähnlichkeit mit Greifeld so angenommen. Und von daher stammt auch die wiederholte Einrede aufgrund der abgebildeten Mütze, dass Greifeld SS-Kriegsverwaltungsrat gewesen sei. Es gab keine personellen Kapazitäten für detailliertere Recherchen unsererseits.

Wie der Autor gerade erst zur Kenntnis nehmen konnte, wird in der Texterklärung zum Foto im Bundesarchiv [6] neuerdings die Personenkette so beschrieben: „Nach der Besetzung Frankreichs durch die faschistische deutsche Wehrmacht im Juni 1940 besucht Adolf Hitler Paris. UBz: Adolf Hitler mit seiner Begleitung nach der Besichtigung des Eiffelturms. vlnr: SS-Gruppenführer Wolff, [Architekt Hermann Giesler], dahinter Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel, SA-Gruppenführer Wilhelm Brückner, Reichsminister Albert Speer, Adolf Hitler, dahinter Reichsminister Martin Bormann, [Bildhauer Arno Breker], Reichspressechef Staatssekretär Otto Dietrich.“ Werfen Sie doch bitte einen vergleichenden Blick auf die von mir nebeneinander gestellten Personen-Profile: die fragliche Person 1940, Karl Wolff 1940 und Rudolf Greifeld 1957. In der Tat schwer zu entscheiden. Allerdings spricht das Alter des Abgebildeten eher für Greifeld, denn Wolff war damals 40 Jahre alt und Greifeld 29.

In den Akten des Generallandesarchivs Karlsruhe befinden sich Kopien von Zeitungsberichten über Greifelds Ablösung von seinem Posten - FAZ 26.11.75: "Ärgernis am ILL (Institut Laue-Langevin) Grenoble - 350 französische Wissenschaftler fordern Abberufung von R. Greifeld" und Stuttgarter Zeitung 8.11.75 "Greifeld verzichtet" [3] - und das bekannte Bild mit dem ausdrücklichen Archiv-Hinweis „Foto Greifeld mit Hitler in Paris“. Greifeld hat seine furchtbaren Taten abgestritten und gelogen, dass sich die Balken biegen. Dass es ein anderer gewesen sei, der mit dem Führer in der ersten Reihe marschierte, hat niemand vom ihm gehört.

Wie dem auch sei, ob es Greifeld war oder Wolff. Der Beweise sind genug, dass diese Ehrengewürde eine Schande für das KIT und für die gesamte öffentliche Bildung und Forschung ist.

Prognose zu Rusineks Erfolglosigkeit bei der Spurensuche

Liebe Leserinnen und Leser,

Sie können es mir wirklich glauben. Ich hätte mich liebend gern geirrt mit meiner Prognose über die Erfolgsaussichten von Prof. Rusineks sicher nicht schlecht bezahlten geschichtswissenschaftlichen Bemühungen. Unter dem Titel „Atomare Geschichtsentsorgung“ [7] hatte ich im Juni in der Neuen Rheinischen Zeitung dessen Abhängigkeit von der Atomlobby geschildert und mein Gesamtbild über dessen Arbeitsweise so zusammen gefasst: „Intelligent klingende Relativierungen und beredte Dienstbarkeit. Deswegen wurde er für diesen Neuanlauf einer atomaren Geschichtsentsorgung ausgewählt.“

Der Zufall wollte es, dass ich erst jetzt auf Rusineks Dissertation gestoßen bin, die das Bild über den Auftragsforscher in unserem Kontext abzurunden vermag. Der Buch-Autor Alexander Goeb schildert in Neue Rheinische Zeitung [8] die Auseinandersetzung darüber, ob eine Gruppe von Edelweißpiraten aus dem Arbeitermilieu in Köln-Mülheim zum Widerstand gegen die Nazis zu zählen ist oder ob sie gewöhnliche Kriminelle waren. Goeb erklärt dazu, dass NRW-Innenminister Herbert Schnoor (SPD) Ende der 80er Jahre den Düsseldorfer Prof. Peter Hüttenberger mit einem Gutachten beauftragte. Dieser habe den Auftrag an seinen Doktoranden Bernd Rusinek vergeben. Und wörtlich:

„Rusinek wühlte sich durch die Nazi-Akten, nahm jedoch Abstand davon, überlebende Zeitzeugen ausgiebig zu befragen. Rusinek, heute selbst Professor, war damals ein »Stellenanwärter«, das Gutachten war seine Doktorarbeit. Er kam zu dem Fazit, dass die ermordeten Edelweißpiraten zwar keine Verbrecher waren. Doch als »desolate Rowdys« konnten sie nach Meinung des Doktoranden keinen politischen Widerstand geleistet haben. Die Kölner Stadtrevue schrieb damals eine vernichtende Einschätzung über Rusineks Gutachten und zitierte eingangs aus Adornos "Minima moralia: »Selbst wenn sie außerhalb des Betriebes als ganz humane und vernünftige Wesen sich erweisen, erstarren sie zur pathetischen Dummheit in dem Augenblick, in dem sie von Berufs wegen denken.« Neben anderen protestierte damals auch Romani Rose vom Zentralrat deutscher Sinti und Roma: »Es ist für uns unerträglich, wenn von heutigen Wissenschaftlern junge Menschen, die im Dritten Reich sich gegen die bestehenden NS-Organisationen, gerade auch gegen die Hitlerjugend, zusammenschlossen, als aufgrund der Zeitumstände "zwangsläufig kriminell" diffamiert werden.«“

Ergebnisse des Gruenbaum-Symposiums und Ausblick

Zu Ehren des jüdischen Wissenschaftlers Léon Gruenbaum, dessen Familie vor den Nazis fliehen und der von dem NS-belasteten Greifeld eine zweimalige Verfolgung erleiden musste, hatte das Forum - Ludwig Marum unter dem Titel „Der vergessene Whistleblower Léon Gruenbaum (1934-2004)“ am 19. Oktober im ver.di-Haus Karlsruhe eine inspirierende Geschichtswerkstatt [9] veranstaltet. Christof Müller-Wirth hatte in seinem Schlusswort als dringende Vorhaben zusammengefasst: (A) Erstellung einer gründlichen Biographie von Léon Gruenbaum (B) Annullierung der KIT-Ehrensensator-Würde für Greifeld (C) Veröffentlichung der Monographie von Léon Gruenbaum und (C) Beendigung der illegitimen Atomreaktorforschung „Transmutation“ am KIT. Zum Symposium hatte der Vorsitzende des Forums, Harald Denecken, den frisch bestellten KIT-Präsidenten Prof. Holger Hanselka eingeladen. Dieser konnte aus Termingründen nicht teilnehmen und wünschte dem Symposium viel Erfolg.

Daran soll ein Schlussgedanke geknüpft werden. Die auch in anderem Zusammenhang [10] empfundene, von Hanselka ausgehende Öffnung, die Neuartigkeit im Umgang mit Kritik und die Dialogbereitschaft mögen dazu beitragen, eine unabhängige Persönlichkeit zu gewinnen, die dem KIT dabei hilft, sich spätestens im Sommersemester 2014 von der schändlichen Ehrensensatorwürde für Dr. Rudolf Greifeld zu befreien. Wie hier dargelegt, ist Prof. Bernd-A. Rusinek dazu nicht willens oder in der Lage. (PK)

Quellen:

[1] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20121231.pdf>

<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=18624>

[2] „Keine Spuren von Greifeld“ BNN 18.12.13 <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20131218.pdf>

[3] Elodie Prost „Edouard Bonnefoy, un haut fonctionnaire sous l'occupation (juin 1940 - mai 1945).

Le devoir de désobéissance.“, Institut d'études politiques, Université Lyon, 1999

[4] Gruenbaum-Symposium: Reader <http://www.forum-ludwig-marum.de/site/assets/files/1012/reader.pdf>

und Klarsfeld-Botschaft <http://www.forum-ludwig-marum.de/site/assets/files/1012/beilage-zum-reader.pdf>

[5] „Grünbaum versus Greifeld“ BNN 27.07.13 <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20130728.pdf>

[6] [http://www.bild.bundesarchiv.de/archives/barchpic/search/_1387799973/?search\[view\]=detail&search\[focus\]=6](http://www.bild.bundesarchiv.de/archives/barchpic/search/_1387799973/?search[view]=detail&search[focus]=6)

[7] <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=19181>

[8] <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=16407>

[9] http://www.forum-ludwig-marum.de/site/assets/files/1012/pm_3.pdf

[10] <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=19480>

Rettungsfonds für Bildung JETZT!

Von Dietrich Schulze

Das Bündnis "Bildung braucht Zukunft" (1) hat vom 9. bis 12. Dezember zu bundesweiten Aktionstagen gegen die Kürzungen an den Hochschulen aufgerufen. Auf der genannten Webseite finden sich Lageberichte und geplante Aktionen in Bremen, Rostock, Greifswald, Erfurt und Magdeburg. Unter dem treffenden Titel „Alma Kater“ berichtete „Die Welt am Sonntag“ (WamS) am 8. Dezember von überfüllten Vorlesungen, verrottenden Bauten und einem Infrastruktur-Zusammenbruch in Erlangen.



Verschütteter Arbeitsplatz in der Uni Erlangen Quelle: blogs.fau.de

Die Süddeutsche Zeitung berichtet am 9. Dezember über Rüstungsindustrie und Universitäten in Bayern und deren wachsende Abhängigkeit von Drittmitteln mit dem Ergebnis „dass man Aufträge nimmt, egal, woher sie kommen.“ Im Kasseler Friedensratschlag in der Arbeitsgruppe „Die Militarisierung der Hochschulen und die Zivilklausel-Bewegung“ wurde am 8. Dezember eine Finanzierungs-Überlegung vorgetragen. Die Diskussion dazu machte vor allem eines

sichtbar, nämlich dass die bundesweite Vernetzung der Bewegungen gegen die Kürzungen und für die Zivilklausel verbesserungsbedürftig ist. Dafür sollen die nachfolgend skizzierten Gedanken beitragen.

Bevor wir zu den Finanzierungs-Überlegungen kommen, einige Zitate: In der WamS am 8.12. heißt es zur Universität Erlangen-Nürnberg (FAU): »In Erlangen kam im Juli die Decke runter. Es war glücklicherweise tiefe Nacht, als sich im Universitätsgebäude an der Kochstraße 4 ein 200 Kilogramm schweres Stück löste und den Arbeitsplatz eines Archäologen verschüttete. Wie passend, könnte man zynisch bemerken. Doch den Wissenschaftlern war nicht zum Lachen zumute. "Die gesamte wissenschaftliche Infrastruktur brach zusammen", sagt der Politikwissenschaftler Clemens Kauffmann, der mit vielen Kollegen gezwungen war, das Gebäude sofort zu räumen. ... Erlangen ist überall.«

In der Pressemitteilung des Bildungsbündnisses vom 9.12. heißt es: »Das bundesweite Bildung braucht.Zukunft-Bündnis, der studentische Dachverband fzs sowie zahlreiche Unterstützer*innen vor Ort fordern angesichts massiver Kürzungsvorhaben von den Bundesländern und den schwarz-roten Koalitionsparteien: "Handeln statt Kürzen! Neben den fehlenden finanziellen Zusagen des Koalitionsvertrags stehen in etlichen Bundesländern massive Kürzungen an, die in den anstehenden Landtagssitzungen beschlossen werden sollen", erklärt Katharina Mahrt, Vorstand des freien Zusammenschlusses der student*innenschaften. In Anbetracht der ohnehin allgegenwärtigen Unterfinanzierung ist die Lage verheerend." Über Kürzungsfolgen in Bremen, Erfurt, Jena, Ilmenau, Berlin, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Saarland, Mecklenburg-Vorpommern und weiteren Bundesländern wird berichtet. Steffen Regis, Sprecher des Bildung.braucht.Zukunft-Bündnisses erklärt: "Der Bund muss umgehend Maßnahmen gegen die fortschreitende Finanznot

beschließen, um einen länderübergreifenden bildungspolitischen Notstand abzuwenden. Der schwarz-rote Koalitionsvertrag lässt jedoch entbehrungs- und protestreiche vier Jahre erwarten. Er setzt die Zukunft der Bildung in Deutschland aufs Spiel.“«

Die Süddeutsche Zeitung erklärte am 9.12. unter dem Titel „Kriegsforschung in der Friedensstadt“: »Die wachsende Abhängigkeit der Hochschulen von Drittmitteln führt dazu, dass man Aufträge nimmt, egal, woher sie kommen. Für den Grünen-Politiker Sepp Dürr ist dieser Zustand nicht hinnehmbar. Der Staat müsse die Hochschulen besser finanzieren, um sie von Drittmitteln unabhängiger zu machen. "Ich möchte nicht, dass wir unseren Wohlstand Krieg und Elend in anderen Ländern verdanken", sagt er. Er spricht von einem Geflecht aus Rüstungsindustrie und Forschung, das sich über Bayern gelegt habe, und fordert Transparenz.«

Eben diesen Zusammenhang hatte der Autor in seinem NRhZ-Artikel „Transparente Tötungswissenschaft“ am 4. Dezember mit der Schlagzeile „Militärforschung an Hochschulen: BMVg-, NSA-, Pentagon-Mittel. Egal, Hauptsache das Geld fließt!“ analysiert. (2) Wie es der Zufall wollte, war er auf der Anreise zum Kasseler Friedensratschlag auf den WamS-Artikel „Alma Kater“ aufmerksam geworden und hatte die Bahnreise für eine neue Überlegung zur der seit langem geforderten Vollfinanzierung der öffentlichen Hochschulen genutzt.

Nur mit ausreichender Grundfinanzierung kann die grundgesetzlich garantierte Freiheit von Bildung, Wissenschaft und Forschung garantiert werden. Freiheitsrechte sind Bürgerrechte gegen staatliche Zwangsmaßnahmen und Willkür. Wenn der Staat die Hochschulen in die Drittmittelabhängigkeit treibt, schränkt er deren Freiheitsrechte ein. Das gilt besonders für die perfide Methode, die Hochschulen mit Exzellenz- und Elite-Titeln (Maßstab Höhe der Drittmittelleinnahmen) gegeneinander auszuspielen, wie das seit Amtsantritt von Ex-Ministerin Schavan vorangetrieben wurde. Die entscheidende Frage ist, wie diese verheerende Umschichtung zulasten der Grundfinanzierung (Beispiel TU Ilmenau 50 % Drittmittel) rückgängig gemacht wird. Woher sollen die fehlenden Mittel kommen?

Ja, das ist richtig: Es ist eine Frage des politischen Willens. Und dass dieser die Länder betreffend durch massenhafte Proteste bewegt werden kann, haben zum Beispiel die Großdemos im Juni/Juli in Magdeburg gezeigt. Aber auch der Bund ist in der Verantwortung. Gegen eine direkte Bundesfinanzierung der Hochschulen steht der grundgesetzliche Föderalismus. Die Forderung nach einer Verfassungsänderung ist zwar nachvollziehbar, aber meiner Ansicht nach vor allem ein Verschiebeparkplatz.

Aus all den genannten Gründen entstand die Überlegung, die Bundesregierung und die Bundestagsparteien aufzufordern, einen Rettungsfond für die Bildung zu schaffen mit folgenden Konstruktionsmerkmalen:

- Eine Verfassungsänderung ist nicht erforderlich.
- Durch den Fonds wird eine Aufstockung der Grundfinanzierung bewirkt.
- Auch eine indirekte Bundes-Steuerung der Hochschulen wird unterbunden.
- Für die Finanzierung werden diejenigen herangezogen, die von den Hochschulen profitieren und über Mittel im Überfluss verfügen.

Die Konstruktionsmerkmale führen zu folgenden Charakteristika für den Rettungsfonds:

- Die fehlenden Mittel werden durch eine am Umsatz orientierte Umlage bei den privatwirtschaftlichen Unternehmen gewonnen. Dabei werden die mittelständische Wirtschaft und Kleinere, die bekanntlich die meisten Arbeits- und Ausbildungsplätze schaffen, ausgenommen, zumindest nicht benachteiligt.
- Die Höhe der Umlage wird so bemessen, dass der Drittmittelanteil am Etat der Hochschule, der für einen ordnungsgemäßen Betrieb notwendig ist, auf ein Niveau unter zehn Prozent gedrückt werden kann.
- Die Verteilung der Mittel an die Hochschulen richtet sich nach möglichst nicht interpretierbaren objektiven Kriterien wie z.B. der Anzahl der Studierenden und Beschäftigten.
- Die Verwaltung des Fonds übernimmt ein Bund-Länder-Gremium, an dem VertreterInnen der Studierenden, Beschäftigten und Gewerkschaften beteiligt werden sollten.

Diese sinngemäß im Arbeitskreis vorgetragenen Überlegungen für einen Rettungsfonds konnten wegen Kurzfristigkeit und Zeitmangel nicht ausdiskutiert werden. Im Mittelpunkt standen naturgemäß die bundesweiten Entwicklungen zur Zivilklausel. Anne Geschonneck (Die Linke.SDS), Studierende aus Halle, hatte einen umfassenden Überblick vorgetragen, ergänzt durch einen Bericht von Simon Kiebel (AK Zivilklausel beim AStA der Uni Kassel) über die Senatsentscheidung der Uni am 4. Dezember gegen eine echte Zivilklausel, für die die Studierenden seit zwei Jahren gekämpft haben. In dieser NRhZ-Ausgabe findet sich die Presse-Erklärung dazu. Der Autor hatte dort zur aktuellen Lage einen Reader vorgelegt (3) und auf die baden-württembergische Aktionskonferenz am 22. Januar 2014 für militärfreie Schulen und Hochschule hingewiesen.

Eine gute abschließende Brücke zum Kern der Sache. Es geht um den Freiheitskampf - ein großes Wort - gegen die Militarisierung der Bildung, für gute Bildung im Interesse der Allgemeinheit. Im Bildungsstreik Ende 2009 - lang lang ist's her - war dieser Zusammenhang präsent. Die Zivilklauselbewegung hat damals von den Streiks einen kräftigen Impuls erfahren. Mittels einer erneuerten Vernetzung der Bewegungen kann daran angeknüpft werden.

Die Debatte über einen Rettungsfonds könnte dazu ein Beitrag leisten. Zur Koordinierung der Aktionen habe ich am 10.12. an den Zivilklausel-Verteiler geschrieben: „Auf all das jetzt auf uns Einstürmende, was kaum noch zu überblicken ist, incl. Pentagon-Finanzierung und Wirkungen der „Großen Koalition der Militarisierung“, kann es meiner Ansicht nach neben der verstärkten Arbeit vor Ort nur eine Antwort geben, eine weitere bundesweite Zivilklausel-Konferenz. Die berühmte Machtfrage ist immer: Wer machts? Nach der ersten Konferenz in der TU Braunschweig 2011, der zweiten am KIT Karlsruhe 2012, wäre meiner Ansicht nach die logische Dritte in München oder Augsburg 2014.“ (PK)

- (1) www.bildungbraucht.de
- (2) <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=19743>
- (3) www.stattweb.de/files/civil/Doku20131208.pdf
- (4) WebDoku www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf

Online-Flyer Nr. 435 vom 04.12.2013
<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=19743>

Militärforschung an Hochschulen: BMVg-, NSA-, Pentagon-Mittel. Egal, das Geld fließt

Transparente Tötungswissenschaft

Von Dietrich Schulze

Die Veröffentlichung von Norddeutschem Rundfunk und Süddeutscher Zeitung, dass mehr als 22 Hochschulen mit Millionen-Dollar-Beträgen direkt aus dem Pentagon finanziert worden sind, erfolgt zu einem bemerkenswerten Zeitpunkt. Gerade ist der Koalitionsvertrag unter Dach und Fach gebracht worden, mit dem sich die Bundes-SPD nahtlos in die von CDU und CSU betriebene Aufrüstungs- und Kriegspolitik einreicht. Wohlgemerkt, die Pentagon-Finanzierung ist im US-Internet seit wer-weiß-wann nachlesbar. Hunderte von betroffenen WissenschaftlerInnen haben seit einem Jahrzehnt eisern geschwiegen.

Der Vorwärtsverteidigungsminister und führende Außenpolitik-Kreise haben diese ihnen bekannte Information offenbar in einem für sie günstigen Augenblick an die Medien lanciert. Und auch das muss gesagt werden: Niemand aus der seit fünf Jahren aktiven Zivilklauselbewegung und ihrem Umfeld mit wenigen kritischen Medien ist auf die pervers erscheinende Idee gekommen, im Pentagon-Web nachzuforschen. Der überwiegende Presse-Tenor „Transparenz muss her“ erscheint als verständliche Forderung, ist aber losgelöst von einer Friedensbindung ein großangelegtes Täuschungsmanöver.

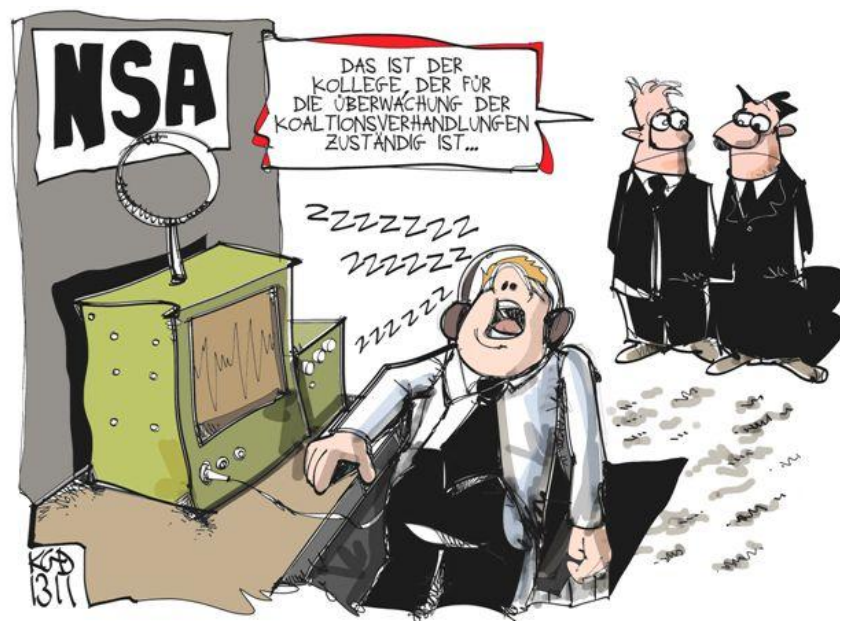


Karikatur: Kostas Koufogiorgos www.koufogiorgos.de

seinem Artikel wirbt er ebenfalls für Militärforschung mit Rüstungsmitteln, zählt „Segnungen“ der Militärforschung für die Menschheit auf und wirft Dreck auf den US-Friedenswissenschaftler Noam Chomsky aus dem Massachusetts Institute of Technology MIT.

Sehr schwer auszumachen, welche der beiden Positionen abstoßender ist. de Maizière, der damit den neuen Partner SPD regelrecht vorführt, nachdem gerade die Unterschriften-Tinte unter dem Koalitionsvertrag getrocknet ist. Oder der Herausgeber einer ehemals liberalen Wochenzeitung, der versucht, sich als intellektueller Kriegstreiber zu profilieren. Apropos „SPD vorführen“ - das ist nicht ganz korrekt. Die SPD-Führung lässt sich sehr gern vorführen, hat sich längst meilenweit von ihren Wahlaussagen entfernt und hat eine Öffnung nach Links deklariert mit einer einzigen Absicht, nämlich DIE LINKE in Richtung Kriegsunterstützung zu ziehen. Treffend spricht die „Kooperation für den Frieden“ von einer „Großen Koalition des Militarismus“ [3].

Apropos der ZEIT-Redakteur Jochen Bittner, veröffentlichte am 4.11.2013 in der New York Times den Meinungsartikel „Rethinking German Pacifism“ [4], übelste Verteufelung des Pazifismus und blanke Kriegshetze. Eingeleitet wurde die neue Linie mit dem Gastbeitrag eines Bundeswehr-Soldaten [5], der seinen Kropf leerte im Sinne des Oberbefehlshabers über Pazifisten, Zivilklausel-Aktivistinnen und GEW-Funktionäre. Diese militaristischen Töne sind neu für die ZEIT. Noch 2008/2009 konnten kritische Artikel von Nicola Kuhrt über die militärische Geschichte der Sicherheitsforschung [6] und über Militärforschung am KIT [7] erscheinen. Noch in diesem Jahr konnten kritische Beiträge über Uni-Sponsoring „Geist gehorcht Geld“ [8] und Uni-Kooperation mit Rüstungsfirmen und den sich dagegen formierenden Widerstand am Beispiel der Uni Kassel [9] erscheinen.



Karikatur: Kostas Koufogiorgos www.koufogiorgos.de

Und noch ein historischer Leckerbissen der besonderen Art: 1990 erschien ein Aufklärungsartikel über SDI-Forschung an der Uni Stuttgart [10] mit hochaktuellen, teilweise verschütteten Einsichten über US-Militärforschungs-Sponsoring, die hiesige Geheimhaltungspraxis, Zivilklausel kontra zivil deklarierte Rüstungsforschungs-Finanzierung mit dem Schlusssatz eines akademischen SDI-Fans „Egal, wer das Geld gibt - Hauptsache, es fließt.“ Und jetzt bitte festhalten: Der Autor dieses kritisch-konstruktiven ZEIT-Beitrags, Dietmar Koschmieder, ist kein Unbekannter. Es ist der Herausgeber der linken Tageszeitung „junge Welt“, die bei der herrschenden Obrigkeit extrem verrufen ist.

Nur eine knappe Antwort auf die angebliche Nützlichkeit der Militärforschung für zivile Segnungen: In der gemeinsamen Erklärung der Initiative „Hochschule für den Frieden - Ja zur Zivilklausel“ zum Kongress an der TU Braunschweig im Juni 2011 [11] heißt es kurz und bündig: "Keine Erfindung zum Wohle der Menschen erfordert Militärforschung."

Hier einige zusammenfassende Gedanken zur aktuellen Lage:

1. Friedensimpuls: Die vielfältigen Aktionen der seit 2008 wachsenden Zivilklauselbewegung haben einen friedenspolitischen Impuls für diese Republik gesetzt, der weit über die Hochschulen hinaus reicht. Das hat Nina Marie Bust-Bartels in einem FREITAG-Artikel [12] in die Frage gekleidet „Erfährt Friedensbewegung eine Belebung?“ Angesichts der konträr ausgelegten Verantwortung der Hochschulen ist ein Kampf um die Köpfe entbrannt.
2. Zivilklauselbilanz: Zivilklauseln durch Senatsbeschlüsse gibt es an 14 Hochschulen. An 6 Hochschulen gibt es Studierenden-Voten pro Zivilklausel. An mehreren Dutzend Hochschulen gibt es entsprechende Arbeitskreise. Dazu kommen Bestrebungen, die Zivilklausel in Landeshochschulgesetze bringen, wie in Nordrhein-Westfalen. Es hat sich eine bundesweite Initiative „Hochschulen für den Frieden - Ja zur Zivilklausel“ gebildet, in der Gewerkschaften, Studierenden-, Wissenschafts- und Friedensorganisationen zusammen arbeiten. Das alles kann sich sehen lassen und ist dennoch ein Tropfen auf den heißen Stein.
3. Furcht vor Aufklärung: Noch vor einem Jahr freute sich de Maiziere über ein UNICUM-Interview [13]. Nach seinem Debakel an der Humboldt-Uni ließ er im Juni die Presse aufmarschieren [14]. Den Abschluss der argumentativen Phase bildete im Oktober ein Pamphlet der Bundeszentrale für politische Bildung [15], das sich auf die baden-württembergische Zivilklausel-Wahl-Lügnerin („Jugendsünde“) Ministerin Theresia Bauer [16] und den akademischen Rüstungs-Paranoiker Joachim Krause an der Uni Kiel [17] bezieht. Jetzt wird die Bundeswehr zum nationalen Pflichtprogramm für die „freiheitlichen“ Hochschulen und gleichermaßen für alle Schulen erhoben.
4. „Transparente“ Militärforschung: Die Enthüllung der Pentagon-Finanzierung verbindet die Mainstream-Presse mit der Forderung nach Transparenz. Danach ist nicht die nachgewiesene Rüstungsforschung das Problem, sondern die Geheimniskrämerei darum. Frei nach Orwell: Krieg ist Frieden. Verdummung ist Transparenz. Geheimhaltung ist aber untrennbar mit der Tötungswissenschaft verbunden. Künftig soll offen die Tatsache zugegeben werden, die Details werden im Wege der Selbstzensur entsorgt. Die Hochschulen und ihre Gremien werden zu Geheimnisträgern degradiert [18]. Damit wird das Ende jeglicher akademischer Mitbestimmung und der Freiheit der alma mater eingeläutet. Für Rüstungszwecke und Geheimdienste zu forschen und zu lehren (s. Karikatur Kostas Koufogiorgos[19] soll zur unhinterfragten Selbstverständlichkeit werden. Die ehrlichen Gründungsväter der Verfassung der Bundesrepublik würden sich im Grab umdrehen, wenn sie könnten.
5. „Schule der Nation“ & globale Führung: Wie in Zeiten des Kalten Krieges soll die Bundeswehr wieder zur „Schule der Nation“ werden. Nichts anderes heißt das Zitat [1]. Das außenpolitische Pendant dazu ist das Strategiepapier der Stiftung „Wissenschaft und Politik“, das vom Autor unter dem Titel „NEIN zu olivgrüner Wissenschaft“ in den Kontext der Zivilklausel-Debatte gestellt wurde [20]. In dem Papier wird die Ungeheuerlichkeit verkündet, dass Deutschland eine globale machtpolitische Führungsrolle übernehmen müsse, weil die „Mitstreiter“ USA und EU schwächeln bzw. zerstritten sind und dem „Herausforderer“ BRICS (Staatenbund Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) entgegen getreten werden müsse, verbunden mit eindeutigen

Drohungen an die Adresse der „Störer“ Iran, Syrien, Kuba und andere. Die 53 ProjektteilnehmerInnen unter Einschluss von VertreterInnen aller Bundestagsparteien waren sich einig, Krieg als Mittel der Politik zu betrachten.

6. Zivilklausel-Verstöße und Vollfinanzierung: Die mediale Transparenz-Botschaft wird unverhohlen mit der Darstellung verknüpft, dass die Zivilklausel offenbar nicht funktioniere, weil sie zum Beispiel im Falle Bremen die Pentagon-Finanzierung nicht verhindert habe. Leider hat sich die schwächelnde Zivilklauselbewegung dort als Problemlösung auf eine gesetzliche Zivilklausel versteift. Konsequenter wäre, die Forderung nach Offenlegung des Verstoßes (Benennung von Roß und Reiter) aufrecht zu erhalten und **z u s ä t z l i c h** die gesetzliche Verankerung zu unterstützen. Eine ähnliche Kritik ist für Tübingen angebracht worden [18]. In der bereits erwähnten Braunschweiger Erklärung [11] wird die Vollfinanzierung der Hochschulen aus öffentlichen Mitteln als Voraussetzung ihrer Freiheit verlangt. Der kontroverse Disput darüber war aktueller Gegenstand eines TV-Interviews des SWR zur Pentagon-Finanzierung am KIT [21]. Das neue offizielle Doppel-Kontra gegen die Zivilklausel lautet also: Sie verstößt gegen die Verfassung. Und von diesem Streit völlig unabhängig, ist sie wirkungslos, also überflüssig. Unsere Antwort wird vorbildlich im Text der Kasseler Urabstimmung repräsentiert [22], d.h. Zivilklausel und Offenlegung aller Drittmittel vor Beginn des Projekts.

7. Vernetzung für militärfreie Schulen und Hochschulen: 2012 ist die engere Zusammenarbeit der Zivilklauselbewegung mit der Kampagne „Schulfrei für die

Bundeswehr“ begonnen worden. Neben den 14 Hochschulen mit Zivilklausel gibt es 9 militärfreie Schulen, zu denen die Bundeswehr keinen Zutritt hat. Die Zusammenhänge sind vom Autor in einem GEW-Interview dargestellt worden [23]. Als ein Kooperationsprodukt der beiden Bewegungen kann die Unterschriftensammlung "Lernen für den Frieden" [24] betrachtet werden. Der Protest gegen die Verschleppung der von Grün-Rot Baden-Württemberg vor der Wahl versprochenen Kündigung der Kooperationsvereinbarung Schule/Bundeswehr stand im Mittelpunkt der Tagung „Lernen für den Frieden“ in Karlsruhe, wie aus dem DFG-VK-Newsletter [25] hervorgeht. Eine Woche danach de Maizière im WELT-Video-Interview über Jugendoffiziere an Schulen [26] mit der kühlen Ansage, dass er die Bundeswehr-Privilegierung für alle Schulen der Republik per Koalitionsvertrag durchgesetzt hat. Viel Arbeit, die zweifellos mehr erfordert als Briefe zu schreiben und Abgeordnete an Beschlüsse zu erinnern (in BaWü z.B. Parteitag Grüne für Kündigung der Kooperationsvereinbarung und Parteitag SPD für Zivilklauseln und Aufnahme in Landeshochgesetz und KIT-Gesetz).

8. Argumentation und Aktion: Die Zivilklauselbewegung hat viele gute Argumente auf ihrer Seite. Worauf es jetzt verstärkt ankommt, das sind energische und mutige Aktionen. Dazu können Tagungen und Kongresse beitragen. Bei der letzten bundesweiten Zivilklausel-Tagung in der Uni Kassel wurde zwar die Notwendigkeit einer weiteren Zivilklausel-Konferenz nach Braunschweig 2011 und Karlsruhe 2012 betont, aber nichts Konkretes in die Wege geleitet. In der erwähnten Tagung in Karlsruhe wurde eine Aktionskonferenz in Stuttgart [25] beschlossen, die sich damit befassen soll, wie der Kündigung der Kooperationsvereinbarung und der Zivilklausel durch öffentliche Aktionen Nachdruck verliehen werden kann. Der Termin ist inzwischen auf den 22. Januar festgelegt worden. Das Jahr 2014 wird geprägt sein von vielen Veranstaltungen anlässlich 100 Jahre 1. Weltkrieg. Zum Beispiel wird es zur Thematik „Wissenschaft zwischen Krieg und



Karikatur: Kostas Koufogiorgos www.koufogiorgos.de

Frieden“ vom 16.-18. Mai an der Uni Potsdam einen Kongress geben, in dem die Militarisierung der Wissenschaft und auch die Zivilklausel behandelt werden wird.

9. Lebendige Geschichte, Geduld und Mut: Die neue Militarisierungswelle von Oben kann erdrückend und niederschmetternd wirken und das soll sie ja auch. Es gibt wie immer in geschichtlichen Phasen der Rückwärtsentwicklung keine Alternative zur Fortsetzung und womöglich Stärkung der antimilitaristischen und pazifistischen Arbeit, verbunden mit der Gewinnung neuer Partnergruppen. In dem zuvor erwähnten Artikel „NEIN zu olivgrüner Wissenschaft“ sind sieben mutige, zivilcouragierte WissenschaftlerInnen benannt [20]. Mögen uns diese als Vorbild dienen. Die Erinnerung an die deutsche Geschichte ist angesichts des Machtantritts der „Großen Koalition des Militarismus“ von enormer Bedeutung. Diese kann für den Bildungsbereich nicht besser ausgedrückt werden als durch den Leitsatz des Holocaust-Überlebenden und Widerstandskämpfers Martin Löwenberg aus München „Mit den Waffen des Geistes - Gegen der Geist der Waffen.“ [17] (PK)

Quellen:

- [1] http://www.focus.de/magazin/kurzfassungen/focus-49-2013-focus-verteidigungsminister-de-maiziere-wirbt-fuer-militaerforschung-an-hochschul_id_3444270.html
- [2] <http://www.zeit.de/2013/49/militaerforschung-universitaeten-forschungsgelder>
- [3] <http://www.jungewelt.de/2013/11-29/036.php>
<http://dielinke-nds.de/fileadmin/Landesverband/pdf/dokumente/GroKo-Flyer.pdf>
- [4] <http://www.nytimes.com/2013/11/05/opinion/bittner-rethinking-german-pacifism.html>
- [5] <http://www.zeit.de/2013/48/soldaten-deutschland>
- [6] <http://www.zeit.de/online/2008/49/sicherheitsforschung-historie>
- [7] <http://www.zeit.de/2009/14/Glosse-KIT>
- [8] <http://www.zeit.de/2013/10/Uni-Sponsoring-Schweiz-Analyse>
- [9] <http://www.zeit.de/2013/38/militaerforschung-kooperation-ruestungsfirmen>
- [10] <http://www.zeit.de/1990/22/n-00014-87-g-0119>
- [11] http://www.microenergy-foundation.com/natwiss/fileadmin/user_upload/Erklaerung_HsfF.pdf
- [12] <http://www.freitag.de/autoren/bust-bartels/krieg-auf-dem-campus>
- [13] http://www.unicum.de/fileadmin/media/PDFs/UC_12-2012_Web.pdf
- [14] <http://www.welt.de/politik/ausland/article117156165/Die-Bundeswehr-Deutschlands-ungeliebte-Armee.html>
- [15] <http://www.bpb.de/apuz/170808/bundeswehr-und-gesellschaft?p=1>
- [16] <http://www.usta.de/archiv/newsletter/2012-01-06-usta-newsletter-januar-2012>
<http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20130319.pdf>
- [17] <http://www.nachdenkseiten.de/?p=18192>
<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=19224>
- [18] <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=19541>
- [19] http://koufogiorgos.de/images/251113_nsafarbe_big.jpg
- [20] <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=19613>
- [21] <http://swrmediathek.de/player.htm?show=d5a2d8b0-5618-11e3-ba0b-0026b975f2e6>
<http://swrmediathek.de/player.htm?show=d5914c80-5618-11e3-ba0b-0026b975f2e6>
- [22] <http://zivilklauselkassel.blogspot.de/2013/01/27/72-prozent-der-studierenden-fuer-zivilklausel/>
- [23] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20130920.pdf>
- [24] <http://www.lernenfuerdenfrieden.de/>
- [25] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20131114.pdf>
- [26] <http://www.welt.de/politik/deutschland/article122130487/De-Maiziere-ueber-Jugendoffiziere-an-Schulen.html>

NEIN zu olivgrüner Wissenschaft

Von Dietrich Schulze

Die rechtskonservativen Think-Tanks Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) und German Marshall Fund of the United States (GMF) haben ein Projektpapier unter dem Titel "Neue Macht. Neue Verantwortung. Elemente einer deutschen Außen- und Sicherheitspolitik für eine Welt im Umbruch" [1] vorgelegt, als Ergebnis eines einjährigen Diskussionsprozesses mit Außenpolitik-Exponenten unter Einschluss von Abgeordneten aller Bundestagsfraktionen.

Neudeutsche Weltpolitik

Das Papier bedeutet nicht weniger als die Propagierung einer globalen Führungsrolle für Deutschland in Konkurrenz zu den „Mitstreitern“ USA und EU, dem „Herausforderer“ BRICS (Staatenbund Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) mit eindeutigen Drohungen an die Adresse der „Störer“ Iran, Syrien, Kuba etc..

Wer die Verschärfung der Widersprüche unter den imperialistischen Ländern unter der Wirkung der Globalisierung im Schwinden sah, wird hier eines Schlechteren belehrt. Diese Widersprüche werden bekanntlich mit Weltkriegen ausgetragen. Als ob es niemals zwei von deutschem Boden ausgegangene verbrecherischste Weltkriege gegeben hätte, wird von den 53 ProjektteilnehmerInnen Krieg als Mittel der Politik als Selbstverständlichkeit angesehen.

Das Internet-Portal german-foreign-policy.com hat die grundsätzliche Bedeutung dieser Strategie zur kriegspolitischen Umgestaltung der Weltordnung als erste analysiert. Es fasst die Begründung dafür im Projekt-Papier so zusammen: „Die Vereinigten Staaten seien - »im Bewusstsein reduzierter eigener Ressourcen« - »nur noch bedingt gewillt, die internationale Ordnung als globaler Hegemon zu garantieren«. Die EU, von der Krise erschüttert und in vielerlei Hinsicht zerstritten, sei »zu einer vergleichbaren Rolle derzeit weder gewillt noch imstande«.“ [2]

Kognitives zivil-militärisches Potential

Das Portal zitiert zur Maßnahmen-Palette die Notwendigkeit der Nutzung »besserer kognitiver Fähigkeiten«: "»Universitäten, Forschungseinrichtungen, Stiftungen« könnten diese vermitteln. Ziel müsse eine »Denklandschaft« sein, »die nicht nur politische Kreativität ermöglicht und pflegt«,

sondern auch »imstande ist, politische Optionen schnell und in operationalisierbarer Form zu entwickeln«. Parallel müsse die Zustimmung der Bevölkerung gesichert werden: Die staatliche Außenpolitik müsse lernen, »ihre Ziele und Anliegen effektiver zu kommunizieren«."



Quartett pro olivgrüne Wissenschaft
Montage DS. Alle Bildquellen wikipedia

Mit diesen Einschätzungen wird eine kriegspolitische Schlüsselrolle der Hochschulen herausgestellt. Das haben die Herrschenden allerdings längst erkannt. Der Ausbau von Rüstungsforschung an den Hochschulen wie der Besatzungspolitik-Lehre und die gezielte Vermischung von zivil deklarierter und finanzierter „Sicherheitsforschung“ für militärische Zwecke wird seit Beginn der Amtszeit von Ex-Ministerin Schavan forciert und von ihrer Nachfolgerin Wanka fortgesetzt. Mehr willig als widerwillig von den Uni-Leitungen und den zuständigen Ministerien auf Länderebene unterstützt, auch mittels Freiheitsberaubung durch sinkenden Anteil an Grundfinanzierung und wachsenden Anteil an Zeitverträgen.

Dazu passen neue Horrormeldungen aus der EU. Die zuständige EU-Kommission fordert mehr zivil-militärische Zusammenarbeit zu Drohnen und hochauflösender Satellitenspionage [3]. Wie Matthias Monroy mitteilt, soll ein neues „strategisches Konzept“ entwickelt werden, das „alle Aspekte der militärischen und nichtmilitärischen Sicherheit“ miteinander verzahnt. Gefordert werde daher die Zusammenlegung von ziviler und militärischer Forschung. Damit könnte die von Zivilklauseln an Hochschulen vorgeschriebene Trennung von militärischer und nichtmilitärischer Forschung ausgehebelt werden, befürchtet Monroy mit Recht. Diese Befürchtungen haben leider jetzt schon eine genau beschreibbare Gestalt angenommen.

Gegen staatliche Gesetzesverstöße vorgehen

Die Auseinandersetzung darüber, was Verantwortung der deutschen Wissenschaften »für eine Welt im Umbruch« bedeutet, hat mit der seit nunmehr fünf Jahren unermüdlich aktiven Zivilklausel-Bewegung viele Hochschulen und die Öffentlichkeit erreicht. Für das von Oben gewünschte Klima der »kognitiv zivil-militärischen Zusammenarbeit« wird aber Unten vor allem Ruhe gebraucht. Deswegen hat die Bundesregierung bereits 2010 unter eklatantem Verstoß gegen parlamentarische Auskunftsrechte mit der Vertuschung begonnen. Ausgerechnet die für ihre antimilitaristische Aufklärung bekannte Informationsstelle Militarisierung e.V. (IMI) in Tübingen überbrachte dazu vor einer Woche eine völlig unverständliche resignative Botschaft [4]. Die Ignoranz des Rektorats der Universität Tübingen (gebilligt vom GRÜNEN Spitzenpersonal, dem Ministerpräsidenten und der Wissenschaftsministerin Baden-Württembergs), trotz Zivilklausel Forschung in »überwiegend militärischem Interesse« fortzuführen „droht die Zivilklausel endgültig jeder Substanz zu berauben - in Tübingen und darüber hinaus“. Benannt werden explizit Rostock, Göttingen und Konstanz.

„Hart aber fair“: Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Statt dabei stehen zu bleiben, den Raub zu beklagen und die Zivilklausel damit indirekt als unwirksam abzutun, sollte und kann diese geschützt werden. Demokratie bedeutet, gegen staatliches Unrecht vorzugehen. Dazu wurde an IMI und an Verantwortliche der Bundestagsfraktion DIE LINKE. ein konkreter Vorschlag übermittelt. Zur Erinnerung: Im Oktober 2010 war eine Bundestagsanfrage der LINKEN zu militärisch relevanter Sicherheitsforschung der Hochschulen vom Bundesverteidigungsministerium kurzerhand unter Geheimschutz gestellt worden (»VS-Nur für den Dienstgebrauch«). [5] Das bedeutet, die zuständigen Hochschulgremien an 40 Hochschulen wurden damit unter Verstoß gegen das Wesen von Grundordnungen und Landeshochschulgesetzen zu Geheimnisträgern gemacht. In einer ähnlichen Anfrage Mitte 2008 war eben jene militärisch relevante Sicherheitsforschung noch öffentlich nachlesbar mit allen Forschungstiteln benannt worden. Auch im Zusammenhang mit der Regierungs-Neubildung und den eingangs geschilderten alarmierenden Vorgängen ist es jetzt hohe Zeit den Gesetzesbruch »Geheimschutz« aufzubrechen, um - im IMI-Bild bleibend - dem Räuber damit die Beute zu entwenden. [6]

Krieg um die Köpfe

Obwohl die Militarisierung an den meisten Hochschulen nach Plan verläuft, sind die Herrschenden und die Mainstream-Medien sehr besorgt. Seit Monaten reißt das Klagen und Lamentieren über die Zivilklausel, ausgegangen vom Bundes-Vorwärtsverteidiger selber, nicht ab. Erst kürzlich legte die Bundeszentrale für politische Bildung nach [7]. Die Autoren berufen sich auf den Kieler

Rüstungsforscher Joachim Krause [8], wonach mit der Zivilklausel »letztlich die Befähigung der Bundeswehr zur Erfüllung des eigenen Auftrages getroffen und die wissenschaftliche Beschäftigung mit sicherheitspolitischen Themen verhindert werden soll.« Sie berufen sich weiter auf Wissenschaftsministerin Bauer [9], wonach »auch wissenschafts- und forschungspolitisch das Konzept der Zivilklausel allerdings nicht konsensfähig, ja inakzeptabel ist.« Die Autoren scheuen nicht davor zurück, einer Bundeswehr, die unter doppeltem Verstoß gegen das Völkerrecht an der Steuerung von US-Killerdrohnen-Morden von deutschem Boden aus beteiligt ist, den »Selbstanspruch zur Friedensimplementierung« zu attestieren. Nur zwei Erinnerungen zu den beiden zitierten „Sachverständigen“. Der Herr Professor, der alle Zivilklauseln für verfassungswidrig hält, hat von mir eine Antwort in Form einer Satire erhalten. [10] Die Wissenschaftsministerin, der von Studierenden der Uni Karlsruhe (KIT) der eigene Zivilklausel-Antrag für das KIT als frühere Oppositionspolitikerin vorgehalten wurde, erklärte in einer Uni-Vollversammlung, dass dieser Antrag eine »Jugendsünde« gewesen sei. [11] Zwei absolut glaubwürdige Zeugen also, die sich die Autoren für politische Missbildung da ausgesucht haben. Na gut, bei all diesen ausgesprochen düsteren Lageberichten zur Abwechslung noch etwas über die Leistungen der Zivilklausel-Bewegung. Allein in den letzten vier Jahren sind an neun Hochschulen »verfassungswidrige« Zivilklauseln von den zuständigen Uni-Gremien beschlossen worden, zusätzlich zu den fünf früher schon gültigen. [12] Viel Interessantes kann in der bekannten Web-Dokumentation <http://www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf> nachgelesen werden. Nur eine einzige aktuelle Meldung noch. Der SPD-Landesparteitag Baden-Württemberg hat gerade den bemerkenswerten Beschluss an die Adresse der Landtagsabgeordneten und der Partei-Gremien gefasst, „in Erfüllung des Wählerauftrags für eine Aufnahme einer Zivilklausel, die auch für das KIT gilt, in das Landeshochschulgesetz zu sorgen.“ [13] Macht Mut. Noch eine globalpolitische Frage zur »Welt im Umbruch« sei erlaubt. Wer hätte vor sieben Wochen geglaubt, dass der beschlossene NATO-Krieg gegen Syrien abgewendet werden kann? Mit einer diplomatischen Spitzenleistung nicht der deutschen, sondern der russischen Außenpolitik. Verdammt kognitiv, bei aller Anerkennung für den Beitrag der internationalen Friedensbewegung. Was lernen wir aus alledem für die Hochschulen? Es gibt keine Gründe, die Zivilklausel klein zu reden. Es gibt keine Gründe, die Schwächen der Zivilklausel-Bewegung zu verdecken. Und es gibt überhaupt keine Gründe für Überschätzungen oder gar für Resignation. Das gute an den schlimmen Zeiten ist die einfache Erkenntnis, dass zur Zivilklausel Zivilcourage gehört. wie die andere Seite der Medaille. Jeder Einzelne kann ein Stück zu verantwortungsbewusster Wissenschaft beitragen, wenn er das Erkannte in praktisches Handeln umsetzt, auch unter Inkaufnahme von möglichen Nachteilen. Dazu abschließend eine - zugegeben subjektive - Auswahl an WissenschaftlerInnen, die Mut machen und als Vorbild dienen können, in alphabetischer Namensfolge.

Sieben Mutmacher - WissenschaftlerInnen mit Zivilcourage

- Werner Buckel (1920-2003): Physik-Professor und langjähriger Direktor des Physikalischen Instituts der Universität Karlsruhe. Begnadeter Grundlagenforscher mit herausragenden didaktischen Fähigkeiten, Friedenswissenschaftler und früher Atomkraftkritiker. Organisierte einen großen Kongress gegen Rüstungsforschung und gab gegen die geplante Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen das Buch „Nachdenken statt Nachrüsten“ heraus. Ihm wurde die Zivilklausel-Tagung am KIT in Juni 2012 gewidmet. Er kann als einer der Väter der Zivilklausel-Bewegung betrachtet werden. Mehr über ihn in der Streitschrift [14] über die Tagung „Jetzt Entrüsten. Hochschulen: Zukunftswerkstätten oder Kriegs»Dienstleister«?“. Lesenswert auch wegen der Ausführungen zur Atom(waffen)forschung.
- Subrata Ghoshroy: Physiker und Whistleblower am Massachusetts Institute of Technology (MIT) USA. Weigerte sich als Laser-Waffenforscher im späteren Regierungsdienst, bei den gefakten Laserwaffen-Entwicklungstest-Ergebnissen ein Auge zuzudrücken, um der Privatfirma nicht die staatlichen Mittelzuwendungen zu verhaseln. Wurde abgeschoben, konvertierte zum Friedensforscher und ist weltweit in Sachen Abrüstung unterwegs. In einem denkwürdigen Auftritt im Dezember 2009 auf Einladung der Studierendenvertretung des künftigen KIT begrüßte er im voll besetzten Streik-Hörsaal der Uni Karlsruhe die „civil clause“ und warnte davor, den Weg der total militarisierten US-Universitäten zu beschreiten. [15]

- Leon Gruenbaum (1934-2004): Promovierter Nuklear-Physiker aus einer vor den Nazis nach Frankreich geflohenen jüdischen Familie. Wurde als Wissenschaftler am Kernforschungszentrum Karlsruhe von einem Atomforschungs-Manager rassistisch diskriminiert, verlor dauerhaft seine Beschäftigung als Physiker, deckte dessen NS-Vergangenheit auf, konvertierte zur Geschichtswissenschaft und legte eine bedeutende bis heute nicht veröffentlichte Monographie über die Genese und machtpolitische Bedeutung des Bomben-Rohstoffs Plutonium vor. Das Forum – Ludwig Marum (von den Nazis ermordeter Karlsruher SPD-Reichstagsabgeordneter) ehrte den doppelt von Nazis Verfolgten, der eine außerordentlich schwere persönliche Bürde zu tragen hatte, als Whistleblower in einem Symposium. [16] Das KIT führt seinen Verfolger immer noch als Ehrensensator.
- Irma Kreiten: Ethnologin, lebt in Istanbul und arbeitet mit der Yeditepe-Universität zusammen. Wurde an der Uni Tübingen im Rahmen einer Promotion massiv diskriminiert, weil sie sich weigerte, die Forschung am Völkermord an den Tscherkessen allein aus der Sicht der Täter zu behandeln und ihre Forschung für militärische Zwecke nutzbar zu machen. Die in der Nähe von Karlsruhe Ansässige musste auswandern. Über das Erlittene konnte sie jahrelang nicht sprechen. Vor einem Jahr entschloss sie sich, das Schweigen zu brechen und gab Interviews. Im Juni benannte sie im Rahmen einer Whistleblower-Veranstaltung in Karlsruhe in einem bewegenden ersten öffentlichen Vortrag Roß und Reiter aus Tübingen. [17] Sie ist weiter wissenschaftlich und persönlich auf der stark belastenden Suche nach einem Weg aus der Misere, die durch die Diskriminierung verursacht worden ist.
- Yoshiyuki Sankai: Japanischer Materialforscher, der weltweit bekannt für seine Mensch-Maschine-Grundlagenforschung und für die Anwendung von Exo-Skeletten für Querschnittsgelähmte bekannt ist. Er weigert sich trotz attraktiver Angebote aus der heimischen und ausländischen Rüstungsbranche, seine Kenntnisse für Kriegszwecke zur Verfügung zu stellen. [18] Es bedarf keiner Phantasie, dass diese Forschungen von äußerstem Interesse für den »Soldaten der Zukunft« sind, der Horrorphantasie »Innen Mensch, außen Kampfdrohne«. Übrigens: Japan ist führend bei solchen zivilen Geräten für medizinische Zwecke.
- Gregor Lang-Wojtasik: Professor für Erziehungswissenschaft an der PH Weingarten / Baden. Bildet zukünftige LehrerInnen aus. Für die PH will er eine Zivilklausel in der Präambel zur Grundordnung verankern mit dem Wortlaut: „Lehre, Forschung, Studium und Weiterbildung sollen ausschließlich friedlich-zivilen Zwecken dienen, die das Zusammenleben der Völker bereichern und im Bewusstsein der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen erfolgen.“ Die PH ist konkret betroffen mit Publikationen wie „Kriege und Militäreinsätze als Herausforderung für die historische Bildung von Streitkräften“. Sein Antrag stößt nicht nur auf Gegenliebe und wurde zweimal im Senat abgelehnt. [19]
- Michael Wolf: Professor für Sozialwissenschaft an der Hochschule Koblenz. Setzt sich gegen Bundeswehr-Werbung an der Hochschule und gegen Rüstungsforschung ein. In einem Offenen Brief an seinen Präsidenten [20] weist er die aggressive Flyer-Werbung für die Bundeswehr an der Hochschule und BMVg-Drittmittel zurück unter Verweis auf den Umbau der Bundeswehr von einer Verteidigungs- zu einer Angriffsarmee. Er erinnert an den von Verfassungsrechtler Erhard Denninger entwickelten Gedanken der „Friedens-Finalität“ des Grundgesetzes und verlangt eine Zivilklausel für die Hochschule statt Unterstützung von Interventionskriegen. (PK)

Quellen:

- [1] http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/projekt_papiere/DeutAussenSicherhpol_SWP_GMF_2013.pdf
- [2] <http://german-foreign-policy.com/de/fulltext/58720>
<http://www.jungewelt.de/2013/10-26/046.php>

- [3] <http://netzpolitik.org/2013/eu-kommission-fordert-mehr-zivil-militaerische-zusammenarbeit-zu-drohnen-und-hochaufloesender-satellitenspionage/>
- [4] <http://www.imi-online.de/2013/10/23/forschung-in-ueberwiegend-militaerischem-interesse-trotz-zivilklausel/>
- [5] http://andrej-hunko.de/start/downloads/doc_download/36-auswertung-der-kleinen-anfrage-die-rolle-der-hochschulen-in-der-staatlich-gefoerderten-ruestungs-und
- [6] <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=19541>
- [7] <http://www.bpb.de/apuz/170808/bundeswehr-und-gesellschaft?p=1>
- [8] http://www.ispk.uni-kiel.de/fileadmin/user_upload/thumbpublikationen/Publikationen_Krause/KrauseFAZ02082013.pdf%20
- [9] http://mwk.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/pdf/forschung/Zivilklausel/Positionspapier_.pdf
- [10] <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=19224>
- [11] <http://www.usta.de/archiv/newsletter/2012-01-06-usta-newsletter-januar-2012>
- [12] <http://www.nachdenkseiten.de/?p=18192>
und <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=19314>
- [13] <http://www.spd-karlsruhe.de/index.php?nr=72918&menu=1>
- [14] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20121230.pdf>
- [15] http://www.nriinternet.com/NRI_Sciectists/USA/A_Z/G/Subrata%20Ghoshroy/index.htm
http://kitbrennt.unserebildung.de/images/5/5a/Abandonment_of_Military_Research_mit_Überseztung_Endfassung.pdf
<http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20091204.pdf>
<http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20100113.pdf>
- [16] <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=19586>
- [17] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20121112.pdf>
und <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20130708.pdf>
- [18] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20110608.pdf> nach SZ 08.06.2011
- [19] http://www.schwaebische.de/region/oberschwaben/weingarten/stadtnachrichten-weingarten_artikel,-Professor-will-Forschung-fuer-Militaer-ausschliessen-_arid,5519145.html
- [20] http://www.oekumenisches-netz.de/-13-07-01-Offener_Brief.pdf

Geschichtswerkstatt gegen das Vergessen

Von Peter Kleinert

Das Symposium „Der vergessene Whistleblower Léon Gruenbaum (1934-2004)“ des „Forum - Ludwig Marum“ am Samstag, den 19. Oktober, im vollbesetzten großen Versammlungsraum des ver.di-Hauses in Karlsruhe mit mehr als achtzig TeilnehmerInnen hatte den Charakter einer inspirierenden Geschichtswerkstatt. Fünf konzentrierte Lernstunden über die Zivilcourage eines französischen Wissenschaftlers aus einer von den Nazis verfolgten jüdischen Familie und dessen zweite Verfolgung durch einen Atom-Manager am Kernforschungszentrum, einem der beiden Vorläufer des Karlsruher Instituts für Technologie KIT.

Harald Denecken, Vorsitzender des Forums, begrüßte die Bundestagsabgeordnete der Linken Karin Binder, den Landtagsabgeordneten der Grünen Alexander Salomon und den Stadtrat der Karlsruher Liste Lüppe Cramer als Gäste. Moderiert wurde das Symposium von Jürgen Stude, Ev. Landeskirche in Baden – Arbeitsstelle Frieden.

Ein bewegender Höhepunkt gleich zu Beginn, der Beitrag von Léon Gruenbaums in Paris lebender Witwe Rolande Tordjman-Gruenbaum, die ebenfalls einer jüdischen Familie entstammt. Sie sprach über das Nazi-Verbrechen an der aus



Gruenbaum-Symposium: Harald Denecken, Rolande Tordjman-Gruenbaum, Joachim Radkau, Manja Altenburg, Wolff Geisler, Dietrich Schulze, Christof Müller-Wirth, Andrea Hoffend, Nadja Brachmann (v.l.n.r)
Foto: Sandra Jacques

Polen geflohenen deutschen Familie, deren größter Teil in Auschwitz umkam und über die psychischen Langzeitfolgen für Léon. Sie erklärte: „Léon ist unter uns.“



Karlsruher Oberbürgermeister Frank Mentrup Foto: Sandra Jacques

Frank Mentrup, dem Karlsruher Oberbürgermeister, wurde für sein ermutigendes und engagiert vorgetragenes Grußwort, dass die mit dem Ausgrabungsprojekt des Symposiums zusammenhängenden Probleme einer Lösung zugeführt werden mögen, von den Teilnehmer- Innen nachdrücklich gedankt. Zu diesen Problemen gehören die vor einem Jahr gut begründete Forderung nach Annullierung der KIT-Ehrensator-Würde für den NS-belasteten Verfolger und Atom-Manager Greifeld, aber ebenso die unverzügliche Beendigung der KIT-Atomreaktorforschung in Verbindung mit dem Atombomben-Rohstoff Plutonium, die von der Bundesregierung entgegen Atomausstiegs-Beschluss weiter unterstützt und von der Grün-Roten Landesregierung gebilligt wird. Über die aktuelle und die geschichtliche Dimension dieser Probleme sprachen Dietrich Schulze, ehemaliger

Betriebsratsvorsitzender am Forschungszentrum (jetzt KIT Campus Nord), und Wolff Geisler aus Köln, Arzt und Autor, aktiv in der früheren Anti-Apartheid-Bewegung.

Wolff Geisler dokumentierte deutsche Nuklear-Exporte an Südafrika, Argentinien, Brasilien, Pakistan, Iran u.a. mit Technologie des KIT-Vorläufers, die eine Atombomben-Herstellung auf fremdem Boden ermöglichte. Als Zeitzeuge konnte er Léon Gruenbaum porträtieren, mit dem er gegen diese illegalen Exporte eng zusammen gearbeitet hatte. Dazu und zur internationalen Vorgeschichte hat Léon Gruenbaum später eine tiefeschürfende geschichtswissenschaftliche Monographie unter dem Titel „Die Genese der Plutonium-Gesellschaft“ vorgelegt. Der Atomlobby sind Person und Wirken Léon Gruenbaums nach wie vor ein Dorn im Auge.

Serge und Beate Klarsfeld aus Paris, die zu den Initiatoren des Symposiums zählen, aber leider nicht teilnehmen konnten, hatten in einer schriftlichen Botschaft an das Symposium den Beginn der von ihnen unterstützten spannenden Spurensuche nach dem Nazi-Täter Greifeld niedergelegt. Am Vorabend des Symposiums hatte der Arbeitskreis Kultur und Kommunikation der Studierenden am KIT den französischen Film „La Traque“ („Die Hetzjagd“) gezeigt, wie die beiden Nazi-Jäger Serge und Beate Klarsfeld unter Lebensgefahr den „Schlächter von Lyon“ Klaus Barbie vor das Gericht gebracht hatten. Wie Dietrich Schulze zu Beginn seines Beitrags schilderte, hatte der Autor Robert Jungk die persönliche Bekanntschaft von Léon Gruenbaum in Paris gemacht und in seinem Buch „Der Atomstaat“ die ihm aufgrund seiner Aufdeckungen drohenden Gefahren beschrieben, ebenso wie die autoritären und antisemitischen Machenschaften am Kernforschungszentrum.

Manja Altenburg von der Jüdischen Kulturvermittlung in Heidelberg erläuterte anhand von Folien das Juden-Vernichtungs-Programm im besetzten Frankreich und Formen des kulturellen Widerstands am Beispiel des Konzentrationslagers Gurs. Andrea Hoffend, Historikerin aus Karlsruhe, vertiefte die Fakten über die NS-Vergangenheit Greifelds mit Informationen über die bewusste Integration von Nazi-Tätern und deren Karrieren im Nachkriegs-Deutschland unter dem Vortragstitel „Braunfäule“, die bis heute fortwirke. Joachim Radkau, Historiker aus Bielefeld und bekannter Buch-Autor über die Atomwirtschaft, rundete die Sachvortragsreihe mit einem Beitrag unter dem Titel „Plutonium-Politik und Atomwaffen“ ab.

Den Schlusspunkt des Symposiums setzten Studierende mit Überlegungen zum „Lernen aus der Geschichte“. Vier Studierende der Universität Heidelberg vom dortigen Historischen Seminar berichteten über bekannte und weniger bekannte Nazi-Karrieren und über die Schlussfolgerungen daraus. Nadja Brachmann, Präsidentin des Studierendenparlaments am KIT, sprach über die konkrete Verantwortung der Wissenschaften. Lernen von Whistleblower und Aufklärer Léon Gruenbaum bedeute vor allem „genau hinsehen“ statt „wegschauen oder vergessen“. In diesem Sinne gelte es, endlich die Zivilklausel am KIT zu verwirklichen, d.h. den Verzicht auf jegliche Militärforschung. Die dagegen ins Feld geführten Ethik-Leitlinien seien kein Ersatz.

Christof Müller-Wirth, Verleger und Journalist, Ehrenmitglied des Fördervereins „Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte“ und die stellvertretende Forums-Vorsitzende Monika Pohl fassten im Schlusswort thematisch zusammen, dass in den Vorträgen und der Diskussion anhand der Vergangenheit über die Zukunft geredet worden sei, unter Benennung von vier handfesten und dringenden Vorhaben: Erstellung einer gründlichen Biographie von Léon Gruenbaum, Annullierung der KIT-Ehrensensator-Würde für Greifeld, Veröffentlichung der Monographie von Léon Gruenbaum sowie Beendigung der illegitimen Atomreaktorforschung „Transmutation“ am KIT vor dem Hintergrund der jetzt schon für den Steuerzahler aufgelaufenen Kosten von zwei Milliarden € für die Atommüll-Verglasung.

Ein Wermutstropfen: Die Zielgruppe Studierende war nur marginal vertreten, obwohl am Dienstag vor den Veranstaltungen vor der Uni-Mensa über 300 Einladungsflyer verteilt worden waren. Sehr erfreulich hingegen die Teilnahme vieler jüdischer MitbürgerInnen. Last but not least: Zum Erfolg des Symposiums haben die dankenswerte finanzielle Unterstützung durch „Gegen Vergessen –

Für Demokratie e.V.“, die Rosa-Luxemburg-Stiftung Baden-Württemberg, die Ev. Landeskirche in Baden - Arbeitsstelle Frieden und private Spender beigetragen. Nicht unerwähnt bleiben sollten die schmackhafte kulinarische AWO-Unterstützung, die funktionierende elektronische ver.di-Raumausstattung und der für die Dokumentation wichtige Audio-Mitschnitt des Freien Radios „Querfunk“.

Es ist geplant, eine Dokumentation über das Symposium heraus zu bringen. Mehr Informationen und Presseberichte in der Webseite des Forums unter <http://www.forum-ludwig-marum.de/veranstaltungen/symposium-gruenbaum/> (PK)

Dieser Text wurde aus der Presse-Mitteilung des „Forum – Ludwig Marum“

vom 21. Oktober 2013 über das Ergebnis des Symposiums übernommen:

http://www.forum-ludwig-marum.de/site/assets/files/1012/pm_3.pdf

Die Neue Rheinische Zeitung hatte vorab mehrfach über die Themen des Symposiums berichtet.

Online-Flyer Nr. 428 vom 16.10.2013

<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=19564>

Deutsche Banken finanzieren Atomwaffen-Herstellung – eine grundsätzliche Antwort

Kriegsordnung überwinden!

Von Dietrich Schulze

Am 10. Oktober ist der neue ICAN-Report „Don't Bank on the Bomb“ herausgekommen. Die Berliner Zeitung berichtete am gleichen Tag und das Neue Deutschland tags darauf. [1] Der Tenor der Berichte und Kommentare ist sinngemäß „schmutziges Geschäft, Verstoß gegen Völkerrecht“. Das greift meiner Ansicht nach zu kurz. Wer in Kredite und Aktiengeschäfte für Atomwaffen-Hersteller in anderen Ländern verwickelt ist, hat eine exklusive Zugangsmöglichkeit zu den dabei gewonnenen angewandten Technologien und Kenntnissen für die verdeckte Weitergabe an deutsche Adressaten. Nach wie vor haben gewisse bundesrepublikanische Kreise die Atomwaffen-Option im Hinterkopf.



Stéphane Hessel

Quelle: <http://hoemma.net>

Zum Beleg dafür nur eine Episode. Ex-Verteidigungsminister Rupert Scholz (CDU) wollte Anfang 2006 im Zusammenhang mit der nuklearen Schutzgarantie diskutiert wissen, "wie wir auf eine nukleare Bedrohung durch einen Terrorstaat angemessen, im Notfall also sogar mit eigenen Atomwaffen, reagieren können." [2] Das wurde offiziell umgehend empört zurückgewiesen.

Um diese Option offen zu halten, ist es unerlässlich, die Nuklear-Expertise durch Beschäftigung von wissenschaftlich-technischem Personal mit nuklearer Technologie am Leben zu erhalten. Das wird zum Beispiel am Karlsruher Institut für Technologie KIT in Karlsruhe in Zusammenarbeit mit dem europäischen

„Institut für Transurane“ auf dem KIT-Gelände fleißig praktiziert, wie Harry Block im März in einer Demo zur Energiewende vorgetragen hat [3]. Dazu sei auch auf seinen Beitrag und den von Wolfgang Liebert in der Zivilklausel-Konferenz im Juni 2012 am KIT hingewiesen [4].

Zwecks Abwehr der Forderung nach einem Verzicht des KIT auf Rüstungsforschung (Zivilklausel) verstieg sich ein ausgebildeter Physiker, Eberhard Umbach, der gerade ausgeschiedene KIT-Präsident, im Juli 2012 zu der Falschbehauptung, dass die Bundesrepublik gar nicht die

technischen Möglichkeiten zum Bombenbau hätte. Das wurde vom Autor unter Verweis auf die Fakten zurückgewiesen [5], aber von Umbach nie korrigiert. Die entgegen Energiewende und Atomausstieg machtpolitisch motivierte Fortführung der Atomreaktorforschung läuft auch am Forschungszentrum Jülich und der RWTH Aachen, am Forschungszentrum Dresden-Rossendorf und der TU Dresden, am Forschungszentrum Geesthacht und anderswo. Einer 2007 öffentlich gewordenen Auseinandersetzung zufolge kann getrost davon ausgegangen werden, dass in Geesthacht in Verbindung mit Jülich an Atomwaffen-Optionen geforscht wurde - ein Staatsgeheimnis [6].

Selbst das von Hiroshima, Nagasaki und Fukushima gezeichnete Japan setzt Atomenergie und Atomforschung ungerührt vom Protest der Bevölkerung fort. Am 8. März 2012 berichtete Dorothée Menzner von der Linksfraktion im Bundestag über ihre Japan-Reise anlässlich des Fukushima-Jahrestages: „Gerade in der Zeit, als ich in Japan war, haben Regierungsvertreter diesen zweiten Grund deutlich artikuliert; bei uns ist er in den Medien nicht aufgetaucht. Der zweite Grund lautet: Man möchte sich die Option auf eine Atombombe erhalten. Die zivile Nutzung der Atomkraft gehört nämlich unteilbar immer auch zur militärischen.“ [7]

Schweigen bei allen anderen Fraktionen, mit Ausnahme einer persönlichen Erklärung von Hans-Christian Ströbele (Grüne). An Joachim Knebel, Chief Science Officer am KIT, wurde 2011 gar ein europäischer Wissenschafts-Kulturpreis verliehen mit der Begründung: „Wir würdigen damit die wissenschaftlichen Verdienste um die Technologie »Partitioning und Transmutation« zur Reduzierung der Radiotoxizität des hochradioaktiven Abfalles und der damit verbundenen Schließung des nuklearen Brennstoffkreislaufes.“ Der Autor hat diese gezielte Verdummung der Öffentlichkeit über die Transmutation von Atom-Müll in einem Ossietzky-Kommentar gewürdigt [8]. Bereits Mitte 2011 hatte die taz darüber berichtet und kurz darauf der Autor in der Neuen Rheinischen Zeitung [9].

Diese Thematik ist in Karlsruhe aus zwei Gründen hochaktuell. Als Nachfolger des aus Altersgründen ausgeschiedenen KIT-Präsidenten Eberhard Umbach ist Anfang Oktober Holger Hanselka angetreten. In diesem Zusammenhang musste die Atomlobby eine empfindliche Niederlage hinnehmen. Der bisherige KIT-Vizepräsident Peter Fritz wurde gegen seinen Willen abserviert und in den vorzeitigen Ruhestand geschickt. Fritz hatte sich mit einem manipulierten Stromkosten-Gutachten in die Schlagzeilen gebracht. [10] Das Fritz-Schicksal ereilte auch den zuvor benannten Anwärtler Joachim Knebel. Der Posten bleibt vorerst unbesetzt.

Auf Kritik in Anwesenheit von Hanselka in einer öffentlichen Versammlung in Karlsruhe zur Energiewende wird nicht mehr wie bisher abweisend, sondern eher zurückhaltend reagiert. Zitat Badische Neueste Nachrichten 11. Oktober: „Ein Gast warf den Wissenschaftlern vor, Etikettenschwindel zu betreiben und unter dem Deckmantel der »Sicherheitsforschung« die vierte Generation von Atomkraftwerken vorzubereiten. Staatssekretär Georg Schütte versprach, das Thema in der nächsten Aufsichtsratssitzung des KIT anzusprechen.“ Ob es beim KIT vor dem Hintergrund der Atomwaffen-Option und der nach wie vor mächtigen und milliardenschweren Atomenergie-Allianz um eine intelligentere Vertuschung der Atomforschung oder um eine echte Wende hin zu den Erneuerbaren gehen wird, wird die Zukunft zeigen.

Als gutes Vorzeichen kann jedenfalls nicht bewertet werden, dass Holger Hanselka die vom KIT-Präsidium eingeübte und von Eberhard Umbach bei jeder Gelegenheit propagierte Position übernommen hat, dass die Ethik-Leitlinie die Zivilklausel überflüssig gemacht habe. Wie die FAZ zu Recht bemerkte, widerspreche das Hanselkas Erfahrungen als Vize-Präsident der TU Darmstadt, deren Zivilklausel er mit durchgesetzt habe. Die entsprechende Entgegnung des Autors wurde im Gegensatz zur bisherigen Ignoranz freundlich entgegen genommen, blieb jedoch ohne inhaltlichen Befassung mit den Gegenargumenten [11]. In einem SW2-Interview wiederholte Hanselka seine Position [12].

Und hier der zweite aktuell interessante Grund. Am 19. Oktober veranstaltet - wie in dieser NRhZ-Ausgabe angekündigt - das "Forum – Ludwig Marum" ein Symposium unter dem Titel „Der vergessene Whistleblower Léon Gruenbaum (1934-2004)“ in Karlsruhe veranstalten. Wie in der Einladung [13] ausgeführt, wird dort auch dessen brisante Analyse zur Atomwaffen- und Plutonium-Politik vor vier Jahrzehnten aufgrund eigener tiefeschürfender geschichtswissenschaftlicher Forschung behandelt. Robert Jungk hatte Gruenbaum in seinem Buch „Atomstaat“ zur Einsetzung von NS-belasteten Naturwissenschaftlern und Juristen für die 1956 gegründeten Atomzentren zitiert: „Ich meine, es ist doch wohl kein Zufall, daß diese Männer sich gerade so sehr für die Atomindustrie interessiert haben. Sie müssen sich schon zu einem frühen Zeitpunkt gesagt haben, daß hier eine Schlüsselindustrie entsteht, die einmal alle anderen an Machtfülle und Einfluss überflügeln würde. Doch dann kommt vielleicht noch ein anderes Motiv dazu: der Wunsch der Deutschen, auch einmal Atombomben zu haben - oder zumindest die Verfügung über industrielle Kapazitäten, die eine Herstellung der ihnen verbotenen Waffengattung bei Bedarf ermöglichen.“ Das sind meiner Ansicht nach bis heute keine „gefrorenen Posthorntöne“.

Im Symposium wird Joachim Radkau, Historiker und Autor von „Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft 1945-1975“ und Mitautor des aktuellen Buchs „Aufstieg und Fall der deutschen Atomwirtschaft“, zum Thema „Plutoniumpolitik und Atomwaffen“ referieren. Der Arzt und Publizist Wolff Geisler wird als Zeitzeuge über die Zusammenarbeit mit Léon Gruenbaum bei der Aufdeckung der z.T. kriminellen Konstruktionen sprechen, mit denen die nukleare und nichtnukleare Kooperation deutscher Firmen mit Staaten kaschiert wurde, die dies zur Produktion von Atombomben nutzen konnten. Zu der mit der Verfolgung von Léon Gruenbaum zusammen hängenden Person des Alt-Nazis und Atom-Managers Rudolf Greifeld und dessen KIT-Ehrensensatorwürde, deren Aberkennung vom KIT-Präsidium systematisch verzögert wird, hat der Autor kürzlich von „atomarer Geschichtsentsorgung“ gesprochen [14]. Soviel zu den Fakten, Argumenten und Kommentaren zur deutschen Atomwaffen-Option.

Abschließend sei noch eine grundsätzliche Bemerkung erlaubt. Kein Geringerer als Stéphane Hessel, der verstorbene Buchenwald-Häftling und Autor der berühmten Kurzschrift „Empört Euch!“ [15] hat angesichts der „aktuellen internationalen Diktatur der Finanzmärkte“ auf die nach der Befreiung von Faschismus und Krieg europaweit geforderte Überführung der Schlüsselunternehmen und Großbanken in gesellschaftliches Eigentum erinnert. Das war Programm und Erbschaft des Widerstands, „die Einrichtung einer »wirklich wirtschaftlichen« und sozialen Demokratie.“ verbunden mit der „Nationalisierung der Energiequellen, der Bodenschätze, der Versicherungen und der großen Banken“.

Das eingangs benannte Bombengeld der Banken möge ein weiterer Baustein dafür sein, diese vergrabene Forderung des Widerstands erneut in das öffentliche Bewusstsein zu rücken. Die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist untrennbar mit wirtschaftlicher und militärischer Expansion auf Kosten anderer Länder verbunden. Diese Kriegsordnung muss international überwunden werden. (PK)

[1] <http://www.dontbankonthebomb.com/2013/10/10/2013-dont-bank-on-the-bomb/>
<http://www.berliner-zeitung.de/wirtschaft/don-t-bank-on-the-bomb-acht-deutsche-bankenfinanzieren-atomwaffen,10808230,24585972.html>
<http://www.neues-deutschland.de/artikel/835659.deutschland-gibtbombengeld.html?sstr=bombengeld>

[2] <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/drohgebaerde-ex-verteidigungsminister-scholzfordert-deutsche-atomwaffen-a-397394.html>
<http://www.sueddeutsche.de/politik/nach-guttenberg-ruecktritt-verteidigungsminister-einschleudersitz-1.1066722-4>

[3] <http://www.antiatomfreiburg.de/wo-stehen-wir-der-energiewende>

[4] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20121230.pdf>

[6] <http://wolfwetzels.wordpress.com/2007/08/01/ein-fast-perfektes-verbrechen/>

- [7] <http://www.linksfraktion.de/reden/jahr-reaktorkatastrophe-fukushima/>
- [8] <http://www.sopos.org/aufsaeetze/4de541c142d1f/1.phtml>
- [9] <http://www.taz.de/!75268/>
<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=16794>
- [10] <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=17811>
- [11] <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=19480>
- [12] <http://www.swr.de/swr2/programm/sendungen/campus/-/id=658620/sdpqid=849600/nid=658620/did=11982902/afgx5s/index.html>
- [13] http://www.forum-ludwig-marum.de/site/assets/files/1012/wort_zu_leon.pdf
- [14] <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=19181>
- [15] http://jerome-segal.de/empoert_euch.pdf

Lesenswert ist in diesem Zusammenhang auch sein mit Harald Denecken verfasster NRhZ-Artikel "Ein verfolgter Nazi-Jäger" über Léon Gruenbaum.

Online-Flyer Nr. 428 vom 16.10.2013

<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=19557>

Der jüdische Wissenschaftler Léon Gruenbaum: Verfolgt - Verdient - Vergessen

Ein verfolgter Nazi-Jäger

Von Harald Denecken und Dietrich Schulze



Léon Gruenbaum 1969 Quelle: privat

Über die historischen Verdienste und das Schicksal des 2004 in Karlsruhe verstorbenen französischen Wissenschaftlers Léon Gruenbaum hat die Geschichte den Mantel des Schweigens gebreitet. Das ist vor allem der Atomenergie-Allianz zu „verdanken“. Mit einem Symposium am 19. Oktober in Karlsruhe soll der „Vergessene“ geehrt werden. Léon Gruenbaum hatte als promovierter Nuklearphysiker von 1971 - 1973 am Kernforschungszentrum Karlsruhe gearbeitet und war dort von dem langjährigen Atom-Manager Rudolf Greifeld aus rassistischen Gründen diskriminiert worden mit der Folge, dass er nirgendwo mehr eine Beschäftigung in seinem Beruf fand. Mit fast unglaublichen Anstrengungen vermochte er es, die Ursache für die ungerechtfertigte Diskriminierung aufzudecken.

Der Atom-Manager, der 1956 von Franz-Josef Strauß als Geschäftsführer des ersten Atomforschungszentrums der Bundesrepublik eingesetzt worden war, hatte ein dunkles Geheimnis. Es war in den Jahren 1940 - 1942 in dem von den Nazis besetzten Paris als SS-Kriegsverwaltungsrat in ranghoher Funktion der Wehrmacht-Verwaltung tätig. Dieses Geheimnis kannten alle Regierungen seit Adenauer und hielten es mit Billigung der NATO unter der Decke. Léon

Gruenbaum gelang es mit Hilfe von Freunden in Karlsruhe sowie von Serge und Beate Klarsfeld in Paris ein Dokument aufzufinden, mit dem Greifelds antisemitische Besitzer-Rolle bewiesen werden konnte. Greifeld, der unter anderem Hitlers Paris-Besuch organisiert hatte, musste seine Posten im internationalen Forschungszentrum „Laue-Langevin“ in Grenoble und im Kernforschungszentrum Karlsruhe gegen seinen Willen räumen.

Léon Gruenbaum erarbeitete in Paris eine bedeutende geschichtswissenschaftliche Monographie unter dem Titel „Die Genese der Plutonium-Gesellschaft“, seine zweite geniale Leistung von bleibender Bedeutung. Trotz intensiver Bemühungen konnte bisher allerdings keine öffentliche Spur darüber gefunden werden. An einer Übersetzung des französischen Manuskripts und an der überfälligen Veröffentlichung wird gearbeitet.



Bundesarchiv, Bild 146-2004-0017
Foto: Southard 1/30. Juni 1940

Hitler, Speer, Giesler, Breker und Rudolf Greifeld (x) am 30. Juni 1940 in Paris
Quelle: Bundesarchiv Az 146-2004-0017

Nach den skandalösen Vorkommnissen Anfang der 1970er Jahre wurde erneut der Schweige-Mantel über die Affäre Greifeld gebreitet. Wohl unbeabsichtigt geriet dieses schlimme Kapitel bundesdeutscher Nachkriegsgeschichte vor einem Jahr erneut ans Licht der Öffentlichkeit. Das Karlsruher Institut für Technologie KIT, der Zusammenschluss von (Kern)Forschungszentrum und Universität Karlsruhe, hatte eine Liste der Ehrensensatoren veröffentlicht. Das Internetportal german-foreign-policy.com entdeckte dort den Ehrensensor Greifeld, dem diese Würde 1969 (also vor der von Léon Gruenbaum erkämpften Enthüllung) von der Universität Karlsruhe verliehen wurde. Die Forderung von drei ehemaligen KIT-Beschäftigten nach Annullierung der Würde wurde von der KIT-Leitung mit Betroffenheit zur Kenntnis genommen aber trotz vielseitiger Unterstützung bis heute nicht beschlossen.

Das "Forum - Ludwig Marum", das die Erinnerung an den 1934 von den Nazis im KZ Kislau ermordeten SPD-Reichstagsabgeordneten Ludwig Marum wach hält, hat sich der Sache angenommen und veranstaltet am 19. Oktober in Karlsruhe ein Symposium unter dem Titel „Der vergessene Whistleblower Léon Gruenbaum (1934-2004)“ mit einer ganzen Reihe von interessanten ReferentInnen - darunter in der Reihenfolge des Auftretens - Wolff Geisler (Arzt und Publizist Köln), Manja Altenburg (Jüdische Kulturvermittlung Heidelberg), Andrea Hoffend (Historikerin Karlsruhe), Joachim Radkau (Historiker Bielefeld) und Nadja Brachmann (Studierende Karlsruhe). Zufall der Geschichte – Léon Gruenbaum wurde auf der Flucht seiner jüdischen Familie vor den Nazis am Tag nach dem gewaltsamen Tod von Ludwig Marum in Frankreich in Forbach / Elsass geboren.

Im Anhang finden sich vier Schlüssel-Zitate, die einen Einblick in Léon Gruenbaums Persönlichkeit und Tätigkeit geben.

Das Symposium-Programm und umfangreiche Hintergrund-Informationen finden Sie auf der Webseite des Forums <http://www.forum-ludwig-marum.de/veranstaltungen/symposium-gruenbaum/> Mehr in der WebDoku www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf

Das Symposium wird eingeleitet mit einem Grußwort des Karlsruher Oberbürgermeisters Frank Mentrup. Rolande Tordjman-Grunbaum, Léon Gruenbaums in Paris lebende Witwe, wird als Ehrengast am Symposium und an der Filmvorführung am Vortag in der Uni teilnehmen. Der neue KIT-Präsident Holger Hanselka hat dem veranstaltenden Forum mitgeteilt, dass er aus zeitlichen Gründen nicht teilnehmen kann. Er wünscht dem Symposium einen erfolgreichen Verlauf. Lassen Sie sich diesen einmaligen Geschichtsunterricht nicht entgehen.

19. Oktober: Beginn 10 Uhr im ver.di-Haus Karlsruhe, Rüppurrer Str. 1a.

Über die Autoren:

Harald Denecken ist Vorsitzender des "Forum – Ludwig Marum" in Karlsruhe. Er ist ehemaliger langjähriger Erster Bürgermeister der Stadt Karlsruhe und Präsident der Deutschen Olympischen Gesellschaft. E-Mail harald@denecken.com

Dietrich Schulze ist Ingenieurwissenschaftler, war nach langjähriger Forschungstätigkeit 21 Jahre lang Betriebsratsvorsitzender im Forschungszentrum Karlsruhe. Nach seinem altersbedingten Ausscheiden 2005 gründete er 2008 mit anderen die Initiative gegen Militärforschung an Universitäten (WebDoku www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf). Er ist Beiratsmitglied der NaturwissenschaftlerInnen-Initiative für Frieden und Zukunftsfähigkeit sowie in der Initiative „Hochschulen für den Frieden – Ja zur Zivilklausel“ und publizistisch tätig. E-Mail dietrich.schulze@gmx.de

ANHANG

Wolff Geisler in einer Vorab-Stellungnahme zum Symposium:

"Léon Gruenbaum war ein begeisternder, faszinierender Mensch. Er war gut und ängstlich und kühn. Er vibrierte von geistiger Aktivität, hatte ein enormes Gedächtnis, mit dessen technischem Inhalt er uns politische Zusammenhänge aufzeigte. Die Bundesrepublik Deutschland hatte sich vertraglich verpflichtet, auf ihrem Territorium keine Atomwaffen zu bauen. Léon Gruenbaum besprach mit uns Projekte deutscher Firmen, die in Staaten mit a) undemokratischen Regierungen und b) der Nichtunterzeichnung des Atomwaffen-Sperrvertrages zur Produktion von Atombomben führen konnten. Dafür wurden legale, z.T. kriminelle Konstruktionen benutzt. ... Léon Gruenbaums Informationen und Anregungen trugen entscheidend dazu bei, dass zu diesen unglaublichen Projekten eine Gegenöffentlichkeit entstand, die diese Projekte behinderte, ja z.T. verhinderte. ... Er hat sehr viel bewegt. Danke Léon."

Serge Klarsfeld in einer Grußbotschaft für das Symposium:

„Es war im Jahr 1973, als eines Tages Léon Gruenbaum zu Beate und mir kam. Er wollte uns seinen Fall darlegen. Er arbeitete in der Reaktorsicherheit und fühlte sich in seinem Berufsleben schikaniert, er war vom Kernforschungszentrum in Karlsruhe abhängig. Er beklagte sich über die Feindseligkeit, mit der ihm der administrative Geschäftsführer des Kernforschungszentrums Dr. Rudolf Greifeld begegnete. Er berichtete uns, dass der angesäuselte Greifeld bei einem Cocktailempfang von sich gegeben habe, dass er während der Okkupation in Paris gewesen sei.

...

Wir wussten nichts von den Verantwortlichkeiten Greifelds während des Krieges. ... Was mir als einzige Möglichkeit verblieb: den nicht unbeträchtlichen Inhalt Dutzender Archivkartons mit Unterlagen des Militärbefehlshabers in Frankreich zu durchsuchen, die als Fotokopien im Jüdischen Dokumentationszentrum Centre de Documentation Juive Contemporaine in Paris archiviert waren (die Originale werden in den Archives Nationales aufbewahrt). Wobei ich nichts in der Hand hatte als den Namen Greifeld, seinen Vornamen und seine Unterschrift. ... Was mich aber bei dieser nervtötenden Arbeit aufrecht hielt, das war der hoffnungsleere Blick von Gruenbaum. Wenn seine Beteuerung stimmte, so war er erneut dafür verfolgt worden, dass er Jude war, und dies nun schon nach der so schmerz erfüllten Zeit der Schoah. ... Ich bin mir nicht mehr sicher, ob es am zweiten oder dritten Tag war: Plötzlich deckte sich das Bild der Unterschrift in meinem Gedächtnis mit der Unterschrift auf dem Papier – zwei identische Unterschriften! Und sogleich flog mein Blick auf den Dokumententext – es konnte eine unbedeutende Sache sein, ohne Bezug zur Judenfrage, denn die Militärverwaltung war zuständig für tausende unterschiedliche Fragen. Doch da war das Wort „Juden“, wie man es aus Chaplins „Großem Diktator“ kennt: „Die Juden, ach die Juden ...“ – sofort sprang mir dieses Wort in die Augen. Im Dokument ging es um Greifeld und die Juden. Der Text war sichtbar antisemitisch: Greifeld verlangte, dass man den Juden verbot, in Kabaretts zu gehen. Das war nicht so schwerwiegend wie der Erlass vom 8. Juli 1942, der den Juden die Anwesenheit an allen öffentlichen Orten untersagte. Dieses Schreiben Greifelds war allerdings viel früher abgefasst – 1941, ging also dem

Erlass vom 8. Juli 1942 voraus – und war die geistige Vorbereitung zu diesem. Ich rief Gruenbaum herbei, der sofort angerannt kam. Es las das Dokument und war überwältigt. Gleich darauf startete er eine Kampagne unter seinen Physikerfreunden in Karlsruhe und in Grenoble, wo Greifeld als Vertreter der Bundesrepublik Deutschland im Direktionskomitee des Laue-Langevin-Instituts saß.“

Robert Jungk in „Der Atomstaat“:

„Bei der Durchleuchtung dieser Vorgänge in Karlsruhe hat ein hervorragender französischer Physiker eine Schlüsselrolle gespielt, der bis vor kurzem im «Bureau des Mines» (Bergbau-Verwaltung), einem französischen Staatsinstitut, wichtige Forschungen über die Lagerung von Atommüll durchführte. Er war während seiner Anstellung in Karlsruhe denkbar schlecht behandelt worden. 1973 wurde entgegen den Versprechungen, die man ihm gemacht hatte, sein Vertrag durch die Geschäftsführung nicht verlängert. Diesen Mann – er heißt Dr. Léon Gruenbaum – habe ich in seiner Pariser Vorstadtwohnung aufgesucht, weil mir angedeutet worden war, daß er noch mehr und noch Grundsätzlicheres über die Vorgänge in Karlsruhe zu erzählen habe. In der Tat: Dr. Gruenbaum hat eine interessante These über die Entwicklungsgeschichte der Kernenergie in der Bundesrepublik aufgestellt und durch Nennung von Namen, Fakten und Ereignissen abgestützt. Seiner Ansicht nach ist es kein Zufall, daß Franz Josef Strauß, der bekanntlich Deutschlands erster Atomminister war und am 26. Januar 1955 die Gründungssitzung der deutschen Atomkommission persönlich leitete, zu diesem Aufgabenkreis so auffallend viele Persönlichkeiten heranzog, die bereits im Dritten Reich führende Positionen eingenommen hatten. Eine These, die es verdient, gehört und debattiert zu werden, zu der ich aber zunächst den Einwand hatte: «Nun ja, man wird sagen – so hat es mir gegenüber einmal ein großindustrieller Mithelfer der braunen Massenmörder formuliert – das seien doch gefrorene «Posthorntöne». Hat ihre Theorie dennoch für die heutige Situation noch eine Bedeutung?» «Gewiß. Ich meine, es ist doch wohl kein Zufall, daß diese Männer sich gerade so sehr für die Atomindustrie interessiert haben. Sie müssen sich schon zu einem frühen Zeitpunkt gesagt haben, daß hier eine Schlüsselindustrie entsteht, die einmal alle anderen an Machtfülle und Einfluß überflügeln würde. Doch dann kommt vielleicht noch ein anderes Motiv dazu: der Wunsch der Deutschen, auch einmal Atombomben zu haben – oder zumindest die Verfügung über industrielle Kapazitäten, die eine Herstellung der ihnen verbotenen Waffengattung bei Bedarf ermöglichen.»“

Léon Gruenbaum in seiner Monographie:

„In der Tat kann man diese neonazistische Atmosphäre [im Kernforschungszentrum Karlsruhe] nur empfinden und erkennen, wenn man sie schon einmal durchlebt hat. Der Autor hatte sie vorausgefühlt als er das Gelände des Zentrums betrat, aber er musste zuerst einmal ein Knäuel von Ereignissen durchleben, um schließlich zur Entdeckung der Aktivitäten eines gewissen Dr. GREIFELD während des Zweiten Weltkriegs zu gelangen, die „allerwenigstens als zweifelhaft“ erschienen. So kam es auch dazu, dass in der Zeit seines Aufenthalts in Karlsruhe einer seiner Kollegen, dessen Namen er aus Sicherheitsgründen besser nicht nennt, auf einer Abendgesellschaft in einem Privatkлуб einen gewissen Dr. ERNST traf. Dieser Dr. ERNST war schon nicht mehr sehr jung und war während des Krieges in Paris tätig gewesen, wo er auch die Bekanntschaft des Dr. GREIFELD gemacht hatte. Und zum Ausgang der Abendgesellschaft richtete ERNST wie ganz selbstverständlich an den Kollegen des Autors die Bitte, Grüße an Dr. GREIFELD zu überbringen. So gelangten wir an den Anfang der Spur, die zeigte, dass Dr. GREIFELD gut und gern einen Teil des Krieges in Frankreich verbracht hat. Dieses mündliche Zeugnis hatte aber nur geringen Wert. Was man brauchte, war die schriftliche Bestätigung von ERNSTs Äußerung durch GREIFELD. Anstatt ERNSTs Botschaft einfach nur an GREIFELDs Sekretärin zu überbringen, bevorzugten wir den internen Postweg. Der Kollege des Autors verfasste eine schriftliche Mitteilung an GREIFELD, in der er ihn von der Botschaft ERNSTs informierte. In dieser Mitteilung führte er klar die Tatsache an, dass der Beginn der Bekanntschaft dieser beiden Personen in die Zeit der Okkupation von Paris durch die Deutschen fiel. GREIFELD beantwortete die Mitteilung und bestätigte, ERNST während des Krieges in Paris kennengelernt zu haben. Von diesem Zeitpunkt an (das war 1972) hatte der Autor die Gewissheit, dass seine

Recherchen von Erfolg gekrönt sein würden. Er hatte den Verdacht geschöpft, dass GREIFELD während des Krieges Aktivitäten antisemitischen Charakters betrieben hatte. Dieser Verdacht war in ihm aufgekeimt im Anschluss an ein persönliches Gespräch, das er mit Dr. GREIFELD in dessen Büro hatte. Die Archive zu durchsuchen, ohne eine Spur zu haben, hätte keinen Sinn gehabt. Aber zumindest war der Autor nun sicher, dass die Richtung „Paris“ zutreffend sein sollte. Hatte denn GREIFELD nicht selbst schriftlich bestätigt, ERNSTs Bekanntschaft während des Krieges in Paris gemacht zu haben?“

Dieser Artikel ist am 10. Oktober vom "Forum – Ludwig Marum"

http://www.forum-ludwig-marum.de/site/assets/files/1012/wort_zu_leon.pdf

veröffentlicht worden, von dem wir ihn mit freundlicher Genehmigung übernommen haben. Die NRhZ hat mehrfach über Leon Gruenbaum und die Ehrensensatorwürde der Universität Karlsruhe (KIT) für Leon Gruenbaums Verfolger Rudolf Greifeld berichtet. (PK)

Der jüdische Wissenschaftler Léon Gruenbaum: „Verfolgt - Verdient – Vergessen“

Ein verfolgter Nazi-Jäger Von Harald Denecken und Dietrich Schulze

Über die historischen Verdienste und das Schicksal des 2004 in Karlsruhe verstorbenen französischen Wissenschaftlers Léon Gruenbaum hat die Geschichte den Mantel des Schweigens gebreitet. Das ist vor allem der Atomenergie-Allianz zu „verdanken“. Mit einem Symposium am 19. Oktober in Karlsruhe soll der „Vergessene“ geehrt werden. Léon Gruenbaum hatte als promovierter Nuklearphysiker von 1971 - 1973 am Kernforschungszentrum Karlsruhe gearbeitet und war dort von dem langjährigen Atom-Manager Rudolf Greifeld aus rassistischen Gründen diskriminiert worden mit der Folge, dass er nirgendwo mehr eine Beschäftigung in seinem Beruf fand. Mit fast unglaublichen Anstrengungen vermochte er es, die Ursache für die ungerechtfertigte Diskriminierung aufzudecken.

Der Atom-Manager, der 1956 von Franz-Josef Strauß als Geschäftsführer des ersten Atomforschungszentrums der Bundesrepublik eingesetzt worden war, hatte ein dunkles Geheimnis. Es war in den Jahren 1940 - 1942 in dem von den Nazis besetzten Paris als SS-Kriegsverwaltungsrat in ranghoher Funktion der Wehrmacht-Verwaltung tätig. Dieses Geheimnis kannten alle Regierungen seit Adenauer und hielten es mit Billigung der NATO unter der Decke. Léon Gruenbaum gelang es mit Hilfe von Freunden in Karlsruhe sowie von Serge und Beate Klarsfeld in Paris ein Dokument aufzufinden, mit dem Greifelds antisemitische Besatzer-Rolle bewiesen werden konnte. Greifeld, der unter anderem Hitlers Paris-Besuch organisiert hatte, musste seine Posten im internationalen Forschungszentrum „Laue-Langevin“ in Grenoble und im Kernforschungszentrum Karlsruhe gegen seinen Willen räumen.

Léon Gruenbaum erarbeitete in Paris eine bedeutende geschichtswissenschaftliche Monographie unter dem Titel „Die Genese der Plutonium-Gesellschaft“, seine zweite geniale Leistung von bleibender Bedeutung. Trotz intensiver Bemühungen konnte bisher allerdings keine öffentliche Spur darüber gefunden werden. An einer Übersetzung des französischen Manuskripts und an der überfälligen Veröffentlichung wird gearbeitet.

Nach den skandalösen Vorkommnissen Anfang der 1970er Jahre wurde erneut der Schweigemantel über die Affäre Greifeld gebreitet. Wohl unbeabsichtigt geriet dieses schlimme Kapitel bundesdeutscher Nachkriegsgeschichte vor einem Jahr erneut ans Licht der Öffentlichkeit. Das Karlsruher Institut für Technologie KIT, der Zusammenschluss von (Kern)Forschungszentrum und Universität Karlsruhe, hatte eine Liste der Ehrensensatoren veröffentlicht. Das Internetportal german-foreign-policy.com entdeckte dort den Ehrensensator Greifeld, dem diese Würde 1969 (also vor der von Léon Gruenbaum erkämpften Enthüllung) von der Universität Karlsruhe verliehen wurde. Die Forderung von drei ehemaligen KIT-Beschäftigten nach Annullierung der Würde wurde von der KIT-Leitung mit Betroffenheit zur Kenntnis genommen aber trotz vielseitiger Unterstützung bis heute nicht beschlossen.

Das "Forum - Ludwig Marum", das die Erinnerung an den 1934 von den Nazis im KZ Kislau ermordeten SPD-Reichstagsabgeordneten Ludwig Marum wach hält, hat sich der Sache angenommen und veranstaltet am 19. Oktober in Karlsruhe ein Symposium unter dem Titel „Der vergessene Whistleblower Léon Gruenbaum (1934-2004)“ mit einer ganzen Reihe von interessanten ReferentInnen - darunter in der Reihenfolge des Auftretens - Wolff Geisler (Arzt und Publizist Köln), Manja Altenburg (Jüdische Kulturvermittlung Heidelberg), Andrea Hoffend (Historikerin Karlsruhe), Joachim Radkau (Historiker Bielefeld) und Nadja Brachmann (Studierende Karlsruhe). Zufall der Geschichte – Léon Gruenbaum wurde auf der Flucht seiner jüdischen Familie vor den Nazis am Tag nach dem gewaltsamen Tod von Ludwig Marum in Frankreich in Forbach / Elsass geboren.

Im Anhang finden sich vier Schlüssel-Zitate, die einen Einblick in Léon Gruenbaums Persönlichkeit und Tätigkeit geben.

Das Symposium-Programm und umfangreiche Hintergrund-Informationen finden Sie auf der Webseite des Forums <http://www.forum-ludwig-marum.de/veranstaltungen/symposium-gruenbaum/> Mehr in der WebDoku www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf

Das Symposium wird eingeleitet mit einem Grußwort des Karlsruher Oberbürgermeisters Frank Mentrup. Rolande Tordjman-Grunbaum, Léon Gruenbaums in Paris lebende Witwe, wird als Ehrengast am Symposium und an der Filmvorführung am Vortag in der Uni teilnehmen.

Der neue KIT-Präsident Holger Hanselka hat dem veranstaltenden Forum mitgeteilt, dass er aus zeitlichen Gründen nicht teilnehmen kann. Er wünscht dem Symposium einen erfolgreichen Verlauf. Lassen Sie sich diesen einmaligen Geschichtsunterricht nicht entgehen.

19. Oktober: Beginn 10 Uhr im ver.di-Haus Karlsruhe, Rüppurrer Str. 1a.

Dieser Artikel ist am 10. Oktober vom "Forum – Ludwig Marum"

http://www.forum-ludwig-marum.de/site/assets/files/1012/wort_zu_leon.pdf veröffentlicht worden, von dem wir ihn mit freundlicher Genehmigung übernommen haben. Die NRhZ hat mehrfach über Leon Gruenbaum und die Ehrensensatorwürde der Universität Karlsruhe (KIT) für Leon Gruenbaums Verfolger Rudolf Greifeld berichtet. (PK)

Online-Flyer Nr. 427 vom 09.10.2013

<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=19541>

Militärforschungsprojekte enthüllen, vordringlich an Unis mit Zivilklausel!

Geheime Hochschul-Kriegsdienste

Von Dietrich Schulze



Chiles Diktator Augusto Pinochet und der damalige US-Außenminister Henry Kissinger, dem zu Ehren auf Wunsch des Verteidigungsministers jetzt eine Professur an der Uni Bonn gewidmet werden soll. NRhZ-Archiv

Das Bundesverteidigungsministerium teilte aufgrund einer Anfrage der Grünen Bundestagsfraktion in einer Tabelle mit, dass 2013 an 26 Hochschulen 4,8 Mio. € Drittmittel für Rüstungsforschungsprojekte gezahlt werden, mehr als die Hälfte davon allein für die 10 Spitzenreiter, die Unis Hannover, Kiel, München, die TUs München, Dresden und Kaiserslautern sowie die Charité-Universitätsmedizin Berlin, die Deutsche Sporthochschule Köln, die Hochschule Bonn-Rhein-Sieg und die Tierärztliche Hochschule Hannover. Die tatsächlichen Mittel aus militärischen Quellen sind wesentlich höher.

Das beginnt mit offensichtlich unvollständigen Angaben in der o.g. Tabelle. Hinzu kommen Mittel für militärische

Zwecke aus dem EU-Rüstungshaushalt und anderen öffentlichen und privaten Quellen. Unter dem Titel „Sicherheitsforschung“ gibt es eine große Palette an zivil getarnter und aus zivilen Haushalten finanzierter Militärforschung, die obendrein vom Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) 2010 unter Geheimschutz gestellt wurde. Der Protest gegen den Missbrauch der öffentlichen Hochschulen für Kriegsforschungsprojekte hat von Jahr zu Jahr zugenommen. Vier der o.g. 26 Hochschulen, nämlich die Universitäten Göttingen, Konstanz, Rostock und Tübingen haben eine Zivilklausel, die militärische Forschung untersagt.

Nebenprodukt Kissinger-Professur

Die Kleine Anfrage der Abgeordneten der Bundestagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bezog sich auf die geplante Einrichtung einer Professur „Henry Kissinger“ an der Universität Bonn. NRhZ und ND berichteten [1]. Die Abgeordneten hatten das verbunden mit der Frage, an welchen weiteren Hochschulen oder Fachhochschulen, außerhalb der Universitäten der Bundeswehr, das BMVg Drittmittel für Forschungszwecke in welcher Höhe zur Verfügung stellt, und darum gebeten, diese Forschung einzeln und titelscharf aufzuführen. In der Antwort der Bundesregierung [2] wird lediglich die Höhe der Mittel benannt.

Vergleich 2013 / 2010

Ein Vergleich mit den Zahlen aufgrund einer ähnlichen Anfrage der Bundestagsfraktion DIE LINKE. vom Juni 2011 [3] macht erhebliche Unklarheiten sichtbar. In der hier beigefügten Tabelle sind in der Spalte für 2013 die 26 Hochschulen geordnet nach der Höhe der Drittmittel aufgeführt. Die zehn Spitzenreiter sind grün markiert, die vier Unis mit Zivilklausel rot. In der Spalte daneben sind die gemäß Zitat [3] für das Jahr 2010 vom BMVg angegebenen Drittmittel aufgeführt. An der dort fehlenden Angabe für die TU München sowie an erheblichen Mitteln drei Jahre zuvor für 9 weitere Hochschulen (Position 27 bis 35) kann die Unvollständigkeit beider Tabellen der Bundesregierung abgelesen werden.

Geheimschutz-Verfügung beenden

Der benannten Anfrage der Bundestagsfraktion DIE LINKE. war die Kleine Anfrage „Die Rolle der Hochschulen in der staatlich geförderten Rüstungs- und militärrelevanten Sicherheitsforschung“ im Oktober 2010 voraus gegangen. Alle Titel der Forschungsprogramme wurden damals konkret benannt, aber erstmals vom Bundesministerium der Verteidigung unter Geheimschutz (VS-Nur für den Dienstgebrauch) gestellt. Damit wurden die zuständigen Hochschulgremien wie z.B. die Senate zu Geheimnisträgern gemacht.

Aufgrund der Ergebnisse der Bundestagswahl gibt es jedenfalls eine Gewissheit. Es wird entweder eine Bundesregierung „Schwarz-X“ oder eine Bundesregierung „Rot-Rot-Grün“ geben. In jedem Fall werden Parteien in der Regierung vertreten sein, die sich mannigfach für Transparenz in der Hochschulforschung ausgesprochen haben. Während unter „Schwarz-Gelb“ das Aufbrechen des unerträglichen Geheimschutzes als aussichtslos

BMVg-Drittmittel für Hochschulen der Länder 2013 (Drs 17/14706) und 2010 (Drs 17/6200) geordnet nach Höhe		T€ 2013	T€ 2010
alle Hochschulen zusammen		4784	4321
1.	Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover	1003	76
2.	Christian-Albrechts-Universität zu Kiel	485	361
3.	Deutsche Sporthochschule Köln	444	420
4.	Ludwig-Maximilians-Universität München	385	160
5.	Technische Universität München	367	
6.	Technische Universität Dresden	267	710
7.	Charité - Universitätsmedizin Berlin	259	
8.	Technische Universität Kaiserslautern	162	
9.	Hochschule Bonn-Rhein-Sieg	130	
10.	Tierärztliche Hochschule Hannover	129	210
11.	Universität Rostock	114	
12.	Johannes Gutenberg-Universität Mainz	113	150
13.	Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hof	110	
14.	Universität zu Köln	105	60
15.	Technische Universität Clausthal	94	
16.	Universität Siegen	87	
17.	Friedrich-Schiller-Universität Jena	75	
18.	Georg-August-Universität Göttingen	73	40
19.	Eberhard Karls Universität Tübingen	66	119
20.	Universität Konstanz	65	
21.	Bergische Universität Wuppertal	60	
22.	Albert-Ludwigs-Universität Freiburg	58	
23.	Hochschule Neubrandenburg	50	
24.	Universität Leipzig	45	30
25.	Universität Duisburg-Essen	35	29
26.	Technische Universität Braunschweig	3	
27.	Fachhochschule Bonn-Rhein-Sieg		730
28.	Universität Erlangen-Nürnberg		310
29.	Universität Bonn		186
30.	Universität Ulm		190
31.	Universität Koblenz-Landau		158
32.	Universität Hohenheim		130
33.	Technische Fachhochschule Berlin		99
34.	Ruhr-Universität Bochum		80
35.	Fachhochschule Koblenz		73

tabelle_ds_071031

betrachtet wurde, müsste jetzt eine reale Chance bestehen.

Diese Chance beim Schopf zu packen, ist primär die Aufgabe der Angehörigen der Hochschulen, der Senate, der Studierendenvertretungen, der Hochschulgruppen der Studierenden, der Personalräte und der beiden in den Hochschulen vertretenen Gewerkschaften ver.di und GEW, aber auch der unterstützenden Öffentlichkeit.

Testfall Zivilklausel

Wie eingangs erwähnt, gibt es eine besondere Veranlassung zur Aufdeckung der geheimen Forschungsprojekte bei den 14 Hochschulen, die eine Zivilklausel besitzen [5]. Vier aus der aktuellen Liste der BMVg-finanzierten Hochschulen, die Universitäten Göttingen, Konstanz, Rostock und Tübingen, haben eine Zivilklausel. Um überprüfen zu können, ob die vom BMVg bestätigten Drittmittel-Forschungsprojekte für 2013 in Höhe von 73, 65, 114 bzw. 66 Mio. € der Zivilklausel widersprechen, müssen diese zumindest in den zuständigen Uni-Gremien unter Aufhebung der Geheimschutz-Verfügung bekannt gemacht werden.

Die benannten demokratischen Uni-Gremien sind aufgefordert zu handeln. Der Zeitpunkt ist außerordentlich günstig. Es gibt zwei eindeutige und unumstößliche Sachverhalte:

1. Die Bundesregierung hat eine konkret benannte BMVg-Finanzierung veröffentlicht.
2. Die Einhaltung der Zivilklausel kann nur dann geprüft werden, wenn die zugehörigen Forschungsprojekte mit ihren jeweiligen Forschungstiteln bekannt gemacht werden.

Die bisherige Ignoranz kann vor dem Hintergrund der Regierungsbildung beendet werden.

Die gewählten Bundestagsabgeordneten von SPD, GRÜNEN und LINKEN in den betroffenen Hochschulorten sollten dringend um Unterstützung gebeten werden.

Glücksfall IMI-Kongress in Tübingen

Am 16./17. November wird es in Tübingen einen IMI-Kongress [6] unter dem Titel "Krieg um die Köpfe - Über die Mobilisierung von Zustimmung und die Demobilisierung von Protest" geben, auch einen Vortrag und einen Workshop zur Militarisierung der Hochschulen. Der DGB-Arbeitskreis Tübingen hatte sich bereits im August 2011 exakt zu dieser Problematik in einem Schreiben [7] an Rektor und Senat der Universität Tübingen gewandt mit der zwingend denklögischen Argumentation: „Entweder es handelt sich um Forschung, die für militärische Zwecke relevant ist und deswegen vom BMVg unter Geheimschutz gestellt wurde. Dann muss die betreffende Forschung wegen Unvereinbarkeit mit der Zivilklausel beendet werden. Oder aber die Geheimschutzverfügung ist nicht berechtigt. Dann muss sie durch eine Intervention der Universität Tübingen gegenüber der Bundesregierung aufgehoben werden.“ Damit sich alle Universitätsangehörigen selbst ein Bild machen konnten, wurde eine dringliche Befassung des Senats mit dem BMVg-finanzierten Forschungsprogramm gefordert. Darauf gab es trotz konkreter Hinweise auf Chemiewaffen-Abwehrforschung [8] und Lärmtrauma-Forschung [9] keine Antwort. Der im DGB AK-Brief auch angesprochene Verstoß der Honorarprofessur für Wolfgang Ischinger gegen die Zivilklausel besteht fort. Dafür lobte die WELT im Mai die Uni Tübingen unter dem Titel „Im Seminar des »Kriegstreibers«" [10] und beklagte sich gleichzeitig über die Zivilklausel-Bewegung. Hier zwei aktuelle Einschätzungen [11]. Das ist aber leider noch nicht alles.

Tübinger Forschung über den Krieg

Bevor die Tübinger Zivilklausel gültig wurde, forschte von 2004 bis 2008 die Ethnologin und Historikerin Irma Kreiten im Sonderforschungsbereich SFB 437 "Kriegserfahrungen". Sie wurde von ihren Vorgesetzten an der Uni massiv diskriminiert, weil sie sich bei der Untersuchung von genozidaler Gewalt (Völkermord an den Tscherkessen) weigerte, die Geschichte der militärischen Nutzbarmachung von Völkerkunde nur aus der Perspektive der Täter zu behandeln [12]. Der jetzige SFB 923 "Bedrohte Ordnungen" weist personelle und inhaltliche Kontinuitäten auf. Das weist auch wegen der Kooperation mit dem umstrittenen SFB 700 der FU Berlin auf Probleme mit der Zivilklausel hin.



Minister de Maiziére – hat auch Probleme mit der Zivilklausel
NRhZ-Archiv

Als Referent des IMI-Kongresses zum Thema „Militarisierung von Forschung und Wissenschaft“ tritt ein Wissenschaftler der HU Berlin auf, der zu eben jener Zeit im SFB 437 an der Uni Tübingen [13] geforscht hat. Frank Reichherzer hat ausschließlich über den Krieg, über die verhängnisvolle Funktion der „Wehrwissenschaften“ vor und in den beiden von deutschem Boden ausgegangenen Weltkriegen bis hin zum Kalten Krieg geforscht und publiziert. In einer Rezension über sein Buch „Alles ist Front“ [14] wird auf sein erweitertes Verständnis der Militarisierung mittels des „bellizistischen Blicks“ hingewiesen und auf die mit der Militarisierung unauflöslich verbundene Verschmelzung von Zivilem

und Militärischem. Genau das aber ist seit Amtsantritt von Ex-Ministerin Anette Schavan die Geschäftspolitik in der CDU-Forschungsförderung. Und die Europäische Union hat jetzt noch einen drauf gesetzt.

EU zündelt zivil-militärisch

Wie Matthias Monroy, wissenschaftlicher Mitarbeiter von MdB Andrej Hunko von der Bundestagsfraktion DIE LINKE. analysiert hat, fordert die EU mehr zivil-militärische Zusammenarbeit zu Drohnen und hochauflösender Satellitenspionage [15]. Die EU-Kommission will ein neues „strategisches Konzept“ entwickeln, das „alle Aspekte der militärischen und nichtmilitärischen Sicherheit berücksichtigt“ mit der Forderung, „alle einschlägigen EU-Politiken in den Dienst des Verteidigungssektors zu stellen“. Diesem Konzept widerspricht offensichtlich die mit einer Zivilklausel verbundene Trennung von militärischer und nichtmilitärischer Forschung an den Hochschulen. Dieser neuen Herausforderung kann und muss auf allen Ebenen entgegen gewirkt werden. Wie Monroy und Hunko in einem aktuellen Aufsatz [16] darstellen, setzen Militär und Polizei auf immer mehr und größere Drohnen. Viele Hochschulen beschäftigen sich mit zivil oder militärisch finanzierter Drohnenforschung, auch die Uni Tübingen, um beim Beispiel zu bleiben.



Matthias Monroy. Quelle: indymedia

Drohnenforschung in Tübingen

Der Autor hatte vor zwei Jahren an den Rektor der Uni Tübingen geschrieben [17] und unter Bezug auf die Studie des Büros für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag „Stand und Perspektiven der militärischen Nutzung unbemannter Systeme“ [18] gewandt, Unter der Rubrik „EU-Fördermaßnahmen für UAVs“ wird dort die Universität Tübingen als Kooperationspartner von Rüstungsfirmen und Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen für ein Projekt Mikrodrohnen aufgeführt, das überwiegend militärischen Zwecken dient und damit unvereinbar mit der Zivilklausel ist. Betroffen ist der Lehrstuhl „Kognitive Neurowissenschaften“ am

Institut für Neurobiologie der Universität. Die Fragen, ob diese Arbeiten eingestellt wurden oder ggf. anderweitig fortgesetzt werden, sind nicht beantwortet worden. Die Geheimniskrämerei wird man sofort begreifen.

Am 6. September 2013 wurde die erbetene Antwort von eben jener EU-Kommission gegeben, deren Konzept gerade erläutert worden ist. Der neue Leiter des Regionalbüros für Bayern und Baden-Württemberg in München, Peter Martin, teilte mit, dass Wissenschaftler aus Tübingen ein künstliches Insektenauge unter dem Projekttitel "CURVACE" entwickeln [19]. Das erste voll einsatzfähige konvexe Facettenauge sei von der EU mit rund zwei Millionen Euro unterstützt worden und für den Einsatz in Drohnen geeignet, aber - ich bitte Sie - für Rettungseinsätze. Von Drohnen für Kriegseinsätze kann keine Rede sein. Und natürlich das Facettenauge für Menschen mit Sehbehinderungen und für Autofahrer. Hiermit schließt sich der Kreis zum IMI-Kongress.

Tübingen kippt Geheimschutz

Kein anderer als der Referent und Historiker Frank Reichherzer kann das moderne Konzept der EU-„Wehrwissenschaft“, d.h. das Konzept der bewussten Verschmelzung von Zivilem und Militärischem besser beurteilen. Er wird den Kongress davon überzeugen können, dass

- die angewandte Forschung für zivile und militärische Zwecke strikt getrennt werden muss,
- militärische Finanzierung eingestellt und das Grundlagenwissen für zukunftsfähige Forschung für zivile Zwecke eingesetzt wird, und
- als Voraussetzung dafür alle BMVg-finanzierten Forschungstitel bekannt gemacht werden müssen, d. h. der Geheimschutz gekippt werden muss.

Der zur Farce verkommenen Tübinger Zivilklausel muss endlich Geltung verschafft werden. Das Aufknacken der Geheimschutz-Verfügung ist ein starker Hebel dazu. Möge der IMI-Kongress dies erkennen und in die Tat umsetzen. (PK)

Quellen:

- [1] <http://www.imi-online.de/2013/05/29/kissinger-professur-in-bonn/>
<http://www.neues-deutschland.de/artikel/830509.mehr-putschist-als-professor.html>
<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=19372>
<http://www.heise.de/tp/artikel/39/39896/1.html>
- [2] <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/147/1714706.pdf>
- [3] <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/062/1706200.pdf>
- [4] <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/033/1703337.pdf>
- [5] <http://www.nachdenkseiten.de/?p=18192> und <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=19314>
- [6] <http://www.imi-online.de/2013/10/07/imi-kongress-16-17-november-2013/>
- [7] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20110805.pdf>
- [8] <http://www.taz.de/!78183/>
- [9] <http://www.imi-online.de/2010/07/28/wo-beginnt-der-krieg/>
- [10] http://www.welt.de/print/die_welt/politik/article116319892/Im-Seminar-des-Kriegstreibers.html
- [11] <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=17024>
<http://www.heise.de/tp/artikel/36/36519/1.html>
- [12] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20121112.pdf>
<http://www.freitag.de/autoren/irma-kreiten/wissenschaftsfreiheit-eine-chimaere>
<http://www.karin-binder.de/fileadmin/mdb-seiten/mdb-binder/2013/pdf/irma-kreiten.pdf>
<http://www.freie-radios.net/56983>
- [13] <http://wg.geschichte.hu-berlin.de/personen/wissenschaftliche-mitarbeiter-und-mitarbeiterinnen/1682126>
- [14] <http://www.h-net.org/reviews/showpdf.php?id=39809>
- [15] <https://netzpolitik.org/2013/eu-kommission-fordert-mehr-zivil-militaerische-zusammenarbeit-zu-drohnen-und-hochaufloesender-satellitenspionage/>
- [16] <http://www.jungewelt.de/2013/10-07/003.php>
- [17] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20110911.pdf>
- [18] <http://www.tab-beim-bundestag.de/de/publikationen/berichte/ab144.html>
- [19] http://ec.europa.eu/deutschland/commission/offices/munich/copy_copy_info_point_de.htm

Zivilklausel notwendig statt überflüssig

Von Peter Kleinert

Anlässlich seiner Amtsübernahme als Präsident des Karlsruher Instituts für Technologie und eines Interviews am 21. September mit der FAZ richtete Dietrich Schulze von der Initiative gegen Militärforschung an Universitäten am 22. September den nachfolgenden Offenen Brief an Prof. Holger Hanselka, der damit seine ab 2011 übernommene Funktion als Vizepräsident der Technischen Universität Darmstadt verlässt. Wie Dietrich Schulze mitteilt, hat Prof. Hanselka prompt per email geantwortet. Er bedankte sich für die Verbundenheit mit der Karlsruher Alma Mater und sieht in dem Offenen Brief den Wunsch, aktiv zum Gelingen der Fusion und der Zukunftssicherung des KIT beitragen zu wollen. Er versichert, dass er seine zukünftige Aufgabe sehr ernst nehme und sich mit allen Mandatsträgern und Akteuren im und um das KIT zu den dringlichen und auch weniger dringlichen Belangen ins Benehmen setzen werde, um zukunftsichernde und zukunftsweisende Lösungen zu erarbeiten. In diesem Sinne freue er sich auf den persönlichen Dialog mit allen, die dazu beitragen werden.



Professor Holger Hanselka
Quelle: KIT Karlsruhe (Foto:
Michael Paternack, Fraunhofer LBF)

Sehr geehrter Herr Prof. Hanselka, in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung [1] werden Sie im Interview zur Amtsübernahme so zitiert: »Eine "Zivilklausel" - das Verbot, militärisch zu forschen - will der KIT-Präsident in Karlsruhe nicht einführen, obwohl er sie als Vizepräsident der TU Darmstadt durchgesetzt hat. "Wir haben ethische Leitlinien. Diese respektieren die Freiheit der Wissenschaft und appellieren gleichzeitig an die Verantwortung jedes Einzelnen."« In der Online-Meldung vom Vortag, die vorab von der Nachrichtenagentur dts [2] verbreitet wurde, heißt es kurz und bündig: »"Ich halte eine Zivilklausel derzeit für das KIT für überflüssig", sagte er der F.A.Z.«

Diese Position ist - mit Verlaub gesagt - weder sachlich zutreffend noch originell. Es besteht vielmehr der dringende Verdacht, dass Sie das abgeschrieben haben.

Verzeihen Sie mir bitte diese respektlose und kühne Behauptung, die ich nachfolgend begründen möchte. Ihr Vorgänger, Prof. Eberhard Umbach, äußerte zu den Ethik-Leitlinien als KIT-Satzung in einem Interview im vorigen Jahr in baden-online [3] den empörenden Gedanken: »Unsere Satzung geht weiter als eine Zivilklausel, die nichts anderes als ein Relikt des Kalten Krieges ist. Heute geht es vielmehr darum, sich insgesamt ethisch zu verhalten. Dazu gehört zum Beispiel auch die Diskussion über Gentechnik oder Großprojekte. Die Zivilklausel ist Schnee von gestern.« Diese Position, die Zivilklausel durch unverbindliche Ethik-Leitlinien zu ersetzen oder diese gar als über der Zivilklausel stehend zu deklarieren, wurde zigfach zurück gewiesen [4-10]. Sie haben das gleiche wie Ihr Vorgänger - nur etwas höflicher - formuliert.



FAZ-Redakteur Rüdiger Soldt
Quelle: <http://www.faz.net>

Das ist jedoch völlig unverständlich. Wie FAZ-Autor Rüdiger Soldt zu Recht bemerkte, haben Sie als Vizepräsident der TU Darmstadt die dortige Zivilklausel »Forschung, Lehre und Studium an der Technischen Universität Darmstadt sind ausschließlich friedlichen Zielen verpflichtet und sollen zivile Zwecke erfüllen; die Forschung, insbesondere die Entwicklung und Optimierung technischer Systeme, sowie Studium und Lehre sind auf eine zivile Verwendung ausgerichtet.«

[11] vom Oktober 2012 mit durchgesetzt. Den gesamten Diskussionsprozess, in dem selbstverständlich die Ethik eine Rolle gespielt hat, kennen Sie aus eigener Reflexion einschließlich der ausgiebigen verfassungsrechtlichen Würdigung, wonach die Zivilklausel mit der Wissenschaftsfreiheit sehr wohl vereinbar ist.

Erschwerend kommt hinzu, dass es sich in beiden Fällen beim KIT und der TU um Technische Hochschulen mit ähnlichem Lehr- und Forschungsprofil handelt. Und es gibt eine zusätzliche bemerkenswerte Gemeinsamkeit. Beide Institutionen haben einen eigenen geschichtlichen Bezug zur Zivilklausel. Die TU verfügte über eine Zivilklausel durch Konventsbeschluss vom 14.02.1973. Der KIT-Fusionspartner Forschungszentrum Karlsruhe verfügte seit Gründung 1956 über die satzungsmäßige Zivilklausel: »Die Gesellschaft verfolgt nur friedliche Zwecke.« Diese soll im KIT-Gesetz zwar als Teilzivilklausel weiter gelten. Das steht jedoch in einem unüberbrückbaren Widerspruch zur Absicht der vollständigen Verschmelzung der beiden Fusionspartner Universität und Forschungszentrum.

Die Badischen Neuesten Nachrichten [12] titeln zu Ihrem Antritts-Interview „Neuer Chef will KIT einen“. Bitte erstrecken Sie diese Einigungsbemühungen auch auf die Durchsetzung einer einheitlichen Zivilklausel im KIT-Gesetz. Sie sind dazu wegen Ihrer Darmstädter Erfahrungen geradezu prädestiniert.

Auf die Unterstützung des wichtigsten KIT-Zukunftskapitals, auf die Studierenden der Universität Karlsruhe, können Sie dabei zählen. Bereits im Januar 2009 votierten diese in einer erstmaligen Urabstimmung dieser Art für die Übernahme der Zivilklausel des Forschungszentrums auf das gesamte KIT. Die Studierendenvertretung UStA (in kürze AStA) setzt sich seit über 4 ½ Jahren zusammen mit Gewerkschaften, Abgeordneten und vielen Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen dafür ein.

Im eingangs benannten FAZ-Artikel gibt es eine ganze Reihe von weiteren interessanten Gesichtspunkten, mit denen sich die Initiative gegen Militärforschung an Universitäten befassen und zu gegebener Zeit auf Sie zukommen wird.

Da es sich bei der Zivilklausel um eine breit in der Öffentlichkeit diskutierte Forderung handelt, habe ich mir erlaubt, diesen Brief als Offenen Brief zu verfassen, in der Erwartung, dass Sie das nicht daran hindern wird, dazu Stellung zu nehmen.

Gestatten Sie mir noch einen letzten Gedanken. Die vor fünf Jahren begonnene Auseinandersetzung um die KIT-Zivilklausel hat zu einer beachtlichen bundesweiten Bewegung geführt. Zu den früheren fünf sind seither Zivilklauseln an neun Hochschulen hinzugekommen. Zu der erwähnten erfolgreichen Urabstimmung in Karlsruhe sind inzwischen weitere fünf hinzu gekommen [13]. Es wäre ein Akt ausgleichender Gerechtigkeit, wenn endlich auch die KIT-Zivilklausel verwirklicht werden würde. Sie haben den Erfahrungsschatz, die Kompetenz und die gesellschaftliche Stellung, dazu entscheidend beizutragen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr KIT-Alumni Dietrich Schulze

(PK)

Quellen:

[1] „Karlsruher Kernkompetenzen“ Hanselka übernimmt Leitung des KIT / Von Rüdiger Soldt; FAZ 21.09.2013

[2] z.B. Epoch Times 20.09.2013 http://www.epochtimes.de/Wissen/Forschung/KITLeiter_Wir_haben_noch_grosse_Baustellen_an_unserem_Institut-a1094239.html

[3] "Die Zivilklausel ist Schnee von gestern" baden online 12.07.2012 <http://www.bo.de/lokales/ortenau/die-zivilklausel-ist-schnee-von-gestern>

[4] „Universitäre Freiheitskämpfer neuen Typus“ / Von Dietrich Schulze; Neue Rheinische Zeitung 18.07.2012 <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=18019>

- [5] „Frieden contra Freiheit: Streit um Militärforschung an Universitäten“ STERN 20.07.2012
<http://www.stern.de/panorama/frieden-contra-freiheit-streit-um-militaerforschung-an-universitaeten-1861598.html>
- [6] „Keine Schwerter zu Pflugscharen - Konflikt um Militärforschung in Karlsruhe“ taz 07.08.2012
<http://www.taz.de/!98988/>
- [7] „Zivilklauseln, Ethikrichtlinien, Ethikkommissionen und vergleichbare Instrumente“ Kleine Anfrage MdL Alexander Salomon GRÜNE im Landtag Baden-Württemberg Drs 15/2261 Antwort am 22.08.2012 http://www2.landtag-bw.de/WP15/Drucksachen/2000/15_2261_d.pdf
- [8] „Karlsruher Jusos fordern: KIT-Forschung nur für zivile Zwecke“ ka-news 13.10.2012
<http://www.ka-news.de/region/karlsruhe/Karlsruher-Jusos-fordern-KIT-Forschung-nur-fuer-zivile-Zwecke;art6066,988449>
- [9] „Freiheit der Wissenschaft und Kriegsforschung - Zur Auseinandersetzung um die Zivilklausel in Baden-Württemberg“ / Von Dietrich Schulze; BdWi „Forum Wissenschaft“ 3-2013
<http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20130319.pdf>
- [10] Beschlüsse ver.di-Landesdelegiertenkonferenz Baden-Württemberg - Zivilklausel in Landeshochschulgesetze, Ethik-Formel kein Ersatz für KIT-Zivilklausel 19.03.2011
<http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20110320.pdf>
- [11] Publikation TU Darmstadt hoch³ 7/2012 http://www.tu-darmstadt.de/vorbeischaue/publikationen/hoch3/reader_4416.de.jsp
- [12] „Neuer Chef will KIT einen“ und „Ein Studium ist kein Selbstbedienungsladen“ Badische Neueste Nachrichten Karlsruhe 20.09.2013
- [13] „Furcht vor der Zivilklausel?“ / Von Dietrich Schulze; NachDenkSeiten 06.08.2013
<http://www.nachdenkseiten.de/?p=18192>

Online-Flyer Nr. 419 vom 14.08.2013

<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=19314>

Rüstungsforschung und verschlüsselte Freiheit der Hochschulen

Die Furcht vor der Zivilklausel

Von Dietrich Schulze

„Mit den Waffen des Geistes – Gegen der Geist der Waffen“, das ist der Leitsatz der Zivilklausel-Bewegung an vielen deutschen Hochschulen. Prof. Joachim Krause, Direktor des Instituts für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel, stellt in einem Beitrag in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung am 2. August unter dem Titel „Verklausulierter Frieden“ fest: „Einige Klauseln verstoßen gegen die im Grundgesetz garantierte Freiheit von Forschung und Lehre, denn sie machen es Wissenschaftlern unmöglich, mit der Bundeswehr oder der Industrie im Bereich der Forschung zu kooperieren. Wenn keiner klagt (oder sich keiner zu klagen traut), bleiben solche Klauseln aber bestehen.“ Es werde Zeit, dass die Hochschulleitungen Rückgrat zeigen und er fordere Bund und Länder auf, die bestehenden Zivilklauseln auf ihre Verfassungsmäßigkeit überprüfen zu lassen. Hier der Sachstand zu Zivilklauseln an Hochschulen, Erwägungen zur Freiheit der Wissenschaften und Gedanken zum Zusammenhang von Zivilklauseln und Zivilcourage.



Martin Löwenberg: „Mit den Waffen des Geistes – Gegen der Geist der Waffen“ Bildquelle: <http://www.martinloewenberg.de/>

In einer AStA-Befragung an der Universität Kiel votierten 73 % der abstimmenden Studierenden für die Aufnahme der Zivilklausel in die Uni-Grundordnung „Forschung, Studium und Lehre sind zivil, dienen friedlichen Zwecken und sind frei von Kooperationen mit Rüstungskonzernen und militärischen Akteuren.“ Der AStA hatte dazu am 3. Juli mitgeteilt, dass die Uni Kiel breitflächig in Sozialwissenschaftlicher, Technischer, Mathematisch-Naturwissenschaftlicher, Agrar- und Ernährungswissenschaftlicher und Philosophischer Fakultät in Militärprojekte eingebunden ist und dafür in den letzten Jahren 2,7 Mio. Euro Forschungsgelder von Bundeswehr und Marine erhalten hat [1].

Am gleichen Tag hatte Krause vor der Zivilklausel gewarnt. Sein Originalpapier [2] gipfelt in der Behauptung: „Diese Art von Kooperations- und Kontaktverböten (mit dem Ziel der gesellschaftlichen Ausgrenzung bestimmter Institutionen und Personen) erinnert fatal an Zeiten, in denen Universitäten in Deutschland nicht mit Menschen oder Institutionen kooperieren durften, weil diese jüdisch waren. Deswegen: es wird Zeit die bestehenden Zivilklauseln abzuschaffen und es sollte keine neuen Zivilklauseln an deutschen Universitäten geben.“

Den vielfältigen publizistischen Reaktionen [3] auf solche schwer erträglichen und eines Hochschul-Professors nicht würdigen Äußerungen seien aufgrund des neuerlichen FAZ-Beitrags nur drei Aspekte hinzugefügt: eine kurze Darstellung zum Sachstand Zivilklausel, Argumente zur Wissenschaftsfreiheit und Überlegungen zur Zivilcourage.

Sachstand zur Zivilklausel an Hochschulen

Nur zwei Wochen nach Krauses Alarmruf beschloss der Senat der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster einstimmig die Zivilklausel: „Forschung, Lehre und Studium an der Universität Münster sind auf zivile und friedliche Zwecke ausgerichtet.“

Das ist die vierzehnte Zivilklausel an Hochschulen. Die früheren dreizehn in alphabetischer Reihenfolge nach Hochschulorten: Uni und Hochschule Bremen, Hochschule Bremerhaven, TU Berlin, TU Darmstadt, TU Dortmund, Uni Frankfurt a.M., Uni Göttingen, TU Ilmenau, Uni Konstanz, Uni Oldenburg, Uni Rostock und Uni Tübingen [4]. Zivilklausel-Abstimmungen der Studierenden an Hochschulen mit ähnlichen Ergebnissen wie in Kiel hat es 2009 in Karlsruhe, 2010 in Köln, 2011 an der FU Berlin, 2012 in Frankfurt a.M. und 2013 in Kassel gegeben.



Quelle: jenapolis

In der Wochenzeitung FREITAG analysierte die Autorin Nina Marie Bust-Bartels unter dem Titel „Krieg auf dem Campus“ [5] die Lage und stellte im Rückblick auf die frühere Stärke der Friedensbewegung die Frage, ob diese durch das selbstbewusste Auftreten von Studierenden und die geharnischten Abwehrreaktionen neu belebt werden könnte. Das ist nicht unplausibel, denn Kriege beginnen in den Köpfen. Für die Vorbereitung und die gewaltsame Durchsetzung von geostrategischen und Rohstoffinteressen wurden immer schon die Bildungseinrichtungen instrumentalisiert. Deswegen ist das Klima an den Schulen und Hochschulen ein absolut neuralgischer Punkt. Seit Monaten klagt der Verteidigungsminister und mit ihm große Teile der konservativen Presse über die Zivilklausel-Bewegung. Allein DIE WELT hat drei lange Grundsatzartikel am 18. Mai, 16. Juni und 4. August 2013 dazu gebracht [6]. Die Reaktionen werden immer nervöser.

Argumente zur Freiheit der Wissenschaften

Hochschul-Professor Krause ist nach seinem Erstartikel offenbar selber bewusst geworden, dass es nicht genügt, die Abschaffung der bestehenden Zivilklauseln zu fordern. Aus berufenem Munde muss wohl auch gesagt werden, wie das denn geschehen soll. Dazu führt er im eingangs zitierten FAZ-Beitrag weiter aus: „Es wird Zeit, dass nicht nur mehr Hochschulen (insbesondere die Hochschulleitungen) Rückgrat zeigen. ... So sollten Bund und Länder dringend die Verfassungsmäßigkeit bestehender Zivilklauseln gemeinsam überprüfen und die jeweils zuständigen Landesregierungen als Aufsichtsbehörde einschreiten, falls sich eine Klausel als verfassungswidrig erweist.“ Damit wird faktisch 14 Hochschulleitungen, den 8 Landesregierungen von Baden-Württemberg, Berlin-Brandenburg, Bremen, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Thüringen und der Bundesregierung Feigheit betreffend Wahrung eines Freiheitsrechts unterstellt.

Der bekannte und respektierte Verfassungsrechtler Prof. Erhard Denninger hatte bereits Anfang 2009 in einem Gutachten für die Hans-Böckler-Stiftung die Zulässigkeit der Zivilklausel für das Errichtungsgesetz des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) belegt. Die TU Darmstadt hat im Kontext mit ihrer Zivilklausel eine ausführliche rechtliche Würdigung vorgenommen, wonach die aus der Zivilklausel resultierende Einschränkung der Freiheit der einzelnen WissenschaftlerInnen nicht unzulässig ist. Für den AStA der Uni Kassel ist ein Rechtsgutachten zur „Vereinbarkeit einer Zivilklausel mit dem Hessischen Hochschulgesetz“ erstellt worden. Viele der benannten Überlegungen [7] führen auf den Pazifismus der unmittelbaren Nachkriegszeit zurück. Erhard Denninger hat für diese ursprüngliche Absicht der Verfassungsväter den Begriff „Friedensfinalität des Grundgesetzes“ geprägt.

Der sturmerprobte Korvettenkapitän der Bundesmarine, Joachim Krause, der jetzt in den professoralen Gewässern der Wissenschaftsfreiheit unterwegs ist, schiebt die Kugel anderen zu. Warum leitet er nicht selber eine verfassungsrechtliche Klage gegen diejenigen Hochschulen mit Zivilklausel ein, die seiner Feststellung nach „gegen die im Grundgesetz garantierte Freiheit von Forschung und Lehre verstoßen.“? Diese Frage möge zu einer abschließenden Überlegung zur Zivilcourage überleiten.

Zivilklausel und Zivilcourage

Die Zivilklausel ist keine bloße Vorschrift oder Selbstverpflichtung. Sie muss einher gehen mit der Wachsamkeit und dem Engagement der Hochschulangehörigen. Sie muss gelebt werden. Eine universitäre oder gesetzliche Regelung kann die Studierenden, WissenschaftlerInnen und Beschäftigten unterstützen und ermutigen, nicht aber die eigene Zivilcourage ersetzen, Verantwortung für den Frieden zu übernehmen. Das gilt auch dann, wenn es (noch) keine Zivilklausel gibt. Dafür nur ein einziges Beispiel:

An der Uni Tübingen ist in den Jahren 2005 bis 2008 (also vor dem Senatsbeschluss zur Zivilklausel Ende 2009) eine promovierende Ethnologin von DozentInnen in perfider Weise gemobbt und diskriminiert worden. Irma Kreiten sollte im Sonderforschungsbereich "Kriegserfahrungen" die Geschichte der militärischen Nutzbarmachung von Völkerkunde aufarbeiten, wobei auch personelle Überschneidungen mit militärischen Einrichtungen und Kontinuitäten nationalsozialistischer Großforschungsprogramme in Forschungsvorhaben der Bundesrepublik eine Rolle spielten. Dagegen setzte sie sich zur Wehr. Erst nach vielen Jahren hatte sie über das erlittene Unrecht sprechen können, am 17. Juni im Rahmen der Eröffnung einer Whistleblower-Ausstellung im ver.di-Haus Karlsruhe auf Einladung der LINKEN und von MdB Karin Binder. Ein bewegender Moment für alle Zuhörer, ein Vorbild für die akademische Jugend [8].

Die Erinnerung an die deutsche Geschichte und die Aufklärung darüber ist notwendiger Bestandteil von Friedenspolitik auf allen Ebenen. Dazu sei das Leitmotiv des Holocaust-

Überlebenden und antifaschistischen Widerstandskämpfers Martin Löwenberg aus München übermittelt, das der Autor in dessen Namen als Grußbotschaft beim Zivilklausel-Kongress 2011 an der Uni Tübingen vortragen durfte, und das auch den Zivilklausel-Kongress 2012 an der Uni Karlsruhe (KIT) prägte: „Mit den Waffen des Geistes – Gegen der Geist der Waffen.“ [9] (PK)

Dieser Artikel ist bereits am 6.8. auf den Nachdenkseiten <http://www.nachdenkseiten.de/> erschienen, von denen wir ihn mit freundlicher Genehmigung des Mitherausgebers Wolfgang Lieb übernommen haben.

Quellen:

- [1] <http://www.asta.uni-kiel.de/aktuelles/zivilklausel-für-die-cau>
- [2] <https://linksunten.indymedia.org/de/system/files/data/2013/07/2494627275.pdf>;
http://www.ispk.uni-kiel.de/fileadmin/user_upload/thumbpublikationen/Publikationen_Krause/Stellungnahme_Prof_Krause_zu_Zivilklauseln.pdf
- [3] <http://www.nachdenkseiten.de/?p=18077#h09>; <http://www.studis-online.de/HoPo/art-1557-zivilklausel-streit.php>
<http://www.jungewelt.de/2013/07-09/038.php>
<http://www.imi-online.de/2013/07/05/zivilklausel-kieler-kriegsforschung/>
<http://antifa.vvn-bda.de/201307/1601.php>; <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=19224>;
<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=19275>;
http://www.nachdenkseiten.de/upload/pdf/130717_reader_zivilklausel.pdf;
<http://www.jungewelt.de/2013/08-02/041.php>
- [4] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20130717.pdf>
- [5] <http://www.freitag.de/autoren/bust-bartels/krieg-auf-dem-campus>
- [6] http://www.welt.de/print/die_welt/politik/article116319892/Im-Seminar-des-Kriegstreibers.html;
<http://www.welt.de/politik/ausland/article117156165/Die-Bundeswehr-Deutschlands-ungeliebte-Armee.html>
<http://www.welt.de/politik/deutschland/article118664948/Krieg-gegen-die-Bundeswehr-im-eigenen-Land.html>;
- [7] http://www.boeckler.de/pdf/mbf_gutachten_denninger_2009.pdf; <http://www.forschung-und-lehre.de/wordpress/?p=11813>;
http://zivilklauselkassel.blogspot.de/images/20121203_Presseeinladung_AKZivilklausel.pdf
- [8] <http://www.karin-binder.de/fileadmin/mdb-seiten/mdb-binder/2013/pdf/irma-kreiten.pdf>;
<http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20130619.pdf>;
<http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20130708.pdf>
- [9] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20111028.pdf>;
<http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20121230.pdf>

Online-Flyer Nr. 416 vom 24.07.2013

<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=19275>

Universität Münster beschließt Zivilklausel - einstimmig - die Vierzehnte

"Ein Gespenst geht um ..."

Von Dietrich Schulze

Als ob zwei von deutschem Boden ausgegangene verbrecherische Weltkriege, die mit dem vorgegau(c)elten „Dienst am Vaterland“ begannen, nicht genug wären, wirbt die Bundeswehr mit dem Slogan „Wir.Dienen.Deutschland.“. Die wissenschaftlich-technische Begleitmusik dazu soll möglichst inniglich an den Hochschulen ertönen. Da scheint eine seit vier Jahren zunehmend aktiver werdende Zivilklausel-Bewegung gewisse Dissonanzen zu verursachen, eher nach der Melodie „Wir.Verweigern.Kriegsforschung.“ Die Gesamtlage mit Blick auf die herrschende Rechtswissenschaft hat Gerhard Stuby gerade so charakterisiert: „Ein Gespenst geht um in

Deutschland, die Zivilklausel.“ Die eindrucksvolle Halbjahresbilanz: Drei Zivilklauseln an den Unis Frankfurt a.M., Göttingen und Münster sowie zwei erfolgreiche Urabstimmungen von Studierenden an den Unis Kassel und Kiel.



Bilder sagen mehr als tausend Worte. - Studierende der Uni Münster im Juli. Foto: Jörg Rostek

Nachfolgend eine bundesweite Übersicht, verknüpft mit einer grundsätzlichen Überlegung zur Qualität von Wissenschaft: Am 17. Juli 2013 beschloss der Senat der Westfälischen Wilhelms-Universität einstimmig die Zivilklausel: „Forschung, Lehre und Studium an der Universität Münster sind auf zivile und friedliche Zwecke ausgerichtet.“ (die Vierzehnte). Die Umsetzung ist verbunden mit einem Befragungs-Formular des Rektorats und mit der Einsetzung eines Ethikbeauftragten. Das Formular enthält Fragen zum Charakter der beabsichtigten Forschung, insbesondere, ob diese „für die Herstellung oder

Entwicklung von zur Kriegsführung bestimmten Waffen eingesetzt werden kann“ und nach der "Zusammenarbeit mit in- oder ausländischen militärischen Einrichtungen.“

Am 20. Juni 2013 hatten die Studierenden der Carl-Albrecht-Universität Kiel in einer AStA-Befragung mit 73 % für die Aufnahme der Zivilklausel: „Forschung, Studium und Lehre sind zivil, dienen friedlichen Zwecken und sind frei von Kooperation mit Rüstungskonzernen und militärischen Akteuren.“ in die Grundordnung votiert.

Am 13. Februar 2013 hatte der Senat der Georg-August-Universität Göttingen die Zivilklausel beschlossen: „Die Universität bekennt sich zum Frieden und zur Gerechtigkeit in der Welt. Die Universität und die in ihr tätigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sind bestrebt, durch Forschung und Lehre dem Frieden der Welt zu dienen. Sie sind bei ihrem Handeln in Verantwortung für die Gesellschaft den der Wissenschaft immanenten ethischen Grundsätzen verpflichtet.“ (die Dreizehnte).

Am 30. Januar 2013 hatte der Senat der Goethe-Universität Frankfurt am Main für die Präambel der Grundordnung einstimmig die Zivilklausel beschlossen: „Lehre, Forschung und Studium an der Goethe-Universität dienen zivilen und friedlichen Zwecken.“ (die Zwölfte)

Am 27. Januar 2013 hatten die Studierenden der Universität Kassel sich in einer Urabstimmung mit 72 % für die Aufnahme der Zivilklausel: „Forschung, Lehre und Studium an der Universität Kassel dienen ausschließlich zivilen und friedlichen Zwecken. Unter Berücksichtigung der Frage, ob zivile Zwecke verfolgt werden, sind alle Drittmittel in Bezug auf Drittmittelgeber, Zeitraum, Projektverantwortliche, Finanzvolumen, Zielsetzung und Fragestellung vor Beginn des Projekts öffentlich bekannt zu geben.“ in die Grundordnung votiert.

Eine wahrlich ermutigende Halbjahresbilanz.....

Status und Probleme an 43 Hochschulen

• **Aachen:** Nach Aufdeckung der Militärforschungskoooperation der Uni mit einem Fraunhofer-Institut gelang es Uni-Rektor und TU9-Präsident Schmachtenberg in einem zweiten Podium, die Zivilklausel-Unterstützer um die Grüne Hochschulgruppe und den Aachener Friedenspreis vorerst abzubügeln. Letzterer sorgt mit der Preisverleihung an bundeswehrfreie Schulen für viel Aufregung bei der Gegenseite.

• **Augsburg:** Der vorbildliche Studierendenvorschlag für eine Zivil- und Transparenzklausel - konträr zu dem neben der Uni entstehenden Rüstungspark (genannt „Innovationspark“) - genießt vielfältige Unterstützung und harrt weiterer Aktionen. Uni-Präsidentin Sabine Doering-Manteuffel ist noch nicht einmal zu einem offenen Gespräch bereit. Die Sorgen der Studierenden müssen hinter den Interessen der Rüstungswirtschaft zurück stehen, logisch ... oder? Die „Initiative Friedliche Uni Augsburg“ und das „Forum solidarisches und friedliches Augsburg“ bleiben jedenfalls am Ball.

• **Berlin:** Die TU hat eine der ältesten mit Erfolg praktizierten Zivilklauseln, was nicht heißt, dass die langjährige kontrollierte Zivilorientierung nicht gestört worden wäre. Der Akademische Senat hat kürzlich eine Gleichverteilung seiner Statusgruppensitze (Viertelparität Profs, akad. Mitarbeiter, Studis, Mitarbeiter) beschlossen. Der AStA der FU hatte bei einer Urabstimmung von den Studierenden große Zustimmung für die Zivilklausel erhalten. Ein längeres Hin und Her mit Kompromiss- und Alibi-Texten für eine Zivilklausel am FU OSI (Kriegsforschung SFB 700) wurde mit einer deutlichen Ablehnung im Fachbereichsrat vorerst beendet. An der HU musste eine Kriegs-Ermunterungsrede von Bundesminister de Misère aufgrund von nicht endenwollendem Beifall zum Leidwesen des Rektors ergebnislos beendet werden. Wollten die Studis am Ende lieber eine echte Friedensrede hören?

• **Bochum:** Das wird überraschen: 1984 hatte die Ruhr-Uni eine Zivilklausel eingeführt, die aber 2002 wieder abgeschafft wurde. Es gab mehrfach Podien gegen die Rüstungsforschung der Uni sowie Proteste gegen Bundeswehr-Werbung und Bonding-Messen. Wie wäre es mit einer öffentlichkeitswirksamen Ausgrabung der früheren Zivilklausel?

• **Braunschweig:** Der AStA der TU war Gastgeber einer ersten bundesweiten Zivilklausel-Konferenz im Mai 2011 und kümmert sich um eine wichtige Mailingliste. Pläne für eine Urabstimmung über die Zivilklausel wie jüngst in Kiel erfolgreich, konnten noch nicht realisiert werden.

• **Bremen:** Die Uni galt einst als „rote Kaderschmiede“ und hatte schon 1986 eine Zivilklausel. Am Rüstungsstandort wurde gegen diese unter Rektor Winfried Müller zwar verstoßen, aber die weitergehende Erpressungstaktik des Weltraum-Konzerns OHB („Stiftungsprofessur oder Zivilklausel streichen!“) ging aufgrund eines breit gefächerten Widerstands daneben. Dadurch wurde allerdings auch der Ruf nach mehr Verbindlichkeit mittels einer Zivilklausel für das Bremische Hochschulgesetz befördert. So wichtig eine solche Entscheidung von Rot-Grün



Hier eine Grafik zu den 14 real existierenden Zivilklauseln an Hochschulen

bundesweit wäre, so begründet sind die Warnungen vor einer „Friedensklausel“ als Rüstungsforschungs-Alibi. Die Hochschule Bremen, die nachweislich ebenfalls in Rüstungsforschung verwickelt war, hat eine eigene Zivilklausel ausdrücklichen verbunden mit der Ablehnung eines Landesgesetzes beschlossen.

- **Bremerhaven:** Die Hochschule hat mit gleicher Intention wie die in Bremen eine Zivilklausel beschlossen. Damit haben alle Bremer Hochschulen selbstverpflichtende Zivilklauseln. Woher kommen die akademischen Besorgnisse vor einer gesetzlichen Regelung? Werden im Falle von Verstößen Konsequenzen befürchtet?
- **Darmstadt:** Bei der TU gab es eine eindeutige Geschäftsgrundlage, nämlich eine seit 1973 per Konventsbeschluss besiegelte Zivilklausel. Ähnlich wie in Konstanz war diese im Uni-Alltag so nicht bekannt, als die Studis 2011 die Forderung erhoben. Im Oktober 2012 wurde der Konventsbeschluss durch eine Zivilklausel für die Grundordnung abgelöst, verbunden mit vorbildlichen Umsetzungsleitlinien unter Einschluss einer überzeugenden rechtlichen Würdigung, wieso der Eingriff in die Wissenschaftsfreiheit verfassungsrechtlich nicht unzulässig ist. Demnach müsste die TU eigentlich in den unteren Teil der Zivilklausel-Grafik verschoben werden.
- **Dortmund:** An der TU treibt die Intransparenz besondere Blüten. Seit 1991 gibt es eine Zivilklausel. Bei einer NatWiss-Umfrage 2010 von Natascha Bisbis bestätigte das die Pressesprecherin und erklärte dazu, dass „Kopien oder Textauszüge des Beschlusses, sowie das Datum des Beschlusses geheim bleiben.“ Fest steht, dass wehrmedizinische Forschung im Zeitraum 2000-2004 vom BMVg finanziert wurde. Ein weiteres interessantes Ausgrabungsobjekt, das es verdient, das Licht der Öffentlichkeit zu erblicken.
- **Dresden:** Die TU ist die inzwischen traditionelle Spielwiese der Rüstungsschmiede Thyssen-Krupp. Gegen deren Werbeauftritte protestieren Studierende regelmäßig. Vor zwei Jahren Vortragsveranstaltung des Studierendenrats über Militärforschung/Zivilklausel. Die Studis kämpfen derzeit gegen die Folgen der massiven Mittelkürzungen, z.B. mit mehrwöchigen Besetzungsaktionen und dem Abschluss-Konzert "Abrissparty mit Mengenrabatz". Nachvollziehbar, wenn die Zivilklausel vorerst in den Hintergrund getreten ist. Ein weiterer Beleg für die dringende Notwendigkeit ausreichender staatlicher Grundfinanzierung für gute Bildung als auch Lernen für den Frieden.
- **Düsseldorf:** Seit 2011 gibt es aufgrund des Engagements von Studierenden und des Politikwissenschaftlers Hartwig Hummel an der Heinrich-Heine-Universität eine Initiative für die Zivilklausel, in der ProfessorInnen, Mittelbau, Studierendenschaft und DFG-VK zusammen arbeiten. Die gemeinsame Überzeugung im Kampf um das Friedensbekenntnis der Uni: Fraglos wäre Heine für eine Zivilklausel eingetreten.
- **Erlangen-Nürnberg:** Die Studierenden-Vertretung fordert die Verankerung einer Zivilklausel im Leitbild der Friedrich-Alexander-Universität, transparente Drittmittelvergabe, offene Diskussionskultur, Bewusstsein für die Tragweite der eigenen Forschung, Übernahme von zivilgesellschaftlicher Verantwortung. Unterstützung von Sabine Schiffer, Leiterin des Instituts für Medienverantwortung in Erlangen, in einem jW-Interview: „Der konkrete Widerstand wird immer wichtiger“. Podium im April mit Partei-VertreterInnen, FifF und Uni-Vize für Forschung und Lehre, Joachim Hornegger.
- **Frankfurt a.M.:** Die wichtigste Etappe des vorbildlichen Kampfes für die Zivilklausel an der Goethe-Universität, seit 2010 ausgehend von der Initiative um die GEW-Studierendengruppe, verbunden mit intensivster Aufklärung der Studierenden und klugen Verhandlungen mit der Uni-Leitung, die im Erfolg zu Jahresbeginn mündeten, war die Urabstimmung im Januar 2012 mit einer Zustimmungsquote von 76 %. Hier aus der wehleidigen Klage der Gegenseite auf kompletten vier Seiten in der „Welt am Sonntag“, die als Beweis für den Irrweg der Hochschulen Uni-

Vizepräsidentin Tanja Brühl mit dem Worten zitiert: "Ich freue mich, dass das universitäre Bekenntnis zur Friedfertigkeit in der Goethe-Universität einen so großen Widerhall findet."

- **Freiburg:** Die seit vielen Jahren von der Friedensbewegung angeprangerte Einbindung der Uni in die Rüstung am Bodensee führte im Mai 2012 zu einem u-AStA-Podium „Forschung für den Krieg? Wissenschaftler müssen Verantwortung übernehmen!“. Im November 2012 versprach die Uni der Studierendenvertretung in einer öffentlichen Senatssitzung die Aufnahme einer Zivilklausel im Kontext mit der Grundordnungsänderung im Frühjahr 2013. Zitat u-AStA zum Umfeld: „Leider will Wissenschaftsministerin Theresia Bauer (Grüne) von einer Zivilklausel nichts mehr wissen. Hier sieht man wieder einmal, was sie von ihren eigenen Wahlversprechen hält.“ Das Frühjahr ist herum. Was hält die Uni von ihrem Versprechen?

- **Gießen:** Der Arbeitskreis Zivilklausel der Justus-Liebig-Universität engagiert sich seit Jahren mit Aufklärung und Podien und plant eine Urabstimmung für die Zivilklausel. Eine umfangreiche Webpräsenz informiert über die bundesweite Bewegung und die Uni-Militärforschung für „wehrmedizinische“ Zwecke. Durch Teilnahme an der Aktionswoche 2012 „Ja zur Zivilklausel“ konnten neue Mitglieder gewonnen werden.

- **Göttingen:** Seit Mitte 2011 ist der AStA der Universität im Gespräch über die Zivilklausel mit der neuen Uni-Präsidentin Ulrike Beisiegel, das im Februar zu dem zitierten Ergebnis geführt hat. Die auch in einem Podium geforderte Aufklärung über nachgewiesene frühere „wehrmedizinische“ Forschung der Uni gibt es bis heute nicht, trotz ausgewiesener Fachkompetenz der Präsidentin. Was bedeutet das für Transparenz und Einhaltung der Zivilklausel? Ende 2012 gab es eine bedeutsame Konferenz an der Uni mit dem AStA als Gastgeber über „Sicherung der Welternährung und Armutsbekämpfung als Herausforderung für Frieden und Nachhaltigkeit“.

- **Hamburg:** Der erzwungene Rücktritt von Uni-Präsidentin Auweter-Kurtz („Raketen-Moni“) wurde 2009 zu Recht als Sieg der Demokratie angesehen. Die Streikaktion aller Hamburger Hochschulen Ende 2011 zur Abschaffung der Studiengebühren war der Mutmacher aus dem Norden. Der dominierende Einfluss der Waffenschmiede ThyssenKrupp Marine Systems auf die Hochschulen hält an. Ein AStA-Podium mit Vertretern von Rüstungsfirmen platzte nicht nur wegen deren kurzfristiger Absage. An der Hochschule für Angewandte Wissenschaften (HAW) setzen sich Studierende des Referats Hochschulpolitik gegen Rüstungsforschung und für die Zivilklausel ein.

- **Halle:** 2011 gab eine Veranstaltungsreihe der GEW und des SDS der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg über „Militarismus und antimilitaristische Perspektiven“ mit den Themen „Krieg und Ökonomie – Ursachen gesellschaftlicher Militarisierung“ und „Rüstungsforschung und Zivilklausel“.

- **Hannover:** Seit 2009 gibt es studentische Aktionen gegen Rüstungsforschung an der Leibniz Universität, die sich in „guter Gesellschaft“ mit der TU Braunschweig und der TU Clausthal-Zellerfeld befindet. Die Uni unterwirft ihre Militärforschungsprojekte ungeniert der Geheimhaltung. Die Hannoveraner Friedensbewegung ist hochengagiert und war im März Gastgeber eines bundesweiten „Drohnen“-Vernetzungstreffens.

- **Heidelberg:** Die Heidelberger Friedensbewegung war im Februar 2010 Gastgeber der Konferenz „Kooperation für den Frieden“ über Militarisierung nach innen und außen, in der im AK „Rüstungsforschung an Hochschulen“ neun Thesen zur Zivilklausel behandelt wurden. Gelegentliche Ansätze an der Uni sind trotz deren Einbindung in „Wehrmedizin“-Forschung noch nicht zum Zuge gekommen. Im April gab es ein Podium der Grünen LAG Hochschule Baden Württemberg zur Forschungsfreiheit mit viel Prominenz und BdWi-Vertreter Torsten Bultmann. Von CampusGrün an der Uni ging eine gemeinsame Stellungnahme der Hochschuljugend der

beiden Regierungsparteien aus, mit Erinnerung an die Wahlversprechen, mit der Forderung nach Zivilklauseln für alle BaWü-Hochschulen und für ein Landeshochschul- und KIT-Gesetz.

- **Ilmenau:** Die vom Akademischen Senat der TU 2010 für das Leitbild beschlossene Zivilklausel für „die friedliche, zivile Nutzung wissenschaftlicher Erkenntnisse und die nachhaltige Bewahrung der menschlichen Lebensgrundlagen.“

- **Jena:** Im Mai 2011 verorten Studierende der Friedrich-Schiller-Universität aufgrund eines Vortrags die Zivilklausel bundesweit als „ein zartes Pflänzchen“ der pazifistischen Universität der Zukunft. Im Mai 2012 beschließt der Studierendenrat einstimmig die Einführung einer Zivilklausel. Kurz davor scheiterte leider der Antrag auf eine Urabstimmung an der erforderlichen 2/3-Mehrheit. Im Juni 2013 wird der Trägerkreis "Rüstungskonversion Jena" gegründet, der Licht in die Rüstungsproduktion in Jena bringen soll und der für Rüstungskonversion und eine Zivilklausel an der Uni eintritt.

- **Karlsruhe:** Witzigerweise in einer der konservativsten Ecken der Republik wurde mit der erfolgreichen Urabstimmung der Studierenden der Universität im Januar 2009 mit 63 % für die Zivilklausel ein Friedenszeichen gesetzt, dessen geschichtliche Bedeutung wohl erst spätere Generationen bewerten können. Die in diesem Zusammenhang entstandene „Initiative gegen Militärforschung an Universitäten“ hat seitdem regelmäßig Aktionen für die Umsetzung des Anliegens unternommen, nicht zuletzt eine Zivilklausel-Tagung im letzten Juni am KIT, die in der Streitschrift „Jetzt entrüsten!“ im Stuttgart AnStifter-Verlag Peter Grohmann dokumentiert wurde. Das KIT-Präsidium hat das alles ausgesessen, früher unterstützt von Schwarz-Gelb, heute entgegen Wahlversprechen von Grün-Rot. Wird alles ebenso wie aus der bundesweiten Zivilklausel-Bewegung in der pdf-Dokumentation bei stattweb.de online verfügbar gemacht. Hier der Gleichgewichtigkeit der Berichtsteile halber nur vier aktuelle Stichworte zum Nachlesen in der WebDoku:

- (1) Keine Doppelberufung KIT / IOSB (militärisches Fraunhofer-Institut),
- (2) Whistleblowing-Veranstaltung der Linken mit bewegendem Erstauftritt der Ethnologin Irma Kreiten (wiss. und gesundheitlich beschädigt an der Uni Tübingen),
- (3) Aberkennung der KIT-Ehrensensatorwürde für Rudolf Greifeld (Atommanager, Antisemit und Alt-Nazi) und
- (4) Symposium am 18./19. Oktober für das Greifeld-Opfer Leon Gruenbaum unter Teilnahme von Beate und Serge Klarsfeld aus Paris (Fils et filles de déportés juifs de France).

- **Kassel:** Die zitierte Urabstimmung an der Universität im Januar mit 72 % für die Aufnahme einer durchdachten Zivil- und Transklausel ging derjenigen in Kiel beispielhaft voraus. Der AK Zivilklausel ist und war vielfacher Gastgeber von bundesweiten Zivilklausel-Vernetzungstreffen. Seit 2011 ist die Zivilklausel Gegenstand der Beratungen im Kasseler „Friedensratschlag“. Ab Juli 2012 wurde sie auf Studi-Antrag Bestandteil der "Orientierung für Professorinnen und Professoren". Das genügt der Uni-Leitung, nicht aber den Studierenden, die eine höhere Verbindlichkeit durch Aufnahme in die Grundordnung wollen. Warum hat der Uni-Rektor den Uni-Leaks-Briefkasten des AStA als Denunziations-Möglichkeit bezeichnet? Bangemachen vor der befürchteten Aufdeckung der Kraus-Maffei-Connections?

- **Kiel:** Die zitierte Befragung der Studierenden durch den AK Zivilklausel des AStA der Christian-Albrechts-Universität mit einem Ergebnis von 73 % für eine Zivilklausel hat einen riesigen Pressewirbel verursacht, wohl nicht zuletzt aufgrund der breitflächigen Kontamination der Uni mit Militärforschung aller Art und den unsäglichen Reaktionen des Direktors des Instituts für Politikwissenschaften. Dessen Bezeichnungen gegen die Zivilklausel-Bewegung gipfeln in der Gleichsetzung mit der Juden-Verfolgung durch die Nazis. Er schreckt nicht vor der Diffamierung von geachteten Institutionen des Antimilitarismus und Antifaschismus zurück. Mit nunmehr 6 erfolgreichen Urabstimmungen und 14 Zivilklauseln an Hochschulen ist ein empfindlichen Nerv der herrschenden Militarisierungspolitik getroffen worden,

• **Koblenz-Landau:** Ende Juni gab es an der Universität ein Podium zum Thema "Militär auf dem Vormarsch - Bundeswehr und Hochschule - Distanz oder Kooperation?" mit Clemens Albrecht (Prof. im Institut für Soziologie der Uni) und Hans-Jörg Kreowski (Prof. Theoretische Informatik der Uni Bremen, IflF). Albrecht erwies sich als ausgefuchster Polemiker. Die Friedensleute saßen da wie die Kaninchen vor der Schlange. Leider ein nicht untypischer Ausschnitt aus der Wirklichkeit.

• **Köln:** Der seit Jahren kontinuierlich tätige und innovative AK Zivilklausel der Universität konnte im Dezember 2010 nach Karlsruhe im Januar 2009 eine zweite erfolgreiche Abstimmung mit 65 % Zustimmung für die Zivilklausel durchsetzen. Ende 2012 hatte eine Vollversammlung mit ca. 500 Studierenden, Lehrenden und MitarbeiterInnen eine Resolution für eine demokratische Hochschulreform und für eine Zivilklausel in die Grundordnung aufgenommen. Mitte Juli scheiterte die Abstimmung darüber im Senat mit deutlicher Mehrheit und abenteuerlichen Thesen über Wissenschaftsfreiheit, Völkerverständigung und Humanisierung. Der AK macht weiter und fordert zur Neureflection, u.a. für eine Zivilorientierung im Leitbild der Uni auf. Stichwort Innovation: Der AK hat die bundesweite Unterschriftensammlung „Lernen für den Frieden“ der Initiative „Hochschulen für den Frieden - Ja zur Zivilklausel“ auf den Weg gebracht.

• **Konstanz:** Im Kontext mit den Auseinandersetzungen am KIT Karlsruhe konnte im März 2010 die in Vergessenheit geratene, 1991 vom Großen Senat der Universität beschlossene Zivilklausel ausgegraben werden, wonach „Forschung für Rüstungszwecke, insbesondere zur Erzeugung von Massenvernichtungswaffen an der Universität Konstanz keinen Platz hat und auch in Zukunft keinen Platz haben wird.“ Die damalige Landesregierung hatte es nicht gewagt, die gegen ihren Willen beschlossene angeblich „verfassungswidrige“ Zivilklausel zu beseitigen. Die EADS-Rüstungssparte Cassidian rühmt sich der engen Kooperation mit der Uni. Und deren Rektor Ulrich Rüdiger erklärt, selbstredend würde die Zivilklausel eingehalten und Rüstungsprojekte und geheime Forschungen seien bei der Kooperation ausdrücklich ausgenommen. Die Grün-Rote Landesregierung schaut zu. Der AK Zivilklausel der Uni hat entschiedene externe Unterstützung verdient

• **Leipzig:** Im aktuellen Magazin „student!“ der Universität konnte man den Titel lesen „Rüstungsfreiheit - Leipzig beteiligt sich nicht am Trend zu Zivilklausel“. Recht so: Eine nüchterne Lagebetrachtung ist der Anfang von Allem. Im Sommer 2011 hatte sich der StudentInnenRat für eine verbindliche Zivilklausel ausgesprochen. Und nicht von Pappe war die Reaktion der Studierenden auf die Nikolausvorlesung des Bundesverteidigungsministers letztes Jahr in der Uni. „Deutsche Waffen, deutsches Geld morden mit in aller Welt“, töntem in unisono der Sprechchor im Hörsaal 3. Ein ermutigendes Signal, das den oben geschilderten Protest an der HU Berlin beflügelt haben wird. Vielleicht wirken die zitierten aktuellen Erfolge in Münster, Kiel, Göttingen, Frankfurt a.M. und Kassel beflügelnd zurück?

• **Mainz:** Dort wurde kürzlich „30 Jahre Mainzer Appell“ zelebriert. Es ging damals um die NaturwissenschaftlerInnen-Warnung vor der Stationierung neuer Atomwaffen. Prominentes Podium mit Hans-Peter Dürr, weitere ehemals Aktive und eine absolut schwache Beteiligung (eine einzige Studentin der Johannes-Gutenberg-Universität) wohl auch wegen ungenügender Öffentlichkeitsarbeit. Immerhin war das die Geburtsstunde von NatWiss, deren genuine auf das Heute bezogene Arbeit die Zivilklausel ist. Wie gesagt nichts dazu von den Studis. Ach halt: Im November 2010 wurde an der Uni auf dem Bundeskoordinierungstreffen der Juso-HSGen der Kampf für Zivilklauseln in Bundes-, Landeshochschulgesetzen und Verfassungen bzw. Grundordnungen der Hochschulen beschlossen: „Das Engagement der Studierenden und der Gewerkschaften am KIT für die Verankerung einer Friedensbindung ist eine perspektivbildende Ermunterung.“

• **Marburg:** Der Jurist Hans-Detlef Horn an der Philipps-Universität machte Ende 2012 seine umwerfende Analyse öffentlich, dass die Zivilklausel „Friedensextrismus“ und „imperialistischer Pazifismus“ sei. Wolfgang Abendroth hat sich vernehmlich im Grab umgedreht und Gerhard Stuby wie oben reagiert. An der Uni lehrt auch der Altmeister der früheren Rüstungsforschungs-

Gegenwehr Rainer Rilling, der die bekannte Zivilklausel-Dokumentation bei stattweb.de als „die ausreichende (!!) und ständig aktualisierte Quelle zum Thema Zivilklausel“ ansieht. Von den Studis hört man nichts zur Zivilklausel. Das muss nicht so bleiben. Wie überall gibt es massive andere Probleme. Die Studis haben gerade drei Tage lang aus Protest gegen die Wohnungsnot eine ehemalige Klinik besetzt.

- **München:** Die TU und die Ludwig-Maximilians-Universität sind seit langer Zeit in Rüstungsforschung eingebunden, z.B. in den zivilmilitärischen Forschungskomplex CoTeSys zusammen mit der Bundeswehr-Universität. Derzeit wird in Ottobrunn auf dem Gelände einer ehemaligen NS-Versuchsanstalt der militärisch-industrielle Forschungskomplex BICAS für autonome "hochautomatisierte" Kampfdrohnen aufgebaut. Seit 2010 bemühen sich die ver.di-Betriebsgruppen der LMU und der TUM um Aufklärung und Gegenwehr. Diese stetige Mühe mündete kürzlich in das gut besuchte Podium „Widerstand in Bayern bündeln!“ von ver.di und GEW Bayern mit den Forderungen „Zivilklausel verankern. Kooperationsvereinbarung kündigen.“. Ein wesentliches Ergebnis ist der Aufbau einer bayernweiten Zivilklausel-Vernetzung.
- **Münster:** Der Paukenschlag am 17. Juli 2013 an der Westfälischen Wilhelms-Universität mit dem einstimmigen Senatsbeschluss für die zitierte Zivilklausel, die nunmehr Vierzehnte. Der AK Zivilklausel beim AStA der Uni arbeitet seit zwei Jahren und hatte die Forderung noch vor gar nicht so langer Zeit konkretisiert. Wie Jörg Rostek erklärt, sei diese weniger weitgehend als von den Studis beantragt, werde aber als großer Schritt in die richtige Richtung angesehen. In der Vergangenheit habe es „wehrmedizinische“ Projekte mit der Bundeswehr gegeben. Mit der Zivilklausel solle dafür gesorgt werden, daß Kriegsforschung nicht noch mal stattfindet. Ziel müsse es weiter sein, die Zivilklausel in das Hochschulzukunftsgesetz Nordrhein-Westfalen zu integrieren, damit diese nicht an jeder Universität einzeln erstritten werden muss.
- **Potsdam:** Die Universität ist mit „Military Studies“ zum Symbol-Ort für kriegsfördernde zivilmilitärische Zusammenarbeit geworden. Der 2007 eingerichtete Masterstudiengang im Bereich sozialwissenschaftlicher Militärforschung wird zur Hälfte durch die Bundeswehr getragen. Hier wird gemäß Weißbuch der Bundeswehr die „Integration politischer, militärischer, entwicklungspolitischer, wirtschaftlicher, humanitärer, polizeilicher und nachrichtendienstlicher Instrumente der Konfliktverhütung und Krisenbewältigung“ exemplifiziert, d.h. die neudeutsche Kriegspolitik nach außen und innen. Die jahrelange aktive Gegenwehr des AStA hat zu einer beachtlichen regionalen Vernetzung, der „Brandenburg-Berliner Initiative für Zivilklausel gegen Rüstungs- und Militärforschung“ beigetragen.
- **Oldenburg:** In Auswertung ihrer NatWiss-Umfrage von Mitte 2010 berichtet Natascha Bisbis zur Zivilklausel der Carl-von-Ossietzky-Universität von 2007 über Verstöße, wonach WissenschaftlerInnen des sozialwissenschaftlichen Instituts Strategien für westliche Militärinterventionen in Entwicklungsländern entwickeln. Im zugehörigen "Netzwerk Interventionskultur" seien auch die Uni Marburg, der SFB 700 der FU Berlin und der Studiengang "Military Studies" an der Uni Potsdam beteiligt. Niemand an der Uni mit dem Namen eines international hoch geachteten Nazi-Opfers hat dieser offensichtliche Verstoß gestört, auch nicht einen friedensbewegten Prof. der Uni.
- **Regensburg:** VertreterInnen des AStA der Universität Regensburg und der „Initiative Friedliche Uni Augsburg“ haben aufgrund des ersten bayernweiten Vernetzungstreffens zur Zivilklausel im Rahmen der von ver.di und GEW organisierten Tagung Ende Juni in München die Initiative für einen konstituierenden Vernetzungstermin im September ergriffen.
- **Rostock:** Das Konzil der Universität beschloss im Juni 2011 eine Zivilklausel sehr ähnlich der Tübinger: „Lehre, Forschung und Studium an der Universität sollen friedlichen Zwecken dienen, das Zusammenleben der Völker bereichern und im Bewusstsein der Nachhaltigkeit bei der Nutzung der endlichen natürlichen Ressourcen erfolgen.“ Die bisher einzige in Mecklenburg-Vorpommern. Im März haben die Grünen und Linke des Landes den Ausstieg der Hochschulen aus

der Rüstungsforschung gefordert. Alle Lehr- u. Forschungseinrichtungen sollten Zivilklauseln abschließen.

• **Tübingen:** Auf Initiative der Studierenden der Universität im Bildungsstreik hatte der Senat Ende 2009 eine Zivilklausel als Präambel zur Grundordnung beschlossen, die im September 2010 rechtskräftig mit Zustimmung (!!!) derjenigen Landesregierung geworden war, die die Klausel als verfassungswidrig bezeichnet hatte. Die erste Zivilklausel neueren Datums, ein mächtiger Impuls und Meilenstein mit widersprüchlichen Folgen. Bereits Ende 2010 wurde federführend vom Institut für Politikwissenschaften der Kriegsbefürworter Wolfgang Ischinger (Münchener NATO-Sicherheitskonferenz) zum Honorarprofessor bestellt. Dessen Antrittsvorlesung im Mai 2011 konnte als NATO-Handstreich gegen die Uni verstanden werden. Mittels einer aufwändigen Ringvorlesungsreihe wurde von eben jenen Politikwissenschaftlern die Zivilklausel in eine Friedensklausel umgetauft, die mit Forschung und Lehre für die Bundeswehr vereinbar sein soll. Die aktuelle Lage: Der früher aktive örtliche Protest mit IMI e.V. an der Spitze ist eingeschlafen. Die WELT stellte kürzlich unter dem Titel „Im Seminar des »Kriegstreibers«“ voller Stolz fest, dass Ischinger Honorarprofessor ist.

• **Siegen:** Der AStA der Universität hat gerade eine Projektstelle Zivilklausel ausgeschrieben wie schon der Düsseldorfer AStA im Februar. Aufgaben: Planung und Durchführung einer Veranstaltungsreihe zum Thema, Vernetzung, besonders auf Landesebene, mit anderen Zivilklauselgruppen. Sammeln, Aufbereiten und Verbreiten von Informationen über Rüstungsforschung an der Uni sowie Kooperationen mit Unternehmen, die in irgendeiner Weise mit Rüstung zu tun haben. Übrigens: Der Sprach-, Literatur- und Medienwissenschaftler Clemens Knobloch an der Uni engagiert sich gegen die unternehmerische Hochschule und wirkte an einem Podium Ende 2012 an der Uni Köln mit. Dort geht es um die Aufdeckung der Uni-Kooperationsverträge mit der Bayer AG.

• **Stuttgart:** Die Universität war federführend für die hiesige Version des gescheiterten Reagan'schen SDI-Programms, woran viele WissenschaftlerInnen per Unterschrift eine Beteiligung verweigerten. Nun ist die Uni traditioneller Forschungspartner des deutsch-europäischen Rüstungsgiganten EADS. Dagegen konstituierte sich ein AK Zivilklausel, der aber gegenwärtig nicht mehr aktiv ist. Die Landeshauptstadt beherbergt allerdings einen bundesweiten Friedens-Lichtblick, die Landesgeschäftsstelle der DFG-VK mit Roland Blach. Vielfältige Initiativen gegen Atomwaffen und Rüstung. Vernetzung Zivilklausel-Aktivitäten mit Kampagne „Schulfrei für die Bundeswehr“, BaWü-weite Zivilklausel-Vernetzung (muss neu zum Leben erweckt werden - siehe Tübingen, Konstanz, Freiburg, Karlsruhe).

Überlegung zur Qualität von Wissenschaft

Die FREITAG-Autorin Nina Marie Bust-Bartels hat aus der hier geschilderten Lage die Frage abgeleitet, ob die Zivilklausel-Bewegung an den Hochschulen die Friedensbewegung insgesamt beleben könnte. Das ist ein großer Gedanke. Dazu muss daran erinnert werden, dass Kriege in den Köpfen beginnen. Durch die zunehmende Unwilligkeit der Studierenden, sich in Forschung und Lehre für militärische Zwecke einzuspannen zu lassen, werden die Herrschenden immer nervöser. Die Studierenden entwickeln bei diesen Auseinandersetzungen ein Gespür für etwas noch viel Grundsätzlicheres über ihren Beruf. Kreative Unruhe statt behäbige Gewissheit oder gar Geheimniskrämerei bringen die Wissenschaft und die Welt voran. Die Zivilklausel-Bewegung befördert ein Stück Rückbesinnung auf den Pazifismus der unmittelbaren Nachkriegszeit, der gegen große Widerstände mit der Remilitarisierung ausgelöscht wurde. Um diese ursprüngliche Absicht der Verfassungsväter genau geht es, wenn Erhard Denninger von der Friedensfinalität des Grundgesetzes spricht.

Die Wissenschaft wurde in den 1930er Jahren durch die „arische Physik“ und später im Faschismus deformiert bis hin zur Teilnahme an den ungeheuerlichen Verbrechen in den Konzentrationslagern. Hier verbietet sich jeglicher Vergleich auf Ewigkeit. Aber nicht mit dem

Beginn dieses Menschheitsverbrechens, nämlich der Ausgrenzung, der Abwanderung und später der Ermordung von jüdischen WissenschaftlerInnen. Dieser wesentliche Beitrag zur Ruinierung von Selbstverständnis und Qualität der Wissenschaft darf nicht in Vergessenheit geraten. Die heutige Militarisierung befördert Anpasserei und Bürokratisierung von Wissenschaft und beschädigt deren Qualität zum Nachteil des Allgemeinwohls, dem die öffentlichen Hochschulen verpflichtet sind.

Der Friedenswissenschaftler Subrata Ghoshroy aus dem Massachusetts Institute of Technology (MIT) hatte in seinem denkwürdigen Vortrag im Karlsruhe Institute of Technology (KIT) Ende 2009 im voll besetzten Redtenbacher-Hörsaal der Uni über „Verzicht auf Militärforschung – Herausforderung und Chance“ gesprochen. Er hatte zur „civil clause“ ermutigt und anhand von Fakten aus den USA - dem dominierenden Einfluss der Militärforschung am MIT und anderen US-Universitäten - vor den verheerenden Folgen für das geistige Klima und für die Unabhängigkeit der Unis gewarnt.

Vielleicht werden spätere Generationen die Zivilklausel-Bewegung nicht nur für ihren Friedensbeitrag würdigen, sondern auch für die dadurch bewirkte kreative Unruhe. Diese Unruhe wirkt der Degradierung der Wissenschaftsqualität durch Drittmittel-Fremdsteuerung für die Interessen der Großwirtschaft und des Militärs entgegen. (PK)

Über die Quellen zu diesem Beitrag

Fast alles kann in der WebDoku <http://www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf> Recherchiert werden. Speziell hingewiesen sei auf:

- Natwiss-Umfrage <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20100609.pdf>
- Tabelle <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20101222.pdf> und
- Handout <http://www.ghg-aachen.de/wp/wp-content/uploads/handout-RWTH-241012-DS.pdf>

Online-Flyer Nr. 414 vom 10.07.2013

<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=19224>

IMI (Informationsstelle Militarisierung) Tübingen und ein Karlsruher „Linksextremist“

Die Zivilklausel-„Rädelsführer“

Von Dietrich Schulze



Prof. Joachim Krause Leiter des Instituts für Sicherheitspolitik in Kiel
Quelle: www.uni-kiel.de
www.uni-kiel.de

Nun ist von einem gestandenen Politikwissenschaftler aus Kiel [1] zu der ganzen in die Irre führenden Zivilklausel-Bewegung an den Hochschulen endlich einmal Klartext gesprochen worden. Zu einer Bewegung, die nichts anderes bezweckt, als unsere friedliebende Bundeswehr madig zu machen und ihr die für ihren Friedenskampf notwendige wissenschaftliche Unterstützung zu entziehen. Bekanntlich sagt Verteidigungsminister Lothar de Maiziére selber, dass die Bundeswehr Teil der Friedensbewegung ist. Noch nicht einmal der DGB-Vorsitzende Michael Sommer, der den Minister extra eingeladen hatte, konnte dieser selbstbewussten Feststellung des Ministers irgendetwas entgegen setzen, mal abgesehen von den üblichen Protesten aus der linken bzw. der linksextremen Ecke.

S and im Getriebe

Prof. Dr. Joachim Krause, Direktor des Instituts für Politikwissenschaften (ISPK), erklärt in seiner Stellungnahme: „Diese Kampagne [für die Zivilklausel] wird bundesweit von Gruppen und Personen koordiniert, die aus dem linken (oft linksextremen), antimilitaristischen Spektrum stammen (wie das „imi“ in Tübingen oder Dr. Dietrich Schulze aus Karlsruhe, der ansonsten auch noch für den VVN-Bund der Antifaschisten auftritt, einer Organisation, die der Verfassungsschutz in Baden-Württemberg wohl nicht zu Unrecht als „linksextremistisch beeinflusst“ qualifiziert).“

Bitte fallen Sie jetzt nicht vom Stuhl. Ja, ich bekenne mich reumütig dazu: Dieser „Linksextremist“ bin ich, der Autor dieser Zeilen. Dazu gleich mehr. Aber zuerst mal: Wie kam es denn zu dieser nun wirklich geharnischten Stellungnahme von Prof. Krause gegen die Zivilklausel?

Ganz einfach. Die Studierenden der Uni Kiel hatten bei einer Befragung parallel zu den Studierendenwahlen ohne großes Federlesen mit einer Zweidrittelmehrheit für eine Zivilklausel abgestimmt. Ja sind die denn noch ganz gebacken? So mir nichts, Dir nichts. Haben die denn wirklich nicht die aufrüttelnde Stellungnahme des Verteidigungsministers »Wo bleibt die Debatte zur Militärpolitik?« [2], sein einfühlsames Interview in der Studi-Zeitung UNICUM »Der Pflichtverteidiger« [3] und die ausführlich dargelegten Besorgnisse der WamS (Welt am Sonntag) »Die Bundeswehr, Deutschlands ungeliebte Armee« [4] gelesen, in denen ausdrücklich vor der Zivilklausel gewarnt wurde.

Aufstand nach Maß

Es kommt noch erschwerend hinzu, dass sich die Studierenden möglicherweise von dem berüchtigten antimilitaristischen Webportal German-Foreign-Policy [5] haben beeinflussen lassen. Hatte dieses doch über eine Tagung der "Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik" informiert, an der Prof. Krause mit Mitarbeitern des ISPK teilnahm. Dort wurde unter dem Motto der Aufstandsbekämpfung in den Ländern des globalen Südens über dessen Studie für das Bundesverteidigungsministerium berichtet. Aus Feldforschungen in Afghanistan hatte das ISPK Wichtiges für unsere Truppe heraus gefunden. Als eines der "wirksamsten Instrumente" zur effektiven Aufstandsbekämpfung wird die "Enthauptung" aufständischer Gruppen durch "Ausschaltung von bedeutenden Führern" analysiert. Ja, das konnte natürlich als martialische Kriegsforschung missverstanden werden. Man muss aber bedenken, um welche terroristische Sorte von Aufständischen es dort häufig geht. „Auf einen groben Klotz gehört ein grober Keil.“ Und dann kam nach der studentischen Abstimmung auch noch ein SpiegelOnline-Bericht mit der unmöglichen Schlagzeile »Studenten gegen Uni Kiel: Nie wieder Kriegsforschung!«. Jetzt musste sich Prof. Krause zur Wehr setzen. Schließlich geht es um die Verteidigung einer sprudelnden Finanzierungsquelle in Höhe von 2,7 Mio. Euro für die Uni in den letzten Jahren aus den Töpfen des BMVg und der NATO.

Zurück zu meiner Person als einem der Zivilklausel-„Rädelsführer“. Hier das Quellenmaterial dazu. Das wissen nämlich viele nicht. Auch Professoren schreiben gerne ab. Nachfolgend das Originalzitat des Verfassungsschutzes Baden-Württemberg vom April 2010, auf das sich Herr Prof. Krause offenbar bezieht.

Headline: »Linksextremistische Einflussnahme auf Jugendliche: Kampagne gegen Jugendoffiziere der Bundeswehr im Rahmen der Antimilitarismus-Kampagne«. Textauszug: »Die IMI in Tübingen veröffentlichte darüber hinaus einen IMI-Standpunkt vom 10. Dezember 2009 mit dem Titel „Jugendoffiziere raus aus den Schulen“. Darin wird kritisiert, dass der Jugendoffizier für eine grundsätzlich positive Haltung gegenüber der Militärpolitik sorgen könne. Die Schriftmaterialien der IMI sind bundesweit in gesellschaftskritischen, linken und linksextremistischen Kreisen gefragtes Informationsmaterial. In eine ähnliche Richtung geht die Kampagne gegen das Karlsruher Institut für Technologie (KIT). Ein Karlsruher Aktivist, zugleich Funktionär der VVN-BdA

Baden-Württemberg, publiziert seit Monaten für die Übertragung einer so genannten Zivilklausel (keine Forschung für militärische Zwecke) auf das am 1. Oktober 2009 als Zusammenschluss des Forschungszentrums Karlsruhe mit der Universität Karlsruhen gegründete neue Institut. Seine antimilitaristische Argumentation findet vor allem in Publikationen verschiedener linksextremistischer und linksextremistisch beeinflusster Organisationen und Parteien Widerhall.«

Also, um das gleich klarzustellen, der unbenannte Aktivist bin ich. Die VS-Internet-Quelle [6] ist inzwischen leider gelöscht worden. Weil ich mir diese wertvolle Analyse natürlich hinter die Ohren schreiben musste, hatte ich sie kopiert. Das Zitat ist nun schon über drei Jahre alt und inzwischen hat die Regierung in Baden-Württemberg von Schwarz-Gelb nach Grün-Rot gewechselt. Aber das spielt doch überhaupt keine Rolle, ich bitte Sie.

Tatsachen und Meinungen

Prof. Krause schreibt weiter: »Besonders die jungen Wissenschaftler (aber auch viele Studierende) sehen bei uns die Debatte zur „Zivilklausel“ mit großer Sorge, weil es ihnen damit unmöglich gemacht werden soll, sich wissenschaftlich auf dem Gebiet der Erforschung von Sicherheitspolitik zu betätigen. Sie sehen nicht ein, warum sich die Universität vor den Karren derjenigen spannen lassen sollen, die glauben sie hätten mit „antimilitaristischen,“ aber zutiefst militanten Parolen den besten Weg zum Frieden gefunden und die alle diskreditieren wollen, die anderer Meinung sind. Wenn es nicht gelingt an den deutschen Universitäten die Vielfalt der Meinungen über das, was den Frieden sichert, zu bewahren, dann ist das ein Armutszeugnis für die Demokratie und für die deutschen Universitäten.«

Genau, liebe junge Wissenschaftler und Studierende, lasst Euch von solcher als friedlich und freiheitlich getarnter Erpressungspolitik nicht beirren. Das wussten doch schon die alten Römer: „Si vis pacem, para bellum“ d. h. „Wenn du Frieden willst, bereite Dich auf den Krieg vor.“ Und das schlaue Wiki weiß: „Die Grundüberlegung liegt militärischen Beistandspakten zugrunde, die sich gegenseitige Unterstützung versprechen, um einen potenziellen Angreifer bereits im Voraus von einem Angriff abzuhalten.“ Das wird in dieser globalisierte Welt mit mannigfachen Gefahrenherden von diesen „antimilitaristischen“ Trautänzern vollständig übersehen. Genau das ist der Kern der modernen Sicherheitspolitik in enger Zusammenarbeit mit dem Friedensbündnis NATO.

Außerdem müssen immer die Folgen bedacht werden. Hinten und vorne fehlt es an Geld für Lehr- und Fachkräften, Gebäudesanierung und Forschung. Da müssen Wirtschaft, Militär und NATO in der Finanzierung einspringen. Mit denen dürfen wir es keinesfalls verscherzen. Wenn die zur Schlussfolgerung kommen sollten, dass an der betreffenden Hochschule die gewichtige Stimme der Wirtschaft und die Erfordernisse der Rüstung für die Friedenssicherung nicht mehr Ernst genommen werden, dann drehen die uns den Geldhahn zu. Dann würde am Ende das ganze ISPK zusammen brechen und in einer Kettenreaktion die Uni Kiel und am Ende die ganze Demokratie. Abhängigkeit? Papperlapapp. Jedem Menschen muss doch klar sein, dass Wirtschaft und Militär klar definierte Interessen haben. Und immer noch gilt, so blöd das klingen mag: „Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.“

Ironie der Geschichte

Bessere Uni-Grundfinanzierung? Wo soll denn der Staat das Geld hernehmen, wenn er es für die friedensschaffenden vorbeugenden Interventionseinsätze der Bundeswehr und die dafür erforderliche moderne Ausrüstung benötigt? Wie sonst kann den notleidenden Staaten gegen die Terroristen geholfen werden? Diese stehen obendrein in ihrer elenden Feigheit die Waffen, die von uns an die Freiheitskämpfer geliefert werden. Dass dieser Diebstahl immer mehr zunimmt, da können wir doch nichts dafür. Und dass damit bei uns Arbeitsplätze gesichert werden, da kann man ja nun auch nichts dagegen haben. Im Gegenteil, da müssen wir dafür sein, wie Berthold Huber von der IG Metall nicht müde wurde zu betonen. Zu allem Überfluss werden die heutigen Freiheitskämpfer morgen plötzlich Terroristen. So ist es doch den USA mit den Taliban in

Afghanistan gegangen. Wie kann man es da dem Friedensnobelpreisträger Barack Obama verdenken, wenn er lieber Drohnen einsetzt, um die eigenen Soldaten zu schützen. Und unser Verteidiger argumentiert doch genauso. Dafür wird nun mal die nötige Vorlaufforschung auch an den Hochschulen wie Tübingen, Karlsruhe usw. gebraucht. Warum zum Kuckuck wird nicht endlich mal laut und deutlich gesagt »Von den USA lernen, heißt siegen lernen.« anstatt ständig an deren anstrengenden Bemühungen um den Weltfrieden herum zu nörgeln. Die werden schon gute Gründe haben, warum sie ihre Atomwaffen auf unserem Boden nicht abziehen können, sondern modernisieren müssen. Widerspruch zu dem von Obama laufend verkündeten Fernziel der Abschaffung aller Atomwaffen? Keineswegs, denn bis zum Schluss muss der freiheitliche Westen rein zur Sicherheit die Oberhand über alle anderen behalten (si vis pacem). Das muss doch endlich mal begriffen werden.

Ich muss unbedingt noch eine direkte Warnung loswerden, die sich auf den zitierten Text von 2010 bezieht. Auch das haben gewisse Kampagnen-Spezialisten nicht begriffen. Jugendoffiziere an den Schulen machen doch nichts anderes als die SchülerInnen über die weltweiten Friedenseinsätze der Bundeswehr aufzuklären, aus erster Hand gewissermaßen. Und die LehrerInnen haben häufig gar keine Vorstellung davon. Beutelsbacher Konsens: Was soll denn das nun wieder sein? Ich möchte Sie deswegen ausdrücklich darum bitten, zehnmal darüber nachzudenken, bevor Sie den Appell „Lernen für den Frieden“ [7] unterschreiben.

Bitte bedenken Sie bei Ihrer Gesamtbeurteilung auch das folgende etwas realistischere Bild vom Mit-„Rädelsführer“ IMI Tübingen. Die Zeitschrift „DIE WELT“ [8] berichtete Mitte Mai unter der Überschrift »Im Seminar des "Kriegstreibers"« voller Stolz über das Krisendiplomatie-Seminar an der Uni Tübingen von Professor Wolfgang Ischinger, dem Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz. Im Gegensatz zu anderen Universitäten werde hier nicht gegen das Militär mobil gemacht und der Diskurs unterdrückt. Erinnert wird aber auch an die Anfänge zwei Jahre davor, als unter Bezug auf die Ende 2009 beschlossene Tübinger Zivilklausel starke Proteste gegen dessen Bestellung zum Honorarprofessor aufgekommen waren. An diesen Protesten war auch die Informationsstelle Militarisierung IMI beteiligt, Ende 2011 sogar mit einer Pro-Zivilklausel-Veranstaltung in den Räumen der Uni. In der Internetfassung des WELT-Artikels findet sich die programmatische Zwischenüberschrift »Ischinger bleibt Honorarprofessor«. Keinerlei Proteste mehr von irgendeiner Seite, auch nicht von IMI, die immerhin des Linksextremismus verdächtig ist.

Reden oder Schweigen

Bedauerlicherweise war ich an diesen Protesten 2011 besonders im publizistischen Bereich (also in unbelehrbarer Fortsetzung dessen, was der Verfassungsschutz bereits 2010 moniert hatte) beteiligt. Ja, ich bekenne es freimütig und demütig. Auch ich hatte Herrn Honorarprofessor in völliger Verblendung als „Kriegstrommler“ bezeichnet. Hinzu kommt, dass ich sein großherziges Angebot, als Gast an der berühmten Münchner Sicherheitskonferenz teilzunehmen, glatt ausgeschlagen habe. Dort hätte ich wahrlich viel über die komplizierten Zusammenhänge der NATO-Sicherheitspolitik dazu lernen können. Was war da nur in mich gefahren?

Dabei hat sich Professor Ischinger unsterbliche Verdienste in Sachen bewaffneter deutscher Friedenspolitik erworben. Nachdem sich die islamistischen Kamikaze-Terroristen 2001 in das World Trade Center gestürzt hatten, ersann er als Gerhard Schröders Mann in Washington den zielführenden Slogan der „uneingeschränkten Solidarität mit den USA“. Sie wissen schon. Es ging um das Trauma „Nie wieder ...“, das es endlich zu überwinden galt. Das dieser schon so lange praktizierte Ideenreichtum Ischingers irgendwann mit akademischen Würden belohnt werden musste, ist doch mehr als verständlich. Was Wunder, dass sich die erfindungsreichen Politikwissenschaftler-Kollegen der Kieler in der Uni Tübingen einfallen ließen, wie man Herrn Ischinger trotz Zivilklausel zum Honorarprofessor bestellen kann. Ganz einfach, die Zivilklausel in eine Friedensklausel umbenennen und den absehbaren Protest aussitzen. Zur Friedensklausel passt dann alles, angefangen von Professor Ischingers Seminaren über bewaffnete Krisendiplomatie bis

hin zur Forschung für Kriegsdrohnen – entschuldigen Sie bitte – ich meinte natürlich für Friedensdrohnen.

Der Vorwurf von Prof. Krause, dass IMI an der Koordinierung der bundesweiten Zivilklausel-Kampagne beteiligt sei, wenn es heute noch nicht mal vor der eigenen Haustür tätig wird, das ist wirklich ungerecht. Da hätte er sich doch besser mit seinem Politikwissenschaftler-Kollegen Thomas Nielebock in Tübingen verständigen sollen. So ist das aber mit Verfassungsschutz-Informationen. Man weiß nie, ob sie stimmen, noch stimmen oder nie gestimmt haben. Wenn Prof. Krause aber tatsächlich das Gespräch mit seinem Tübinger Kollegen suchen sollte, kann es passieren, dass dieser ihn für eine Friedensklausel auch an der Uni Kiel gewinnt.

E infach ranklotzen

Aber das muss nicht sein, denn schließlich geht es darum, die Diskurs-Hoheit über die Sicherheitspolitik an den Hochschulen gegen diese ärgerliche Zivilklauselbewegung zurück zu gewinnen, und zwar ohne Umschweife und lästige Diskussionen.

Dazu darf ich noch einen Blick nach „Drüben“ werfen. An der Uni Jena haben Studierende kürzlich auf dem Unisommerfest Prospekte eines Rüstungsvereins mit dem Titel »Schießen für den Frieden e.V. - Wir. Schaffen. Werte. Endgültig.« verteilt. Wie die Verteiler mitteilten [9], reichten die Reaktionen von Zustimmung für mehr Rüstungsforschung, über konsequente Ablehnung und Einstufung als satirische Aktion bis zu Empörung wegen Störung der festlichen Stimmung. Bitte sehr, weiter so. Klare Kante zeigen, meine Damen und Herren Studierende, Professoren und Minister.

Zu meiner Entschuldigung möchte ich abschließend anführen, dass ich in früheren Jahren von einem „Linksextremisten“, dem Kommunisten Karl Wagner [10], stark beeindruckt worden bin. Er hatte in seinem Widerstand gegen die Lager-SS im KZ Dachau hunderten von Mithäftlingen das Leben gerettet. Vielleicht können Sie jetzt ein kleinwenig Nachsicht mir gegenüber entwickeln. Ich komme über diese geschichtlichen Erkenntnisse und konkreten Erfahrungen von Zivilcourage einfach nicht hinweg.

Wagen Sie nach allem, was ich hier nach bestem Wissen und Gewissen zusammen getragen habe, mir zu widersprechen?!?!? Dazu können Sie gerne eine bekannte Web-Dokumentation <http://www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf> zu Rate ziehen. (PK)

Quellen:

- [1] http://www.ispk.uni-kiel.de/fileadmin/user_upload/thumbpublikationen/Publikationen_Krause/Stellungnahme_Prof_Krause_zu_Zivilklauseln.pdf
- [2] <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Namensbeitrag/2012/11/2012-11-21-de-maiziere-berliner-zeitung.html>
- [3] http://www.unicum.de/fileadmin/media/PDFs/UC_12-2012_Web.pdf
- [4] <http://www.welt.de/politik/ausland/article117156165/Die-Bundeswehr-Deutschlands-ungeliebte-Armee.html>
- [5] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20130502.pdf>
- [6] http://www.verfassungsschutz-bw.de/index.php?option=com_content&view=article&id=959:linksextremistische-einflussnahme-auf-jugendliche-kampagne-gegen-jugendoffiziere-der-bundeswehr-im-rahmen-der-antimilitarismus-kampagne&catid=201:meldung&Itemid=327
- [7] <http://lernenfuerdenfrieden.de/>
- [8] http://www.welt.de/print/die_welt/politik/article116319892/Im-Seminar-des-Kriegstreibers.html
- [9] <http://www.jenapolis.de/2013/07/aktion-fuer-eine-zivilklausel-an-der-uni-jena-die-universitaet-ist-kein-ort-fuer-politik/>
- [10] <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=19043>

Atomare Geschichtsentsorgung

Von Dietrich Schulze

Am 22. Juni berichteten die Badischen Neuesten Nachrichten in Karlsruhe (BNN) unter dem Titel „NS-Netzwerken auf der Fährte“ über die begonnene Geschichtsaufarbeitung zur NS-Vergangenheit von Gründern des Kernforschungszentrums Karlsruhe (FZK), das mit der Uni Karlsruhe zum Karlsruher Institut für Technologie KIT fusioniert wurde. Damit sei der Historiker Prof. Bernd-A. Rusinek beauftragt worden. Rusinek arbeitet seit 2008 im Forschungszentrum Jülich (früher Kernforschungsanlage KFA) und ist dort Leiter des Vorstandsarchivs. Ohne Details zu kennen, wirft das unmittelbar die Frage auf, ob der historisierende Beschäftigte eines Atomforschungszentrums, das selber traditionelle Probleme mit seiner NS-Vergangenheit hat, die notwendige Unabhängigkeit für diese Aufgabe aufbringen kann. Vermutlich geht es aber gar nicht um Aufklärung, wie zu zeigen sein wird.



Historiker Prof. Bernd-A. Rusinek
Quelle: <http://www.rusinek.eu/>

Worum geht es? Im September 2012 war von drei ehemaligen FZK-Beschäftigten [1], darunter dem Autor, von KIT verlangt worden, die Ehrensensatorwürde für Rudolf Greifeld abzuerkennen. Greifeld war einer der FZK-Gründer und langjähriger Geschäftsführer. Anfang der 1970er Jahre wurde er aufgrund antisemitischer Äußerungen und Handlungen als SS-Kriegsverwaltungsrat im dem von der faschistischen Wehrmacht besetzten Paris enttarnt und deswegen 1974 zwei Jahre vor seinem Rentenalter vom Bundesforschungsministerium seines Postens enthoben. Die Beweisdokumente für die begründete Abschiebung sind jederzeit zugänglich. Trotzdem verzögerte das KIT-Präsidium eine Senatsentscheidung mit immer neuen Ausflüchten gegen vielfältigen öffentlichen Protest, der Ende 2012 mit einer FAZ-Veröffentlichung [3] ins Rollen kam.

Wenn es noch einer Erklärung für die nicht nachvollziehbare Verzögerungstaktik bedurft hätte, so wurde sie von der im KIT immer noch äußerst einflussreichen Atomlobby selber geliefert. Der Ex-Chef des Schnellbrüter-Forschungsprogramms Willy Marth schrieb Mitte April in seinem blog [3] eine apologetische Würdigung des Atommanners, in der die zuvor geäußerten KIT-Ausflüchte nachgelesen werden können. Er spricht dort von „angeblichen NS-Verstrickungen“ Greifelds. In seiner eigenen Schrift „70 Jahre lang“ [4] vor zehn Jahren wusste er noch, dass Greifeld 1974 nach 18-jähriger Tätigkeit als administrativer Geschäftsführer die Vergangenheit während der Besatzungszeit in Paris eingeholt hatte, nachdem er dem „französischen Gastwissenschaftler Dr. Leon Grünbaum - nomen est omen - den Anstellungsvertrag aufkündigte“ und Greifeld wegen rassistischer Verhaltensweisen nicht mehr zu halten war. „Er (Greifeld) musste 62-jährig, und sehr gegen seinen Willen, die Rente antreten“, schrieb Marth 2003. Nun sind daraus „angebliche NS-Verstrickungen“ geworden. Die KIT-Leitung hat das ähnlich, nur etwas vornehmer ausgedrückt. „Die Vorwürfe gegen Dr. Greifeld - so die Argumentation - müssten wissenschaftlich belastbar verifiziert werden. Der von der Ethik-Kommission des KIT hinzugezogene Fachmann sehe dafür einen Zeitbedarf von ein bis zwei Jahren.“ wurde KIT in einer Pressemitteilung [5] von 15 unterzeichnen- den Gruppen und Organisationen Ende März 2013 zitiert und dazu kommentiert: „Erwiesene Fakten werden damit in zu überprüfende Vorwürfe umgedeutet. So anerkennenswert die umfassende Geschichtsaufarbeitung ist, so unverständlich ist es, dass die

Entscheidung über die Aberkennung hierdurch verzögert wird. Relevante Dokumente zur Causa Greifeld, die auch seine nach 1945 ungebrochen antisemitische Haltung belegen, ebenso wie solche, die im Zusammenhang mit dem weltweit bekannten Lischka-Prozess erwachsen sind, können beim Bundesforschungsministerium sowie bei der Staatsanwaltschaft Köln jederzeit eingesehen werden. Bei gutem Willen kann der KIT-Senat somit noch im Sommersemester 2013 eine Entscheidung in der hier in Frage stehenden Angelegenheit fällen.“

Was der Historiker Rusinek für die geforderte Aberkennung in seinem für Oktober 2014 (!!!) geplanten Gutachten heraus bringen wird, lässt sich ohne weiteres aus dem eingangs erwähnten BNN-Artikel ablesen. „Aus den persönlichen Beziehungen zwischen tätigen Führungskräften erhofft er sich dann, einen »strukturorientierten Blick« auf die ersten Jahre im Forschungszentrum werfen zu können.“ Dieser Blick auf die ersten FZK-Jahre, so die BNN weiter, „könnte zu Erkenntnissen führen, die aus heutiger Sicht bedeutender sind als die Frage nach individueller Schuld oder Nicht-Schuld.“

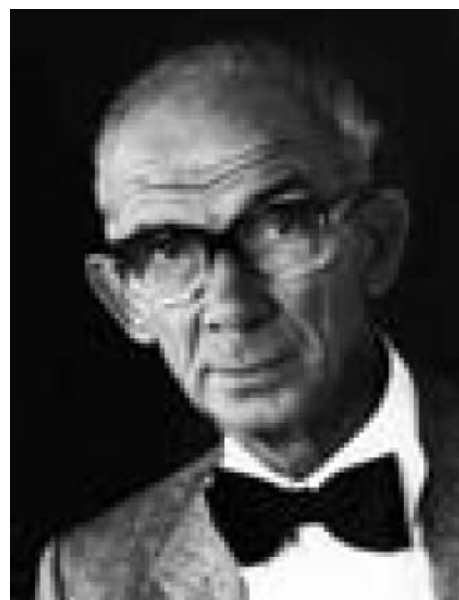
Bis dahin soll über den NS-belasteten Atommanager Greifeld nicht mehr gesprochen werden. Und nach geschlagenen zwei Jahren wird es einen ellenlangen Riemen über Strukturfragen geben und eine vieldeutige Antwort zu Rudolf Greifeld. Für dieses Traumergebnis aus der Sicht der Atomlobby ist Professor Rusinek unbestreitbar hoch qualifiziert. Das kann anhand seiner Veröffentlichungen ohne weiteres abgeleitet werden. Einerseits hat er sich mit der Rolle des Jülicher Greifelds namens Alfred Boettcher auseinander gesetzt [6]. Boettcher war SS-Hauptsturmführer, Physiker und Nazi-Kriegswissenschaftler in den besetzten Niederlanden und u.a. an Apparaturen für Experimente an Dachauer Häftlingen beteiligt. In den Niederlanden war er von 1945-1948 inhaftiert und ab 1960 wissenschaftlicher Geschäftsführer der KFA Jülich.

Andererseits ist Rusinek Mitautor einer Denkschrift von 2006 anlässlich des 50-jährigen KFA-Jubiläums [7], in der es zu Boettcher heißt: „Aufgrund seiner Tätigkeit als Physiker im Kriege, die aber nicht als wehrwissenschaftliche Physik anzusehen ist, war Boettcher in der Öffentlichkeit umstritten.“ In einer holländischen Dokumentation - zitiert 2007 im THTR-Rundbrief [8] - erklären unabhängige Autoren: „Boettcher war ein enthusiastischer Mitarbeiter des Nazi-Systems.“ Dort wird auch auf die verhängnisvolle Rolle von Alfred Boettcher in der KFA und Walther Schnurr (ab 1960 wissenschaftlicher Geschäftsführer des FZK) hingewiesen, die ebenso wie Greifeld an der atomaren Zusammenarbeit mit den damaligen Diktaturen Argentinien, Brasilien und Südafrika beteiligt waren. Rusinek hat auch über einen weiteren KFA-Gründungsvater und dessen Verwicklungen in die NS-Kriegswissenschaft und dessen atomare Aufbauleistungen für die neuen Herren geschrieben [8]. Sehr viel Psychologie und jede Menge Entschuldigungen für verantwortungslose Wissenschaft.

Wie kann man all diese Widersprüchlichkeiten begreifen? Gesamtbild: Intelligent klingende Relativierungen und beredte Dienstbarkeit. Deswegen wurde er für diesen Neuanlauf einer atomaren Geschichtsentsorgung ausgewählt. Dafür lässt sich das KIT nicht lumpen. Rusinek soll auch in Paris recherchieren. Greifelds Nazi-Vergangenheit in Paris, u.a. die Organisation des Hitler-Besuchs und antisemitische Dienstanweisungen, wurden von dem bereits zitierten jüdischen Physiker Leon Gruenbaum unter Mithilfe von Serge und Beate Klarsfeld aufgedeckt. Wie in einem früheren Beitrag des Autors [8] berichtet, verlor Greifeld aufgrund dieser Enthüllungen und dem



Atommanager Rudolf Greifeld
Quelle: BNN 15.03.13



Nazi-Kriegswissenschaftler Alfred Boettcher
Quelle: <http://juwel.fz-juelich.de>

massiven Protest französischer WissenschaftlerInnen seine Funktion als deutsches Lenkungsausschussmitglied in der Forschungseinrichtung Laue-Langevin (ILL) in Grenoble. Dort war er untragbar geworden und später auch in Karlsruhe.

Ernsthafte Aufklärung beschäftigt sich nicht nur mit den Tätern, sondern auch mit den Opfern. Schon jetzt ist dem Forum Ludwig Marum dafür zu danken, dass es am 19. Oktober in Karlsruhe ein Symposium [12] zu Ehren des jüdischen Wissenschaftlers Leon Gruenbaum abhalten wird. Gruenbaum hatte große persönliche Opfer zu erbringen. Aufgrund von Greifelds Diskriminierung fand er keine Beschäftigung als Physiker mehr. Er blieb aufrecht, wissenschaftlich kreativ und entwickelte sich zum Historiker. Als Referenten für das Symposium haben Serge und Beate Klarsfeld zugesagt. Die Historikerin Andrea Hoffend wird sich mit der Nazi-Restauration in Politik und Wissenschaft unter Adenauer auseinandersetzen. Aus dem Bereich der Naturwissenschaften soll eine Persönlichkeit gewonnen werden, die über die deutsche Plutonium-Politik vorträgt. Das hat sowohl einen konkreten als auch einen historischen Hintergrund. KIT forscht an Atomreaktoren der IV. Generation [13] mit Reaktoren, die dem in Kalkar beerdigten ähneln und einer atomaren Wiederaufarbeitung, die der in Wackersdorf beerdigten vergleichbar ist. Als ob es nie eine Energiewende und einen Atomausstieg gegeben hätte. Alles obendrein mit Billigung der Grün-Roten Landesregierung von Baden-Württemberg, die auch zur Causa Greifeld lauthals schweigt. Der historische Bezug ist ein dem Autor übergebenes geschichtswissenschaftliches Manuskript von Leon Gruenbaum unter dem Titel „Genesis der Plutoniumgesellschaft - Politische Konspirationen und Geschäfte“, das wegen seiner Qualität und seines Gedankenreichtums für das Symposium in Auszügen übersetzt vorgelegt werden wird.(PK)

Quellen:

- [1] NS-Netzwerken auf der Fährte, Klaus Gaßner BNN 22.06.13
<http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20130622.pdf>
- [2] Schriftwechsel mit KIT
<http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20121231.pdf>
- [3] Geschichte eines Ehrensenators, Rüdiger Soldt FAZ 29.12.12
<http://www.faz.net/frankfurter-allgemeine-zeitung/geschichte-eines-ehrensenators-12008671.html>
- [4] KIT: Dafür stand Rudolf Greifeld, blog Willy Marth 14.04.13
<http://www.rentnerblog.com/2013/04/kit-dafur-stand-rudolf-greifeld.html>
- [5] 70 Jahre lang – Erlebnisse und Beobachtungen, Willy Marth September 2003
- [6] Ehrensenatorwürde für Rudolf Greifeld beenden! PM 26.03.13
<http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20130326.pdf>
- [7] Deutsche und niederländische Physiker, B. Rusinek (unveröffentlicht, datumslos)
<http://www.rusinek.eu/wp-content/uploads/2012/02/Deutsche-und-niederl%C3%A4ndische-Physiker-Vortrag-2001-unver%C3%B6ffentlicht.pdf>
- [8] Rückblick - 50 Jahre Zukunft, Forschungszentrum Jülich 2006
<http://juwel.fz-juelich.de:8080/dspace/bitstream/2128/2534/1/>
- [9] Nukleare „Rattenlinie“: Eichmann und EHR in Argentinien, THTR Rundbrief April 2007
<http://www.reaktorpleite.de/nr.-112-april-07.html>
- [10] Leo Brandt (1908 -1971) Ingenieur - Wissenschaftsförderer -Visionär, B. Mittermaier, B. Rusinek (Hrg.) Forschungszentrum Jülich 2009
http://juwel.fz-juelich.de:8443/dspace/bitstream/2128/3692/1/Allgemeines_06.pdf
- [11] Zerbrecht die Plutonium-Tritium-Diktatur, Dietrich Schulze 2011 in 3 Teilen bei NRhZ
(1) Warum Alt-Nazis unter Adenauer Kernforschung betreiben sollten
<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=16473>
(2) Die Schimären Transmutation und Kernfusion am KIT in Karlsruhe
<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=16511>
(3) Die Genese der Plutonium-Tritium-Diktatur - In Memoriam Leon Grünbaum (1934 - 2004)
<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=16547>
- [12] Protestplakat der VVN-Bund der AntifaschistInnen Karlsruhe zum Tag der Arbeit 2013
<http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20130501.pdf>

[13] Jetzt Entrüsten – Hochschulen: Zukunftswerkstätten oder „Kriegsdienstleister“? Streitschrift zur Tagung im Juni 2012 am KIT, AnStifter-Verlag Peter Grohmann, S. 28-33
<http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20121230.pdf>

Weitere NRhZ-Beiträge des Autors

12.04.2013 Sternstunde an der HU Berlin <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=18942>

<http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20130412.pdf>

27.03.13 Dem KIT-Präsidium alles längst bekannt <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=18903>

Ehrensensatorwürde für Rudolf Greifeld wegen Nazi-Vergangenheit beenden! 09.01.13 KIT verschleppt Entscheidung <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=18624>

Zivilcourage gegen skandalöse Ehrensensatorwürde von Dr. Greifeld gefragt 19.12.12 Olivgrün gewendeter Landespatrarch <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=18537>

Die Winfried-Kretsch-Maus-Wende in Baden-Württemberg

02.05.12 „Atom- und Waffenforschung“ unterbinden!

<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=17736>

Zivilklausel: KIT zivil statt militärisch weiter entwickeln! 27.04.11 Aber KIT öffnet sich

<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=16452>

Atomforschungsprogramm in Karlsruhe bleibt strittig 30.03.11 Zweimal Wende eingeleitet

<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=16350>

AUS für CDU-Herrschaft - BaWü-Bildungsreform und Uni-Zivilklausel JETZT

Online-Flyer Nr. 408 vom 29.05.2013

<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=19097>

Breite Mobilisierung beerdigt Nazi-Prestige-Marsch in der "Residenz des Rechts"

Debakel für Nazis in Karlsruhe

Von Dietrich Schulze

Am 25. Mai sollten hunderte Nazis in Karlsruhe, der "Residenz des Rechts" aufmarschieren. Mit einer „Nationalen Großdemonstration“ unter dem Motto „Freiheit für alle politischen Gefangenen! Lasst unsere Kameraden frei!“ wollten sie für die Freilassung inhaftierter Nazis durch Karlsruhe als Standort des Bundesverfassungsgerichts ziehen.



Logo des Antifaschistischen Aktionsbündnis Karlsruhe (AAKA)
Alle Fotos: Dietrich Schulze

Gewalttäter und Volksverhetzer

Vor dem Hintergrund der Terrorzelle "NSU" mit der inzwischen nachgewiesenen staatlichen Unterstützung und der 200 Todesopfer rechter Gewalt seit 1990 wurde dies als eine besondere Provokation wahrgenommen. Das Antifaschistische Aktionsbündnis Karlsruhe (AAKA) rief unverzüglich nach Bekanntwerden der Pläne dazu auf, dem Nazi-Aufmarsch den Weg zu versperren, so wie es seit 10 Jahren gelungen ist, alle Nazi-Auftritte in Karlsruhe und auch das Nazi-Zentrum im Karlsruher Stadtteil Durlach zu verhindern [1]. Das ist erneut gelungen. Karlsruhe blieb nazifreie Zone. Die Zahlenverhältnisse: 208 Nazis, 1350 Polizisten, 2500 Protestierende.

Gemeinsamer Erfolg

Sicher waren die gemeinsame öffentliche Mobilisierung mit OB Frank Mentrup an der Spitze und dem AAKA an der Basis von zentraler Bedeutung für die Verhinderung des Nazi-Aufmarschs. Was aber waren die handfesten konkreten Gründe für diesen Erfolg? Immerhin war der Nazi-Aufmarsch aufgrund eines wohl nicht konsequent genug begründeten städtischen Verbots in zweiter Instanz gerichtlich genehmigt worden.

OB Mentrup ist uneingeschränkt zuzustimmen. Hier ein Zitat aus den Badischen Neuesten Nachrichten (BNN) vom 27. Mai: "Einzelne aufflackernde Konflikte an der Absperrung hätten nicht den Ausschlag gegeben, betonte Mentrup gestern. Die Bürger hätten einen „Schutzschild“ für die Stadt gebildet und mit ihrem Auftreten ein „Debakel für die Nazis in Karlsruhe“ erreicht."

Schutzschild und Knackpunkte

Und an welcher Stelle war der Schutzschild von Ausschlag gebender Bedeutung? An der östlichen Flanke der Absperrung auf dem Bahnhofsvorplatz, die hätte durchbrochen werden müssen, wenn die Nazis ihren gerichtlich genehmigten Marsch durch die Ettlinger Straße in die Karlsruher Innenstadt zum Bundesverfassungsgericht hätten antreten wollen. Genau diesen Weg wollte die Polizei mit einer zweimaligen Aufforderung an die protestierenden Antifaschisten gegen 15 Uhr frei räumen. Als Antwort erschallte jedoch zweimal der vielhundertstimmige Ruf „Nazis raus!“ Die komplette Ostseite des Bahnhofsvorplatzes - eingegrenzt durch die Poststraße und „Am Stadtgarten“, die beiden möglichen Wege zur Ettlinger Straße – war knüppeldick von Bürgerinnen und Bürgern geblockt worden.



Die Nordostecke des Schutzschildes

Mehrere seidene Fäden

Dieser Erfolg war keineswegs vorprogrammiert, sondern hing an mehreren seidenen Fäden:

- Vom östlichen Sammelpunkt am Tivoliplatz nahm die große Masse den Weg direkt zur Absperrung am Bahnhofsvorplatz anstatt den Weg über die Südseite des Bahnhofs zur städtischen Kundgebung auf der abgeschotteten Westseite. Dabei spielte das Fronttransparent des AAKA mit der Aufschrift „Wo Nazis marschieren, wird Widerstand zur Pflicht!“ eine wichtige Rolle. Das Transparent trägt das AAKA-Symbol mit der Inschrift „Weiße Rose gegen braune Gewalt“ in Anlehnung an die Geschwister Scholl.
- Die aufflackernden Konflikte insbesondere an der Nordseite des Bahnhofsvorplatzes in der abgesperrten Bahnhofstraße hatten zu einer ständig wechselnden Teilnehmerzahl an der Ostseite geführt, die unterkritisch hätte werden können. In der Bahnhofstraße kam es zu Polizei-Provokationen, ausgelöst durch die dafür berüchtigte BFE (Beweissicherungs- und Festnahme-Einheit). In Polizei-PR-Berichten wird die Konfliktursache den DemonstrantInnen in die Schuhe geschoben. Nur ein Gegenbeweis: Norbert Vöhringer, Karlsruher Ex-Bürgermeister (SPD), wurde von der Polizei grundlos mit Pfefferspray attackiert.
- Ein Großteil der protestierenden Bürgerinnen und Bürger an der strategisch bedeutsamen Ostseite hatte keine Erfahrungen mit Aktionen gegen Nazis. Sie wurden aber mit klaren Worten per Lautsprecherwagen aufgeklärt und unter Beifall dazu motiviert, sich notfalls geschlossen auf den Boden zu legen und den Nazis damit effektiv den Weg zu versperren.
- Die Protestierenden, die mehr als vier Stunden an der Ostseite ausharrten, trotzten der zermürbenden Situation mit immer neuen Gerüchten, wo die Nazis nun tatsächlich oder angeblich hingeleitet worden seien. Das kluge und besonnene Beharrungsvermögen der Bürgerinnen und Bürger war letztlich ausschlaggebend.

Die hier zitierte BNN-Beurteilung vom 28. Mai ist völlig zutreffend: „Die Entschlossenheit der rund 1000 Gegendemonstranten, die stundenlang die Poststraße blockierten, spielte in der angespannten Phase vor dem Verbot des rechtsextremen Umzugs eine große Rolle. Aufrufe der Polizei per Megafon, den Weg freizugeben, verhallten. Stattdessen kündigten die Versammelten an, sich notfalls auf die Straße zu setzen oder zu legen.“

Das waren die Knackpunkte für den Erfolg. Mit Ausnahme der BFE war der Polizeieinsatz verhältnismäßig und nicht auf Eskalation ausgerichtet.

Nazis bestätigen Gewaltbereitschaft

Die Nazi-Versammlung vor dem Hauptbahnhof vertrat hingegen in Wort und Schrift volksverhetzende Inhalte. Gewalt ging von sogenannten "Autonomen Nationalisten" aus, die einen Ausbruchversuch unternommen hatten, der von der Polizei verhindert wurde. Nach Auflösung des Nazi-Aufmarschs setzte sich diese Gruppe mit weiteren Nazi-Gewalttätern in Richtung zur JVA Bruchsal in Bewegung und verletzte dort Polizisten. Darin sieht sich die Stadt in ihrer vor Gericht erfolglos vertretenen Ansicht bestätigt, dass der Nazi-Auftritt mit Straftaten verbunden sei.

Gegen Extremismus?

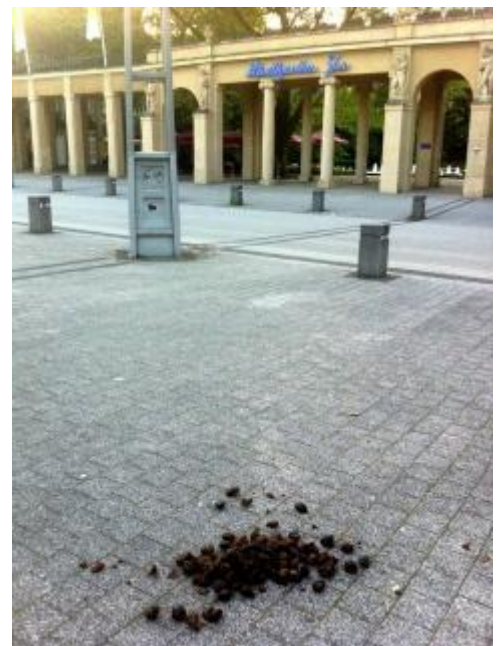
Bei aller Genugtuung über den gemeinsam erstrittenen Erfolg dürfen negative Begleiterscheinung nicht außer Acht gelassen werden. OB Mentrup begann seinen Aufruf so: „Liebe Bürgerinnen und Bürger aus nah und fern, Rechtsradikale wollen am 25. Mai zu einer „nationalen Großdemonstration“ nach Karlsruhe kommen. Aus diesem Anlass rufe ich Sie alle auf, ein unmissverständliches und starkes Zeichen zu setzen, dass in unserer Stadt kein Platz für extremistisches Gedankengut jedweder Art ist.“ Gegen diese unzulässige Rechts-Links-Gleichsetzung hatte sich das AAKA gewandt. Norbert Vöhringer, der als Mitarbeiter im AAKA auf der städtischen Kundgebung sprach, wandte sich dort dagegen. In einem ZEIT-Kommentar [2] wird diese sattem bekannte CDU-Linie analysiert und als Konsequenz daraus feststellt, „dass ein großer Teil der Deutschen bereits jetzt unter latenten Extremismusverdacht gehört.“ Dass der Extremismusbegriff in der Lokalpresse genüsslich ausgewalzt wurde, sollte niemanden wundern. Dass dieser aber von OB Frank Mentrup, der die jahrzehntelange CDU-Herrschaft in der Karlsruher Rathaus-Spitze abgelöst hat, wider besseren Wissens verwendet wird, muss erstaunen und sollte nicht hingenommen werden.

Nährböden Asylrecht und Militarisierung

Auf dem Erfolg und den vielfältigen Erfahrungen kann aufgebaut werden. Der rechte Spuk hat zwar einen Rückschlag erlitten, wird aber keineswegs die Flügel streichen. Dazu existieren zu viele Nährböden für Rechtsextremismus.

In diesen Tagen wird nicht nur in der NRhZ an den mörderischen Anschlag vor 20 Jahren in Solingen erinnert. Die herrschende Politik zieht jedoch abstruse hochgefährliche Schlüsse aus der damals explodierenden rechten Gewalt. Nicht die faktische Aushöhlung des Asylrechts durch die sog. "Drittstaatenregelung" habe den Rechtsextremismus begünstigt, sondern dass diese Regelung zu spät eingeführt worden sei [3].

Und noch ein weiterer Nährboden, der nur selten öffentlich diskutiert wird: Die Nazis profitieren von der ständig wachsenden Militarisierung der Gesellschaft [4]. "Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!" ist keine historische Floskel. (PK)



Das blieb übrig von den Nazis – einige Haufen Scheiße von Polizeipferden

[1] AAKA-Webseite <http://www.antifa-buendnis-ka.de/>

[2] ZEIT-Kommentar "Schafft das Wort Extremismus ab!" 24.11.2011

<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2011-11/schroeder-extremismus-kommentar>

[3] FAZ-Kommentar „Die Brutstätte“ 27.05.2013, Seite 10

[4] Ulrich Sander „Traditionspflege – sie bedeutet Krieg“

<http://www.bv-opfer-ns-militaerjustiz.de/uploads/Dateien/Veranstaltungen/USander20130514.pdf>

Online-Flyer Nr. 406 vom 15.05.2013

<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=19043>

Karl Wagner – Mutmacher gegen Neofaschismus, Militarisierung und Krieg

VVN-Befreiungsfeier würdigt KZ-Häftling

Von Carl Routier

Am 8. Mai ging es im ver.di-Haus Karlsruhe um den Widerstandskampf des Dachau-, Mauthausen- und Buchenwald-Häftlings Karl Wagner, der den Faschismus überlebte und am 8. Oktober vor 30 Jahren in Karlsruhe verstarb.[1] Ruth Birkle vom Kreisvorstand der VVN - Bund der AntifaschistInnen eröffnete die Feier auch für die mitveranstaltenden Gewerkschaften DGB, ver.di, GEW und NGG und begründete, warum das Mahnen und Erinnern wegen eines geplanten Nazi-Aufmarschs am 25. Mai in Karlsruhe hochaktuell ist. [2]



Karl Wagner im Mai 1932 – 10 Monate vor der ersten Verhaftung
Quelle: Dietrich Schulze

Sieg über den Feind der Zivilisation

Es gebe gute Gründe, den Sieg über den deutschen Faschismus und Militarismus vor 68 Jahren mit einer Feier zu verbinden, erklärte Ruth Birkle. Als vortragenden Zeugen des Tages begrüßte sie deshalb Dietrich Schulze - „Adoptivsohn“ von Karl Wagner - und das Trio „Shmooz“, das die Feier kulturell umrahmen sollte. In seinen Begrüßungsworten wies ver.di-Hausherr Thorsten Dossow auf die geplante ver.di-Fahrt vom 15.-17. November zur KZ-Gedenkstätte Mauthausen und auf die bekannte Weizsäcker-Rede im Bundestag zum Tag der Befreiung aus dem Jahr 1985 hin.

„Der Kapo der Kretiner“

Anhand von Tondokumenten zeigte Dietrich Schulze in seinem Beitrag die Stationen der Verfolgung des Kommunisten Karl Wagner von 1933 bis zur Befreiung im April 1945 in Buchenwald auf. Und er bezog sich dabei vor allem auf Hilde Wagners Buch „Der Kapo der Kretiner“ [3] und Dutzende von konkreten Beispielen für Karls mutigen und klugen Widerstand, mit dem er unter äußerster Risikobereitschaft hunderten von Mithäftlingen das Leben rettete.

Verweigerung eines SS-Befehls

Herausragend war seine Verweigerung eines SS-Befehls im Außenlager München-Allach (BMW-Rüstungsproduktion), als Lagerältester einen Mithäftling zu schlagen [4]. Ebenso bedeutend die Sabotage des Baus der „Baracke X“, der in Dachau geplanten Vergasungsanlage. Die

absichtlichen Baufehler begründete Karl Wagner als Bau-Kapo damit, dass die dafür eingesetzten polnischen Geistlichen als „Maurerlehrlinge“ noch zu wenig eingearbeitet seien. Die Verzögerung des Baus trug am Ende dazu bei, dass die Faschisten das Projekt am Ende aufgeben mussten.

Illegale Widerstandsorganisation

Beiden Widerstandshandlungen gingen intensive Beratungen in der illegalen internationalen Widerstandsorganisation im KZ Dachau [5] voraus, deren Existenz bis heute von der offiziellen Geschichtsschreibung absichtsvoll geleugnet wird. In der anschließenden Diskussion wurde Interesse geäußert, solche Beispiele von Widerstand in Schulen und Hochschulen zu vermitteln.

Wert einer SS-Schubkarre

Auf Nachfragen berichtete Dietrich Schulze über weitere eindrucksvolle Beispiele vom Widerstand wie der „SS-Schubkarre“ und der Rettung des „Kretiners“ und polnischen Häftlings Kowalski [1]. Karl Wagner hatte das Leben von jüdischen Häftlingen in der Kiesgrube verteidigt, indem er gegen das mörderische Hinunterstoßen von Schubkarren die unzulässige Vernichtung von SS-Eigentum reklamierte. Mithäftling Edgar Kupfer-Koberwitz schrieb später darüber: „Hätte er einen Ton zum Schutze der Juden gesagt, er hätte gerade das Gegenteil erreicht, aber eine Rede zum Schutze der Schubkarren musste Erfolg haben. Jedes Stück Holz besaß mehr Wert als der wertvollste Mensch.“

Bei dem gelungenen Auftritt des Trios „Shmooz“ mit Klezmer- und Gypsy-Musik und Befreiungsliedern handelte es sich um die Premiere dieser Künstlergruppe mit Angelika Metzler, Christoph Obert und Sakis Gatidis. Damit kam zur Befreiungsfeier auch eine gelungene Gründungsfeier für das Trio.



Premiere des Trio „Shmooz“ am 8. Mai in Karlsruhe
Foto: Dietrich Schulze

Charakter des Sieges

An passender Stelle während der Feier ergänzte Dietrich Schulze einen Gedanken zum Charakter des Sieges, an dem viele mitgewirkt haben. Ohne die uneingeschränkte Opferbereitschaft der SoldatInnen der Roten Armee jedoch wäre die faschistische Wehrmacht nicht besiegt worden. Einer davon, der 2011 verstorbene Wladimir Samoilowitsch Gall aus Moskau, werde aufgrund mehrfacher bewegender Auftritte in Karlsruhe in bester Erinnerung bleiben [10].

Verhindert den Nazi-Aufmarsch!

Elwis Capece, Sprecher der Kreisvereinigung der VVN, berichtete über die Bemühungen des Antifa-Bündnisses und der Stadt mit ihrem OB Frank Mentrup, den geplanten Nazi-Aufmarsch zu verhindern. Dabei erklärte er, dass beim letzten Treffen des Bündnisses einhellig entschieden worden sei, zur Verhinderung der Nazi-Versammlung zu einem Treffen des Widerstands vor dem Hauptbahnhof Karlsruhe für Samstag, 25. Mai, 9.30 Uhr aufzurufen. [2].

NSU, VS, BND und Staatsterrorismus

In der Versammlung wurde außerdem ein Reader mit aktuellen Bezügen verteilt, darunter ein Artikel der Zeitung junge Welt zu dem vom BND verursachten Bomben-Attentat 1980 auf das Münchner Oktoberfest [6], ein weiterer über den in KZs gequälten Antifaschisten Carl von Ossietzky anlässlich seines 75. Todestags [7], ein KONTEXT-Beitrag über die Ludwigsburg-

Connection [8], die Forderung nach einem NSU-Untersuchungsausschuss Baden-Württemberg sowie die Forderung nach Aberkennung der Uni (KIT)-Ehrensensatorwürde für den Alt-Nazi, Antisemiten und Atom-Manager Greifeld [9]. - Eine würdige Feier, an der Karl Wagner seine Freude gehabt hätte. (PK)

Zu diesem Artikel haben wir einen Ausschnitt aus unserem Filmporträt über den Buchenwald-Häftling Emil Carlebach in diese Ausgabe gestellt. Carlebach war wie Wagner in der getarnten Widerstandsgruppe im KZ erfolgreich aktiv.

Quellen:

[1] „Widerstand – ein Leben lang“ ähnlicher Bericht am 17.1.2006 im ver.di-Haus
http://www.antifa-buendnis-ka.de/proteste/20060128/berichte/20060117_kw.html

[2] Aufruf des AAKA <http://www.antifa-buendnis-ka.de/infos/2013/20130525.html>

[3] Hilde Wagner „Der Kapo der Kretiner“ Verlag Pahl-Rugenstein
http://www.pahl-rugenstein.de/09_wagner.htm, (Kretiner war die SS-Bezeichnung für ausgemergelte Häftlinge)

[4] Broschüre "Ich schlage nicht" Volltext bei DKP Karlsruhe

<http://www.dkp-karlsruhe.de/geschichte/karlwagner/isn/>

Beitrag zur Tagung Martin-Niemöller-Stiftung 21.-23.9.2007 in der Versöhnungskirche Dachau
<http://www.martin-niemoeller-stiftung.de/1/veranstaltungen/a124>

Wolfgang Benz 30.4.2003, Webseite der Bundeszentrale für politische Bildung
<http://www.bpb.de/izpb/10394/selbstbehauptung-und-gegenwehr-von-verfolgten?p=all>

Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit
<http://www.blz.bayern.de/blz/web/300017/kapo.asp>

[5] Karl Wagner und Walter Vielhauer über die illegale Widerstandsorganisation bei „Zum Beispiel Dachau“, Arbeitsgemeinschaft zur Erforschung der Dachauer Zeitgeschichte e.V.
<http://www.zbdachau.de/history/ger3.htm>

[6] „Ein Jahrhundertskandal“, jW 30.04.2013 <http://www.jungewelt.de/2013/04-30/034.php>

[7] „Ludwigsburg-Connection“ KONTEXT 24.04.2013

<http://www.kontextwochenzeitung.de/newsartikel/2013/04/ludwigsburg-connection/>

[8] „Unverkürzte Erinnerung“, Kurt Pätzold zum 75. Todestag Carl von Ossietzky jW 04.05.2013,
<http://www.jungewelt.de/2013/05-04/038.php>

[9] Protestplakat VVN-BdA ErsterMai13, <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20130501.pdf>,
Presse-Erklärung 15 Gruppen an KIT

<http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20130326.pdf>

und <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=18903>

[10] http://www.dkp-karlsruhe.de/antifa/2004/20040508_vvn_va.html

http://de.wikipedia.org/wiki/Wladimir_Samoilowitsch_Gall

<http://irpk.wordpress.com/2011/09/>

Sternstunde an der HU Berlin

Von Dietrich Schulze



Am Ende sprachlos: "Verteidigungs"minister de Maizière. NRhZ-Archiv

Der „Verteidigungs“minister war angesichts des nicht enden wollenden Beifalls im voll besetzten Audimax der Humboldt-Universität zu Berlin sprachlos. Sein Kriegspropaganda-Auftritt am 10. April unter dem scheinheiligen Titel "»Armee der Einheit« – Der Beitrag der Bundeswehr zum gesellschaftlichen Zusammenhalt" fiel ins Wasser. Marineeinheiten der Bundeswehr konnten für eine Rettungsaktion kurzfristig leider nicht aufgeboten werden. Der kluge und energische Protest der Studierenden mit Sprech-Chören wie "Thomas, wir lieben dich!", Transparenten wie „Krieg dem Krieg!“ und einem an die 68er-Proteste erinnernden gekonnten

"Die-In", bei dem einige Demonstranten mit Blutflecken auf ihrer Kleidung die Bühne neben de Maizière besetzten und Kriegsoffer spielten, markierten eine Sternstunde für Frieden, Freiheit und Demokratie!. Fotostrecke zum Protest [1].

Das hatte sich wohl die Uni-Leitung etwas anders gedacht. Uni-Präsident Jan-Hendrik Olbertz ließ die Einladung mit dem plumpen Aufmacher „Dumm schießt gut?“ verzieren. Die gebührende Antwort hat er bekommen. Die Studis mögen mit Waffen nicht so gut schießen. Dafür war aber der Dauer-Beschuss mit überzeugenden Argumenten nicht von schlechten Eltern.

Keine Redefreiheit für Kriegspropaganda

Vor dem Hintergrund des Unbehagens in breiten Schichten der Bevölkerung über die neudeutsche Kriegspolitik, zum Beispiel die Absicht Kampfdrohnen einzusetzen, hat die seit vier Jahren kontinuierlich wachsende Bewegung für eine Friedensbindung der Hochschulen mittels Zivilklausel eine erhebliche Bandbreite erlangt.

Hunderte von Veranstaltungen und Podien in den Hochschulen über die Verantwortung der Wissenschaften für eine soziale Gesellschaft, für gewaltfreie Konfliktlösungen statt Rüstungsexporte und Kriegseinsätze, für die Zivilklausel und gegen Rüstungsforschung haben ebenso wie die Urabstimmungen pro Zivilklausel in Karlsruhe, Köln, FU Berlin, Frankfurt a.M. und Kassel sicherlich einen klimatischen Beitrag zu dem Erfolg an der HU geleistet. Als Beispiel für ein Berliner Podium sei nur das an der TU vom 4. Februar [2] »Zivilklausel in Zeiten der Militarisierung von Hochschulen und Gesellschaft« der „Berlin/Brandenburg Initiative für Zivilklausel“ mit Rita Süßmuth, Anja Schillhaneck, Armin Olunczek, Wolfgang Mix und Dietrich Schulze genannt. Seit der Urabstimmung 2009 in Karlsruhe sind zu den fünf früheren Zivilklauseln sieben neue hinzugekommen. Ein unerhörter Erfolg!

Etikettenschwindel als Kriegslüge

Die wachsende Attraktivität der Zivilklausel-Bewegung hat allerdings zu einer pfliffigen Anpassungsreaktion der herrschenden Politik geführt, deren Wirkung nicht unterschätzt werden sollte. Die frühere obrigkeitstaatliche Ignoranz gegenüber der Zivilklausel „Forschung und Lehre nur für zivile und friedliche Zwecke“ ist durch eine Strategie des Etikettenschwindels, der Uminterpretation und der Begriffsentleerung ergänzt worden, also durch eine „Friedensklausel“ als Placebo für das wirksame Medikament Zivilklausel.

Zwei anschauliche aktuelle Belege für die neue Linie von Oben: die Stellungnahme des Reservisten-Verbands »Kein Raum für "Teufelszeug"« vom 3.4.13 und bestimmte Zitate aus dem Beitrag in der Süddeutschen Zeitung »Die verminte Grenze« (Printausgabe 2.4.13) bzw. »Balanceakt zwischen Krieg und Frieden« online).

In ersterem ist mit dem Teufelszeug nicht etwa die Zivilklausel als solche gemeint (das ist die alte Linie), sondern die geschichtlich begründete Abneigung gegenüber Militär und Rüstungsindustrie an den Hochschulen. Diese wird in dem Beitrag vom Potsdamer Abkommen und der Zivilklausel des Forschungszentrums Karlsruhe über die Entwicklungen an den Unis Bremen, Tübingen und Darmstadt nachgezeichnet.

Thematisiert wird auch die Drittmittel-Problematik mit folgendem Schluss: „Das [Drittmittelzwang und rüstungskritische Grundhaltung] kann in einem Dilemma münden, wenn deutsche Rüstungsunternehmen oder die Bundeswehr versuchen sollten, Hochschulen für ihre Zwecke forschen zu lassen. Wer allerdings Soldaten mit Lehrauftrag unter Aufsicht stellt oder Andersdenkende an Unis mundtot machen will, der missbraucht die Zivilklausel.“

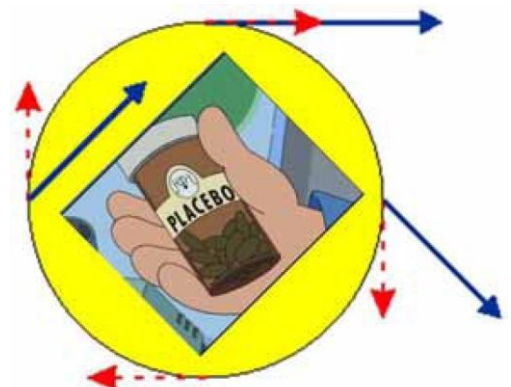
Zivilmilitärische Auslegung der Zivilklausel

Missbrauch der Zivilklausel - genau der wird von Verantwortlichen am Institut für Politikwissenschaft der Uni Tübingen praktiziert. Unter Mitwirkung von Thomas Nielebock wurde Ende 2010, ein halbes Jahr nach Inkrafttreten der Tübinger Zivilklausel, dem Kriegstrommler und Chef der "Münchner Sicherheitskonferenz" Wolfgang Ischinger, der Status eines Honorarprofessors an der Uni Tübingen verliehen. Zur Rechtfertigung der damit verbundenen zivilmilitärischen Auslegung der Zivilklausel nach Orwell'schem Muster, wonach auch Rüstungsforschung an Drohnen in Tübingen als zulässig erachtet wird, ist eine aufwendige Ringvorlesungsreihe organisiert worden. Die Buchveröffentlichung darüber unter dem scheinheiligen Titel „Zivilklauseln für Forschung, Lehre und Studium - Hochschulen zum Frieden verpflichtet“ im Nomos-Verlag Baden-Baden wird mit großen Getöse propagiert.

Im benannten Beitrag hat die Süddeutsche Zeitung Thomas Nielebock als Herausgeber befragt. Wie soll der SZ-Autor ahnen, was sich hinter den Nielebock-Feststellungen verbirgt, der einen starken Trend zur Zivilklausel beobachtet und erklärt, dass bei Forschungsprojekten an den Unis mit zivilem Aspekt „die militärische Anwendung aber im Hinterkopf immer mitgedacht werden muss“. Tatsächlich ist damit eine „Friedensklausel“ gemeint, mit der der Vorwärts-Verteidigungsminister und der Reservisten-Verband durchaus leben können.

Placebo auf Dienstreise

Und dieses Placebo geht auf Dienstreise. An der FU Berlin (OSI) wurde von den Studierenden eine Zivilklausel-Farce beantragt, die mit der Fortsetzung der Besatzungs- und Kriegswissenschaft von Sven Chojnacki am berüchtigten Sonderforschungsbereich SFB 700 kompatibel ist, vgl. Beitrag in NRhZ 20.2.13 »Klima der Selbstzensur« [3].



Leider gibt es bisher nur eine einzige kritische Rezension des Nomos-Buchs in german-foreign-policy.com 13.11.12 [4]. Zitat: "Für die Zukunft der Tübinger Zivilklausel verheißt dies nichts Gutes: Wer einen Militärpolitiker zum Dozenten macht und nach eigenem Bekunden ein Hausverbot für die weltweit Krieg führende Bundeswehr ablehnt, huldigt einem Orwell'schen Friedensbegriff."

Die Problematik für die Zivilklausel-Bewegung: Neben der neuen Linie ist die alte Linie gleichzeitig aktiv. Der Auftritt des Kriegsministers (CDU) an der Humboldt-Uni Berlin wurde beschrieben.

Der Auftritt der baden-württembergischen Wissenschaftsministerin Bauer (GRÜNE) am 13. April in Heidelberg stand beim Verfassen dieses Beitrags noch bevor. Ihre frühere Unterstützung der Zivilklausel für das Landesgesetz für KIT Karlsruhe hat die Ministerin als „Jugendsünde“ (s. UStA-Newsletter Januar 2012 [5]) bezeichnet und - nunmehr in Amt und Würden - als nicht mit der Wissenschaftsfreiheit vereinbare Vorgabe.

Wieso „Jugendsünde“? Weil seit Anfang 2009 ein verfassungsrechtlich bisher nicht widerlegtes Gutachten von Erhard Denninger vorliegt, das die Zulässigkeit der KIT-Zivilklausel bestätigt und das Frau Bauer als damals antragstellende Oppositionsabgeordnete sehr wohl kannte. Den Freiheits-Aposteln sei auch die rechtliche Würdigung der Uni Darmstadt zu der im September 2012 beschlossenen Zivilklausel ins Stammbuch geschrieben. Dort wird schlüssig nachgewiesen, dass diese nicht unzulässig in die grundgesetzlich geschützte Freiheit der WissenschaftlerInnen eingreift.

Unsere Antwort auf die Doppelstrategie

Was ist zu tun? Die Zivilklausel-Bewegung wird sich differenzieren mit der alten wie der neuen Linie auseinandersetzen müssen, um die Hochschulen von Forschung und Lehre für militärische Zwecke zu befreien. Dabei hat die direkte Aktion, wie an der HU demonstriert, einen stark mobilisierenden Reiz. Der Erfolg ist unmittelbar ablesbar. Das ist bei den Zivilklausel-Aktivitäten häufig schwerer abschätzbar und vermittelbar, gleichwohl sind diese unerlässlich, auch wenn nicht sofort ein Erfolg sichtbar ist.

Die Initiative gegen Militärforschung an Universitäten, die die Auseinandersetzungen am KIT Karlsruhe seit vier Jahren begleitet, kann ein Lied davon singen. Aber auch der geplante Rüstungspark in direkter Nachbarschaft zur Uni Augsburg, um nur ein zweites Beispiel anzuführen, hat zu vielfältigen Aktivitäten und einem Auf und Ab geführt. Und zu interessanten persönlichen Reaktionen. Erst kürzlich wurde vom Mathe-Professor an der Uni Augsburg Jost-Hinrich Eschenburg [6] berichtet, der eine Zivilklausel als Selbstverpflichtung ähnlich dem Hippokratischen Eid der Mediziner begrüßen würde.

In Redebeiträgen zu den Ostermärschen 2013 mit zig-tausenden von TeilnehmerInnen ist vielfach die Forderung nach der Zivilklausel als Mittel gegen Rüstungsforschung erhoben worden, z.B. von den Studierenden Agnes Kamerichs (Uni Köln, Rede in Düsseldorf) und Julian Toewe (Uni Frankfurt a.M.). Die Vernetzung der Zivilklausel-Bewegung mit der Initiative „Schulfrei für die Bundeswehr“ kommt voran. Als Meilenstein der gewerkschaftlichen Unterstützung kann der aktuelle Report des ver.di-Fachbereichs „Bildung, Wissenschaft und Forschung“ angesehen werden [7]. Der Titel lautet »Zivilklauseln gegen Rüstungsforschung - Der Widerstand gegen eine Militarisierung der Bildung wächst«. (PK)

Quellen:

[1] <http://www.spiegel.de/fotostrecke/humboldt-universitaet-protest-gegen-de-maiziere-fotostrecke-95395.html>

[2] <https://bbzivilklausel.wordpress.com/2013/01/12/podiumsdiskussion-zivilklausel-in-zeiten-der-militarisierung-von-hochschulen-und-gesellschaft/>

[3] <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=18781>

[4] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20121110.pdf>
[5] <http://www.usta.de/archiv/newsletter/2012-01-06-usta-newsletter-januar-2012>
[6] <http://presstige.org/2013/03/zivilklausel-ruestungsforschung/>
[7] <https://biwifo.verdi.de/++file++531c4f53aa698e35de000323/download/biwifo2013-01.pdf>
Weitere Infos unter www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf

Online-Flyer Nr. 399 vom 27.03.2013

<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=18903>

Ehrensensatorwürde für Rudolf Greifeld wegen Nazi-Vergangenheit beenden!

Dem KIT-Präsidium alles längst bekannt

Von Dietrich Schulze

Dr. Rudolf Greifeld, 1956 einer der Gründungsmanager des Kernforschungszentrums Karlsruhe, wurde im Zuge des Bekanntwerdens seiner Nazi-Vergangenheit 1974 vorzeitig in seiner Funktion abgelöst. Dennoch konnte sich das Präsidium des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) bisher nicht zu einer Aberkennung der Ehrensensatorwürde entschließen, die Greifeld 1969 von der Universität Karlsruhe ohne Kenntnis seiner Nazi-Vergangenheit verliehen wurde. Die unterzeichnenden Organisationen und Gruppierungen mahnen weiterhin dringend die Annullierung dieser Ehrung an.

Bereits im Dezember 2012 hatte die Frankfurter Allgemeine Zeitung die wesentlichen Fakten über Greifeld publik gemacht:

- Greifelds antisemitische Haltung als SS-Kriegsverwaltungsrat im besetzten Paris (u. a. organisatorische Vorbereitung des Hitler-Besuchs in Paris 1940),
- den Protest von 400 französischen WissenschaftlerInnen beim Institut Max von Laue - Paul Langevin (ILL) in Grenoble und Greifelds Rücktritt aus dessen Lenkungsgrremium,
- Greifelds vorzeitige Entfernung aus seiner langjährigen Position als Geschäftsführer des Karlsruher Kernforschungszentrums durch das Bundesforschungsministerium nach umstrittenen Aktivitäten u. a. zugunsten von Kooperationen mit Diktaturen und anderen Atomwaffen anstrebenden Ländern.

Obwohl die Führung des KIT die im September 2012 erstmals vorgetragene Forderung dreier ehemaliger KIT-Beschäftigter nach Annullierung der Ehrensensatorwürde zur Kenntnis genommen und sich betroffen gezeigt hatte, reagierte sie im Januar 2013 in nicht nachvollziehbarer Weise: Die Vorwürfe gegen Dr. Greifeld – so die Argumentation – müssten wissenschaftlich belastbar verifiziert werden. Der von der Ethik-Kommission des KIT hinzugezogene Fachmann sehe dafür einen Zeitbedarf von ein bis zwei Jahren. Erwiesene Fakten werden damit in zu überprüfende Vorwürfe umgedeutet.

Wie die Badischen Neuesten Nachrichten im März 2013 berichteten, hat das KIT jetzt entschieden, einen unabhängigen Historiker mit der Erforschung der NS-Verbindungen weiterer früherer Manager des Kernforschungszentrums – neben Rudolf Greifeld sind das Walther Schnurr, Gerhard Ritter und Josef Brandl – zu beauftragen. Im Zuge dieses zeitaufwändigen Prozesses soll über das Fortbestehen der Ehrensensatorwürde für Greifeld entschieden werden, da dies angesichts der „Schwere der Vorwürfe“ einer „sorgfältigen Prüfung“ bedürfe. So anerkennenswert die umfassende Geschichtsaufarbeitung ist, so unverständlich ist es, dass die Entscheidung über die Aberkennung hierdurch verzögert wird.

Relevante Dokumente zur Causa Greifeld, die auch seine nach 1945 ungebrochen antisemitische Haltung belegen, ebenso wie solche, die im Zusammenhang mit dem weltweit bekannten Lischka-Prozess erwachsen sind, können beim Bundesforschungsministerium sowie bei der Staatsanwaltschaft Köln jederzeit eingesehen werden. Bei gutem Willen kann der KIT-Senat somit noch im Sommersemester 2013 eine Entscheidung in der hier in Frage stehenden Angelegenheit fällen.

Unterzeichnende: Aktionsbündnis "Zeichen setzen" Bad Schönborn, Attac Karlsruhe, Leni Breymaier (ver.di Landesbezirksleiterin), Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) Baden-Württemberg, Forum Ludwig Marum, freier Zusammenschluss von studentInnenschaften e. V. (fzs), Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. Sektion Nordbaden, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Baden-Württemberg, Initiative gegen Militärforschung an Universitäten, Initiative Lern- und Gedenkort „Hotel Silber“ e. V., Jüdische Kultusgemeinde Karlsruhe, Serge und Beate Klarsfeld (FFDJF Paris), LernOrt Zivilcourage e.V., NaturwissenschaftlerInnen-Initiative „Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit“ e. V. (NatWiss), Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der AntifaschistInnen (VVN-BdA) (PK)

Quellenhinweise:

1. „Geschichte eines Ehrensensors“ Rüdiger Soldt FAZ 29.12.12 (Printausgabe Seite 2)
2. „Mehrzweckforschungsreaktor“ & „Ein Versailles kosmischen Ausmaßes“ g-f-p.com 2012 "Traditionspflege" 08.01.13
3. Originalbrief der drei Beschäftigten an KIT-Präsident Eberhard Umbach 10.09.12 Schriftwechsel mit KIT
4. "Annullierung der Ehrung Dr. Greifeld" VVN-BdA an KIT 28.01.13 Schriftwechsel mit KIT
5. "In Memoriam Leon Grünbaum (1934-2004)" Dietrich Schulze in Neue Rheinische Zeitung NRhZ Mai 2011 <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=16547>
6. "KIT verschleppt Entscheidung" NRhZ 09.01.13 "Le KIT retarde la prise de décision" <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=18624>
7. "Die NS-Zeit holt KIT ein" Klaus Gaßner BNN 15.03.13 "KIT arbeitet NS-Historie auf" BNN 22.03.13 mit Kommentar

Mehr in der Web-Dokumentation www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf

Online-Flyer Nr. 398 vom 20.03.2013

<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=18886>

Zivilklausel für KIT! Keine Integration mit dem Fraunhofer-Institut IOSB!

Zivilmilitärische Doppelberufung stoppen!

Von Dietrich Schulze

Aufgrund der anstehenden Neubesetzung in Nachfolge auf Prof. Maurus Tacke als einem der beiden Leiter des Fraunhofer-Instituts für Optronik, Systemtechnik und Bildauswertung IOSB in Karlsruhe ist mit einer Doppelberufung für die IOSB-Leitung und einer Professur an einem einzurichtenden Lehrstuhl am Karlsruher Institut für Technologie KIT zu rechnen. Diese personell-institutionelle Integration mit Doppelberufungen ist Geschäftspraxis der Fraunhofer-Gesellschaft und würde für das KIT im konkreten Fall einen weiteren Militarisierungsschub bedeuten.

Anstatt den Friedens- und Freiheits-Impuls der Studierenden aufzugreifen, die im Januar 2009 für die Übertragung der bewährten Zivilklausel des Forschungszentrums („Das KIT verfolgt nur friedliche Zwecke.“) auf das gesamte KIT votierten, wird diese vom KIT-Präsidium abgelehnt,



KIT-Studierende protestieren
Quelle: www.kit.edu

um Rüstungsforschung betreiben und ausbauen zu können. Die Grün-Rote Landesregierung Baden-Württemberg, die wegen des Landesgesetzes für das KIT unmittelbar zuständig ist, billigt all das im Kontrast zu den Positionen vor der Wahl. Wie gezeigt wird, kommt dem IOSB von Beginn an eine Schlüsselrolle beim allmählichen Ausbau des KIT zu einem zivilmilitärischen Forschungskomplex zu.

Das hochgelobte KIT, der Zusammenschluss von (Kern)-Forschungszentrum und Universität Karlsruhe, hat dabei einen schlimmen, das Militärische begünstigenden Geburtsfehler. Mittels organisatori-

scher Verschmelzung unter Abbau von Mitwirkungsregelungen ist ein innovationshemmender riesiger Bürokratie-Apparat für die über 9.000 Beschäftigten und fast 24.000 Studierenden entstanden. Dem finanziellen Defizit wird mangels ausreichender öffentlicher Finanzierung mit prekären Beschäftigungsverhältnissen und fragwürdigen Drittmittel-Geldquellen entgegengewirkt, zulasten der Unabhängigkeit und der Wissenschaftsfreiheit. Dieser Prozess muss im Interesse der Zukunftsfähigkeit des KIT gestoppt und umgekehrt werden.

Die Doppelberufung, ein Schritt in die falsche Richtung, ist zu verhindern. Wenn es Bedarf an neuen Lehrstühlen gibt, sollte die vom früheren Uni-Rektor und späteren KIT-Präsidenten (nun HRK-Präsident) bekämpfte, obwohl notwendige Zusammenschau von Geistes-, Geschichts- und Sozialwissenschaften mit den Natur- und Technikwissenschaften am KIT auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Worum handelt es sich beim IOSB? Lesen wir dazu im wiki-Eintrag über den Bundesnachrichtendienst (1) „Mit Wirkung vom 17. August ist die Forschungsgesellschaft für Angewandte Naturwissenschaften (FGAN) in die Fraunhofer-Gesellschaft integriert worden. Die drei Institute der FGAN sind daher ab sofort Fraunhofer-Institute. Aus dem FGAN-Institut für Optronik und Mustererkennung FOM in Ettlingen und dem Fraunhofer-Institut für Informations- und Datenverarbeitung IITB entstand gemäß der Empfehlung des deutschen Wissenschaftsrats von 2007 zum 1.1.2010 das neue Fraunhofer-Institut für Optronik, Systemtechnik und Bildauswertung IOSB.“

Fusion führte zu Militarisierung

Das rein für den Bundesnachrichtendienst, die Bundeswehr und andere militärische Auftraggeber in Ettlingen bei Karlsruhe tätige FOM hat diese Orientierung nie aufgegeben und für eine kräftige Militarisierung im neuen Fraunhofer-Institut gesorgt. Während das frühere Karlsruher IITB zu etwa einem Drittel militärische Auftraggeber hatte, hat sich durch die Fusion mit FOM die rüstungsrelevante Forschung verdoppelt. Der zivile Anteil am IOSB ist marginalisiert worden. Es kommt hinzu, dass aufgrund der gezielten zivil-militärischen Vermengung zivil deklarierte und finanzierte Aufträge direkt für militärische Zwecke genutzt werden.

Das ist das Charakteristikum des VVS, des Fraunhofer-Verbunds Verteidigungs- und Sicherheitsforschung, dessen Mitglied das IOSB ist. Nach eigenen Angaben beschäftigt das IOSB (Stand 2011) neben über 400 Beschäftigten als Stammpersonal weitere 200 studentische Hilfskräfte, Praktikanten und Diplomanden.

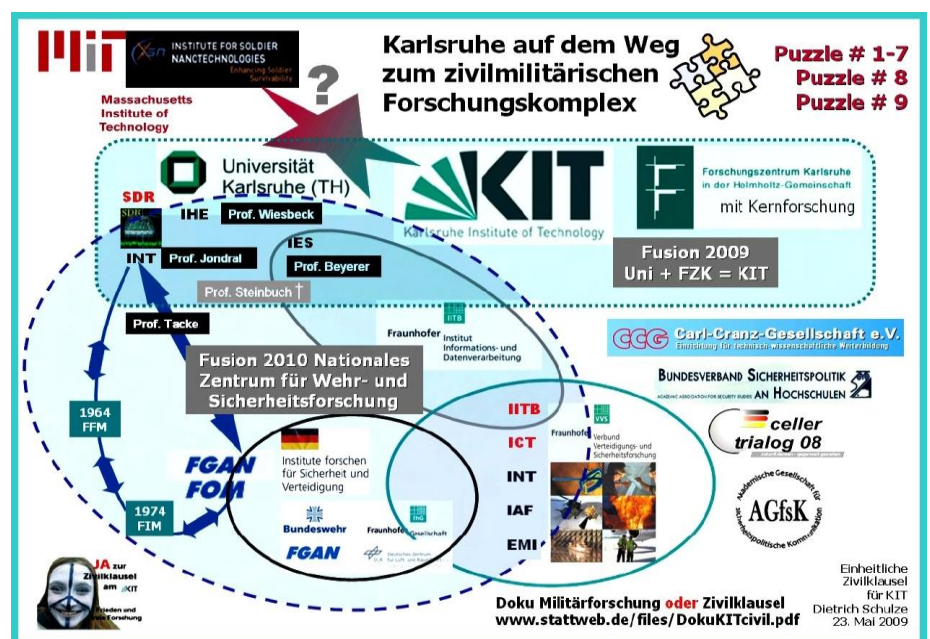
Nicht uninteressant ist auch, dass eine Allianz mit den regionalen Fraunhofer-Instituten von Beginn der KIT-Gründung an diskutiert wurde. Das kann man im Bericht von Dennis Nitsche (2) nachlesen: „Noch weiter war der von Prorektor Löhe eingebrachte Vorschlag gegangen, neben dem FZK [Forschungszentrum Karlsruhe] die um Karlsruhe angesiedelten Fraunhofer Institute ebenfalls einzubeziehen; dieser Vorschlag wurde aufgrund zu hoher Komplexität jedoch wieder verworfen.“ Gemeint waren laut Fußnote 13: „In Karlsruhe selbst sind das Fraunhofer Institut für System- und Innovationsforschung ISI und das Fraunhofer Institut für Informations- und Datenverarbeitung IITB angesiedelt, im naheliegenden Pfinztal das Fraunhofer Institut für Chemische Technologie ICT und in Baden-Baden das Fraunhofer Institut für biomedizinische Technik.“

FhG-Geschäftsmodell Doppelberufungen

Mit dem Fraunhofer-Kooperationsmodell durch Doppelberufung eines FhG-Leiters, der gleichzeitig Lehrstuhlinhaber an der Universität ist, werden folgende Ziele (3) angestrebt: Für die FhG: Zugang zu Grundlagenforschung, Anziehungskraft für Nachwuchsforscher und Studierende, Möglichkeit der wissenschaftlichen Qualifikation (z.B. Promotion). Für die Universitäten: Kooperation in industrieorientierten Projekten, frühe praxisrelevante Industrieerfahrung, Zugang zu umfangreicher Laborausstattung und zum Fraunhofer-Netzwerk.

Übersetzt auf die militärischen FhG-Projekte bedeutet das für die Studierenden des Uni-Instituts: frühe praxisrelevante Erfahrung mit Geheimhaltung und Militärprojekten, Durchlauf zur Beschäftigung in Rüstungsforschung, Rüstungswirtschaft und einschlägigen Behörden. Das vor allem für die FhG vorteilhafte Geschäft ist langjährige Praxis. In einem Buch über die Geschichte der Fraunhofer-Gesellschaft (4) heißt es dazu: „Bereits 1984 kooperieren mehr als zwei Drittel der Institute im Bereich der Vertragsforschung mit Universitätsinstituten, große Fraunhofer-Zentren wie Stuttgart oder Aachen entstanden in unmittelbarer Nähe zum Hochschulcampus. In der Folge explodierte die Zahl der studentischen und wissenschaftlichen Hilfskräfte in der Fraunhofer-Gesellschaft. Die Zusammenarbeit zwischen Fraunhofer-Institut und Universität ordnet in der Regel ein Kooperationsvertrag. Oft leitet ein Lehrstuhlinhaber in Personalunion auch das zugehörige Fraunhofer-Institut. Seine gemeinsame Berufung ist die wichtigste Voraussetzung für eine enge Zusammenarbeit zwischen Universität und Fraunhofer-Gesellschaft.“

Nach einem Zivilklausel-Podium ist die Doppelberufung an der RWTH Aachen kürzlich Gegenstand der Kritik in einem Offenen Brief an Rektor Prof. Ernst Schmachtenberg (5) gewesen. Prof. Michael Lauster war für den RWTH-Lehrstuhl "Technologieanalysen und -vorausschau auf dem Gebiet der Sicherheitsforschung" an der Fakultät für Maschinenwesen und als Leiter des traditionell für die Bundeswehr forschenden Fraunhofer-Instituts für Naturwissenschaftlich-Technische Trendanalysen (INT) in Euskirchen berufen worden.



IOSB-Beitrag zu effizienterem Töten

Die IOSB-Forschung wurde von Otto Reger in FlF 4/2011 unter dem Titel „Wie eine renommierte Forschungsinstitution zum effizienteren Töten beiträgt“ (6) charakterisiert. An Aufforderungen an die Beschäftigten, die Fusion mit der Wehrforschung zur Konversion zum Zivilen zu nutzen, hat es nicht gefehlt (7).

Auf welcher perfiden Weise die militärischen Zwecke zivil getarnt werden, zeigt der Studiengang "Navigation und Umweltrobotik" an der Uni Hannover, die sich strikt weigert, ihre Rüstungsforschungsprogramme offen zu legen. In der idw-Ankündigung (8) werden die Berufsperspektiven als exzellent gepriesen. Bei der Konzeption seien Volkswagen AG, Bosch, MTU Aero Engines, Fraunhofer IOSB und Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt befragt worden. Prof. Tacke (IOSB) wörtlich „Ich bin überzeugt, dass die geplante Ausbildung Grundlage für eine neue Generation von Geräten wird, die in natürlicher Umgebung mit einem hohen Grad von Autonomie agieren.“

Diese benannten Zusammenhänge allein sind Gründe genug, die anstehende Doppelberufung in Karlsruhe abzulehnen. Das Umfeld ist aber noch wesentlich problematischer.

Zivilisierung statt Militarisierung von KIT

Der Autor hatte bereits Anfang 2009 acht Puzzle-Stücke unter dem Titel "Karlsruhe auf dem Weg zum zivil-militärischen Großforschungskomplex?" zusammengesetzt und in einer Grafik veranschaulicht (9). In der Grafik wird sichtbar, dass das Ettlinger FGAN-FOM aus einer Ausgründung 1964 aus der Uni Karlsruhe hervorgegangen ist.



Prof. Jürgen Beyerer und Prof. Maurus Tacke
Quelle: Dietrich Schulze

Weiter geht aus der Grafik hervor, dass es im KIT bereits eine von der Uni geerbte Doppelberufung gibt, nämlich diejenige von Prof. Jürgen Beyerer. Diese geht jedoch auf die Zeiten des FhG-IITB mit nur geringerem Militärforschungsanteil zurück. IOSB-Leitungspartner Prof. Maurus Tacke ist Lehrbeauftragter am Nachrichtentechnischen Institut INT der Uni, das nachweislich Rüstungsforschung betreibt, und er ist höchst aktiv in der berüchtigten

Schaltstelle Militär/Wissenschaft, der Carl-Crantz-Gesellschaft. Über das INT-Rüstungsforschungsprojekt „Software Defined Radio“ gibt es mit dessen Leiter, Prof. Friedrich Jondral, ein aufschlussreiches Interview im Tagesspiegel (10).

Verdeckte Uni-Rüstungsforschung für OHB Bremen

Mit von der Partie ist Prof. Werner Wiesbeck, der inzwischen emeritiert ist, und an der Uni über Jahrzehnte die direkte Zuarbeit für die Rüstungsindustrie organisiert hat. Das kam gerade kürzlich im Zusammenhang mit einer Entdeckung an der Uni Bremen zum Vorschein, die neben der Uni Karlsruhe mit Prof. Wiesbeck für die Bremer Weltraumrüstungsfirma OHB geforscht hatte. Eine diesbezügliche Anfrage der DFG-VK und der „Initiative gegen Militärforschung an Universitäten“ an das KIT-Präsidium ergab vor allem eines, eine nicht glaubwürdige Antwort an einen Landtagsabgeordneten voller Ausweichen und Verschweigen zu den sehr konkreten Fragen. Zu diesem Schriftwechsel hat der Autor eine Synopse erstellt (11).

Zivilmilitärisches Forschungsprojekt Fahrzeugtechnik

Prof. Jürgen Beyerer ist zusammen mit Prof. Hans-Joachim Wünsche von der Bundeswehr-Universität München maßgeblich an der Projektsteuerung des zivil deklarierten und militärisch äußerst relevanten millionenschweren KIT-Projekts „Unbemannte kognitive Landfahrzeuge“ beteiligt. Die Rüstungsrelevanz wurde im Webmagazin german-foreign-policy.com unter den Titeln „Hunter-Killer-Missionen“ und „Urban Operations“ (12) dargestellt.

Danach hatte ein KIT-Referent im Januar 2012 auf der "International Urban Operations Conference" der Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik (DWT) vorgetragen, die sich mit Aufstandsbekämpfung in den Großstädten der sog. Dritten Welt befasste. Der KIT-Referent berichtete über Navigation und Führung von Repressionskräften innerhalb von Gebäuden („indoor operations“).

Bei dem KIT-Projekt spielt auch eine Studie des Büros für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB) eine Rolle. Wie bei german-foreign-policy.com beschrieben, hält das TAB die Nutzung von unbemannten Systemen als Waffenträger für unumgänglich. Es ist schier unfassbar, wie eine ehemals geachtete Institution für Technikfolgenabschätzung nicht mehr von einem Verein von Rüstungslobbyisten unterschieden werden kann. Hat das etwas damit zu tun, dass dem TAB-Leiter Prof. Armin Grunwald, 2007 eine Professur (Lehrstuhl für Technikphilosophie und Technikethik) von der Uni Karlsruhe verliehen wurde?

In der Antwort der Landesregierung von Baden-Württemberg (13) vom Januar 2010 auf die Kleine Anfrage von GRÜNEN und SPD über „Militärische Forschung am KIT“ heißt es wörtlich "Der derzeit im Bau befindliche Forschungsneubau »Interdisziplinäre Fahrzeugsystemtechnik« steht nicht im Zusammenhang mit militärischer Forschung.“ Auf die Fragen an die antragstellenden Abgeordneten vom Oktober 2011 (14) gibt es leider bis heute keine überzeugenden Antworten. Ebenso wenig wie auf mehrfache Appelle, Unterschriftensammlungen und Briefe an alle Abgeordneten der Regierungsfractionen in Baden-Württemberg.

Zivilklausel nimmt trotzdem Fahrt auf

Für alle, denen bei dieser Fülle an zivil-militärisch-professoralen Verflechtungen etwas schwindelig geworden ist, noch einige ermutigende Nachrichten:

- Das Abschlusspodium der Tagung zur Verantwortung der Wissenschaften am 15./16. Juni am KIT war der Überzeugung, dass die Zivilklausel in das KIT-Gesetz und in das Landeshochschulgesetz gehört. Weitere Initiativen dazu werden vorbereitet. Der Volltext der Tagungsbroschüre „Jetzt entrüsten!“ ist jetzt online (15) nachlesbar.
- Zu Beginn des Jahres beschloss der Senat der Goethe-Uni Frankfurt eine Zivilklausel für die Grundordnung, und die Studierenden der Uni Kassel votierten in einer Urabstimmung dafür. Das war die zwölfte Zivilklausel und die fünfte erfolgreiche Urabstimmung. Weitere Zivilklausel-Beschlüsse, wie z.B. an der Uni Freiburg, und weitere Urabstimmungen sind in Arbeit. Mehr Infos über die Zivilklausel-Bewegung in der bekannten Web-Dokumentation (16).
- Die Gewerkschaft ver.di wird in Kürze eine komplette Ausgabe des Fachbereichsreports „Bildung, Wissenschaft und Forschung“ mit dem Schwerpunkt Zivilklausel veröffentlichen. (PK)

Quellen:

- (1) <http://de.wikipedia.org/wiki/Bundesnachrichtendienst> Einzelnachweise Zitat Nr. 29
- (2) Dennis Nitsche „Die Gründung des Karlsruher Instituts für Technologie KIT“ http://www.rsm.kit.edu/downloads/KIT_Entstehung_Essay_Nitsche.pdf
- (3) Stabübergabe am Fraunhofer IPA u. IFF der Uni Stuttgart 02.12.12 Folie 7 http://www.ipa.fraunhofer.de/fileadmin/www.ipa.fhg.de/pdf/Veranstaltungen/Stabuebergabe/HAB_Stab%C3%BCbergabe%20IPA%20u%20IFF_020212_V3.pdf
- (4) Helmut Trischler und Rüdiger vom Bruch „Forschung für den Markt – Geschichte der Fraunhofer-Gesellschaft“ Verlag C.H. Beck München 1999 (ISBN 3-406-44531-4) S. 311-313
- (5) Brief an RWTH-Rektor 29.10.12 http://www.aixpaix.de/aachen/Brief_an_RWTH-Rektor.pdf

Andreas Seifert IMI 02.11.12 <http://www.imi-online.de/2012/11/02/neue-wege-fur-die-rustungsforschung/>

- (6) Otto Reger in FlF 4/2011 über IOSB „Wie eine renommierte Forschungsinstitution zum effizienteren Töten beiträgt“ <http://fiff.de/publikationen/fiff-kommunikation/fk-2011/fk-4-2011/fk-4-2011-s35>
- (7) Flyer Friedensbündnis Karlsruhe 15.07.09 für IOSB-Beschäftigte „Fusion mit Wehrforschung für Konversion nutzen!“ <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20090714.pdf>
- (8) Informationsdienst Wissenschaft zum Studiengang "Navigation und Umweltrobotik" an der Uni Hannover <http://www.idw-online.de/pages/en/news417388>
- (9) Dietrich Schulze "Karlsruhe auf dem Weg zum zivil-militärischen Großforschungskomplex?" in UZ 30.01.09 <http://www.dkp-online.de/uz/4105/s0801.htm> Grafik zu den Puzzle-Stücken <http://www.stattweb.de/files/civil/cimimix-2305.pdf>
- (10) „Kriegsspiele auf dem Campus“ Ralf Nestler in Tagesspiegel 06.04.09 <http://www.tagesspiegel.de/wissen/forschung-kriegsspiele-auf-dem-campus/1490242.html>
- (11) Dietrich Schulze "KIT / Uni Rüstungsforschung für OHB und Bundeswehr" Synopse zur Vertuschungsmethode des KIT-Präsidiums anhand des Schriftwechsels Mai-Sept. 2012 <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20121021.pdf>
- (12) „Hunter-Killer-Missionen I/II“ vom 26./27.09.11 bei german-foreign-policy.com <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20110927.pdf> und „Urban Operations“ vom 30.10.11 <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20111013.pdf> und <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=17052>
- (13) Landtag von Baden-Württemberg Drucksache 14 / 5663 http://www9.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/5000/14_5663_d.pdf
- (14) Brief der Initiative gegen Militärforschung an Universitäten an Staatssekretärin Dr. Gisela Splitt (MdL, GRÜNE) und Johannes Stober (MdL, SPD) „Militärforschung am KIT beenden! Zivilklausel in das KIT-Gesetz aufnehmen!“ <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20111024.pdf>
- (15) Streitschrift „Jetzt entrüsten! Hochschulen: Zukunftswerkstätten oder Kriegs»Dienstleister«?“ Volltext hier <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20121230.pdf> Bestellung AnStifter-Verlag Peter Grohmann (ISBN 978-3-944137-01-8) <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=18267>
- (16) "Zivilklausel oder Militärforschung" <http://www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf>

Online-Flyer Nr. 394 vom 20.02.2013

<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=18781>

Akademische Unfreiheit und Doppelstrategie gegen Zivilklausel-Bewegung

„Klima der Selbstzensur“

Von Dietrich Schulze



Celina Su, Brooklyn College
Quelle: taz Foto: privat

Celina Su, Privatdozentin am Brooklyn College, gibt in einem taz-Kommentar vom 15. Februar 2013 „Bildung als Farce - Die akademische Freiheit in New York wird attackiert“ einen interessanten Einblick in die Lage an den Hochschulen der Vereinigten Staaten. Schwarze Listen über „Gefährliche Professoren“. Polizei-Einsatz gegen Occupy-Aktion auf dem Campus. Geheimbeschluss eines Hochschulgremiums über Erhöhung der Studiengebühren zwecks Unterlaufung des studentischen Protests. Ein restriktiver Leitfaden namens „Pathways“, mit dem die Reste an demokratischer Mitwirkung der Studierenden und des Mittelbaus über Lehrinhalte beseitigt werden. Die US-Kommentatorin fasst die Haltung der Politik in den Staaten und die Anpassung der Hochschuladministrationen unter dem Begriff „Klima der Selbstzensur“ zusammen.

Dieses Klima hat eine Menge zu tun mit dem an den hiesigen Hochschulen. Subrata Ghoshroy vom Massachusetts Institute of Technology (MIT) hatte im Dezember 2009 am Karlsruhe Institute of Technology (KIT) im Rahmen einer Vorlesungsreihe der KIT-Studierendenvertretung UStA zum Studierenden-Streik ähnlich Spektakuläres vorgetragen. Er warnte davor, den USA mit weitgehend entdemokratisierten, militarisierten und aus Privat- und Rüstungsmitteln finanzierten Hochschulen und Forschungseinrichtungen wie dem MIT nachzueifern (siehe NRhZ 20.01.2010 "Über Autonomie, Freiheit und mehr" Alternative Botschafter gegen Militärforschung an Universitäten). Tatsächlich hat sich in den letzten drei Jahren der Eifer, dem US-Muster zu folgen, erheblich verstärkt. Dazu kommt eine spezielle deutsche Variante der Herrschenden, erneut den Krieg als zulässiges Mittel der Politik zu verkaufen, die Vermengung und Tarnung des Militärischen mit dem Zivilen. Das wurde seit Annette Schavans Amtsübernahme bewusst betrieben und wird vermutlich von Johanna Wanka weitergeführt werden. Diese Mixtur ist eng verbunden mit einer Orwell'schen Umdeutung positiv besetzter Begriffe wie Frieden, Freiheit, Sicherheit, Schutz, Verantwortung, Solidarität, Moral, Ethik.

Zur früher vorherrschenden und auch heute weiter praktizierten Obrigkeitsstrategie der „kühlen Zurückweisung und Ignoranz“ bezüglich einer Friedensbindung der Hochschulen mittels Zivilklausel kommt heute die Strategie der „erdrückenden Umarmung“ hinzu nach dem Motto: „Zivilklausel für die Hochschule, warum denn nicht, aber bitte nicht das Kind mit dem Bade ausschütten und Forschung für die Bundeswehr generell verteufeln.“ Wieweit dieser neue Kurs inzwischen geht, wird nachfolgend an aktuellen Beispielen sichtbar gemacht. So beachtlich die Erfolge der Zivilklausel-Bewegung auch sind, diese neue Linie von Oben ist noch nicht umfassend analysiert und verstanden worden. Das ist aber die Voraussetzung dafür, ergebnisorientiert reagieren zu können. Ein Wort jedoch zunächst zu zwei wichtigen Ergebnissen zum Jahresbeginn.

Erkämpfte Erfolge an den Unis Kassel und Frankfurt

Mitte Januar 2013 haben die Studierenden der Uni Kassel in einer Urabstimmung mit einer Rekordquote von 72 Prozent Ja-Stimmen für die Aufnahme folgender vorbildlicher Zivil- und Transparenzklausel in die Grundordnung der Universität votiert:

„Forschung, Lehre und Studium an der Universität Kassel dienen ausschließlich zivilen und friedlichen Zwecken. Unter Berücksichtigung der Frage, ob zivile Zwecke verfolgt werden, sind alle Drittmittel in Bezug auf Drittmittelgeber, Zeitraum, Projektverantwortliche, Finanzvolumen, Zielsetzung und Fragestellung vor Beginn des Projekts öffentlich bekannt zu geben.“

Die Umsetzung des Votums ist keineswegs ein Spaziergang. Die Uni-Leitung hatte einen pfiffigen Anpassungsschritt im Vorfeld getan und der Einfügung der Passage „Forschung, Lehre und Studium sollen ausschließlich zivilen und friedlichen Zwecken dienen.“ in die Orientierungen für ProfessorInnen zugestimmt. Eine weitergehende Verpflichtung aller Hochschullehrer auf diese Ziele verstoße angeblich gegen die im Grundgesetz verankerte Freiheit von Forschung und Lehre. Uni-Vizepräsident Martin Lawerenz: „Diese Freiheit findet ihre Grenzen dort, wo strafrechtliche oder völkerrechtliche Normen verletzt werden.“

In der Abstimmungswoche gab es ein Zivilklausel-Podium in der Uni Kassel, an dem der Mit-Eigentümer des Kasseler Panzerbauers „Krauss-Maffei Wegmann“ Burkhart von Braunbehrens mitwirkte. Sie werden ahnen, was ein Profiteur der traditionell mit der Uni kooperierenden Rüstungsschmiede dort sinngemäß gegen die Zivilklausel und für die Rechtfertigung von Krieg vorbrachte: Ach Gott, die alten Pänzerle. Bin über die Lieferung an die Diktatur auch nicht glücklich. Aber die Bundeswehr braucht natürlich für ihre Auslandseinsätze eine moderne Ausrüstung und dafür auch entsprechende Hochschulforschung. Kein Widerspruch des ebenfalls auf dem Podium sitzenden zuvor zitierten Uni-Vize. Selbstzensur statt Autonomie und Freiheit.

Zu dem erfreulichen Urabstimmungsergebnis, das fünfte nach den Unis Karlsruhe, Köln, FU Berlin und Frankfurt a.M., kam Ende Januar die zwölfte Zivilklausel, nämlich an der Goethe-Uni

Frankfurt. Nach einer über 2 ½ Jahre währenden Kampagne der Studierenden konnte dieser Erfolg eingefahren werden, noch dazu an einer Stiftungsuniversität. Maßgeblich getragen wurde die Kampagne von einer unermüdlichen und ideenreichen GEW-Studierendengruppe, die am 17. Juni 2010 zu einer ersten Info-Veranstaltung „Stoppt Kriegsforschung an den Hochschulen - Bundeswehr raus aus den Schulen“ geladen hatte. Der Senat beschloss am 30. Januar 2013 einstimmig als Präambel für die Grundordnung die knappe und eindeutige Zivilklausel-Bestimmung: „Lehre, Forschung und Studium an der Goethe-Universität dienen zivilen und friedlichen Zwecken.“

Inzwischen liegt die Zustimmung des Hochschulrats vor, womit die Zivilklausel rechtskräftig geworden ist. Zu den fünf Zivilklauseln vor 1991 (Bremen, Dortmund, Konstanz, Oldenburg, TU Berlin) sind allein in den letzten beiden Jahren sieben neue hinzugekommen (Darmstadt, HS Bremen, HS Bremerhaven, Ilmenau, Rostock, Tübingen, Frankfurt). Auf diese bemerkenswerte Dynamik im Zusammenhang mit anderen ermutigenden Aspekten geht der Autor in einem Beitrag für die aktuelle Ausgabe des ver.di-biwifo-reports 2013-01 Fachbereich „Bildung, Wissenschaft und Forschung“ ein.

KIT-Ignoranz und Grün-Rotes Schweigen

Die beiden Beispiele zuvor scheinen nun gerade das Gegenteil des angekündigten Cassandra-Rufs zu belegen. Gemach, in Baden-Württemberg und am KIT laufen die alte Ignoranz und die neue Umarmung parallel auf vollen Touren. Das wird vom Autor in einem aktuellen Artikel für BdWi Forum Wissenschaft 1-2013 unter dem Titel „Freiheit der Wissenschaft und Kriegsforschung - Zur Auseinandersetzung um die Zivilklausel in Baden-Württemberg“ genauer ausgeführt.

Auf KIT bezogen: Geschlagene vier Jahre nach dem Urabstimmungserfolg der Studierenden (63 Prozent JA-Stimmen zur Zivilklausel) gibt es trotz Regierungswechsel und Wahlversprechen von GRÜNEN und SPD keinerlei Fortschritte. Mit Billigung der Grün-Roten Landesregierung (Ministerpräsident Kretschmann, Wissenschaftsministerin Bauer) vertuscht die KIT-Leitung Rüstungsforschung für Nachrichtentechnik, Drohnenfahrzeuge (militärischer Einsatz als Killerroboter) und Minidrohnen (militärischer Einsatz zur Aufstandsbekämpfung in Großstädten der sog. Dritten Welt). Noch dazu unter einem Dach mit Atomreaktorforschung, was zuvor als Tabu galt. Die beschlossenen KIT-Ethik-Leitlinien werden von der KIT-Leitung als Ersatz oder gar als mehr Wert gegenüber der heftig abgelehnten Zivilklausel verkauft. Zusammen mit der Landesregierung wird vom KIT die „Freiheit der Wissenschaft“ gegen die Zivilklausel ins Feld geführt. Parallel dazu läuft an der Uni Tübingen die neue Umarmungslinie.

Die Tübinger „Friedensklausel“



Stuttgarter Ministerpräsident und Grüner Friedensfreund Winfried Kretschmann
Quelle: scharf-links.de Bildmontage: HF

Viel zu wenige Zivilklausel-Bewegte hatten sich darüber gewundert, dass die frühere Schwarz-Gelbe Landesregierung Mitte 2010 die von der Uni Tübingen im Dezember 2009 im Rahmen des Studierenden-Streiks beschlossene Zivilklausel für die Präambel der Grundordnung gebilligt hatte. Das Wissenschaftsministerium Baden-Württemberg besitzt gemäß Landesgesetzgebung einen Zustimmungsvorbehalt für die Uni-Grundordnungen des Landes, hatte aber zum KIT-Zivilklausel-Antrag der damaligen Opposition im Landtag und auch öffentlich Zivilklauseln wegen Verstoßes gegen die im Grundgesetz garantierte „Freiheit der Wissenschaft“ als verfassungswidrig abgelehnt. Sie begründete den offensichtlichen Widerspruch mit dem ebenso unsinnigen Argument, dass eine Präambel keine

verbindliche Bestimmung sei. Hier der Text: "Lehre, Forschung und Studium an der Universität sollen friedlichen Zwecken dienen, das Zusammenleben der Völker bereichern und im Bewusstsein der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen erfolgen."

Anfang 2011 begannen Wissenschaftler des Uni-Instituts für Politikwissenschaften IfP und ein Ethnologe unter Ausnutzung personeller Kontakte zur GEW mit der Planung einer Studium-Generale-Ringvorlesungsreihe zur Zivilklausel für den Herbst 2011. Der Autor wurde als Eröffnungsredner engagiert. Im Mai 2011 schlug die Ankündigung der Antrittsvorlesung des Honorarprofessors Wolfgang Ischinger, des berühmten Chefs der Münchener „Sicherheits“konferenz und Kriegstromm lers, wie eine Bombe ein. Eben jene IfP-Verantwortliche hatten bereits im Oktober dessen Bestellung als Honorarprofessor eingefädelt bzw. gebilligt. Ischinger verfügt über keinerlei wissenschaftliche Meriten für diesen Job, wohl aber über große politische Erfahrungen, Kriegseinsätze der Bundeswehr mit Solidarität, Sicherheit und Schutzverantwortung zurechtzulügen. Die zuvor erfolgte Bestellung Ischingers war auch anderen vorgesehenen Vortragenden der Zivilklausel-Bewegung für die insgesamt einseitige Referentenbesetzung verschwiegen worden. Der Autor hatte im Neuen Deutschland unter dem Titel „NATO nimmt Universität im Handstreich“ als erster öffentlich reagiert, was ihm später die Ausladung als Referent der Ringvorlesungsreihe einbrachte.

Aber auch hier klingelte es bei vielen noch nicht, was den Autor veranlasste, zeitgleich mit der ND-Veröffentlichung im Juli 2011 für die NRhZ einen Kommentar unter dem Titel „Neue Dimension der inneren Militarisierung - Uni-Leitung verstößt bewusst gegen Zivilklausel“ zu verfassen. Zitat: „Die Uni-Leitung hat sich demnach auf die Seite von NATO und Bundeswehr geschlagen, legt die Zivilklausel bewusst als zivilmilitärische Klausel aus und hat damit eine neue Dimension der inneren Militarisierung der Hochschulen eröffnet. Eine Verantwortungslosigkeit, die noch getoppt wird durch die Absicht, dazu im Herbst eine Studium-Generale-Vortragsreihe zu veranstalten, organisiert von dem genannten Akademischen Oberrat. Nachdem derart empörende Fakten geschaffen wurden, soll unter dem Titel »Die Tübinger Friedensklausel: Wie der Verantwortung nachkommen?« palavert werden.“

Das objektive Problem: Soviel Perfidie wie von den benannten Organisatoren bis heute an den Tag gelegt wird, können sich selbst kritische Zeitgenossen nur sehr schwer vorstellen. Die praktizierte Selbstzensur - verbunden mit vorsätzlicher Täuschungsabsicht - ist kaum zu begreifen. Im Arbeitskreis „Universität in ziviler Verantwortung“ hatte der Mitorganisator und Ethnologe, der sich als Pazifist gibt, am 21. Juli 2011 die Stellungnahme an den Rektor mit beschlossen: „Honorarprofessur widerspricht der Zivilklausel - kein Kriegsbefürworter als Lehrkraft!“. Derselbe Ethnologe beschimpfte in einem Presse-Gespräch am 15. Januar 2013 in der Uni Tübingen diejenigen als „militante Pazifisten“, die an dieser Forderung bis heute festhalten. Die Zusammenhänge hat der Autor in einem weiteren Kommentar unter demselben Titel „Militante Pazifisten“ am 25. Januar veröffentlicht. Es ging um die Vermarktung des aufwendigen Buchs über die olivgrün ausgelegte Tübinger „Friedens“klausel. Der „friedliche Zweck“ wird schlicht als vereinbar mit Forschung für die Bundeswehr (in der Uni Tübingen u.a. an Minidrohnen und „wehr“medizinischer Forschung gegen akute Lärmtraumata sowie an Organophosphaten in chemischen Kampfstoffen) und einer Lehrkraft wie Ischinger angesehen. Die zivilmilitärische Reklameschrift wird in überheblicher Manier und mit großem Getöse als erstes umfassendes Buch über die Zivilklausel propagiert.

Aus der Buch-Rezension von Peer Heinelt (german-foreign-policy.com): „Vorwort der Tübinger Herausgeber: »Da unterschiedliche Verständnisse von Frieden existieren und nicht alle den Einsatz von gewaltsamen Mitteln ausschließen, drängt sich die Frage auf, wie damit umzugehen ist, dass es legitime Formen der Gewaltanwendung zu geben scheint und es dann Mitteln bedarf, diese Gewalt durchzusetzen.« Folgerichtig wird die Zusammenarbeit deutscher Hochschulen mit der Bundeswehr denn auch nicht rundheraus abgelehnt, sondern davon abhängig gemacht, ob eine solche Zusammenarbeit »friedensethischen Grundsätzen« entspricht, wie Simon Meisch formuliert.... Die mit Beiträgen vertretenen »Friedensforscher« Harald Müller und Andreas

Hasenclever beziehen in dieser Frage eindeutig Position. So feiert Müller die Vorstellung einer sich über den gesamten Globus erstreckenden »Schutzverantwortung« des Westens als »revolutionäre Konzeptualisierung des Sicherheitsgedankens«.... Herausgeber Nielebock; seiner Ansicht nach »müssen in der Lehre alle Positionen zu Wort kommen«. Das ist insofern nachvollziehbar, als just Nielebock dafür verantwortlich ist, dass die Universität Tübingen den Organisator der Münchner Sicherheitskonferenz, Wolfgang Ischinger, zum Honorarprofessor ernannt hat. Für die Zukunft der Tübinger Zivilklausel verheißt dies nichts Gutes.“

Zitat über die mit dem NOMOS-Buch verfolgten Absichten aus „Militante Pazifisten“: „Kann man sich eine intelligentere Arbeitsteilung von Oben gegen die Zivilklausel-Bewegung vorstellen? De Maizièrre betreibt Kriegspolitik und lehnt die Zivilklausel wegen behaupteter Verletzung der Freiheit der Wissenschaft strikt ab, die harte Variante. Und die Akademiker fahren die weichgespülte Variante, indem sie eine olivgrüne Zivilklausel propagieren, die nicht jegliche militärischen Zwecke in Forschung und Lehre ausschließt. Das soll Verwirrung stiften und bundesweit Schule machen. Wer die Ischinger-Politik genauer studiert hat, wird an der Überlegung nicht vorbei kommen, dass er der Stichwortgeber der olivgrünen Zivilklausel ist. Wurde er gerade deshalb bestellt?“

Goliath umarmt David

Hier ein unmittelbarer Beleg für die neue Umarmungsstrategie. Dazu ein kurzer Vorspann über Ischingers Interview am 7. Oktober 2011 im Tübinger Tagblatt „Militärische Gewalt nur als letztes Mittel - Wolfgang Ischinger will die Diskussion mit seinen Kritikern“. Der Honorarprofessor hatte dort den Vorwurf des Verstoßes seiner Bestellung gegen die Zivilklausel als absurd zurück gewiesen und folgendes wörtlich erklärt: „Ich habe mich in meiner ganzen beruflichen Laufbahn für Abrüstung und Friedenspolitik eingesetzt.“... „Es ist doch gerade das Ziel solcher Missionen [Auslandseinsätze der Bundeswehr], der Bevölkerung in Krisengebieten eine friedlichere Zukunft zu ermöglichen. Entspricht das denn nicht dem Gedanken der Zivilklausel?“.... „Die Frage der Vereinbarkeit des besonders umfassenden deutschen Parlamentsvorbehalts mit dem Ziel größerer europäischer Handlungsfähigkeit ist aber ein schwieriges verfassungspolitisches Thema.“.... „Und warum sollte denn ausgerechnet mein Seminar über Krisendiplomatie im Widerspruch zur Zivilklausel stehen? Was mich selbst und die Münchner Sicherheitskonferenz angeht, stelle ich mich – wie gesagt – gerne jeder inhaltlichen Debatte.“.... „Solche Forschung, wie hier in Tübingen beispielsweise über die Behandlung bestimmter Vergiftungen, kommt meines Wissens außerdem im Prinzip allen zugute - nicht nur der Bundeswehr.“

Er will also die Diskussion mit seinen Kritikern, war aber im Gegensatz zum Autor trotz Ausladung weder bei der Auftaktvorlesung als Gast dabei, noch bei der Zivilklausel-Konferenz im Oktober 2011 ebenfalls an der Uni. Am Tag der Konferenz fragte er den Autor als Kritiker per Brief, warum er sich (also ich mich) vor dem Angebot eines offenen Dialogs drücke. Meine Antwort: Obige Gelegenheiten habe er versäumt und für ein privates tete-a-tete fehle mir die Zeit. Daraufhin ludt er mich als Zaungast zur Münchener „Sicherheits“konferenz 2012 ein. Meine Antwort: Bin leider verhindert, weil ich an den Protesten dagegen teilnehme. Damit war der Umarmungsdialog beendet. Na sowas aber auch!

Ein Überleitungszitat aus „Militante Pazifisten“ über die Vermarktung der olivgrün ausgelegten Tübinger Zivilklausel: „Nur ein Beispiel für Schule machen. In einem Podium an der FU Berlin erklärte kürzlich Sven Chojnacki, dass er eine Zivilklausel will, die die Kooperation mit militärischen Akteuren nicht ausschließt, d.h. die ihm die Fortsetzung seiner Besatzungswissenschaft im umstrittenen Sonderforschungsbereich SFB 700 erlaubt. Er hatte übrigens das NOMOS-Machwerk direkt neben sich liegen.“

Zivilklausel-Farce am OSI (FU Berlin)

Nun wird es äußerst ärgerlich. Bei den bisherigen Fällen betraf das Ignorieren von Fakten, das Wegschauen trotz besseren Wissens und die anpasserische Selbstzensur die Uni-Leitungen. Am

OSI (FU Berlin) sind diese Merkmale nun auch auf den Arbeitskreis Zivilklausel übergegangen. In einer aktuellen Mitteilung nach dem erwähnten Podium wird der Entwurfstext der am 20. Februar im Fachbereichsrat Politik- und Sozialwissenschaften zur Abstimmung zu stellenden Zivilklausel mitgeteilt:

„1. Lehre und Forschung dienen nur zivilen und friedlichen Zwecken. Der Fachbereich steht in der Verantwortung, einen Beitrag für eine dauerhaft friedliche Gesellschaftsordnung in nationalem wie auch internationalem Rahmen zu leisten.

2. Die am Fachbereich arbeitenden ProfessorInnen und wissenschaftlichen MitarbeiterInnen beteiligen sich nicht an Projekten explizit militärischen Nutzens bzw. explizit militärischer Zielsetzung und lehnen entsprechende Forschungsmittel und -themen ab. Darunter fallen Kooperationen mit Rüstungsunternehmen und mit dem Bundesministerium der Verteidigung, soweit sie nicht einem ausschließlich friedlichen Nutzen oder der Abrüstung dienen.

3. ... betrifft Personalentscheidungen, 4. ... betrifft Transparenz, 5. ... betrifft Ethikrat.

Das ist keine Zivilklausel mehr, sondern eine Farce. Mit dem fett gedruckten Konditionalsatz am Ende von Ziff. 2 wird die klare Bestimmung des ersten Satzes der Ziff. 1 vollständig ins Gegenteil verkehrt. Dieser Konditionalsatz könnte von Ischinger stammen und entspricht der zivilmilitärischen Klausel, wie sie der „Friedens- und Konfliktforscher“ Chojnacki im Podium vertreten hatte.

Mit dem Beiwort explizit wird klargestellt, dass Dual-Use-Forschung, also Forschung, die zivilen und militärischen Nutzen hat, nicht ausgeschlossen wird. Man lese dazu nochmals Ischingers letztes Statement im Tagblatt-Interview. Laut taz-Bericht wurde in Podium die Dual-Use-Problematik mehrfach angesprochen. Wie Ischinger relativiert Chojnacki, die Definition von „Krieg“ in der Wissenschaft sei umstritten und somit auch die Frage, was unter „zivile“ Forschung fällt. Mit dieser Klausel jedenfalls kann Chojnacki seine Besatzungswissenschaft und seine Interventionskriegsforschung im SFB 700 ungestört fortsetzen.

Der Klauseltext verstößt außerdem eklatant gegen den demokratischen Willen der FU-Studierenden. In der Urabstimmung im Januar 2011 hatten 90 Prozent für die Forderung votiert: "Forschung, Lehre und Studium an der FU sollen nur zivilen Zwecken dienen. Als Drittmittelgeber ausgeschlossen werden insbesondere Rüstungsindustrie und Bundeswehr. Eine dementsprechende Zivilklausel ist in die Grundordnung einzufügen." Wie Arbeitskreis und Studierende mit diesem Umfallen unter dem Eindruck der Umarmung fertig werden, bleibt abzuwarten.

Untergrundtagung des AS an der FU Berlin

Klare Kante zeigte das FU-Präsidium auf einer Sitzung des Akademischen Senats (AS) im Februar, in dem eine neue Rahmenstudien- und -prüfungsordnung (RSPO) beschlossen werden sollte, mit massiven Verschlechterungen für Studierende, die seit Mitte 2012 dagegen protestieren. Junge Welt berichtete: „Während die Unileitung drei Wochen zuvor einen massiven Polizeieinsatz angefordert hatte, um Studierende von der öffentlichen Sitzung fernzuhalten, waren diesmal lediglich private Wachmänner im Hauptgebäude – allerdings nicht die üblichen Sicherheitskräfte der Uni, sondern rund 20 junge Männer in schwarzer Kluft, mit Glatzköpfen und Tätowierungen.“ Rund 100 Studierende forderten, die RSPO nicht zu beschließen, um einen respektvollen Dialog zu ermöglichen. Insgesamt war von den zentralen studentischen Forderungen nichts umgesetzt worden. Die Uni-Leitung schlug vor, zuerst die RSPO abzustimmen und dann eine informelle Diskussion mit den Studierenden zu führen. Nach dieser Provokation sprangen einige von ihnen auf die Tische, um lautstark zu protestieren. Das war die Gelegenheit für das Präsidium, seinen »Plan B« umzusetzen: Die Sitzung wurde an einen geheimen Ort außerhalb Berlins auf einem privaten Gelände der Helmholtz-Gemeinschaft in Teltow verlegt. Hier ging das private Sicherheitsunternehmen gewaltsam gegen die etwa 15 Studenten vor, die zwischenzeitlich angekommen waren. Den Verletzten drohen Anzeigen wegen Hausfriedensbruch, Sachbeschädigung und Körperverletzung. Eine studentische

Vollversammlung forderte am daraufhin den Rücktritt des Präsidiums und eine Demokratisierung der Uni. Das ist die andere Seite der Medaille, wie sie eingangs treffend von Celina Su für die USA beschrieben wurde. Stichwort „Pathways“. - Zurück zu den Zivilklausel-Aktivitäten.

Windelweiche Zivilklausel an der Uni Göttingen

Der AStA der Uni Göttingen teilte Mitte Februar mit, dass der Senat eine Zivilklausel beschlossen habe. Hier der Beschlusstext:

1. Die Universität bekennt sich zum Frieden und zur Gerechtigkeit in der Welt. Die Universität und die in ihr tätigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sind bestrebt, durch Forschung und Lehre dem Frieden der Welt zu dienen. Sie sind bei ihrem Handeln in Verantwortung für die Gesellschaft den der Wissenschaft immanenten ethischen Grundsätzen verpflichtet.
2. Der Senat wird die Zivilklausel in geeigneter Weise im Leitbild der Universität verankern.
3. Präsidium und Vorstand werden aufgefordert, durch geeignete organisatorische Vorkehrungen dafür zu sorgen, dass ihnen gegenüber Forschungsvorhaben mit erkennbar militärischem Zweck angezeigt werden. Hierüber ist einmal im Jahr in geeigneter Weise im Senat zu berichten. Der Senat gibt zu Ziff. 3 zu Protokoll: »Forschungsvorhaben, deren Ergebnisse mittelbar oder sowohl für zivile als auch militärische Zwecke verwendbar sind (z.B. die Beteiligung an der Entwicklung sogenannter Dual-Use-Güter), sind ausschließlich dann anzuzeigen, wenn absehbar ist, dass die Ergebnisse militärisch verwendet werden sollen.« Ob dieses allgemeine Bekenntnis zu Frieden und Gerechtigkeit ohne Bezug zu zivilen, militärischen oder friedlichen Zwecke eine Zivilklausel genannt werden kann, darf bezweifelt werden.

Eindeutig wird es nur für die Dual-Use-Forschung wie zuvor im Falle der FU Berlin (OSI). Hier ist es strittig, ob diese Fälle überhaupt angezeigt werden müssen. Wer kann denn über die mögliche militärische Verwendung entscheiden, wenn er gar nicht darüber informiert worden ist? Das ist - abgesehen vom jährlichen Rhythmus - eine glatte Transparenz-Farce.

Man wird gleich besser verstehen, welche konkrete Bewandnis es damit hat. Im April 2012 gab es an der Uni ein Podium zum Thema "Eine Zivilklausel für Göttingen" mit Präsidentin Ulrike Beisiegel, dem Politologen Peer Heinelt, dem Autor und einem geladenen, aber nicht erschienenen Vertreter der Uni-Medizinforschung.

Der Antwort der Bundesregierung vom 20. Juni 2011 auf die Anfrage der Bundestagsfraktion DIE.LINKE. (BT-Drs 17/5832) über „Drittmittelzuwendungen des BMVg an Hochschulen“ konnte nämlich entnommen werden, dass die Uni Göttingen im Zeitraum 2000-2010 insgesamt 1,66 Mio EURO vom Verteidiger erhalten hatte. Wenn man etwas weiter stöberte, stellt sich heraus, dass der Großteil der Mittel einer fragwürdigen „wehr“medizinischen Chemie- und Biowaffen-Abwehrforschung diene (siehe Tübingen), teilweise in Zusammenarbeit mit Instituten der Bundeswehr. Das konnte die neue Uni-Präsidentin Ulrike Beisiegel nicht wissen, da sie erst seit 1.1.2011 im Amt ist. Aber als langjährige Direktorin des Instituts für Biochemie und

Molekularbiologie am Klinikum Hamburg-Eppendorf ist sie jedenfalls fachlich prädestiniert, die zuständigen Wissenschaftler einfach zu befragen. Hat sie aber nicht gemacht. Und die es wissen müssen, was mit den 1,66 Millionen gemacht wurde, hatten sich einfach gedrückt. Leider haben auch AStA und Arbeitskreis Zivilklausel nicht nachgebohrt. Heißes Eisen gewiss, aber Selbstzensur als Antwort?



Polizei-Einsatz gegen Studierende der Uni Göttingen im Januar 2012
Quelle: taz Bild: Benjamin Laufer

Der AStA hat den Senatsbeschluss ziemlich beschönigend kommentiert: „Dieser Beschluss ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer rüstungsfreien Universität. Die Universität wird damit ihrer gesellschaftlichen Verantwortung, zu einem friedlichen Zusammenleben der Menschen beizutragen, ein Stück mehr gerecht. Seit mehr als einem Jahr sind wir mit dem Universitätspräsidium und dem Senat in Gesprächen zur Ausgestaltung einer solchen Zivilklausel. Die jetzt beschlossene Formulierung schafft dringend benötigte Transparenz über Rüstungsprojekte an unserer Uni. Bisher war es sogar dem Präsidium unbekannt, ob und welche Forschungsprojekte existieren. So eine Zivilklausel kann aber nur ein erster Schritt sein. Bei der Ausgestaltung der Anzeigepflicht werden wir uns aktiv für größtmögliche Offenheit einsetzen. Zudem fordern wir einen Ausschuss der sich - ähnlich einer Ethikkommission - mit Rüstungsprojekten befasst und diese im Zweifelsfall auch ablehnen kann. An diesem Gremium müssen Studierende als größte Statusgruppe und zukünftige WissenschaftlerInnen beteiligt sein. Auch an unserem langfristigen Ziel halten wir fest: Ein vollständiges Verbot von Rüstungs- und Kriegsforschung an der Universität Göttingen und allen anderen Forschungseinrichtungen.“

Das mit der Transparenz ist nun völlig daneben. Jedenfalls braucht sich niemand über die Ergebnisse zu wundern. Auf einen nicht genügend aufgebauten und argumentativen Druck folgt eben eine windelweiche Zivilklausel mit Transparenz-Farce. Es ist aber noch nicht zu spät. Wie wäre es, wenn der AStA endlich mal der Sache mit der „wehr“medizinischen Forschung auf den Grund geht. Dann bekommen die Studierenden eine direkte Vorstellung davon, wie die Transparenz gestaltet werden muss, damit die bisherige Vertuschung künftig wirksam unterbunden wird.

Jedoch geht es hart zur Sache an der Uni im Falle von missliebigen Protesten von Studierenden. Im Januar 2012 kam es mit Billigung der Präsidentin und des Senats zu einem Polizeieinsatz auf dem Unigelände, bei dem Studierende verletzt wurden. Im Januar 2012 kam es mit Billigung der Präsidentin und des Senats zu einem Polizeieinsatz auf dem Unigelände, bei dem Studierende verletzt wurden. Es ging um einen Vortrag des verflorenen Innenministers Uwe Schünemann „Wie sicher ist Göttingen?“ Wie der AStA mitteilte, nutzten viele Studierende die Gelegenheit, um ihren Protest gegen die Abschiebepolitik der Landesregierung und die Rolle von Geheimdiensten bei den Enthüllungen rund um die rechtsterroristische NSU auszudrücken. Als die Polizei eine friedliche Blockade durchbrach, kam es zu Verletzten auf Seiten der Protestierenden. Der AStA weiter: "Wir haben bereits im Vorfeld das Universitäts-Präsidium gebeten, der Polizei keine Genehmigung für einen Einsatz auf dem Campus zu erteilen, um solche gewalttätigen Übergriffe zu verhindern. Wir sind schockiert, dass die Universitätsleitung derartige Einsätze gegen die eigenen Studierenden offensichtlich billigt. Eine Sitzblockade, die den Fahrzeugkonvoi Schünemanns blockierte, wurde ohne dreimalige Aufforderung zum Auflösen und ohne jegliche Vorwarnung mit massiven Schlägen und Tritten geräumt. Eine Person wurde mehrere Meter über den Asphalt gezogen, anschließend wurde noch am Boden auf sie eingeschlagen. Einer auf dem Boden liegenden, bereits festgenommenen Person wurde der Kopf auf den Asphalt geschlagen, eine andere erlitt eine Gehirnerschütterung. Der AStA schließt mit der mahnenden Erinnerung: „Es war eine Konsequenz aus Erfahrungen aus dem Nationalsozialismus, dass der Zugriff der ausführenden Organe der Staatsgewalt auf den Uni-Campus zum Schutz der Unabhängigkeit der Wissenschaft verpönt war.“

Zivilklausel-Promoting an Uni Düsseldorf

Einer aktuellen AStA-Mitteilung kann entnommen werden, dass im Auftrag des AStA eine bezahlte Projektstelle Zivilklausel ausgeschrieben wurde mit folgenden Aufgaben:

1. Konstruktive Mitarbeit bei der studentischen Initiative: Mitorganisieren von Treffen, Koordination der unterschiedlichen Meinungsbilder, Reflexion der bisherigen Arbeit usw.
2. Mitplanen von Informationsmöglichkeiten zum Themenkomplex, z.B. durch eine Ringveranstaltung mit unterschiedlichen Referenten, durch Erstellen von Flyern/Plakaten, durch repräsentative Umfragen usw.

3. Sondieren, welche Art einer Zivilklausel für die HHU geeignet wäre bzw. welche am realistischsten umgesetzt werden kann (Gespräche mit Initiative, Studierendenvertretern, Senatsmitgliedern etc.)
4. Planen einer Studentischen Urabstimmung über die Einführung einer Zivilklausel an der HHU (Ziel: Zeitgleich zur SP-Wahl Ende SoSe 2013)

Das ist deswegen völlig ungewöhnlich, weil hier neben organisatorischen Aufgaben in den Ziffern 1-2 und 4 vor dem beschriebenen Hintergrund hochpolitische inhaltliche Entscheidungen in Ziff. 3 über den Text der zu fordernden Zivilklausel in die Hände einer bezahlten Kraft gelegt werden sollen, die unbedingt in ein demokratisches Gremium gehören.

Der Projekt-Mitarbeiter des AStA soll demnach mit Senatsmitgliedern sondieren, welche Zivilklausel am realistischsten umgesetzt werden kann. Na, mit Sicherheit die unverbindlichste nach dem Göttinger Muster oder gar die perfide nach den FU(OSI)-Muster. Der Kasseler Urabstimmungstext stößt vor der auch in Düsseldorf existierenden Selbstzensur gewiss nicht auf allgemeine Gegenliebe. Was wird das also für eine Zivilklausel werden?

Die Initiative für eine Zivilklausel an der Heinrich-Heine-Universität (HHU) hatte im Mai/Juni letzten Jahres eine Vortragsreihe veranstaltet, beginnend mit einem Vortrag von Peter Förster vom Arbeitskreis Zivilklausel der Uni Köln, zum Thema "Für den Frieden lernen". Aus den Ausführungen und der Diskussion resümiert die Initiative, „dass eine Zivilklausel, wie im Fall der Uni Bremen zuletzt diskutiert, klar und deutlich sein muss und nicht z.B. in eine »Friedensklausel« umformuliert werden sollte – dann nämlich öffnet sie jeder Art von militärischer Forschung Tür und Tor. Immerhin kämpft die Bundeswehr ja auch mit Waffen »für den Frieden«.“

Bemerkenswert ist auch, dass vier Wochen später eben jener zu Beginn dargestellte Ethnologe der Uni Tübingen in Düsseldorf über das Thema „Tübinger Erfahrungen mit der Zivilklausel: Chancen und Herausforderungen“ vortrug, also ein Mitgestalter eben jener olivgrün ausgelegten Tübinger »Friedensklausel«, vor der Peter Förster gewarnt hatte.

Zur Frage von militärischer Forschung an der HHU kam in der Diskussion der Hinweis, dass in der Medizinischen Fakultät zum Thema Infraschall und dessen Auswirkungen unter Beteiligung der Bundeswehr geforscht wurde. Der früher für Göttingen zitierten Antwort der Bundesregierung über „Drittmittelzuwendungen des BMVg an Hochschulen“ kann entnommen werden, dass die Uni Düsseldorf im Zeitraum 2000-2004 insgesamt 0,58 Mio EURO vom Verteidiger erhalten hat. Wenn man der Statistik glauben darf, liegt die letzte Drittmittelüberweisung acht Jahre zurück. Es sieht also nicht besonders spannend aus. Aber die Statistikangaben enden vor zwei Jahren. Da kann viel passieren. Deswegen ist auch hier Aufmerksamkeit geboten und vor allem eine ordentliche Transparenzregelung.

Warum übernimmt der AStA nicht einfach die zitierte Formulierung der Kasseler Urabstimmung? Diese bringt in knapper Form sowohl eine konsequente Zivilklausel als auch eine wirksame Transparenzklausel auf den Punkt. Ein Kriterium kann doch bitte nicht darin bestehen, was am realistischsten umsetzbar ist. Eine friedenspolitische Grundsatzfrage für die Gestaltung der Verantwortung der Wissenschaft kann doch nicht Marktgesetzen unterworfen werden.

Unsere gegen die andere Doppelstrategie

Was lernen wir aus alledem? Was ist zu tun? Genau hinschauen, was an Forschung und Lehre an der Uni läuft. Langfristig arbeitende Zivilklausel-Arbeitskreise bilden und mit diesen Urabstimmungen anpeilen. Erfahrungen aus anderen Unis abfragen und auf Umsetzbarkeit prüfen. Beharrlichkeit und Geduld für den Fall der alten Linie „Zurückweisung und Ignoranz“. Wachsamkeit und NEIN-Sagen üben im Falle der neuen Linie „Umarmung“. Soviel als möglich Studierende und MitstreiterInnen gewinnen. Gremien nutzen. In Uni-Veranstaltungen und außerhalb mit kritischen Fragen „stören“. Die strömungsübergreifende Zusammenarbeit und Vernetzung mit „Schulfrei für die Bundeswehr“ und anderen Kampagnen und Friedensgruppen suchen. (PK)

„Militante Pazifisten“

Von Dietrich Schulze

Mit großem öffentlichen Getöse ist Mitte Januar in der Uni Tübingen das bereits ein halbes Jahr zuvor erschienene Buch „Zivilklauseln für Forschung, Lehre und Studium. Hochschulen zum Frieden verpflichtet“ (Hrg. Volker Harms, Thomas Nielebock, Simon Meisch, NOMOS-Verlag Baden-Baden) von den Herausgebern erneut vorgestellt worden. Abgesehen von der mageren Pressebeteiligung, je eine Vertreterin der Tagblatts, des SWR4 und des UniRadios Tübingen, zeigten die Referate von Thomas Nielebock, Volker Harms und Hendrik Burmester jede Menge Widersprüchliches und eine unglaubliche Aussage.

Zum Verständnis des letzteren die kurze Vorgeschichte: Ende 2009 hatten die Studierenden zwecks Beendigung von Forschung und Lehre für militärische Zwecke eine Zivilklausel verlangt, die Mitte 2010 rechtskräftig wurde - mit Billigung der früheren schwarz-gelben Landesregierung, die eine Zivilklausel als verfassungsrechtlich unzulässig bezeichnet hatte. Das war merkwürdig genug, konnte aber erst später verstanden werden. Klammheimlich war Ende 2010 der Kriegsbefürworter Wolfgang Ischinger, Leiter der Münchner „Sicherheits“-konferenz zum Honorarprofessor bestellt worden, unter Mitwirkung des Politikwissenschaftlers Thomas Nielebock, der bis heute mit Ischinger eng zusammen arbeitet. Kurz danach begann der Ethnologe Harms zusammen mit Nielebock eine zivilmilitärische Ringvorlesungsreihe zu organisieren, u.a. mit dem Autor als Auftaktredner unter Verschweigen der Ischinger-Bestellung. Nachdem das Mitte 2011 bekannt wurde, hagelte es Proteste mit der Forderung nach Abberufung wegen offensichtlichem Verstoß gegen die Zivilklausel. Zum Beispiel neben vielen anderen vom Arbeitskreis „Universität in ziviler Verantwortung“ mit ausdrücklicher Zustimmung von Volker Harms. Weil der Autor es gewagt hatte, die gleiche Forderung presseöffentlich zu erheben, wurde er von den Verantwortlichen der Ringvorlesungsreihe ausgeladen, mit Zustimmung von Volker Harms. Und jetzt das Unglaubliche. Eben jener Ethnologe Harms titulierte im obigen Pressegespräch diejenigen, die bei ihrer Ablehnung der Honorarprofessur geblieben sind, als „militante Pazifisten“.

Dazu ein kurzer Ausflug zur Bedeutung der Worte. Laut Wiki ist Militanz „eine kriegerische Haltung, ein aggressives Auftreten oder eine physische oder verbale Gewaltbereitschaft von Personen und Gruppen im Kampf für beziehungsweise gegen politische oder religiöse Überzeugungen.“ Unter Pazifismus versteht man „im weitesten Sinne eine ethische Grundhaltung, die den Krieg prinzipiell ablehnt und danach strebt, bewaffnete Konflikte zu vermeiden, zu verhindern und die Bedingungen für dauerhaften Frieden zu schaffen. Eine strenge Position lehnt jede Form der Gewaltanwendung kategorisch ab und tritt für Gewaltlosigkeit ein.“

Es handelt sich also um gewaltbereite Gewaltgegner. Solche Worte entspringen einem Orwell'schen Denken wie die gesamte Konstruktion der Ringvorlesungsreihe und des darauf basierenden Buches „Krieg ist Frieden.“ Volker Harms erklärte, gegen die Honorarprofessur zu sein, und hält es für selbstverständlich, das Gegenteil zu praktizieren. Wenn die unsinnige Wortschöpfung auf jemanden passt, dann auf ihn selbst. Und nun schon gar nicht mehr erstaunlich. Kein Wort der Kritik an einem zum Pressegespräch verteilten Flyer der „Initiative gegen Militärforschung an Universitäten“, in dem eine Verriss-Rezension des Webportals german-foreign-policy.com über das NOMOS-Buch zitiert und die Forderung „Ischinger go home“ bekräftigt wird.

Seinem Partner Nielebock rutscht während der langatmigen Erklärungen, die auch Kritik am Uni-Rektor und an fehlender Kontrollmöglichkeit der Forschungsprojekte enthält, der Begriff „Armee im

Einsatz“ für die Bundeswehr heraus. Bezeichnend, dass der geistige Urheber beider Begriffsbildungen kein Geringerer als Vorwärtsverteidigungsminister Thomas de Maizière ist. Kann man sich eine intelligentere Arbeitsteilung von Oben gegen die Zivilklausel-Bewegung vorstellen? De Maizière betreibt Kriegspolitik und lehnt die Zivilklausel wegen behaupteter Verletzung der Freiheit der Wissenschaft strikt ab, die harte Variante. Und die Akademiker fahren die weichgespülte Variante, indem sie eine olivgrüne Zivilklausel propagieren, die nicht jegliche militärischen Zwecke in Forschung und Lehre ausschließt. Das soll Verwirrung stiften und bundesweit Schule machen. Wer die Ischinger-Politik genauer studiert hat, wird an der Überlegung nicht vorbei kommen, dass er der Stichwortgeber der olivgrünen Zivilklausel ist. Wurde er gerade deshalb bestellt?

Nur ein Beispiel für Schule machen. In einem Podium an der FU Berlin erklärte kürzlich Sven Chojnacki, dass er eine Zivilklausel will, die die Kooperation mit militärischen Akteuren nicht ausschließt, d.h. die ihm die Fortsetzung seiner Besatzungswissenschaft im umstrittenen Sonderforschungsbereich SFB 700 erlaubt. Er hatte übrigens das NOMOS-Machwerk direkt neben sich liegen.

Was hat die Presse aus den Akademiker-Berichten gemacht? Ulrike Pfeil vom Tagblatt, die selbst im olivgrünen Sinne an Ringvorlesung und Buch mitgewirkt hat, begriff wohl die Brisanz der Wortschöpfung „militante Pazifisten“ und übersetzte sie in das weniger angreifbare aber ebenso unsinnige „absolute Pazifisten“. Einzig in der SWR4-Sendung spricht die SWR-Vertreterin vom „strengen Pazifisten“, durchaus angemessen, wie die zitierte Wiki-Bedeutung zeigt.

Der Autor ließ es sich nicht nehmen, an die Presse ein anderes Buch zu verteilen, die Streitschrift „Jetzt Entrüsten – Hochschulen: Zukunftswerkstätten oder „Kriegs“Dienstleister?“ über die Karlsruher Tagung im Juni 2012 gegen Kriegsforschung, erschienen im Verlag Peter Grohmann Die AnStifter. Mit 48 Seiten keine tiefeschürfende, aber ehrliche Auseinandersetzung mit der Militarisierung der Hochschulen und den Perspektiven der Zivilklausel-Bewegung.

Was sagt zu alledem die Grün-Rote Landesregierung? Entgegen früheren Oppositionsanträgen pro Zivilklausel, Wahlversprechen und persönlichen Unterschriften vertreten MP Winfried Kretschmann und Wissenschaftsministerin Theresia Bauer die olivgrüne Zivilklausel mit den gleichen widerlegten Argumenten „Freiheit der Wissenschaft“ und Unterstützung der Bundeswehr. In der Ausgabe 1-2013 der Zeitschrift BdWi Forum Wissenschaft wird dazu Näheres vom Autor ausgeführt.

In Tübingen gibt es keine Ruhe für die Olivgrünen: Vortrag und Diskussion am 29. Januar "Wehrwissenschaften an der Exzellenzuniversität Tübingen" mit Christoph Marischka (IMI) auf Einladung der [solid].SDS- Hochschulgruppe Tübingen.

Das Kennzeichen von guter Wissenschaft ist vor allem Redlichkeit, das Gegenteil von dem, was die Herausgeber mit ihrem Buch betreiben. (PK)

Online-Flyer Nr. 388 vom 09.01.2013
<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=18624>

Zivilcourage gegen skandalöse Ehrensensatorwürde von Dr. Greifeld gefragt

KIT verschleppt Entscheidung

Von Dietrich Schulze

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung berichtete am 29. Dezember 2012 über die vom Karlsruher Institut für Technologie KIT (Zusammenschluss von Universität und Forschungszentrum Karlsruhe) geforderte Annullierung der Ehrensensatorwürde für Dr. Rudolf Greifeld, der 1956 von

Franz-Josef Strauß als maßgeblicher Gründer mit geheim gehaltener Nazi-Vergangenheit im ehemaligen Kernforschungszentrum Karlsruhe eingesetzt wurde. (1) 1969 hatte ihn die Universität Karlsruhe ohne Kenntnis von seiner Vergangenheit zum Ehrensensator benannt.

Als in zweierlei Hinsicht überraschende Reaktion auf den FAZ-Artikel meinte die KIT-Leitung am 3. Januar 2013, dass „die Vorwürfe gegen Dr. Greifeld wissenschaftlich belastbar verifiziert“ werden müssten und der hinzugezogene Fachmann dafür einen Zeitbedarf von 1-2 Jahren sieht.

Damit werden erstens die in der FAZ benannten Fakten:

- Greifelds dokumentarisch belegter Antisemitismus als SS-Kriegsverwaltungsrat der Nazi-Wehrmacht im besetzten Paris in ranghöchster Funktion (u.a. Organisation des Hitlerbesuchs in Paris),
- der massive Protest französischer WissenschaftlerInnen am Institut Max von Laue – Paul Langevin ILL in Grenoble und in dessen Folge die Demissionierung Greifelds dort im Lenkungsgremium und



Leon Grünbaum
NRhZ-Archiv

- dessen vorzeitige Entfernung als Geschäftsführer des Kernforschungszentrums durch das Bundesforschungsministerium nach 20-jähriger hochumstrittener Tätigkeit (u.a. Einfädelung von atomaren Kooperationen mit Diktaturen mit Atomwaffenambitionen) schlicht in zu überprüfende Vorwürfe umgefälscht.

Damit wird
zweitens
eine
Recherche-
Aufgabe für
qualifizierte
Fachleute
von 1-2
Monaten

von einem merkwürdigen Fachmann auf 1-2 Jahre aufgeblasen. Eine völlig inakzeptable vorsätzliche Verschleppungstaktik.

Wie eigentlich ist dieser Ehrensensator nach so langer Zeit auf die Tagesordnung geraten? Statt die Geschichte aufzuarbeiten, wurde nach Greifelds Entfernung erneut der Mantel des Schweigens über die Affäre gebreitet. Im April 2012 veröffentlichte KIT erstmals die Liste der Ehrensensatoren im Internet. Zuerst machte das Internet-Portal german-foreign-policy.com (2) darauf aufmerksam. Anfang September wandten sich drei ehemalige Beschäftigte des Kernforschungszentrums mit der Forderung nach Annullierung an die KIT-Leitung (3). Dem Archivar der Universität (KIT Campus Süd) wurden dazu wichtige Dokumente übergeben.

1.) V e r m e r k

In letzter Zeit machen sich die Juden in Paris wieder sehr breit. So wagt z.B. in der Silvesternacht in dem Cabaret "Le boeuf sur le toit" im Gebäude des Hotels "George V" - von den Wehrmachtangehörigen abgesehen - sehr viele Juden. In der gleichen Nacht ist in dem Cabaret "Trois Valées" - nach Angabe des OEVJ Fein - ein deutsches Lied, das die Kapelle spielte, ausgepfiffen worden. In dieser Zeit waren auch hier Juden. Gerade dieses Lokal wird von sehr vielen Wehrmachtangehörigen besucht. Auch in dem Cabaret "Carrere" verkehren sehr viele Juden.

Ich rege deshalb an, dass die Bewilligung auf verlängerte Polizeistunde in den von Wehrmachtangehörigen häufig besuchten Lokalen überprüft wird und die Verlängerung der Polizeistunde von der Verpflichtung abhängig gemacht wird, dass der Eigentümer ein Schild an der Tür anbringt, wonach Juden der Zutritt verboten ist.

2.) An das Polizeireferat zuständigkeitshalber.

Paris, 2. Januar 1941.

J. v. R. d. Ressel.
Lab 91

Greifeld 3.1.41.

In den in Paris zurück gelassenen Akten der Nazi-Wehrmacht aufgefundenes Schlüsseldokument vom 2. Januar 1941. Die Unterschrift wurde durch ein graphologisches Gutachten als die von Greifeld identifiziert. Quelle: Dietrich Schulze

Von Beginn an unterstützten die Annullierungsforderung Beate und Serge Klarsfeld aus Paris (Gründer der Vereinigung "Les Fils et Filles des Déportés Juifs de France" FFDJF), die eine tragende Rolle bei der Aufdeckung von Greifelds Nazi-Vergangenheit spielten, die jüdische Kultusgemeinde Karlsruhe, der Verein „LernOrt Zivilcourage e.V.“, Bundestags- und Landtagsabgeordnete und viele andere mehr. Ganz im Gegensatz dazu eine Reihe von Zuständigen in Bund, Land und Technologieregion, die um Unterstützung gebeten wurden. Bundesforschungsministerin Schavan (CDU), Ministerpräsident Kretschmann (GRÜNE), Wissenschaftsministerin Bauer (GRÜNE) und der Karlsruher Oberbürgermeister Fenrich (CDU) schweigen seit einem Vierteljahr lauthals. Dabei wäre es für Ministerin Schavan eine Kleinigkeit, KIT mit den Greifeld-Unterlagen ihrer Vorgänger Ehmke, Matthöfer und Hauff zu versorgen.

Der Verfasser des eingangs zitierten Artikels, FAZ-Korrespondent Rüdiger Soldt, hat völlig Recht, wenn er seinen Beitrag mit der Hoffnung schließt, dass das ehemalige Kernforschungszentrum (KIT Campus Nord) mit der Aufarbeitung seiner Geschichte beginnen möge. Der erste notwendige Schritt dazu sollte die Entscheidung über Ehrensensator Greifeld sein, die bei gutem Willen noch in diesem Semester getroffen werden kann.

Die Geschichtsaufarbeitung betrifft nach Auffassung der drei UnterzeichnerInnen (4) der Annullierungsforderung sowohl Täter als auch Opfer. Mit tragischen persönlichen Konsequenzen hatte der jüdische Physiker und Heisenberg-Schüler Leon Grünbaum den Stein gegen Greifeld ins Rollen gebracht. In seiner zweiten geschichtswissenschaftlichen Dissertation an der Sorbonne zeichnet er u.a. die antisemitischen Wurzeln der Affäre Greifeld (5) nach. Grünbaums zweimalige Verfolgung, zuerst seiner Familie durch die Faschisten und später die Diskriminierung durch Greifeld darf nicht in Vergessenheit geraten. In Kürze wird mit der Planung eines Symposions über Leon Grünbaum begonnen.

“Those who cannot remember the past are condemned to repeat it,” (George Santayana, (* 1863 in Madrid, † 1952 in Rom, spanischer Philosoph, Schriftsteller und Literaturkritiker) (PK)

Quellen:

(1) Geschichte eines Ehrensensors“, Rüdiger Soldt in FAZ 29.12.12 (Printausgabe Seite 2) <http://www.faz.net/frankfurter-allgemeine-zeitung/geschichte-eines-ehrensensors-12008671.html>

(2) „Mehrzweckforschungsreaktor“ 21.06.12 und „Ein Versailles kosmischen Ausmaßes“ 14.06.12 in german-foreign-policy.com <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20120628.pdf>

(3) Schriftwechsel mit KIT (11.09.12 bis 31.12.12) mit cc an Zuständige <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20121231.pdf>

(4) Originalbrief 10.09.12 an den KIT-Präsidenten http://www.bruchsaler-friedensinitiative.de/common/download.php?/artikel/2012/20120911_1_schreiben_umbach_wg_greifeld_20120910.pdf

(5) “In Memoriam Leon Grünbaum (1934-2004)” mit Hinweisen auf Greifeld, Dietrich Schulze in Neue Rheinische Zeitung 25.05.11 <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=16547>

Mehr in der Web-Dokumentation <http://www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf>



Rudolf Greifeld, Herrmann Giesler, Albert Speer, Adolf Hitler und Arno Breker am 28. Juni 1940 in Paris (v.l.n.r.) Quelle: Bundesarchiv Bild 183-H28708 und NRhZ-Archiv

Olivgrün gewendeter Landespatriarch

Von Dietrich Schulze

DemokratInnen, die grundehrlich gegen sich selbst und andere sind, können häufig nicht verstehen, wie bestimmte Personen - an die politischen Schalthebel gelangt - ihren in der Jugend gegen undemokratische Verhältnisse gerichteten Protest verdrängen und dann ausgerechnet in die Attitüden und Positionen derer schlüpfen können, die sie früher von Herzen bekämpft haben. Diese bekannte Konvertiten-Problematik sei in einem aktuellen Fall anhand von drei konkreten Handlungssituationen nachgezeichnet in der Hoffnung, damit sie die demokratischen Abwehrkräfte anregen zu können. Nennen wir das Exemplar Winfried Kretsch-Maus.



Winfried Kretschmann bekommt von der GEW in Sindelfingen eine Anti-Duckmaus übergeben. Quelle: Dietrich Schulze

I. Im November 2011, ein halbes Jahr nach seiner Inthronisierung als gefühlte erlösende Alternative nach 58-jähriger CDU-Herrschaft in Baden-Württemberg, gab Winfried im Karlsruher Rathaus einen sogenannten Bürgerempfang. Auf die Verweigerungshaltung des Karlsruher Instituts für Technologie KIT (Zusammenschluss von Uni und Forschungszentrum Karlsruhe) bezüglich der in Grün-Roten Wahlprogrammen versprochenen Friedensbindung in Form einer Zivilklausel (keine Forschung und Lehre für militärische Zwecke) von einer Studentin angesprochen, erklärte Winfried im CDU-Originalton: „Forschung und Lehre sind nach dem Grundgesetz frei“. Die Studentin gab sich damit nicht zufrieden, verwies auf ein Gutachten des Verfassungsrechtlers Denninger, wonach die Zivilklausel vereinbar mit dem Grundgesetz ist, führte die 2010 rechtskräftig gewordene Zivilklausel der Uni Tübingen an und erinnerte an die bewährte Zivilklausel-Praxis des Forschungszentrums. Nun meinte Winfried, es gehe gar nicht um verfassungsrechtliche Bedenken, sondern darum, dass

die Institute das selber entscheiden sollen. Außerdem müsse beachtet werden, dass wir eine Bundeswehr haben, die für ihre Friedenseinsätze Unterstützung brauche. Erschwerend kommt hinzu, dass die frühere Grüne Landtags-Oppositionsfraktion im Juli 2009 zum KIT-Gesetz eine Zivilklausel beantragt hatte, mit Fraktionschef Winfried an der Spitze. Und Ende März 2011, kurz vor der Landtagswahl, hatte Winfried zusammen mit 450 z.T. prominenten Persönlichkeiten eine entsprechende Petition an das KIT-Präsidium persönlich unterschrieben.

II. Im April 2012 wurde Winfried bei der Landesdelegiertenkonferenz der GEW Baden-Württemberg in Sindelfingen eine Anti-Duckmaus übergeben, an den Handlungsbedarf zum Thema "40 Jahre Radikalenerlass" erinnert und um Unterstützung bei der Rehabilitierung der Berufsverbote-Opfer nachgesucht. Zur Erinnerung: Winfried war als Student der Uni Hohenheim aufgrund seiner KBW-Mitgliedschaft selbst vom Berufsverbot betroffen. Der frühere Kommunist und AStA-Vorsitzende Winfried (Spitzname Kretsch) heute im swr wörtlich „Aber dass wir jetzt nicht Kommunisten in den Staatsdienst lassen, daran hat sich sicher nichts geändert.“ Heutige und zeitweilige politische Weggefährten haben das mit Empörung zur Kenntnis genommen. Seine Vergangenheit stuft Winfried heute staatsmännisch als linksradikale Verirrung ein und die 68-er-Proteste, die sich gegen Obrigkeitstrief und Nazi-Professoren an den Unis, gegen den Vietnam-Krieg und gegen die Chile-Diktatur richteten, betrachtet er heute jovial als „kulturrevolutionären“ Anspruch. Abgerundet wird die Winfried-Kretsch-Maus-Wende mit dem Fakt, dass auch unter der

Grün-Roten Landesregierung die Observierung eines 81jährigen Kommunisten und hoch angesehenen Kommunalpolitikers aus Tübingen munter weitergeht. Im Rahmen einer GEW-Protestaktion gegen die Sparpolitik bei der Bildung haben Berufsverbote-Betroffene beim Landesparteitag der SPD Baden-Württemberg im September in Wiesloch die Auflösung des "Verfassungsschutzes" gefordert.

III. Vom 30. November bis 2. Dezember tagte der Grüne Landesparteitag in Böblingen. Mit breiter öffentlicher Unterstützung und knapper Mehrheit wurde beschlossen „BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Baden-Württemberg fordern die Landesregierung auf, die 2009 zwischen dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport des Landes Baden-Württemberg und dem Wehrbereichskommando IV (Süddeutschland) der Bundeswehr geschlossene Kooperationsvereinbarung spätestens zum Ende des Schuljahrs zu kündigen.“ Nachdem kurz danach Innenminister Gall (SPD) geäußert hatte „Auch in Zeiten internationaler Militärmissionen sollten Jugendoffiziere mit Schülern über Friedenssicherung und Bundeswehreinsätze diskutieren können“, setzte Winfried noch einen drauf und erklärte „Wir müssen schauen, ob wir diesen Kooperationsvertrag belassen oder ob wir ihn etwas ändern, aber an der Grundtatsache wird sich nichts ändern.“ Als neuer olivgrüner Landespatriarch stellt er damit klar, dass ihn Mehrheiten in der eigenen Partei nicht interessieren. Ebenfalls um konkrete Friedenspolitik im Bildungsbereich ging es in einem Antrag von Grüner Jugend, CampusGrün und mehreren Abgeordneten. Die von ihnen beantragte Zivilklausel für das Landeshochschulgesetz wurde knapp abgelehnt. Wissenschaftsministerin Theresia Bauer hatte im Vorfeld presseöffentlich und auf dem Parteitag massiv gegen die Friedensbindung der Hochschulen Stimmung gemacht mit der eingangs zitierten Position der angeblich verletzten Freiheit der Wissenschaft. Im Grünen Wahlversprechen zur Landtagswahl heißt es hingegen wörtlich: „Frieden statt Waffen exportieren. Nachhaltige grüne Friedenspolitik setzt vor allem auf zivile und diplomatische Mittel und hat Abrüstung zum Ziel. Forschungseinrichtungen, Universitäten und Hochschulen des Landes sollen ausschließlich friedliche Zwecke verfolgen. Um dies deutlich zu machen, befürworten wir die Einführung von Zivilklauseln in den Satzungen aller solcher Einrichtungen.“ Ministerin Bauer hatte bereits kurz nach ihrer Bestellung in der Presse recht unverblümt verkündet: "In der Hochschulpolitik waren wir Grünen meist näher an den Schwarzen als an der SPD."

Es wird vermutlich noch etwas dauern, bis die Grün-Rote Parteibasis und die Öffentlichkeit wirklich nachvollziehen, dass Winfried Kretsch-Maus die 58-jährige CDU-Herrschaft abgelöst hat, um diese schlicht im olivgrünen Gewand fortzuführen. Wenn Regierende ihre Wahlversprechen verleugnen, autoritäre Attitüden demonstrieren und Militarisierung statt Abrüstung befördern, gibt es nur einen Weg, den demokratischen Protest zu verstärken, hier an Schulen, Hochschulen und auf der Straße.



Auf zwei Konferenzen an den Unis Göttingen und Kassel parallel zum Grünen Landesparteitag sind die wahren weltpolitischen Herausforderungen erörtert worden. Dazu ein wunderbares Wort von Heribert Prantl (Süddeutsche Zeitung): „Die Initiative »Jetzt Entrüsten!« wirbt für ein ziviles Gemeinwesen – also für eine Zivilklausel an den Hochschulen.... Die sogenannten, die angeblichen Realpolitiker nennen das Naivität. Damit haben sie vielleicht sogar recht. Ohne diese Naivität hat man nicht die Kraft, gegen den Jahrtausend-Mainstream anzutreten. Aber diese angeblich Naiven sind die wahren Realpolitiker, weil sie die richtigen Konsequenzen aus der Jahrtausend-Realität ziehen: »Jetzt Entrüsten!«“ Das Zitat entstammt dem Vorwort zur Streitschrift über den Karlsruher Kongress gegen Kriegsforschung mit dem Titel „Jetzt entrüsten! Hochschulen: Zukunftswerkstätten oder Kriegs»Dienstleister«?“ (ISBN 978-3-944137-01-8) AnStifter-Verlag, Stuttgart 2012.

Nachtrag des Autors:

Nachdem dieser Text an die Medien geschickt wurde, veröffentlichte die Frankfurter Rundschau am 14. Dezember einen Leitartikel mit der Schlagzeile „Gnadenlos geschmeidig“ über den baden-württembergischen Landesvater, der zu ähnlichen Schlussfolgerungen über dessen Politik kommt. Stephan Hebel schließt seinen Beitrag mit den Worten: „Niemand weiß, ob Trittin und Co. in einer Bundesregierung genauso überzeugungslos geschmeidig handeln würde wie Winfried Kretschmann in Baden-Württemberg. Aber eine Warnung, ihnen nicht blind zu vertrauen, sollte dessen Entwicklung schon sein.“ (PK)

Online-Flyer Nr. 383 vom 05.12.2012

<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=18509>

Grüner Landesparteitag Baden-Württemberg und die Zivilklausel

Auch Rückschläge können motivieren

Von Dietrich Schulze

Aus Gründen der von grünen Realpolitikern vertretenen „Staatsräson“ (1), allen voran Ministerpräsident Winfried Kretschmann und Wissenschaftsministerin Theresia Bauer, wurde die von Grüner Jugend, CampusGrün und mehreren Abgeordneten beantragte Zivilklausel für das Landeshochschulgesetz („Forschung und Lehre nur für zivile und friedliche Zwecke“) abgewiesen zugunsten eines Gegenantrags. Dieser wurde in einer Alternativabstimmung mit 93 zu 80 Stimmen als Leitantrag beschlossen. Der Leitantrag umgeht jegliche Verbindlichkeit und ist ein einziger Etikettenschwindel, der bereits im Titel erscheint „Verbindliche Regelungen für Transparenz und Ethik statt unverbindlicher Zivilklausel“. Der Beschluss ignoriert vollumfänglich das grüne Wahlversprechen zur Landtagswahl, in dem es wörtlich heißt: „Frieden statt Waffen exportieren. Nachhaltige grüne Friedenspolitik setzt vor allem auf zivile und diplomatische Mittel und hat Abrüstung zum Ziel. Forschungseinrichtungen, Universitäten und Hochschulen des

Landes sollen ausschließlich friedliche Zwecke verfolgen. Um dies deutlich zu machen, befürworten wir die Einführung von Zivilklauseln in den Satzungen aller solcher Einrichtungen.“



Wie die NRhZ berichtete (2), hatten sich Leni Breymaier (Landesleiterin ver.di Baden-Württemberg), Jürgen Grässlin (Bundessprecher Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen DFG-VK, Träger des Aachener Friedenspreises), Sven Lehmann (Sprecher GEW-Bundesausschuss der Studentinnen und Studenten - BASS), der Autor (Initiative gegen Militärforschung an Universitäten) und Renate Wanie (Werkstatt für

Gewaltfreie Aktion Baden) argumentativ an die Delegierten gewandt, nachdem eine Woche vor dem Parteitag Ministerin Bauer mit unhaltbaren Positionen eine Offensive gegen die beantragte Zivilklausel in der Stuttgarter Zeitung (3) gestartet hatte. Auch die atompolitische Sprecherin der grünen Bundestagsfraktion, MdB Sylvia Kotting-Uhl, hatte mit guten Argumenten öffentlich für den Antrag der Jugend Stellung bezogen (4).

Dass die Enttäuschung bei der Jugend groß ist, kann man verstehen. Das ist aber kein Grund zu resignieren und mit der Kampagne gegen die Militarisierung der Hochschulen kürzer zu treten, im

Gegenteil. Das möge mit einem einzigen Gedanken näher gebracht werden. Der gleiche Parteitag nahm mit sehr knapper Mehrheit den Antrag an: „BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Baden-Württemberg fordern die Landesregierung auf, die 2009 zwischen dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport des Landes Baden-Württemberg und dem Wehrbereichskommando IV (Süddeutschland) der Bundeswehr geschlossene Kooperationsvereinbarung spätestens zum Ende des Schuljahrs zu kündigen.“ Dem ging eine jahrelange Kampagne voraus, die Kampagne „Schulfrei für die Bundeswehr“. Die Breite und Tiefe dieser Kampagne, die sich im Abstimmungsergebnis entgegen den Absichten der regierenden Realpolitiker widerspiegelt, konnte die Zivilklausel-Bewegung bisher nicht erreichen.

Um einer anderen möglichen Fehleinschätzung gleich vorzubeugen: Dieser Abstimmungserfolg, der den privilegierten Zugang der Bundeswehr zu den Schulen beenden soll, ist kein Grund, sich zurück zu lehnen. Innenminister Gall (SPD) erklärte prompt: „Die Kooperation der Schulen mit der Bundeswehr ist sinnvoll. Auch in Zeiten internationaler Militärmissionen sollten Jugendoffiziere mit Schülern über Friedenssicherung und Bundeswehreinsätze diskutieren können. Gerade angesichts der Abschaffung der Wehrpflicht und des Abbaus von Standorten ist es wichtig, dass die Streitkräfte in der Bevölkerung verankert bleiben.“ (5). Darin wird die Absicht der Grün-Roten Regierung deutlich, am Auftritt der Bundeswehr an den Schulen nicht rütteln zu lassen. Die Kampagne wird nicht arbeitslos, die Bewegung muss noch stärker werden.

Mit ähnlichen Argumenten wie „Friedenssicherung - Bundeswehreinsätze - internationale Militärmissionen“ (früher hieß das mal „Friedensmission am Hindukusch“) hatte sich Ministerin Bauer (GRÜNE) gegen die Zivilklausel gewandt: „Aber auch wir erkennen ja an, dass es so etwas wie eine »responsibility to protect« gibt. Wir sind Teil der UNO, unsere Bundeswehr ist Teil des Sicherheitsnetzwerks.“ (3). Diese moderne NATO-Kriegsdoktrin »responsibility to protect« (»Schutzverantwortung«) hatte ein paar Tage zuvor Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière in der Frankfurter Rundschau/Berliner Zeitung (6) so intoniert: „Aber das Politische kann eben manchmal nur mithilfe des Militärischen erfolgreich sein.“ Und kurz danach zog er im Campus-Magazin UNICUM (7) mit dem gleichen nicht stichhaltigen Argument in die Schlacht gegen die Zivilklausel wie die Ministerin: „Ich halte die Einführung einer Zivilklausel für einen Verstoß gegen die Wissenschaftsfreiheit des einzelnen Wissenschaftlers.“ Sind diese zeitlich-inhaltlichen Übereinstimmungen Zufälle? Urteilen Sie selbst und lesen Sie das aktuelle SPIEGEL-Interview mit de Maizière und Trittin unter der Schlagzeile „Schwarz-Grüne Annäherung“ (8) über Rüstungsexporte, militärische Rituale und „Sicherheits“politik. Ist die Annahme weit hergeholt, dass hier variable Regierungskoalitionen für die Bundestagswahlen vorbereitet werden: Schwarz-Grün, Rot-Grün, Schwarz-Rot....?

Zum angeblichen Verstoß der Zivilklausel gegen die Wissenschaftsfreiheit, der bereits 2009 im Denninger-Gutachten (9) widerlegt wurde, ist Anfang der Woche an der Uni Kassel ein Rechtsgutachten (10) vorgestellt worden, wonach „die angestrebte verbindliche Zivilklausel verfassungsrechtlich zulässig ist.“ Zu den elf existierenden Zivilklauseln, sechs davon in fünf Bundesländern allein in den letzten zwei Jahren, könnten demnächst weitere an den Unis Kassel, Köln, Jena, Freiburg, FU Berlin... hinzukommen. Nach Mitteilung des u-asta der Uni Freiburg (11) hat der Senat versprochen, im Sommersemester 2013 eine Zivilklausel für die Grundordnung zu beschließen.

Selbstverpflichtende Zivilklauseln durch Senatsbeschlüsse und landesgesetzliche Zivilklauseln sind keine Gegensätze. In Auswertung des Grünen Parteitags und der bisherigen Bemühungen hat die Initiative gegen Militärforschung an Universitäten beschlossen, die Kampagne für die Aufnahme einer Zivilklausel in das zur Novellierung anstehende Landeshochschulgesetz verstärkt fortzuführen. Dabei spielt die gemeinsame Überzeugung in einer Podiumsdiskussion im Rahmen der Tagung zur Verantwortung der Wissenschaften im Juni 2012 am KIT Karlsruhe eine Rolle. Sowohl die Vertretungen von Grünen, SPD und Linken, als auch die der Studierendenschaft, der Gewerkschaft und der Friedenswissenschaft forderten einmütig eine Zivilklausel für das Landeshochschulgesetz mit Wirkung für das KIT-Gesetz. Als Positivum bleibt festzuhalten, dass

die Vernetzung gegen die Militarisierung von Bildung und Forschung voran gekommen ist. Erstmals gab es am 20. Oktober 2012 in Stuttgart eine gemeinsame Demo für „Militärfreie Schulen und Hochschulen“ (12). Die Zusammenarbeit mit Initiativen gegen Rüstungsexporte wie „Aktion Aufschrei“, für Rüstungskonversion (Umstellung auf nützliche zivile Produkte) sowie mit Initiativen gegen die weltweite Ungerechtigkeit „Armut und Unterernährung“ und zur Abwehr einer Klimakatastrophe kommt voran.

Auf den beiden Konferenzen am vergangenen Wochenende an der Uni Göttingen und an der Uni Kassel sind diese wahren Herausforderungen erörtert worden und dass die Wissenschaften dafür an Problemlösungen arbeiten sollen. Der Autor fand auf Plenen in beiden Konferenzen viel Zustimmung für ein schönes Zitat von Heribert Prantl (Süddeutsche Zeitung):

„Die Initiative »Jetzt Entrüsten!« wirbt für ein ziviles Gemeinwesen – also für eine Zivilklausel an den Hochschulen.... Die sogenannten, die angeblichen Realpolitiker nennen das Naivität. Damit haben sie vielleicht sogar recht. Ohne diese Naivität hat man nicht die Kraft, gegen den Jahrtausend-Mainstream anzutreten. Aber diese angeblich Naiven sind die wahren Realpolitiker, weil sie die richtigen Konsequenzen aus der Jahrtausend-Realität ziehen: »Jetzt Entrüsten!«“ Es stammt aus dem Vorwort zur Streitschrift über den genannten Karlsruher Kongress (13), zu dem gerade im Webportal kritisch-lesen.de eine Rezension (14) von Sebastian Friedrich veröffentlicht wurde.

An alle die „naiven“ und wahren Realpolitiker sei appelliert: Jetzt entrüsten – und nicht locker lassen. Wir haben keine Chance! Nutzen wir sie! (PK)

Quellen:

(1) Rhein-Neckar-Zeitung 3.12.12

http://www.rnz.de/HP_Suedwest/00_20121203111003_103041902_Natuerlich_gab_es_eine_gewisse_Staatsraison_.php

(2) Neue Rheinische Zeitung 28.11.12 <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=18482>

(3) Stuttgarter Zeitung 24.11.12 <http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.interview-zur-militaerischen-forschung-verteidigerin-der-freien-wissenschaft.0f71129d-4d1d-498b-9247-94305b797d08.html>

(4) Reutlinger General-Anzeiger 30.11.12

<http://www.gea.de/nachrichten/politik/gruenen+parteitag+in+boeblingen+interview+mit+kotting+uhl.2918144.htm>

(5) Innenministerium Baden-Württemberg 3.12.12 http://www.im.baden-wuerttemberg.de/de/Meldungen/293867.html?referer=83357&template=min_meldung_html&_min=_im

(6) Bundesregierung 21.11.12

<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Namensbeitrag/2012/11/2012-11-21-de-maiziere-berliner-zeitung.html>

(7) Magazin UICUM 12-2012 http://www.unicum.de/fileadmin/media/PDFs/UC_12-2012_Web.pdf

(8) SPIEGEL Nr. 48 vom 26.11.12

(9) Gutachten Erhard Denninger http://www.boeckler.de/pdf/mbf_gutachten_denninger_2009.pdf

(10) AK Zivilklausel Uni Kassel <http://zivilklauselkassel.blogspot.de/2012/12/03/zivilklausel-juristisch-moeglich/>

(11) junge Welt 3.12.12 <http://www.jungewelt.de/2012/12-03/035.php>

(12) Neues Deutschland 22.11.12 <http://www.neues-deutschland.de/artikel/801988.kein-werben-fuers-sterben.html>

(13) Neue Rheinische Zeitung 30.09.12 <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=18267>

(14) Webportal kritisch-lesen.de 4.12.12 <http://www.kritisch-lesen.de/rezension/forschung-und-anti-militarismus>

Wissenschaftsministerin Theresia Bauer und die leidige Zivilklausel

Appell an Landesparteitag der Grünen

Von Peter Kleinert

Eine Personengruppe aus Gewerkschaften und Friedensorganisationen hat sich heute, Mittwoch, den 28.11., an die Delegierten der für die zum Wochenende in Böblingen angekündigte Landesdelegiertenkonferenz BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Baden-Württemberg gewandt. Grund war die Kontroverse über die Friedensbindung und Zivilorientierung der Hochschulen des Landes, die in zwei gegenläufigen Anträgen zur Zivilklausel („Forschung und Lehre nur für zivile und friedliche Zwecke.“ d.h. keine Rüstungsforschung, sondern aktive Friedensbeiträge) für die Konferenz zum Ausdruck kam.

Die grüne Wissenschaftsministerin Theresia Bauer hatte sich in einem Interview der Stuttgarter Zeitung gegen Zivilklauseln geäußert - mit Argumenten, die nach Auffassung der Gruppe nicht stichhaltig und teilweise unkorrekt sind. Die Delegierten werden in dem Appell über die seit vier Jahren laufende Auseinandersetzung am Karlsruher Institut für Technologie KIT (Zusammenschluss Universität und Forschungszentrum Karlsruhe) um die Übertragung der bewährten Zivilklausel des Forschungszentrums auf die Universität informiert. Diese begann im ersten Halbjahr 2009 mit einem positiven Votum der Studierenden, einem verfassungsrechtlichen Gutachten (Ergebnis: Zivilklausel ist konform mit der Verfassung und verletzt nicht das Gebot „Freiheit der Wissenschaft“) sowie einem entsprechenden Ergänzungsantrag der früheren Oppositionsparteien zum KIT-Gesetz. Sinngemäße Forderungen sind auch im Grünen Wahlprogramm enthalten.

Von alledem wolle Frau Bauer - nunmehr in Regierungsverantwortung - nichts mehr wissen. Die Gruppe stellt klar, dass die Behauptung unkorrekt ist, dass eine Zivilklausel die Forschung einschränken oder gar Forschungsgebiete verbieten würde. Es gehe um die Beschränkung von Forschungszwecken, d.h. um den Verzicht auf militärische Zwecke. Jegliche Freiheit zur Grundlagenforschung bleibe durch die Zivilklausel unangetastet.

Allein in den letzten zwei Jahren haben sechs Hochschulen in fünf Bundesländern eine Zivilklausel beschlossen. Das Land Niedersachsen habe über viele Jahre im Landeshochschulgesetz über eine Zivilklausel verfügt. Die Grünen in Niedersachsen haben die Forderung „eine für alle Unis verbindliche Zivilklausel, die Forschung und Entwicklung von Waffen und anderen Rüstungsgütern ausschließt“, in ihr Wahlprogramm für die Landtagswahl 2013 aufgenommen. Die Gewerkschaft ver.di fordert: „Die Zivilklausel ist in Landeshochschulgesetzen, Verfassungen bzw. Grundordnungen der Universitäten und Hochschulen zu verankern.“ Entsprechende Beschlüsse gibt es auch bei der Gewerkschaft GEW.

Wie die Gruppe abschließend mitteilt, werde die Freiheit der Wissenschaft tatsächlich durch den stark angewachsenen Drittmittel-Finanzierungsanteil aus zweckgebundenen privaten und öffentlichen Mitteln verletzt. Zivilklauseln verbunden mit wirksamer Transparenz und ausreichender Grundfinanzierung können dieser Indienstnahme entgegen wirken. Den Delegierten liege ein entsprechender Antrag zur Entscheidung vor.

Brief an die Delegierten im Wortlaut

Sehr geehrte Delegierte,
wir wenden uns heute in einer Frage der Hochschulpolitik an Sie. Es geht um die Gestaltung der Friedensbindung und Zivilorientierung der Hochschulen mittels Zivilklauseln.
Wissenschaftsministerin Theresia Bauer hat sich am 24. November in einem Interview mit der

Stuttgarter Zeitung gegen Zivilklauseln geäußert mit Argumenten, die nicht stichhaltig und teilweise unkorrekt sind. Das war nicht immer so:

Juli 2009:

Antrag der Abg. Schmiedel, Stober (SPD) und Fraktion, Kretschmann, Bauer (GRÜNE) zur Aufnahme in das KIT-Gesetz: „Das KIT verfolgt im Rahmen seiner Aufgaben nach § 2 ausschließlich friedliche Zwecke.“ „Begründung: Am bisherigen Forschungszentrum Karlsruhe (FZK) ist nicht-zivile Forschung bis heute ausgeschlossen. Es ist notwendig, dieses Signal und diese Einschränkung auch auf das gesamte KIT [d.h. auf die Universität Karlsruhe] zu übertragen und den Geltungsbereich nicht wie bislang vorgesehen auf den Großforschungsbereich zu beschränken.“ (Landtag Baden-Württemberg Drs 14/4781 07.07.09)

Dezember 2010:

„Frieden statt Waffen exportieren. Nachhaltige grüne Friedenspolitik setzt vor allem auf zivile und diplomatische Mittel und hat Abrüstung zum Ziel. Forschungseinrichtungen, Universitäten und Hochschulen des Landes sollen ausschließlich friedliche Zwecke verfolgen. Um dies deutlich zu machen, befürworten wir die Einführung von Zivilklauseln in den Satzungen aller solcher Einrichtungen.“
(Wahlprogramm B90 / DIE GRÜNEN Baden-Württemberg)

November 2011:

"»Ich begrüße und unterstütze es, wenn Hochschulen in ihren Grundordnungen klarstellen, dass Forschung und Lehre friedlichen Zwecken dienen«, bekräftigte die Ministerin ihren schon früher geäußerten Standpunkt. Theresia Bauer betonte aber zugleich, dass sie eine gesetzliche Beschränkung von Forschungsaktivitäten ablehne."
(Schwäbisches Tagblatt 5.11.11 zum Besuch der Ministerin an der Uni Tübingen, seit Ende 2009 mit Zivilklausel in der Grundordnung)

Mai 2012:

„Friedensparagraf gefordert. Nachwuchsverbände der Regierungskoalition kritisieren Wissenschaftsministerin, weil Militärforschung im Land erlaubt bleibt.“
(Schlagzeile in Badische Zeitung 12.05.12 über die Landtagsentscheidung vom 9. Mai 2012 zum KIT-Gesetz ohne die von beiden früheren Oppositionsparteien 2009 beantragte Zivilklausel) .

November 2012:

„Mit mir wird es nicht dazu kommen, dass wir irgendein Forschungsgebiet verbieten. Ich glaube, dass eine grüne Wissenschaftsministerin gut daran tut, das Thema Unabhängigkeit der Wissenschaft sehr ernst zu nehmen. Es gehört zu den unveräußerlichen Grundrechten, dass Wissenschaft, Forschung und Lehre frei sind. Würde man sagen, »das Nachdenken über Militärisches ist verboten«, oder »Forschung darf nur einem friedlichen Zweck dienen«, dann wäre Forschung in der Tat stark eingeschränkt.“ (Stuttgarter Zeitung 24.11.12 im Interview vor dem Grünen Landesparteitag in Böblingen)

Klarstellung

Wir möchten klarstellen, dass eine Zivilklausel keine Forschung einschränkt oder gar Forschungsgebiete verbietet. Es geht vielmehr um die Beschränkung von Forschungszwecken, d.h. um Verbot bzw. Verzicht auf militärische Zwecke. Jegliche Freiheit zur Grundlagenforschung bleibt durch die Zivilklausel unangetastet. In der gemeinsamen Erklärung der bundesweiten Initiative „Hochschule für den Frieden – Ja zur Zivilklausel“, getragen von Studierendenverbänden,

Friedensorganisationen und den Gewerkschaften ver.di und GEW, wird das genauer ausgeführt und erklärt „Keine Erfindung zum Wohle der Menschen erfordert Militärforschung.“

Die Freiheit von Forschung und Lehre ist nicht beliebig. Öffentlich geförderte und offene Universitäten können sich auf den Friedensauftrag des Grundgesetzes berufen und sehr wohl für militärische Forschung und Lehre an den Hochschulen Schranken setzen. Sei es durch eine Selbstbindung der Hochschule über einen Senatsbeschluss oder durch eine Friedensbindung in Landeshochschulgesetzen.

Allein in den letzten zwei Jahren haben sechs Hochschulen eine Zivilklausel beschlossen, die Universitäten Tübingen und Rostock, die Technischen Universitäten Darmstadt und Ilmenau und die Hochschulen Bremen und Bremerhaven. Nach der zitierten jüngsten Argumentation der Wissenschaftsministerin wäre sechsmal die Verfassung verletzt.

Verfassungsrechtlich betrachtet ist auch eine Entgegensetzung von „freiwilliger Selbstverpflichtung“ und „landesgesetzlicher Vorgabe“ nicht gerechtfertigt. Der Verfassungsrechtler Erhard Denninger begründet in seinem Gutachten vom Februar 2009 zum KIT-Gesetz, ein Landesgesetz mit Wirkung auf die Grundsatzung der Universität Karlsruhe, dass die Begrenzung auf zivile Forschungszwecke mit der Verfassung sehr wohl vereinbar ist. Er spricht von der „Friedensfinalität“ des Grundgesetzes. Offenbar haben sich beide Regierungsfractionen bei ihrem zitierten Antrag im Juli 2009 zum KIT-Gesetz davon leiten lassen.

Das Land Niedersachsen verfügte über viele Jahre im Landeshochschulgesetz über eine Zivilklausel. Die Grünen in Niedersachsen haben gerade ihr Wahlprogramm für die Landtagswahl 2013 veröffentlicht. Darin fordern sie mehr Transparenz in der Hochschulforschung und „eine für alle Unis verbindliche Zivilklausel, die Forschung und Entwicklung von Waffen und anderen Rüstungsgütern ausschließt.“

Die Gewerkschaft ver.di hat in ihrem Bundeskongress 2011 in Leipzig gefordert: „Die Zivilklausel ist in Landeshochschulgesetzen, Verfassungen bzw. Grundordnungen der Universitäten und Hochschulen zu verankern.“ Entsprechende Beschlüsse gibt es auf Landes- und Bundesebene bei der Gewerkschaft GEW. Die angesprochene Transparenzforderung genießt bekanntlich allgemeine Unterstützung. Dazu erscheinen uns allerdings drei Anmerkungen erforderlich:

- Transparenz und Ethik-Leitsätze werden gegen die Zivilklausel gestellt. Dazu heißt es im ver.di-Beschluss zum Thema „Zivilklausel in Grundsatzung des KIT“ in der LDK 2011 in Pforzheim „Die Ethik-Kommission ist eine Ergänzung und kein Ersatz für die Zivilklausel. Im Falle einer von der Zivilklausel losgelösten Forderung nach einer Ethik-Kommission besteht die Gefahr, dass die Forderung nach der Zivilklausel verwischt wird und untergeht.“
- Die Transparenzforderung ist nur dann hilfreich, wenn sie konkretisiert wird, d.h. wenn für die militärisch relevanten Forschungsprojekte Auftraggeber, Zeitraum, Verantwortliche, Finanzvolumen und Zielsetzung vor Projektbeginn öffentlich bekannt gegeben werden.
- Als bezeichnendes aktuelles Beispiel für den Widerspruch zwischen Worten und Taten, sei KIT benannt. In einem Brief haben die DFG-VK Baden-Württemberg und die Initiative gegen Militärforschung an Universitäten das KIT-Präsidium, das sich gern auf die Transparenz beruft, zur Mitwirkung an einem geheimen nachrichtentechnischen Rüstungsforschungsprojekt und dessen Aktualität für die Bundeswehr befragt. Nach vier Monaten antwortete KIT aufgrund des Nachdrucks eines Landtagsabgeordneten.

Kommentar von Roland Blach, DFG-VK:

„Eine völlig inakzeptable und skandalöse Intransparenz der öffentlichen Bildungs- und Forschungseinrichtung KIT.“ (PM 04.11.12 "Breitbandiges Schweigen") Noch einmal zum Thema „Unabhängigkeit und Freiheit der Wissenschaft“. Tatsächlich wird die Freiheit der Wissenschaft zunehmend durch den stark angewachsenen Drittmittel-Finanzierungsanteil aus

zweckgebundenen privaten und öffentlichen Mitteln verletzt. Einige Hochschulen machen aus der Not der faktischen Unfreiheit eine Tugend, so als ob unternehmerische Hochschulen als Dienstleister für Wirtschaft und Militär am besten dem Allgemeinwohl dienen könnten. Zivilklauseln verbunden mit wirksamer Transparenz und ausreichender Grundfinanzierung können dieser Indienstnahme entgegen wirken. Wenn Sie unsere Argumente geprüft und für stichhaltig befunden haben, wird es Ihnen nicht schwer fallen, den nachfolgenden LDK-Antrag V2 „Zivilklausel in Landeshochschulgesetz!“ in der beantragten Ergänzungsfassung zu unterstützen:

„BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Baden Württemberg spricht sich dafür aus, dass Forschung und Lehre an den Hochschulen des Landes ausschließlich zivilen und friedlichen Zwecken dient und fordert daher die Einführung einer Zivilklausel im Landeshochschulgesetz mit Geltung für das Karlsruher Institut für Technologie (KIT). Zur Gewährleistung der Überprüfbarkeit wird im Landeshochschulgesetz weiter festgelegt, dass alle öffentlich und privat finanzierten Drittmittelprojekte in Bezug auf Drittmittelgeber, Zeitraum, Projektverantwortliche, Finanzvolumen und Zielsetzung vor Beginn des Projekts öffentlich bekannt zu geben sind (Transparenzklausel).“

„Mit den Waffen des Geistes – Gegen den Geist der Waffen“ war das Leitmotiv des Zivilklausel-Kongresses im Juni in Karlsruhe. Im Vorwort zur Streitschrift „Jetzt entrüsten! – Hochschulen: Zukunftswerkstätten oder Kriegs-»Dienstleister«?“ über den Kongress schreibt Heribert Prantl (Süddeutsche Zeitung): „Wenn Krieg nichts hilft, hilft dann noch mehr Krieg? Die Initiative »Jetzt Entrüsten!« wirbt für das große »Aufhören«. Die Initiative »Jetzt Entrüsten!« sagt Aufhören, wenn es um die Waffenexporte der Bundesrepublik Deutschland geht. Sie sagt Aufhören, wenn es um Rüstungsforschung an den Hochschulen geht. Die Initiative »Jetzt Entrüsten!« wirbt für ein ziviles Gemeinwesen – also für eine Zivilklausel an den Hochschulen.... Die sogenannten, die angeblichen Realpolitiker nennen das Naivität.

Damit haben sie vielleicht sogar recht. Ohne diese Naivität hat man nicht die Kraft, gegen den Jahrtausend-Mainstream anzutreten. Aber diese angeblich Naiven sind die wahren Realpolitiker, weil sie die richtigen Konsequenzen aus der Jahrtausend-Realität ziehen: »Jetzt Entrüsten!«“

Mit freundlichen Grüßen,

Leni Breymaier, Landesleiterin ver.di Baden-Württemberg

Jürgen Grässlin, Bundessprecher Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte

KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), Träger des Aachener Friedenspreises

Sven Lehmann, Sprecher GEW Bundesausschuss der Studentinnen und Studenten (BASS)

Dietrich Schulze, Initiative gegen Militärforschung an Universitäten

Renate Wanie, Werkstatt für Gewaltfreie Aktion Baden (PK)

Online-Flyer Nr. 379 vom 07.11.2012

<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=18390>

Rüstungsforschung am KIT (Uni Karlsruhe) - Transparenz und Zivilklausel?

Breitbandiges Schweigen

Von Peter Kleinert

Eine begründete Anfrage der beiden Gruppen DFG-VK Baden-Württemberg und Initiative gegen Militärforschung an Universitäten vom Mai dieses Jahres an das Präsidium des Karlsruher Instituts für Technologie KIT (Zusammenschluss Uni und Forschungszentrum Karlsruhe) über geheime nachrichtentechnische Rüstungsforschung wurde auf Nachdruck des Karlsruher Landtagsabgeordneten Alexander Salomon (GRÜNE) erst vor kurzem beantwortet Presse-Erklärung. Tenor der KIT-Antwort: keinerlei Akten mehr vorhanden, keine Kenntnis über Folgeprogramme, keine Antwort auf die Frage zu aktueller Rüstungsforschung. „Eine völlig inakzeptable und skandalöse Intransparenz der öffentlichen Bildungs- und Forschungseinrichtung KIT“, erklärt Roland Blach

von der DFG-VK. Jetzt seien die Landesregierung Baden-Württemberg und das Wissenschaftsministerium gefordert.

Zum Hintergrund der Anfrage: Zu Beginn des Jahres war von Radio Bremen aufgedeckt worden, dass die Universitäten Bremen und Karlsruhe in den Jahren 2003 bis 2006 an einem neuartigen für Satelliten und Kampfflugzeuge konzipierten breitbandigen Datenübertragungssystem für die Luftaufklärung der Bundeswehr zusammen mit dem Bremer Satellitenhersteller OHB Systems geforscht hatten. Das war den Senaten an beiden Unis unbekannt, im Falle Bremens ein glatter Verstoß gegen die dortige Zivilklausel, die Rüstungsforschung verbietet. Für das KIT ist der Vorgang aus mehreren Gründen von Bedeutung.

Wie Dietrich Schulze von der Initiative erläutert, sei im Jahre 2009 aufgedeckt worden, dass das Nachrichtentechnische Institut der Uni ebenfalls an einem Breitbandübertragungssystem für die Bundeswehr („Software Defined Radio“) geforscht hat. Im Mai 2012 sei von EADS/Cassidian mitgeteilt worden, dass Elektronik für ein neues störfestes software-definiertes Funk-Kommunikationssystem der Bundeswehr für Auslandseinsätze entwickelt werde. Im Januar d. J. habe ein Referent des Instituts für Theoretische Elektrotechnik der Uni in einer führenden Wehrtechniktagung („Urban Operations“) über die Steuerung von Minidrohnen und Repressionskräften in Innenräumen von Großstädten der sogenannten Dritten Welt vorgetragen (effektive Aufstandsbekämpfung in störungsbelasteter Umgebung). Das alles spreche dafür, dass die Zusammenhänge von KIT-Präsident Prof. Eberhard Umbach absichtsvoll verschwiegen werden. Dafür gebe es ein weiteres Motiv, nämlich die im Januar 2009 per Urabstimmung von den Studierenden geforderte Zivilklausel für das gesamte KIT. Seit nunmehr fast vier Jahren werde diese bewährte Friedensbindung und Zivilorientierung des ehemaligen Forschungszentrums für die KIT-Grundsatzung verweigert.

Diesem Verweigerungskurs hatte sich die neue Landesregierung im Mai d.J. entgegen Wahlaussagen (1) angeschlossen. Dagegen wandte sich im Juni eine Tagung gegen Kriegsforschung am KIT und im Oktober eine Demonstration für „Militärfreie Schulen und Hochschulen“ in Stuttgart. Wie Blach und Schulze abschließend feststellen, gehe es jetzt darum, im Landeshochschulgesetz eine Zivil- und Transparenzklausel mit Wirksamkeit für das KIT zu verankern. Eine vertrauensbildende Maßnahme könnte darin bestehen, das KIT-Präsidium aufzufordern, das geschilderte breitbandige Schweigen zu brechen bzw. die gestellten Fragen aus den Akten des Wissenschaftsministeriums zu beantworten. (PK)

(1) <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=17323>

Mehr Details zum Schriftwechsel und zu den Zusammenhängen
www.stattweb.de/files/civil/Doku20120524.pdf
www.stattweb.de/files/civil/Doku20120802.pdf
www.stattweb.de/files/civil/Doku20121021.pdf



Kundgebung in Stuttgart: "Keine Forschung und kein Werben fürs Sterben!" Foto: Tobias Pflüger

Streitschrift gegen Kriegsforschung und Aktion Straßenumbenennung:

"Jetzt entrüsten!"

Von Dietrich Schulze

Pünktlich zur Aktionswoche „Militärfreie Bildung und Forschung“ ist am 20. September im Verlag Peter Grohmann "Die AnStifter", eine 48-seitige Streitschrift unter dem Titel "Jetzt entrüsten! Hochschulen: Zukunftswerkstätten oder Kriegs»Dienstleister«?" über den Karlsruher Kongress gegen Kriegsforschung erschienen. Der Kongress am 15./16. Juni im Karlsruher Institut für Technologie KIT stand unter dem Leitgedanken „Mit den Waffen des Geistes – Gegen den Geist der Waffen“.



Jetzt entrüsten!

Quelle: Alle Fotos vom Autor

Die auf dem Kongress behandelten Themen waren:

„Verantwortung der Wissenschaften“, „Irrweg Atomkraft“, Zivilklausel („Forschung und Lehre nur für zivile Zwecke“), Dual Use (Doppeltverwendbarkeit der Forschung für zivile und militärische Zwecke), Atomforschung, Drohnen für Krieg und Überwachung. Dazu kam eine Podiumsdiskussion mit TeilnehmerInnen aus Friedenswissenschaft, Studierendenschaft, Gewerkschaften und Politik. Verbindende Klammer für alle Beiträge war die Tätigkeit des Karlsruher Physikers und Friedenswissenschaftlers Werner Buckel (1920 – 2003), die zum Kongressbeginn gewürdigt wurde.

Die Botschaft des Kongresses: Die WissenschaftlerInnen, die Studierenden und die Beschäftigten der öffentlich geförderten Hochschulen und Forschungseinrichtungen müssen sich angesichts der globalen menscheitsgefährdenden Probleme Umweltzerstörung, Hunger und Armut entscheiden. Wollen sie ihre schöpferischen Kräfte friedlichen oder kriegesischen Zwecken widmen? Wollen sie sich an der Schaffung von Aufbaumitteln für eine soziale Gesellschaft oder von Vernichtungsmitteln für Interventionskriege beteiligen?

Die HerausgeberInnen der Streitschrift - Roland Blach, Nadja Brachmann, Lothar Letsche, Christoph Müller-Wirth, Sonnhild Thiel und ich selbst - haben versucht, diese Botschaft der Vortragenden Peter Herrlich, Reiner Braun, Wolfgang Liebert, Harry Block, Sören Böhrnsen, Volker Eick und Peter Förster in prägnanten Texten zu vermitteln. Wir wollen damit ein Zeichen gegen die Militarisierung der Hochschulen setzen und diese dazu anregen, sich gegen die Indienstnahme für das Militär zur Wehr zu setzen und für eine Friedensbindung mittels Zivilklausel in Grundordnungen und Landeshochschulgesetzen zu streiten.

Im Kongress ist auch die geschichtliche Lehre, dass von deutschem Boden immer nur Frieden ausgehen sollte, behandelt worden. Der zitierte Leitgedanke „Mit den Waffen des Geistes - Gegen den Geist der Waffen“ ist das Leitmotiv des Münchener Holocaust-Überlebenden und antifaschistischen Widerstandskämpfers Martin Löwenberg. Die Würdigung Martin Löwenbergs wird in einem Vorwort von Heribert Prantl (Süddeutsche Zeitung) aufgegriffen. Er appelliert an uns alle und verweist auf die Flugblätter der Weißen Rose: „Zerreißt den Mantel der Gleichgültigkeit, den ihr um euer Herz gelegt habt“. Und er erinnert an Erich Kästner und dessen Mahnungen in den fünfziger Jahren gegen die Wiederaufrüstung, wozu sein Zweizeiler „Wer wagt es, sich gegen donnernde Züge zu stellen? Die kleinen Blumen in den Eisenbahnschwellen.“ gehört. Die mangelnde Zivilcourage bei allen „die nichts als ihre Pflicht tun“, hatte er mit dem Bild „der kleinen

Blumen in den Eisenbahnschwellen“ konterkariert. Prantl stellt der Initiative „Jetzt Entrüsten!“ einen Strauß davon auf den Tisch.

Der Freiburger Friedensforscher Wolfram Wette zeigt der herrschenden Politik in einem Geleitwort die Rote Karte für die Preisgabe des Grundsatzes „Nie wieder Krieg!“ Er stellt klar, dass der Übergang zu einer militärisch instrumentierten Außenpolitik kein naturgegebener Prozess ist und dass die Zivilgesellschaft aufgerufen ist, den Machern zu verdeutlichen, dass nur noch gewaltfreie Methoden der Konfliktbearbeitung akzeptiert werden.

Bitte um Unterstützung für die Broschüre

Wie jedes demokratisch-antimilitaristische Bürgerprojekt hat diese Streitschrift keine finanzkräftigen Sponsoren. Die HerausgeberInnen bitten deswegen um kräftige Verbreitung und vor allem um Bestellungen der preiswerten Broschüre.

"Jetzt entrüsten! Hochschulen: Zukunftswerkstätten oder Kriegs»Dienstleister«?" Verlag Peter Grohmann, Stuttgart 2012, 48 Seiten, 4,50 Euro – bei Abnahme von zehn Exemplaren jeweils 2,50 Euro. ISBN 978-3-944137-01-8

Bezug: Verlag Peter Grohmann, Olgastraße 1 A, 70182 Stuttgart, E-Mail: kontakt@die-anstifter.de bzw. DFG-VK Baden-Württemberg, Werastraße 10, 70182 Stuttgart, E-Mail: dfg-vk@paritaet-bw.de

Kontakt: Für Bestellungen: Roland Blach, DFG-VK Baden-Württemberg, dfg-vk@paritaet-bw.de 0711 51885601 / Für inhaltliche Rückfragen: Dr.-Ing. Dietrich Schulze, Initiative gegen Militärforschung an Universitäten dietrich.schulze@gmx.de, 0160 99113131.

Mehr: Web-Dokumentation www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf

Pressemitteilung vom 20.09.2012 zur Streitschrift als pdf

<http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20120920.pdf>

Kurzfassung der PM in junge Welt 24.9.2012 <http://www.jungewelt.de/2012/09-24/006.php>

NRhZ-Beitrag 27.6.2012 über den Kongress <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=17942>

Rüstungsatlas für Baden-Württemberg

Inhaltlich und zeitlich passend zur Streitschrift hat die Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. einen Rüstungsatlas für Baden-Württemberg zusammengestellt, in dem kompakt über die Rüstungsindustrie, über Bundeswehr- und Rüstungsstandorte wie Institutionen der Rüstungsforschung informiert wird.

"Rüstungsatlas Baden-Württemberg", IMI, Tübingen 2012, 72 Seiten, 3,50 Euro (bei Bestellung von zehn Exemplaren jeweils 3 Euro). Bezug per E-Mail: rustungsatlas@imi-online.de.

Kostenloser Download im Internet: www.imi-online.de Nachtrag des Autors vom 30. September 2012

Aktionen an vielen Hochschulorten

Zum Abschluss der Aktionswoche „Militärfreie Bildung und Forschung“ hat es an vielen Hochschulorten am 28./29. September Aktionen gegeben. Hier sei nur die dem Autor näher bekannte Aktion an dem Ort geschildert, an dem der Kongress im Juni stattfand. Dazu nachfolgend die Pressemitteilung der DFG-VK Karlsruhe:

Im Rahmen der bundesweiten Aktionswoche "Militärfreie Bildung und Forschung" fanden/finden vom 24.-29. September bundesweit die verschiedensten Aktivitäten statt. Auch in Karlsruhe wurden/werden das Friedensbündnis und die Initiative gegen Militärforschung an Universitäten aktiv. Am 26. September diskutierten die beiden Landtagsabgeordneten Alexander Salomon (Die Grünen) und Johannes Stober (SPD) in einem Podiumsgespräch mit Lena Sachs von der Kampagne "Schulfrei für die Bundeswehr" und Hagen Battran von der Gewerkschaft Erziehung

und Wissenschaft Baden-Württemberg und einem sehr interessierten Publikum über die Frage "Friedensbildung ohne Militär ?"

Am Samstag, 29. September zog nach einem Informationsstand zwischen 11-12 Uhr (an der Kleinen Kirche, Nähe Marktplatz) eine Wanderdemo zur Universität/KIT, wo um ca. 12.30 Uhr eine symbolische Straßenumbenennung stattfand. Der Fritz-Haber-Weg erhielt neue Straßenschilder mit dem Namen seiner Frau Clara Immerwahr.

Die Aktion sollte auf die Verantwortung der Wissenschaft hinweisen und die Forderung nach der Einführung von Zivilklauseln an Universitäten bekräftigen.

Flyer-Informationen

Zur Vorbereitung auf die Aktion war an der Universität, bei der genannten Veranstaltung am 26. September und bei den Schüleraktionstagen in Karlsruhe ein Flyer verteilt worden, in dem über die Streitschrift informiert und Fakten zur Betroffenheit von KIT verbreitet wurden.

Textauszug des Flyer: „In einer Urabstimmung votierten die Studierenden 2009 für die einheitliche Zivilklausel (Lehre und Forschung nur für friedliche Zwecke) d.h. Verzicht auf jegliche Rüstungsforschung. Dafür wurden im März 2011 über 450 Unterschriften übergeben, darunter der Hiroshima-Bürgermeister und Nobelpreisträger. Im Mai 2012 lehnte Grün-Rot die versprochene Zivilklausel für das KIT-Gesetz ab. Im Juni beim Podium zum Kongress gegen Kriegsforschung am KIT mit Teilnehmenden von Grün-Rot gab es Konsens für Nachbesserung von KIT-Gesetz und Zivilklausel für Landeshochschulgesetz. Antrag von Grüne Jugend und Campusgrün unterwegs. Und das KIT-Präsidium? Für Präsident Eberhard Umbach ist die Zivilklausel „Schnee von gestern“. Von wegen: KIT (Institut ITE) ist nachweislich an Forschung für Kriegsdrohnen beteiligt. Die Uni forscht traditionell für militärische Zwecke. Eine Anfrage der DFG-VK und der Ini vom Mai 2012 über frühere nachrichtentechnische Rüstungsforschung ist bis heute unbeantwortet. Zum Stichwort Tradition: Dem Atom-Ausstiegsbeschluss zum Trotz hält KIT an Atomreaktorforschung fest. Der Atommanager eines KIT-Vorläufers, Rudolf Greifeld, Alt-Nazi und Antisemit, ist KIT-Ehrensenator. Skandal! Für eine Zukunft des KIT: Rüstungs- und Atomforschung raus!"



Clara-Immerwahr-Weg

Dr. Clara Immerwahr * 21. Juni 1870 † 2. Mai 1915. Chemikerin. Frauenrechtlerin. Bezeichnete die Giftgasforschung ihres Ehemannes Fritz Haber als „Perversion der Wissenschaft“. Suizid nach „erfolgreichem“ Giftgaseinsatz in Ypern 1915. Haber setzte seine Kriegsverbrechen unbeeindruckt fort.

Wanderdemo

Bei der Wanderdemo vom Karlsruher Marktplatz zum Fritz-Haber-Weg in der Universität wurden drei Transparente mitgeführt. Während der Montage des Clara-Immerwahr-Straßenschilds hielt Richard Marbach, Studierender am KIT, eine Ansprache. Er erklärte dort mit Bezug auf die deutsche Geschichte, dass mit der bereits zum vierten Mal praktizierten Straßenumbenennung erneut ein demonstratives Zeichen für die bewusste Ablehnung der Wissenschaften im Dienst von Wirtschafts- und Militärinteressen gesetzt wird. An der Aktion beteiligte sich u.a. Philipp Rudo, Vorsitzender der Unabhängigen Studierendenvertretung UStA des KIT. (PK)

(1) "Jetzt entrüsten! Hochschulen: Zukunftswerkstätten oder Kriegs»Dienstleister«"? (ISBN 978-3-944137-01-8)

Vollständiger Wortlaut der Ansprache: <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20120929.pdf>
Audiomitschnitt im Querfunk <http://freie-radios.net/51119>

Atomwaffenfreie Zone 2.0

Von Dietrich Schulze

Alle Länder, die die zivile Nutzung der Atomenergie betreiben, insbesondere wenn sie über die Technik der Urananreicherung und Plutoniumabtrennung (geschlossener Brennstoffkreislauf) verfügen, sind in der Lage, in wenigen Monaten Atomwaffen herzustellen. Sie sind potentielle Atomwaffenmächte. Das ist der friedenspolitische Fluch dieser Technologie, unabhängig von gegenwärtigen Verträgen und Absichten.

Je länger die schizophrene Situation anhält, dass führende Länder der NATO von der atomwaffenfreien Welt reden (Friedensnobelpreisträger Barack Obama) gleichzeitig aber nicht vor der Drohung mit atomaren Erstschlägen gegen missliebige Staaten zurückschrecken, wird die Versuchung weltweit wachsen, in die zivile Nutzung der Atomenergie einzusteigen mit dem Hintergedanken, selber über die ultimative Waffe zu verfügen, um potentielle Angreifer abzuschrecken.

Wenden wir das Prinzipielle auf das gegenwärtig gefährlichste Pulverfass an, den Mittleren und Nahen Osten. Andreas Buro („Iran: Kriegs- oder Friedenspolitik – das ist die Frage“ 19.12.2011 www.aixpax.de/autoren/buro/buro.html) und viele andere haben als Konzept für eine allseitig garantierte Sicherheit für die Staaten der Region eine atomwaffenfreie Zone vorgeschlagen. Das läuft von der technischen Seite primär auf die Verschrottung des israelischen Atomwaffenarsenals hinaus. Er sagt dazu selber: „Dem wird entgegen gehalten, Israel würde sich nie auf einen Verzicht auf seine Atomwaffen bereit erklären. Ob das eine dauerhafte Position Israels tatsächlich sein wird, muss sich erst noch erweisen, wenn ihm dafür eine kooperative Einbindung in die Region angeboten würde.“

Tatsache bleibt aber, dass der Iran unabhängig von gegenwärtig nicht nachweisbaren Absichten, eine potentielle Atomwaffenmacht in dem oben ausgeführten Sinn ist. Muss die Konzeption der atomwaffenfreien Zone dann nicht weiter entwickelt werden, dergestalt, dass in der gesamten Region nicht nur auf Atomwaffenbesitz und -herstellung, sondern auch auf die zivile Nutzung der Atomenergie verzichtet wird? Denken wir uns einmal eine solche Weiterentwicklung!

Dann gäbe es gemäß der Buro-Feststellung betreffend Israel eine entsprechende betreffend den Iran: „Dem wird entgegen gehalten, Iran würde sich nie auf einen Verzicht auf seine zivile Atomenergienutzung bereit erklären. Ob das eine dauerhafte Position Irans tatsächlich sein wird, muss sich erst noch erweisen, wenn ihm dafür eine kooperative Einbindung in die Region angeboten würde.“

Angenommen, der Iran würde diesen Verzicht in Erwägung ziehen, hätte das eine außerordentlich überraschende logische Konsequenz. Die Begründung für den angedrohten israelischen Erstschatz gegen die iranischen Atomanlagen würde in sich zusammen fallen.

Es mag eingewandt werden, dass es bei der Kriegshysterie in der Region, angefangen in jüngerer Zeit mit dem Irak, fortgesetzt mit Afghanistan, dann mit Libyen und nun mit Syrien nicht um Freiheit und Demokratie, sondern um die Etablierung von NATO-abhängigen Regierungen ging und geht. Das glauben viele BürgerInnen unabhängig von nachweisbaren Fakten weniger. Da aber der deutsche Atomausstieg breite Unterstützung genießt, sollte ein Atomausstieg anderswo positiv gesehen werden können.

Warum greift die Friedensbewegung diesen Gedanken einer weiter entwickelten atomwaffenfreien Zone als Grundlage eines Systems der gegenseitigen Sicherheit nicht auf? Wenn mehr und mehr

Menschen das Unmögliche denken, kann es morgen Realität werden. Natürlich nur, wenn der entsprechende Druck der israelischen, palästinensischen, arabischen, iranischen, US-amerikanischen und europäischen Friedensbewegungen dazu kommt, so schwach sie auch heute noch sein mögen.

Und diese Ausprägung einer atomwaffenfreien Zone unter gleichzeitigem Verzicht auf die zivile Atomenergienutzung ist auch eine Perspektive für Europa, wenngleich die Verschrottung des französischen und britischen Atomwaffenarsenals ebenso utopisch erscheinen mag wie die des israelischen, wenngleich der französische und der finnische Atomkraftverzicht ebenso utopisch erscheinen mag wie der iranische.

So nachvollziehbar die Erklärung des Gipfeltreffens der Bewegung der Blockfreien NAM (Non-Aligned Movement) vom 28. August 2012 in Teheran mit der Forderung nach einer atomwaffenfreien Zone für die Region bei gleichzeitiger Betonung des „unveräußerlichen Rechts aller Staaten auf die Entwicklung und Nutzung der Nuklearenergie zu friedlichen Zwecken“ auch sein mag, diese traditionelle atomwaffenfreie Zone wird das Problem nicht lösen. (PK)

Online-Flyer Nr. 365 vom 04.08.2012

<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=18082>

Zum Jahrestag Hiroshima und Nagasaki: Zivilklausel contra Waffen aller Art

Kann D Atomwaffen?

Von Dietrich Schulze

An vielen Universitäten kämpfen Studierende und Wissenschaftler für die Einführung einer Zivilklausel, die militärische Forschung untersagt. Zuletzt hatten Gewerkschaften, Studierendenvertretungen und Friedensgruppen im Juni am Karlsruher Institut für Technologie (KIT) dazu eine Konferenz veranstaltet. Dessen Präsident Eberhard Umbach allerdings wehrt sich gegen das Vorhaben. "Eine solche Klausel steht im Widerspruch zur Freiheit von Forschung und Lehre, die im Grundgesetz Artikel 5 verankert ist", äußerte er laut einem im Internetportal stern.de veröffentlichten Artikel "Frieden contra Freiheit: Streit um Militärforschung an Universitäten" (20. Juli 2012).

In diesem von dpa verbreiteten Beitrag heißt es zur Auseinandersetzung um die Zivilklausel weiter: "Dass sich die Frage gerade am KIT in Karlsruhe entzündet, kommt nicht von ungefähr. Mit dem Zusammenschluß des Helmholtz-Forschungszentrums mit der Universität 2006 – ein bundesweit bislang einmaliger Vorgang – wird ein neues Gesetz notwendig. Das Forschungszentrum, 1956 zur Atomforschung gegründet, hatte eine Zivilklausel. "Die Gesellschaft verfolgt nur friedliche Zwecke", heißt es lapidar. Diese Einschränkung sei damals notwendig und verständlich gewesen, sagt KIT-Präsident Umbach, der nach eigenem Bekunden auch gegen die atomare Aufrüstung demonstriert hat. "Aber heute denken wir nicht im entferntesten an Bombenbau, und wir hätten auch gar nicht die technischen Möglichkeiten dazu.""

Respekt vor dem Engagement des Präsidenten Prof. Eberhard Umbach gegen die atomare Aufrüstung früher. Es gibt auch keine Anhaltspunkte dafür, dass sich dessen persönliche Haltung geändert hätte. Wie paßt das jedoch damit zusammen, dass ein ausgebildeter Physiker die technischen Möglichkeiten Deutschlands bestreitet? Welchen Zweck verfolgt er mit der Verharmlosung der sowohl zivil als auch militärisch zu nutzenden (Dual-Use) Atomtechnik? Ist diese nur in deutschen Händen völlig harmlos und beherrschbar, während wir doch rund um die Uhr hören, dass sie in iranischen Händen kreuzgefährlich sei?

Vor dem Hintergrund des Fukushima-Desasters wird in diesen Tagen an die Atombombenabwürfe auf die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki am 6. und 9. August 1945 erinnert und eine atomwaffenfreie Welt und die Aufgabe der gesamten Nukleartechnologie gefordert. In einem

aktuellen Rundschreiben der Organisation IPPNW (Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges – Ärzte in sozialer Verantwortung) wird die dramatische Lage nachgezeichnet. Danach denken mehr als 45 Staaten über den Einstieg in die Nutzung von Atomenergie nach - mit der Folge, dass sich die Gewinnung bis 2030 weltweit fast verdreifachen würde. Die Modernisierung von Atomwaffen und Trägermitteln für alle denkbaren Kriegsszenarien ist in vollem Gange, angetrieben von den USA, die eine aggressive Raketenabwehr durchsetzen wollen.

Wörtlich heißt es dazu bei IPPNW: "Das Zusammenspiel des fortgeführten atomaren Rüstungswettlaufs und des weltweiten Ausbaus der Kernenergie läßt befürchten, dass weitere Akteure durch zivile Nukleartechnologie ihren Zugriff auf die Atombombe sichern wollen. Wer Uran anreichern und Plutonium aus Brennstäben separieren kann, dem steht technisch der Weg offen, auch Bombenmaterial herzustellen. Insofern ist auch Deutschland in der Lage, Atomwaffenmacht zu werden."

Das ist eine korrekte Information über die Gefahrenpotentiale der Atomtechnik. Deutschland verfügt über bombenfähiges Material und über die technischen und personellen Möglichkeiten zum Bombenbau:

- Der Forschungsreaktor FRM II in München wird mit bombenfähigem hochangereichertem Uran betrieben.
- Das KIT verfügt mit einem großen Tritiumlabor über die Kenntnisse zum Umgang mit dem Stoff, der für den Bombenbau extrem geeignet ist.
- Größere Bestände an bombenfähigem Plutonium aus der Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe auf dem Gelände des KIT Nord sind erst im Gefolge des ersten Atomausstiegsbeschlusses von SPD und Grünen 2002 nach Frankreich verbracht worden. Was dort damit geschah, ist nicht bekannt. Ist es vielleicht in Frankreich aus politischen Gründen zwischengelagert worden mit jederzeitiger Rückholbarkeit?
- Dem europäischen "Institut für Transurane" ITU auf dem Gelände des KIT Nord (ehemals Kernforschungszentrum) ist kürzlich von der Landesregierung Baden-Württembergs, die von Grünen und SPD gestellt wird, gegen vielfachen Protest die atomrechtliche Genehmigung für Lagerung und Umgang mit 68 Kilogramm Plutonium und mit zirka 100 Kilogramm auf 98 Prozent angereichertem bombenfähigen Uran erteilt worden. Hintergrund ist ein europäisches Forschungsprogramm für neue Atomreaktoren, wofür dem KIT die Federführung auf deutscher Seite obliegt.

Soviel zum Können. Noch etwas zum Umbach-Satz "Aber heute denken wir nicht im entferntesten an Bombenbau." Wie sah das aber gestern aus, und wie wird das morgen aussehen? Dazu brauchen wir gar nicht in die Zeit von Konrad Adenauer und Franz Josef Strauß zurückgehen:

- Ex-Verteidigungsminister Rupert Scholz (CDU) wollte Anfang 2006 im Zusammenhang mit der nuklearen Schutzgarantie diskutiert wissen, "wie wir auf eine nukleare Bedrohung durch einen Terrorstaat angemessen, im Notfall also sogar mit eigenen Atomwaffen, reagieren können".
- In Brasilien hatten 2010 Offizielle vom Schutz durch eigene Nuklearwaffen gesprochen. Sowohl die seit Jahrzehnten gepflegte Atomkooperation als auch neuerdings die direkte Militärzusammenarbeit mit der Bundeswehr sollen verstärkt werden. Brasilien ist der alte und neue strategische Partner, der über den geschlossenen Brennstoffkreislauf mit Plutonium-Wiederaufarbeitung verfügt. Deutsche Banken finanzieren indirekt Atomwaffenprogramme.
- Der Chef des KIT-Instituts für Kerntechnik und Reaktorsicherheit an der Universität hat in mehreren US-Atomwaffenlabors Erfahrungen gesammelt. Die Kernforschung des Universitätsteils von KIT unterliegt nicht dem Forschungsverbot für militärische Zwecke. Auf Betreiben der baden-württembergische Wissenschaftsministerin Theresia Bauer (Bündnis 90/Die Grünen) war im Mai eine einheitliche Zivilklausel für das KIT-Gesetz mit Wirksamkeit auch für die Grundsatzung der Universität abgelehnt worden.
- Der andere KIT-Präsident Prof. Horst Hippler war zusammen mit Prof. Wolfgang Herrmann (TU München und FRM II) Unterzeichner des "Energiepolitischen Appells", mit dem vor zwei

Jahren der Ausstieg aus dem Atomausstieg vorbereitet wurde. Wohlgermerkt - die beiden einzigen Hochschul-Unterzeichner. Ist der benannte Hintergrund mit dem FRM II ein Zufall?

- Wie erst jüngst in Zusammenhang mit dem Barschel-„Selbstmord“ wieder in die Schlagzeilen geraten, besteht der begründete Verdacht, dass das Forschungszentrum GKSS Geesthacht in den 1980er Jahren im Geheimen an Mini-Atomwaffen geforscht hat (junge Welt, 31. Juli 2012).

- Zur "nuklearen Teilhabe" im Rahmen der NATO kommt ab 1990 ein geändertes Kriegswaffenkontrollgesetz hinzu. Paragraph 16 besagt, dass die Verbote nur für Atomwaffen gelten, die nicht der Verfügungsgewalt von Mitgliedsstaaten der NATO unterstehen oder die nicht im Auftrag von diesen entwickelt oder hergestellt werden. Deutschland ist es demnach nicht untersagt, für sich und andere NATO-Länder Atomwaffen zu entwickeln.

Vom Präsidenten einer öffentlichen Forschungs- und Bildungsinstitution kann verlangt werden, dass er die Öffentlichkeit zumindest sachlich korrekt informiert.

Das betrifft auch dessen Fehlinformationen zur Zivilklausel ("Schnee von gestern" und "Relikt des Kalten Krieges", BadenOnline 12. Juli 2012), womit sich der Autor auseinander gesetzt hat ("Universitäre Freiheitskämpfer neuen Typus", Neue Rheinische Zeitung 18. Juli 2012) (1).

Orientieren könnte sich der KIT-Präsident an einem Internationalen Appell, in dem bereits 2009 die Zivilklausel für KIT gefordert und vor Atom- und Waffenforschung unter einem Dach gewarnt wurde. Zu den Erstunterzeichnern gehört der Bürgermeister von Hiroshima.

Verantwortungsbewusst handeln würde er, wenn er sich für die Beendigung der Atomreaktorforschung und jeglicher Rüstungsforschung am KIT einsetzen würde. Der gleiche Appell geht an die Wissenschaftsministerin von Baden-Württemberg. (PK)

(1) <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=18019>

Dieser Artikel ist in enger Zusammenarbeit mit der Tageszeitung junge Welt entstanden.

Offener Brief vom 4. August 2012 zur Einhaltung der Zivilklausel

BREMEN. Der Bremer Arbeitskreis Zivilklausel, dem unter anderen der AStA der Universität und das Bremer Friedensforum angehören, hat einen offenen Brief zur Einhaltung der Zivilklausel veröffentlicht. Dieser richtet sich insbesondere an die Mitglieder des Akademischen Senats und an das Rektorat der Universität Bremen und behandelt die jüngsten Enthüllungen über Rüstungsforschung an der Uni sowie die geplante OHB-Stiftungsprofessur.

Der Arbeitskreis Zivilklausel hält die Finanzierung der Professur im Bereich der Gravitationsforschung durch OHB für untragbar. Das Festhalten an der Stiftung dieser Professur sei zynisch und inkonsequent.

> Der offene Brief im Wortlaut:

Offener Brief an den Rektor und die Mitglieder des Akademischen Senats der Universität Bremen

Die letzten Wochen haben gezeigt, dass die Zivilklausel der Universität Bremen, die in diesem Jahr bestätigt wurde, von 2003 bis 2011 mehrmals gebrochen wurde. Nach Aussage des Rektors sind an der Universität Bremen mindestens zwölf Projekte durchgeführt worden, die einen eindeutigen Rüstungsbezug hatten. Dabei verweigert der Rektor Auskunft über die Auftraggeberfirmen und den genauen Inhalt der Projekte in 11 Fällen. Lediglich die Forschung des Satellitenherstellers OHB Systems AG ist durch eine journalistische Recherche aufgedeckt worden.

Als Konsequenz dieser Ereignisse fordern wir – der Arbeitskreis Zivilklausel Bremen – den Rektor

und die Mitglieder des Akademischen Senats auf:

1) die geplante Stiftung einer Professur im Bereich der Gravitationsforschung abzulehnen. Stattdessen soll sie im Interesse der Studierenden – wie ursprünglich geplant – aus dem eigenen Haushalt finanziert und neu ausgeschrieben werden.

2) ein Kontrollgremium zum Schutz und zur Wahrung der zivilen Forschung und Lehre an der Universität Bremen zu etablieren. Dies stärkt gleichzeitig die Unabhängigkeit der Forschenden und Lehrenden vom Einfluss von nicht-zivilen Geldgebern.

3) zügig eine interdisziplinäre Professur für Abrüstung, Friedensforschung und Rüstungskonversion einzurichten. Es ist unabdingbar, dass wir uns auch im Bereich der Lehre für den Diskurs über eine friedensfördernde und zivile Gesellschaft bemühen.

Im Lichte dieser Erkenntnisse hält der Arbeitskreis Zivilklausel an der Universität Bremen die Finanzierung der Professur im Bereich der Gravitationsforschung durch OHB für untragbar.

Angesichts der Tatsache, dass die Zivilklausel in diesem Jahr zu den Leitziele der Universität erhoben wurde, hält der Arbeitskreis das Festhalten an der Stiftung dieser Professur für zynisch und inkonsequent. Was bringt eine demokratische Entscheidung, wenn sie so einfach missachtet werden kann?

Die Bremer Universität darf nicht weiterhin finanziell von der Rüstungsindustrie mit abhängig sein und mit an militärischen Projekten arbeiten, sondern soll eine Friedensuniversität sein. Wir sehen den Rektor und den Akademischen Senat hier in der Pflicht, in moralischer Verantwortung zu handeln.

Lesenswert in diesem Zusammenhang ein NRhZ-Artikel unter <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=17376>

>> Der offene Brief zur Einhaltung der Zivilklausel steht zum Download unter <http://www.asta.uni-bremen.de/wp-content/uploads/2012/07/Offener-Brief-zur-Einhaltung-der-Zivilklausel.pdf>

--

Ekkehard Lentz, Bremer Friedensforum, Villa Ichon, Goetheplatz 4, D-28203 Bremen
0049- (0) 421-3 96 18 92 0049- (0) 173-4 19 43 20 www.bremerfriedensforum.de
www.facebook.com/pages/Bremer-Friedensforum/265831246795398

Online-Flyer Nr. 363 vom 18.07.2012

<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=18019>

KIT-Präsident zur Zivilklausel: „Schnee von gestern“ und „Relikt des Kalten Krieges“

Universitäre Freiheitskämpfer neuen Typus

Von Dietrich Schulze

Für Präsident Prof. Eberhard Umbach vom Karlsruher Institut für Technologie (KIT) ist die Zivilklausel, die satzungsmäßige Bindung bzw. Selbstverpflichtung, Lehre und Forschung an der Hochschulen nur zivilen und friedlichen Zwecken zu widmen, „Schnee von gestern“ und ein „Relikt des Kalten Krieges“. Das erklärt ausgerechnet der Manager einer Institution, deren Großforschungsteil über Jahrzehnte eine Zivilklausel mit Erfolg praktiziert hat.

KIT war im Oktober 2009 aus dem Zusammenschluss von Universität Karlsruhe und dem (Kern)Forschungszentrum hervorgegangen. Seit vier Jahren läuft die Auseinandersetzung zur Übertragung der Zivilklausel des Forschungszentrums auf das gesamte KIT, wofür die



Studierende der Uni in einer Urabstimmung votiert hatten. Umbachs plumpe und empörende Äußerungen stammen aus einem Interview vom 12. Juli (1).

Botschaft des Friedens

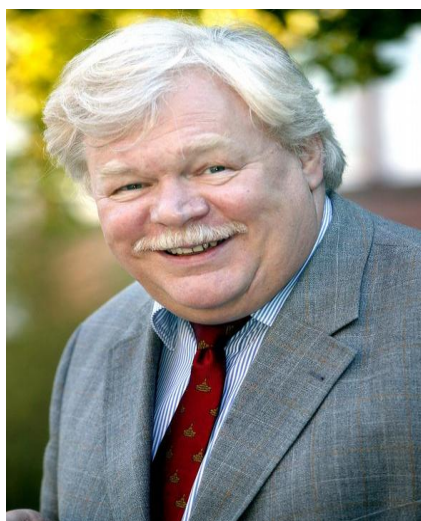
Das komplette Gegenteil von dem was der KIT-Präsident behauptet ist richtig. Die Zivilklausel ist eine außerordentlich wichtige und aktuelle Botschaft des Friedens gegen die zunehmende Militarisierung der Hochschulen. Die Äußerungen des Präsidenten kommen übrigens zu einem Zeitpunkt, an dem das KIT in gefährliche Strömungen

geraten ist.

KIT hat den Exzellenz-Titel verloren - just an dem Tag, an dem in den Räumen des Universitätsteils von KIT ein bundesweiter Kongress gegen Kriegs- und Atomforschung (2a, 2b) begann - mit einer Laudatio auf den 2003 verstorbenen langjährigen Direktor des Physikalischen Instituts der Uni Karlsruhe, Prof. Werner Buckel, einen vorbildlichen Hochschullehrer, Friedenswissenschaftler und frühen Atomkraftkritiker.



Friedenswissenschaftler Professor Werner Buckel, † 3. Februar 2003
Quelle: <http://www2.hu-berlin.de>



Prof. Horst Hippler
Foto: Universität Karlsruhe

Nach solchen Äußerungen kein Zufall mehr, dass Prof. Umbach und sein Ko-Präsident Prof. Horst Hippler es noch nicht einmal für nötig gehalten hatten, ihre Nichtteilnahme an der Ehrung des bedeutenden Professors der Fridericiana zu entschuldigen. Dass überhaupt Tagungsräume für den Abschied von Werner Buckel zur Verfügung gestellt wurden, ist allein der energischen Unterstützung der Studierenden und der Studierendenvertretung UStA zu verdanken.

Abgang des Ko-Präsidenten

Zum Verlust des Exzellenztitels kommt hinzu, dass sich kurz zuvor der Ko-Präsident Prof. Horst Hippler, Vater von KIT und Exzellenz-Uni, vom Acker gemacht hatte, indem er sich zum Präsidenten der Hochschulrektorenkonferenz wählen ließ (3). Ähnlich wie bei der Fußball-Europameisterschaft der deutsche

Sieg als selbstverständlichste Sache der Welt dargestellt wurde, hatte KIT in überheblicher Manier fortlaufend die Unantastbarkeit seines Exzellenztitel propagiert. Umso größer war in beiden Fällen die Ernüchterung nach dem Absturz. Während in der Nationalelf Besinnlichkeit und Ursachenanalyse vorzuherrschen scheint, kann man das bei KIT nicht gerade beobachten.

Im Interview spricht Umbach davon, dass KIT beim Arbeitsschwerpunkt "funktionale Nanostrukturen" im strengen wissenschaftlichen Wettbewerb nicht die erforderliche Fortune gehabt habe. Er redet von der fortbestehenden Exzellenz des KIT und erklärt zum Verlust an Drittmitteln wörtlich: „Wir werden beim Wettbewerb um Forschungsgelder vielleicht sogar erfolgreicher sein, weil wir uns mehr anstrengen und weil jetzt der Neidfaktor keine Rolle mehr spielen sollte. Die Industrieunternehmen werden auch in Zukunft ihre Partner nicht nach einem Titel beurteilen, sondern danach, was eine Zusammenarbeit bringt.“

Fast nicht zu glauben, welches Maß an Widersprüchen von einem leitenden Naturwissenschaftler hier öffentlich kund getan wird. Wissenschaft als Glücksspiel? Wozu wird ein Exzellenzprogramm

gebraucht, das sich an der Höhe der Drittmiteinnahmen orientiert, wenn ohne dieses noch erfolgreicher Industriemittel eingeworben werden können? Was für eine öffentlich finanzierte Wissenschaft ist es, die danach ausgerichtet wird, Industrieinteressen statt dem Allgemeinwohl zu dienen?

Es kommt aber noch schlimmer. Die gleiche Person, die mittels verstärkter Einwerbung von Industriemitteln die universitäre Wissenschaft und Forschung in eine noch größere Abhängigkeit führt, spricht später im Interview von der Notwendigkeit, den Wissenschaftlern ihre Freiräume zu lassen, um ihre Integrität nicht infrage zu stellen. Und er beruft sich dabei auf den Artikel 5, Absatz 3 des Grundgesetzes, der die Freiheit von Forschung und Lehre vorschreibt.

Gutachten von Professor Denninger

Genau um die Freiheit geht es im Kern, wenn von der Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit gesprochen wird, so der Titel der Karlsruher Tagung am 15./16. Juni am KIT. Diese Freiheit ist nicht grenzenlos und wertefrei. Keineswegs wird gegen das Grundgesetz mit einer Zivilklausel der Art „Das KIT verfolgt nur friedliche Zwecke“ verstoßen. Als KIT-Präsident sollte Prof. Umbach das Gutachten „Zur Zulässigkeit einer so genannten ‚Zivilklausel‘ im Errichtungsgesetz für das geplante Karlsruher Institut für Technologie (KIT)“ (4) des Verfassungsrechtlers Prof. Erhard Denninger kennen. Dort wurde im Februar 2009 die Übereinstimmung der Zivilklausel mit dem Grundgesetz nachgewiesen. Trotz mehrfacher vollmundiger Ankündigungen von Gegengutachten gibt es bis heute keines. Warum wohl?

Widersprüche ohne Ende

Auch die anderen Umbach-Argumente im Interview gegen die KIT-Zivilklausel strotzen nur so von hanebüchenen Halbheiten und Unrichtigkeiten:

a) „Im Grundgesetz ist auch die Bundeswehr verankert, weshalb wir auch Forschung im Auftrag des Grundgesetzes nicht verbieten können.“ Damit stellt er selbst die nach der Verschmelzung ohnehin fragwürdige Teilzivilklausel infrage: „Zur Wahrnehmung der Großforschungsaufgabe betreibt das KIT im Interesse der Allgemeinheit Forschung und Entwicklung zu friedlichen Zwecken vorwiegend auf dem Gebiet der Technik und ihrer Grundlagen.“ (5) Die Nanotechnologie ist eine Großforschungsaufgabe und von starkem Interesse für die Bundeswehr. Im heimlichen KIT-Vorbild MIT (Massachusetts Institute of Technology) gibt ein eigenes Department dafür mit dem sinnfälligen Namen „Institute for Soldier Nanotechnologies“ (6).

Friedliche und Angriffswaffen

b) „Wenn am KIT aber jemand an Angriffswaffen forschen wollte, würde ich mich dem entgegenstellen.“ Ach so: Drohnen, Kriegsschiffe, Panzer, Raketen für die Bundeswehr sind keine Angriffswaffen, sondern friedliche Waffen. Nur ohnehin völkerrechtlich geächtete Waffen wie Chemiewaffen sind Angriffswaffen. Das erinnert an Orwell: „Krieg ist Frieden. Freiheit ist Sklaverei. Unwissenheit ist Stärke.“ - wenn es die eigene Seite betrifft. In den Großstädten der sog. Dritten Welt dagegen lauert die große Gefahr. Deswegen hat auf der Wehrtechniktagung "Urban Operations" im Januar in Berlin ein KIT-Referent des angeblich rein zivilen KIT-Projekts "unbemannte kognitive Fahrzeuge" (auf dem Schlachtfeld Killerdrohnen genannt) einiges über ein Minidrohnern-Navigationssystem (7) vorgetragen. Alles rein friedlich, versteht sich. Gegen die kriegsverherrlichende städtische Patenschaft mit der "Fregatte Karlsruhe" gab es jedenfalls gerade eine beachtliche Protestaktion vor dem Rathaus (8).

Unechte Argumente

c) „Echte Zivilklauseln gibt es nirgendwo, das sind alles nur vorsichtige Absichtserklärungen – sonst würden sie ja ins Grundgesetz eingreifen.“ Der Herr Professor möge bitte die Zivilklauseln der Universitäten Konstanz und Bremen (9) studieren, die unzweideutig eine Teilnahme an

militärischer Forschung verbieten aufgrund von verfassungsrechtlich zulässigen Senatsbeschlüssen. In Bremen tobt gerade eine Auseinandersetzung wegen eines früheren Verstoßes gegen die Zivilklausel von 1986 (10). An dieser nachrichtentechnischen Rüstungsforschung der Uni Bremen war auch die Uni Karlsruhe beteiligt. Bei einer solchen Führungskultur im KIT ist kaum noch verwunderlich, dass auf ein diesbezügliches Auskunftersuchen zur KIT-Rüstungsforschung (11) nicht reagiert wird.

Abgeschriebenes Relikt

d) „Unsere Satzung geht weiter als eine Zivilklausel, die nichts anderes als ein Relikt des Kalten Krieges ist.“ Ein empörend Geschichte verfälschender Satz, der obendrein gar nicht neu ist. Wissenschaftsministerin Bauer erklärte am 9. Mai bei der Verabschiedung des KIT-Weiterentwicklungsgesetzes im Landtag Baden-Württemberg: „Auf dem Flugblatt, das bei der heutigen Demonstration draußen verteilt wurde, wird von verschiedenen Aktivisten angekündigt, den ‚Widerstand gegen einen sich entwickelnden zivilmilitärisch-industriellen Forschungskomplex KIT fortzusetzen‘. Es sei einmal dahingestellt, in welcher Welt die entsprechenden Akteure leben. Mir klingt es ein wenig nach den Achtzigerjahren, als wir noch mitten im Kalten Krieg waren. Ich glaube aber, der Kalte Krieg ist schon seit einer Weile vorbei, und ich meine, mit einer solchen Sicht auf die Dinge wird man dem KIT – so, wie es heute existiert – nicht wirklich gerecht.“ (12) Der Professor und die Ministerin: Wer hat bei wem abgeschrieben? Es könnte auch ein Stichwortgeber existieren, bei dem beide abgeschrieben haben? Die geschichtlichen Zusammenhänge aus einer nichtmilitaristischen Sicht sind jedenfalls bereits zurechtgerückt worden (13).

e) „Am KIT gibt es keine Rüstungsforschung im engen Sinne.“ Kein Kommentar. Übrigens auch nicht neu. Offenbar eine KIT-Sprachregelung wie schon früher von der Pressesprecherin geäußert (14).

Weitere Freiheitskämpfer

Eine Klarstellung sei am Schluss erlaubt. Prof. Umbach und sein Ex-Ko-Präsident sind beileibe nicht die einzigen derartigen Verfechter einer Sorte von Autonomie der Universitäten, die diese zu Selbstbedienungsläden für Wirtschaft und Militär machen. Diesen neuen Typus von universitären Freiheitskämpfern gibt es selbst an Unis mit Zivilklausel wie Bremen, Konstanz und Tübingen, wie der Autor am 3. Juli an der Uni Konstanz vorgetragen hat. (15) Das spricht aber nicht gegen die Zivilklausel, sondern gegen urdeutsches Anpasser- und Mitläufertum, das es endlich zu überwinden gilt. Der Widerstand gegen einen sich entwickelnden zivilmilitärisch-industriellen Forschungskomplex KIT wird fortgesetzt.

Herausforderung Umweltzerstörung

Die größte Herausforderung unserer Zeit ist die globale Zerstörung der Umwelt. Hierauf müssen alle Energien der Hochschulen gerichtet werden, wenn sie ihrer Verantwortung gerecht werden wollen. Weg mit Rüstungsforschung aller Art! Weg mit Atomwaffen und Atomkraft! Schluss mit Atomforschung der IV. Generation am KIT und anderswo! Beendigung jeglicher Rüstungsexporte! (PK)

Zitate im Internet

(1) <http://www.bo.de/Lokales/Ortenau/Die-Zivilklausel-ist-Schnee-von-gestern>

(2a) <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=17942>

(2b) <http://www.ka-news.de/region/karlsruhe/studieren-in-karlsruhe./Kritik-an-moeglicher-KIT-Militaerforschung-Keiner-weiss-woran-geforscht-wird;art6066,901734>

(3) <http://www.rentnerblog.com/2012/05/was-ist-los-beim-kit.html>

(4) http://www.boeckler.de/pdf/mbf_gutachten_denninger_2009.pdf

- (5) <http://www.landesrecht-bw.de/jportal/?quelle=jlink&query=KITG+BW>
- (6) <http://web.mit.edu/isn/aboutisn/index.html>
- (7) <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20111013.pdf>
- (8) <http://www.freie-radios.net/mp3/20120701-keinepatens-49416.mp3>
- (9) <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20120703.pdf>
- (10) <http://www.spiegel.de/spiegel/unispiegel/d-86617873.html>
- (11) <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20120524.pdf>
- (12) <http://al.blogspot.de/images/MinisterinTheresiaBauerimLandtag.pdf>
- (13) <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=17786>
- (14) <http://www.taz.de/!92990/>
- (15) <http://cms.uni-konstanz.de/zivilklausel/startseite/vortragsreihe-keine-forschung-fuer-die-ruestung/> Folien mit Reader (Seiten 2-5).

Online-Flyer Nr. 360 vom 27.06.2012

<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=17942>

Erfolgreiche Zivilklausel-Tagung zur Verantwortung der Wissenschaften

Karlsruher Kongress gegen Kriegsforschung

Von Dietrich Schulze

Am 15. und 16. Juni 2012 fand am Karlsruher Institut für Technologie KIT (Campus Süd = Universität Karlsruhe, Campus Nord = früheres Forschungszentrum Karlsruhe) eine bundesweite Tagung zur „Verantwortung der Wissenschaften für Frieden und Zukunftsfähigkeit“ statt, zu der Veranstalter aus dem Kreis der Studierendenschaften, der Gewerkschaften und Friedensgruppen eingeladen hatten (1).



Friedenswissenschaftler Professor
Werner Buckel, † 3. Februar 2003
Quelle: <http://www2.hu-berlin.de>

Es war die erklärte Absicht der Veranstalter, unter dem Leitgedanken „Mit den Waffen des Geistes - Gegen den Geist der Waffen“ ein Zeichen gegen die wachsende Indienstnahme der öffentlichen Bildungseinrichtungen für militärische Zwecke zu setzen und Perspektiven für die Friedensbindung der Hochschulen durch Zivilklauseln zu erarbeiten. Das ist trotz vielfältiger Widerstände gelungen.

Die zweitägige Kongress fand ziemlich genau 25 Jahre nach einem Kongress gegen Rüstungsforschung (2) an der Universität Karlsruhe unter Leitung des langjährigen Direktors des Physikalischen Instituts der Fridericiana Werner Buckel (1920-2003) statt. Ein bewegendes Moment zu Beginn der Würdigung der Tätigkeit des Friedenswissenschaftlers: Sein Sohn Walter Buckel bedankte sich für die Einladung und die Ehrung des Vaters und wünschte der Tagung einen guten Verlauf.

Soziale Gesellschaft oder Interventionskriege

Der Kongress war vielgestaltig und vermittelte dennoch eine einfache Botschaft. Die WissenschaftlerInnen, die Studierenden, die Beschäftigten der öffentlich geförderten Hochschulen und Forschungseinrichtungen müssen sich angesichts der globalen menscheitsgefährdenden Probleme Umweltzerstörung, Hunger und Armut entscheiden. Wollen sie ihre schöpferischen Kräfte friedlichen oder kriegerischen Zwecken widmen? Wollen sie

Aufbaumittel für eine soziale Gesellschaft oder Vernichtungsmittel für Interventionskriege schaffen?

Gegen Rüstungs- und Atomforschung

Mit Eröffnungsbeiträgen zu historischen Aspekten der Verantwortung der Wissenschaften und zum Irrweg Atomkraft, mit vier Arbeitskreisen zu den Themen Zivilklausel, Dual Use, Atomforschung und Drohnen - der distanzierte Tod - sowie einem Abschlusspodium mit VertreterInnen aus Wissenschaft, Studierendenschaft, Gewerkschaft und Politik mit jeweils 50 bis 80 TeilnehmerInnen, wurden überzeugende Antworten auf gegenwärtige Herausforderungen gegeben. Die Friedensarbeit von Werner Buckel zeigte sich als verbindende Klammer für alle Beiträge und für die diskutierten Perspektiven gegen Rüstungs- und Atomforschung.

Aus den Eröffnungsbeiträgen und der Arbeitsgruppe Atomforschung kam das klare Signal, die Atomreaktorforschung (IV. Generation, Transmutation) am KIT zu beenden. Das spiegelte sich auch im Abschlusspodium wider. Hier gab es zu der in Oppositionszeiten versprochenen und jetzt von der Grün-Roten Landesregierung Baden-Württemberg nicht in das KIT-Gesetz übernommenen Zivilklausel (3) eine zwar kontroverse, aber solidarische Diskussion mit der gemeinsamen Überzeugung, dass dieses nachgeholt werden muss und die Zivilklausel für alle Hochschulen Baden-Württembergs im Landeshochschulgesetz zu verankern ist. Für den Novellierungsentwurf werden bereits im Herbst 2012 erste Entscheidungen getroffen.

Die Eröffnungsveranstaltung am Freitag und das Abschlusspodium am Samstag sind als Video-Mitschnitte bei fluegel.tv (4) dokumentiert. Für weitere Informationen wird auf die Web-Dokumentation der Initiative gegen Militärforschung an Universitäten (www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf) verwiesen. Die Ergebnisse der vier Arbeitsgruppen und andere Teile der Tagung sollen in einer knappen Broschüre zusammen gefasst werden. An verschiedenen Programmen der Tagung haben PressevertreterInnen der Badischen Neuesten Nachrichten, ka-news, DIE ZEIT, Spiegel-Online, Deutschlandfunk und Westdeutscher Rundfunk teilgenommen. Auf Berichte in Spiegel-Online (5), junge Welt (6), Badische Neueste Nachrichten (7), ka-news (8) und wdr3-Resonanzen (9) wird besonders hingewiesen.

Forschendes Kriegsgemauschel

In den Presseberichten werden vor allem die beiden aktuellen Auseinandersetzungen in Bremen und Baden-Württemberg behandelt. Dazu aus der wdr3-Sendung zu der für das KIT-Gesetz versprochenen und von der Grünen Wissenschaftsministerin als "nicht mehr zeitgemäß" eingestuften Zivilklausel: „Demokratie im Rüstungssektor und in der Kriegsforschung war noch nie zeitgemäß, so auch heute nicht. Denn Rüstungs-Aufträge auch an Universitäten wurden und werden bislang nicht offengelegt oder gar öffentlich diskutiert. Kriegsvorbereitung ist Verschlussache. Gerade dagegen wenden sich die ‚unzeitgemäßen‘ Kritiker dieser Praxis. Wenn Zivilklauseln, ob nur universitär oder gesetzlich verankert, die Offenlegung fragwürdiger Zuwendungen zur Pflicht machen würden, hätte es ein Ende mit dem Geschacher hinter verschlossenen Türen und dem forschenden Kriegsgemauschel im Geheimen.“

Gesetzliche Zivilklausel und die Neunte

Mit Energie und Konsequenz war die Zivilklausel der Universität Bremen gegen die Machenschaften der Bremer Weltraum-Rüstungsfirma OHB von einem breiten Bündnis geschützt und bekräftigt worden. Kurz darauf war von Radio Bremen (10) aufgedeckt worden, dass die Universitäten Bremen und Karlsruhe Rüstungsforschung für OHB und Bundeswehr (Breitbandübertragung von Luftaufklärungsdaten) betrieben hatten, ein klarer Verstoß gegen die Bremer Zivilklausel.

Nun wird von der Rot-Grünen Bremer Landesregierung eine Zivilklausel für das Bremer Hochschulgesetz erwogen (11), die für alle Bremer Hochschulen verbindlich wäre. Wie wirksam bereits die Debatte darüber ist, kann nun direkt belegt werden. Der Akademische Senat der Hochschule Bremen (University of Applied Sciences) beschloss am 12. Juni 2012 einstimmig eine Zivilklausel als Selbstverpflichtung (12). Das ist nach TU Berlin, Uni Bremen, Uni Konstanz, TU Dortmund, TU Ilmenau, Uni Oldenburg, Uni Tübingen und Uni Rostock die neunte Zivilklausel an einer Hochschule (13).

Brief zur KIT-Rüstungsforschung

Die DFG-VK Baden-Württemberg und die Initiative gegen Militärforschung an Universitäten hatten Ende Mai unter Berufung auf die in Bremen ausgegrabene Rüstungszusammenarbeit mit OHB an das KIT-Präsidium und Ministerin Bauer geschrieben und um Aufklärung gebeten, welche Institute der Universität Karlsruhe daran beteiligt waren und ob an Folgeprogrammen für die Bundeswehr geforscht wird (14). Seit nunmehr vier Wochen gibt es keinerlei Reaktion, obwohl KIT mit gerade verabschiedeten Ethik-Leitlinien (15) Transparenz der Forschungsinhalte und öffentlichen Diskurs versprochen hat.

Der Rektor der Uni Karlsruhe, später KIT-Präsident, und jetzt Präsident der Hochschulrektorenkonferenz, Prof. Horst Hippler, war von Anfang an Promoter von Rüstungs- und Atomforschung und Gegner der Zivilklausel. Wird sein Abgang, begleitet vom Verlust des Elite-Status für KIT, genutzt werden, eine grundsätzliche Kurskorrektur vorzunehmen? Innovative Zivilforschung statt Atomforschung, eine verbindliche selbstverpflichtende Zivilklausel statt Rüstungsforschung, verbesserte Grundfinanzierung statt mehr Drittmittel, Mitbestimmung statt Bürokratie, Arbeitsplatzsicherung statt Fristverträge.



Professor Dr. Horst Hippler -
Gegner der Zivilklausel
Quelle: <http://idw-online.de>

Aktionswoche „Militärfreie Bildung und Forschung“

Als nächstes Kampagnenziel der Zivilklausel-Bewegung wird die Unterstützung der bundesweiten Aktionswoche vom 24. - 29. September 2012 „Für militärfreie Bildung und Forschung“ (16) angesehen.

In der Tagung wurde sichtbar, dass sich an immer mehr Hochschulen Arbeitskreise und Initiativen für die Zivilklausel in Forschung und Lehre bilden und die Vernetzung der Aktivitäten verbessert werden konnte. Dabei spielen gewerkschaftliche Grundsatzentscheidungen zur Zivilklausel und die Unterstützung z.B. für alle diejenigen, „die sich verpflichten, nicht an militärischen oder zivilmilitärischen Forschungsprojekten mitzuwirken“ (17) ebenso eine Rolle wie parlamentarische Initiativen, z.B. der Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag vom 13. Juni 2012 (Drs. 17/9979): „Keine Rüstungsforschung an öffentlichen Hochschulen und Forschungseinrichtungen - Forschung und Lehre für zivile Zwecke sicherstellen“ (18).

Die seit 4 Jahren anhaltende Auseinandersetzung über den zivilmilitärischen Cluster KIT strahlt ermutigend auf Studierende aus, die mit ähnlichen Konstrukten konfrontiert sind. Dazu sei auf den geplanten Rüstungspark an der Universität Augsburg und einen aktuellen Beitrag in der Süddeutschen Zeitung (19) hingewiesen.

Wahre Universität

In der Tagung ist auch die geschichtliche Lehre, dass von deutschem Boden immer nur Frieden ausgehen soll, in den Blick genommen worden. Der Leitgedanke „Mit den Waffen des Geistes -

Gegen den Geist der Waffen“ ist das Leitmotiv des Münchener Holocaust-Überlebenden und antifaschistischen Widerstandskämpfers Martin Löwenberg, das er den Teilnehmerinnen des Zivilklausel-Kongresses in der Uni Tübingen im Oktober 2011 in einem Grußwort (20) zugerufen hatte.

Die Studierenden können sich Hochschullehrer wie Werner Buckel zum Vorbild nehmen. Im Buch „Nachdenken statt Nachrüsten“ (21) schrieb er den schönen Gedanken über das vorbehaltlose Zusammenstehen aller Hochschulangehörigen am Tag der Hochschulen (20. Oktober 1983) nieder:

„Das Plenum vermittelte das Erlebnis einer wahren Universität.“ Die Studierenden und die ProfessorInnen waren zuvor gemeinsam gegen die Stationierung von Atomraketen auf die Marktplätze gezogen. Davon sind wir zwar noch ein gutes Stück entfernt. Aber: „So wie es ist, bleibt es nicht.“ (PK)

Zitate (links):

- 1 <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20120531.pdf>
http://bawue.dfg-vk.de/fileadmin/user_upload/SWK-0212.PDF
<http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20120608.pdf>
<http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20120615.pdf>
- 2 <http://www.trueten.de/uploads/Texte/Ruestungsforschung1987.pdf>
- 3 <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=17786>
- 4 <http://www.fluegel.tv/beitrag/4385> und [/4389](http://www.fluegel.tv/beitrag/4389) [/4396](http://www.fluegel.tv/beitrag/4396) [/4403](http://www.fluegel.tv/beitrag/4403) [/4408](http://www.fluegel.tv/beitrag/4408) [/4423](http://www.fluegel.tv/beitrag/4423) [/4430](http://www.fluegel.tv/beitrag/4430)
- 5 <http://www.spiegel.de/unispiegel/studium/militaerforschung-uni-bremen-verstoest-mehrfach-gegen-zivilklausel-a-838702.html>
<http://www.spiegel.de/unispiegel/studium/zivilklausel-uni-bremen-raeumt-weitere-militaerforschung-ein-a-837064.html>
- 6 <http://www.jungewelt.de/2012/06-15/025.php>, <http://www.jungewelt.de/2012/06-15/026.php>
- 7 <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20120616.pdf>
- 8 <http://www.ka-news.de/region/karlsruhe/studieren-in-karlsruhe./Kritik-an-moeglicher-KIT-Militaerforschung-Keiner-weiss-woran-geforscht-wird;art6066,901734>
- 9 <http://www.wdr3.de/resonanzen/details/22.06.2012-18.08-wdr-3-resonanzen.html>
<http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20120623.pdf>
- 10 <http://www.radiobremen.de/wissen/nachrichten/wissenunibremenzivilklausel102.html>
<https://www.ohb-system.de/bueland-mtv.html>
- 11 <http://www.taz.de/Zivilklausel/!94898/>
- 12 <http://www.pressebox.de/pressebox/presseboxen/boxid/515732>
- 13 <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20120624.pdf>
- 14 <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20120524.pdf>
- 15 http://www.kit.edu/besuchen/pi_2012_10668.php
<http://www.wir-sind-kit.de/Dokumente/KIT-II-Dokumente/EthikflyerVerdi.pdf>
- 16 <http://antimilaktionswoche.wordpress.com/aufruf/>
- 17 <http://bundeskongress2011.verdi.de/antraege/antrag.html?cat=A&sort=244&aid=12593>
- 18 <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/099/1709979.pdf>
- 19 <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20120619.pdf>
- 20 <http://zivilklauselkongress.blogspot.de/2011/10/31/grussbotschaft-von-martin-loewenberg-an-den-kongress/>
<http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20111028.pdf>
- 21 <http://www.trueten.de/uploads/Texte/NachdenkenstattNachruesten1984.pdf>

Warum die Atomlobby einen massiven Strompreisanstieg vorhersagt

Atomausstieg und KIT Atomreaktorforschung

Von Dietrich Schulze



KIT-Vize Dr. Peter Fritz
Quelle: KIT edu

Seit Mitte Mai geistert eine Studie des Karlsruher Instituts für Technologie KIT durch die Presse der Republik. Schlagzeile „Strompreise steigen bis 2025 um 70 Prozent“. Düstere Aussichten für Verbraucher, für Privathaushalte wahrscheinlich noch stärker, sagen Energieforscher des KIT voraus. „Durch die erneuerbaren Energien werden wir komplexe Systeme bekommen“, sagt der KIT-Vizepräsident für Forschung und Innovation und Kerntechniker Dr. Peter Fritz.

Man braucht nicht viel Phantasie, um zu erkennen, was die KIT-Atomlobby mit der Studie bezweckt. Es soll zu einem Stimmungswandel in der Bevölkerung beigetragen werden, dass man um die Atomkraft als längerfristige Übergangslösung leider doch nicht herum kommt. Wenn der Übergang zu den Regenerativen so teuer zu stehen kommt, muss wohl oder übel dafür auch die Atomforschung für neue Reaktoren am KIT fortgesetzt werden, das ein

Zusammenschluss von Universität und [Kern]Forschungszentrum Karlsruhe ist.

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller (GRÜNE) hat die Studie umgehend zurück gewiesen und mit dem „Orakel von Delphi“ verglichen. Mit dieser harschen Kritik erweckt er den Eindruck, als sei er der Sachwalter des beschlossenen Atomausstiegs. Das geht jedoch haarscharf an der Wirklichkeit vorbei.

Zwar hat er erklärt, dass nur noch für die Sicherheit des Rückbaus der Anlagen und der Endlagerung und nicht für neue Reaktoren geforscht werden soll, aber er schweigt wie seine Grünen-Kollegin Wissenschaftsministerin Theresia Bauer über die Fortsetzung genau jener KIT-Forschung an Reaktoren der IV. Generation (Transmutation), die viel Personal und erhebliche Mittel bindet.

Das kann belegt werden mit der bewußten Ausklammerung dieser Reaktorforschung aus einem Mediationsverfahren, das Ende 2011 abgeschlossen wurde. Es ging um die atomrechtliche Genehmigung für den Umgang mit großen Mengen an spaltbarem Material im Europäischen Institut für Transurane ITU, das auf dem Gelände des ehemaligen Forschungszentrums (jetzt KIT Campus Nord) liegt und mit dem Atomforschungsprogramm des KIT verflochten ist. Die Vertreter des BUND in der Mediation und der Autor hatten vergeblich versucht, den Zusammenhang zum Gegenstand der Mediation zu machen. Selbst das Angebot eines einstündigen (!) Expertengesprächs wurde ignoriert. Zitat aus der Email des Autors vom 20. Juli 2011 an die beiden Minister:

„Wenn sich herausstellen sollte, dass das Transmutationsforschungsprogramm ("Atomreaktoren der 4. Generation") als unvereinbar mit dem Atomausstieg eingestellt werden muss (das jedenfalls ist Beschlusslage der NRW-Landesregierung) und damit der vermutete Hauptgrund für den Umgang mit den großen Mengen an spaltbarem Material entfällt, geht es um ein grundsätzlich anderes Verfahren. Meinem Dafürhalten nach ist es eine unwissenschaftliche Herangehensweise, nur die Eindämmung der Folgen zu diskutieren, ohne die Ursachen in den Blick zu nehmen.“

Die KIT-Führung weiß seit der in ihrem Sinne erfolgreich verlaufenen Mediation nach dem Muster von „Stuttgart 21“, dass von dieser Landesregierung nichts zu befürchten ist. Nun gehen die KIT-Atomlobbyisten zum Gegenangriff über.

Über solch plakative Minister-Kritik („Orakel von Delphi“) brauchen sie sich keine Sorgen machen und können diese plump zurückweisen: „Wer die Erneuerbaren Energien liebt, begleitet sie kritisch.“ Die CDU-Opposition wittert nach ihrem NRW-Debakel Morgenluft und spielt sich als Verteidiger der Geschmähten auf: „Schließlich handelt es sich beim international renommierten KIT um eine politisch neutrale Forschungseinrichtung.“

Und alle Seiten schweigen ganz neutral und einträchtig weiter über die gegen den Atomausstieg gerichtete Fortsetzung der KIT-Atomreaktorforschung. Eine politische Komödie, die am Kern der Sache vorbei geht und über den die Öffentlichkeit aufgeklärt werden müsste.

Die Atomreaktorforschung am KIT muss unverzüglich beendet werden. Das frei werdende Personal kann problemlos für zukunftsfähige Forschung gewonnen werden.

Bei der vom „Deutschen Atomforum“ in Stuttgart ausgetragenen „Jahrestagung Kerntechnik“ vom 22.-24. Mai wird es sicherlich nicht darum gehen, sondern um das genaue Gegenteil. Das großspurige Schlagwort der Atomlobby heißt wie seit Jahren „Kompetenzerhalt“. Kompetenzerhalt wofür? Und gewiss wird über die „Pakistan-Connection“ (Wochenzeitung KONTEXT) des KIT-Vorlaufers Forschungszentrum kein Wort verloren werden. Eine vorurteilsfreie Geschichtsaufarbeitung des KIT-Vorläufers muss endlich auf die Tagesordnung gesetzt werden, um des Friedens, der Umwelt und der Demokratie willen. (PK)

Mehr Infos zum Thema unter

<http://www.trueten.de/uploads/BeitraegeKITundAtomforschung.pdf>

Online-Flyer Nr. 354 vom 16.05.2012

<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=17786>

Zivilklausel für KIT-Gesetz abgelehnt

Die Ministerin und die 1980er Jahre

Von Dietrich Schulze

Wie geht die baden-württembergische Wissenschaftsministerin Theresia Bauer (GRÜNE) mit Demokratie, Geschichte und Frieden um? Furchtbar! Am 9. Mai wurde im Landtag das Weiterentwicklungsgesetz für das Karlsruher Institut für Technologie KIT, der 2009 aus Uni und Forschungszentrum Karlsruhe gebildeten öffentlich-rechtlichen Institution für Lehre und Forschung, beschlossen - mit großen Worten über Autonomie, Transparenz und Mitbestimmungsrechte - bei näherem Hinsehen Schritte rückwärts nach dem Konzept der abgewählten CDU/FDP-Landesregierung.

Bruch von Wahlversprechen

Ein von Beginn an strittiges Thema ist der Verzicht auf Militärforschung mittels Übernahme der bewährten Zivilklausel des Forschungszentrums auch für die Grund-



Wissenschaftsministerin Theresia Bauer (GRÜNE)
Quelle: Landtag

satzung des Uni-Teils „Das KIT verfolgt nur friedliche Zwecke.“ Gefordert von den Studierenden per Urabstimmung, den Gewerkschaften und der früheren SPD/GRÜNEN-Opposition, versprochen in den Wahlprogrammen von GRÜNEN und SPD, kurz vor der Landtagswahl bekräftigt durch persönliche Unterstützung der jetzt verantwortlichen PolitikerInnen Winfried Kretschmann, Theresia Bauer und Nils Schmid. Nichts von alledem zählt mehr nach der Wahl. Die Zivilklausel wurde nicht in das KIT-Gesetz übernommen, ein glatter Bruch der Wahlversprechen.

Im KIT wird jetzt auch mit Grün-Roter Billigung Atom- und Waffenforschung unter einem Dach betrieben, wovor Persönlichkeiten wie Nobelpreisträger und der Bürgermeister von Hiroshima gewarnt hatten. Ein Tabu-Bruch mit unabsehbaren Folgen.

Mahnwache vor Landtag

Eine kleine Schar von Zivilklausel-SchützerInnen hatte die Abgeordneten am Morgen vor der Beschlussfassung mit einer demonstrativen Mahnwache in einem Flugblatt an die Wahlversprechen erinnert und die hochgelobte KIT-Autonomie mit einem „weitgehend mitbestimmungsfreien Selbstbedienungsladen für Wirtschaft und Militär“ verglichen. Auf dieses Flugblatt kam die Wissenschaftsministerin in ihrer Begründungsrede zu sprechen. Ein Satz daraus gemäß gemeinsamer Presse-Erklärung der Initiative gegen Militärforschung an Universitäten und der DFG-VK Baden-Württemberg hatte Frau Bauer besonders missfallen. Mit der Ankündigung „Der Widerstand gegen einen sich entwickelnden zivilmilitärisch-industriellen Forschungskomplex KIT werde fortgesetzt“, fühle sie sich in die 1980er zurück versetzt. Was sie damit wohl meinte?

Erlebnis einer wahren Universität

Erinnern wir uns: Gegen die Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen (NATO-Doppelbeschluss) gab es am 22. Oktober 1983 zwischen Stuttgart und Neu-Ulm ein 108 Kilometer langes Friedensfest, eine spektakuläre, lebendige und kreative Menschenkette. Zwei Tage zuvor, am Tag der Schulen und Hochschulen in der Aktionswoche der Friedensbewegung, zogen Schüler und Lehrer, Studenten und Professoren gegen die Kriegsgefahr gemeinsam auf die Marktplätze. Am Abend gab es auch in der Uni Karlsruhe ein Plenum im Audimax. Im Buch „Nachdenken statt Nachrüsten“ schrieb der Karlsruher Physiker Werner Buckel dazu „Für viele oder gar alle Teilnehmer wurde auch dies zu einem neuen Gefühl: Das Plenum vermittelte das Erlebnis einer wahren Universität.“ Vier Jahre später - im Juni vor einem Vierteljahrhundert - organisierte er zusammen mit der Uni-Friedensgruppe eine bundesweite Tagung gegen Rüstungsforschung. Wenig später wurde von den Wissenschaftlern in Hochschulen und Forschungslabors das gefährliche Laserwaffen-Forschungsprogramm von US-Präsident Reagan gestoppt. Das waren die 1980er Jahre, geprägt von einer starken und erfolgreichen Friedensbewegung.

Vertröstung auf 2014 (!!!)

Die mildeste Kritik an der nicht nachvollziehbaren Einlassung der Ministerin: sie hat keine Ahnung von der friedenspolitischen Geschichte und Rolle der Hochschulen. Nicht gerade schmeichelhaft für die Amtsinhaberin. Nach einer erheblichen Presseresonanz zur begründeten Kritik an Grün-Rot im Vorfeld der Abstimmung sahen sich die Sprecher der beiden Regierungsfractionen immerhin genötigt, die in der Sache abwegige Haltung der Ministerin zu relativieren. Sie deuteten an, dass 2014 über die Zivilklausel im Zusammenhang mit der Novellierung des Landeshochschulgesetzes geredet werden soll.

Peinliches Lob

Peinlich für die Ministerin die Reden der Oppositionspolitiker: Einerseits geißelten sie deren Umfaller-Position, lobten aber gleichzeitig, dass das von ihren Fraktionen auf den Weg gebrachte KIT-Konzept im Wesentlichen fortgeführt wird.

Zwei Stimmen gegen die Zivilklausel, die die Kritik voll bestätigen. Laut Südwestpresse sagte FDP-Hochschulexperte Timm Kern „eine Zivilklausel hätte die Autonomie des KIT erheblich eingeschränkt“. Und KIT-Sprecherin Monika Landgraf erklärte, „Rüstungsforschung im engeren Sinne gibt es am KIT ohnehin nicht“.

Da wird einem beinahe die Regierungskoalition sympathisch. Immerhin hat sie die von Schwarz-Gelb eingeführten Studiengebühren abgeschafft und die 1977 von Filbinger abgeschaffte Verfasste Studierendenschaft wieder eingeführt. Erfreuliche Schritte in die richtige Richtung, die aber die vorgetragene Kritik nicht zu relativieren vermögen.

Kritik von Jusos und Grüner Jugend

Auch die Nachwuchsverbände von Grünen und SPD haben die Ministerin kritisiert. Juso-Landeschef Markus Herrera Torrez sagte der Südwestpresse, die Wissenschaftsministerin habe leider „ihre Wurzeln in der Friedensbewegung vergessen“. Aufgrund des Verzichts auf die Zivilklausel dürfe am KIT weiter „für die Waffenindustrie geforscht werden“. Landessprecherin Jessica Messinger von der Grünen Jugend erklärte „Zu einer nachhaltigen Wissenschaft passt keine Forschung, die militärische Konfliktlösungen zum Ziel hat“. Die Zivilklausel als Friedensparagraf würde eine Verpflichtung darstellen, „die die Kooperation von universitärer Forschung mit Militär und Rüstungsindustrie ausschließt“, so Ko-Sprecher Marcel Emmerich. Grüne Jugend wie Jusos fordern nun eine verbindliche Regelung zur Zivilklausel im Landeshochschulgesetz.

Rüstungsforschung im realen Sinn

Derweil wird am KIT fleißig weiter Rüstungsforschung betrieben, an Kriegsdrohnen und militärischer Nachrichtentechnik, in Zusammenarbeit mit Bundeswehr-Unis und militärisch forschenden Fraunhofer-Instituten. Meistens wissen Studierende gar nicht, wenn ihr Wissen missbraucht wird. Das hat Tradition an der Uni Karlsruhe. Erst jetzt wurde bekannt, dass ein Elektrotechnik-Institut der Uni Karlsruhe früher für das Bremer Weltraumrüstungsunternehmen OHB geforscht hat. Der Leiter eines Nachrichtentechnischen Instituts musste nach längerem Abstreiten zugeben, dass für die Bundeswehr an einem Breitband-Kommunikationssystem geforscht wird. Die Professoren Werner Wiesbeck, Friedrich Jondral, Jürgen Beyerer und Maurus Tacke wissen Bescheid, nur der Rest der Uni und die Öffentlichkeit nicht.

Juni-Tagung am KIT

Bis 2014 wollen die Rüstungsforschungskritiker nicht zuwarten. Im Sinne von Werner Buckel (†2003) wird es am 15./16. Juni am KIT eine bundesweite Tagung zur "Verantwortung der Wissenschaften für Frieden und Zukunftsfähigkeit" geben, mit prominenten Referenten und einem breiten Themenspektrum. Die Veranstalter, Friedenswissenschaftler-Organisationen, Gewerkschaften und die KIT Studierenden-Vertretung, versprechen sich von der Tagung weitere Impulse für den Widerstand gegen Rüstungsforschung und Militarisierung, für die Friedensperspektive der Hochschulen und zur Vernetzung der Aktivitäten. Der Leitsatz des Widerstandskämpfers und Holocaust-Überlebenden Martin Löwenberg aus München „Mit den Waffen des Geistes – Gegen den Geist der Waffen“ wurde vom Bündnis "Hochschulen für den Frieden – Ja zur Zivilklausel" für die gerade abgeschlossene Aktionswoche übernommen und wird auch diese Tagung inspirieren. (PK)

Zivilklausel: KIT zivil statt militärisch weiter entwickeln!

„Atom- und Waffenforschung“ unterbinden!

Von Dietrich Schulze

Im DGB-Aufruf zum 1. Mai, dem Internationalen Tag der Arbeit, ist von der Abwälzung der Krise und von Arbeitslosigkeit und Armut als einer tickenden Zeitbombe die Rede. Die enormen Rüstungskosten, der Umbau der Bundeswehr zu einer kriegführenden Interventionsarmee und die Rüstungsexporte sind jedoch mehr als eine Zeitbombe. Erneut wird ins Werk gesetzt, was Paul Celan zu dem Gedanken verdichtete:

„Der Tod ist ein Meister aus Deutschland.“

Schulen und Hochschulen werden durch Präsenz von Bundeswehr und Rüstungswirtschaft an die neue Kriegspolitik als selbstverständlichste Sache der Welt gewöhnt. Dagegen erhebt sich immer mehr Protest. Die Landesregierung Baden-Württemberg und die Grün-Rote Parlamentsmehrheit werden von den Gewerkschaften und vielen mehr aufgefordert, die Kooperationsvereinbarung Schule/Bundeswehr zu kündigen und eine gesetzliche Friedensbindung für alle Hochschulen im Landeshochschulgesetz LHG einzuführen.

Karlsruhe, die Residenz des Rechts und Stadt der Wissenschaften ist elementar betroffen. Universität und Forschungszentrum sind 2009 zum „Karlsruher Institut für Technologie“ KIT mit eigenem Landesgesetz zusammen geschlossen worden. Für das KIT-Gesetz, dessen

Fortschreibung am 9. Mai im Landtag beschlossen werden soll, ist die Friedensbindung besonders notwendig. Am KIT wird Atomforschung und Waffenforschung unter einem Dach betrieben - ein Tabubruch, der seinesgleichen sucht.

Wahlversprechen einhalten!
Zivilklausel für KIT und LHG!
Gegen Atom- u. Waffenforschung!

Initiative gegen Militärforschung an Universitäten

Ursprünge der Zivilklausel

Das Forschungszentrum hatte eine Friedensbindung in Form der satzungsmäßigen Zivilklausel „Die Gesellschaft verfolgt nur friedliche Zwecke.“ wegen des Atomwaffenforschungsverbots, die strikt und erfolgreich für die gesamte Forschungspalette praktiziert und gelebt wurde. Im Zuge der KIT-Bildung hatten die Studierenden der Uni im Januar 2009 in einer bundesweit erstmaligen Urabstimmung für die Übernahme dieser Zivilklausel für das gesamte KIT votiert. Ein internationaler Appell im Mai 2009 mit Hiroshima-Bürgermeister Akiba und Physik-Nobelpreisträger Steinberger waren dem beigetreten und hatten ausdrücklich vor Atom- und Waffenforschung unter einem Dach im KIT gewarnt. Im Juni 2009 hatten die damaligen Oppositionsparteien SPD und GRÜNE für das KIT-Errichtungsgesetz eben jene Zivilklausel beantragt. All das war von der Schwarz-Gelben Landesregierung ignoriert worden.

Rüstungsforschung am KIT

Im Zuge der Auseinandersetzungen war von der „Initiative gegen Militärforschung an Universitäten“ langjährig verdeckte und aktuelle nachrichtentechnische Rüstungsforschung - besonders geeignet für multinationale Interventionstruppen - aufgedeckt worden. Dabei spielte die Kooperation mit einem Ettlinger Rüstungsforschungsinstitut eine Rolle, das inzwischen in ein

Karlsruher Fraunhofer-Institut für Bildverarbeitung (früher IITB jetzt IOSB) eingebaut wurde. Das IOSB forscht zu 2/3 militärisch. Schlagzeile in FlF-Kommunikation 4/11 "Wie eine renommierte Forschungsinstitution zum effizienteren Töten beiträgt". Und wie praktisch: Der IOSB-Chef ist in Personalunion KIT-Institutsleiter für Echtzeitsysteme. So kann er seine KIT-Forschung umstandslos dem Militär verfügbar machen. Zusammen mit einem Institutsleiter der Münchener Bundeswehr-Uni ist er Projektleiter des 10 Mio. € schweren KIT-Projekts „unbemannte kognitive (intelligente) Fahrzeuge“. Nach Auskunft der früheren Landesregierung ein angeblich rein ziviles Projekt. Anfang d.J. jedoch trug ein KIT-Forscher bei der DWT-Wehrtechniktagung „Urban Operations Conference“ vor, einem Stelldichein der Wissenschaftler und Händler des Todes. Thema: Navigationssysteme für Innenraum-Minidrohnen in urbanem Gebiet. Prima geeignet für die Aufstandsbekämpfung in unbotmäßigen Staaten der Dritten Welt. Rein zivil – versteht sich. Es kommt aber noch schlimmer.

Wahlversprechen Grün-Rot

Alles das weiß die neue Landesregierung. In den Wahlprogrammen von GRÜNEN und SPD wurde - wie 2009 für KIT beantragt - die Zivilklausel für alle Hochschulen versprochen. Nunmehr in Regierungsverantwortung wollen beide Parteien nichts mehr davon wissen. Karlsruher Abgeordnete, die wie der Ministerpräsident und die MinisterInnen Bauer und Schmid kurz vor der Wahl für die KIT-Zivilklausel persönlich unterschrieben hatten, handeln gegen ihre eigene Unterschrift und ihre Wahlversprechen. Die jetzige Opposition konnte bei der ersten Lesung des KIT-Gesetzes Mitte April genüsslich feststellen, dass im Wesentlichen ihre KIT-Konstruktion (ohne Zivilklausel) fortgeschrieben wird. Die Redner der Regierungsparteien waren sich nicht zu schade, die KIT-Autonomie und die Mitbestimmung zu preisen. Tatsächlich ist KIT ein weitgehend mitbestimmungsfreier Selbstbedienungsladen für Wirtschaft und Militär geworden. Dass am KIT unbeeindruckt vom Ausstiegsbeschluss die Forschung an Atomreaktoren der IV. Generation fortgesetzt wird, ist äußerst beunruhigend (s. Internationaler Appell).

Ein Offener Brief zweier Friedenswissenschaftsgruppen an die Grün-Roten Abgeordneten mit Erinnerung an das Wahlversprechen wurde souverän ignoriert.

Mahnwache am 9. Mai vor Landtag

Der Widerstand gegen einen zivilmilitärisch-industriellen Forschungskomplex KIT geht weiter. Zivilklausel in das KIT-Gesetz JETZT und für alle Hochschulen per Landeshochschulgesetz! Dazu am 9. Mai eine Mahnwache vor dem Landtag. Treffpunkt: 8.30 Uhr Staatstheater Stuttgart.

Im Rahmen der bundesweiten Aktionswoche 1. bis 8. Mai „Mit den Waffen des Geistes gegen den Geist der Waffen“ wird es auch am KIT eine Aktion geben, vom 24.-29. Sept. eine bundesweite Aktionswoche gegen Bundeswehr in Schulen und Hochschulen und am 15./16. Juni eine Tagung in Karlsruhe am KIT zum Thema „Verantwortung der Wissenschaften für Frieden und Zukunftsfähigkeit“

Tagung am 15./16. Juni im KIT

Nebestehende Veranstalter laden ein 25 Jahre nach einer Tagung an der Uni Karlsruhe gegen Rüstungsforschung, die von Werner Buckel (1920-2003), Karlsruher Physiker und Friedenswissenschaftler, geleitet wurde. Das Geschichtliche soll mit dem Aktuellen verbunden werden, wozu das KIT – wie begründet - genügend Stoff hergibt. Beginn: Freitag 18 Uhr, Uni.

Den Veranstaltern ist es gelungen, bedeutende Persönlichkeiten zu gewinnen. Klaus Traube, Ex-Siemens-Interatom-Chefentwickler des „Schnellen Brüter“, der zum Atomausstieger wurde, spricht über „Sackgassentechnologien z.B. Atomkraft“.

Peter Herrlich, Genetiker und Mitinitiator des Mainzer Appells der NaturwissenschaftlerInnen gegen atomare Mittelstreckenraketen, ehem. Institutsleiter des Forschungszentrums und der Uni spricht über „Verantwortung der Wissenschaften“. Reiner Braun, IALANA und NatWiss, wird in memoriam Werner Buckel sprechen. Dazu kommen eine Reihe weiterer ReferentInnen wie Sören Böhrnsen (Bremen) „Zivilklausel“, Wolfgang Liebert (Darmstadt) „dual use“, Volker Eick (Berlin/Bremen) „Drohnen: Der distanzierte Tod“ und Harry Block (Karlsruhe) „Atomforschung“.

Am Samstag gibt es Arbeitskreise zu den Themen und um 16 Uhr ein Abschlusspodium mit Friedenswissenschaft, Studierendenschaft, Gewerkschaft und Politik. Die Tagung wird verbunden mit einem bundesweiten Zivilklausel-Meeting ab Freitagmittag. Die Veranstalter erwarten von der Tagung weitere Impulse für die Friedensperspektiven der Hochschulen und zur Vernetzung der Aktivitäten. (PK)

Anmeldung: Kongress@ialana.de Kontakt Dietrich.Schulze@gmx.de
Mehr Infos der Initiative gegen Militärforschung an Universitäten unter www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf und demnächst unter www.zivilklausel.de

Einschlägige Berichte:

- Michael Schulze von Glaßer in junge Welt 27.4.12
<http://www.jungewelt.de/2012/04-27/045.php>
mit Aktionswoche „Ja zur Zivilklausel“
<http://www.jungewelt.de/2012/04-27/047.php>
- Michael Billig in Frankfurter Rundschau 19.4.12
<http://www.fr-online.de/wissenschaft/wissenschaftsministerin-von--baden-wuerttemberg--wahlversprechen-vergessen-,1472788,14948276.html>
- Peter Kleinert in Neue Rheinische Zeitung 4.4.12
<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=17643>
- Dietrich Schulze in DFG-VK Zivilcourage 27.3.12
http://bawue.dfg-vk.de/fileadmin/user_upload/SWK-0112-ANSICHT.PDF
- Otto Reger in FIFF-Kommunikation 4/11
<http://fiff.de/publikationen/fiff-kommunikation/fk-2011/fk-4-2011/fk-4-2011-s35>
- Hans Georg in Neue Rheinische Zeitung 19.10.11
<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=17052>

Online-Flyer Nr. 348 vom 04.04.2012

<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=17643>

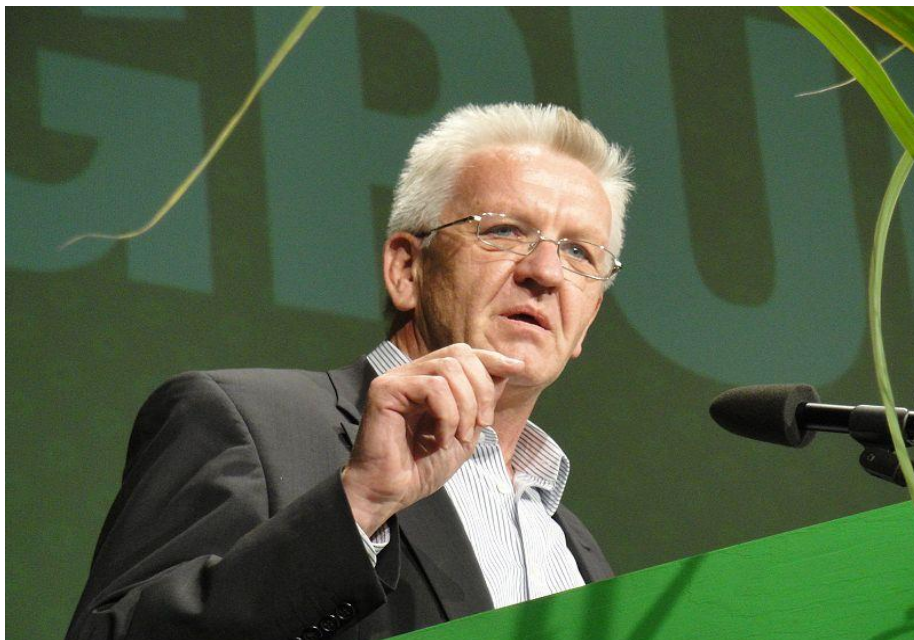
Appell an die GRÜNEN und die SPD im Landtag Baden-Württemberg:

"Wahlversprechen zur Zivilklausel einhalten!"

Von Peter Kleinert

In einem Offenen Brief an die Landtagsabgeordneten von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN und der SPD Baden-Württemberg wandten sich die NaturwissenschaftlerInnen-Initiative „Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit“ und die Initiative gegen Militärforschung an Universitäten mit Unterstützung des bundesweiten Bündnisses „Hochschulen für den Frieden – Ja zur Zivilklausel“ am 1. April mit der Forderung, die von ihren Parteien zum Errichtungsgesetz für das Karlsruher Institut für Technologie (KIT) verlangte Zivilklausel „Das KIT verfolgt ausschließlich friedliche Zwecke“ nun auch in Regierungsverantwortung zu verwirklichen.





Hält GRÜNEN-Ministerpräsident Kretschmann sich nicht an sein Wahlversprechen? Quelle: wikipedia

Eine entsprechende Forderung nach Zivilklauseln für alle Hochschulen in Baden-Württemberg fand sich in beiden Wahlprogrammen zur Landtagswahl 2011 und wurde auch von Wissenschaftsministerin Theresia Bauer und Ministerpräsident Winfried Kretschmann für KIT kurz vor der Wahl auch persönlich gefordert. Für den 19. April 2012 ist die erste Lesung für das KIT-Weiterentwicklungsgesetz geplant. KIT war im Juni 2009 als Zusammenschluss der Universität und des ehemaligen Kernforschungszentrums unter der

CDU/FDP-Landesregierung per Landesgesetz Baden-Württemberg errichtet worden. Dass die Zivilklausel bisher nicht in das Gesetz übernommen wurde, bedeutet den Bruch eines Wahlversprechens, wie Reiner Braun und Dietrich Schulze für die Initiativen erklären.

Es liege nunmehr in der Hand der Landtagsabgeordneten, im Sinne der Glaubwürdigkeit der neuen Landtagsmehrheit eine Kurskorrektur vorzunehmen. KIT beteilige sich an Rüstungsforschung in den Bereichen Nachrichtentechnik und Drohnen und setze unbeirrt vom Atomausstiegsbeschluss die Forschung an Atomreaktoren einer neuen Generation fort. Stichworte: "Generation IV" und "Transmutationsreaktor", den z.B. der hessische FDP-Landtagsabgeordnete im Juni 2011 gefordert hat.

Die Initiativen erinnern daran, dass auch die Gewerkschaften ver.di und GEW ebenso wie die Studierendenvertretung UStA in der Anhörung das Fehlen der Zivilklausel kritisiert und deren Übernahme verlangt haben. Sie erinnern an ihren Offenen Brief „Friedensbindung für die Hochschulen per Zivilklausel in den Koalitionsvertrag“ an die Delegierten der Landesparteitage im April 2011 sowie an die vielfältigen Aktionen beginnend mit einem Appell der Gewerkschaft ver.di Mittelbaden-Nordschwarzwald an die Landtagsabgeordneten im Juni 2009 zum KIT-Errichtungsgesetz.

Der Offene Brief schließt mit einer Kompromissüberlegung. Obwohl es weitergehende Gründe für die KIT-Zivilklausel gebe, wie in einem Internationalen Appell vom Mai 2009 formuliert, sei es vorstellbar, die Entscheidung über eine gesetzliche KIT-Zivilklausel im Zusammenhang mit der geplanten Novellierung des Landeshochschulgesetzes zu treffen. Danach würde die Zivilklausel in beide Gesetze gleichzeitig übernommen, wozu es eine verbindliche KIT-Option geben müsse.

Die Abgeordneten werden gemäß ihren Wahlversprechen gebeten, dem aktuell vorliegenden Gesetzentwurf ohne Zivilklausel bzw. ohne verbindliche KIT-Zivilklausel-Option die Zustimmung zu verweigern. (PK)

An der Uni Bremen wurde der Rollback der Friedensbindung gestoppt!

Erfolg der Zivilklausel-Schützer!

Von Dietrich Schulze

Die Bremer Rüstungswirtschaft, das Uni-Establishment und Teile der Bremer Bürgerschaft hatten



Bremer Studierende demonstrieren für die Zivilklausel

Quelle: <http://www.dielinke-bremen.de>

vor mehr als zwei Jahren damit begonnen, die Zivilklausel von 1986 zwecks Teilnahme der Uni an Rüstungsforschung zu kippen. Die Zivilklausel besagt: „Der Akademische Senat lehnt jede Beteiligung an Wissenschaft und Forschung mit militärischer Nutzung bzw. Zielsetzung ab und fordert die Mitglieder der Universität auf, Forschungsthemen und -mittel abzulehnen, die Rüstungszwecken dienen können.“

Unter dem Eindruck einer engagierten, beharrlichen und immer konsequenter gestalteten demokratischen Gegenwehr in

Gestalt eines Bündnisses aus organisierten Studierenden, verfasster Studierendenschaft, internen und externen WissenschaftlerInnen, Bremer Friedensforum, GEW, Linksfraktion in der Bürgerschaft und einzelnen Parlamentariern hat eine 4/5-Mehrheit des Akademischen Senats am 25. Januar beschlossen, die Zivilklausel beizubehalten und die Verpflichtung der Universität auf „Frieden und zivile Zwecke“ in den Leitzielen der Universität zu verankern.

Lehrstück in Sachen Demokratie

Der versuchte Rollback der Zivilklausel begann Mitte 2009 mit der Entscheidung der Universität, das Stifter-Ehepaar Fuchs zu Uni-Ehrenbürgern zu ernennen. Manfred Fuchs gehört das Weltraum-Rüstungsunternehmen OHB AG in Bremen. Besorgte Wissenschaftler machten auf den Widerspruch zur Zivilklausel aufmerksam. Später kam die Einrichtung einer Stiftungsprofessur von OHB hinzu. Der amtierende Rektor Wilfried Müller begegnete allen Einwänden mit drei Argumenten:

- Erstens brauche die Uni die Forschungsk Kooperation mit OHB.
- Zweitens handele sich nur um Grundlagenforschung, die anwendungs offen bleiben müsse.
- Drittens sei die Zivilklausel angesichts einer neuen „geopolitischen Situation“ überholt und müsse deswegen geändert werden.

Ein AStA-Antrag auf Bekräftigung der Zivilklausel wurde ignoriert. Das Rektorat hingegen versuchte, externe Friedenswissenschaftler für sich einzuspannen. In einer Podiumsdiskussion würdigte Götz Neuneck vom Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) die Zivilklausel als Alibi herab. Anfang vergangenen Jahres trat jedoch die interne Friedenswissenschaft in Form eines Appells von 60 Bremer ProfessorInnen und WissenschaftlerInnen an die Öffentlichkeit, die vor der Fremdsteuerung durch die Wirtschaft mittels Stiftungsprofessuren warnt und die Autonomie der Uni bedroht sieht.

Herr Fuchs droht der Universität

Schließlich erklärte Mitte vergangenen Jahres der Unternehmer Fuchs unumwunden: „Entweder die Uni ändert ihre Zivilklausel oder wir lassen die Professur sein.“ Der AStA und viele andere sahen darin einen Erpressungsversuch. Eine Universität, die dem nachkomme, veräußere ihre verfassungsrechtlich verbrieftete Wissenschaftsfreiheit. Dann ein erster Zwischenerfolg nach zwei Jahren: Die von Dekan Arnim von Gleich (Fachbereich Produktionstechnik) im Akademischen Senat eingebrachte Beschlussvorlage mit konkreten Leitsätzen zur „geopolitischen“ Änderung der Zivilklausel musste aufgrund von starken Protesten vertagt werden. Die Dekane hatten sich derweil auf von Gleichs Wahl zum neuen Rektor geeinigt. Aufgrund von Kritik am Verfahren der Kandidatengewinnung musste die für Mitte November geplante Wahl verschoben werden. Der AStA hatte zuvor eine online-Petition für den Erhalt der Zivilklausel gestartet.



Am Ende bei den Friedensfreunden aufgelaufen – Bremer Rüstungsunternehmer Manfred Fuchs
Quelle: www.ohb-system.de

Geopolitischer Dekan fällt bei Rektorwahl durch

In einer Podiumsdiskussion hoffte von Gleich mit „Steher-Qualitäten“ Punkte sammeln zu können. Den vier Zivilklausel-Schützern auf dem Podium warf er vor, keine Freunde der Wissenschaftsfreiheit zu sein. Heute müsse Frieden auch mit Waffen geschützt werden. Den OHB-Gegnern warf er vor, Skandalisierung zu betreiben und ein „Problem für die Demokratie“ zu sein. Er forderte „eine Kontrolle der Skandalisierer“. Bei der Neuwahl des Rektors im Dezember fiel er durch. Der neu gewählte Rektor Bernd Scholz-Reiter versicherte dem AStA in einem ersten Gespräch, dass er zur Zivilklausel stehe. Viel Zustimmung aufgrund von exzellenten Recherchen fand eine Broschüre des Bremer Friedensforums über den Rüstungsstandort Bremen. Darin wird von Rudolph Bauer die interessante Vorgeschichte der Bremer Zivilklausel nachgezeichnet, der Protest gegen Reagans Strategische Verteidigungsinitiative SDI.

Ein letzter abgeschwächter Aufweichungs-Versuch

Am Tag vor der Senatsabstimmung trat Dekan von Gleich mit dem „Kompromiss“ vor die Presse, die Bestimmung „Forschung und Lehre für friedliche Zwecke“ in die Grundordnung aufzunehmen. An der Universität Tübingen wird derzeit versucht, die dortige Zivilklausel mit der Bestimmung „für friedliche Zwecke“ in Umkehrung der ursprünglichen Absichten als vereinbar mit Rüstungsforschung auszulegen. Das ist bei einer Bestimmung „für zivile Zwecke“ bzw. „gegen militärische Zwecke“ praktisch nicht möglich. Eine umstrittenere Bestimmung sollte also höherwertiges

Recht werden (Grundordnung steht über Senatsbeschluss). Der AStA und andere hatten jedoch das Manöver durchschaut. Der AStA-Vertreter Sören Böhrnsen verlangte in der Diskussion den



Kämpferischer AStA-Vertreter Sören Böhrnsen setzt sich später in der Diskussion durch
Quelle: <http://www.dielinke-bremen.de>

Ersatz durch den Begriff „zivile Zwecke“. Genau so wird es in Bekräftigung und im Einklang mit der Zivilklausel künftig in den Leitzielen der Universität Bremen stehen. Auch dieser Aufweichungs-Versuch in letzter Minute ist gescheitert.

Der Fuchs und die sauren Trauben

Vor der Abstimmung gab es eine bemerkenswerte Umfaller-Erklärung, die an die Fabel vom Fuchs und den Trauben erinnert. Im Stil eines Pressesprechers von OHB verkündete Rektor Wilfried Müller, dass OHB dem Akademischen Senat alle Freiheit lassen und die Stiftungsprofessur unabhängig von dessen Entscheidung finanzieren wolle. 150 Studierende mit Transparenten und Wandmalereien wie "Kriegsforschung ist mordsleicht: Hirn aus, abnicken!" wiesen dessen erneut vorgetragenes Argument eines „grundsätzlich veränderten Kontextes der Militärpolitik“ zurück. Niemand sprach sich für die als notwendig erklärte Änderung der Zivilklausel aus. Einem taz-Bericht zufolge erklärte Rektor Müller zur getroffenen Entscheidung wörtlich: "Es ist das, was ich mir gewünscht habe."



OHB-Fan Rektor Wilfried Müller in der Bildmitte
Quelle: <http://www.dielinke-bremen.de>

Unglaublich, wenn man sich an dessen frühere Erklärung erinnert. Wenn AStA und Friedensforum die OHB-Stiftungsprofessur weiter ablehnten, sei das nur allzu berechtigt. Da der amtierende Rektor aufgrund der bestätigten Zivilklausel keine Auswirkungen auf die Einrichtung der Stiftungsprofessur sieht, müsste er doch zumindest verlangen, dass in den Stiftungsvertrag eine Bestimmung aufgenommen wird, wonach OHB und Dritten gemäß Zivilklausel die militärische Nutzung von Forschungsergebnissen aus der Stiftungsprofessur untersagt ist. Und auch OHB wird nach der überraschenden Kehrtwende doch wohl eine solche Bestimmung gegenzeichnen können. Oder? Nicht die Uni braucht OHB, sondern OHB will die Uni gebrauchen.

AStA und Linke für Zivilklausel im Bremer Hochschulgesetz

In Presse-Erklärungen nach der positiven Senatsentscheidung setzten sich der AStA und Linksfraktion in der Bremischen Bürgerschaft erneut dafür ein, die Zivilklausel im Landeshochschulgesetz für alle Bremischen Hochschulen verbindlich zu machen. Hier steht ein interessanter Stresstest auf die Glaubwürdigkeit der Rot-Grünen Landesregierung auf der Tagesordnung. Diese hatte die Zivilklausel der Uni Bremen als vorbildlich auch für die anderen Bremischen Hochschulen bezeichnet, allerdings unter der Maßgabe von notwendigen Änderungen, die in der Uni diskutiert würden. Auf Initiative der Jusos beschloss der SPD-Landesparteitag im September 2011 die Aufforderung an Parlament und Senat der Bürgerschaft, eine Zivilklausel im Bremischen Hochschulgesetz zu verankern. Damit sollen die Hochschulen zu einer „Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung“ verpflichtet werden, die zugunsten einer friedlichen und zivilen Gesellschaftsentwicklung beiträgt.

Bremer Bürgerschaft finanzierte Kriegsdrohnen

Wie die Realitäten in der "Waffenschmiede Bremen" aussehen, ist gerade bekannt geworden (siehe NRhZ Nr. 336 vom 11.01.2012[1]). Die Rüstungsfirma Rheinmetall hat vom Bremer Senat 1,5 Millionen Euro für die Entwicklung ziviler Drohnen erhalten. Aus dem zivilen Haushalt unter dem Segel der Konversionsförderung, obwohl bekannt ist, dass die Firma nur militärische

Drohnen produziert. An Peinlichkeit kaum zu überbieten. Zu dem Projekt namens Competitive Aerial Robot Technologies (CART) gehört ein Forschungs- und Entwicklungsverbund, an dem neben Rheinmetall das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR), die Hochschule Bremen und das Deutsche Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz (DFKI) aus dem Umfeld der Universität Bremen beteiligt sind. Nach all dem darf man gespannt sein, ob sich bezüglich der von Rot-Grün gelobten Zivilklausel der Uni etwas Ähnliches wiederholt wie bei Grün-Rot im Ländle.

Appell an Grün-Rot: Zivilklausel für KIT-Gesetz und Hochschulgesetz

Entgegen Wahlaussagen von Grünen und SPD in Baden-Württemberg, in denen Zivilklauseln für alle Landeshochschulen gefordert werden, hatten sich die Grüne Wissenschaftsministerin Mitte 2011 und der Grüne Ministerpräsident Ende 2011 öffentlich dagegen ausgesprochen, eingeknickt vor der Rüstungslobby. Man wolle den Unis keine gesetzlichen Vorgaben machen. Aber genau eine solche Vorgabe steht im Wahlprogramm und genau eine solche Vorgabe wurde von beiden persönlich kurz vor der Wahl für das Karlsruher Institut für Technologie (KIT – Zusammenschluss von Uni und Forschungszentrum Karlsruhe) unterzeichnet.

Denken wir aber positiv

Rot-Grün Bremen beschließt eine gesetzliche Zivilklausel und trotz der starken Bremer Rüstungsstandort-Kulisse, und Grün-Rot Baden-Württemberg nimmt den demokratischen Impuls der Uni Bremen auf und löst das Wahlversprechen ein.

Dazu gibt es einen hochaktuellen Grund. Noch vor der für die zweite Hälfte 2012 geplanten Novellierung des baden-württembergischen Hochschulgesetzes soll im März/April die Novellierung des Landesgesetzes für KIT unter Dach und Fach gebracht werden. Das Anhörungsverfahren ist am 15. Januar abgeschlossen worden.

Die Studierendenvertretung der Uni Karlsruhe, ver.di, GEW und viele andere fordern die Aufnahme der Zivilklausel in das KIT-Gesetz und zwar in der Formulierung, die von den früheren Oppositionsparteien SPD und Grüne im Juni 2009 für das KIT-Errichtungsgesetz gefordert worden war.

Bremer Impuls für die Demilitarisierung aller Hochschulen

An der beschriebenen Entwicklung in Bremen wird vor allem zweierlei deutlich. Die Zivilklausel ist ein wertvolles Mittel, die Wissenschaft an ihre Verantwortung für den Frieden zu erinnern. Sie kann und muss geschützt werden durch stetiges, wachsendes und solidarisches Zusammenwirken von Studierenden, Lehrenden und Beschäftigten der Hochschulen mit der demokratischen Öffentlichkeit. Die durch die Pläne zur KIT-Gründung vor drei Jahren ausgelöste Zivilklausel-Bewegung hat zu Initiativen an drei Dutzend Hochschulen, zu einer bundesweiten Koordinierung und zu internationalen Appellen geführt.

In seinem Grußwort zu einem Zivilklausel-Kongress an der Uni Tübingen Ende Oktober hatte der antifaschistische Widerstandskämpfer Martin Löwenberg an den gesellschaftlichen Konsens nach der Befreiung 1945 erinnert, an die vier „D“s

- Demilitarisierung, • Denazifizierung, • Demonopolisierung • Demokratisierung.

Die deutsche Geschichte mahnt. (PK)

[1] <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=17376>

Glaubwürdigkeits-Stresstest für Grün-Rot

Von Dietrich Schulze

Die Glaubwürdigkeit der Grün-Roten Landesregierung Baden-Württemberg, die angetreten war, der über einen Zeitraum von sechs Jahrzehnten andauernden Obrigkeitsspolitik der konservativen Vorgänger-Regierungen eine demokratische, bürgernahe und dialogorientierte Alternative entgegen zu setzen, steht auf dem Spiel. In einer Frage der Wissenschafts- und Hochschulpolitik sind die Regierungsparteien dabei, vor der Landtagswahl veröffentlichten Grundsatzpositionen entgegen zu handeln.



Hält sich nicht an das grüne Wahlprogramm
– Ministerpräsident Winfried Kretschmann
NRhZ-Archiv

Erschwerend kommt hinzu, dass die Kehrtwende mit intransparenten Methoden verschleiert wird. Es geht um die gesetzliche Friedensbindung für die Karlsruher Wissenschaftseinrichtung KIT und alle Hochschulen in Baden-Württemberg in Gestalt einer Zivilklausel, die von den Studierenden, den Gewerkschaften und von Friedensgruppen seit Jahren gefordert wird. Konkreter Anlass für diesen Beitrag ist die unzutreffende Interpretation des Grundgesetzes durch die Landesregierung, mit der sie ihre Kehrtwende begründet.

KIT-Gesetz und Friedensbindung

Im Juni 2009 wurde die Zusammenlegung der Universität Karlsruhe und des Forschungszentrums Karlsruhe (FZK) zu einer neuartigen Körperschaft öffentlichen Rechts, dem Karlsruher Institut für Technologie (KIT), per Landesgesetz beschlossen. Ein wesentlicher Streitpunkt war seit Beginn der Fusionsplanungen im Verlaufe des Jahres 2008 die Friedensbindung der neuen Institution mit dem Doppelcharakter einer Universität und einer sogenannten Großforschungseinrichtung mittels der Zivilklausel „KIT verfolgt nur friedliche Zwecke.“ Grund: Das FZK hatte seit seiner Gründung 1956 wegen des Kernwaffenforschungsverbots diese Zivilorientierung in der Satzung, d.h. den Ausschluss jeglicher Forschung für militärische Zwecke, und hatte diese Verpflichtung erfolgreich praktiziert.

Die Universität unterlag keiner derartigen Bindung. Über Jahrzehnte betrieb sie ohne Kenntnis der Uni-Öffentlichkeit Forschungskooperationen für militärische Zwecke. Aus der Verschmelzungsabsicht war vorurteilsfrei zu schlussfolgern, dass entweder die FZK-Klausel auf KIT übertragen und damit der Universitätsteil einbezogen werden muss oder die Friedensbindung für die Großforschung im FZK-Teil würde abgeschafft. Die CDU-geführte Landesregierung trat von Beginn vehement für die zweite Alternative ein und begründete das vor allem mit der Unzulässigkeit einer gesetzlichen Zivilklausel wegen der grundgesetzlichen Wissenschaftsfreiheit.

Gutachten zur Zulässigkeit der Zivilklausel

Auf Initiative der Gewerkschaften ver.di und GEW beauftragte die Hans-Böckler-Stiftung den Verfassungsrechtler Erhard Denninger mit einem Gutachten, das im Februar 2009 vorgelegt wurde. Wesentliches Ergebnis: Die Vorgabe einer gesetzlichen Zivilklausel ist zulässig und mit der Wissenschaftsfreiheit des Grundgesetzes vereinbar. Die frühere Landesregierung ignorierte das Gutachten des Professors und Rechtsanwalts, die praktizierte Zivilorientierung des FZK-Teils wie auch das Votum der Studierenden der Universität. Als mit Abstand größte Gruppe der Betroffenen



Rechtsanwalt und Verfassungsrechtler Prof. Erhard Denninger
Quelle: www.kanzlei-sander.de/

hatten die Studierenden in einer bundesweit beachteten Urabstimmung im Januar 2009 für die KIT-Zivilklausel votiert, die damit auch Lehre und Forschung an der Universität für militärische Zwecke ausgeschlossen hätte. Auf Druck der Bundesregierung wurde aber im Errichtungsgesetz eine Teil-Zivilklausel für die Großforschungsaufgaben fortgeschrieben.

GRÜNE und SPD zur Zivilklausel vor der Wahl

Die früheren Oppositionsparteien GRÜNE und SPD im Landtag Baden-Württemberg hatten gemäß Studierendenvotum und gleichlautenden Forderungen von Gewerkschaften und Friedensgruppen die gesetzliche Zivilklausel mit folgendem Wortlaut „Das KIT verfolgt im Rahmen seiner Aufgaben ausschließlich friedliche Zwecke.“ für das KIT-Errichtungsgesetz beantragt. Nunmehr sollen die beiden KIT-Partner per Landesgesetz organisatorisch und finanztechnisch völlig verschmolzen werden. Was liegt näher als jetzt in Regierungsverantwortung die Zivilklausel in das

Weiterentwicklungsgesetz für KIT aufzunehmen?

Es kommt hinzu, dass im GRÜNEN Wahlprogramm, an dem der inzwischen zum Ministerpräsidenten aufgestiegene Kandidat Winfried Kretschmann maßgeblich beteiligt war, gefordert wurde: „Die Forschungseinrichtungen, Universitäten und Hochschulen des Landes sollen ausschließlich friedliche Zwecke verfolgen. Um dies deutlich zu machen, befürworten wir die Einführung von Zivilklauseln in den Satzungen aller solcher Einrichtungen.“ Ähnlich klang es im SPD-Wahlprogramm. Genau in diesem Sinne wurde kurz vor der Landtagswahl an die KIT-Verantwortlichen appelliert, die Zivilklausel in die Grundsatzung des Universitätsteils zu übernehmen. Der Appell von 450 Persönlichkeiten, darunter internationale Würdenträger, trägt auch die Unterschrift der Landtagsabgeordneten Theresia Bauer, Winfried Kretschmann und Nils Schmid.

..... und nach der Wahl

Im Mai erklärte Wissenschaftsministerin Bauer: "In der Hochschulpolitik waren wir Grünen meist näher an den Schwarzen als an der SPD." Im August bei ihrem Antrittsbesuch im KIT sprach sie sich in einem Radio-Interview gegen eine gesetzliche KIT-Zivilklausel aus „Wir haben ein großes Interesse daran, für Transparenz, für Klarheit zu sorgen, was mit öffentlichem Geld geforscht wird, dazu muss man auch stehen können. Aber wir werden nicht als Gesetzgeber die Vorgaben

machen, was das richtige Forschungsprogramm ist und was nicht.“ Anfang November bekräftigte sie beim Besuch der Uni Tübingen ihre Haltung zu Zivilklauseln an Hochschulen „Ich begrüße und unterstütze es, wenn Hochschulen in Ihren Grundordnungen klarstellen, dass Forschung und Lehre friedlichen Zwecken dienen. Eine gesetzliche Beschränkung von Forschungsaktivitäten lehne ich jedoch ab. Ich halte es auch persönlich für legitim und richtig, wenn unsere Hochschulen Forschung zu



Quelle: http://de.toonpool.com/cartoons/S21-Stre%C3%9Ftest_133612

sicherheitsrelevanten Fragen betreiben, die sich im Rahmen demokratisch legitimierter Bundeswehreinsätze stellen.“

Ende November besuchte der Ministerpräsident Karlsruhe. Bei einem Bürgerdialog im Rathaus wurde gefragt, warum die Zivilklausel nicht in den KIT-Gesetzentwurf aufgenommen wurde. Antwort des MP: „Forschung und Lehre sind nach dem Grundgesetz frei.“ Auf die Entgegnung, dass die Zivilklausel nach dem Denninger-Gutachten mit dem Grundgesetz vereinbar ist, er persönlich für die KIT-Zivilklausel unterschrieben habe und die Zivilklauseln des Forschungszentrums, der Uni Tübingen und der Uni Bremen nicht verfassungswidrig sein können, erklärte MP: „Es geht gar nicht um verfassungsrechtliche Bedenken, sondern darum, dass die Institute das selber entscheiden sollen. Außerdem muss beachtet werden, dass wir eine Bundeswehr haben, die für ihre Friedenseinsätze Unterstützung braucht.“

Am 20. Dezember 2011 hatte die Wissenschaftsministerin die Beschäftigten und Studierenden des KIT zu einem Gespräch über das KIT-Gesetz ins Audimax der Uni eingeladen. Aufgrund der Kritik am Fehlen der Zivilklausel begründete sie ihre geänderte Position mit der Wissenschaftsfreiheit des Grundgesetzes und dass die Hochschulen die Möglichkeit haben müssten für die Bundeswehr zu forschen. Auf den Widerspruch hingewiesen, dass sie selbst im Juni 2009 die gesetzliche KIT-Zivilklausel beantragt hatte, erwiderte sie, dass sie heute gar nicht mehr verstehen könne, wie sie damals einen solchen Antrag unterstützen konnte.

Tatsächlich ist das alles nicht zu verstehen. Es kommt hinzu, dass mehrere öffentliche Stellungnahmen, in denen die Aufklärung des offensichtlichen Widerspruchs angemahnt wurde, unbeantwortet geblieben sind. Nicht genug damit. In jüngster Zeit wird von Landtagsabgeordneten der Regierungsfraktionen gegenüber Kritikern kolportiert, dass das Denninger-Gutachten fehlerhaft und damit die Zulässigkeit der Zivilklausel fragwürdig sei. Auf Nachforschung des Autors dieses Artikels zu den genaueren Gründen ging Mitte Dezember eine Email mit einer nicht offiziellen Auskunft des Wissenschaftsministeriums ein.

Verdeckte Kritik am Denninger-Gutachten

Gegen eine Beantwortung der Stellungnahme aus dem Ministerium sprach die Überlegung, sich nicht an einer intransparenten Kommunikation mit politisch nicht Verantwortlichen zu beteiligen und stattdessen den öffentlichen Druck auf die Landesregierung zu erhöhen, endlich zu den Widersprüchen Stellung zu nehmen. Für eine Beantwortung sprach die direkte Information der Öffentlichkeit darüber, dass sich politisch Verantwortliche zur Begründung ihrer Kehrtwende an Positionen von Juristen orientieren, die der abgelösten Landesregierung und ihren Vorgängern zugearbeitet hatten.

Da das Anhörungsverfahren für das KIT-Gesetz bereits am 15. Januar 2012 abgeschlossen werden soll und die Ablehnung der KIT-Zivilklausel im Lichte der Verfassungsinterpretation einer Vorentscheidung über die ebenfalls geforderte Zivilklausel für das Landeshochschulgesetz gleichkommt, hat sich der Autor für die zweite Alternative entschieden und legt diese Analyse vor. Wie gezeigt wird, genügt die Betrachtung der gesellschaftspolitischen Praxis mit Zivilklauseln für Hochschulen und Forschungseinrichtungen, um die Begründungen aus dem Ministerium ohne detaillierte juristische Kenntnisse widerlegen zu können.

In den übermittelten Argumenten aus dem Wissenschaftsministerium Baden-Württemberg wird als Inhalt des Denninger-Gutachtens behauptet: »Gesetzliche „Zivilklausel“ grundsätzlich zulässig, weil KIT möglicherweise keine „Hochschule“, sondern Großforschungseinrichtung und thematische Vorgaben seien im Bereich der Großforschungseinrichtungen üblich und zulässig.« und dazu wie folgt Stellung genommen: »Fehlerhafte Charakterisierung des KIT: KIT ist Hochschule und eben nicht Großforschungseinrichtung. Das ganze Gutachten wurde damit auf zweifelhafter Grundlage erstattet.«

Fakt ist, dass diese Behauptung selbst konstruiert ist und sich an keiner Stelle im Gutachten Belege dafür finden lassen. Zwar geht das Gutachten auf Besonderheiten der Hochschulen, der Großforschungseinrichtungen und der Ressortforschung ein. Jedoch wird die Feststellung der Zulässigkeit einer gesetzlichen Beschränkung auf friedliche Zwecke im Hinblick auf die grundgesetzliche Wissenschaftsfreiheit durchweg auf alle öffentlich finanzierten Wissenschaftseinrichtungen bezogen, also nicht nur auf KIT, sondern auf die Hochschulen und dem KIT vergleichbare Einrichtungen.

Weiter wird aus dem Wissenschaftsministerium als Inhalt des Denninger-Gutachtens behauptet: »Wissenschaftsbetrieb offen für staatliche Steuerung durch Gesetzgeber.« und dazu wie folgt Stellung genommen: »„Handwerkliche“ Unklarheiten des Gutachtens: BVerfGE, die die angebliche Offenheit des Wissenschaftsbetriebs für staatliche Steuerungen belegen soll, bezieht sich weniger auf inhaltliche, denn auf organisatorische Grundentscheidungen. Vielmehr heißt es z.B. dort: „Dem Freiheitsrecht liegt auch der Gedanke zu Grunde, dass eine von gesellschaftlichen Nützlichkeits- und politischen Zweckmäßigkeitsvorstellungen freie Wissenschaft Staat und Gesellschaft im Ergebnis am besten dient.“ (BVerfGE 111, 333, 354)«

Im Widerspruch zur eigenen Konstruktion soll das Gutachten nun doch die Offenheit des Wissenschaftsbetriebs für staatliche Steuerung durch Gesetzgeber belegen. Diese Behauptung ist nicht falsch, wird aber im Gutachten nirgendwo in dieser platten Form geäußert. Es ist vielmehr die Rede von der Zulässigkeit einer gesetzlichen Vorgabe, mit der ein angemessener Ausgleich der Interessen aller Beteiligten in gesamtgesellschaftlicher Verantwortung wahrgenommen wird. Das ist auch die direkte Antwort auf die angeblichen handwerklichen Unklarheiten. Die Verfasser verfälschen die gesamtgesellschaftliche Vorgabe des friedlichen Zwecks in eine dem Freiheitsrecht widersprechende und Nützlichkeits- und Zweckmäßigkeitsvorstellungen geschuldete Vorgabe. Die Zivilklausel schränkt aber thematisch nicht die notwendigen Freiräume für die Grundlagenforschung ein, die im Allgemeinen sowohl zivil als auch militärisch genutzt werden kann („dual use“). Es ist sehr wohl erkennbar, ob ein militärischer Zweck verfolgt wird oder nicht.

Damit hat sich die Initiative „Hochschule für den Frieden – Ja zur Zivilklausel“ in ihrer Erklärung als Resultat aus dem Kongress gegen Kriegsforschung im Mai 2011 an der TU Braunschweig auseinandergesetzt. Eine unzulässige Verletzung der Wissenschaftsfreiheit folgt aus der Praxis der Unterfinanzierung der Hochschulen und dem daraus resultierenden Druck, Drittmittel und Stiftungsprofessuren einzuwerben. Diese Mittel und Professuren sind in vielen Fällen an privatwirtschaftliche und militärische Zwecke gebunden. Dass es bei der programmatisch und projektmäßig orientierten Arbeit in der Großforschung einen größeren steuernden Einfluss des Staates gibt, ist kein Beleg dafür, dass der Staat bei den Hochschulen daran gehindert wäre, eine gesamtgesellschaftliche Vorgabe in Form einer Zivilklausel zu machen. Auch diese Differenzierung wird im Denninger-Gutachten herausgearbeitet. Insofern ist es gleichgültig, ob KIT eine Hochschule ist oder keine. Auf jeden Fall ist es eine den Hochschulen vergleichbare Einrichtung.

Fazit: Mit der Argumentation aus dem Wissenschaftsministerium wird auf verdeckte Weise versucht, ein nach wissenschaftlichen Standards verfasstes Gutachten zu entwerten und die Zulässigkeit der Zivilklausel für KIT und die Hochschulen insgesamt in Frage zu stellen. Ein weiterer direkter Gegenbeweis kann durch einen Blick in die Hochschulgeschichte erbracht werden.

Zivilklausel im Hochschulgesetz Niedersachsen

1993 wurde auf Initiative von Wissenschaftsministerin Helga Schuchardt von der Rot-Grünen Landesregierung Niedersachsen unter Führung von Gerhard Schröder die Zivilklausel "Die den Hochschulen vom Land zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel sollen ausschließlich für Vorhaben verwendet werden, die friedlichen Zwecken dienen." In das Landeshochschulgesetz eingeführt. Die verfassungsrechtliche Zulässigkeit dieser gesetzlichen Vorgabe für alle Hochschulen des Landes Niedersachsen wurde von niemandem gerundet und war auch nicht der Grund für

die Streichung 2002. Im August 2009 brachte die Linksfraktion im Niedersächsischen Landtag einen Gesetzentwurf ein, mit dem die frühere Zivilklausel erneut ins Hochschulgesetz aufgenommen werden soll.

In der Begründung heißt es: „Die zahlreichen Kriegs- und Konfliktherde auf dem Globus beweisen uns immer wieder aufs Neue, dass militärische Interventionen keine dauerhafte Lösung für eine Krise darstellen, sondern zuallererst zu einer massiven Vernichtung von Menschen und gravierenden Umweltschäden führen, ohne die Situation auf Dauer zu befrieden. Vor diesem Hintergrund und der spezifisch deutschen Geschichte muss die Erhaltung des Friedens und das Streben nach Frieden die oberste Handlungsmaxime in der Bundesrepublik Deutschland sein. Richtigerweise heißt es daher in Artikel 26 des Grundgesetzes: „Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig.“

Die Einführung einer „Zivilklausel“ in das Niedersächsische Hochschulgesetz trägt diesem Ansinnen Rechnung, indem es sicherstellt, dass an niedersächsischen Hochschulen nicht für den Krieg geforscht werden soll. Die Formulierung, „die Gesellschaft verfolgt nur friedliche Zwecke“, findet sich in den Satzungen der ab 1956 gegründeten und öffentlich finanzierten Kernforschungseinrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland wieder, um Kernwaffenforschung auf (west-)deutschem Boden auszuschließen. Ebenso war dieser Passus bereits von 1993 bis zum Jahr 2002 Bestandteil des Niedersächsischen Hochschulgesetzes mit der Begründung, dass verdeutlicht werden solle, „dass es der Aufgabenstellung der Hochschulen nicht entspricht, wenn in ihnen Forschung betrieben wird, deren Ergebnisse für eine militärische Nutzung vorgesehen sind oder aber für eine solche Nutzung erkennbar unmittelbar missbraucht werden sollen, und dass das Land nicht bereit ist, seine der Wissenschaft gewidmeten Ressourcen hierfür zur Verfügung zu stellen“ (Drs. 12/3810).

Spätestens mit dem „Sicherheitsforschungsprogramm“ der Bundesregierung aus dem Jahr 2007 unter dem Titel „Forschung für die zivile Sicherheit“ wird die strikte Trennung von militärischer und ziviler Forschung gelockert und die Grenzziehung zwischen Verteidigungs- und Sicherheitsforschung verwischt. Hier bedarf es in Niedersachsen der Sicherstellung dieser Grenze mit dem Ziel, dass an Niedersachsens Hochschulen nicht für den Krieg geforscht wird - auch nicht in Form von „dual use“-Projekten, die vordergründig zivilen Zwecken dienen, aber ebenso für militärische Zwecke missbraucht werden können. Besonders für die Beschäftigten und die Studierenden an den Hochschulen muss eine eindeutige Grenze gezogen werden, da diese Gruppen auf die Auswahl der Hochschulaktivitäten weniger Einfluss ausüben können und damit möglicherweise gegen ihren Willen oder ohne ihr Wissen an nicht-ziviler Forschung beteiligt werden.“

Alles in allem: Eine erdrückende Beweislast gegen die verfassungsrechtlichen Einwände zur Zivilklausel. Und dennoch: Die Regierungsverantwortlichen orientieren sich offenbar an Juristen, die in die Hochschulpolitik der CDU-geführten Vorgänger-Regierungen eingebunden waren und die jetzt dazu übergehen, mit verdeckten Methoden über gewählte Volksvertreter das Denninger-Gutachten schlecht zu reden. Das gab es noch nicht einmal unter Theresia Bauers Vorgänger, Wissenschaftsminister Peter Frankenberg. Der hatte zwar das Gutachten verächtlich abgelehnt, wie der Autor von der damaligen Opposition hörte. Er hatte es aber nicht gewagt, dagegen öffentlich Stellung zu nehmen oder ein Gegen-Gutachten in Auftrag zu geben. Für diese Einschätzung gibt es einen weiteren beachtlichen Beleg.

Beweisstück Zivilklausel Uni Tübingen

Die seit über drei Jahren geführte Auseinandersetzung um die Zivilklausel am KIT hat eine bundesweite Kampagne ausgelöst, an der inzwischen Initiativen an mehr als dreißig Hochschulen beteiligt sind. Die in diesem Zusammenhang entstandene Initiative gegen Militärforschung dokumentiert seit drei Jahren wichtige Ereignisse der Zivilklausel-Bewegung in einer Webdokumentation. Ein erster erkennbarer Erfolg der Bewegung war der Senatsbeschluss der

Universität Tübingen im Dezember 2009, der auf Initiative der Studierenden im Rahmen des Bildungsstreiks beschloss, die Präambel der Grundordnung um die Zivilklausel mit dem Wortlaut zu ergänzen: „Lehre, Forschung und Studium an der Universität sollen friedlichen Zwecken dienen, das Zusammenleben der Völker bereichern und im Bewusstsein der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen erfolgen.“

Rechtskräftig wird die Bestimmung erst nach Billigung durch das zuständige Wissenschaftsministerium. Eben jene Landesregierung, die Zivilklauseln generell für verfassungswidrig gehalten hat und die durch die Bundesregierung gezwungen werden musste, wenigstens die Teil-Zivilklausel für den Großforschungsteil zu akzeptieren, stimmte im Herbst 2010 der Tübinger Zivilklausel zu. Um den Widerspruch zu kaschieren, beeilte sie sich zu erklären, dass der Bestimmung keine Verbindlichkeit zukomme, weil sie nur in der Präambel stehe. Das muss bestritten werden, weil in Präambeln üblicherweise übergeordnete sehr wohl verbindliche Grundsätze formuliert werden.

Die Uni-Gremien selber sehen die Zivilklausel ebenfalls als gültig und verbindlich an und haben gleich eine ganze Ringvorlesungsreihe zu deren praktischer Umsetzung organisiert. Die Uni-Leitung bestreitet nicht die Verbindlichkeit, sondern sie versucht die Begriffsbestimmung „friedlicher Zweck“ so auszulegen, dass sie einer gewissen Forschung für Friedensmissionen“ der Bundeswehr bzw. von Lehrveranstaltungen mit Bundeswehrangehörigen bzw. von Honorarprofessuren für Kriegsbefürworter wie den Chef der NATO-Sicherheitskonferenz nicht im Wege steht. Auf diesen Streit muss, obwohl hochaktuell für Tübingen und darüber hinaus, in diesem Rahmen nicht eingegangen werden. Begründung:

1. Der friedliche Zweck für KIT ist durch Praxis im Forschungszentrum eindeutig als Ablehnung jeglicher militärischer Zwecke etabliert und mit dieser Bestimmung auch als Teil-Klausel aufgenommen. Nie ist etwas anderes diskutiert worden, als diese erfolgreiche Praxis der Zivilorientierung auf das gesamte KIT auszuweiten.
2. Selbst wenn sich die Grün-Rote Landesregierung (hoffentlich nicht) die geschilderte Interpretation zu eigen machen sollte, hätte sie noch weniger Gründe, die gesetzliche KIT-Zivilklausel abzulehnen.

Worum geht es also, wenn die jetzige Landesregierung nicht ihre Glaubwürdigkeit aufs Spiel setzen will. Sie sollte die Haltung ihrer Vorgänger mit umgekehrtem Vorzeichen praktizieren, nämlich in das KIT-Gesetz die Zivilklausel aufnehmen und sowohl die Bundesregierung als auch die bisher im alten Fahrwasser schwimmenden KIT-Gremien Präsidium und Senat für ihren Antrag vom Juni 2009 gewinnen. Dafür hat sie die volle Rückendeckung der Studierendenvertretung UStA, der zuständigen Gewerkschaften ver.di und GEW und vieler anderer mehr. Zum Beispiel auch von Gremien und Funktionsträgern der GRÜNEN selbst.

Freiheit für KIT-Atomreaktorforschung

Auf der Webseite von Jörg Rupp, Mitglied des Landesvorstands und des Parteirats der GRÜNEN, wird dessen Kritik an Ministerin Bauer wegen Ablehnung der KIT-Zivilklausel so zusammengefasst: „Somit haben wir in Karlsruhe die einmalige Situation, dass unter einem Dach militärisch und atomar geforscht werden darf. Ich lehne das strikt ab.“ Im Zusammenhang mit einem Mediationsverfahren kritisiert er, dass die Atomreaktorforschung in Karlsruhe fortgesetzt werden darf, d.h. in einem Bereich, für den die GRÜNEN über lange Jahre um den Ausstieg gekämpft haben. Am 24. Dezember erhielt er einen Antwortbrief der beiden MinisterInnen Theresia Bauer und Franz Untersteller, der in der Webseite dokumentiert ist. Kein Sterbenswort zur Zivilklausel. Dafür umso längere Ausführungen, warum Atomreaktorforschung unter dem Segel „Sicherheitsforschung“ fortgesetzt werden soll. Um zu verstehen, was bei Atomreaktoren der IV. Generation, die woanders gebaut werden, passieren könne, müsse man die Forschung daran fortsetzen. Das ist exakt die Argumentationslinie der KIT-Verantwortlichen, die gerade so weiter machen, als sei nie ein Atomausstieg beschlossen worden.

KIT-Präsident Horst Hippler ist einer der beiden Hochschul-Unterzeichner des früheren Appells zum Ausstieg aus dem Rot-Grünen Ausstieg, in den aufgrund von Fukushima inzwischen wieder eingestiegen wurde. Der von Jörg Rupp verlangte Eingriff in die Forschungsfreiheit zum Ausstieg aus der Atomreaktorforschung wird von den beiden MinisterInnen mit dem Argument zurück gewiesen, dass dafür eine Änderung des Grundgesetzes (Art. 5 Abs. 3 GG) erforderlich sei, eben jener Wissenschaftsfreiheit, von der hier die ganze Zeit die Rede ist. Das ist an Falschheit kaum noch zu überbieten. Wie zuvor im Zusammenhang mit dem Denninger-Gutachten dargestellt, ist bei programmorientierter Forschungsförderung, für die meistens enorme staatliche Mittel eingesetzt werden müssen, die staatliche Steuerungskompetenz - d.h. der Eingriff in die Forschungsfreiheit - unbestritten. Wenn das Ministerargument stichhaltig wäre, hätte der frühere Ausstieg aus dem Forschungsprogramm für den Schnellen Brüter Kalkar und die Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf eine vorherige Grundgesetzänderung erforderlich gemacht.

Übrigens genau mit dem Typus dieser beiden Atomanlagen haben die Generation-IV-Reaktoren und das damit verbundene Konzept der Transmutation zu tun. Die Landesregierungen in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen sind aufgerufen, mit der Bundesregierung über den Ausstieg aus dieser Forschung zu verhandeln und die frei werdenden Mittel der Forschung für erneuerbare Energien zuzuführen. Dazu wäre auch ratsam, die innerparteiliche Demokratie zu beachten. Die Landesdelegiertenkonferenz der GRÜNEN Baden-Württemberg hatte im Oktober den Ausstieg aus dieser Kernspaltungsforschung und aus der Kernfusionsforschung gefordert. Im gleichen Sinn hatte die Naturwissenschaftler-Friedensinitiative bereits im April daran appelliert.

Die von Jörg Rupp abgelehnte „militärische und atomare Forschung unter einem Dach“ hat eine hochdramatische Bedeutung im Kontext mit der KIT-Zivilklausel. Bereits vor Errichtung des KIT hatte im Mai 2009 ein Internationaler Appell vor dem Tabubruch „Kern- und Waffenforschung unter einem Dach“ gewarnt. Zu den unterzeichnenden Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens aus 14 Staaten gehören der Bürgermeister Tadatashi Akiba von Hiroshima („mayors for peace“), Physiknobelpreisträger Jack Steinberger und Parlamentarier aus Großbritannien, Italien und Japan. Sie alle ermutigen die Verantwortlichen, mittels Verzicht auf Militärforschung am KIT zu einer friedlicheren Welt beizutragen.

Infragestellung Atomwaffenverzicht

Die beschriebene Teil-Zivilklausel konnte noch als vorübergehender Kompromiss durchgehen, obwohl diese damals schon von der früheren Landtagsopposition als „Witz“ bezeichnet worden ist. Nun aber steht die vollständige organisatorische und finanztechnische Verschmelzung bevor. Jetzt spätestens muss die unerträgliche Doppelexistenz von Atomforschung und Waffenforschung im KIT durch Übertragung der Zivilklausel auf den Universitätsteil beendet werden. Wie der Autor in einem aktuellen Beitrag dargelegt hat, würde sich im Falle der Ablehnung der KIT-Zivilklausel ausgerechnet unter einer Grün-Roten Landesregierung ein internationaler Skandal anbahnen. Niemand hätte sich unter dem Dach des ehemaligen (Kern)Forschungszentrums neben der Atomforschung irgendeine Art von Forschung für militärische Zwecke vorstellen können. Aber gerade dieses Tabu ist unter dem Dach des KIT gebrochen. An der Universität wird Militärforschung traditionell betrieben, z.B. im Nachrichtentechnischen Institut mit Forschungen an Breitbandkommunikationssystemen für multinationale Interventionstruppen und, wie erst jüngst aufgedeckt, am Institut für Theoretische Elektrotechnik und Systemoptimierung an Drohnen für Auslandseinsätze der Bundeswehr. Der Chef des Uni-Instituts für Kerntechnik und Reaktorsicherheit hat in mehreren US-Atomwaffenlabors, die heute für zivile und militärische Zwecke forschen, Erfahrungen gesammelt. Die Atomforschung der Universität unterliegt nicht dem Forschungsverbot für militärische Zwecke.

Können diese Fakten zur Beruhigung beitragen? Die seit Jahrzehnten gepflegte Atomkooperation mit Brasilien, neuerdings auch die direkte Militärkooperation mit der Bundeswehr, soll verstärkt werden. Brasilien verfügt über den geschlossenen Brennstoffkreislauf mit Plutonium-

Wiederaufarbeitung (s. Atomreaktoren der IV. Generation). 2010 hatten dort Offizielle vom Schutz durch eigene Atomwaffen gesprochen.

Und was sagt das Völkerrecht heute? Einerseits gilt die Verpflichtung aus Art. 3 Abs. 1 des Zwei-plus-Vier-Vertrages: "Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik bekräftigen ihren Verzicht auf Herstellung und Besitz von und auf Verfügungsgewalt über atomare, biologische und chemische Waffen. Sie erklären, dass auch das vereinte Deutschland sich an diese Verpflichtungen halten wird.". Andererseits kommt zur ohnehin existierenden „nuklearen Teilhabe“ im Rahmen der NATO seit 1990 ein geändertes Kriegswaffenkontrollgesetz. Gemäß § 16 gelten die Verbote nur für Atomwaffen, die nicht der Verfügungsgewalt von Mitgliedsstaaten der NATO unterstehen oder die nicht im Auftrag von NATO-Staaten entwickelt oder hergestellt werden. Bei widersprüchlicher Rechtslage kann eine neue Situation z.B. ein konstruiertes Bedrohungsszenario den Ausschlag geben.

Es sei daran erinnert, dass Ex-Verteidigungsminister Rupert Scholz (CDU) Anfang 2006 diskutiert wissen wollte, „wie wir auf eine nukleare Bedrohung durch einen Terrorstaat angemessen, im Notfall also sogar mit eigenen Atomwaffen, reagieren können.“ Im Kontext mit den Forderungen der Friedensbewegung, ausgedrückt durch den Kasseler Friedensratsschlag und das Protestbündnis auf der Bonner Demonstration gegen „Petersberg II“ und Afghanistankrieg kann aus alledem nur geschlossen werden: Atomreaktorforschung raus! Zivilklausel rein! Bundeswehr go home! (PK)

Links zu erläuternden Dokumenten <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20111228.pdf>
Kurzfassung des Artikels <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20111230.pdf>

Online-Flyer Nr. 334 vom 28.12.2011

<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=17323>

Ministerin Bauer (Grüne) lud KIT Karlsruhe-Mitarbeiter ins Audimax

Distanzierung von Wahlversprechen

Von Dr. Dietrich Schulze

Die Grünen-Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer hatte zum 20. Dezember die Beschäftigten und Studierenden des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) zu einem Gespräch über die Weiterentwicklung des KIT-Gesetzes ins Audimax der Universität Karlsruhe eingeladen. Nur ca. 200 der 8.000 Beschäftigten und 50 der 20.000 Studierenden folgten ihrer Einladung. KIT soll unter dem Motto von "Autonomie und Exzellenz" in ein

Privatunternehmen mit öffentlicher Finanzierung umgewandelt werden. Mit wirtschaftsdominiertem Aufsichtsrat, weitgehend mitbestimmungsfreier Organisationsstruktur und massenhaft befristeten Beschäftigungsverhältnissen.

Das bedeutet nichts anderes als eine für freie Forschung und Lehre völlig unverträgliche Kombination von erstickender Bürokratie nach Innen und verringerter staatlicher Verantwortung nach Außen. In einem zu Beginn der Versammlung verteilten Flugblatt stellte die Initiative gegen Militärforschung an Universitäten unter dem Titel „Wessen Freiheit wofür?“ eine Reihe von Fragen an die baden-württembergische Ministerin und an die KIT-Leitung zu der oben



Aufkleber der Gewerkschaftlichen Studierendengruppe zur Urabstimmung zum Thema Zivilklausel an der Uni Karlsruhe im Januar 2009 NRhZ-Archiv

geschilderten Entwicklung, insbesondere zur Zivilklausel.

Wie bereits in einer Presse-Erklärung der Initiative Ende September kritisiert, setzt die Ministerin immer mehr die verfehlte Schul- und Hochschulpolitik ihrer abgewählten konservativen Vorgänger fort und bricht damit Wahlversprechen. Obwohl Frau Bauer namens der Landtagsfraktionen Bündnis 90/Grüne und SPD im Juni 2009 für das KIT-Errichtungsgesetz entsprechend dem Urabstimmungsvotum der Studierenden die Aufnahme der Zivilklausel „Das KIT verfolgt im Rahmen seiner Aufgaben ausschließlich friedliche Zwecke“ beantragt hatte, will sie jetzt in Regierungsverantwortung nichts mehr davon wissen. Obwohl es entsprechende Wahlaussagen beider Regierungsfractionen gibt und sie die

Zivilklausel-Forderung kurz vor der Landtagswahl persönlich unterschrieben hatte, ebenso Winfried Kretschmann und Nils Schmid.

Wie zu hören war, spielte die Ministerin auf kritische Nachfragen in der Versammlung den "Guttenberg". Sie könne heute gar nicht mehr verstehen, wie sie damals einen solchen Antrag unterstützen konnte. Ähnlich wie Ministerpräsident Kretschmann beim Bürgerdialog im Karlsruher Rathaus begründete sie ihre geänderte Position mit der Wissenschaftsfreiheit des Grundgesetzes, inzwischen sollen auch laut Grün-Rosa offenbar die Hochschulen für die Bundeswehr forschen.

Die Ablehnung der Zivilklausel aus Verfassungsgründen war bereits im Februar 2009 durch ein Gutachten von Erhard Denninger widerlegt worden. Die Studierendenvertretung UStA, die zuständigen Gewerkschaften ver.di und GEW und besorgte ParteifreundInnen bleiben bei der berechtigten Forderung nach der Zivilklausel, die für den Großforschungsteil weiter gültig ist, und offensichtlich mit dem Grundgesetz übereinstimmt.

Flugblatt der Initiative gegen Militärforschung an Universitäten

Wessen Freiheit wofür?

- Freiheit für Ministerin Bauer, den Positionen vor der Landtagswahl z.B. zur Zivilklausel entgegen zu handeln?
- Freiheit für den KIT-Vorstand, mittels autoritärer Strukturen den Interessen von Großindustrie und Militär z.B. für Drohenkriege dienstbar zu sein?
- Freiheit von öffentlicher Verantwortung, die Privatisierung mit staatlicher Unterfinanzierung, Zeitverträgen und morgen mit betriebsbedingten Kündigungen durchzusetzen?
- Freiheit für KIT-Vorstand und Ministerium, Forschung für Atomreaktoren der 4. Generation entgegen der Energiewende fortzusetzen?



Theresa Bauer - grüne Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst, die ihre Wahlversprechen nicht einhält, dafür aber von KIT- Präsident Horst Hippler empfangen wird. NRhZ-Archiv/Quelle: Badische Neueste Nachrichten (BNN), Foto: Breig



Protest der ver.di-Betriebsgruppe am Audimax-Eingang mit Kinderpuppen: „Mein Papi ist befristet. Was passiert Werden betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen?“ NRhZ-Archiv

Wir sagen NEIN!

- Freiheit der Beschäftigten und Studierenden, für ausschließlich friedliche Zwecke im Interesse der Allgemeinheit forschen, lehren, arbeiten und lernen zu dürfen?

Wir sagen JA! (1)

Frühere NRhZ-Artikel mit Bezug zu KIT

14.12. <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=17278>
30.11. <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=17214>
04.11. <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=17132>
19.10. <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=17052>
31.09. <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=17002>
31.08. <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=16885>
03.08. <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=16794>
25.05. <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=16547>
18.05. <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=16511>
04.05. <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=16473>
22.04. <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=16452>
13.04. <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=16399>
30.03. <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=16350>
23.03. <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=16333>
(PK)

(1) <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20111220.pdf>

Online-Flyer Nr. 332 vom 14.12.2011

<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=17278>

Grün-Rot stellt Verzicht auf deutsche Atomwaffenforschung in Frage

Landesregierung BaWü gegen Zivilklausel für KIT

Von Dietrich Schulze

Ausgerechnet unter einer Grün-Roten Landesregierung bahnt sich ein internationaler Skandal an. Im Karlsruher Institut für Technologie KIT mit 8000 Beschäftigten und 20.000 Studierenden sollen auf Dauer Kernforschung und Waffenforschung unter einem Dach angesiedelt werden. Mit diesem Tabubruch wird letztlich der deutsche Verzicht auf Atomwaffenforschung in Frage gestellt.



Kann sich an ihre Zeit in der Opposition wohl nicht mehr erinnern: Wissenschaftsministerin Theresia Bauer von den Grünen
Quelle: www.gruene-heidelberg.de

Weiterentwicklung KIT-Gesetz

Es geht um das Landesgesetz für das Karlsruher Institut für Technologie KIT, dem Zusammenschluss des früheren (Kern-)forschungszentrums Karlsruhe und der Universität Karlsruhe, der im Juni 2009 per Errichtungsgesetz vollzogen wurde. Dafür hatten die damaligen Oppositionsparteien unter Federführung von MdL Theresia Bauer (Grüne) und MdL Johannes Stober (SPD) die Zivilklausel beantragt: "Das KIT verfolgt im Rahmen seiner Aufgaben ausschließlich friedliche Zwecke." Jetzt steht das Weiterentwicklungsgesetz an, mit dem KIT organisatorisch und finanziell zu einer weitgehend autonomen Körperschaft öffentlichen Rechts für Forschung, Lehre und Innovation verschmolzen werden soll.

Vor und nach der Wahl

Nunmehr als Wissenschaftsministerin zuständig für das

Landesgesetz, will Frau Bauer nichts mehr von ihrer früheren Forderung wissen. Bei ihrem KIT-Antrittsbesuch in Karlsruhe sprach sie sich gegen eine gesetzliche Regelung aus. Ähnlich hatte sich Ministerpräsident Winfried Kretschmann bei einem Bürgerdialog im Karlsruher Rathaus im November auf Nachfrage einer Studentin dagegen ausgesprochen und die Entscheidung dem KIT zugeschoben. Beide erklärten in Tübingen bzw. Karlsruhe öffentlich ihre Unterstützung, wenn Hochschulen für die Bundeswehr forschen. Ganz im Gegensatz zu den Wahlprogrammen von Grünen und SPD für die Landtagswahl, in denen die Forderung nach Zivilklauseln für die Hochschulen steht. Hinzu kommt, dass beide Politiker kurz vor der Landtagswahl im März 2011 einen Appell für die KIT-Zivilklausel zusammen mit 450 Persönlichkeiten unterzeichnet hatten.

Bewährte Zivilklausel

Im KIT-Errichtungsgesetz war auf Druck der Bundesregierung gegen den Willen der abgewählten CDU-Landesregierung die Bestimmung „für friedliche Zwecke“ für Großforschungsaufgaben, darunter Kernforschung, festgelegt worden in Fortschreibung der bewährten Zivilklausel des Forschungszentrums „Die Gesellschaft verfolgt nur friedliche Zwecke.“ Diese Bestimmung war dem völkerrechtlichen Atomwaffenforschungsverbot als Voraussetzung für den deutschen Eintritt in die friedliche Nutzung der Atomenergie geschuldet. Diese Satzungsbestimmung galt nicht nur für die Atomforschung, sondern für die gesamte Forschung unter dem Dach des Forschungszentrums Karlsruhe, ebenso wie das für ähnliche Großforschungseinrichtungen in Jülich, Berlin, München und Geesthacht praktiziert wurde.

Militärforschung an Uni Karlsruhe

An der Universität Karlsruhe gibt es keine derartige Regelung. Hier wird Militärforschung traditionell betrieben, z.B. im Nachrichtentechnischen Institut mit Forschungen an Breitbandkommunikationssystemen für multinationale Interventionstruppen und, wie erst jüngst aufgedeckt, am Institut für Theoretische Elektrotechnik und Systemoptimierung an Drohnen für Auslandseinsätze der Bundeswehr.

Von Beginn an hatte die frühere Landtagsopposition diese KIT-Teil-Zivilklausel wegen der beabsichtigten Verschmelzung als „Witz“ bezeichnet und nun denkt sie als Regierung nicht daran, die unerträgliche Doppelexistenz von Atomforschung und Waffenforschung im KIT durch Übertragung der Zivilklausel auf den Universitätsteil zu unterbinden.

Tabubruch und Indizien

Skandal, Tabubruch, Infragestellung Atomwaffenforschungsverzicht: starke Worte. Gibt es Belege bzw. Indizien für die Sorge? Urteilen Sie selbst:

1. Ex-Verteidigungsminister Rupert Scholz (CDU) wollte Anfang 2006 im Zusammenhang mit der nuklearen Schutzgarantie ernsthaft diskutiert wissen, „wie wir auf eine nukleare Bedrohung durch einen Terrorstaat angemessen, im Notfall also sogar mit eigenen Atomwaffen, reagieren können.“
2. In Brasilien hatten 2010 offizielle Stimmen vom Schutz durch eigene Atomwaffen gesprochen. Sowohl die seit Jahrzehnten gepflegte Atomkooperation, als auch neuerdings die direkte Militärkooperation mit der Bundeswehr, sollen verstärkt werden. Brasilien ist der alte und neue strategische Partner, der über den geschlossenen Brennstoffkreislauf mit Plutonium-Wiederaufarbeitung verfügt.
3. Genau daran ist KIT führend mit der Forschung für Atomreaktoren der 4. Generation beteiligt. Kontraproduktiv zum Atomausstieg wird von KIT Atomreaktorforschung ungerührt fortgesetzt. Die Grün-Rote Landesregierung schweigt dazu trotz mehrfacher Aufforderung, ihren Einfluss geltend zu machen, diese Forschung zu beenden.
4. Der Chef des Uni-Instituts für Kerntechnik und Reaktorsicherheit hat in mehreren US-Atomwaffenlabors, die heute für zivile und militärische Zwecke forschen, Erfahrungen

gesammelt. Die Atomforschung der Universität unterliegt bisher nicht dem Forschungsverbot für militärische Zwecke.

5. Zur existierenden sogenannten „nuklearen Teilhabe“ im Rahmen der NATO kommt ab 1990 ein geändertes Kriegswaffenkontrollgesetz. § 16 besagt, dass die Verbote nur für Atomwaffen gelten, die nicht der Verfügungsgewalt von Mitgliedsstaaten der NATO unterstehen oder die nicht im Auftrag von NATO-Staaten entwickelt oder hergestellt werden. Deutschland ist es demnach nicht mehr untersagt, für sich und andere NATO-Staaten Atomwaffen zu entwickeln.

Internationaler Appell

Vor dem Tabubruch „Kern- und Waffenforschung unter einem Dach“ im KIT hatte bereits im Mai 2009 ein Internationaler Appell gewarnt. Zu den unterzeichnenden Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens aus 14 Staaten gehören der Bürgermeister Tadatoshi Akiba von Hiroshima ("mayors for peace"), Physiknobelpreisträger Jack Steinberger und Parlamentarier aus Großbritannien, Italien und Japan. Sie alle ermutigen die Verantwortlichen, mittels Verzicht auf Militärforschung am KIT zu einer friedlicheren Welt beizutragen. (PK)

Zum Quellenstudium wird auf die Webdokumentation der Initiative gegen Militärforschung an Universitäten verwiesen: www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf

Online-Flyer Nr. 329 vom 25.11.2011

<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=17214>

Kriegsforschung und Grünen-Ministerpräsident Kretschmann in Karlsruhe

Winfried, der Wahlbetrüger

Von Dietrich Schulze

Es dauert nicht mehr lange, da wird die CDU im Ländle überflüssig. Sie hat in Gestalt des amtierenden Grünen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann eine schwer wiegende Konkurrenz bekommen. Der setzt CDU-Politik nahtlos fort, nur viel geschmeidiger als der Haudrauf Mappus und alle Vorgänger in 58 Jahren CDU-Herrschaft. Bei S21 kann er noch den Koalitionspartner SPD vorschieben. Aber in der Frage „Krieg und Frieden“ hat er nun erstmals seine Karten offen gelegt, bei einem sogenannten Bürgerempfang im Rathaus Karlsruhe am 23. November. Karlsruhe, so ließ er als Vorschusslorbeeren verbreiten, habe „nicht zuletzt als Zentrum von Wissenschaft und Technologie sowie Kunst und Kultur eine herausragende Bedeutung für Baden-Württemberg und darüber hinaus.“

Auf die Zielsetzungen des Karlsruher Instituts für Technologie KIT (Zusammenschluss von Uni und Forschungszentrum Karlsruhe) sprach ihn die KIT-Studentin Nadja Brachmann an. Sie erinnerte daran, dass er wie Theresia Bauer die Forderung unterschrieben habe, dass das KIT eine Friedensbindung in Form einer Zivilklausel (keine Forschung und Lehre für militärische Zwecke) erhält sowie an seine Aussagen vor der Wahl (Befürwortung der Einführung von Zivilklauseln in den Satzungen aller baden-württembergischen Hochschulen).

Sie fragte, warum dann im KIT-Gesetzentwurf nicht die Zivilklausel drin ist. Die knappe MP-Antwort im CDU-Originalton: „Forschung und Lehre sind nach dem Grundgesetz frei“. Damit gab sich die Studentin nicht zufrieden. Es gebe ein Gutachten des Verfassungsrechtlers Denninger, wonach die Zivilklausel vereinbar mit dem Grundgesetz ist und „das wussten Sie doch vor der Landtagswahl, als Sie unterschrieben haben.“ Die Uni Tübingen habe seit 2009 durch Satzungsänderung eine Zivilklausel. Ebenso die Uni Bremen. Das wäre doch gar nicht möglich, wenn die Zivilklausel verfassungswidrig ist. Und bezüglich des Forschungszentrums Karlsruhe, dessen Zivilklausel nach jahrzehntelanger Praxis auf das ganze KIT übertragen werden soll, habe auch niemals jemand verfassungsrechtliche Bedenken erhoben.

Nachdem es argumentativ eng geworden war, wechselt der MP die Pferde. Es gehe gar nicht um verfassungsrechtliche Bedenken, sondern darum, dass die Institute das selber entscheiden sollen. Außerdem müsse beachtet werden, dass wir eine Bundeswehr haben, die für ihre Friedenseinsätze Unterstützung brauche. Zum Vergleich Ex-CDU-Wissenschaftsminister Frankenberg: „In einem demokratischen Rechtsstaat mit einer demokratischen Armee ist eine Zivilklausel nicht notwendig. Die Wissenschaft muss dafür sorgen, dass die Armee optimal ausgestattet ist, um die Bürger zu schützen.“

Als Oppositionsabgeordneter hatte Winfried Kretschmann zusammen mit seiner Partei die Zivilklausel gefordert, nun lehnt er sie ab, obwohl er sie per Gesetzgebung für KIT und im Landeshochschulgesetz durchsetzen könnte. Das nennt man Wahlbetrug. Für die zuständige Wissenschaftsministerin Bauer gilt das gleiche. In einem Atemzug erklärt sie ihre Unterstützung für die Zivilklausel und für das Gegenteil - Hochschulforschung für die Bundeswehr. Die Abgeordneten der Regierungskoalition halten sich bedeckt, auch die der SPD trotz entsprechender Unterschriften für KIT und ähnlicher Wahlaussagen. Mehr als beschämend. Empört Euch!

Mit dem Titel „Kriegsforschung am KIT - Was zählt eine Unterschrift von MP Kretschmann?“ hatte die Initiative gegen Militärforschung an Universitäten vor der Veranstaltung einen Flyer verteilt. Darin wird gefragt, wieso Grün-Rot zur Vertuschung über die KIT-Kriegsforschung an Drohnen schweigt. Erst kürzlich sei die Behauptung widerlegt worden, wonach das Forschungsprojekt "Autonome unbemannte Systeme" rein zivilen Anwendungen für Straßenfahrzeuge gelte. Ein KIT-Referent wird auf einer Wehrtechnik-Tagung im Januar 2012 über Navigation von Minidrohnern und unbemannten Fahrzeugen vortragen. Die Tagung befasst sich mit dem gesamten Spektrum von Kriegshandlungen in den Großstädten der sogenannten Dritten Welt.

Im Flyer (1) wird in einem Faktencheck die skandalöse Vorgeschichte nachgezeichnet. Wie leitende Rüstungswissenschaftler in das Projekt eingebunden sind. Wie 2010 bei einer Oppositionsanfrage der Landtag getäuscht wurde. Wie das KIT-Präsidium empört auf Kritik reagierte. Wie der Leiter des Technikfolgenabschätzungsbüros des Deutschen Bundestags 2007 mit einer Professur für Technikphilosophie und Technikethik an der Uni (jetzt KIT Campus Süd) bedacht und wie 2011 unter seiner Verantwortung eine Projekt-Studie zur militärischen Nutzung von unbemannten Systemen vorgelegt wurde, darunter KIT mit einem Drohnenprojekt. Kaum zu fassen: Mit Ethik-Phrasen versetzt, wird dort im Bundeswehr-Jargon die effektivere Entwicklung von Kampfrobotern für multinationale Einsätze und eine offenere Diskussion darüber für unumgänglich gehalten.

Nun wissen wir aus dem Munde von MP Kretschmann, warum Grün-Rot bisher zu alledem schweigt und keine Zivilklausel will. Damit nicht genug. Am KIT wird ungerührt weiter an neuen Atomreaktor-Generationen geforscht, als ob nie ein Atomausstieg beschlossen worden wäre. Der Tabubruch „Kern- und Waffenforschung unter einem Dach“ kann nur aufgehoben werden, wenn in das KIT-Gesetz die Zivilklausel übernommen wird.

Wird der Druck der Öffentlichkeit, der Gewerkschaften und der Studierenden ausreichen, MP Kretschmann und die Regierungsfractionen zu zwingen, die Wahlversprechen zur Zivilklausel umzusetzen, Kriegsforschung an Hochschulen beenden zu helfen und die Atomreaktorforschung abzuschalten? (PK)

(1) Zitierter Flyer vom 23.11.11:
www.stattweb.de/files/civil/Doku20111124.pdf

Zur Initiative gegen Militärforschung an Universitäten mehr Infos:
www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf

Bundeswehr-Klausel statt Zivilklausel

Von Dietrich Schulze

Wenn es nach der baden-württembergischen Wissenschaftsministerin Theresia Bauer (Grüne) geht, ist es unterstützenswert, wenn die Hochschulen Forschung und Lehre friedlichen Zwecken widmen. Sie sollen aber gleichzeitig für das Militär forschen können. Am 2. November hat sie anlässlich ihres Besuches der Uni Tübingen erklärt: "Ich halte es für legitim und richtig, wenn unsere Hochschulen Forschung zu sicherheitsrelevanten Fragen betreiben, die sich im Rahmen demokratisch legitimer Bundeswehreinsätze stellen".



Theresia Bauer - grüne Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst, die sich offenbar nicht an ihre Wahlversprechen erinnern will
Quelle: www.gruene-heidelberg.de

Die Uni Tübingen verfolgt die gleiche perfide Absicht, Hochschultätigkeit für das Militär als vereinbar mit dem „friedlichen Zweck“ auszulegen. Die Ende 2009 für die Grundordnung beschlossene Zivilklausel wurde im Herbst 2010 rechtskräftig. Kurz danach wurde der Kriegsbefürworter und Chef der NATO-Sicherheitskonferenz Wolfgang Ischinger zum Honorarprofessor bestellt. Militärforschung für Auslandseinsätze mit Minidrohnen und medizinische Immunisierung von Soldaten gegen Chemiewaffen wird als verträglich mit der Zivilklausel angesehen. Damit wird die geforderte Friedensbindung als Kooperationsvereinbarung Bundeswehr/Hochschule pervertiert.

Kultur der Verantwortung

Das ist gleichbedeutend mit einer Umsetzung der regierungsamtlichen CDU-Militärpolitik für den Hochschulbereich. Der Zusammenhang mit der Umstrukturierung der Bundeswehr von einer Verteidigungs- in eine Angriffsarmee ist offensichtlich.

Dazu verlangte Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière von der Nation: "Die Kultur der militärischen Zurückhaltung sollte einer Kultur der Verantwortung weichen." Das meint bereitwillige Unterstützung von Kriegseinsätzen der Bundeswehr.



Wolfgang Ischinger – erst Chef der NATO-Sicherheitskonferenz nun Honorarprofessor
Quelle: <http://de.indymedia.org>

Theresia Bauer ist die erste Ministerin einer Rot-Grünen Landesregierung, die die Indienstrategie der Hochschulen für die Bundeswehr offen propagiert. Im Gegensatz dazu heißt es im Grünen Landtagswahlprogramm: „Die Forschungseinrichtungen, Universitäten und Hochschulen des Landes sollen ausschließlich friedliche Zwecke verfolgen. Um dies deutlich zu machen, befürworten wir die Einführung von Zivilklauseln in den

Satzungen aller solcher Einrichtungen.“ Das konnte nur als Absage an militärische Zwecke verstanden werden.

Vor und nach der Wahl

In diesem Sinne hatte Frau Bauer kurz vor der Landtagswahl zusammen mit dem jetzigen Ministerpräsidenten und dem Minister für Finanzen und Wirtschaft und weiteren 450 Persön-

lichkeiten des In- und Auslands das Präsidium des Karlsruher Instituts für Technologie KIT und dessen Gründungssenat aufgefordert, „dem Antrag der Studierenden der Uni Karlsruhe zur Aufnahme der Zivilklausel in die KIT Grundsatzung ‚Lehre, Forschung und Studium an der Universität sollen friedlichen Zwecken dienen, das Zusammenleben der Völker bereichern und im Bewusstsein der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen erfolgen.‘ [Text Tübinger Zivilklausel] zuzustimmen.“

KIT-Zivilklausel

Bereits zwei Monate nach der Landtagswahl hatte Frau Bauer in einem Interview überraschend erklärt: "In der Hochschulpolitik waren wir Grünen meist näher an den Schwarzen als an der SPD". Und genau das hat sie anlässlich ihres Besuchs in Karlsruhe beim KIT demonstriert, indem sie sich gegen eine KIT-Zivilklausel aussprach. Einen Offenen Brief zum Antikriegstag mit der Erinnerung an die Wahlversprechen, unterzeichnet von zwanzig Studierendenvertretungen und Friedensgruppen und vierzig Hochschulangehörigen und Personen der Friedensbewegung fand sie keiner Antwort wert.

Für KIT ist jetzt der Gesetzentwurf der Landesregierung für die vollständige organisatorisch-finanzielle Verschmelzung des (Kern)Forschungszentrums mit der Uni Karlsruhe zum KIT vorgelegt worden - ohne die versprochene Zivilklausel und mit fast vollständiger Beseitigung der Mitbestimmungsrechte unter dem Segel der Freiheit, genannt Autonomie. Autonomie für wen? Für die Wirtschaft (Aufsichtsratsmitglied Dieter Zetsche, Daimler) und für die Bundeswehr mit einer Verwaltung, die in deren Interessen mit immer mehr Zeitverträgen und morgen mittels betriebsbedingter Kündigungen (TU9- Forderung) die Beschäftigten unterdrücken und die Studierenden ebenso wie in Tübingen auf die neudeutsche zivilmilitärische Außen- und Innenpolitik vorbereiten. Das alles wohlgerne bei öffentlicher Grundfinanzierung und öffentlichem Bildungsauftrag. Presse-Kommentar des UStA zum Gesetzentwurf: „Exakt null“ ihrer Forderungen sieht jedoch die Studentenvertretung verwirklicht.“

Militärisch-industrieller Forschungskomplex

Mit KIT ist die Schaffung eines militärisch-industriellen Forschungskomplexes in vollem Gange. Dazu kommt die Ungeheuerlichkeit, dass hier Kernforschung und Waffenforschung unter einem Dach durchgesetzt wird. Völlig unberührt von Atomausstieg und Energiewende wird im KIT weiter an Atomreaktoren der 4. Generation geforscht. Im Projekt „unbemannte kognitive Fahrzeuge“, gesteuert von einem Münchener und einem Karlsruher Rüstungswissenschaftler, wird nachweislich an Drohnen für militärische Zwecke geforscht. Bei Projektgründung war von der früheren Landesregierung gegenüber MdL Gisela Splett (Grüne) und MdL Johannes Stober (SPD) jegliche militärische Anwendung abgestritten worden. Die jetzige Staatssekretärin hatte diesen Widerspruch verbunden mit der geforderten Zivilklausel kürzlich im Kabinett vorgetragen. Das alles wurde vom Grün-Roten Kabinett ignoriert.



Antifaschist Martin Löwenberg
Quelle: <http://martinloewenberg.de>

Der 86-jährige antifaschistische Widerstandskämpfer Martin Löwenberg aus München, der als Konsequenz aus Verfolgung und Zwangsarbeit gegen den deutschen Militarismus kämpft, hatte in einer bewegenden Grußbotschaft Ende Oktober zum Zivilklausel-Kongress in der Uni Tübingen die Forderung nach Beendigung der Ischinger-Honorarprofessur unterstützt, den ver.di-Bundeskongress-Beschluss nach Zivilklauseln für alle Hochschulen begrüßt und sich über die bei der Hamburger Protestbewegung erstmals sichtbare Einheit zwischen Studierenden und Beschäftigten gegen Studiengebühren, befristete Verträge und Einschränkung der Hochschulfreiheit gefreut. „Für diese Einheit aller Menschen und politischen Gruppierungen für Freiheit und Demokratie, gegen Rüstung und Krieg und für ausschließlich zivile Konfliktlösungen“

habe er sich ein Leben lang eingesetzt. An solchen Vorbildern können wir uns alle orientieren und aus seinem Weg persönlich Mut schöpfen.

Krieg ist Frieden

Wenn von Theresia Bauer in Stuttgart und Wolfgang Ischinger in Tübingen/München Kriegseinsätze der Bundeswehr und die Hochschulforschung dafür als Friedenspolitik und für KIT Karlsruhe die Unterordnung als Autonomie deklariert werden, dann beginnt jetzt Orwell 1984 „Krieg ist Frieden, Freiheit ist Sklaverei, Unwissenheit ist Stärke“. Das gilt es zu erkennen und den Widerstand zu verstärken.

Beide haben jedenfalls in verantwortlichen Positionen für Hochschulen, die dem Frieden, dem Allgemeinwohl und der Verständigung zwischen den Völkern dienen sollen, nichts zu suchen. Der eklatante Bruch eines Wahlversprechens muss die Ablösung der Ministerin zur Folge haben, ebenso wie die Ischinger-Bestellung rückgängig zu machen ist.

Die Zivilklausel gehört in das KIT-Gesetz und in das Landeshochschulgesetz. Bestehende Zivilklauseln, in Baden-Württemberg für die Unis Tübingen und Konstanz, gilt es zu schützen. (PK)

Dietrich Schulzes oben stehender Beitrag wurde mit folgendem Anschreiben auch an die Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg, Theresia Bauer, geschickt:

Sehr geehrte Frau Ministerin,
wir beziehen uns auf unser Schreiben vom 26. August, auf das Sie nicht geantwortet haben. Auch auf eine entsprechende Pressenachfrage gibt es keine Reaktion. Der Vorgang ist für uns von solcher grundsätzlicher Bedeutung, dass sich die Initiative veranlasst sah, eine Presse-Erklärung heraus zu geben, die wir Ihnen in der Anlage überreichen.
Mit freundlichen Grüßen
im Namen der Initiative gegen Militärforschung an Universitäten
Dietrich Schulze Dagmar Hamdi
Zur Kenntnis an: Ministerpräsident Winfried Kretschmann, Fraktionsvorsitzende der Koalition

Online-Flyer Nr. 323 vom 12.10.2011

<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=17002>

Kriegsbefürworter Ischinger erteilt Marschbefehl für olivgrüne Zivilklausel

Uni Tübingen: Orwell lässt grüßen

Von Dietrich Schulze



„Zeigt in der Uni Tübingen, wo es lang geht: Wolfgang Ischinger.“ Quelle: focus und <http://de.indymedia.org>

Nach Auseinandersetzungen an der Universität Karlsruhe ab Herbst 2008 um eine Zivilklausel hatte die Uni Tübingen im Dezember 2009 überraschend eine solche beschlossen: „Lehre, Forschung und Studium an der Universität sollen friedlichen Zwecken dienen, das Zusammenleben der Völker bereichern und im Bewusstsein der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen erfolgen.“

Überraschend, weil die Uni Tübingen traditionell konservativ geprägt ist und die Forderung der Studierenden ohne größere Mobilisierung akzep-

tiert wurde. Noch überraschender: im September 2010 genehmigt eben jene schwarz-gelbe Landesregierung die Zivilklausel für die Uni Tübingen, die sie für Karlsruhe als verfassungswidrig bezeichnet hatte. Und nun wird es obermerkwürdig. Kurz danach wird der Chef der NATO-"Sicherheits"-Konferenz, Wolfgang Ischinger, von der Universität zum Honorarprofessor berufen.⁽¹⁾ Das wird erst im Mai 2011 aufgrund der Antrittsvorlesung bekannt. Bereits im April 2010 hatte es gegen einen Ischinger-Auftritt in der Uni heftige Proteste wegen Verstoßes gegen die Zivilklausel gegeben. Erst kürzlich wurde aufgedeckt, dass die Uni Tübingen trotz Zivilklausel an Rüstungsforschungsprogrammen (Medizin gegen Chemiewaffen, Mini-Drohnen) beteiligt ist.

Wie sollen diese offensichtlichen Widersprüche zur Zivilklausel verstanden werden? Wolfgang Ischinger erklärt zum Vorwurf seiner Bestellung als Honorarprofessor in einem Interview im Schwäbischen Tagblatt vom 7. Oktober 2011: „Das ist nun wirklich ganz absurd. Ich habe mich in meiner ganzen beruflichen Laufbahn für Abrüstung und Friedenspolitik eingesetzt. Mein Eindruck ist, dass da – ohne Prüfung der Fakten – einfach Feindbilder aufgebaut werden. Für das Pflegen solcher Feindbilder sollte jedenfalls an der Uni Tübingen kein Raum sein.“

Die Fakten wurden geprüft. Anlässlich des 10. Jahrestags des Afghanistankriegs kam an die Öffentlichkeit, dass Ischinger als deutscher Botschafter in Washington persönlich die deutsche Kriegsbeteiligung mit der Formel von der „uneingeschränkten Solidarität“ eingefädelt hat (Spiegel 5.9.11). Erst kürzlich hat er sich für den weiteren Ausbau der EU-Kriegsführungsfähigkeit nach US-Vorbild und für die Einschränkung des Parlamentsvorbehalts für Auslandseinsätze der Bundeswehr ausgesprochen.

Auch das ist nach Ischinger mit der Zivilklausel übereinstimmende Friedenspolitik und wird von ihm im Interview so begründet: „Es ist doch gerade das Ziel solcher Missionen, der Bevölkerung in Krisengebieten eine friedlichere Zukunft zu ermöglichen. Entspricht das denn nicht dem Gedanken der Zivilklausel? Die Anwendung militärischer Gewalt ist nie unproblematisch und darf immer nur Ultima Ratio sein – aber die Welt, in der wir leben, ist leider kein friedliches Paradies. Es ist eine Welt mit Diktatoren, nuklearer und konventioneller Aufrüstung, mit schrecklichen Bürgerkriegen, Piraten und Terroristen. Da erscheint die Anwendung militärischer Macht manchmal – leider – unumgänglich, um Frieden wiederherzustellen.“

Schon nicht mehr erstaunlich, dass Ischinger auch Rüstungsforschung an der Uni mit der Zivilklausel für vereinbar hält: „Man sollte sich in Erinnerung rufen, dass es beispielsweise das Internet ohne militärische Forschung nicht geben würde. Solche Forschung, wie hier in Tübingen beispielsweise über die Behandlung bestimmter Vergiftungen, kommt meines Wissens außerdem im Prinzip allen zugute – nicht nur der Bundeswehr.“ Genau dasselbe sagt die Universität auch. Auf eine Pressekritik an der wehrmedizinischen Forschung (taz 28.9.11) antwortet die Uni, dass mit dem Projekt „....selbstverständlich keinerlei kriegserische Zielsetzungen verfolgt wurden und werden, weshalb es mit der „Zivilklausel“ in Einklang steht. Dem Projekt liegt eine ausschließlich humanitäre Motivation zugrunde, denn es geht um die Verminderung von Leid von dem aktuell Menschen in vielen Entwicklungsländern betroffen sind. Zudem soll das Projekt dazu dienen, die Wahrscheinlichkeit zukünftiger terroristischer Akte,

Eine-Welt-Haus 3.7.2009 München
Protest gegen SiKo-Chef Ischinger



Ischinger bei Attac München Collage: Dietrich Schulze
Quelle: <http://de.indymedia.org>

bei denen Organophosphate freigesetzt werden, zu vermindern bzw. die medizinische Versorgung der potentiell Betroffenen zu verbessern, unabhängig davon ob es sich um Soldaten der Bundeswehr oder Zivilisten handelt.“ Experten der Friedensbewegung erklären den eindeutig militärischen Zweck dieser Forschung mit dem Umbau der Bundeswehr zur Einsatztruppe für „humanitäre Interventionen“, bei dem mit Gegenwehr mittels primitiver Chemiewaffen zu rechnen ist (junge Welt 23.6.11).

Der Uni-Leitung in Tübingen geht es darum, die Zivilklausel und den „friedlichen Zweck“ als zivilmilitärische Bundeswehr-kompatible Klausel, als olivgrüne „Friedens“-Klausel durchzusetzen, als eine Kooperationsvereinbarung Bundeswehr-Hochschule. Zur Realisierung dieser Perversion ist Wolfgang Ischinger, der es gewohnt ist, Krieg als Frieden zu verkaufen, bestens geeignet und deshalb bestellt worden. „Krieg ist Frieden“. Die Uni Tübingen hat - zugegeben mit etwas Verspätung - eine Abteilung des Orwell'schen Wahrheitsministeriums errichtet.

Damit die Studierenden die neuen Wahrheiten auch gebührend verinnerlichen, wird es in der Zeit vom 18. Oktober bis 31. Januar eine aufwendige Ringvorlesungsreihe geben. Nachdem die gegen die Zivilklausel gerichteten Fakten geschaffen worden sind, soll darüber geplaudert werden, u.a. mit einer Referentin der Bundeswehr-Führungsakademie und gleich vier IfP-Referenten. „Krieg ist Frieden“ müsste über dieser Reihe stehen.

Die Zivilklausel-Bewegung hat es einige Zeit gekostet, ehe sie sich diese verantwortungslose Absicht überhaupt vorstellen konnte.

Wenig erstaunlich, dass der Autor - unter absichtsvollem Verschweigen der Ischinger-Bestellung im März als Auftaktredner für die Ringvorlesung engagiert - kürzlich eingeladen wurde. Er hatte es gewagt, die Rücknahme der Ischinger-Honorarprofessur öffentlich zu fordern und die Rüstungsforschungsprogramme zu kritisieren. Im Juni hatte er in der Webseite des Bremer Friedensforums unter dem Titel „CIMICC contra Zivilklausel“ Thesen veröffentlicht, die so zusammen gefasst werden können: Neben der bisherigen passiven Linie, die auf Ablehnung der Zivilklausel bzw. auf unverbindliche Ethik-Leitlinien hinausläuft, wird seit Beginn des Jahres eine aktive Linie sichtbar, die auf Durchsetzung einer zivilmilitärischen Kooperationsklausel gerichtet ist und deren politische Wurzel in der NATO-Strategie CIMIC, der zivilmilitärischen Zusammenarbeit liegt. Als Hintergrund muss die Ökonomisierung der Hochschulen und die Eliteförderung gesehen werden, verbunden mit einer bewusst gesteuerten chronischen Unterfinanzierung, Prekarisierung der Beschäftigungsverhältnisse und Drittmiteinnahmen als Exzellenzmerkmal.

In der Uni Bremen soll die Zivilklausel (Ablehnung Forschungsthemen und -mittel, die Rüstungszwecken dienen können) so abgeändert werden, dass sie mit der Stiftungsprofessur des Bremer Weltraumrüstungsunternehmens OHB-Systems vereinbar wird. Dort hat sich ein breit gefächelter Widerstand gebildet.

Fazit: Eine olivgrüne „Friedens“-Klausel, d.h. eine Kooperationsvereinbarung Bundeswehr-Hochschule an der Uni Tübingen und anderswo muss verhindert werden.

Alle demokratischen Mittel sollten dafür eingesetzt werden, die Zivilklausel der Uni Tübingen zu schützen, d.h. mitzuhelfen, dass die Ischinger-Honorarprofessur beendet wird. Die gesamte Friedensbewegung ist aufgerufen, diese neue Dimension der Militarisierung der Hochschulen zu begreifen und den Widerstand dagegen zu unterstützen. Am 28./29. Oktober wird es in Tübingen einen landesweiten Zivilklausel-Kongress geben. (PK)

(1) <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=16734>

Lesen Sie hierzu auch den Artikel von Dietrich Antelmann in dieser Ausgabe.

Grüne BW-Ministerin Bauer bleibt Einlösung von Wahlversprechen schuldig

Zivilklausel ins KIT- und Hochschulgesetz!

Von Dietrich Schulze

Mit Theresia Bauer, Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst, hat die neue Landesregierung Baden-Württembergs bereits ein halbes Jahr nach der Wahl ein massives Glaubwürdigkeitsproblem. Etwas Besseres hätte sich die nach 58-jähriger Herrschaft abgewählte CDU nicht wünschen können: Die Fortsetzung ihrer verfehlten Hochschulpolitik in grünem Gewand.



Theresia Bauer - grüne Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst, die sich offenbar nicht an ihre Wahlversprechen erinnert, dafür aber von KIT-Präsident Horst Hippler empfangen wird.

Quelle: Badische Neueste Nachrichten (BNN), Foto: Breig

Die Landesregierung und die Parteien der Regierungskoalition sind aufgefordert, verbindliche Erklärungen darüber abzugeben, wann mit der Umsetzung ihrer Wahlversprechen zur Einführung der Zivilklausel in das KIT-Gesetz und in das Landeshochschulgesetz begonnen wird. Die Dringlichkeit folgt aus der bereits eingeleiteten Novellierung des KIT-Gesetzes II, die noch in diesem Jahr abgeschlossen werden soll.

Kurz vor der Landtagswahl hatte MdL Theresia Bauer zusammen mit 450 UnterzeichnerInnen, darunter Nobelpreisträger, der Bürgermeister von Hiroshima

und ver.di-Chef Frank Bsirske, zusammen mit MdL Winfried Kretschmann (Grüne) und MdL Nils Schmid (SPD) das Karlsruher Institut für Technologie (KIT) aufgefordert, die Zivilklausel ("Forschung und Lehre nur für friedliche Zwecke.") in die Grundsatzung der Universität Karlsruhe aufzunehmen. Nach der Wahl erklärte die nun zur Wissenschaftsministerin aufgestiegene Theresia Bauer im Mai in der Badischen Zeitung: "In der Hochschulpolitik waren wir Grünen meist näher an den Schwarzen als an der SPD." Bei ihrem Antrittsbesuch im KIT sagte sie in einem Interview zur Zivilklausel im August im Radio Regenbogen: "Wir haben ein großes Interesse daran, für Transparenz, für Klarheit zu sorgen. Was mit öffentlichem Geld geforscht wird, dazu muss man auch stehen können. Aber wir werden nicht als Gesetzgeber die Vorgaben machen, was das richtige Forschungsprogramm ist und was nicht."

Die Friedensbindung durch Zivilklausel ist jedoch eindeutig eine Vorgabe, die im Landtagswahlprogramm der GRÜNEN gefordert wurde. Bei diesem Antrittsbesuch im KIT trat die Ministerin mit weiteren bestürzenden Erklärungen hervor. Sie lehnt unisono mit der Position der Vorgänger-Regierung die Arbeitnehmer-Mitbestimmung im KIT-Aufsichtsrat ab, schwärmt von der Exzellenz-Initiative, d.h. von der Eliteförderung, und will den KIT-Tarifvertrag verschlechtern. Anlässlich des Antikriegstags ist die Ministerin in einem Offenen Brief von mehr als 20 Gruppen und 40 Personen, überwiegend Studierenden-Vertretungen, Friedensgruppen, Hochschullehrern aus Karlsruhe, Tübingen, Konstanz und Bremen, Gewerkschaftern und Pfarrern, an ihre Wahlversprechen erinnert worden und wurde aufgefordert, eine öffentliche Erklärung zum o.g. Interview abzugeben. Auch nach einem Monat liegt dazu keine Antwort von ihr vor.

Für eine Ministerin, die bei gleich gelagerten Positionen des Koalitionspartners nicht willens ist, die eigenen Wahlversprechen einzuhalten, sind vom Ministerpräsidenten und den Koalitionsfraktionen entsprechende Konsequenzen zu ziehen. Flankiert wird diese empörende Entwicklung von der Universität Tübingen, die entgegen der Ende 2009 beschlossenen Zivilklausel den Chef der NATO-„Sicherheitskonferenz“ zum Honorarprofessor bestellt hat und an zwei Militärforschungsprogrammen beteiligt ist. Eine Ringvorlesungsreihe an der Uni Tübingen soll dazu benutzt werden, Akzeptanz für eine zivilmilitärische Auslegung der Bestimmung „friedliche Zwecke“ zu schaffen, eine olivgrüne „Friedens“-Klausel („Krieg ist Frieden“), das heißt eine Kooperationsvereinbarung Bundeswehr-Hochschule.

Ermutigend hingegen: Der Bundeskongress der Gewerkschaft ver.di beschloss vor einer Woche die Forderung nach Zivilklauseln für alle Hochschulen und unterstützt alle Uni-Angehörigen, die sich verpflichten, nicht an militärischen oder zivilmilitärischen Forschungsprojekten mitzuwirken. Der Bildungstreik an Schulen und an Hochschulen mit der Forderung nach Zivilklauseln wird fortgesetzt. Demos sind für den 17. November in Berlin, Freiburg und München geplant. IMI, DFG-VK, die GEW-Hochschulgruppe Tübingen, das Friedensplenum/Antikriegsbündnis Tübingen u.a. rufen zu einem landesweiten Zivilklausel-Kongress am 28./29. Oktober nach Tübingen auf. (PK)

Online-Flyer Nr. 317 vom 31.08.2011

<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=16885>

Grün-Rot-Regierung in BaWü soll ihre Wahlversprechen einlösen:

Friedenspolitische Kurskorrektur in den Hochschulen!

Von Peter Kleinert

Mehr als 20 Gruppen und 40 Personen, überwiegend Studierenden-Vertretungen, Friedensgruppen, Uni-Professoren, Gewerkschafter und Pfarrer, haben sich anlässlich des Antikriegstags mit einem Offenen Brief an die baden-württembergische Wissenschaftsministerin Theresia Bauer von den Grünen gewandt. Sie erwarten, dass den Wahlaussagen von Bündnis 90/Grüne und SPD zur Landtagswahl, die Hochschulforschung möge nur friedliche Zwecke verfolgen (Zivilklausel), nun auch Taten folgen.



Theresia Bauer (Grüne) zu Besuch beim Heidelberger Institut für Theoretische Studien

Quelle: www.stiftung-sponsoring.de

Der Brief wendet sich gleichzeitig an die Präsidenten des Karlsruher Instituts für Technologie KIT und den Rektor der Universität Tübingen mit der Erwartung, eine friedenspolitische Kurskorrektur einzuleiten. Bei der Fusion des (Kern-)Forschungszentrums mit der Universität Karlsruhe zum KIT sei dessen über Jahrzehnte erfolgreich praktizierte Zivilklausel nicht auf die Universität übertragen worden, entgegen der Forderung der Studierenden und vieler anderer. Die bislang unvorstellbare Folge: Kern- und Waffenforschung unter einem Dach.

Chef der NATO-"Sicherheitskonferenz" zum Honorarprofessor bestellt

Die Universität Tübingen habe mit der Bestellung des Chefs der NATO-"Sicherheitskonferenz" zum Honorarprofessor gegen die Selbstverpflichtung der Ende 2009 beschlossenen Zivilklausel verstoßen. Das gleiche gelte für die wehrmedizinische Forschung, die vom Bundesverteidigungsministerium unter Geheimschutz gestellt worden ist, wie der DGB-Arbeitskreis Tübingen in einem Schreiben an den Rektor Anfang August festgestellt und deshalb Konsequenzen angemahnt hat. Die Unterzeichnenden erklären zivile und humanitäre Konfliktlösungen anstelle von Krieg und

Militäreinsätzen als unabweisbares Gebot der Vernunft und die Friedensbeiträge der Wissenschaft als unverzichtbar. Dem möge die Landesregierung Baden-Württemberg bei den anstehenden Novellierungen des KIT-Gesetzes und des Landeshochschulgesetzes durch Einfügung der Zivilklausel Ausdruck verleihen.

Petition für eine KIT-Zivilklausel ignoriert

Einer der Initiatoren des Offenen Briefs, Dr.-Ing. Dietrich Schulze vom Beirat NaturwissenschaftlerInnen-Initiative „Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit“, erläutert dazu, dass die kurz vor der Landtagswahl an das KIT-Präsidium übergebene Petition für eine KIT-Zivilklausel mit 450 Unterzeichnern, darunter viele internationale Persönlichkeiten wie der Bürgermeister von Hiroshima und mehrere Nobelpreisträger sowie Ministerpräsident Kretschmann und die Minister Bauer und Schmid, ignoriert wurde und nun die Landespolitik gefordert sei, ebenso wie im Fall Tübingen. Die dreijährige Auseinandersetzung um Zivilorientierung und Friedensbindung des KIT habe den Anstoß für bundesweite und internationale Initiativen gegen Forschung und Lehre für militärische Zwecke an Hochschulen gegeben. Im Mai fand nach längerer Pause ein Kongress mit Studierenden aus 30 Hochschulen an der TU Braunschweig statt, der einerseits die ständig zunehmende Militarisierung in den Hochschulen, aber auch den anwachsenden Widerstand dagegen bilanzierte.

Stiftungsprofessur für Bremer Weltraumrüstungsfirma?

Dazu zählt die auf Initiative des AStA der Universität Bremen und des Bremer Friedensforums seit letztem Jahr geführte Kampagne, die dort seit 1986 bestehende Zivilklausel zu erhalten. Der AStA, unterstützt von einer größeren Bremer ProfessorInnen-Gruppe und der Friedensbewegung, erklärt die beabsichtigte Stiftungsprofessur der Bremer Weltraumrüstungsfirma OHB als unvereinbar mit der Zivilklausel und ruft zur Unterzeichnung einer Online-Petition www.petitiononline.com/astauniB/petition.html auf. Auf Druck der Firma will die Leitung der Universität die Zivilklausel mit der OHB-Rüstung und deren Bundeswehr-Kooperation vereinbar machen – das heißt: abschaffen. Seit kurzem gebe es an der Universität Konstanz, die seit 1991 eine Zivilklausel hat, eine ähnliche Auseinandersetzung wegen eines Kooperationsvertrags mit EADS. Erkennbare Erfolge, wie sie in der bundesweiten Bewegung gegen die Militarisierung der Schulen durch Streichung von Kooperationsvereinbarungen mit der Bundeswehr erzielt wurden, stehen hier allerdings noch aus, so Dietrich Schulze weiter. Die Initiative Nachrichtenaufklärung INA an der TU Dortmund hatte das Thema „Militärforschung an deutschen Hochschulen“ auf Platz 3 der vernachlässigten TOP-Themen 2011 gesetzt. Der Offene Brief diene der Information einer breiteren Öffentlichkeit und werde als Flyer am Antikriegstag verteilt.

Grüne Ministerin gegen Arbeitnehmerbeteiligung im KIT

Bei ihrem Besuch im KIT in der letzten Woche hatte sich Ministerin Bauer gegen eine Arbeitnehmerbeteiligung im KIT-Aufsichtsrat ausgesprochen. Vom Personalrat war ihr dafür ein Armutszeugnis ausgestellt worden. Eine weitere politische Kehrtwende in der Frage der Zivilklausel befürchtet Lothar Letsche, Vorsitzender der GEW-Fachgruppe Hochschule und Forschung, nach Äußerungen der Ministerin in einer kürzlichen Sendung von "Radio Regenbogen". Dort hatte sie erklärt, sie wolle "nicht als Gesetzgeber die Vorgaben machen, was das richtige Forschungsprogramm ist und was nicht". Seit 25 Jahren kämpfe die GEW darum, dass im Sinne einer zivilen Orientierung genau solche "Vorgaben" gemacht würden, und habe sich durch die Wahlaussagen der jetzigen Regierungsparteien und Verlautbarungen ihrer führenden Persönlichkeiten, auch von Frau Bauer, bestärkt gesehen. Im Anschreiben zum Offenen Brief sind die Ministerin und die Landesregierung wegen der bereits eingeleiteten Novellierung des KIT-Gesetzes aufgefordert worden, unverzüglich eine öffentliche Erklärung abzugeben. (PK)

Initiatoren des Offenen Briefs sind Dr.-Ing. Dietrich Schulze, Beirat NaturwissenschaftlerInnen-Initiative „Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit“ und Lothar Letsche, Vorsitzender

GEW Fachgruppe „Hochschule und Forschung“ Baden-Württemberg. Beide sind Mitglieder der Initiative gegen Militärforschung an Universitäten.

Webdokumentation der Initiative zur Zivilklausel www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf

Wortlaut des Offenen Briefs www.stattweb.de/files/civil/Doku20110827.pdf

Wahlaussagen von Grün-Rot BaWü www.stattweb.de/files/civil/Doku20110130.pdf

Online-Flyer Nr. 313 vom 03.08.2011

<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=16794>

KIT Atomreaktorforschung von Grün auf Rot schalten

Transmutation des Atomausstiegs

Von Dietrich Schulze



KIT-Präsident Horst Hippler -
Transmutations-Träumer
Foto: Universität Karlsruhe

Die Leitung des Karlsruher Instituts für Technologie KIT träumt nach der Fukushima-Katastrophe ungerührt weiter von der nuklearen Renaissance. - Transmutation bedeutet Umwandlung. Das gleichnamige millionenschwere EU-vernetzte KIT Forschungsprogramm verfolgt den Zweck, radioaktiven Schrott aus den Atomkraftwerken mit Zerfallszeiten von hunderttausenden von Jahren in solche mit Zerfallszeiten von einigen hundert Jahren umzuwandeln. Dafür wird an Atomreaktoren der vierten Generation geforscht, die dem Schnellen Brüter Kalkar ähneln und gleichzeitig noch Strom produzieren sollen. Für die industrielle Umsetzung - vielleicht in zwei Jahrzehnten - sind außerdem Wiederaufarbeitungsanlagen à la Wackersdorf erforderlich.

KIT Präsident Horst Hippler gehörte zu den damaligen Unterzeichnern des Ausstiegs aus dem Rot-Grünen Atomausstieg. KIT Vizepräsident Peter Fritz propagiert das Programm, das viel Personal und Mittel bindet, bei jeder Gelegenheit als unverzichtbar. Programm-Chef Joachim Knebel erhielt dafür Mitte Mai gar einen

europäischen Wissenschafts-Kulturpreis (1) „Atomkraftkultur – Nein danke“.

ITU, KIT und Plutonium

Allein deswegen, weil das Programm die Energiewende behindert, muss es in Konsequenz aus dem beschlossenen Atomausstieg zurück gefahren werden. Das Gegenteil ist aber der Fall. Das benachbarte europäische Institut für Transurane ITU, mit dem es eine enge Forschungs Kooperation gibt, hat einen Laborumbau beantragt, um große Mengen von Plutonium, Uran und Thorium handhaben zu können. Der direkte Zusammenhang mit der KIT Transmutationsforschung ist unbestreitbar. Wenn die KIT Forschung an Atomreaktoren der vierten Generation beendet wird, wie das zum Beispiel die NRW-Landesregierung beschlossen hat, würde der kostenträchtigste Teil des Laborumbaus und die Notwendigkeit für die Lagerung der großen Mengen an hochradioaktiven und giftigen

Donnerstag, 2. August 2011

WISSENSCHAFT IN DER REGION

BILD DES MONATS AUGUST



SPRINKELL-ARBEIT: Der weltweit größte Freistrahler aus flüssigem Blei-Wismut steht seit über 30 Jahren im Zentrum des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT). Das Experiment gelang im Flüssigmetall-Labor KALLA des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT). Dort laufen auch die Studien zur Auslegung des Metalltrags im Zuge der Transmutationsforschung.

Die Alchemie der Moderne
Größten Freistrahler aus flüssigem Blei-Wismut erzeugt

KALLA des KIT raste Foto rechts: „Wir verwenden das flüssige Metall als Wärme-Träger, das nicht nur als Träger für den Prozess der Transmutation dient, sondern gleichzeitig als Kühlmittel für den Reaktor“, erläutert Thomas Wirtel, der Leiter des Labors.

KIT Flüssigmetall-Labor KALLA (Badische Neueste Nachrichten 2.8.11)
Konversion zu erneuerbaren Energien statt für Transmutationsreaktoren

"Bahnbrechende Forschung" bescheinigen dagegen die Badischen Neuesten Nachrichten am 2. August den KIT-Wissenschaftlern. Quelle: BNN

Kernbrennstoffen entfallen. Der Protest der Gemeinde Linkenheim-Hochstetten, auf deren Gemarkung das ITU liegt, bekäme eine kräftige inhaltliche Unterstützung.

Mediation

Die Grün-Rote Landesregierung von Baden-Württemberg nimmt den Protest ernst, hat aber bisher den Zusammenhang zwischen der atomrechtlichen Problematik des ITU-Laborumbaus und der forschungspolitischen Problematik der KIT Transmutationsforschung nicht in konsequentes Handeln umgesetzt.

Das vor zwei Monaten an Umweltminister Franz Untersteller und Wissenschaftsministerin Theresia Bauer über den Autor übermittelte Angebot eines Expertengesprächs zu diesem Zusammenhang ist bis heute unbeantwortet. Ebenso unbeantwortet ist die Frage, ob das KIT Programm Teil der im Herbst für den beantragten ITU-Umbau geplanten Mediation mit Michael Sailer vom Öko-Institut e.V. werden soll.

KIT Etikettenschwindel

Minister Untersteller hat allerdings kürzlich im Zusammenhang mit einem Besuch bei ITU erklärt, die Aufgabe der Forscher sei nicht, an der Weiterentwicklung der Kernenergie, insbesondere an der sogenannten vierten Generation von Atomreaktoren, zu arbeiten. Auftrag des Instituts sei es vielmehr, zum einen die Sicherheit in kerntechnischen Anlagen zu verbessern, solange sie noch betrieben würden, zum anderen die Endlagerforschung voranzutreiben. (2) „Kritische Masse“. Die Erkenntnis über den Zusammenhang scheint also vorhanden zu sein. Der Partner KIT hingegen versucht es mit einer besser verkaufbaren Etikettierung. Laut Joachim Knebel betreibt nämlich KIT keine Reaktorentwicklung, sondern Sicherheitsforschung. (3) „Der Traum vom Stein der Weisen“ - „Unter Neutronenbeschuss“. Wie wird nun der Atomausstieg in Baden-Württemberg umgesetzt werden?

Energiekonversion

Es ist festzustellen, dass sich KIT nach Fukushima zum ersten Mal gezwungen sieht, sein Atomforschungsprogramm öffentlich zu diskutieren. (4) "Atomforschungsprogramm in Karlsruhe bleibt strittig - Aber KIT öffnet sich". Wie werden sich die WissenschaftlerInnen, die Studierenden und die Beschäftigten orientieren?

Dazu äußerte die NaturwissenschaftlerInnen-Initiative Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit Anfang April in einer Stellungnahme zum KIT Forschungsprogramm die Überzeugung, dass die betroffenen WissenschaftlerInnen und Beschäftigten in einem intensiven Diskussionsprozess dafür gewonnen werden können, ihre Fähigkeiten auf andere Gebiete der Grundlagenforschung und der angewandten Forschung für zivile Zwecke zu verlagern. (5) „Fukushima und Tschernobyl mahnen zum konsequenten Handeln - Kernspaltung und Kernfusion umstellen bzw. beenden - Erneuerbare Energien und Technikfolgenabschätzung ausbauen“.

Dafür nur ein Beispiel, das in einer weiteren öffentlichen Veranstaltung in der Universität Anfang Juli diskutiert wurde. Auf Nachfrage in der Diskussion über die Transmutationsforschung erklärte Werner Maschek, Gruppenleiter Transmutation am KIT Institut für Kern- und Energietechnik, dass die für die Atomreaktoren der vierten Generation in Entwicklung befindlichen Flüssigmetallspeicher für die erneuerbaren Energien eingesetzt werden könnten. Wenn diese Perspektive direkt angesteuert wird, können in Zusammenarbeit von KIT, Landesregierung und Wirtschaft raschere Fortschritte bei der gerade für die Erneuerbaren wesentlichen Frage der Energiespeicherung gemacht werden.

Bei der Energiewende geht es also im Kern um einen Konversionsprozess, zu dem die Betroffenen in Forschung und Produktion zusammen mit Gewerkschaften, Umweltverbänden und Öffentlichkeit zur Mitgestaltung unter Erhalt und Ausbau der Arbeitsplätze aufgerufen sind. Die von Stefan Mappus aus ganz anderen Gründen erhöhte Staatsbeteiligung am Energieversorger EnBW bietet für eine solche Konversion bessere Bedingungen.

Glaubwürdigkeit

Die Entscheidungen zum ITU-Umbau und zur Transmutation sind eine wesentliche Nagelprobe auf die Glaubwürdigkeit der neuen Landesregierung. Ein „Weiter so“ mit der Transmutations(Umwandlungs)forschung eröffnet die Möglichkeit für die Transmutation(Umwandlung) des Atomausstiegs. Wenn eines Tages die Fukushima-Angst zerfallen und mit einer künstlich erzeugten Stromversorgungskrise eine entsprechende Massenstimmung geschaffen worden ist, können die neuen wunderbaren Atomreaktoren als Heilmittel gegen den Untergang präsentiert und die Atomforscher als Retter der Nation gefeiert werden.

Nukleare Teilhabe

Der Traum von der nuklearen Renaissance hat einen völlig tabuisierten machtpolitischen Bezug. Zu der ohnehin existierenden sogenannten „nuklearen Teilhabe“ im Rahmen der NATO kommt ab 1990 ein geändertes Kriegswaffenkontrollgesetz hinzu. § 16 besagt, dass die Verbote nur für Atomwaffen gelten, die nicht der Verfügungsgewalt von Mitgliedsstaaten der NATO unterstehen. Deutschland ist es demnach erlaubt, für sich und andere NATO-Staaten Atomwaffen zu entwickeln. Wer diese Wahnsinns-Option nicht aufs Spiel setzen will, muss das Forschungspersonal bei der Stange halten. Die Beendigung der Transmutationsforschung ist deswegen nicht nur ein notwendiger Beitrag zu Atomausstieg und Energiekonversion, sondern auch ein Beitrag für den Frieden.(PK)

- (1) <http://www.sopos.org/aufsaeetze/4de541c142d1f1.1.phtml>
- (2) <http://www.kontextwochenzeitung.de/newsartikel/2011/07/kritische-masse/>
- (3) <http://www.taz.de/!75268/>
- (4) <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=16452>
- (5) http://www.microenergy-foundation.com/natwiss/fileadmin/user_upload/NatWiss_Stellungnahme_KIT.pdf

Online-Flyer Nr. 310 vom 13.07.2011

<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=16734>

Uni-Leitung Tübingen verstößt bewusst gegen Zivilklausel

Neue Dimension der inneren Militarisierung

Von Dietrich Schulze

Während die NATO mit ihrer ständig ausgeweiteten Kriegspolitik auf immer mehr Widerstand stößt, ist ihr an der "Heimatfront" ausgerechnet an der Uni Tübingen ein Coup gelungen. Der Chef der berüchtigten jährlichen NATO-"Sicherheitskonferenz", Wolfgang Ischinger, ein ausgewiesener Militarist, ist am Institut für Politikwissenschaft zum Honorarprofessor ernannt worden. Das wurde nach klammheimlicher Vorarbeit durch Ankündigung von dessen Antrittsvorlesung bekannt. Mitte Juli soll es mit dem Seminar „Internationale Krisendiplomatie“ über „Krisen der deutschen Außenpolitik in den letzten zwei Jahrzehnten“ zur Sache gehen. Die Studierenden sollen in der Blockphase vom 18. bis 20. Juli in Berlin von Wolfgang Ischinger in Zusammenarbeit mit Thomas Nielebock, Akademischer Oberrat am Institut, unter Einschluss von Gesprächen mit „Entscheidungsträgern u.a. durch den Besuch in Ministerien und Botschaften“ auf die neudeutsch-zivilmilitärische Außenpolitik getrimmt werden.

Das alles ist ein provokativer Verstoß gegen den komplett gegenteiligen Senatsbeschluss vom Dezember 2009 für die Präambel der Uni-Grundordnung: „Lehre, Forschung und



„Foto: AK Zivilklausel Uni Tübingen

Studium an der Universität sollen friedlichen Zwecken dienen, das Zusammenleben der Völker bereichern und im Bewusstsein der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen erfolgen."

Die "Krisendiplomatie", die 1999 zum ersten deutschen Kriegseinsatz im Kosovo, 2001 zur Teilnahme am völkerrechtswidrigen Kriegseinsatz „Enduring Freedom“ in Afghanistan und 2009 zum Massaker in Kunduz geführt hat, soll offenbar als vereinbar mit friedlichen Zwecken und der Bereicherung des Zusammenlebens der Völker verkauft werden.

Die Zivilklausel ist seit Herbst 2010 rechtskräftig mit Zustimmung eben jener baden-württembergischen Landesregierung, die Zivilklauseln für Hochschulen generell für verfassungswidrig hält und trotz eines gegenteiligen Gutachtens des Verfassungsrechtlers Erhard Denninger nie von ihrem Standpunkt abgerückt ist. In einer kabarettistisch anmutenden Einlage hatte Ex-Minister Frankenberg in einer Landtagsdebatte im April 2009 Hochschulforschung für die „Bundeswehr als Armee eines demokratischen Staates“ als eine Art Zivilklausel bezeichnet. Die Widersprüche kommentierte die Landesregierung damit, dass der Präambel zur Grundordnung keine Verbindlichkeit zukomme.

Der Universität ist die Haltung der Studierenden, die die Forderung nach der Zivilklausel im Rahmen des Studienstreiks 2009 eingebracht hatten, sehr wohl bekannt. Im April 2010 kam es wegen Verstoß gegen die neue Zivilklausel zu massiven Protesten gegen ein Seminar der Bundeswehr-Dozentin Monika Lanik über "Ethnologie und Militär" und gegen den Auftritt von Wolfgang Ischinger im Rahmen einer Podiumsdiskussion an der Uni. Die Uni-Leitung hat sich demnach auf die Seite von NATO und Bundeswehr geschlagen, legt die Zivilklausel bewusst als zivilmilitärische Klausel aus und hat damit eine neue Dimension der inneren Militarisierung der Hochschulen eröffnet.

Eine Verantwortungslosigkeit, die noch getoppt wird durch die Absicht, dazu im Herbst eine Studium-Generale-Vortragsreihe zu veranstalten, organisiert von dem genannten Akademischen Oberrat. Nachdem derart empörende Fakten geschaffen wurden, soll unter dem Titel "Die Tübinger Friedensklausel: Wie der Verantwortung nachkommen?" palavert werden.

Aktive aus Tübingen hatten in der bundesweiten Konferenz "Hochschulen für den Frieden! Nein zur Kriegsforschung! Ja zur Zivilklausel!" Ende Mai in der TU Braunschweig um Solidarität gebeten. Details der verdeckten Einfädelung der Honorarprofessur sind erst danach bekannt geworden. – Empört Euch! (PK)

Aktuelle Online-Infos dazu:

Erklärung zur Konferenz in der TU Braunschweig
www.natwiss.de/inc/Erklaerung_HsfF.pdf

Reader der Informationsstelle Militarisierung e.V. Tübingen
imi-online.de/download/Reader-Zivilklausel.pdf

Position des Autors "Hochschulen: CIMICC contra Zivilklausel?"
www.ag-friedensforschung.de/science/zivilklausel3.html

Zivilklausel und Freiheit der Universität Bremen schützen!

OHB Systems und Geopolitik

Von Dietrich Schulze

Seit Monaten gibt es an der Universität Bremen einen Streit darüber, dass die vom Bremer Satellitenbauer und Weltraum-Rüstungskonzern OHB Systems gestiftete Hochschulprofessur der Zivilklausel der Universität von 1986 widerspricht. Der AStA der Universität hatte mehrfach an diese gerade 25 Jahre alt gewordene Selbstverpflichtung erinnert und Konsequenzen verlangt.



Prof. Dr.-Ing. h.c. Manfred Fuchs, Chef der OHB System AG (links), und Prof. Dr. Christof Büskens, Steinbeis-Stiftung Quelle: Steinbeis-Stiftung

Die Zivilklausel lautet wörtlich: „Der Akademische Senat lehnt jede Beteiligung an Wissenschaft und Forschung mit militärischer Nutzung bzw. Zielsetzung ab und fordert die Mitglieder der Universität auf, Forschungsthemen und -mittel abzulehnen, die Rüstungszwecken dienen können.“

OHB-Rüstungsprojekte SAR-Lupe und HiROS

Die Firma OHB liefert Rüstungsgüter für das Satelliten-System SAR-Lupe (radargestützte Aufklärung) und ist an dem deutsch-amerikanischen Geheimprojekt HiROS (optische Aufklärung) beteiligt, einem von Wikileaks erst kürzlich enthüllten BND-geführten Spionagesatelliten-System. Die Firmeninhaber Christa und Manfred Fuchs waren im August 2009 zu "Ehrenbürgern und Förderern der Universität Bremen" ernannt worden.

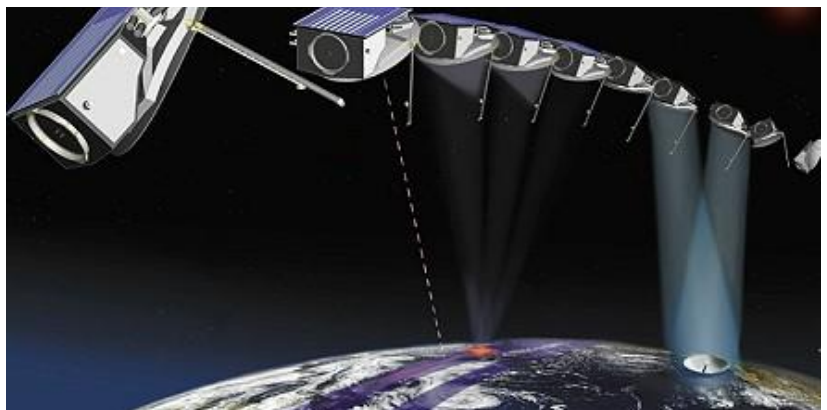
Anstatt solches Sponsoring bei derart eindeutiger Beschlusslage abzulehnen, wird es vom Uni-Rektorat in den höchsten Tönen gelobt. Und zur Kritik von

Studierenden und Friedensbewegung: "Inwieweit OHB in der Rüstungsforschung tätig ist, ist nicht bekannt." und es gebe bestimmte Grauzonen, in denen zivile und militärische Forschung "schwer zu trennen sind" (Frankfurter Rundschau 26.8.09). Genau diese Linie der Relativierung des eindeutigen OHB-Rüstungshintergrunds und der eindeutigen Zivilklausel-Bestimmung verfolgte Rektor Wilfried Müller zielstrebig weiter und konnte damit gleich zweimal punkten.

Rektorat relativiert Zivilklausel

Im Oktober 2010 gelang es ihm, Götz Neuneck vom "Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg" (IFSH) in einer Podiumsdiskussion einzuspannen. „Die Bremer Zivilklausel sei 'eine Art Alibi', sagte dieser, was nicht heißt, dass er sie ablehnt.“ (taz 27.10.10). Grund: „Fast jede Forschung sei 'hoch ambivalent' ... „wobei es auch

Rüstungsforschung gibt, die Neuneck selbst für 'nötig und legitim' hält - wenn sie der Bundeswehr dient. Deswegen setze er auf Transparenz der Forschung und Eigenverantwortung der



OHB-Satelliten Quelle: www.taz.de/, Foto: dpa

WissenschaftlerInnen: 'Man kann sich verweigern als Wissenschaftler.'" - Pfundig, wenn selbst einer aus der Friedensforschung die Friedensklausel relativieren hilft.

Die Eigenverantwortung und die Gewissensentscheidung gilt übrigens völlig unabhängig von einer Zivilklausel. Diese ist eine verfassungsrechtlich zulässige, verpflichtende Norm für alle Uni-Mitglieder, auch wenn deren persönliche Einstellung pro Militärforschung sein sollte. Dieses war der erste Streich und der zweite folgte im März 2011. Kurz vor der Landtagswahl hatte sich nämlich die Bürgerschaft in einer EntschlieÙung zur strittigen Thematik geäuÙert.



Prof. Wilfried Müller, Rektor Uni Bremen
Quelle: Uni Bremen

Welche Zivilklausel will die Bürgerschaft?

Einerseits erklärt die Bürgerschaft, dass die Zivilklausel „eine wertvolle Selbstverpflichtung für die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler“ und Vorbild für die übrigen Hochschulen in Bremen und Bremerhaven sei, gleichzeitig bittet sie jedoch den Senat darum, die Zivilklausel zu „generalisieren und an die Entwicklungen der vergangenen 25 Jahre anzupassen“.

Die gezielt betriebene zivilmilitärischen Vermengung („dual-use“) hatte ihre Wirkung nicht verfehlt. Die Abgeordneten glaubten wohl an einen Handlungsbedarf, obwohl es klare Kriterien dafür gibt, wie Grundlagenforschung und militärische Anwendungsforschung voneinander unterschieden werden können. Obwohl sich „dual use“ 1986 nicht anders stellte als heute. Obwohl die Zivilklausel auch anderswo mit guten Ergebnissen praktiziert wurde, wie zum Beispiel am Forschungszentrum Karlsruhe (taz 8.2.11). Wie der Rektor den Auftrag nach der von ihm organisierten Vermengung neuerdings begründet, wissen wir seit dem 9. Juni. Dazu noch

ein kurzer Blick auf die Vorgeschichte.

Erstmaliger Gruppenprotest von ProfessorInnen

Den Protesten des AStA und des Bremer Friedensforums gegen die OHB-Stiftungsprofessur hatte sich im Februar eine größere Gruppe von ProfessorInnen angeschlossen und in einer Erklärung an die Öffentlichkeit festgestellt: „Eine derartige Stiftungsprofessur setzt die Freiheit von Forschung und Lehre aufs Spiel und widerspricht dem Geist der Gründung der Universität. weil das Bremer Unternehmen OHB System AG mit der Rüstungsproduktion seinen wirtschaftlichen Aufstieg genommen hat und dem Geschäft im militärischen Bereich eine zunehmend große Bedeutung beimisst.“

AStA redet Tacheles

Dem AStA blieb es vorbehalten, die Widersprüchlichkeiten Anfang letzter Woche mit einer klaren Ansage auf den Punkt zu bringen. „Wir befürchten, eine neue Zivilklausel könnte die bisherigen Regelungen aufweichen und durch die Hintertür die OHB-Stiftungsprofessur rechtfertigen“, erklärt Sören Böhrnsen, im AStA zuständig für die politische Bildung, gegenüber der Presse. Die Studenten sehen in OHB Systems ein Rüstungsunternehmen und in dessen Uni-Engagement einen klaren Verstoß gegen die Zivilklausel. Statt der OHB-Stiftungsprofessur fordern sie einen Lehrstuhl zur



Sören Böhrnsen, AStA Uni Bremen,
auf dem Ostermarsch 2011 Quelle:
<http://www.bremerfriedensforum.de>

Rüstungskonversionsforschung, der sich mit der Umwandlung militärischer in zivile Produktion beschäftigen soll. (Weserkurier 5.6.11)

Rektor und Wirtschaftssenator Martin Günthner stellen sich hinter OHB, erklären ihre außerordentliche Dankbarkeit für die Stiftungsprofessur und betonen deren Bedeutung für den Wissenschaftsstandort Bremen.

Fuchs erklärt sich

Dem Unternehmer Manfred Fuchs genügt das nicht. Er sieht sich zu einer eigenen öffentlichen Erklärung veranlasst und droht mit dem Ausstieg: "Es gibt nur die eine Wahl. Entweder die Uni ändert die Zivilklausel, oder wir lassen die Professur sein." (Weserkurier 8.6.11).

Und weiter: "Ich verstehe die Ansatzpunkte der Kritik, und ich kann auch die Debatte nachvollziehen. Wenn es eine solche Charta gibt, ist es nur zu verständlich, dass deren Befürworter auf die Bestimmungen darin hinweisen. Und wenn die Universität oder der Akademische Senat zum Entschluss kommt, dass sich unsere Stiftungsprofessur damit nicht vereinbaren lässt, sollten wir es sein lassen. Dann macht es keinen Sinn." Klingt ziemlich cool und scheinheilig neutral, ist aber Erpressung. Die Rüstungsfirma braucht die Kooperation und profitiert enorm davon ebenso wie von anderen staatlichen Forschungsinstitutionen z.B. der DLR. Im Verhältnis zu den erzielten Rüstungsgewinnen für OHB aus Staatsaufträgen sind die Sponsoring-Raten Peanuts (0,165 Mio. € pro Jahr, Laufzeit 10 Jahre), nicht aber für die Uni.

Rektor lässt geopolitische Katze aus dem Sack

Statt sich gegen diese erpresserische Drohung zu wenden, die die Abschaffung der Zivilklausel bedeutet, erklärt der Rektor tags darauf ungerührt, dass er „eine kontinuierliche Debatte über die gesellschaftliche Bedeutung von Forschung und Lehre sowie die Verantwortung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern“ befürworte und er hält „in diesem Rahmen eine Aktualisierung der sogenannten "Zivilklausel“ für erforderlich, da sich die geopolitische Gesamtsituation seit den 80er Jahren erheblich verändert hat.“ (Uni-Mitteilung 9.6.11) Eine völlig neue außenpolitische Begründung, die mit den bisherigen Änderungsbegründungen nichts zu tun hat.

Verteidigungspolitische Richtlinien

In der Tat hat sich die deutsche Geopolitik geändert. Seit 1991 befindet sich die Bundeswehr in Kriegseinsätzen. Die seit 1992 fortgeschriebenen Verteidigungspolitischen Richtlinien besagen in der Fassung vom 18.5.2011: „Deutschland ist bereit, als Ausdruck nationalen Selbstbehauptungswillens und staatlicher Souveränität zur Wahrung seiner Sicherheit das gesamte Spektrum nationaler Handlungsinstrumente einzusetzen. Dies beinhaltet auch den Einsatz von Streitkräften.“ Zu den deutschen Sicherheitsinteressen gehöre, „einen freien und ungehinderten Welthandel sowie den freien Zugang zur Hohen See und zu natürlichen Ressourcen zu ermöglichen.“ verbunden mit den Drohungen a) „Zugangsbeschränkungen können konfliktauslösend wirken.“ Und b) „Einsatz von Streitkräften im gesamten Intensitätsspektrum.“

Das lässt an Klarheit nichts zu wünschen übrig. Damit kann man auch besser die Schlüsselrolle der eigenen deutschen Satelliten-„Aufklärung“ verstehen, für deren Produktion OHB tätig ist.

Zivil getarnte Rüstung

Die Mächtigen sind besorgt über die anhaltende öffentliche Kritik an Rüstungsexport und Krieg. Dank Wikileaks / Aftenposten wissen wir Genaueres, wie die Sache mit den geheimen HiROS-Satelliten gedeichselt werden soll. Zitat aus der US-Depesche vom 14.5.09: „Um mögliche negative Auswirkungen der Entwicklung von HiROS als Aufklärungssatellit zu minimieren, wird

das Programm von einer zivilen Stelle, vielleicht dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, geleitet werden. Aus Gründen der politischen Optik werden die Satelliten selbst von einer »kommerziellen Einheit« betrieben werden, die speziell zu diesem Zweck geschaffen werden wird. Die Aufgabenstellung wird jedoch vom BND geleitet, kontrolliert und koordiniert werden.“ (junge Welt 7.3.11).

Eine Auskunft über die HiROS-Pläne wird den Bundestagsabgeordneten verweigert (junge Welt 31.3.11) ebenso wie erstmals im Oktober 2010 Auskünfte über militärisch relevante Sicherheitsforschung an Hochschulen unter Geheimschutz gestellt wurden. - Alle diese Fakten können dem Rektor und den Senatsmitgliedern in ihrer gesellschaftlichen Verantwortung bekannt sein.

Kriegsforschungsklausel statt Zivilklausel?

Wenn eine geopolitische Neufassung der Zivilklausel angestrebt wird, dann geht es um mehr als nur um die Abschaffung der Friedensbindung, womit Rüstungsunternehmen an der Bremer Uni Tür und Tor geöffnet würde. Dann geht es zusätzlich darum, die Teilnahme an militärisch relevanter Forschung als Selbstverpflichtung aller Uni-Mitglieder festzulegen, also um eine Orwell'sche Sprachregelung „Krieg ist Frieden“. So wie es bereits "friedensschaffende" Kriegseinsätze der Bundeswehr gibt, soll es dann wohl künftig an der Uni Bremen "friedensschaffende" Kriegsforschung geben.

Wie tief will die etablierte Wissenschaft noch sinken? Sie beschwört ihre Freiheit damit, dass sie die finanzielle Erpressung hinnimmt oder gar als unverzichtbar preist. Und sie versucht aus der Not eine Tugend zu machen, indem sie eine Friedensforschungs-Klausel in eine Kriegsforschungs-Ermöglichungs-Klausel umwandelt. Sieht so Verantwortung für Frieden, Demokratie und Freiheit aus? Soll das ein professorales Vorbild für die Studierenden und die nachkommenden Generationen sein? Ist der main stream der deutschen Wissenschaft erneut Erfüllungsgehilfe auf dem abschüssigen Weg in die Katastrophe?

AStA-Aufruf zur OnlinePetition

Die Studierenden und das Friedensforum jedenfalls mobilisieren zur Gegenwehr. Der AStA hat die folgende Online-Petition gestartet: „Wir fordern die Mitglieder der Universität auf, die Zivilklausel [Wortlaut wie eingangs] beizubehalten und konsequent umzusetzen.“ Hier geht es zur Unterzeichnung: www.asta.uni-bremen.de/?p=6625 Diese Initiative hat alle Unterstützung verdient. OHB darf mit seiner Erpressung nicht durchkommen.

Bundesweite Unterstützung organisieren

Angeichts des friedensgefährdenden Einsatzes der Bundeswehr an immer mehr Kriegsschauplätzen, der wachsenden Zahl an Opfern insbesondere unter der Zivilbevölkerung und der offenkundigen Tatsache, dass damit das Gegenteil der vorgeblichen Ziele erreicht wird, ist auch an den Hochschulen eine (Rück)Besinnung auf den Friedensauftrag der deutschen Geschichte und an die Verantwortung der Wissenschaft entstanden. Vom 27.-29. Mai hat es an der TH Braunschweig nach zwei Jahrzehnten Stillstand eine erste Konferenz gegen Kriegsforschung an Hochschulen gegeben. Gemeinsame Abschlusserklärung hier: www.natwiss.de/inc/Erklaerung_HsfF.pdf

Die bundesweite Zivilklausel-Bewegung und die Öffentlichkeit sind zu tatkräftiger Solidarität mit dem AStA und den Studierenden der Uni Bremen aufgerufen. Die Pläne des Rektorats dürfen nicht aufgehen. Die Forderungen des AStA sind berechtigt und angemessen: Zivilklausel bleibt un geändert. Lehrstuhl für Rüstungskonversion statt OHB-Stiftungsprofessur. (PK)

Aktueller Nachtrag des Autors

Nach Redaktionsschluss war am Montag von Uni-Dekan Prof. Arnim von Gleich ein Beschlussentwurf für die Sitzung des Akademischen Senats (AS) am Mittwoch, 15. Juni, 8.30 Uhr, verschickt worden. In diesem Entwurf werden Kriterien für die Neufassung der Zivilklausel gemäß der „veränderten geopolitischen Gesamtsituation“ im Detail festgelegt. Der AStA hatte daraufhin kurzfristig zur Teilnahme an der öffentlichen AS-Sitzung mobilisiert.

Nachfolgend der AStA-Kurzbericht über die Aktion zur AS-Sitzung. Das Thema fand großen Widerhall in der Presse. Alle folgenden Artikel ebenfalls vom 15. Juni:

- „Rüstungsindustrie in der Forschung - Bremer Uni streitet über Zivilklausel“
- www.taz.de/1/zukunft/bildung/artikel/1/bremer-uni-streitet-ueber-zivilklausel/ Interview mit Prof. Rudolph Bauer, Uni-Emeritus Sozialwissenschaften
- www.taz.de/1/nord/bremen/artikel/1/das-klang-erpresserisch/ taz-Kommentar „Die Hochschulautonomie hat sich verabschiedet“
- www.taz.de/1/debatte/kommentar/artikel/1/moralvolte-zur-rechten-zeit/ „OH-B-Stiftungsprofessur bedenklich?“ Weser-Report Pro & Contra - Sören Böhrnsen (AStA) & Martin Günthner (Wirtschaftsminister)
- www.weserreport.de/ausgabe.php?ausgabe=MIT&e_id=63&p=2 „Gelder für Hochschulen - Forschen für die Bundeswehr“
- <http://www.taz.de/1/zukunft/bildung/artikel/1/forschen-fuer-die-bundeswehr/>

AStA-Zusammenfassung der AS-Sitzung am 15. Juni 2011 (Lena & Sören)

Zuerst einmal die Ergebnisse: Der Beschluss-Entwurf, der gestern noch von den Dekaninnen und Dekanen herum geschickt worden war, wurde NICHT abgestimmt, in diesem Punkt konnten wir uns durchsetzen. Stattdessen wird das Thema in der November/Dezembersitzung wieder auf den Tisch kommen. Mehrere Unterlagen sollen dann Diskussionsgrundlage sein: eben dieser Entwurf, der ursprüngliche AStA-Antrag sowie sämtliche Stellungnahmen, die Ergebnisse der Arbeitsgruppe (die im Voraus tagen soll) und schließlich die Eindrücke der zwei Veranstaltungen (die jetzt leider erst im Herbst stattfinden werden). Wie die Arbeitsgruppe zusammengesetzt werden wird und wann sie tagen soll, wurde nicht geklärt.

Verlauf der Sitzung: Glücklicherweise waren wir ein ziemlich großer Pulk von Zivilklausel-Unterstützerinnen und Unterstützern (bestimmt 50 Leute), die lautstark mitdiskutiert und unseren Standpunkt vertreten haben. Die Statements der AS-Mitglieder (ProfessorInnen und wissenschaftliche MitarbeiterInnen) waren fast alle erschütternd, allen voran Arnim von Gleich, von dem auch besagter Entwurf stammt. Wir wurden als utopische Pazifisten dargestellt, die die heutigen globalen Gegebenheiten völlig vernachlässigen würden. Nach dem Motto: Die Moral muss sich den militärischen und wirtschaftlichen Sachzwängen der heutigen Welt unterordnen. Es wurde so getan, als ob es in der komplexen Welt ja gar nicht möglich wäre, dass sich eine Uni der konsequent friedlichen Forschung und Lehre verschreibt. Zudem wurde angebracht, man müsse zwischen den Arten der Waffen (Massenvernichtungs- und 'normale' Waffen, die auch der 'Sicherheit' dienen) unterscheiden. Ein AS-Mitglied hat uns in vielen Punkten zugestimmt. Vor allem wurde auch das Vorgehen des Rektorats kritisiert, einfach am AS vorbei (und uns Studierenden natürlich) die Änderung der Zivilklausel in der Presse angekündigt zu haben; und das auch unmittelbar nach dem ebenfalls in der Presse veröffentlichten Erpressungsausspruch aus dem Hause OHB. Wir haben darauf beharrt, die Diskussion müsse vielmehr darum kreisen, wie die Zivilklausel konsequent umgesetzt werden kann – die Zivilklausel ist schließlich heute wie vor 25 Jahren aktuell und muss NICHT an aktuelle geopolitische Situationen angepasst werden. Im Rahmen der Diskussion haben wir auch die Unterschriftenliste übergeben. Es waren bis zu diesem Zeitpunkt 594.

Das Fazit: Alle wollen eine gründliche Debatte führen, und die Uni will sich dabei nicht von externen Akteuren reinreden lassen. Diese Debatte wurde nun auf den Herbst vertagt.

Zu den geplanten Veranstaltungen:

- Diskussion über Zivilklauseln mit VertreterInnen aus Hochschulen, die eine Zivilklausel haben bzw. sich damit beschäftigen; Uni Konstanz und Tübingen, Köln, Kassel, Berlin, Bremen.
Koordinator: Hans-Jörg Kreowski & Wolfram Elsner
- Generelle Diskussion über Rüstungsforschung im Kontext globaler Herausforderungen. Die Hochschulen im 'Balanceakt' zwischen Autonomie und gesellschaftlicher Verantwortung (diese Formulierung kommt nicht von uns!). Eingeladen werden sog. Friedensforscher wie Michael Brzoska (Direktor vom Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik Uni Hamburg).
Koordination: Rektorat der Uni Bremen

Und jetzt? Für eine Evaluation der bisherigen Ereignisse und Planungen für das weitere Vorgehen und damit unser momentaner Unmut und die Motivation nicht im Sande verläuft, möchten wir gerne zu einem weiteren Treffen einladen. Vorschlag: 23. Juni, 17.00 Uhr im Konferenzraum auf der AStA-Etage (in der Glashalle im 2. Stock). Bitte verbreitet diesen Termin auch weiter. Danke für die Unterstützung, auch für die vielen Unterschriften (es haben bereits knapp 700 Leute unterschrieben!). Es kann übrigens immer noch unterschrieben werden. Diese erweiterte Fassung wird dem Rektorat dann nachgereicht. (PK)

Frühere NRhZ-Artikel zur Thematik Zivilklausel und Uni Bremen

09.02.2011 www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=16184

23.03.2011 www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=16333

30.03.2011 www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=16350

Online-Flyer Nr. 303 vom 25.05.2011

<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=16547>

Die Genese der Plutonium- Tritium-Diktatur - Teil 3

In Memoriam Leon Grünbaum (1934 - 2004)

Von Dietrich Schulze

Der französische Physiker Leon Grünbaum hat sich bereits vor drei Jahrzehnten mit der kriminellen Vorgeschichte der deutschen Atomforschung beschäftigt. Er stammt aus einer jüdischen Familie, die mit ihm vor den Nazis fliehen musste, studierte bei Heisenberg in München und wurde als befristet Beschäftigter im Atomforschungsprogramm des Kernforschungszentrums Karlsruhe (jetzt Karlsruher Institut für Technologie KIT Campus Nord) von einem Alt-Nazi in der Geschäftsführung und weiteren Mithelfern erneut als Jude diskriminiert.

Anfang der 1980er Jahre legte Grünbaum eine zweite Dissertation im Fach Wissenschaftsgeschichte an der Sorbonne unter dem Titel „Die Genese der Plutoniumgesellschaft – politische Konspirationen und Geschäfte“ vor. Es ist kein Zufall, dass diese Anklageschrift gegen eine Technologie, deren Wirkungen die Menschheit mit Hiroshima, Tschernobyl und Fukushima zu spüren bekam und bekommt, nie veröffentlicht wurde. Wir bringen hier erstmals die Übersetzung eines Schlüsselkapitels daraus:



Physiker Dr. Dr. Leon Grünbaum
Quelle: Dietrich Schulze

Motivation für meine erneute Recherche im Kontext mit den Konsequenzen aus Fukushima für das Karlsruher Atomforschungsprogramm KIT und die Zivilklausel war ein bewegender Besuch von Grünbaums in Paris lebender Witwe.

Zusammen mit Freunden wurde Mitte April eine Gedenkfeier an Leon's Grab auf dem Friedhof in Mingolsheim bei Karlsruhe abgehalten. Hier das ins Deutsche übersetzte Kapitel III seiner Dissertation.

Leon Grünbaum „Die Genese der Plutonium-gesellschaft – politische Konspirationen und Geschäfte“ Kapitel III: Interludium alla tedesca - Deutsches Zwischenspiel: Die Affäre Greifeld

Die Erfahrung eines dreijährigen Aufenthaltes am Kernforschungszentrum Karlsruhe von 1970 bis 1973 hat den Lebensweg des Autors dieser Schrift tief geprägt. Die Methoden sui generis, die man dort nutzt, um die Menschen zu schikanieren, sind nach außen hin zwar oft sehr höflich, aber kennzeichnend für den Verwaltungsapparat, und nur die zivile Kleidung der Vorstandsmitglieder erinnert daran, dass das Institut nicht offiziell den Militärs unterstellt ist. Ein Klima der Freiheit, das man in anderen Forschungszentren vorfinden kann, wird man hier vergeblich suchen. Es sei uns gestattet, einige Episoden als Beispiele anzuführen.

Während einer Betriebsversammlung am 26. September 1972 behauptete Dr. ZIEGLER, der Leiter der Juristischen Abteilung des Instituts, während einer lebhaften Diskussion zum Thema der über-eilten Ausweitung der Praxis der Zeitverträge, dass es keine brauchbarere Praxis gebe als diese, die es gestatte „Ausländer“ in einer gewünschten Frist zu entlassen.



Rudolf Greifeld, Herrmann Giesler, Albert Speer, Adolf Hitler und Arno Breker am 28. Juni 1940 in Paris (v.l.n.r.)

Quelle: Bundesarchiv Bild 183-H28708

[Anmerkung: Wortlaut aus der Betriebsversammlung der Gesellschaft für Kernforschung am 26.9.1972: Dr. Ziegler: „Ich kann sagen, es ist sicherlich ein sachlicher Grund, wenn jemandem, der nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt und erstmals eine berufliche Tätigkeit aufnimmt, wenn mit einem solchen Mitarbeiter ein Zeitvertrag abgeschlossen wird, dann bin ich sicher, dass niemand sagen wird, hier liegen nicht genügend sachliche Gründe vor.“ Ein Betriebsratsmitglied: „Herr Dr. Ziegler, als Mann des Rechts bitte ich Sie folgendes wieder zurückzunehmen. § 75 des Betriebsverfassungsgesetzes lautet: Arbeitgeber – also Sie auch mit – und Betriebsrat haben darüber zu wachen, dass alle im Betrieb tätigen Personen nach den Grundsätzen von Recht und Billigkeit behandelt werden, insbesondere, dass jede unterschiedliche Behandlung von Personen wegen ihrer Abstammung, Religion, Nationalität, Herkunft usw. unterbleibt.“ Dr. Ziegler lehnte die geforderte Rücknahme in der Betriebsversammlung ab.]

Daraufhin wurde der folgende Text zur Abstimmung gebracht: „Der Betriebsrat möge beschließen: ... Herr Dr. Ziegler hat auf der Betriebsversammlung am 26.9.1972 Begründungen für den Abschluß von Zeitverträgen genannt, wobei er die Staatsangehörigkeit eines Arbeitnehmers erwähnte. Diese Äußerung hat erhebliche Zweifel an der Gewährleistung einer nicht unterschiedlichen Behandlung ausländischer und deutscher Arbeitnehmer hervorgerufen. Der Betriebsrat bittet daher die Geschäftsführung, die Ausführungen Herrn Dr. Zieglers klarzustellen und die Grundsätze der Gesellschaft für Kernforschung über die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer ausführlich zu erläutern.“

Dr. ZIEGLER wurde somit auf der Betriebsratssitzung am 15.11.1972 dazu veranlasst, zu seinen Darlegungen hinsichtlich der diskriminierenden Maßnahmen gegen die Ausländer Stellung zu nehmen. Wie zu erwarten, erklärte er, dass seine Worte nicht so zu interpretieren sind, als seien sie ausschließlich gegen die „Ausländer“ gerichtet, sondern es handele sich ganz einfach um ein

allgemeines Problem des Arbeitsmarkts! Im Protokoll des Betriebsrats steht zu lesen, dass Dr. ZIEGLER bei der Verwendung des Begriffs „Ausländer“ stillschweigend Personen einbezogen hatte, die sich noch in der Ausbildung befinden und nicht allein die Nationalität der Menschen gemeint war.

Der Autor hatte an dieser Betriebsversammlung teilgenommen. Er kann bestätigen, dass Dr. ZIEGLER im Verlauf der Diskussion über die Zeitverträge den Begriff „Ausländer“ bewusst und nachdrücklich gebraucht hat, obwohl das Problem ohne jedweden Bezug zur Nationalität der Mitarbeiter behandelt worden war.....

Ein weiteres Leitungsmitglied, Dr. GREIFELD, administrativer Vorstandsvorsitzender seit Gründung des Zentrums wurde in seinen Äußerungen noch deutlicher. Er verlangte, dass – wenn man schon Ausländer einstelle – der Vorzug „Blonden, Schweden zum Beispiel“ gegeben werden müsse, und nicht Personen, die vom Balkan kämen! Kurz gesagt, er schlug eine Art Arisierung des ausländischen Personals vor! Es muss daran erinnert werden, dass dies weniger als 30 Jahre nach dem Tod von HITLER geschah ...



Rudolf Greifeld bei der Einweihung der Reaktorsiedlung in Leopoldshafen Foto aus der Jubiläumszeitschrift "25 Jahre Kernforschungszentrum Karlsruhe"

Eine Frage stellt sich: Entsprach denn diese Haltung der Leitung des Kernforschungszentrums Karlsruhe der von der sozialdemokratisch-liberalen Koalition verfolgten Politik? Man muss sich vergegenwärtigen, dass das Zentrum zu 90% vom Bund und zu 10% vom Land Baden-Württemberg finanziert wird. Selbstverständlich sollte dann die vom Forschungszentrum verfolgte Politik auch den Wünschen des Bundes – des Hauptgeldgebers – entsprechen.

Sehr viele Geschichten wären zu erzählen, wollte man den Leser die reale Atmosphäre nachempfinden lassen, die innerhalb des Zentrums herrschte, die kurz gesagt politisch eine extrem rechte war.

Und das lässt sich nicht klarer ausdrücken als mit den Worten von Staatssekretär Dr. SPERLING, mit denen er sich im Februar 1973 auf der Jahrestagung des Verbandes der Wissenschaftler an Forschungsinstituten an Dr. HAUFF, den gegenwärtigen Minister, wandte [zum Zeitpunkt der Jahrestagung war Dr. Hauff Staatssekretär im Forschungsministerium]. SPERLING erklärte, dass „das Kernforschungszentrum aus Militärs ohne Uniform besteht und die Verwaltung die Rolle einer Truppe in Zivil spielt“. SPERLING hoffte, auf diese Weise Dr. HAUFF, dessen Karriere noch in den Anfängen steckte, zur Einsicht bringen zu können. Aber er hatte sich getäuscht. Die Reaktion von HAUFF auf seine Rede war von unerwarteter Heftigkeit. Um diese Reaktion nachvollziehen zu können, muss man wissen, dass HAUFF bereits zuvor ein Schreiben einer Gruppe von Mitarbeitern des Zentrums Karlsruhe erhalten hatte. In diesem Schreiben wurde auf „Kameradschaften“ zwischen einigen Mitarbeitern der Verwaltung des Zentrums hingewiesen, die in Kriegszeiten geschlossen wurden und allermindestens als zweifelhaft erschienen.

In der Tat kann man diese neonazistische Atmosphäre nur empfinden und erkennen, wenn man sie schon einmal durchlebt hat. Der Autor hatte sie vorausgeföhlt, als er das Gelände des Zentrums betrat, aber er musste zuerst einmal ein Knäuel von Ereignissen durchleben, um schließlich zur Entdeckung der Aktivitäten eines gewissen Dr. GREIFELD während des Zweiten Weltkriegs zu gelangen, die „allermindestens als zweifelhaft“ erschienen.

So kam es auch dazu, dass in der Zeit seines Aufenthalts in Karlsruhe einer der Kollegen des Autors, dessen Namen der Autor aus Sicherheitsgründen besser nicht nennt, auf einer Abendgesellschaft in einem Privatkлуб einen gewissen Dr. ERNST traf. Dieser Dr. ERNST war schon nicht mehr sehr jung und war während des Krieges in Paris tätig, wo er auch die Bekanntschaft des Dr. GREIFELD gemacht hatte. Und am Ende der Abendgesellschaft richtete ERNST wie ganz selbstverständlich an den Kollegen des Autors die Bitte, Dr. GREIFELD Grüße zu überbringen.

So gelangten wir an den Anfang der Spur, die zeigte, dass Dr. GREIFELD gut und gern einen Teil des Krieges in Frankreich verbracht hat. Dieses mündliche Zeugnis hatte aber nur geringen Wert. Was man brauchte, war die schriftliche Bestätigung von ERNSTs Äußerung durch GREIFELD. Anstatt ERNSTs Botschaft einfach nur an GREIFELDs Sekretärin zu überbringen, bevorzugten wir den internen Postweg. Der Kollege des Autors verfasste eine schriftliche Mitteilung an GREIFELD, in der er ihn über die Grußbotschaft ERNSTs informierte. In dieser Mitteilung führte er klar die Tatsache an, dass der Beginn der Bekanntschaft dieser beiden Personen in die Zeit der Okkupation von Paris durch die Deutschen fiel. GREIFELD beantwortete die Mitteilung und bestätigte, ERNST während des Kriegs in Paris kennengelernt zu haben.

[Anmerkung : Wortlaut der zitierten Antwort von Dr. Greifeld vom 5. Juni 1972: „Besten Dank für Ihre Nachricht vom 22. Mai 1972, in der Sie Grüße von Dr. Ernst ausgerichtet haben. Zur Klarstellung möchte ich sagen, dass ich Herrn Dr. Ernst seit vielen Jahren kenne, insbesondere aus gemeinsamer Zeit in Paris. Doch waren weder er noch ich Kommandant, sondern wir waren beide in der Militärregierung Frankreich tätig.“]

Von diesem Zeitpunkt an (das war 1972) hatte der Autor die Gewissheit, dass seine Recherchen von Erfolg gekrönt sein würden. Er hatte den Verdacht geschöpft, dass GREIFELD während des Krieges Aktivitäten antisemitischen Charakters betrieben hatte. Dieser Verdacht war in ihm aufgekeimt im Anschluss an ein persönliches Gespräch, das er mit Dr. GREIFELD in dessen Büro hatte. Die Archive zu durchsuchen, ohne eine Spur zu haben, hätte keinen Sinn gehabt. Aber zumindest war der Autor nun sicher, dass die Richtung „Paris“ zutreffend sein sollte. Hatte denn GREIFELD nicht selbst schriftlich bestätigt, ERNSTs Bekanntschaft während des Krieges in Paris gemacht zu haben? Außerdem hatte der Autor jetzt ein weiteres Positivum in seinen Händen: Unter der Antwort von GREIFELD stand die handschriftliche Unterschrift. Dies würde ihm den Vergleich mit den Unterschriften ermöglichen, die er vielleicht in Paris auf Dokumenten aus den deutschen Archiven aus der Kriegszeit finden würde. Hinzuzufügen ist, dass GREIFELD geäußert hatte, nicht der Wehrmacht angehört zu haben.

Im Besitze dieses Materials stattete der Autor in Paris Monsieur BLOCH, dem Vorsitzenden der Internationalen Liga gegen Rassismus und Antisemitismus, einen Besuch ab. Dieser half ihm dann, mit den KLARSFELDs in Kontakt zu kommen. Das war während des Sommers im Jahr des Heils 1972. Und zum Ende des gleichen Jahres hatte er die Möglichkeit eines langen persönlichen Gesprächs im Ministerium für Forschung und Technologie in Bonn mit Ministerialdirektor Dr. SCHMIDT-KÜSTER. Diskutiert wurde über den Arbeitsvertrag des Autors, den sein Institutsdirektor Professor Dr. HÄFELE um keinen Preis verlängern wollte. Als er bei dieser Gelegenheit Dr. SCHMIDT-KÜSTER seine Schwierigkeiten darlegte, wusste er noch nichts von den engen Beziehungen zwischen HÄFELE und GREIFELD, von denen er zu seinem eigenen Schaden erst viel später erfahren sollte. Dr. SCHMIDT-KÜSTER versprach ihm Hilfe und verpflichtete sich, alles zu unternehmen, um bis zum Zeitpunkt des Auslaufens des Arbeitsvertrags eine akzeptable Lösung zu finden. Es handelte sich darum, dass der Autor das von HÄFELE geleitete Institut verlassen sollte, um in ein anderes Zentrum zu wechseln, vorzugsweise eines außerhalb von Karlsruhe. Erwähnt wurde das CERN, in dem bereits eine vom Kernforschungszentrum Karlsruhe entsandte Forschungsgruppe arbeitete.

Trotz aller „Anstrengungen“ des Ministeriums hatte die Leitung in Karlsruhe die Verlängerung des Arbeitsvertrags verweigert. Es wäre übrigens interessant, eines Tages zu ermitteln, inwieweit von

jenem Zeitpunkt an eine Art Berufsverbot seitens der Direktion von Karlsruhe ausgeübt worden sein könnte. Das, was man entdecken würde, hätte sicherlich nichts Überraschendes an sich.

Nach Auslaufen seines Arbeitsvertrags kehrte der Autor nach Frankreich zurück. Seine Intuition sagte ihm, dass er in der BRD keine Arbeitsmöglichkeit mehr bekommen würde. Aber erst später sollte klar werden, dass die Bedingungen in Frankreich kaum besser waren. Trotz der Intervention einer großen Zahl von Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Politik sah sich die französische Regierung immer wieder in der Situation „des großen Bedauerns, den Forderungen aus Gründen des Ansehens nicht nachkommen zu können.“

Als in der Presse der Skandal der TRAUBE-Affäre Furore machte, war das für den Autor eine Offenbarung. Es wurde für ihn zur Gewissheit, dass GREIFELD während des Krieges bestimmte antisemitische Aktivitäten begangen haben musste. Diese Überzeugung mit Beweisen zu belegen, würde keine geringe Arbeit darstellen, da bestimmte Personen nach wie vor eine beträchtliche Unterstützung genossen. Aber er hatte Glück und konnte in den Archiven des Jüdischen Dokumentationszentrums (Centre de Documentation Juive Contemporaine) recherchieren. Dort fand er die Strukturpläne des „Verwaltungsstabs des Militärbefehlshabers in Frankreich“ aus dem Jahre 1943/1944. GREIFELD war dort nicht erwähnt. Daraus zog er den Schluss, dass Dr. GREIFELD sich in Paris höchstens bis Ende 1942 aufgehalten hatte.

Was Dr. ERNST betrifft, war die Situation komplizierter, da dieser Familienname in Deutschland sehr verbreitet ist. Gefunden werden konnte ein gewisser Hans-Dietrich ERNST, der nach dem Krieg in Deutschland an einem geheimgehaltenen Ort lebte. Hans-Dietrich ERNST war während des Krieges Kommandeur der SIPO-SD in Angers. Nach dem Krieg wurde er der Verantwortlichkeit für die Deportation von 824 Juden beschuldigt und in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Bekannt war auch, dass bei dem allein für die in Frankreich begangenen Kriegsverbrechen zuständigen Staatsanwalt von Köln eine Klage gegen Hans-Dietrich ERNST eingereicht worden war. Daher hatte der Autor im April 1975 eine Unterredung mit Generalstaatsanwalt Dr. GEHLING am Oberlandesgericht Köln. Diesem unterstanden alle Vorgänge, die in den LISCHKA-Prozess mündeten, in dem es um die Endlösung der Judenfrage in Frankreich ging. Dr. GEHLING dachte, dass nur ein einziger Dr. ERNST existiere, und dieser schien nicht die Person zu sein, nach der gesucht wurde. In der Tat trug der eine den Dokortitel, der andere nicht, obschon beide Juristen waren. Der in Angers tätig gewesene ERNST lebte GEHLING zufolge „irgendwo in Norddeutschland“, GEHLING wusste aber, das „unser“ Mann in Baden-Württemberg wohnte. Er kannte in Baden-Württemberg keinen ERNST, der Kriegsverbrechen begangen hatte.

Nach diesem Gespräch begab sich der Autor in die Bibliothek von Köln, um dort in den Archiven der Doktorarbeiten zu recherchieren. Der Zufall wollte es, dass – wenn auch der Familienname ERNST recht verbreitet war, der Vorname des SS-Manns hingegen eher selten vorkam. In den durchsuchten Archiven gab es aber niemanden mit diesem Namen.

Irgendetwas in den Angaben von GEHLING war unstimmgig! Zurück in Paris, nahm der Autor die Suche nach den beiden ERNST wieder auf. Er durchblätterte alle Telefonbücher von Norddeutschland. Dabei fand er schließlich einen Hans-Dietrich ERNST, Anwalt in der schönen Stadt Leer nahe Oldenburg. Weitere Recherchen erbrachten ihm dann die Gewissheit, dass es sich tatsächlich um den früheren SS-Mann von Angers handelte.

Die Mitglieder von L.I.C.A. (Ligue Internationale Contre l'Antisémitisme – Internationale Liga gegen den Antisemitismus) waren sehr zufrieden, endlich den Wohnort von Hans-Dietrich ERNST zu kennen. Mit Serge und Beate KLARSFELD gingen die Recherchen dann zu GREIFELD und seinem Freund ERNST weiter. Nunmehr waren beide als Mitglieder der Militärregierung während des Krieges eingeordnet. Aber das waren auch schon alle Angaben, über die wir verfügten. Der Autor war aber damals fest davon überzeugt, dass man etwas finden müsste, wenn man sich nur Zeit nähme. Und dazu kam es dann schließlich auch. Eines schönen Tages entdeckte man eine

ganze Reihe von Dokumenten zum Thema „Deportation der jüdisch-bolschewistischen Elemente in Zwangsarbeitslager des Ostens“. Es handelte sich vorwiegend um Deportierte aus dem Lager Compiègne. Und alle diese Dokumente waren unterzeichnet von einem gewissen Dr. ERNST, Mitglied des Verwaltungsstabs des Oberbefehlshabers in Frankreich – Abteilung Polizei. Die Unterschrift enthielt nie einen Vornamen, wie das im Deutschen nach dem Dokortitel üblich ist. Der Autor erinnerte sich jedoch, dass der Freund von GREIFELD den Vornamen Waldemar trug. Um nachzuprüfen, ob es sich tatsächlich um den genannten ERNST mit Wohnsitz in Baden-Württemberg handelte, richtete der Autor ein Schreiben an den Oberstaatsanwalt GEHRLING und reichte gegen den eben neugefundenen ERNST Klage ein. Eine Woche später begab er sich nach Köln. Zu seiner großen Überraschung war dem Generalstaatsanwalt dieses Mal die Existenz eines zweiten Dr. ERNST bekannt – es war Waldemar ERNST. Er wohnte in Aalen in Baden-Württemberg und war ganz genau der Freund von GREIFELD!

Gegen Dr. Waldemar ERNST wurde ein Untersuchungsverfahren eröffnet und GREIFELD wurde vom Generalstaatsanwalt als Zeuge vernommen. Die Vernehmung fand in Karlsruhe statt. Die Tatsache, dass Dr. GREIFELD vom Staatsanwalt zu seinen Beziehungen zu Dr. ERNST während des Krieges befragt wurde, spielte im weiteren Verlauf dieses Verfahrens eine bedeutende Rolle. Es war mittlerweile Juni 1975 und noch immer lagen keine Beweise für die früheren antisemitischen Aktivitäten von Dr. GREIFELD vor. So entschloss sich der Autor, ein Rundschreiben zu verfassen, das er an Persönlichkeiten aus der Welt der Presse, an hohe Bonner Ministerialbeamte und in zahlreichen Exemplaren auch an das Kernforschungszentrum Karlsruhe versandte. Hier der Text:

„Es ist mir sehr daran gelegen, Dr. Greifeld, Vorstandsmitglied des Kernforschungszentrums Karlsruhe, Dank zu sagen dafür, dass er es mir ermöglicht hat nachzuweisen, dass Dr. Waldemar Ernst, Hauptgeschäftsführer der Schwäbischen Hüttenwerke GmbH Aalen (Tel. 07361/5021) in seiner Eigenschaft als führendes Mitglied der Verwaltung von Paris während der Kriegszeit und als Chef der Polizeiabteilung an den Aktionen gegen die Juden in Frankreich beteiligt war und in Verbindung mit dem SS-Obersturmbannführer Kurt Lischka zu den unmittelbaren Verantwortlichen für die Verfolgungen der Juden in Paris gezählt hat.

Dr. Greifeld, der sich zu gleicher Zeit wie Dr. Ernst in Frankreich aufhielt und dort verantwortliche Funktionen beim militärischen Oberbefehlshaber in Frankreich ausübte, hat mir offenbart, wo ich Dokumente zu den antisemitischen Aktivitäten von Dr. Waldemar Ernst auffinden kann. Diese Dokumente habe ich Herrn Generalstaatsanwalt Dr. Gehrling in Köln übergeben.

Es hatte zwar früher bestimmte Meinungsverschiedenheiten zwischen Dr. Greifeld und mir gegeben, aber seine Klarstellungen zu Dr. Ernst waren sehr wertvoll für mich und die deutsche Justiz, die gegenwärtig den Prozess gegen die Hauptverantwortlichen für die Endlösung der Judenfrage in Frankreich vorbereitet, der in Köln stattfinden wird.“ (Es folgen die Unterschrift des Autors und seine Anschrift in Frankreich.)

Diesem Rundschreiben beigelegt waren Dokumente zur Judendeportation, die unterzeichnet waren von Dr. ERNST. Die Presse reagierte nicht – aus gutem Grund!

Es ging also darum zu sehen, wie GREIFELD diese Kröte schlucken würde. Er konnte nicht wissen, ob der Autor zu diesem Zeitpunkt ein Dokument über dessen Aktivitäten während des Krieges in Paris in Händen hatte. Anhand seiner Reaktion würde es ein Leichtes sein, den Schluss zu ziehen, ob man die Recherche fortsetzen musste oder nicht. GREIFELD reagierte nicht. Man konnte nun also berechtigterweise vermuten, dass bestimmte seiner Aktivitäten antisemitischen Charakters gewesen waren.

Die Recherchen in den Archiven des Jüdischen Dokumentationszentrums wurden mit verstärkter Kraft wieder aufgenommen. Im Oktober 1975 wurde schließlich ein Dokument aus dem Verwaltungsstab entdeckt, auf dem sich eine Unterschrift ähnlich der von Dr. Rudolf GREIFELD befand. Es stammte vom 2. Januar 1941 und war in der Tat das erste Dokument, das von einer antisemitischen Maßnahme in Frankreich berichtete!

Hier der Text:

1.) Vermerk

In der jüngsten Zeit machen sich die Juden in Paris wieder breit. So waren z.B. in dem Cabaret „Le bœuf sur le toit“ im Gebäude des Hotels „George V“ – von den Wehrmachtsangehörigen abgesehen – sehr viele Juden. In der gleichen Nacht ist im Cabaret „Les Trois Valses“ – nach Angabe des OKVJ Fein – ein deutsches Lied, das die Kapelle spielte, ausgepfiffen worden. Zu dieser Zeit waren auch hier Juden. Gerade dieses Lokal wird von sehr vielen Wehrmachtsangehörigen besucht. Auch in dem Cabaret „Carrère“ verkehren sehr viele Juden.

Ich rege deshalb an, dass die Bewilligung auf verlängerte Polizeistunde in den von Wehrmachtsangehörigen häufig besuchten Lokalen überprüft wird und die Verlängerung der Polizeistunde von der Verpflichtung abhängig gemacht wird, dass der Eigentümer ein Schild an der Tür anbringt, wonach Juden der Zutritt verboten ist.

2.) An das Polizeireferat zuständigkeitshalber.

Paris, den 2. Januar 1941.“

(Es folgt die handschriftliche Unterschrift GREIFELD)

Das Gutachten, das im Weiteren von einem Experten für Graphologie und Paläographie beim Berufungsgericht Paris angefertigt wurde, ließ keinen Zweifel: Das Dokument war tatsächlich während des Krieges von GREIFELD unterzeichnet worden. Wie sich anhand der Anmerkung am Textende des Dokuments leicht feststellen lässt, war Dr. GREIFELD nicht zuständig, solche Maßnahmen zu ergreifen, er gehörte nicht der Polizeiabteilung an, sondern der Abteilung, die sich mit Alltagsfragen befasste, dem täglichen Leben während der Okkupation. Die Bedeutung, die die deutschen Behörden seiner antisemitischen Initiative beimaßen, spiegelte sich in Folgendem wieder: Zum Zeitpunkt, da er seine „geniale Idee“ – die erste antisemitische Maßnahme in Frankreich – hatte, stand GREIFELD im Rang eines „Kriegsverwaltungsassistenten“. Dreizehn Tage später war GREIFELD zum „Kriegsverwaltungsrat“ befördert worden.

Ende Oktober hielt der Autor gemeinsam mit den KLARSFELDS in der Europa-Hauptstadt Straßburg eine Pressekonferenz ab. Die antisemitischen Aktivitäten von Dr. GREIFELD wurden hier der Öffentlichkeit bekanntgegeben. Gefordert wurde der Rücktritt GREIFELDS vom Posten

fol. 413
XXVI-4
191

1.) Vermerk

In letzter Zeit machen sich die Juden in Paris wieder sehr breit. So waren z.B. in der Silvesternacht in dem Cabaret „Le bœuf sur le toit“ im Gebäude des Hotels „George V“ – von den Wehrmachtsangehörigen abgesehen – sehr viele Juden. In der gleichen Nacht ist in dem Cabaret „Trois Valses“ – nach Angabe des OKVJ Fein – ein deutsches Lied, das die Kapelle spielte, ausgepfiffen worden. Zu dieser Zeit waren auch hier Juden. Gerade dieses Lokal wird von sehr vielen Wehrmachtsangehörigen besucht. Auch in dem Cabaret „Carrère“ verkehren sehr viele Juden.

Ich rege deshalb an, dass die Bewilligung auf verlängerte Polizeistunde in den von Wehrmachtsangehörigen häufig besuchten Lokalen überprüft wird und die Verlängerung der Polizeistunde von der Verpflichtung abhängig gemacht wird, dass der Eigentümer ein Schild an der Tür anbringt, wonach Juden der Zutritt verboten ist.

2.) An das Polizeireferat zuständigkeitshalber.

Paris, 2. Januar 1941.

J. S. R. J. Kiesel.
Lab 7/1

Greifeld
3.1.41.

des Vertreters der Bundesrepublik Deutschland, den er im Lenkungsausschuss des englisch-französisch-deutschen Laue-Langevin-Instituts in Grenoble innehatte. Ein Deutscher, der während des Krieges in Frankreich antisemitische Maßnahmen gefordert hatte, saß nach dem Krieg im Direktionsstuhl eines Kernforschungszentrums in Frankreich – im Namen der Kooperation zwischen Paris und Bonn! Das war zu viel. Sein Fall hatte den gleichen provokatorischen Charakter wie der von BÖTTCHER im Kernforschungszentrum Jülich nahe der holländischen Grenze.

Die Presse veröffentlichte die Information. „Le Monde“, „Figaro“ und andere nicht-extremistische Zeitungen publizierten die Geschichte. In Deutschland wurde sie von der liberalen Zeitung „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ korrekt verbreitet. Dr. GREIFELD erklärte Journalisten gegenüber, dass das alles nichts als eine Lüge sei und dass man hier nichts als einen Racheakt von Seiten des Autors dieses Buches sehen könne. Er habe, so äußerte er sich, während seines Aufenthaltes in Frankreich in der Zeit des Krieges nie antisemitische Maßnahmen befürwortet. Die offiziellen Behörden unterstützten GREIFELD; er blieb im Amt sowohl in Grenoble wie auch in Karlsruhe.

Angesichts dessen bildete sich ein „Komitee zur Greifeld-Affäre“ und veröffentlichte ein Begehren. Mehr als vierhundert französische und ausländische Physiker verlangten mit ihrer Unterschrift, dass GREIFELD das Laue-Langevin-Institut verlässt. Nun sah sich der Bundesforschungsminister gezwungen, sein Schweigen zu brechen. Der gleiche Dr. HAUFF, der uns (wie zuvor beschrieben) empfangen hatte, erklärte der Presse gegenüber, dass sein Ministerium den Fall GREIFELD „sehr gewissenhaft“ untersuchen werde. Die „Frankfurter Allgemeine“ veröffentlichte einen Artikel, in dem der Journalist sich die Frage stellte, wieso HAUFF all diese Zeit benötigt hatte, um den antisemitischen Charakter von GREIFELD zu begreifen. Zu diesem Thema war ihm ja doch schon zu Beginn des Jahres 1973 berichtet worden, als er in die Regierung eintrat!

In welchem Maße hatte GREIFELD Unterstützung aus Bonn genossen? Wer waren seine wahren Freunde im Beamtenapparat des Ministeriums? Der Autor hatte ein Schreiben an Staatssekretär HAUFF gerichtet, in dem er diesen um ein Gespräch ersuchte, um ihm seine Klagegründe gegen GREIFELD anhand von Dokumenten darzulegen. HAUFF antwortete umgehend, wobei er die Angelegenheit einem Beamten des Ministeriums – Dr. BISCHOFF – übertrug. Er riet, mit diesem in Kontakt zu treten, was auch so geschah. In einem Telefongespräch legte Dr. BISCHOFF seine Absicht dar, sich nach Paris zu begeben, um die Authentizität dieser Dokumente, die die antisemitische Haltung GREIFELDs in der Kriegszeit belegten, zu prüfen. BISCHOFF fuhr aber nicht nach Paris, denn der Autor hatte ihm geraten, Kontakt mit Generalstaatsanwalt Dr. GEHRLING aufzunehmen, der ihm die Erklärungen des Autors bestätigte. Dies geschah am 5. Dezember 1975. Epilog: Anstatt sich nach Paris zu begeben, sandte BISCHOFF dem Autor aus Bonn ein Schreiben, in dem er diesen informierte, dass ihm Dr. GREIFELD am Tag nach dem Telefongespräch seinen Rücktritt vom Amt im Lenkungsausschuss des Laue-Langevin-Instituts in Grenoble angeboten hatte. (PK)

Das Original der Dissertation von Leon Grünbaum liegt dem Autor vor. Von ihm wurden die Anmerkungen in eckigen Klammern eingefügt.

Die Übersetzung aus dem Französischen besorgte Rolf Junghanns.

Der Beitrag des Autors gehört zum Artikel „Zerbrecht die Plutonium-Tritium-Diktatur!“ für die Zeitschrift „Marxistische Blätter“ Heft 3 Nr. 11, der online in zwei Teilen in der „Neuen Rheinischen Zeitung“ am 4. Mai 2011 www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=16473 und am 18. Mai 2011 www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=16511 erschien.

Zerbrecht die Plutonium-Tritium-Diktatur! - Teil 2

Von Dietrich Schulze

Der nach Fukushima anschwellende Protest gegen die Atomenergie wird von der herrschenden Politik und der etablierten Wissenschaft mit hinhaltendem Widerstand beantwortet. In den diesjährigen Ostermärschen gegen Atomkraft und Atomwaffen wurde hingegen der doppelte Zusammenhang zwischen Energiepolitik und Frieden herausgestellt. Eine Umstellung auf ausschließlich erneuerbare Energieträger untergräbt objektiv die Kriegspolitik zur Beherrschung fremder Ressourcen. In Teil I dieser Serie berichteten wir darüber, warum Alt-Nazis unter Adenauer Kernforschung betrieben. Nun geht es u.a. um die Kern- und Waffenforschung unter dem Dach des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT), das als Zusammenschluss des Forschungszentrums Karlsruhe und der Universität Karlsruhe entstand.

Am Tag des Beginns der Fukushima-Katastrophe wurde im Südwestfunk gemeldet, dass im Institut für Transurane ITU, eine europäische Atomforschungseinrichtung auf dem Gelände des KIT Campus Nord, Forschung an neuen Reaktortypen unter Einsatz von 180 Kilogramm Plutonium, 50-130 Kilogramm hochangereichertes Uran, 300 Kilogramm schwach angereichertes Uran und 450 Kilogramm Thorium betrieben werden soll. KIT Campus Nord arbeitet seit Jahren daran und koordiniert für die Europäische Kommission ein vierzig Mio. Euro schweres Projekt mit fünfzig Partner aus Industrie, Forschungsinstituten und Universitäten, in dessen Rahmen die Machbarkeit einer solchen Anlage untersucht werden soll.



Prof. Hans-Joachim Wünsche,
Bundeswehr-Universität
München, auch Projektleiter am
KIT Quelle: <http://www.unibw.de/>

Dabei geht es um die Umwandlung von langlebigen Spaltprodukten in kurzlebige von „nur“ hundert Jahren, womit der Atom Müll reduziert werden soll. Ganz abgesehen von untragbar hohen Kosten, an denen letztlich der Schnellbrüter gescheitert ist, ist die Transmutation mit Wiederaufarbeitung („Wackersdorf“) verbunden. Eine Variante ist dem Schnellbrüter ähnlich und hat kein geringeres „Restrisiko“ gegen eine Kernschmelze als die für die Atomkraft wie in Fukushima eingesetzten. Die kompliziertere Variante ist unterkritisch (keine Kernschmelze möglich) und nutzt einen Teilchenbeschleuniger. In jedem Fall bleibt Atom Müll übrig.

Die zweite Schimäre heißt Kernfusion. Dabei geht es um die Nachahmung der Energieerzeugung der Sonne, wofür lediglich Wasser (Deuterium) und Lithium (Gestein, aus dem Tritium gewonnen wird) als unbegrenzt verfügbare Rohstoffe gebraucht werden. Daran wird weltweit geforscht und entwickelt. Im südfranzösischen Cadarache ist der milliardenschwere Versuchs-Fusionsreaktor ITER im Bau, dessen Weiterfinanzierung nicht gesichert ist. Mit der Einsetzbarkeit kann vielleicht in 40 Jahren gerechnet werden. Abgesehen davon, dass eine großtechnische Anwendung wegen astronomischer Kosten in den Sternen steht, sobald die Machbarkeit demonstriert sein würde, liefert die Kernfusion keinen Beitrag zur jetzt anstehenden Energiewende. Das für den Prozess eingesetzte Tritium ist übrigens der Rohstoff für die sogenannte „unkontrollierte Kernfusion“, die atomare Wasserstoffbombe. Im KIT wird ein Tritiumlabor mit diesem Bombenrohstoff betrieben.

Aus den genannten Gründen hat sich die „NaturwissenschaftlerInnen-Initiative für Frieden und Zukunftsfähigkeit“ (NatWiss) am 4. April an KIT und die Zuständigen in Bund und Land gewandt und die Einstellung der gegenwärtigen Kernfusionsforschung verlangt. Die Grünen-Politiker Reinhard Bütikofer und Harald Terpe haben sich Mitte April ebenfalls für eine Beendigung des

Kernfusion-Projektes ausgesprochen, weil damit die Energiewende behindert werde. Die Kanzlerin stellte sich demonstrativ hinter die Kernfusion und sicherte den Standorten Greifswald und Garching die Fortführung der Finanzierung zu, ohne sagen zu können, wo die Mittel für die Energiewende zu den Erneuerbaren herkommen sollen. Erst kürzlich hat die Energiewirtschaft den beim Pakt für die Laufzeitverlängerung zugesagten 1,5-Milliarden-Fond eingefroren. Auch sonst wird seit Fukushima in den Medien fleißig Werbung für die kostspielige Kernfusion gemacht.

Und im trauten Wechselspiel der beiden Schimären ziehen Transmutationsbefürworter aus der späten Verfügbarkeit der Kernfusion den Schluss, dass der Ausstieg der falsche Weg ist und unbedingt die schneller verfügbaren Transmutationsreaktoren erforscht und in Betrieb genommen werden müssen. Zu diesem gespenstischen Verlängerungsszenario exakt passend die Gründung der KIT „AREVA Nuclear Professional School“ zwecks „Stärkung des kerntechnischen Know-how“. AREVA NP ist das weltweit führende Unternehmen für die Auslegung und Errichtung von Atomkraftwerken und Forschungsreaktoren mit 18.000 Beschäftigten in allen Teilen der Welt und einem Umsatz von mehr als 3 Milliarden Euro.

In einem Beitrag für die „junge Welt“ am 23. April hat Winfried Wolf die Atomkraft als „extrem unverantwortlich, energiepolitisch unnötig und ausgesprochen unwirtschaftlich“ portraitiert, ebenfalls auf die Rolle der Nazi-Wissenschaftler aus der Gründungszeit und auf den mit Waffen-Uran betriebenen Münchener Forschungsreaktor FRM II hingewiesen. Dazu sei ergänzt, dass der dafür zuständige Prof. Wolfgang A. Herrmann, Präsident der TU München, der zweite Hochschulunterzeichner des Appells zur Laufzeitverlängerung ist. Natürlich reiner Zufall.

Tabubruch: Kern- und Waffenforschung unter einem Dach

Welcher autoritäre Geist sich im KIT mit abgeschaffter Betriebsverfassung und fast abgeschaffter wissenschaftlicher Mitbestimmung breit gemacht hat, zeigt sich in der Ablehnung der Zivilklausel für die Grundsatzung des Uni-Teils (KIT Campus Süd) durch Präsidium und Gründungssenat, trotz 450 Unterstützungsunterschriften und unter Missachtung eines internationalen Appells gegen Kernforschung und Waffenforschung unter einem Dach. Den internationalen Appell vom Mai 2009 haben über 140 internationale Persönlichkeiten wie Bürgermeister Tadatashi Akiba von Hiroshima und Physik-Nobelpreisträger Prof. Jack Steinberger unterzeichnet. Undenkbar wäre es im Kernforschungszentrum zum Beispiel gewesen, militärische Anwendungen der Nanotechnologie zu erforschen, wie das im jetzigen Vorbild MIT (Massachusetts Institute of Technology) mit dem „Institute for Soldier Nanotechnologies“ der Fall ist. Nun aber wird unter dem Dach des KIT militärische Forschung zu einem kognitiven Breitbandkommunikationssystem für Interventionstruppen und zivil deklarierte Forschung für kognitive unbemannte Landfahrzeuge betrieben. Diese sind als „Killer-Roboter“ hauptsächlich für das Schlachtfeld von Bedeutung und zwei Projektleiter sind direkt in der Militärforschung tätig: Prof. Hans-Joachim Wünsche (Bundeswehr-Universität München) und Prof. Jürgen Beyerer in einer Doppelrolle als Lehrstuhlinhaber am KIT und Leiter des überwiegend militärisch forschenden Karlsruher Fraunhofer-Instituts IOSB. KIT verbirgt systematisch Auskünfte bei Abgeordnetenfragen. Die Bundesregierung hat im letzten Oktober gegenüber dem Parlament gar die 5 Jahre zuvor erteilten Auskünfte über militärrelevante Sicherheitsforschung auf Anordnung des Bundesverteidigungsministeriums unter Geheimschutz gestellt.

Energiewirtschaft in Gemeineigentum überführen

Der französische Résistance-Kämpfer und Buchenwald-Überlebende Stéphane Hessel erinnert in seiner Streitschrift „Indignez vous! Empört Euch!“ gegen die Diktatur des Finanz-Kapitalismus und die Umweltzerstörung an die europaweiten Schlussfolgerungen nach der Befreiung von Faschismus und Krieg. Am Beispiel des Programms des französischen Nationalen Widerstandsrates stellt er diese so vor:

„Die Energieversorgung, Strom und Gas, der Kohlebergbau, die Großbanken sollten verstaatlicht werden. In diesem Sinne forderte das Programm »die Rückgabe der großen monopolisierten

Produktionsmittel, der Früchte gemeinsamer Arbeit, der Energiequellen, der Bodenschätze, der Versicherungsgesellschaften und der Großbanken an die Nation», die Errichtung einer echten wirtschaftlichen und sozialen Demokratie unter Ausschaltung des Einflusses der großen im Wirtschafts- und Finanzbereich bestehenden privaten Herrschaftsdomänen auf die Gestaltung der Wirtschaft«. Das Gemeinwohl sollte über dem Interesse des Einzelnen stehen, die gerechte Verteilung des in der Arbeitswelt geschaffenen Wohlstandes über der Macht des Geldes. »Eine rationelle Wirtschaftsverfassung, in der die Individualinteressen dem Allgemeininteresse untergeordnet sind, ohne Diktatur der Sachzwänge nach dem Vorbild faschistischer Staaten« - dies als Auftrag an die provisorische Regierung der Republik.“

Das alles ist in Frankreich heute genauso verschüttet wie hier. Im Ahlener Programm der CDU von 1947 heißt es, dass die kapitalistische Wirtschaftsordnung den Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden ist und eine Neuordnung von Grund auf notwendig ist. Die Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum war damals gesellschaftlicher Konsens und muss heute zum Programm für ein demokratisches und friedliches Europa erhoben werden. Die durch den Übergang zu den Erneuerbaren geförderte Kommunalisierung ist jedenfalls ein Schritt in die richtige Richtung. Titel der VDI-nachrichten am 15. April „Stadtwerke rebellieren gegen Energieriesen“. Von einem Dammbruch ist gar die Rede. Die Gründerin der Elektrizitätswerke Schönau (EWS), dem ersten bürgereigenen Energieversorgungsunternehmen mit Strom ausschließlich aus erneuerbaren Energien, ist Anfang April in San Franzisko mit dem "Goldman Environmental Prize", einen der renommiertesten internationalen Umweltschutzpreise, ausgezeichnet worden.

In der vom Unabhängigen Studierenden-Ausschuss (UStA) der Uni Karlsruhe veranstalteten Podiumsdiskussion am 21. April zum Thema „Zukunft der Kernforschung am KIT“ war genau das der beherrschende Streit- und Diskussionspunkt.

KIT öffnet sich - Atomforschungsprogramm bleibt strittig

Prof. Norbert Willenbacher (KIT Institutsleiter, Bereich Angewandte Mechanik, gleichzeitig tätig für eine Planungs-, Projektierungs- und Betriebsfirma im Bereich erneuerbare Energieanlagen und Energieeffizienz) kritisierte das Missverhältnis von 10:1 in der Forschungsförderung Kerntechnik/Erneuerbare, die eigentlich unbezahlbare Kerntechnik, das EnBW-Oligopol, die Verhinderungspolitik der früheren Landesregierung bezüglich Windkraftanlagen, die dennoch erzielten Markterfolge der Erneuerbaren (z.B. rasch sinkende Stromeinspeisungsvergütung) und die Notwendigkeit einer erheblichen Aufstockung der KIT Forschungsprogramms zugunsten der Erneuerbaren. Und Harry Block (BUND, Grüner Ex-Stadtrat, kritischer EnBW-Aktionär), der die wegen der Koalitionsverhandlungen in Stuttgart verhinderte atompolitische Sprecherin der Grünen Bundestagsfraktion MdB Sylvia Kotting-Uhl vertrat, überzeugte mit der Position, dass die in die Krise geratene Kerntechnik den mit den Erneuerbaren absehbaren Technologiesprung behindert, der andere Länder motivieren wird, ebenfalls auszusteigen. Hier gehe es um eine „Systemfrage“.

KIT Vizepräsident Dr. Peter Fritz (Vize des deutschen Atomforums) mit einem Vertreter des KITSponsors EnBW im Gefolge vertrat ungerührt von Ereignissen und Argumenten die „Weiter so“-Linie einschließlich Transmutation und Kernfusion. Im Ergebnis bleibt jedoch festzuhalten, dass das offene Interesse der Anwesenden an einer sachlichen Diskussion der kontroversen Standpunkte bestimmend war. Der UStA hat dazu beigetragen, ein Stück Transparenz zu schaffen. Der begonnene Dialog der KIT Führung mit Studierenden und der Öffentlichkeit muss fortgesetzt werden. Die Risikotechnologie Kernspaltung mit Lockmittel Transmutation und dem Gift Plutonium und das leere Zukunftsversprechen Kernfusion mit dem Gift Tritium müssen beendet werden. Die Atomforschung muss radikal - an die Wurzel gehend - gekürzt und umgestellt werden. NatWiss erklärte dazu seine Überzeugung, dass die betroffenen WissenschaftlerInnen und Beschäftigten in einem intensiven Diskussionsprozess dafür gewonnen werden können, ihre Fähigkeiten auf andere Gebiete der Grundlagenforschung und der angewandten Forschung für zivile Zwecke zu verlagern.

Aufstehen gegen Atomkraft und Atomwaffen. Energiewende Jetzt.

Für die erforderliche Wende machen die großen Demonstrationen, die Brechung der 58-jährigen CDU-Herrschaft in Baden-Württemberg und die nach Fukushima wachsende Politisierung der Jugend berechtigte Hoffnung. Von Grün-Rot in Baden-Württemberg kann erwartet werden, dass kraftvolle Zeichen für die Energiewende (Umstieg auf 100 % Erneuerbare und Energie-Einsparung) und für die Zivilorientierung gesetzt werden. Wegen fehlender Aussagen im Koalitionsvertrag zur Zivilklausel für die Hochschulen des Landes sind die Delegierten der beiden Landesparteitage bereits an entsprechende übereinstimmende Wahlversprechen erinnert worden, verbunden mit der Aufforderung zur Nachbesserung.

Die Ostermärsche gegen Atomkraft und Atomwaffen und die Protestmärsche an 12 Atomanlagen mit mehr als 150.00 TeilnehmerInnen haben weiter Mut gemacht. Zur Erinnerung: Der erste Ostermarsch gegen Atomwaffen führte 1958 von London zum 83 km entfernten Atomwaffenlabor Aldermaston, organisiert von der "Campaign for Nuclear Disarmament", deren Präsident der zweifache Nobelpreisträger Lord Bertrand Russell war. Im Aufruf zum diesjährigen Ostermarsch Rhein-Ruhr wird ausdrücklich neben der Beendigung der Schulkooperationen mit der Bundeswehr das Ende der Militärforschung an Hochschulen gefordert. Im Ostermarsch Bremen wurde am Beispiel der Kooperation der Universität mit einem Rüstungsunternehmen, das für den geheim gehaltenen Plan eines Spionage-Satelliten arbeitet, an die Einhaltung der in Bremen gültigen Zivilklausel erinnert und an die Notwendigkeit des Kampfes gegen die Militarisierung der Hochschulen.

Zusammenfassender Appell

Die Atomkraft ist ein stiller, permanenter Krieg gegen Mensch und Natur. Die Atombombe ist die finale Vernichtungs-Option. Einem Land, von dessen Boden zwei mörderische Weltkriege ausgegangen sind, steht es gut an, mit dem Ausstieg voran zu gehen. Das Zusammenwirken von Friedens- und Umweltbewegung bis hinein in die ökologisch orientierte Privatwirtschaft ist äußerst perspektivreich. Die weltweite Plutonium-Tritium-Diktatur kann und muss zerbrochen werden. (PK)

Dieser Beitrag erschien in der zweiten Maihälfte 2011 auch in Heft 3, Nr. 11 der "Marxistischen Blätter" www.marxistische-blaetter.de In der nächsten Ausgabe veröffentlichen wir hierzu aus Leon Grünbaums "Die Genese der Plutoniumgesellschaft - politische Konspirationen und Geschäfte" das Kapitel III „Deutsches Zwischenspiel – die Affaire Greifeld“.

Online-Flyer Nr. 300 vom 04.05.2011
<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=16473>

Warum Alt-Nazis unter Adenauer Kernforschung betreiben sollten - Teil 1

Zerbrecht die Plutonium-Tritium-Diktatur!

Von Dietrich Schulze

Der nach Fukushima anschwellende Protest gegen die Atomenergie wird von der herrschenden Politik und der etablierten Wissenschaft mit hinhaltendem Widerstand beantwortet. In den diesjährigen Ostermärschen gegen Atomkraft und Atomwaffen wurde hingegen der doppelte Zusammenhang zwischen Energiepolitik und Frieden herausgestellt. Eine Umstellung auf ausschließlich erneuerbare Energieträger untergräbt objektiv die Kriegspolitik zur Beherrschung fremder Ressourcen.

Libyen verfügt bekanntlich über Öl und Uran. Und die "friedliche Nutzung" der Atomkraft schafft die intellektuellen und technischen Kapazitäten für das ultimative Machtmittel Atombombe, nicht

nur im Iran. Ein Rückblick in die verdrängte Gründungsgeschichte der bundesdeutschen Atomforschung kann hierzu ziemlich unerwünschte Einsichten vermitteln.



Bundesminister für Atomfragen Franz Josef Strauß unterschreibt am 19. Juli 1956 in Karlsruhe die Gründungs-
urkunde der Kernreaktor Bau- und Betriebsgesellschaft mbH
Quelle: www.institut-wv.de/2473.html

Das soll am Beispiel Karlsruhe etwas genauer untersucht werden. Wie zu Beginn des Atomzeitalters wird in der Forschungs-
politik auch heute offiziell in weltmacht-
politischen Kategorien gedacht und gehan-
delt, aber auch eine über die traditionelle
Friedensbewegung hinausgehende Bewe-
gung für eine Zivilorientierung und gegen
die Militarisierung der Hochschulen wird
sichtbar.

Ex-Nazis bestimmten Atomforschung mit

Robert Jungk schreibt in seinem Buch
"Der Atomstaat" (1975), dass Anfang der
1950er Jahre von Adenauer und Strauß
Kommandostellen wie Atomkommission und
Vorstände der Kernforschungszentren,
hauptsächlich in Karlsruhe und Jülich,
mit Ex-Nazis und Wehrmacht-Rüstungs-
wissenschaftlern besetzt worden sind. Der
von ihm befragte jüdische Physiker Dr. Dr.

Leon Grünbaum aus Frankreich sagt zu den Motiven:

„Ich meine, es ist doch wohl kein Zufall, dass diese Männer sich gerade so sehr für die Atomindustrie interessiert haben. Sie müssen sich schon zu einem frühen Zeitpunkt gesagt haben, dass hier eine Schlüsselindustrie entsteht, die einmal alle anderen an Machtfülle und Einfluss überflügeln würde. Doch dann kommt vielleicht noch ein anderes Motiv dazu: der Wunsch der Deutschen, auch einmal Atombomben zu haben - oder zumindest die Verfügung über industrielle Kapazitäten, die eine Herstellung der ihnen verbotenen Waffengattung bei Bedarf ermöglichen.“

In den THTR-Rundbriefen (THTR Jülicher Projekt Hochtempera-
turreaktor), in denen die Atompolitik seit Jahrzehnten kritisch
durchleuchtet wird, kann man den Beginn genauer *studieren*.
Nur ein Kurzporträt: Dr. Walther
Schnurr, ab 1960 wissenschaft-



Physiker Dr. Dr. Leon Grünbaum
Quelle: Dietrich Schulze

licher Geschäftsführer der Gesellschaft für Kernforschung
Karlsruhe (GfK, später Kernforschungszentrum, dann
Forschungszentrum, heute Karlsruher Institut für Technologie
KIT Campus Nord).

War Chemiker bei IG Farben und Hitlers Sprengstoffexperte.
Nach 1945 über die "nukleare Rattenlinie" nach Argentinien
gelangt. Dort unter Peron an Entwicklungen für Atombomben
und Raketen beteiligt. Von F.J. Strauß für höhere Aufgaben
zurückgeholt. Bis 1970 in dieser Schlüsselposition für die
"friedliche Nutzung" der Atomenergie und für die enge, offiziell
gelegnete Kooperation mit der argentinischen Diktatur bestimmend.



Walther Schnurr startet 1961 den
ersten deutschen Kernreaktor
Quelle: www.anti-atom-aktuell.de

Proteste, Entwicklungsbrüche, Nachwirkungen

Der Göttinger Appell gegen die Atombewaffnung der Bundeswehr und später das Scheitern des Kalten Krieges änderte zwar die Außenpolitik, aber nicht die Ambitionen, die mit dieser Schlüsseltechnologie verbunden sind. Bleiben wir bei Karlsruhe. Erst viel später kamen dort entwickelte bombenträchtige Technologien zu Fall, wie das Trenndüsenverfahren zur Urananreicherung und der Schnelle Brutreaktor, der eine gigantisch destruktive Plutonium-Gesellschaft zur Folge gehabt hätte. Die Kooperationen im Zusammenhang mit der "Trenndüse" des Prof. Erwin Willy Becker mit den damaligen Diktaturen in Südafrika und Brasilien wurden ebenso fleißig vertuscht, wie von Prof. Wolf Häfele mit einer an religiösen Wahn grenzenden Inbrunst die Segnungen seiner unerschöpflichen Schnellbrüter-Energiequelle propagiert wurden. Systematisch und in verantwortungsloser Weise wurde auch von der herrschenden Wissenschaft die Problematik der Beseitigung des Atommülls herunter gespielt. An abenteuerlichen Konzepten zur Müllumwandlung (Transmutation) wird bis heute gearbeitet.

Aufbauend auf dem Göttinger Appell hatte sich als Gegenpol allerdings eine kritische Wissenschaft entwickelt. Neben heute noch tätigen Gruppen wie der "NaturwissenschaftlerInnen-Initiative für Frieden und Zukunftsfähigkeit" (NatWiss), VDW, IPPNW, IALANA, INES usw. war Anfang der 1970er Jahre der „Verband der Wissenschaftler an Forschungsinstituten“ (VWF) aktiv. Er setzte sich mit den hierarchischen Strukturen auseinander, die in den Universitäten gerade von der 68er-Bewegung aufgebrochen worden waren. Dabei spielte die unterdrückte Kritik am Schnellen Brüter eine wichtige Rolle.

In diesem Kontext gab es einen bezeichnenden Vorfall in Karlsruhe. Der zitierte jüdische Physiker Grünbaum war mit einem Zeitvertrag im Schnellbrüter-Projekt beschäftigt. Trotz hervorragender Leistungen wurde die damals übliche Übernahme in ein ordentliches Beschäftigungsverhältnis verhindert - auf Betreiben des administrativen Geschäftsführers Dr. Rudolf Greifeld, in dieser Funktion seit Gründung 1956 (!!!). Dessen antisemitische Äußerungen veranlassten Grünbaum zu einer Recherche im französischen Außenministerium. Ergebnis: Greifeld war Hitlers oberster SS-Führer in der Wehrmachtverwaltung von Groß-Paris, u.a. für Drancy (das Durchgangslager für die Deportationen nach Auschwitz) zuständig.

Nachdem 400 französische WissenschaftlerInnen dessen Entlassung aus dem Aufsichtsrat des deutsch-französischen Forschungszentrums Laue-Langevin (ILL) in Grenoble gefordert hatten, musste er 1975 von Forschungsminister Hans Matthöfer in den vorzeitigen Ruhestand versetzt werden.

Alle Vorgängerregierungen kannten Greifelds Vergangenheit oder sie war ihnen verheimlicht worden. Unter Greifeld war eine Waffen-SS-Mitgliedschaft für die Berufung in verantwortliche



Rudolf Greifeld, Herrmann Giesler, Albert Speer, Adolf Hitler und Arno Breker am 28. Juni 1940 in Paris (v.l.n.r.)
Quelle: www.juedische-allgemeine.de

Funktionen, wie z.B. für die Leitung der Personalabteilung oder der Lehrlingsausbildung, kein Hinderungs- sondern ein Bevorzugungsgrund.

Greifeld hat wie alle anderen Ex-Nazis in der Atomforschung eine breite und tiefe Furche an Diskriminierungen und wissenschaftsfeindlichem Obrigkeitsdenken hinterlassen.

Leon Grünbaum litt trotz aktiver Auseinandersetzung mit dieser furchtbaren rassistischen Diskriminierung sehr schwer darunter, seine berufliche Arbeit nicht fortführen zu können. Er wandte sich der Technikgeschichte zu und promovierte Anfang der 1980er Jahre zum zweiten Mal. Das Dissertationsthema an der Sorbonne "Die Genese der Plutoniumgesellschaft - politische Konspirationen und Geschäfte" handelt von den geheimen Ursprüngen und Verbreitungswegen von Atomwissen und –waffenmaterial mitsamt der Rolle der genannten Nazi-Größen und vielem mehr. Die Arbeit ist nirgendwo zu finden. Zufall? Sie sollte veröffentlicht werden. Dem Autor liegt das 450-seitige Manuskript (französisch) vor. Kapitel 3 „Deutsches Zwischenspiel – die Affaire Greifeld“(1).

Wissenschaftliche Mitbestimmung, Tschernobyl, Zivilklausel

Spätestens nach dem Scheitern des Kalten Kriegs wurde in den Atomforschungseinrichtungen anderes Führungspersonal gebraucht, das mit dieser Vergangenheit nichts zu tun haben wollte, neue Forschungsthemen als Ersatz für die teilweise abgearbeitete Kernforschung förderte und auf Leistung setzte. Und auch die kritischen Beschäftigten und ihre Gewerkschaften waren nicht faul. Sie nutzten die wissenschaftliche Mitbestimmung, die Anfang der 1970er Jahren aus den Universitäten wegen "mehr Demokratie wagen" übertragen wurde, und die Mitbestimmung nach dem Betriebsverfassungsgesetz, um die betriebliche Demokratie zu stärken.

Beispiel Tschernobyl. Die offizielle Reaktion: „Kommunistischer Murks, kann bei uns nicht passieren.“ (O-Ton Regierungsvertreter als Reaktion auf die erste Rundfunkmeldung bei der Rückreise von einer externen Aufsichtsratssitzung des Kernforschungszentrums Karlsruhe in Creys-Malville beim französischen Schnellbrüter Superphénix - der Autor war Ohrenzeuge). Aber: Der innerbetriebliche Religionsersatz Kernenergie konnte vom Sockel gestoßen werden. Zusammen mit der Evangelischen Akademie und Pfarrer Dr. Ulrich Lochmann gelang es, eine Podiumsdiskussion zum Thema "Chancen und Risiken der Kernenergie" durchzuführen. Zuvor gab es nichts als Chancen. Die beiden Kontrahenten: Prof. Klaus Traube, Atom-Aussteiger, Ex-Chef des Siemens/Interatom-Schnellbrüterprogramms (Intimfeind aller Atomfetischisten, hatte Robert Jungk als Nr. 1 abgelöst) und Dr. Willy Marth, Chef des Karlsruher Schnellbrüter-Forschungsprogramms.

Auch der unermüdlichen Arbeit der Betriebsräte der später so genannten Großforschungseinrichtungen und gewählten Wissenschaftsgremien an der betrieblichen Demokratie ist es zu verdanken, dass eine andere heute in den Universitäten hochaktuelle Grundsatzfrage im Bewusstsein geblieben ist: die gesellschaftliche Verantwortung der Wissenschaften für eine Zivilorientierung.

Der völkerrechtliche Preis für den Eintritt in die Atomforschung war der deutsche Verzicht auf Atomwaffenforschung. Das musste in den Atomforschungszentren mit der Zivilklausel „Die Gesellschaft verfolgt nur friedliche Zwecke.“ per Satzung festgelegt werden. Für Adenauer, Strauß und ihre Getreuen wie die auf rasche Expansion bedachte Wirtschaft war das nichts weiter als ein momentanes Zugeständnis, das bei nächstbesten Gelegenheit gebrochen worden wäre. Es kam aber alles ganz anders. Die drei Diktaturen Argentinien, Brasilien und Südafrika wurden gestürzt

und deren Atomwaffen beerdigt. Trenndüse, THTR, Wiederaufarbeitung und Schnellbrüter scheiterten. Gegen heftigen Widerstand aus den Reihen der Union trat die Bundesrepublik 1974 dem Atomwaffen-Sperrvertrag bei, was die Politik nicht daran hinderte immer wieder zu versuchen, die Zivilklausel abzuschaffen oder aufzuweichen. Mindestens drei Versuche (1984 Teilnahme an SDI-Forschung / Laserabwehr gegen Atomraketen von der Regierung initiiert, 1994 Einführung einer zivilmilitärischen dual-use-Klausel aus CDU-Kreisen betrieben, 2001 Abwehrforschung gegen terroristische Biowaffenangriffe im Gefolge von 9/11 von Großforschungsführung beabsichtigt) konnten durch energischen Widerstand von Unten abgewehrt werden.

Die strikte Zivilorientierung war dadurch zu einer gelebten Realität geworden. Als ab 2007 die Pläne zur Zusammenlegung des Forschungszentrums mit der Universität zum Karlsruhe Institute of Technology KIT reiften, war die Zivilklausel zum ansehnlichen Exportartikel für das gesamte KIT herangewachsen. Inzwischen spricht selbst die konservative Presse mit einem Unterton der Anerkennung von einer stetig wachsenden Zivilklauselbewegung an den Universitäten (2).

Keine "gefrorenen Posthorntöne"

Können die beschriebenen Warnungen betreffend Ausrichtung der Atomforschung heute nach Fukushima als "gefrorene Posthorntöne" (Robert Jungk) abgehakt werden? Keineswegs. Die Bundesregierung übt sich in Ausstiegs-Rhetorik, spielt aber in Wirklichkeit auf Zeit. Die Energiewirtschaft droht mit Versorgungsengpässen und Arbeitsplatzverlusten. Die etablierte Wissenschaft lockt mit Schimären und betreibt großen Aufwand für den Kompetenzerhalt. Alle projizieren wie eh und je einen weltweit unablässig wachsenden Energiehunger und setzen auf die bekanntlich kurze Halbwertszeit des Angstzerfalls. Tatsächlich wachsen derweil Kosten und Atommüll mit ungeklärter Entsorgung weiter.

Ja, das eingangs beschriebene Führungspersonal hat sich geändert und kann nicht in einen Topf mit den benannten atomaren Gründungs(v)tätern geworfen werden. Aber technokratisch autoritäres Denken verbunden mit technizistischem Machbarkeitswahn ist weiter ungebrochen vorherrschend. Wie anders kann Rede und Handlung der heutigen Führungsleute in der Atomforschung eingestuft werden? KIT Präsident Prof. Horst Hippler war einer der beiden Hochschulunterzeichner des Appells zur Laufzeitverlängerung. Zwei Tage vor der Landtagswahl in Baden-Württemberg teilte der andere Präsident Prof. Eberhard Umbach mit: „Das vor kurzem verkündete Moratorium bezüglich der Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke ist allein der aktuellen Panik und Hysterie geschuldet. Aber Angst ist kein guter Ratgeber.“ Einen Tag nach der Wahl teilte er mit, dass er - „wie die neue Landesregierung - für den Ausbau regenerativer Energien" sei. Hier habe das KIT zahlreiche neue Entwicklungen und Ideen anzubieten. "Der Weg dorthin ist allerdings ohne die weitere vorübergehende Nutzung der Kernkraft nur schwierig zu erreichen." Dies werde das KIT durch entsprechende Expertisen in die Diskussion einbringen.

Wie diese Expertise aussieht, wie sie beurteilt wird und welche Schlüsse daraus gezogen werden können, erfahren Sie im Teil 2 am 18. Mai. (PK)

Quellen:

(1) www.stattweb.de/files/civil/Doku20110508.pdf

(2) Mehr dazu in der Webdokumentation der Initiative gegen Militärforschung an Universitäten unter www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf.

Dieser Beitrag für die "Marxistischen Blätter" erscheint in der zweiten Maihälfte 2011 in Heft 3 Nr. 11 www.marxistische-blaetter.de

Atomforschungsprogramm in Karlsruhe bleibt strittig

Aber KIT öffnet sich

Von Dietrich Schulze

Im vollbesetzten Redtenbacher-Hörsaal des Karlsruher Instituts für Technologie KIT fand auf Einladung des Unabhängigen Studierenden-Ausschusses UStA der Universität am Gründonnerstagabend - sechs Wochen nach Beginn des Fukushima-Desasters - eine Podiumsdiskussion zur „Zukunft der Kernforschung am KIT“ statt. Geschätzt die Hälfte der Anwesenden waren Mitarbeiter und Rentner vorwiegend aus den Kerntechnikbereichen und je ein weiteres Viertel Studierende und atomkritisch Eingestellte. Trotzdem kein Heimspiel für die KIT-Führung. Sie wurde repräsentiert durch deren Vizepräsidenten Peter Fritz (seit einem Jahr auch Vize des deutschen Atomforums) mit KIT-Sponsor EnBW, vertreten durch Geschäftsführungsmitglied Jörg Michels. Das lag vor allem an deren beiden Kontrahenten, die fachlich und argumentativ überzeugend aufgetreten sind, und zwar an Harry Block (BUND, Grüner Ex-Stadtrat, kritischer EnBW-Aktionär), der die wegen der Koalitionsverhandlungen in Stuttgart verhinderte atompolitische Sprecherin der Grünen Bundestagsfraktion, MdB Sylvia Kotting-Uhl, vertrat, und an Norbert Willenbacher, Professor für angewandte Mechanik am KIT, der für eine Firma tätig ist, die sich mit Planung, Projektierung und Betrieb von Anlagen der erneuerbaren Energie und mit Energieeffizienz befasst.



Dr.-Ing. Peter Fritz – Vizepräsident des deutschen Atomforums und von KIT
Quelle: <http://www.kit.edu/>

Um das Ergebnis der über zweistündigen Debatte vorweg zu nehmen. Die Veranstaltung war ein Erfolg für die Demokratie. Es war die erste Diskussion mit der Öffentlichkeit über die Zielsetzungen des Forschungsprogramms der öffentlich finanzierten Einrichtung, an der sich die Leitung des KIT beteiligte. Seit fast drei Jahren wird für KIT, den Zusammenschluss von Universität und (Kern)Forschungszentrum Karlsruhe, ein Bekenntnis zur Friedensbindung und ausschließlichen Zivilorientierung mittels Zivilklausel gefordert. Trotz vielfacher Bemühungen und der Aufdeckung von Militärforschung in der Universität wurde von der KIT-Führung mit Rückendeckung der abgewählten Landesregierung jeglicher Dialog mit den Gewerkschaften bzw. Studierenden abgelehnt. Allein für diesen Durchbruch in Sachen Transparenz gebührt dem UStA Dank.

Die Diskussion - moderiert von Jürgen Essig (SWR) - erbrachte zwar keine Änderungen in der Haltung der KIT-Führung, die die gesamte Palette an Atomforschung einschließlich der beiden für die anstehende Energiewende kontraproduktiven bzw. unnützen Großforschungsprojekte Transmutation und Kernfusion unbeirrt fortsetzen will, aber sie regte zum Nachdenken an.

Norbert Willenbacher kritisierte mit erfrischender Unabhängigkeit vom KIT-mainstream das Missverhältnis von 10:1 in der Forschungsförderung Kerntechnik/Erneuerbare, die eigentlich unbezahlbare Kerntechnik, das EnBW-Oligopol und die Verhinderungspolitik der früheren Landesregierung bezüglich Windkraftanlagen. Dennoch hätten die Erneuerbaren mit rasch sinkender Stromeinspeisungsvergütung (anfangs 50 Cent/kWh, jetzt 25 Cent/kWh, bald 15 Cent/kWh) Markterfolge zu verzeichnen. Das KIT verfolge zwar auf dem Gebiet der erneuerbaren Energie zukunftsfähige Projekte wie "bioliq", jedoch insgesamt nur mit einem unzureichenden, stark eingeschränkten Spektrum.

Harry Block erklärte, dass der dezentralen Energieversorgung mit Erneuerbaren und den

Stadtwerken die Zukunft gehört und der Umgang der neuen Landesregierung mit dem Landesanteil an EnBW spannend werden könne. Auf die Fritz-Darstellung, dass die Fortsetzung des Energie-Mixes mit Kernenergie auch aus wirtschaftlichen Gründen unverzichtbar sei, entgegnete er, dass genau das Gegenteil der Fall sei. Die in die Krise geratene Kerntechnik behindere den mit den Erneuerbaren absehbaren Technologiesprung, der andere Länder motivieren wird, diesem Weg zu folgen und ebenfalls auszusteigen. Am Beispiel des geplanten Baus von zwei Kernkraftwerken in Holland hatte Peter Fritz die Notwendigkeit der nuklearen Sicherheitsforschung als deutschen Export-Standard begründet. Diesem fragwürdigen Internationalismus wurde die andere wichtige internationale Seite der "friedlichen Nutzung" der Atomkraft entgegen gehalten - die damit verbundene Kompetenz, bei Bedarf eigene Atomwaffen herstellen zu können. Mit der Überwindung der Atomkraft könne den Atomwaffen weltweit der Boden entzogen werden und KIT möge sich an diesem Beitrag zum Frieden beteiligen.

Harry Block hatte bereits in seinem Eingangsbeitrag positiv Bezug auf die Friedensbindung durch die Zivilklausel des Forschungszentrums genommen, die es auf KIT zu übertragen gelte. Der UStA war in seiner zur Verteilung ausgelegten jüngsten Magazin-Ausgabe www.usta.de/sites/www.usta.de/files/umag/Umag_ss2011_1_web.pdf auf den aktuellen Stand dazu eingegangen. Zu Beginn der Veranstaltung hatte die Initiative gegen Militärforschung an Universitäten kostenlose Exemplare der Tageszeitung "junge Welt" mit einem Beitrag zur Podiumsdiskussion www.jungewelt.de/2011/04-21/045.php verteilt. Darin als Beilage die Presserklärung der NaturwissenschaftlerInnen-Friedensinitiative vom 6. April zur Atomforschung www.stattweb.de/files/civil/Doku20110406.pdf und der Beitrag "Bitte recht friedlich" www.stattweb.de/files/civil/Doku20110417.pdf über Zivilklausel und Rüstungsforschung am KIT in der aktuellen Ausgabe des Wirtschaftsmagazins "insideB".

Die viel zu knappe Zeit ermöglichte an vielen Stellen keine genügend qualifizierte Diskussion. Zum Beispiel über die mit Emphase von Peter Fritz und Jörg Michels mehrfach intonierte Feststellung, dass es keine Denkverbote geben dürfe. Dass dabei universitäre Grundlagenforschung und kostspielige Großprojekte, wissenschaftliche Erkenntnis und Energiepolitik, nicht in einen Topf geworfen werden dürfen, wurde dem zwar entgegen gehalten, konnte aber nicht konkret genug diskutiert werden.

Ermutigend bleibt festzuhalten, dass die Anwesenden offen ihr Interesse an einer sachlichen Diskussion der kontroversen Standpunkte und an der Meinungsbildung bekundeten. Anselm Laube, bis Mittwoch UStA-Vorsitzender, hatte als Veranstalter auf das politische Mandat der Studierenden hingewiesen, das mit der Abschaffung der Verfassten Studierendenschaft 1977 durch den damaligen Ministerpräsidenten Filbinger de iure beseitigt worden ist. Nach dreieinhalb Jahrzehnten wird erwartet, dass diese nunmehr von Grün-Rot für alle baden-württembergischen Hochschulen wiederhergestellt wird. Peter Fritz stimmte dem weiteren Dialog mit den Studierenden zu. Das konnte als Einladung zur Fortsetzung der Diskussion mit der Öffentlichkeit verstanden werden. Und dazu wird es angesichts der strittig bleibenden Thematik und der bevorstehenden Entscheidungen der neuen Landesregierung bald begründet Gelegenheit geben. (PK)

Zeitgewinn und Rettungsanker Kernfusion

Von Dietrich Schulze

Die von der früheren rot-grünen Bundesregierung beschlossene Laufzeitbegrenzung der Atomkraft hat in der Leitung des Karlsruher Instituts für Technologie KIT (Vorläufer: Forschungszentrum Karlsruhe, jetzt KIT Campus Nord genannt) nie Gefallen gefunden. Im Gegenteil, es wurde fest von einer Renaissance der Kernenergie ausgegangen. KIT-Präsident Prof. Horst Hippler brachte das auf den Punkt. Er war einer der beiden Hochschulunterzeichner des Appells zur Laufzeitverlängerung, dem die schwarz-gelbe Bundesregierung brav gefolgt war.

Am Tag 1 der Fukushima-Katastrophe, am 11. März, meldete der Südwestfunk, dass im Institut für Transurane ITU, einer europäischen Atomforschungsinstitution auf dem Gelände des Campus Nord, mit Forschung an neuen Reaktortypen begonnen wird. Dabei sollen 180 Kilo Plutonium, 50-130 Kilo hochangereichertes Uran, 300 Kilo schwach angereichertes Uran und 450 Kilo Thorium eingesetzt werden. Das KIT ist eng verflochten mit diesen Plänen. Zwei Tage vor der Landtagswahl teilte der andere KIT-Präsident Prof. Eberhard Umbach - wie in der Presse zu lesen war - mit, „das vor kurzem verkündete Moratorium bezüglich der Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke sei allein der aktuellen Panik und Hysterie geschuldet. Aber Angst sei kein guter Ratgeber.“ Einen Tag nach der Landtagswahl in Baden-Württemberg teilte er der Presse mit, „er sei - wie die neue Landesregierung - für den Ausbau regenerativer Energien, hier habe das KIT zahlreiche neue Entwicklungen und Ideen anzubieten. Der Weg dorthin sei allerdings ohne die weitere vorübergehende Nutzung der Kernkraft nur schwierig zu erreichen. Dies werde das KIT durch entsprechende Expertisen in die Diskussion einbringen.“

Die Energieversorgungsunternehmen (EVU) drohen derweil mit dem Blackout und dem Verlust von Arbeitsplätzen und setzen auf die kurze Halbwertszeit des Angstzerfalls. Die Industrie- und Handelskammer Karlsruhe formuliert das schon etwas eleganter. Von neuen Chancen, von den Erneuerbaren, gar vom Stromsparen ist bei ihr die Rede mit dem Fazit: „Wir müssen die Energie-Denkhauptstadt Nummer Eins in Europa werden. Wir brauchen eine stabile Stromversorgung, zu bezahlbaren Preisen bei schnellstmöglichem Ausstieg aus der Kernenergie.“

"Tag der Sündenvergebung"

Für eine Podiumsdiskussion zum Thema "Zukunft der Kernforschung am KIT" wurde ein bemerkenswerter Tag ausgesucht: Gründonnerstag, der "dies absolutionis" ("Tag der Sündenvergebung"). Gäste des außerordentlich ausgewogen zusammen gesetzten Podiums am 21. April um 18 Uhr im Redtenbacher-Hörsaal (Gebäude 10.91 der Uni) sind Dr.-Ing. Peter Fritz, Vizepräsident des KIT und Vizepräsident des deutschen Atomforums, Sylvia Kottling-Uhl, MdB im Wahlkreis Karlsruhe und atompolitische Sprecherin der Grünen Bundestagsfraktion, Jörg Michels,



Der eine KIT-Präsident Horst Hippler – für Laufzeitverlängerung
Foto: Universität Karlsruhe



Der andere KIT-Präsident Eberhard Umbach – vor der Wahl und nach der Wahl
Quelle: www.bundesregierung.de

Technischer Geschäftsführer des KKW Neckarwestheim und Mitglied der Geschäftsführung der EnBW Kernkraft GmbH, Prof. Dr. Norbert Willenbacher, Aufsichtsratsvorsitzender von juwi und Prof. für angewandte Mechanik am KIT.

Dazu muss man noch wissen, dass es neben der bekannten Seite der Atomenergie, der Kernspaltung, eine andere weniger bekannte Seite - die Kernfusion - gibt, ein weltweit etabliertes sehr kostspieliges Forschungs- und Entwicklungsprogramm. Damit soll die Energieerzeugung der Sonne auf der Erde nachgeahmt werden. Rohstoffe: Wasser und Gestein (zu Deuterium und Tritium verarbeitet), Endprodukt ungefährliches Helium, keine Kernschmelze möglich. Der Traum von der unerschöpflichen, sauberen und sicheren Energiequelle, so die offizielle Lesart. Nicht von ungefähr wird die Kernfusion seit Fukushima in den höchsten Tönen gepriesen: „die gute Kernenergie“, „die bessere Kernenergie“, „der Fahrstuhl in die Zukunft“ oder gar „der heilige Gral der Wissenschaft“.

Kernfusion Inkarnation des Technikwahns

Da ist die NaturwissenschaftlerInnen-Initiative "Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit" e.V. (NatWiss) ganz anderer Meinung. Sie betrachtet die Kernfusion eher als Inkarnation des Technikwahns und fordert auch hier den Ausstieg. Das hat sie am 4. April in einer Stellungnahme an das KIT Präsidium und die zuständigen Stellen in Land und Bund mitgeteilt und so begründet:

Die Kernfusion ist ein leeres Zukunftsversprechen, das keinen Beitrag zur Energiewende zu liefern vermag. Das Programm verschlingt Milliarden für die Forschung und wird wahrscheinlich nie in Kraftwerke umgesetzt, weil es die bessere und billigere Alternative „Energie-Einsparung kombiniert mit erneuerbarer Energie“ gibt. Die Friedensinitiative drückt dazu ihre Überzeugung aus, dass die betroffenen WissenschaftlerInnen und Beschäftigten in einem intensiven Diskussionsprozess dafür gewonnen werden können, ihre Fähigkeiten auf andere Gebiete der Grundlagenforschung und der angewandten Forschung für zivile Zwecke zu verlagern. Dazu könnte gerade auf die Erfahrungen des ehemaligen (Kern)Forschungszentrums mit seiner Zivilklausel zurückgegriffen werden. Deswegen sei die Initiative auch optimistisch, dass die geforderte Friedensbindung für das gesamte KIT zusammen mit der neuen Landesregierung trotz des kürzlichen Ausweichens des Senats verankert werden wird.

Zwei Energiekonzepte stehen demnach im Raum. Die alternative Fortsetzung der Kernenergie-Renaissance, das heißt die Versöhnung der Kernspaltung mit der erneuerbaren Energie und die Lockung mit der Kernfusion als „bessere Kernenergie“ einerseits und der energische Umstieg allein auf die beiden Ressourcen Energie-Einsparung und erneuerbare Energie andererseits.

Ostermarsch: "Atomkraftwerke abschalten! Atomwaffen abschaffen!"

Über die Haltung der EVU's und der abgewählten Machthaber in Baden-Württemberg und die noch im Amt befindlichen im Bund braucht sich niemand Illusionen zu machen. Wie wahrscheinlich ist ein Bewusstseinswandel in der Führung des KIT? Deutlich größer als das Restrisiko der "sicheren" deutschen Kernkraftwerke? Allerdings könnten sich die „im Wesentlichen weiter so“-Gruppierungen in der neuen baden-württembergischen Landesregierung gründlich getäuscht haben. Die braucht weitere kraftvolle Aktionen der außerparlamentarischen Bewegung. Und das alles gilt nicht nur für das KIT Karlsruhe, sondern für alle betroffenen Universitäten und Forschungseinrichtungen. Empört Euch! Eine gute Gelegenheit zum Mitmachen sind die Ostermärsche am 23. April: "Atomkraftwerke abschalten! Atomwaffen abschaffen!" - Energiepolitik ist Friedenspolitik. (PK)

Anlagen: NatWiss Presse-Mitteilung 6.4.11 www.stattweb.de/files/civil/Doku20110406.pdf
mit Stellungnahme 4.4.11 www.stattweb.de/files/civil/Doku20110404.pdf

Zweimal Wende eingeleitet

Von Dietrich Schulze

Neue Schreckensmeldungen aus Fukushima, große Demos für den Atomausstieg am Samstag, das AUS für Schwarz-Gelb in Baden-Württemberg nach 58 Jahren CDU-Herrschaft am Sonntag. Die Hoffnungen auf eine Energiewende und eine Politikwende scheinen ein Stück realer geworden zu sein. Die Instrumentalisierung des Aufbruchs in der arabischen Welt durch NATO, USA und diverse Potentaten für eine neue Sorte von Interventionskriegen und die Zustimmung zu einer Ausweitung des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan machen gleichzeitig die Brüchigkeit dieser Hoffnungen und die verheerende Rolle der Mainstreammedien deutlich.

Kein anderer als der geniale sozialdemokratische Vordenker Hermann Scheer hat den Zusammenhang zwischen Energie- und Friedenspolitik in seinem zum Vermächtnis gewordenen Buch "Der energetische Imperativ"(1) besser auf den Punkt gebracht: eine friedlichere Welt ist nur mit dem gemeinsamen AUS für Atomkraft und Atomwaffen möglich. Der Erfolg in Baden-Württemberg hat zweifellos mit den neuen Erkenntnissen über die Beherrschbarkeit der Atomenergie zu tun, die von Merkel und Mappus kurz davor noch schön gepredigt und von letzterem mit einem illegalen Milliarden-Deal zugunsten der EnBW veredelt wurde. Bei dem knappen Grün-Rot-Vorsprung kann gut auch die unfreiwillige Amtshilfe der Arbeitsgemeinschaft Brüderle / Schnappauf entscheidend gewesen sein.

Heribert Prantl sprach in seinem SZ-Kommentar mit Recht von einem Glaubwürdigkeits-Supergau für FDP und CDU. In das gesellschaftliche Gedächtnis haben sich auch die neuen Bürgerproteste gegen Stuttgart 21 und der von Mappus zu verantwortende Polizeieinsatz beim Schülerprotest eingegraben. Ein Segen ist das AUS für einen auf dem rechten Auge blinden CDU-Innenminister, der ein neues NPD-Verbotsverfahren nach Kräften behinderte. Ebenso das endgültige AUS für ein demokratiefeindliches neues Versammlungsgesetz, das mit Rückendeckung des Ex-Innenministers von der Polizei schon fleißig im Vorfeld praktiziert wurde.

Das chronisch unterfinanzierte Bildungssystem muss einer dringenden Reform unterzogen werden. Dafür bieten die Wahlprogramme der künftigen Regierungsparteien jede Menge Stoff zu den notwendigen Veränderungen, angefangen mit längerem gemeinsamem Lernen, mehr LehrerInnen und der Aufkündigung der Kooperationsvereinbarung Schulen/Bundeswehr.

Hier soll speziell noch ein Blick auf die Auseinandersetzungen zur Zivilklausel am Karlsruher Institut für Technologie KIT (Uni plus Forschungszentrum Karlsruhe) geworfen werden, über die der Autor mehrfach in NRhZ (1) und anderswo berichtete. Eine gute Zusammenfassung der hochschulbezogenen Kernforderungen hatte der UStA der Uni Karlsruhe in einer Podiumsdiskussion zur Landtagswahl geliefert: die Wiedereinführung der von Filbinger abgeschafften Verfassten Studierendenschaft, die Streichung der Studiengebühren und die Einführung einer Zivilklausel in das Landeshochschulgesetz und für KIT. Für diese drei Forderungen gibt es im Einklang mit entsprechenden Aussagen in den Wahlprogrammen jetzt parlamentarische Mehrheiten und die Unterstützung der Spitzenkandidaten Winfried Kretschmann (designierter erster Grüner Ministerpräsident) und Nils Schmid. Mit der Umsetzung der beiden ersten Forderungen wird mit anderen Bundesländern gleich gezogen, mit einer Zivilklausel für das Landeshochschulgesetz wird etwas Neues geschaffen, ein friedenspolitischer Impuls von großer Tragweite.

Die Leitung der Uni Karlsruhe hatte sich bei der Entscheidung über die KIT Grundsatzung am 21. März noch mit ihrem Anpassungskurs an den Ex-CDU-Wissenschaftsminister gegen die Zivilklausel durchgesetzt und die 450 Unterstützungsunterschriften ebenso wie das Studieren-

denvotum und ein Dutzend Erklärungen und Offene Briefe ignoriert. Nun wird eine Kurskorrektur im Kontext mit der Neufassung des Landeshochschulgesetzes zu diskutieren sein. Und es gibt eine weitere ebenso wichtige Kurskorrektur für das KIT, nämlich für das Energieforschungsprogramm, das auf ein langes Leben für die Atomenergie setzte. KIT Präsident Horst Hippler ist bekanntlich einer der beiden Hochschulunterzeichner des „Energiepolitischen Appells“, der im letzten August die Laufzeitverlängerung verlangte.

Es wird jetzt darauf ankommen, in einer grundsätzlichen Anstrengung vieler gesellschaftlicher Akteure die Energiewende in ein entsprechendes Energieforschungsprogramm umzusetzen und auch dafür an die Verantwortung der Wissenschaft zu appellieren. Die Gewinnung der Studierenden, Lehrenden, Forschenden und Beschäftigten an den Hochschulen für die Entwicklung von zivilen und friedlichen Alternativen in einer offenen Diskussion ist ein spannender Prozess, der jede Mühe wert ist. (PK)

(1) Hermann Scheer: Der energetische Imperativ - 100% jetzt: Wie der vollständige Wechsel zu erneuerbaren Energien zu realisieren ist, Verlag Antje Kunstmann GmbH, München 2010

Online-Flyer Nr. 294 vom 23.03.2011

<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=16333>

KIT Karlsruhe lehnt Verantwortung für Frieden und Demokratie ab

Gegen Zivilklausel in der Grundsatzung der Uni

Von Peter Kleinert



KIT-Präsident Prof. Horst Hippler – nahm die Unterschriften schließlich doch entgegen Quelle: Zivilklausel-Initiative

Die Initiative gegen Militärforschung an Universitäten hat KIT-Präsident Prof. Horst Hippler am Montag vor Beginn der entscheidenden Sitzung des KIT-Gründungssenats mehr als 450 Unterstützungsunterschriften für die Zivilklausel übergeben. Die UnterzeichnerInnen fordern die Aufnahme der Zivilklausel in die Grundsatzung der Universität Karlsruhe als Teil des neu gebildeten Karlsruher Instituts für Technologie KIT: „Lehre, Forschung und Studium an der Universität sollen friedlichen Zwecken dienen, das Zusammenleben der Völker bereichern und im Bewusstsein der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen erfolgen.“

Vor allem auf Druck der baden-württembergischen Landesregierung war die Entscheidung über diese inzwischen bundesweit und international erhobene Forderung monatelang immer wieder verschoben worden, obwohl exakt die gleiche Bestimmung für die Universität Tübingen mit Zustimmung eben dieser Landesregierung rechtskräftig geworden ist. Wie die Initiative erklärt, sollte der KIT-Gründungssenat bereits am 8. März über einen Studierenden-Antrag und die Grundsatzung entscheiden, war aber nicht beschlussfähig. Viele KIT-ProfessorInnen und andere fehlten aus Protest über das undemokratische Verfahren und die autoritären Strukturen. In seiner Not erfand das KIT-Präsidium einen trickreichen Weg,

die beantragte Zivilklausel mit einer Ethik-Bestimmung zu unterlaufen: „Die Mitglieder des KIT richten ihr Handeln in Forschung, Lehre, Innovation und Dienstleistung an ethischen Grundsätzen und Kriterien aus. Das KIT gibt sich Leitlinien für diese ethischen Grundsätze.“

Auch diesmal wurde die Zivilklausel nicht in die Grundsatzung der Universität aufgenommen. Die Initiative hatte sogar Mühe, die Unterschriftensammlung übergeben zu können. KIT-Präsident Prof. Horst Hippler wollte sie zunächst nicht einmal entgegennehmen und Präsidiumsmitglied Alexander Kurz als Vorsitzender Grundsatzungskommission ebenfalls nicht. Er verwies auf den Präsidenten, der schließlich nachgab. Im KIT ist "von Oben" ein autoritäres Klima durchgesetzt worden, eine wichtige Voraussetzung zur Fortsetzung von Rüstungsforschung. So hat die Bundesregierung zum Beispiel auch Auskünfte über militärisch relevante Sicherheitsforschung an den Hochschulen unter Geheimschutz gestellt.

Das alles wird nicht so bleiben, meinen die Sprecher der Initiative in einer Pressemitteilung: „Der Druck von Außen wächst. Freiheit und Autonomie der Hochschulen, Transparenz und Demokratie lassen sich nicht auf Dauer unterdrücken. Die Opposition im baden-württembergischen Landtag wird gestärkt aus den Wahlen hervorgehen und kann dann möglicherweise die Regierung bilden. Die SpitzenkandidatInnen der Grünen (Winfried Kretschmann), der SPD (Dr. Nils Schmid) und der Linken (Marta Aparicio, Roland Hamm) gehören zu den UnterzeichnerInnen. Alle drei Parteien sprechen sich in ihren Wahlprogrammen für Zivilklauseln für die Hochschulen aus.“

Zu den UnterzeichnerInnen gehören über 30 ProfessorInnen aus der Uni Karlsruhe und anderen Unis, die meisten aus Bremen. Dazu kommt eine dreifache Zahl an Studierenden und WissenschaftlerInnen, viele GewerkschafterInnen mit betrieblichen Funktionen, PfarrerInnen und weitere ParlamentarierInnen auf Landes- und Bundesebene. Dazu kommen viele internationale Persönlichkeiten vorwiegend aus Japan, darunter der Bürgermeister von Hiroshima.

Wie die Initiative weiter mitteilt, wächst der Widerstand gegen die Militarisierung der Hochschulen bundesweit. Drei studentische Urabstimmungen für die Einführung einer Zivilklausel in den Unis Karlsruhe, Köln und FU Berlin haben bereits stattgefunden. Über 60 Bremer HochschullehrerInnen haben eine Erklärung gegen einen rüstungsfinanzierten Stiftungslehrstuhl abgegeben. Es gibt einen Internationalen Appell gegen Forschung und Lehre für militärische Zwecke an allen Universitäten, und Ende Mai wird eine Konferenz zu diesem wichtigen Thema an der TU Braunschweig stattfinden. Der bundesweite "freie Zusammenschluss von studentInnenschaften" (fzs) fordert: „Militär und Rüstungsindustrie raus aus Schulen und Hochschulen! Zivilklausel rein in die Hochschulen und die Landeshochschulgesetze!“ Dafür wird an mittlerweile zwei Dutzend Hochschulen Widerstand entwickelt. (PK)

Online-Flyer Nr. 293 vom 16.03.2011

<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=16288>

Autonomie, Demokratie und Frieden auf die Agenda der Hochschulen!

Freiheit statt Freiherr

Von Dietrich Schulze und Peter Kleinert

Den Verdacht des Dresdener Medienwissenschaftlers Stefan Weber von Mitte Februar, dass es nach Faktenlage fraglich sei, dass zu Guttenberg die Doktorarbeit selbst geschrieben hat, wies dieser postwendend mit der Versicherung zurück, dass die Anfertigung seine eigene Leistung gewesen sei. In der ZDF-Sendung mit Markus Lanz am 1. März begrüßte Gertrud Höhler, Publizistin und ehemalige Beraterin von Helmut Kohl, dass sich so viele junge Menschen und Akademiker gegen den Verteidigungsminister ausgesprochen haben. Sie wiederholte in der Diskussion die Vermutung, dass er die Doktorarbeit gekauft hat und deshalb auch gar nichts von den Plagiaten wusste. Das erkläre jedenfalls viel besser sein spontanes Abstreiten.

Wenn das stimmt, steht ein weiter gehender Glaubwürdigkeitsverlust für ihn, die Kanzlerin und Noch-Ministerpräsident Mappus bevor. Die ganze Welt wird sich dann über den betrogenen Betrüger Karl-Theodor, den ehemals glanzvollen Kriegsminister und Kanzlerkandidaten und seine

mit lügenden SpießgesellenInnen vor Lachen ausschütten. Was wird der Freiherr wohl für das wertlose Plagiat bezahlt haben?

Dass er sich seine Doktorarbeit von einem Ghostwriter gekauft hat und schlicht zu beschränkt war, dessen Fälschungen zu bemerken, glauben ohnehin viele. Das aber konnte sich die herrschende Klasse nun wohl doch nicht mehr leisten, einem weiteren Scharlatan den Aufstieg zum deutschen Kanzler zu ebnen, so dringend sie einen Populisten für Krisenmanagement und Durchsetzung der neudeutschen Interventionsarmee auch braucht. Der unverzügliche Rücktritt war unvermeidlich geworden. Man stelle sich nur einmal vor, was er noch als Kriegsminister mit einer solchen Kombination aus Eitelkeit und Beschränktheit hätte anstellen können, zum Beispiel nach ähnlichem Muster den Ausschlag für die Anschaffung eines wertlosen milliardenschweren Waffensystems zu geben.



Cartoon: Kostas Koufogiorgos

Die von ProfessorInnen und DoktorandInnen ausgelöste Protestwelle hat dann eine nachhaltige Wirkung, wenn sie über die individuelle Seite der Angelegenheit, die Redlichkeit in der Wissenschaft, zu konkreten Forderungen nach deren gesellschaftlicher Verantwortung voranschreitet. Und wenn daraus ein Beitrag wird gegen die wachsende Militarisierung der gesamten Innen- und Außenpolitik, insbesondere für den Rückzug der Bundeswehr aus allen Kriegs- und Krisengebieten.

Wir alle können dazu beitragen, diese Entwicklung zu befördern. Im Kontext mit der Tätigkeit der Initiative gegen Militärforchung an Universitäten bedeutet das vor allem

- Wiederherstellung von Freiheit und Autonomie durch Vollfinanzierung der Hochschulen aus öffentlichen Mitteln,
- Re-Demokratisierung statt Umwandlung der Hochschulen zu marktförmig arbeitenden Wissenschaftsunternehmen und
- Gestaltung der Friedensbindung mittels Zivilklauseln in Senatsbeschlüssen, Grundordnungen und Landeshochschulgesetzen.

Dazu sind erste Schritte unternommen worden. Mit der Bremer Erklärung von 63 ProfessorInnen und WissenschaftlerInnen gegen die Stiftungsprofessur des im Rüstungsgeschäft tätigen Bremer Unternehmens OHB Systems („Spionagesatellit HiROS“, erst kürzlich über US-Depeschen und Wikileaks enttarnt). Mit drei studentischen Urabstimmungen für die Einführung einer Zivilklausel in den Unis Karlsruhe, Köln und FU Berlin. Mit einer rechtsgültig gewordenen Zivilklausel an der Uni Tübingen. Mit einem Internationalen Appell gegen Forschung und Lehre für militärische Zwecke an allen Universitäten. Und nach Jahrzehnten wird diesem wichtigen Thema wieder eine Konferenz gewidmet sein, Ende Mai an der TU Braunschweig. An inzwischen zwei Dutzend Hochschulen sind kritische Geister dabei, Demokratie mit Leben zu füllen und Widerstand zu entwickeln. (PK)

Mehr über Guttenberg

<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=16215>

Mehr über die Zivilklausel-Bewegung

<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=16184>

<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=14694>

Lesenswert hierzu auch „Ein betrogener Betrüger?“ von Heinrich Hannover

<http://www.sopos.org/aufsaeetze/4d789e2ff2858/1.phtml>

Uni-ProfessorInnen und Zivilklausel

Von Dietrich Schulze

Die Universitäten Bremen und Karlsruhe haben seit einiger Zeit ein ähnliches Problem. Wie gehen sie mit der Zivilklausel um, der Friedensbindung von Forschung und Lehre? Bremen hat seit 1986/1991 vorbildliche Senatsbeschlüsse, und Karlsruhe wurde anlässlich des Zusammenschlusses mit dem dortigen Forschungszentrum mit dem Import von dessen Zivilklausel konfrontiert. Die Studierenden in beiden Unis haben hier eine klare Haltung eingenommen. Sie wollen die Zivilklausel, d.h. Forschung Lehre nur für friedliche und zivile Zwecke. Was aber denken und tun ihre akademischen Vorbilder in dieser Grundsatzfrage?

Und gerade dazu hat sich Anfang Februar etwas beinahe revolutionär Anmutendes getan. Nach Jahrzehnten der Anpassung und des Schweigens wie überall - von rühmlichen Ausnahmen einmal abgesehen - klagt die stattliche Zahl von über 60 Bremer ProfessorInnen über die Aushöhlung der universitären Autonomie und Freiheit durch privatwirtschaftlich finanzierte Stiftungsprofessuren anhand eines besonders eklatanten Beispiels der Bremer Rüstungsfirma OHB-Systems, jüngst durch Wikileaks-Enthüllungen wegen Projektführerschaft für einen Spionagesatelliten in die Schlagzeilen geraten. Diese Professur ist ein klarer Verstoß gegen die gültige Zivilklausel, was die sofortige Rücknahme erfordern würde. Das Selbstverständliche, die Einhaltung der eigenen Beschlusslage, wird in der Bremer Erklärung noch nicht einmal gefordert.

Allein die Tatsache der gemeinsamen öffentlichen Bekundung einer Warnung, eine doch sehr zarte akademische Kampfansage, hat zu einem mittleren Erdbeben geführt mit bemerkenswerter Presseresonanz und harscher Reaktion der Uni-Leitung.

Freiheit beginnt mit Gedankenfreiheit. Der Gedanke, dass die alma mater nicht zu einem von Wirtschafts- und Rüstungsinteressen gesteuerten Unternehmen umgeformt werden darf, ist gefährlich und kann, wenn er sich nicht nur bei den Studierenden, sondern auch bei den Lehrenden ausbreitet, die weit fortgeschrittene Ökonomisierung und Militarisierung der Bildungsstätten zum Einsturz bringen. Das ist das prinzipielle große Verdienst der Bremer ProfessorInnen-Erklärung. Wie gehen deren Karlsruher KollegInnen mit dem Problem Zivilklausel um?

Die haben nämlich gleich zwei dicke Pfunde auf ihrer Seite, einerseits die Übernahmemöglichkeit der bewährten Zivilklausel des Forschungszentrums, hinter der dessen gesamte Belegschaft einschließlich der WissenschaftlerInnen und der Vorstandsmitglieder stehen und andererseits die Studierenden der Uni, die sich im Januar 2009 in einer bis dato bundesweit einmaligen Urabstimmung für die Übernahme der Zivilklausel auf das gesamte neue Karlsruher Institut für Technologie (KIT) ausgesprochen haben. Dagegen steht von Beginn an die schwarz-gelbe Landesregierung, eine in jahrzehntelangem Filz mit den ökonomisch Mächtigen im Ländle verbrauchte CDU-Herrschaft. Seit Monaten wird an der neuen Grundsatzung für den Uni-Teil gebastelt und gleichzeitig die Forderung der Studierendenvertreter in der Grundsatzungskommission blockiert. Nach außen völliges Schweigen der ProfessorInnen bis auf die Vermutung, dass die Grundsatzung ohne Zivilklausel und ohne jegliche demokratische Regelungen noch vor der Landtagswahl am 27. März in trockene Tücher gebracht werden soll. Das wäre doch aber der sichtbare Beleg für das Einknicken vor den herrschenden Machtverhältnissen, das wäre Missachtung des Studierendenvotums und der Haltung der KollegInnen des Forschungszentrums.

Seit gestern wissen wir aufgrund einer Podiumsdiskussion in der Universität, wie dieser unangenehme Eindruck vermieden werden soll. Eher beiläufig erklärte der RCDS-Vertreter in

einem Podium des Unabhängigen Studierendenausschusses (UStA) mit KandidatInnen zur Landtagswahl, dass seine Partei gegen die Zivilklausel sei, es aber eine prima Ethik-Kommission geben werde. Allein die intellektuelle Glanzleistung dieses Nachwuchsakademikers ist bemerkenswert, dem noch nicht einmal aufzugehen scheint, dass er Äpfel mit Birnen vergleicht. Eine Ethik-Kommission ist eine Verfahrensregelung zur Konfliktlösung, die beim Umgang mit Normen, Bestimmungen, Gesetzen wie zum Beispiel einer Zivilklausel entstehen können. Das sollte er seinem künftigen Arbeitgeber lieber niemals vorschlagen, wie man mit einem Verfahren eine Norm ersetzen kann. Wir werden es bald erfahren, ob die Karlsruher Uni-ProfessorInnen eine solche inszenierte Farce hinnehmen oder gar versuchen werden, die Hinnahme ausgerechnet mit einer Ethik-Kommission zu verbrämen.

Und jetzt kommt das Beste. Erst heute früh nach dem Podium wurde über die GEW Baden-Württemberg bekannt gemacht, dass eben diese Landesregierung bereits im September 2010 der im Dezember 2009 vom Senat der Universität Tübingen beschlossenen Zivilklausel zugestimmt hat. Die Tübinger ProfessorInnen hatten diesen Beschluss zur Ergänzung der Grundordnung auf Initiative der Studierenden im Bildungsstreik gefasst. Die Tübinger Zivilklausel ist damit rechtskräftig. Der zuständige Wissenschaftsminister Frankenberg hatte zuvor mehrfach öffentlich die Zivilklausel als unvereinbar mit der Verfassung bezeichnet. Das war vom Frankfurter Verfassungsrechtler Denninger in einem Gutachten widerlegt worden.

Schier unfassbar ist, dass bis heute trotz Veröffentlichung der Unterzeichnung im Amtsblatt und im Netz weder aus dem Kreis der Studierenden, noch der ProfessorInnen, noch der Tübinger GewerkschaftskollegInnen oder der örtlichen Friedensbewegung ein Ton über die sensationelle 180-Grad-Wende der Landesregierung zu hören war. Die Karlsruher Uni-ProfessorInnen jedenfalls können sich nun auf die Unterschrift des zuständigen Ministers im Falle Tübingen berufen.

Ein unschätzbarer Erfolg zweifellos der Studierenden, der Gewerkschaften und der politischen Opposition und ein starkes Signal für die bundesweite Zivilklausel-Bewegung. Die immer wieder von Senaten und Landesregierungen behauptete Unzulässigkeit einer gesetzlichen Zivilklausel ist damit de facto vom Tisch. Das ist zu aller erst dem überzeugenden Gutachten von Erhard Denninger zu verdanken.

Wie auch immer sich die abgewirtschaftete Landesregierung in Baden-Württemberg zur Forderung für die restlichen Hochschulen des Landes und für das KIT verhalten wird, die Opposition zieht in diesen wesentlichen Fragen an einem Strang. Auch das ist eindeutig in der Podiumsdiskussion sichtbar geworden. Die GRÜNEN, die SPD und die LINKE haben sich in ihren Wahlprogrammen für eine landesweite Zivilklausel für die Hochschulen, für die Abschaffung der Studiengebühren und für die Wiedereinführung der von Filbinger 1977 abgeschafften Verfassten Studierendenschaft mit politischem Mandat ausgesprochen. Hier kann im Bildungsbereich etwas Neues im Sinne von Frieden, Demokratie und Freiheit entstehen. Allein der Gedanke daran ist befreiend.

Und sehr ermutigend ist, dass sich die Studierenden an vielen anderen Orten mit Rüstungsforschung, Drittmittelabhängigkeit und Ausfinanzierung ihrer Uni auseinandersetzen. Wie in Karlsruhe haben im Dezember in der Uni Köln und im Januar an der FU Berlin große Mehrheiten für eine Zivilklausel votiert. Die durchgesetzte Rechtsgültigkeit der Tübinger Zivilklausel wird die Bewegung weiter beflügeln. Inzwischen gibt es sogar einen Internationalen Appell für den Verzicht auf Forschung und Lehre für militärische Zwecke in allen Universitäten. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung spricht in einem Beitrag am 12. Januar von einer wachsenden Zivilklausel-Bewegung und scheut sich nicht, die Schlagzeile „Wenn sie dir morgen befehlen“ zu verwenden. Eine Zeile aus dem berühmten Antikriegsgedicht von Wolfgang Borchert (1921–1947) „SAG NEIN“. (PK)

„Nie wieder Krieg“ hieß einmal „Nie wieder deutsches Militär“

Wußtest Du schon?

Von Dietrich Schulze

Selbst gestandene FriedensfreundInnen beteiligen sich an der Geschichtsentsorgung, wenn sie „Wehrpflicht“ und „Landesverteidigung“ als Selbstverständlichkeiten ansehen. Gegen den neuen deutschen Militarismus, aber auch gegen diese weit verbreitete Kurzsichtigkeit hat Ulrich Sander eine lehrreiche Broschüre mit dem Titel „Dichtung und Wahrheit in www und linken Medien - Über den antifaschistischen und antimilitaristischen Konsens - Vergessene Biografie Max Reimanns wieder vorgelegt“ zusammengestellt.

Ein Blick zurück in die spannendste Periode deutscher Geschichte, die zugleich am stärksten im öffentlichen Bewusstsein verdrängt wurde: die Jahre unmittelbar nach der Befreiung von Faschismus und Krieg. Es wäre auch an der Zeit, Emil Carlebachs Artikelserie über diese Jahre mit dem Titel „Das bestgehütete Geheimnis der Bundesrepublik“ in der früheren VVN-Wochenzeitung „Die Tat“ neu herauszugeben. „Schwerter zu Pflugscharen“ und nicht „Remilitarisierung“ war die Lehre aus dem faschistischen Menschheitsverbrechen, das die Industriellen an Rhein und Ruhr und die Finanzwelt gefördert hatten und von dem sie profitierten.

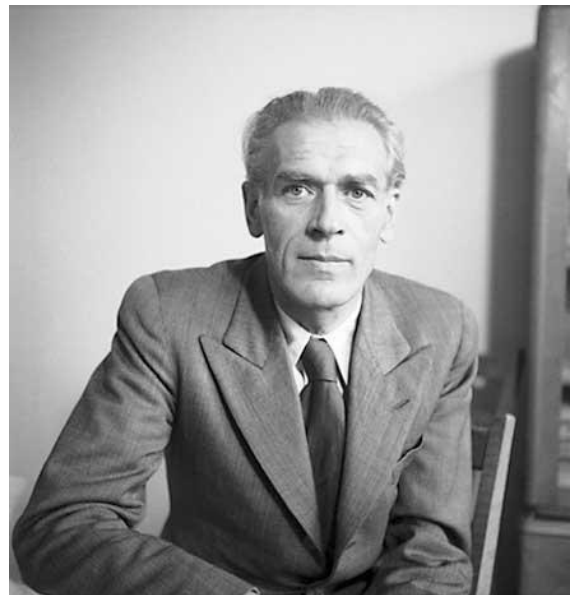
Franz Josef Strauß' Wandlung

Wußtest Du schon – so fragten früher die Schulbücher.

- Wußtest Du schon, dass es 1945 unter allen politischen Kräften im Land Einigkeit darüber gab, dass sich Deutschland nie wieder an einem Krieg beteiligen dürfe?
- Wußtest Du schon, dass ein sehr bekannter deutscher Politiker damals sagte: „Demjenigen Deutschen, der noch einmal eine Waffe in die Hand nimmt, soll der Arm abfallen.“ Es war der spätere Atom- und Kriegsminister Franz Josef Strauß.
- Wußtest Du schon, dass der Grundgesetzartikel zur Kriegsdienstverweigerung der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) zu verdanken ist? Das Grundgesetz in der Fassung von 1949 regelt zwar die Kriegsdienstverweigerung, aber nicht den Kriegsdienst. Der wurde erst 1956 ins Grundgesetz geschrieben – nach heftigen Protesten.
- Wußtest Du schon, dass die ehemaligen Bundeswehrsoldaten als Reservisten bis zum 60. Lebensjahr zum Bund geholt werden können, auch zu Auslandseinsätzen? Es gehörte zu den Traditionen der Arbeiterbewegung, gegen militärische Zwangsdienste zu wirken. Denn es wurde sehr oft davon Gebrauch gemacht, Soldaten als Streikbrecher und brutale Zusatzpolizei gegen die Interessen der Arbeiter einzusetzen.

Tabu-Bruch durch Fischer und Scharping

Diese geschichtliche Lehre wurde 1999 von Joseph Fischer und Rudolf Scharping grob verfälscht, als sie den ersten Tabu-Bruch der deutschen Kriegsbeteiligung mit der dreisten Losung rechtfertigten: „Nie wieder Auschwitz bedeutet heute, Kriege gegen Diktatoren zu führen“. Von der Losung „Nie wieder Faschismus. Nie wieder Krieg“ wurde der zweite Teil abgetrennt. Immer



Max Reimann - 1949 bis 1953 Bundestagsabgeordneter und KPD-Fraktionsvorsitzender NRhZ-Archiv

wieder begegnet uns die Behauptung: „Der Diktator Hitler musste mittels Krieg beseitigt werden!“ - also seien auch die heutigen Diktaturen nur mit Krieg zu beseitigen. Stimmt das? Es wird übersehen, dass Hitlerdeutschland den ersten Schuß abgegeben hatte, sogar den USA wurde der Krieg erklärt. Aus einem Verteidigungskrieg heraus hat die Anti-Hitler-Koalition den deutschen Faschismus besiegt.

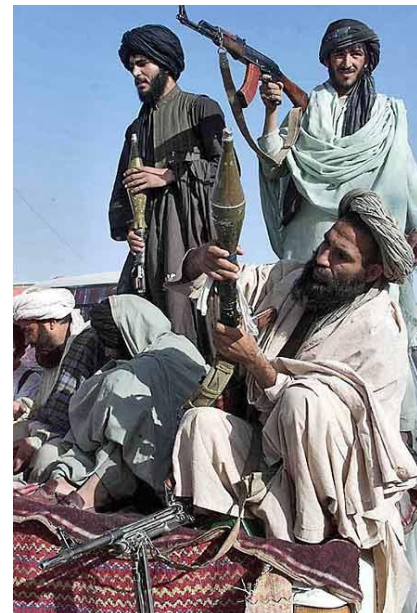
Welche Verteidigungskriege werden denn heute gegen Diktatoren geführt? Haben Irak und Afghanistan die USA angegriffen? Und können die gewiss nicht harmlosen Taliban mit den deutschen Faschisten gleichgesetzt werden? Über wieviele Panzerbataillone, Flugzeugträger, Bomberflotten und Atomraketen verfügen denn die Taliban? Und glaubt jemand ernsthaft, dass die Pläne zu einer weiteren Verfassungsänderung aufgegeben wurden, die Bundeswehr im Inneren einzusetzen? Das wurde inzwischen schon mal geprobt, beim G8-Gipfel in Heiligendamm, beim NATO-Gipfel in Strasbourg / Kehl usw. Die Militarisierung aller Bereiche der Innen- und Außenpolitik zulasten der sozialen Demokratie steht seit geraumer Zeit ganz oben auf der Agenda von Bundesregierungen. Nur zwei aktuelle Beispiele, die mit der Perspektive der Jugend zu tun haben.

Militarisierung von Schulen

Gegen vielfältigen Protest wurde nun auch in Baden-Württemberg ein Kooperationsabkommen Bundeswehr/Schulen abgeschlossen, das es Bundeswehr-Referenten ermöglicht, die SchülerInnen künftig über die spezielle Sicht des Militärs zum Thema Sicherheit und Friedenssicherung durch weltweite Kriegseinsätze zu belehren. Diejenigen, die darin keine neue Qualität zu entdecken vermögen, weil ja auch bisher schon für die Wehrpflicht geworben werden konnte, übersehen gleich zwei wesentliche Punkte. Erstens wurde die Wehrpflicht, wie Sander in der Broschüre anhand des Kampfes gegen die Remilitarisierung nacherleben lässt, gegen eine antimilitaristische Grundstimmung der Bevölkerung durchgesetzt. Und nun, nachdem das alles (fast) vergessen ist, wird der nächste Eskalationsschritt eingeübt, die SchülerInnen über die Landesverteidigung hinaus für weltweite Kriegseinsätze zu gewinnen, die natürlich als unumgängliche „friedenssichernde Maßnahmen“ dargestellt werden. Bekanntlich ist eine stabile Zweidrittelmehrheit der Bevölkerung für den Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan. Werden künftig Jugendliche ihre Eltern über die Notwendigkeit von Kriegen gegen internationale Feinde der Menschheit belehren? Hatten wir das nicht schon einmal?

Militärforschung an Hochschulen ausgebaut

Ein Teil dieser Jugendlichen wird Hochschulen besuchen, die ihrerseits systematisch militarisiert werden, besonders die Forschung betreffend. Ganz still und heimlich ist in den letzten zwanzig Jahren die Militärforschung an Hochschulen systematisch ausgebaut worden. Dagegen gab es Anfang der 90er Jahre - als nach dem Ende des Ersten Kalten Krieges die Friedensdividende eingefordert wurde - Proteste an vielen Hochschulen, darunter in Baden-Württemberg mit Freiburg, Heidelberg, Hohenheim, Konstanz, Stuttgart, Tübingen und Ulm. Die Kohl-Ära hat auch hier ganze Arbeit gegen Bildung und Demokratie geleistet. An vielen Stellen ist das Bewußtsein um die Gefahren dieser Entwicklung verloren gegangen. Das hat sich im Ländle aber nun geändert. Nach den Auseinandersetzungen seit Mitte 2008 um eine Zivilklausel (Verzicht auf Militärforschung) für KIT, den Zusammenschluss von Universität und Forschungszentrum Karlsruhe, hat der Senat der Uni Tübingen im Dezember 2009 eine ebensolche Zivilklausel beschlossen. Studierende von Hochschulen in Baden-



Taliban – zunächst von den USA gegen die UdSSR-Besetzung Afghanistans gefördert, nach 9/11 zum Feind Nummer 1 erklärt NRhZ-Archiv

Württemberg werden der Landesregierung im Bologna-Kongress am 8. März in der Uni Stuttgart einen in den Bildungstreiks erarbeiteten Forderungskatalog übergeben, der die Forderung nach Zivilklauseln für alle Hochschulen des Landes enthält.

Die Mahnung des amerikanischen Philosophen und Schriftstellers George Santayana: "Die sich der Geschichte nicht erinnern, sind dazu verurteilt, sie noch einmal zu erleben." findet sich auf einer Tafel in der Gedenkstätte des Konzentrationslagers Dachau. Der Ursprung der Forderung „Nie wieder Krieg!“ muss wieder in das kollektive Bewusstsein zurückgeholt werden. Dazu hat Ulrich Sander mit seiner neuen Broschüre einen Beitrag geleistet. Er konnte nur Streiflichter bieten. Aber das Gebotene ist beachtlich und lesenswert. (PK)

Die komplette Dokumentation von Ulrich Sander von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA), Landesvereinigung NRW, „Dichtung und Wahrheit in www und linken Medien - Über den antifaschistischen und antimilitaristischen Konsens - Vergessene Biografie Max Reimanns wieder vorgelegt“, Februar 2010, kann im Internet herunter geladen werden unter:
http://nrw.vvn-bda.de/bilder/dichtung_und_wahrheit_in_www_und_linken_medien.pdf

Online-Flyer Nr. 240 vom 10.03.2010
<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=14694>

Alternative Botschafter gegen Militärforschung an Universitäten

Über Autonomie, Freiheit und mehr

Von Dr. Dietrich Schulze

Autonomie und Freiheit der Universitäten, was bedeutet das heute? Verantwortung der Studierenden, Lehrenden und Forschenden für eine Zukunft in Frieden, weltweite gleichberechtigte Zusammenarbeit und Unabhängigkeit von Privatwirtschaft und militärischen Interessen! In diesem Kontext soll ein interessanter Brückenschlag über den Atlantik behandelt werden, der mit Militärforschung und der Streikbewegung für bessere Bildung zu tun hat. Hier geht es gleichzeitig um ein Stück gemeinsame Geschichte des KIT (Karlsruhe Institut of Technology, Zusammenschluss von Universität und Forschungszentrum Karlsruhe) und des MIT (Massachusetts Institut of Technology).

Der am MIT lehrende und forschende Friedenswissenschaftler Subrata Ghoshroy hatte Anfang Dezember 2009 auf Einladung der Gewerkschaftlichen Studierendengruppe Karlsruhe im besetzten Redtenbacher-Hörsaal der Universität Karlsruhe über das Thema „Verzicht auf Militärforschung – Herausforderung und Chance“ vorgetragen. Im Rahmen einer Führung durch die Geschichte der Universität überreichte Klaus Nippert, Leiter des KIT-Archivs, Subrata Ghoshroy ein Buch über Ferdinand Redtenbacher für das MIT-Archiv.

Karlsruhe – früher einmal Modell für das MIT

In diesem Sammelband zu Redtenbacher's 200. Geburtstag findet sich ein Artikel von Nippert mit einem Hinweis auf die Geschichte des MIT. William Barton Rogers, der MIT-Gründer, hatte 1864 den KIT/Uni-Vorläufer „Polytechnisches Institut“ im Rahmen einer Europa-Rundreise



Subrata Ghoshroy, Lothar Letsche, Dr. Dietrich Schulze, Dr. Klaus Nippert (v.l.n.r.) am 1. Dezember 2009 in der Universität Karlsruhe
Foto: D. Schulze

besucht und war zur Schlussfolgerung gekommen: „Das Polytechnische Institut in Karlsruhe, das als Modelleinrichtung für Deutschland und gar für Europa gesehen wird, kommt dem, was das Massachusetts Institute of Technology werden soll, näher als irgendeine andere ausländische Institution.“ (1)

Zwei Begriffe von Freiheit der Universitäten

Autonomie und Freiheit werden häufig angeführt von jenen, allen voran Präsidenten und Minister, die MIT als Vorbild und KIT auf Augenhöhe mit ihm sehen, und Rüstungsforschung an Universitäten als etwas Selbstverständliches, gewiss verbunden mit dem Hintergedanken der enormen MIT-Finanzierungsquellen aus Privat- und Rüstungsmitteln. Andere haben sich die Mühe gemacht, dieses Vorbild etwas genauer zu untersuchen.

Subrata Ghoshroy lenkte in seinem Vortrag die Aufmerksamkeit auf den dominierenden Einfluss der Militärforschung am MIT und an anderen US-Universitäten und auf die verheerenden Folgen der massenhaften Teilnahme an Kriegsforschung nicht nur für das geistige Klima, sondern auch für die Unabhängigkeit der Universitäten. Beispiel Nanotechnologie für den „Soldaten der Zukunft“. Problembeladen auch die soziale Seite. Die ungleich höheren Studiengebühren dort haben eine soziale Auslese bewirkt, die Proteste wie hier nicht möglich erscheinen lassen. Ghoshroy kommt zur Schlussfolgerung, dass das MIT in seiner gegenwärtigen Verfassung wohl kaum Vorbild für das KIT sein kann.

Bildung und Rüstung im Widerspruch

Die streikenden Studierenden hatten den Vortrag in ihre autonome Vorlesungsreihe aufgenommen und dafür den besetzten Redtenbacher-Hörsaal zur Verfügung gestellt. Die Thematik ist seit letztem Herbst Gegenstand einer breiten Debatte in der Universität Karlsruhe. Die Mehrheit der an einer Urabstimmung im Januar beteiligten Studierenden hatte gegen jegliche Militärforschung votiert und eine Zivilklausel (Verzicht auf Militärforschung, wie beim Forschungszentrum) für das gesamte KIT gefordert. Diese Forderung an Bundes- und Landesregierung wurde im Anschluss an den Ghoshroy-Vortrag von den streikenden Studierenden per Beschluss bekräftigt und in den Forderungskatalog für eine bessere Bildung aufgenommen.

Internationaler Appell für Verzicht auf Militärforschung

Die Kampagne der „Initiative gegen Militärforschung an Universitäten“, in der Gewerkschaften, Friedensgruppen und Vertreter der Studierenden mitwirken, wird inzwischen von mehr als 100 internationalen Persönlichkeiten wie Bürgermeister Tadatashi Akiba von Hiroshima, Physiknobelpreisträger Jack Steinberger aus den Vereinigten Staaten und dem Träger des Alternativen Nobelpreises Alyn Ware aus Neuseeland unterstützt. Sie fordern von der Regierung und von der Leitung des KIT, gänzlich auf Militärforschung zu verzichten. Die Angesprochenen ignorieren den Appell. Erst nach längerem Leugnen konnte aufgedeckt werden, dass das KIT-Forschungsprogramm „software defined radio“ oder „cognitive radio“ ein eindeutiges Militärforschungsprogramm ist. Dasselbe scheint sich jetzt zu wiederholen.

KIT-Forschung für Killer-Roboter?

Ende 2009 wurde mit erheblichem finanziellem und gebäudetechnischem Aufwand das KIT-Forschungsvorhaben „kognitive unbemannte Fahrzeuge“ aus der Taufe gehoben. Hier gibt es enge Verflechtungen mit der Universität der Bundeswehr in München und dem überwiegend militärisch orientierten Fraunhofer-Institut IOSB in Karlsruhe. Rheinmetall Defence hat die europäische Führung eines entsprechenden millionenschweren EU-Rüstungsauftrags übernommen. Die Technologie wird von der NATO im Irak und in Afghanistan eingesetzt und getestet. Der britische Wissenschaftler Noel Sharkey warnt vor den unabsehbaren Folgen einer

Kriegführung mit Killer-Robotern und vor einem völlig neuartigen Rüstungswettlauf. Journalisten, die beim KIT wegen eines militärischen Hintergrunds nachfragten, bekamen keine Antwort. Landtagsmitglieder haben die Sache nun zum Gegenstand einer Kleinen Anfrage im Landtag Baden-Württemberg gemacht. (Mehr Informationen in der Dokumentation der „Initiative gegen Militärforschung an Universitäten“ unter www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf)

Afghanistan-Krieg, Kunduz-Massaker und Widerstand

Die Studierenden sind mit ihrer antimilitaristischen Haltung nicht allein. 69 % der deutschen Bevölkerung sind für einen Rückzug der deutschen Truppen aus Afghanistan. Das von einem deutschen Offizier befohlene Massaker in Kunduz hat schlimme Erinnerungen an den faschistischen Vernichtungskrieg geweckt. Viel Zustimmung hat die evangelische Bischöfin Margot Käßmann erhalten, die als erste Verantwortliche der deutschen Kirchen klar gegen den Afghanistan-Krieg Stellung bezogen hat. Dass Sozialstaat und Bildung leiden müssen, wenn immer mehr Mittel für Rüstung und Krieg ausgegeben werden, begreifen Studierende und Bürger immer besser. Für den bitter notwendigen gesellschaftlichen Widerstand haben die Studierenden mit ihren Streikaktionen ein ermutigendes Zeichen gesetzt.

Alternative Botschafter

Subrata Ghoshroy hat das Redtenbacher-Buch inzwischen an das MIT-Archiv weiter geleitet.

Dieser Besuch könnte der Beginn eines Botschafteraustauschs zwischen MIT und KIT sein, der dem Ziel dienen möge, beide Institutionen zu einer vollständigen Abkehr von Militärforschung und Kriegsbeteiligung zu bewegen.

Ein nicht leicht erreichbares Ziel angesichts der weltpolitischen Lage.

Um den Ereignishorizont und die Perspektiven besser erkennen und beurteilen zu können, hilft gelegentlich ein Blick zurück in die Geschichte.

Hintergrund des MIT-Besuchs 1864

Als Reaktion auf den geistig-materiellen Aufbruch durch die Französische Revolution, die in Deutschland die 1848er Revolution (besonders ausgeprägt in Baden) und in den Vereinigten Staaten den erfolgreichen Bürgerkrieg gegen Sklaverei und Sezession zur Folge hatte, gebärdete sich der untergehende Feudalismus mittels „Heiliger Allianz“ und „Generalsekretär“ Metternich als einzige, ewige Weltordnung ohne jegliche Alternative.

Neue „Heilige Allianz“ für eine „ewige Weltordnung“

Heute geht es im Kern um die gleiche Situation. Unter Einsatz von wirtschaftlicher und kriegsrischer Gewalt (IWF, Weltbank, Wirtschaftsembargos, NATO, ...) versucht eine neue „Heilige Allianz“ den Kapitalismus als ewige, alternativlose Weltordnung darzustellen. Wenn sich die Abwehrkräfte gegen die Wirkungen dieser Ordnung zusammenschliessen und dessen systemeigene Ordnungsprinzipien Profit, Ungleichheit und Krieg erkennen, wird ein ähnlicher weltweiter Aufbruch entstehen können wie zwei Jahrhunderte zuvor. Dazu brauchen die Studierendenbewegung, die Friedensbewegung, die Ökologiebewegung, die Gewerkschaften und andere vor allem Mut, Entschlossenheit, internationale Solidarität und einen langen Atem. (PK)

(1) Zitat aus Stratton/Mannix „Mind and Hand – The Birth of MIT“, MIT Press 2005. Karlsruhe – so hieß die badische „Hauptstadt“ früher.